

19. Jahrgang
1/92

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Rudolf Wurzer

Detlev Ipsen

Heide Berndt

Mechthilde Kißler
Josef Eckert

Kohlhammer

Camillo Sittes Hauptwerk

Zeitgeist und Stadterneuerung

Die Städte bewohnbar halten!

Vom Arbeiterquartier zum
Szenestadtteil

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahrszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapeststraße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, c/o Black, 14 Station Approach, Coulsdon North, Surrey CR 3 2 Nr, Great Britain.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahrsbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 134,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 105,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahrsband DM 35,20 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- RUDOLF WURZER, Camillo Sittes Hauptwerk »Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«. Anlaß, Vorbilder, Auswirkungen 1
- DETLEV IPSEN, Über den Zeitgeist der Stadterneuerung 16
- HEIDE BERNDT, Die Städte bewohnbar halten! 30
- MECHTHILDE KISSLER / JOSEF ECKERT, Vom Arbeiterquartier zum Szenestadtteil. Die Entstehung eines innerstädtischen Kölner Wohnviertels nach Abschluß der Urbanisierung . 51

KLEINE BEITRÄGE

- JOHANN PAUL, Wie überall im Reich war auch in...? Ein Vergleich stadtgeschichtlicher Darstellungen zur NS-Zeit 75

DIE AUTOREN 85

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

- KARL BOSL, Die bayerische Stadt in Mittelalter und Neuzeit (*Hans Schadek*) 86

Stadtbaugeschichte

- SIEGFRIED GERLACH, Die deutsche Stadt des Absolutismus im Spiegel barocker Veduten und zeitgenössischer Pläne (*Erich Konter*) 87
- HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, Deutschordensresidenz Ellingen (*Erich Konter*) 88
- ANDREAS ROMERO, Baugeschichte als Auftrag. Karl Gruber: Architekt, Lehrer, Zeichner (*Ronald Kunze*) 89
- KLAUS NOVY / FELIX ZWOCH (Hrsg.), Nachdenken über Städtebau (*Heide Berndt*) 90

Rudolf Wurzer

Camillo Sittes Hauptwerk »Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«

Anlaß, Vorbilder und Auswirkungen

1. Vorbemerkung – 2. Anlaß zur Verfassung des Buches – 3. Anregungen und Vorbilder – 4. Auswirkungen des Buches auf die Städtebaulehre – 5. Auswirkungen auf städtebauliche Planungsmethodik und Planungstechnik – 6. Die Monatszeitschrift »Der Städtebau« – 7. Zusammenfassung

1. *Vorbemerkung*

Das 1889 im Verlag Carl Graeser, Wien, erschienene Hauptwerk Camillo Sittes findet wieder größeres Interesse. Aus welchem Anlaß er dieses Buch verfaßt hat, welche Vorbilder ihn beeinflußt haben und welche Bedeutung es besitzt, soll in diesem Beitrag erhellert werden. Denn es wurde in acht Sprachen (englisch, französisch, italienisch, japanisch, russisch, schwedisch, serbokroatisch und spanisch) übersetzt und erfuhr 22 Auflagen; acht davon in deutscher Sprache. Weiters soll in nächster Zeit in Moskau eine neue Übersetzung in russischer Sprache von Jańis Krastinš erscheinen; die Veröffentlichung einer Übersetzung in die slowenische Sprache von Boris Gaberščik wird vorbereitet und eine Übersetzung in die griechische Sprache hat Konstantin Serraios kürzlich beendet.

Wenn George R. Collins und Christiane Crasemann Collins für die bisher umfassendste Beurteilung von Sittes Hauptwerk den Titel »Camillo Sitte: The Birth of Modern City Planning«¹ wählten, dann ist das eine beachtenswerte Würdigung. Auch Carl E. Schorske beurteilt Camillo Sittes Werk in dem brillanten Essay »Die Ringstraße, ihre Kritiker und die Idee der modernen Stadt« wie folgt: »Insbesondere jedoch wurde die Ringstraße zum Amboß für zwei Vorkämpfer des modernen Städtebaus, Camillo Sitte und Otto Wagner, die darauf und dagegen ihre Ideen von städtischen Lebensformen schmiedeten, deren Einfluß noch unter uns seine Wirkung ausübt. Sittes Kritik hat ihm einen Platz im Pantheon der auf die Gemeinschaft bezogenen Stadtplanung eingebracht, wo er die Verehrung neuerer schöpferischer Reformer wie Lewis Mumford und Jane Jacobs genießt.«²

¹ G. R. Collins / Ch. Crasemann Collins, Camillo Sitte; The Birth of Modern City Planning, New York 1986.

² C. E. Schorske, Wien, Geist und Gesellschaft im Fin de siècle, Frankfurt am Main, S. 23, 24.

2. Anlaß zur Verfassung des Buches „Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«

Daß Camillo Sitte mit seinem Buch eine Neuorientierung des Städtebaues einleiten wollte, ist aufgrund seiner Ausbildung, der Mitarbeit an der Planung von Kirchenbauten im Atelier seines Vaters und wegen dessen dominierender fachlicher und familiärer Position nicht anzunehmen. Trotz zahlreicher gründlicher Untersuchungen des Lebenswerkes und unter Berücksichtigung wichtiger Ergebnisse der Ideen- und Formen-geschichte des Städtebaues im 19. Jahrhundert fehlen konkrete Hinweise darüber, welche Umstände Camillo Sitte 1889 veranlaßt haben, sein Hauptwerk »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« zu veröffentlichen (Abb. 1).

DER

STÄDTE-BAU

NACH SEINEN

KÜNSTLERISCHEN GRUNDSÄTZEN.

EIN BEITRAG ZUR LÖSUNG
MODERNSTER FRAGEN DER ARCHITEKTUR UND MONUMENTALEN
PLASTIK UNTER BESONDERER BEZIEHUNG AUF WIEN

VON
ARCHITEKT
CAMILLO SITTE
REGIERUNGSRATH UND DIRECTOR DER K. K. STAATS-GEWERBESCHULE IN WIEN.

MIT 4 HELIOGRAVUREN UND 109 ILLUSTRATIONEN UND DETAILPLÄNEN.



WIEN 1889.
VERLAG VON CARL GRAESER.
I. AKADEMIESTRASSE 26.

CAMILLO SITTE

Abb. 1: Titelblatt der ersten Auflage von Camillo Sittes Hauptwerk, Wien 1889.

Deshalb erfolgte eine genaue Sichtung des Sitte-Nachlasses im Institut für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung der Technischen Universität Wien. Als Ergebnis ist hervorzuheben, daß Camillo Sitte vor 1889 ausschließlich als Architekt und insbesondere als Planer von Kirchenbauten tätig war. Ein wesentliches Interesse an der Lösung von städtebaulichen Aufgaben war nicht nachweisbar.

Auch die Sichtung der ebenso zahlreichen, wie vielfältigen Artikel Camillo Sittes in Tageszeitungen und Zeitschriften (über Architektur und Städtebau, über kunstgewerbliche und kunstgeschichtliche Fragen oder über Musik und Pädagogik) ergab kein anderes Resultat. Mit Ausnahme des unter dem Pseudonym K. Schembera verfaßten Beitrages »Gottfried Semper's Ideen über Städteanlagen« (Neues Wiener Tagblatt, 22. Jänner 1885) sowie eines namentlich gezeichneten Beitrages »Temesvár: über die geplante Schleifung der Festungswälle, Stadtregulierung, General-Regulierungsplan und Pfarrkirche« (1887) sind keine weiteren Aussagen über städtebauliche Fragen vorhanden. Hingegen steht der Vortrag Sittes am 26. Jänner 1889 im Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein »Ueber alte und neue Städteanlagen mit Bezug auf die Plätze und Monument-Aufstellung« sicherlich schon in direktem Zusammenhang mit seinem im Sommer dieses Jahres erschienenen Buch »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«. Das gilt auch für seinen Vortrag »Ueber die Wahl des Platzes für das Wiener Goethe-Denkmal« am 22. Februar 1889.

Dieses Resultat überrascht deshalb nicht, weil Camillo Sitte von 1875 bis 1883 offensichtlich seine ganze Kraft für den Aufbau der K.K. Staats-Gewerbeschule in Salzburg benötigt hat. Denn während dieses Zeitraumes konnte er sich – fern von Wien – wohl nicht eingehend genug mit den Städtebauproblemen in der Reichshaupt- und Residenzstadt befassen.

Daß sich Sitte nach seiner Rückkehr 1883 nach Wien um so kritischer und gründlicher mit den städtebaulichen Problemen seiner Heimatstadt auseinandergesetzt hat, ist deshalb verständlich. Denn durch die Bebauung der Ringstraßenzone war Wien für Ost und West »die gesuchte Lehrwerkstätte für die Architektur und des Baugewerbes« (Carl E. Schorske) in Europa. Die städtebauliche ... Gestaltung des Rathausviertels von 1878 bis 1888, die Wienflußeinwölbung oder der Bau der neuen Hofburg und der beiden Hofmuseen waren mit heftigen öffentlichen Diskussionen verbunden. Dies veranlaßte den Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein schon 1877, eine von Heinrich von Ferstel verfaßte »Denkschrift über die künftige Entwicklung Wiens«³ zu veröffentlichen. In ihr wird u. a. daran Kritik geübt, daß die Stadterweiterung »auf die Anlage öffentlicher Plätze nur die geringste Rücksicht genommen (hat), ...in der irrigen Auffassung, daß die breite Ringstraße Ersatz für Plätze bieten

³ Denkschrift über die bauliche Entwicklung Wiens. Verfaßt vom Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereine aus Anlaß der Beratungen über die Verfassung eines General-Baulinienplanes für Wien und Umgebung, Wien 1877.

könnte... Nirgends eine auf großartige perspektivische Wirkung und auf imposante Auszeichnung und Einrahmung monumentaler Bauten abzielende Anlage, wie solches bei antiken und mittelalterlichen Stadtanlagen geschah und auch vielfach in anderen modernen Städten angestrebt wird.«

Deshalb ist die Annahme naheliegend, daß das »XII. Kapitel. Beispiel einer Stadtregulierung nach künstlerischen Grundsätzen« des Hauptwerkes von Camillo Sitte sowohl durch Gottfried Sempers Projekt für ein Kaiserforum als auch durch diese Denkschrift beeinflusst worden ist. Mit den Gestaltungsvorschlägen für den Votivkirchplatz, den Rathausplatz und für eine Platzanlage vor dem Parlamentsgebäude wollte auch Sitte eine »Gruppe charakteristischer Plätze schaffen, die eine wesentlich gesteigerte Wirkung jedes einzelnen Monumentalbaues« und die Aufstellung von Denkmälern ermöglichen sollten. Damit wollte er zeigen, »in welcher Art beiläufig das monumentale Centrum einer großen Stadt künstlerisch durchzubilden wäre«. Offensichtlich war die Gestaltung von Straßen- und Platzräumen *das* Anliegen Camillo Sittes.

Auf die ebenso wichtigen städtebaulichen Probleme der damaligen Zeit, wie beispielsweise die Verflechtung der Ringstraßenzone mit der inneren Stadt und mit den Vorstädten, die Auswirkungen der Bauordnung von 1883, den Ausbau des Kanal- und Wasserversorgungsnetzes oder die heftig diskutierte Eingemeindung der Vororte – sie erfolgte 1890 – ist Sitte jedoch nicht eingegangen.

Für ihn war die architektonische Gestaltung der bestehenden Platzanlagen zwischen Parlamentsgebäude und Votivkirche offensichtlich das wichtigste, noch unge löste städtebauliche Problem in Wien. Das erklärt auch, warum sich Camillo Sitte nicht an dem internationalen städtebaulichen Wettbewerb 1892/93 zur »Erlangung von Entwürfen für einen General-Regulierungsplan über das gesamte Gemeindegebiet von Wien« beteiligt hat. Die Verärgerung darüber, daß er zwar beim städtebaulichen Wettbewerb für München als Preisrichter mitwirken konnte, bei diesem wichtigen Wettbewerb in seiner Heimatstadt aber nicht in das Preisgericht einbezogen worden ist, dürfte wohl ein weiterer Grund dafür gewesen sein. Denn sein Buch »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« erschien 1892 bereits in einer zweiten Auflage und hat im deutschsprachigen Raum ein sehr positives Echo gefunden.

3. Anregungen und Vorbilder

Nicht konkret nachweisbar – aber sehr naheliegend – ist der bestimmende Einfluß seines Lehrers und Förderers Rudolph Eitelberger von Edelberg. Denn Eitelberger hat sich schon am 10. März 1858 in dem Vortrag »Ueber Stadt-Anlagen und Stadtbauten« im »großen ständischen Saale« sehr eingehend mit wichtigen städtebaulichen Fragen Wiens auseinandergesetzt. Der Vortrag fiel zeitlich mit dem internationalen städtebaulichen Wettbewerb (1858) für die Gestaltung der Ringstraßenzone zusam-

men. Es ist anzunehmen, daß Eitelbergers Ausführungen wohl auch die Beurteilung der eingereichten fünfundachtzig Projekte und die Ausarbeitung des Grundplanes (1859 von Kaiser Franz Joseph I. genehmigt) indirekt beeinflußt haben dürften. Im übrigen veröffentlichte Eitelberger die Wettbewerbsergebnisse in mustergültiger Weise und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Städtebaues.⁴

Daß Camillo Sitte diesen Vortrag und diese Publikation sehr genau gekannt hat, bestätigen auch einige Zitate. Denn Eitelberger erwähnte »die architektonischen Grundformen einer Stadt« und erläuterte die Zusammenhänge zwischen »Kunst«, »Städtebauten und Städteanlagen« folgend: »Wohl entwickelt die Kunst, wo sie losgeschält ist von den Bedürfnissen, den materiellen Interessen des Alltagslebens, ihre schönsten Blüten, ihre reifsten Früchte; denn dort ist die Kunst der Kunst wegen da und genügt sich selbst. Aber in den Fällen, wo sie sich an Städtebauten und Städteanlagen anknüpft, da ist sie ein Kind der Noth, eine Frucht der Bedürftigkeit des menschlichen Geschlechts, und vermag sich nicht all den Folgen zu entziehen, die daraus entspringen – und *darf* sich ihnen auch nicht entziehen. Da soll sie zeigen, daß sie den Zwecken der Gesellschaft dient.«

Diese Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit hat sein Schüler Camillo Sitte viel stärker betont – insbesondere im letzten Lebensjahrzehnt – als andere Architekten seiner Zeit. Camillo Sitte modifizierte jedoch Eitelbergers Bezeichnung »Städtebauten« und verwendete sie 1889 als Titel für sein Hauptwerk »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«.

Während K. C. Hoffmann in der 1844 erschienenen Abhandlung die »Erweiterung von Städten«⁵ beschrieb, und Reinhard Baumeister diese Bezeichnung 1876 als »Stadt-Erweiterungen« übernahm, forderte Ildefonso Cerdà y Suñer eine »Teoria general de la urbanizacion«.⁶ Zweifellos hat Sitte auch das schon 1876 erschienene Buch von Reinhard Baumeister »Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung«⁷ genau gekannt. Denn er bezeichnete ihn als »Theoretiker des modernen Stadtbaues«, weil dessen Buch der erste Versuch im deutschen Sprachraum sei, durch ein »planmäßiges Verfahren ... die ferner zu erwartende Entwicklung zum allgemeinen Besten« zu lenken.

Da sich Baumeister als Ingenieur mit Gestaltungsfragen nur andeutungsweise befaßt hat und auch die vom Verband deutscher Architekten und Ingenieure 1874 beschlossenen drei Thesen für die Stadterweiterung im wesentlichen Verkehrs- und Situierungsfragen betrafen, hat Sitte die künstlerischen Aspekte des Städtebaues besonders hervorgehoben.

⁴ R. Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe zur Erweiterung der Inneren Stadt, Wien 1859.

⁵ Zeitschrift für praktische Baukunst, Dresden 1844.

⁶ A. L. de Aberasturi (Hrsg.), I. Cerdà, La théorie générale de l'urbanisation. Siehe O. Jürgens, Spanische Städte, Hamburg 1926.

⁷ R. Baumeister, Stadt-Erweiterungen..., Berlin 1876.

Daß er wichtige Anregungen für sein Hauptwerk den kontinuierlichen und oft emotionalen Auseinandersetzungen über die zweckmäßigste und eindrucksvollste Gestaltung der Ringstraßenzone verdankt, wurde bereits erwähnt. Diskussionen etwa darüber, ob der Reiz des architektonischen Bildes durch Point de vues vergrößert werden könnte, weiters das Gutachten Gottfried Sempers über das Kaiserforum-Projekt oder die Auseinandersetzungen über die zweckmäßigste Gestaltung des Schwarzenbergplatzes (er gilt als »repräsentativster Platz des strengen Historismus«)⁸ durch seinen Lehrer am K. K. Polytechnischen Institut Heinrich von Ferstel haben Sitte wohl darin bestärkt, sich so grundsätzlich mit der Gestaltung von Platzanlagen zu befassen.

Denn von den 180 Druckseiten des Buches betreffen 75 Seiten Aspekte der Platzgestaltung und das »Kapitel XII, Beispiel einer Stadtregulierung nach künstlerischen Grundsätzen« enthält Vorschläge zur »Umgestaltung des Votivkirchen-Platzes«, des »Rathausplatzes« und die »Projektskizze einer Platzanlage vor dem Parlamenthaus« in Wien.

4. Die Auswirkungen des Buches »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« auf die Städtebaulehre

Max Guthier befaßte sich in dem Buch »Zur Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen«⁹ u. a. eingehend mit Sittes Hauptwerk, der damit »zum Lehrer mancher Städtebaulehrer geworden« ist. Theodor Fischer erwähnt in der zweiten Auflage seines Buches »Sechs Vorträge über Stadtbaukunst« ebenfalls Camillo Sitte, der »zuerst die vergessenen Probleme des Städtebaues in Erinnerung brachte«. Fischer war Leiter des Stadterweiterungsbüros der Stadt München, und von 1909 bis 1929 Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule München.

Karl Henrici, ebenfalls ein weithin anerkannter Städtebaulehrer an der Technischen Hochschule Aachen, schätzte Sittes Leistungen sehr hoch ein. Gerhard Curdes beurteilt dies so: »Sittes Beitrag ist bei Henrici auf einen besonders fruchtbaren Boden gefallen. Er war von Sittes Buch fasziniert. Aus vielen Stellen seiner Schriften läßt sich die Bewunderung für diesen Mann spüren.«¹⁰

Daß auch Theodor Goecke von Sitte beeinflusst war, ist schon deshalb anzunehmen, weil beide gemeinsam die Monatszeitschrift »Der Städtebau« gegründet haben. Goecke lehrte bis 1910 Städtebau an der Technischen Hochschule Berlin und befaßte sich u. a. intensiv mit der Arbeiterwohnungsfrage. Im Nachruf auf Sitte würdigt er dessen Lebenswerk, »denn in unserer Erinnerung wird er fortleben als der Altmeister

deutscher Städtebau-Kunst, zu deren Vergangenheit er uns die verschütteten Quellen wieder aufgegraben hat«.

Felix Genzmer, 1903 an die Technische Hochschule Berlin berufen, hielt Vorlesungen über »Künstlerischer Städtebau und Verwandtes«, später über »Stadtbaukunst«. Sittes Auffassungen über künstlerische Grundsätze im Städtebau waren auch Gegenstand seiner Lehrtätigkeit.

Max Guthier weist nach, daß sich bis 1990 »an keiner Hochschule die Lehre des Städtebaus nach künstlerischen Grundsätzen in solcher Weise ausgewirkt (hat), wie dies in Darmstadt durch die Zusammenarbeit Hofmanns und Pützers gelungen war«. Denn Friedrich Pützer tradierte ab 1900 das Pflichtfach »Künstlerische Fragen des Städtebaues« an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er wurde 1899 auch beauftragt, »für die sämtlichen höheren Bau- und Verwaltungsbeamten eine Reihe von Vorträgen über die künstlerischen Grundsätze im Städtebau zu halten, damit diese im ganzen Lande verbreitet werden«.

Daß Sittes Buch auch in den Vereinigten Staaten von Amerika bekannt war, geht aus einem Brief an Siegfried Sitte vom 27. März 1913 hervor, in dem Chairman James Sturgis, School of Landscape Architecture, Harvard University, Cambridge, Mass., mitteilte, daß er froh wäre, eine Übersetzung von Camillo Sittes Hauptwerk veröffentlichen zu können. Dies sollte in der von der American Society of Landscape Architects herausgegebenen Schriftenreihe »Landscape Architecture and City Planning« erfolgen. Leider konnte diese Absicht trotz positiver Stellungnahme Siegfried Sittes nicht realisiert werden. Die erste Übersetzung in die englische Sprache von Charles Stewart erschien deshalb erst 1945 in New York.

In Österreich ist – nach derzeitigem Wissensstand – ein konkreter Einfluß Camillo Sittes auf die Städtebaulehre an der Technischen Hochschule Wien nachweisbar. Denn Karl Mayreder, Chefarchitekt des Stadtregulierungsbüros der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und Professor an der Technischen Hochschule Wien, kündigte für das Studienjahr 1899/1900 »Freie Vorträge über Städtebau« mit folgendem Inhalt an:

»Nr. 122. Städtebau (mit besonderer Berücksichtigung seiner künstlerischen Grundsätze). Die Aufgabe des Städtebaues. Die Gruppierung der Stadtteile nach ihrem Zwecke. Die Anlage der städtischen Straßen und Plätze. Die Aufstellung von Denkmälern. Die städtischen Eisenbahnen. Die Gewässer im Stadtgebiet. Die städtischen Gärten. Die Cottage-Anlagen und Arbeiterviertel. Der architektonische Stadtcharakter. Praktische Beispiele. Sommersemester 1 Wochenstunde«.¹¹

⁸ N. Wibiral / R. Mikula, Heinrich von Ferstel, Wiesbaden 1974, S. 83.

⁹ M. Guthier, Zur Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen, in: H. Wetzel und die Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen, Stuttgart 1982, S. 81.

¹⁰ G. Curdes / R. Oehmichen (Hrsg.), Künstlerischer Städtebau um die Jahrhundertwende. Der Beitrag von Karl Henrici, Köln 1981, S. 12.

¹¹ R. Wurzer, Über die Entwicklung der Städtebaulehre an der Technischen Hochschule Wien bis 1959, in: Städtebau, Raumplanung und Raumordnung, Ausstellungskatalog, Wien 1985, S. 21.

Die Berufung Karl Mayreders 1904 zum Ordinarius für Propädeutik der Baukunst, Architektonisches Zeichnen und Malerische Perspektive bewirkte dann auch die Erteilung eines Lehrauftrages über Städtebau. Wie weitgehend sich Mayreder an Camillo Sittes Buch orientiert hat, beweisen Titel der Vorlesung und deren Inhalt.

Dieser Überblick über die Auswirkungen von Sittes Hauptwerk wäre unvollständig, wenn nicht auch Eugen Faßbender erwähnt würde, der – ebenso wie Camillo Sitte – nie an einer Hochschule oder Akademie lehren durfte. Denn er hat sich bei seinen zahlreichen städtebaulichen Planungen und Wettbewerbsprojekten, vor allem aber in seinem Buch »Grundzüge der modernen Städtebaukunde« (Leipzig/Wien 1912), deutlich an Camillo Sittes Hauptwerk orientiert. Im »VI. Abschnitt, Schönheitsvorstellungen« stellt Faßbender fest: »Der Städtebau ist eine Kunst, eine Großraumkunst, an die nicht geringe Schönheitsvorstellungen gestellt werden.« Dann erwähnt er: »Dabei sei besonders auf das in künstlerischer Hinsicht hochbedeutsame Werk Camillo Sittes hingewiesen.«

Daß ein Mann wie Camillo Sitte auch fachliche Gegner hatte, ist verständlich. Hier ist u. a. Albert Erich Brinckmann zu nennen, der 1920 u. a. feststellte: »... da es immer noch Leute gibt, die gedankenlos das in jener Epoche der Henrici, Goecke und anderer »malerischer Stadtplaner« über Sitte geprägte Urteil nachsprechen und nicht einsehen wollen, daß dieser Romantiker die Baukunst auf ähnliche Abwege führte, wie der Historismus die gesamte Kunst.«¹²

Roman Heiligenthal kritisierte in seinem 1921 erschienenen Buch »Deutscher Städtebau« u. a. Entwürfe von Karl Henrici für Platzanlagen, die er im Rahmen des Wettbewerbes für die Erlangung eines Stadterweiterungsplanes für München 1893 ausgearbeitet hatte. Zu Camillo Sittes künstlerischen Grundsätzen im Städtebau bemerkte Heiligenthal:

»Die Bewegung, deren Ausdruck Camillo Sittes Buch »Der Städtebau« war, erstrebte das Hineintragen des Kunstgedankens in die moderne Stadtplanung und glaubte den Weg hierzu durch das Studium der Straßenbilder alter Städte zu finden... Die dem Wesen der modernen Stadt wenig angepaßte einseitige Hinneigung zur mittelalterlichen Grundrißgestaltung lag Sitte fern, sie trat erst in den Werken seiner Schüler und Nachahmer zutage.«¹³

Eine höfliche indirekte Kritik also, die dem damaligen Zeitgeist entsprach. Doch auch die Auffassungen Sittes über künstlerische Grundsätze im Städtebau stimmten mit dem Zeitgeist von 1889 überein und hatten dieselbe Berechtigung, wie die Urteile seiner Kritiker drei Jahrzehnte später.

¹² A. E. Brinckmann, Deutsche Stadtbaukunst vom Mittelalter bis in die Neuzeit, Wildpark-Potsdam 1925, S. 109.

¹³ R. Heiligenthal, Deutscher Städtebau, Heidelberg 1921, S. 84.

5. Auswirkungen auf die städtebauliche Planungsmethodik und Planungstechnik

Daß Sittes künstlerische Grundsätze für den Städtebau durch die Städtebaulehre die größte Verbreitung fanden, ist naheliegend. Sie beeinflussten aber auch die Planungspraxis erheblich, denn seine kritischen Hinweise auf die »Motivenarmuth und Nüchternheit moderner Stadt-Anlagen« oder auf den »inneren Widerstreit zwischen dem Malerischen und Praktischen« entsprachen der damaligen Architekturauffassung. Deshalb wurden seine Vorschläge für ein »verbessertes modernes System« sowie seine Forderung nach »städtebaulichen Regeln« als Ergebnis von Analysen, weitgehend akzeptiert und in der Planungspraxis berücksichtigt.

Wer hätte auch bezweifelt, daß städtebaulichen Planungen ein »wirkliches Programm« zugrunde liegen sollte? Auch die Klärung folgender Fakten war – nicht nur nach Meinung Sittes – unerlässlich:

- Eine »Wahrscheinlichkeits-Bestimmung der Bevölkerungszunahme des geplanten Stadttheiles«; ferner »Vorerhebungen über den zu erwartenden Verkehr und die Art der Besiedelung«.
- Annahmen »der voraussichtlich erforderlichen öffentlichen Gebäude nach Zahl, Umgebung und beiläufiger Ausstattung«.
- Ermittlung des besten Standortes und der »besten Gruppierungen und Situierungen sammt allen nöthigen Verbindungen«.

Auch seine Vorschläge, mehrere Plätze zu einem größeren »effektvollen Platz« zu vereinigen, »Unebenheiten des Terrains, vorhandene Wasserläufe oder Wege ... nicht gewaltsam zu beseitigen, ... sondern als willkommene Ursachen zu gebrochenen Straßen und sonstigen Unregelmäßigkeiten beizubehalten« oder »perspektivische Wirkungen« häufiger zu berücksichtigen, entsprachen dem Zeitgeist und wurden nicht selten in mißverständlicher Weise verwirklicht.

Daß Camillo Sitte in seinem Buch auch an den »Act des Sehens ... erinnert, unter dem die Raumwahrnehmungen, auf welchen alle architektonischen Effecte beruhen«, zustande kommen, ist zweifellos eine besonders wichtige Aussage. Denn damit hat uns Sitte wieder sehen und öffentliche Räume verstehen gelehrt. Mit großer Konsequenz befolgte Camillo Sitte seine künstlerischen Grundsätze aber auch bei den eigenen Planungen; so insbesondere beim Stadterweiterungsplan für Olmütz (1894) und beim Bebauungsplan für Marienberg bei Mährisch-Ostrau (1903).¹⁴ Denn für Olmütz führte er »Vorerhebungen über die Bevölkerungszunahme, den zu erwartenden Verkehr, die Entwicklung des Handels und die Art der Besiedelung« durch und erstellte ein »wirkliches Programm« unter besonderer Bedachtnahme auf öffentliche Interessen (Abb. 2).

Er hat weiters erhellt, welche öffentlichen Grünflächen und welche öffentlichen Ge-

¹⁴ R. Wurzer, Franz, Camillo und Siegfried Sitte. Ein langer Weg von der Architektur zur Stadtplanung, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Wien 1989, S. 18 ff.

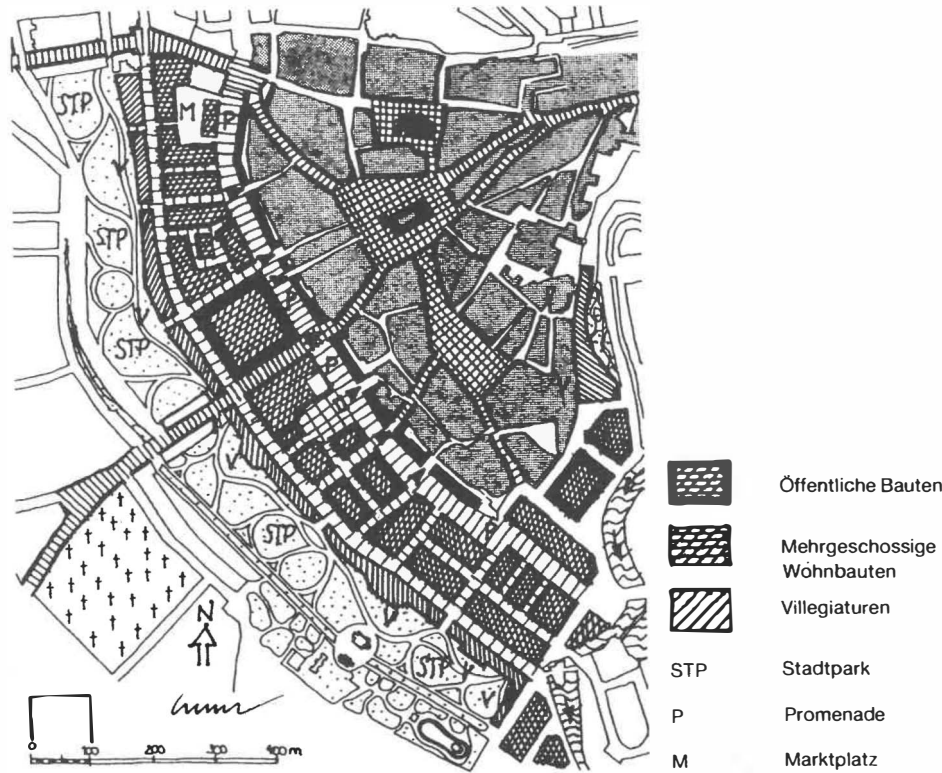


Abb. 2: C. Sitte, Stadterweiterungsplan für Olmütz (Strukturskizze des Verfassers für das westliche Stadtgebiet). Räumliche Gestaltung des beiderseits der Theresien-Straße und südwestlich der Altstadt liegenden Erweiterungsgebietes. Anordnung eines Verwaltungszentrums um den geplanten Maria-Theresia-Platz. Sitte-Nachlaß T. U. Wien

bäude »nach Zahl, Umfang und beiläufiger Ausstattung« erforderlich sind, um der zukünftigen Gesamtentwicklung zu entsprechen. Auch die von ihm entworfenen neuen Platzanlagen stimmen mit seinen künstlerischen Grundsätzen überein und das differenzierte Straßennetz wurde im wesentlichen so angelegt, daß durch versetzte Kreuzungen jeweils Raumabschlüsse erfolgen.

Besondere Publizität erlangte der vorhin erwähnte, unter Mitwirkung seines Sohnes Siegfried ausgearbeitete Bebauungsplan für Marienberg bei Mährisch-Ostrau. Denn dieser Plan wurde 1904 im Ersten Jahrgang der Zeitschrift »Der Städtebau« veröffentlicht und läßt die Anwendung von Sittes Gestaltungsgrundsätzen besonders deutlich erkennen. Der Rathausplatz und der Kirchenplatz, die Baublöcke mit geschlossener Randbebauung und grünen Innenhöfen sowie das nach dem Verästelungsprinzip gestaltete Straßennetz – das keine Durchblicke ermöglicht – sind ein signifikantes Beispiel für Sittes »Verbessertes modernes System« bei Stadtanlagen.

6. Die Monatszeitschrift »Der Städtebau« und ihre Bedeutung für die Entwicklung des Städtebaues

Im Sitte-Nachlaß befindet sich eine Entwurfskizze für das Titelblatt des ersten Heftes des Ersten Jahrganges der von Theodor Goecke und Camillo Sitte gegründeten und ab 1904 in Berlin herausgegebenen Monatsschrift »Der Städtebau«. Die Gründung geht auf eine Initiative Camillo Sittes zurück, der dieses Vorhaben in Wien nicht hätte verwirklichen können. Da diese bis 1929 erschienene erste deutschsprachige Fachzeitschrift für Städtebau ein ähnlich großes Echo fand wie Sittes Hauptwerk, muß auch darüber berichtet werden.

Leider fehlt im Sitte-Nachlaß der gesamte Schriftwechsel Camillo Sittes mit Fachkollegen, so daß über die Beziehungen zwischen Theodor Goecke (außerordentlicher Professor für »allgemeine Gebäudelehre und Städtebaulehre« an der Technischen Hochschule Berlin bis 1910) und Camillo Sitte nur Vermutungen angestellt werden können.

Zutreffend dürfte die Annahme sein, daß Sitte (damals am Höhepunkt der fachlichen Anerkennung vor allem im Ausland stehend) und Goecke (er befaßte sich besonders mit Arbeiterwohnungsfragen) davon überzeugt waren, die Gründung der Monatszeitschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundsätzen nur gemeinsam durchführen zu können.

Daß es den Herausgebern gelungen ist, bedeutende Fachkollegen, aber auch Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller als ständige Mitarbeiter zu gewinnen, war keineswegs selbstverständlich. Trotzdem werden im 1904 erschienenen ersten Heft dieser Zeitschrift siebenundvierzig ständige Mitarbeiter aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Schweden sowie aus der Schweiz und den USA angeführt. Besonders zu erwähnen sind: Camillo Boito, Präsident der Königlichen Akademie der Künste, Mailand; Charles Buls, Brüssel; Theodor Fischer, Professor an der Technischen Hochschule Stuttgart; Cornelius Gurlitt, Professor an der Technischen Hochschule Dresden; Karl Henrici, Professor an der Technischen Hochschule Aachen; Georg Ellsworth Hooker, Kunstschriftsteller, Chicago; Camille Martin, Genf und Fritz Schumacher, Professor an der Technischen Hochschule Dresden. Im vierten Heft des Ersten Jahrganges werden noch Joseph Stübben, Berlin, und Karl Mayreder, Professor an der Technischen Hochschule Wien als weitere Mitarbeiter genannt.

Sehr aufschlußreich ist das Vorwort im ersten Heft des Ersten Jahrganges, dessen Erscheinen Sitte leider nicht mehr erlebt hat. Im Nachruf auf Camillo Sitte bemerkte Goecke u. a.: »Das Titelblatt ist noch von ihm selbst erfunden, der Aufruf an unsere Leser – sein wahres künstlerisches und sozialpolitisches Programm für den Städtebau enthaltend noch zum größten Teil von ihm verfaßt« (Abb. 3). Deshalb ist auch die Begriffsbestimmung für »Städtebau« von besonderem Interesse:



Abb. 3: Von Camillo Sitte entworfener und von Siegfried Sitte gezeichneter Umschlag für die Monatschrift »Der Städtebau« (1904). Sitte-Nachlaß T. U. Wien

»Der Städtebau ist die Vereinigung aller technischen und bildenden Künste zu einem großen, geschlossenen Ganzen; ... der Städtebau regelt den Verkehr, hat die Grundlage zu beschaffen für ein gesundes und behagliches Wohnen der nun schon in überwiegender Mehrheit in den Städten angesiedelten modernen Menschen; hat für günstigste Unterbringung von Industrie und Handel zu sorgen und die Versöhnung sozialer Gegensätze zu unterstützen. So wie das gesamte staatliche, bürgerliche und individu-

elle Leben den Inhalt des täglichen Gebahrens und Gehabens einer städtischen Bevölkerung bildet, so ist die bauliche Anlage und Ausgestaltung der Stadt hierfür die äußere Form, das Gefäß, das diesen Inhalt einschließt und deshalb gehört dessen naturgemäße richtige Entwicklung mit unter die wichtigsten Aufgaben moderner Kulturarbeit.«

Das erste Heft des Ersten Jahrganges entspricht bereits weitgehend dieser Definition. Deshalb führten auch die Vielfalt der Abhandlungen über aktuelle städtebauliche Probleme und die zahlreichen Lösungsvorschläge, über die in der neuen Monatsschrift berichtet wurde, sehr bald zum Erfolg.

Zwar ist schon ab 1897 die Zeitschrift »La Ciudad Lineal« als offizielles Organ der »Compania Madrilena de urbanizacion« von Arturo Soria y Mata herausgegeben worden. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Probleme der »Bandstadt« und fand deshalb keine große Verbreitung. Die Zeitschriften »Garden Cities and Town Planning«, ab 1904 in London, und »The American City«, ab 1909 in New York erschienen, befaßten sich überwiegend mit den Problemen der Gartenstädte bzw. mit administrativen Großstadtproblemen. Erst die ab 1910 unter Schriftleitung von Patrick Abercrombie von der University of Liverpool herausgegebene Zeitschrift »The Town Planning Review« weist eine ähnlich umfassende Konzeption auf, wie die erste deutschsprachige Monatszeitschrift »Der Städtebau«.

Beispielhafte Ausstattung und gründliche Erörterung der rechtlichen, sozialen, administrativen, technischen, künstlerischen und finanziellen Aspekte des Städtebaues, aber auch die kontinuierliche Berichterstattung über aktuelle Städtebauprobleme in Europa und in anderen Erdteilen trugen wesentlich zur Begründung der Städtebauthorie und Städtebaulehre insbesondere im deutschen Sprachraum bei. Deshalb erschien »Der Städtebau« bis 1929 als selbständige Zeitschrift und dann als Beilage zu Wasmuths-Monatsheften. Sehr zutreffend stellt Giorgio Piccinato u. a. fest: »Die gesammelten Hefte des Städtebaus bilden heute die wichtigste Quelle für jeden, der sich mit den städtebaulichen Fragen jener Zeit beschäftigen will.« So konnte Camillo Sitte – unterstützt von seinem Sohn Siegfried – gemeinsam mit Theodor Goecke einen weiteren wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Fachgebietes Städtebau leisten, der noch nicht entsprechend gewürdigt worden ist.

7. Zusammenfassung

Die erste Auflage von Sittes Hauptwerk »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« (Wien 1889) hat in Österreich und in Deutschland große Aufmerksamkeit erregt. Doch erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – und wohl im Zusammenhang mit dem oft rigorosen Wiederaufbau zerstörter historischer Stadtzentren – ist neuerlich ein bedeutendes Interesse an seinem Buch festzustellen. Denn so zeitgebunden manche Formulierungen auch sind, so zeitlos ist Sittes Forderung, daß eine Stadt nicht nur funktionieren muß, sondern daß sie auch schön sein soll. Schön ist

eine Stadt nach seiner Auffassung vor allem dann, wenn sie ein künstlerisch gestaltetes Zentrum aufweist. Dies erinnert an Fra Giordano da Pisa, der in einer Predigt die Schönheit einer Stadt erklärte: »Allzu schön ist eine wohlgeordnete Stadt in der viele Künste sind, und jede für sich allein und alle allen gemeinsam. Allzu groß ist die Schönheit, weil in jeder Kunst ein Nutzen liegt.«¹⁵

Da Platzanlagen Brennpunkte städtischen Lebens sind, hat Sitte die Wirkung alter Plätze sehr gründlich analysiert, den Verlust an öffentlichem Leben auf Plätzen erhellt und deren Gestaltung zu begründen versucht. Keinesfalls hat er die Schaffung »malerischer Platzanlagen« gefordert, sondern festgestellt: »... nur wenn wir prüfen, worin das Wesentliche eindrucksvoller Plätze besteht, sind wir in der Lage, dieses Wissen auf moderne Verhältnisse« anzuwenden.

Damit hat Sitte auch einen wichtigen Beitrag zur Altstadterhaltung geleistet, denn in zahlreichen Zeitungsartikeln (Die neue Stadterweiterung, 1891; Das Wien der Zukunft, 1894; Die Ausweidung Wiens, 1896) ist er für die Erhaltung von historisch bedeutsamen Ensembles eingetreten; häufig auch gegen die Planungsabsichten der Wiener Stadtverwaltung und bedeutender »Ringstraßen-Architekten«. So betonte er im Artikel »Das Wien der Zukunft« u. a.: »Dieser Schatz an vorhandenen naturgemäßen Linienzügen braucht bloß sorgsam gehütet und nicht zugegeben werden, dass die zweifelhafte Kunst des Messtisches hierin zu wüthen anfängt, so wird sich organisch der alte Stadtkern mit den umliegenden Orten wie von selbst verbinden.«¹⁶

Camillo Sitte forderte weiters, daß neue Stadtteile erst dann geschaffen werden sollen, wenn vor der Festlegung künstlerischer Gesichtspunkte geklärt wird, welche Funktion dieses Teilgebiets zukünftig wahrnehmen soll und welche öffentlichen Bauten und Plätze dafür erforderlich sind. Die »unerläßliche Vorbedingung ist also ein wirkliches Programm«.

Eine umfassende und objektive Beurteilung des Lebenswerkes von Camillo Sitte kann deshalb nicht nur aufgrund seines Hauptwerkes »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« sowie der zahlreichen fachbezogenen Zeitungsartikel und Abhandlungen oder der Gründung der ersten deutschsprachigen Fachzeitschrift »Der Städtebau« (gemeinsam mit Theodor Goecke) erfolgen, sondern es muß auch sein Wirken als Städtebauer noch viel gründlicher erhellt und bewertet werden. So hat Sitte insbesondere als Verfasser des Stadterweiterungsplanes (»Verbauungsplanes«) für die königliche Hauptstadt Olmütz bei dessen politischer Durchsetzung sehr rasch gelernt, wie groß der Unterschied zwischen Theorie und Praxis sein kann. Denn in einem Vortrag am 26. Dezember 1894 »Zur Stadterweiterungsfrage« (von Olmütz) erklärte er:

¹⁵ *Fra Giordano da Pisa*, Predigt Nr. 94; zit. bei W. Braunfels, *Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toskana*, Berlin 1979, S. 124.

¹⁶ Vgl. *Berichte zur Raumforschung und Raumplanung*, Wien 1989, S. 8.

»daß es ein Anderes sei, über Städtebau ein Buch zu schreiben, ein Anderes einen Stadtplan selbst zu verfassen. In dem ersten Falle handelt es sich um theoretische Festsetzungen und die Aufstellung idealer Ziele; beim Planverfassen handelt es sich aber in erster Linie um die Ausführbarkeit des Planes in großen Zügen und auch in seinen Details; so stehen also ökonomische Fragen in erster Reihe, dann hygienische und verkehrstechnische und dann, soweit es möglich wird, ohne Inanspruchnahme besonderer Geldmittel, ohne die bestehenden Verhältnisse, Bauvorschriften ... zu verletzen, kommen die künstlerischen Rücksichten in Frage.«¹⁷

Unbestritten ist, daß Camillo Sittes Buch ebenso wie Reinhard Baumeisters »Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung« (1876) und Hermann Joseph Stübbers Hauptwerk »Der Städtebau« (1890) zu den wichtigsten deutschsprachigen Fachpublikationen zählt, die bis zum Ersten Weltkrieg erschienen sind. Diese Grundlagenwerke haben die Städtebaulehre insbesondere an den deutschsprachigen Technischen Hochschulen, aber auch die städtebauliche Planungspraxis sehr weitgehend geprägt.

Wenn jedoch Sittes Buch nie ganz in Vergessenheit geraten ist – und derzeit wieder große Aktualität besitzt –, so könnte neben der vorherrschenden Tendenz zur Altstadterhaltung und zum Ortsbildschutz als weitere Ursache wohl die zeitlose Faszination des Verhältnisses von Kunst und Utopie¹⁸ in Betracht kommen. Vielleicht aber auch der in das Unterbewußtsein verdrängte »totale Anspruch von Erbauer und Planer, physische und psychische Bedürfnisse von Bewohnern kalkulieren und in architektonische Form umsetzen zu können«.¹⁹ Dieser Versuchung ist Camillo Sitte jedoch nie erlegen, sondern er wollte auch sein ökonomisches und sozialpolitisches Programm für den Städtebau in einem zweiten Band veröffentlichen. Dafür reichte seine Kraft aber nicht mehr aus. Sein Sohn Siegfried hat diese Aufgabe dann übernommen und im Sinne seines Vaters zu lösen versucht.

¹⁷ Mährisches Tagblatt, 27. Dezember 1894; Sitte-Nachlaß 271.

¹⁸ H. Bauer, *Kunst und Utopie, Studien über das Kunst- und Staatsdenken in der Renaissance*, Berlin 1965.

¹⁹ H. W. Kruft, *Städte in Utopie, Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert*, München 1989, S. 19.

Detlev Ipsen

Über den Zeitgeist der Stadterneuerung

1. Fordistische Stadterneuerung – 2. Fünf Thesen zum Typus der fordistischen Stadterneuerung – 3. Im Windschatten der Krise: die behutsame Stadterneuerung – 4. Stadterneuerung und Städtekonkurrenz – zur Konstellation postmoderner Sanierung – 5. Perspektiven einer ökologisch orientierten Stadterneuerung – 6. Schlußbemerkung

Stadterneuerung ist der institutionelle und politische Ausdruck einer ständigen Anpassung der baulich-physischen Form und Funktion der Stadt an die jeweilige politische und ökonomische Hegemonialstruktur, also die Anpassung an die Form der ökonomischen Nutzung der herrschenden Technik und der kulturellen Muster. Der städtische Raum befindet sich wie Lefebvre sagt in einem permanenten Prozeß der Produktion. Voraussetzung für die Produktion des Raumes ist entweder die Kolonisierung des Umlandes oder die Destruktion, die Zerstörung innerhalb der schon gebauten und belebten Stadt. Diese Zerstörung kann rein physisch sein, den Abriß bestehender Bauten, Plätze, Straßen bedeuten. Sie kann aber auch behutsam sein, bestehende Bauten und Teile ihrer Nutzung aufnehmen und durch neue ergänzen. Immer jedoch ist die Destruktion mit der Veränderung der sozialen Verhältnisse verbunden, das unsichtbare Design¹ des städtischen Raumes wird modifiziert. Die Produktion des Raumes steht so immer in einer Dialektik zur Zerstörung älterer Wirtschaftsweisen, Sozialformen und baulichen-physischen Formen. Stadterneuerung versucht diesen Prozeß ganz oder teilweise politisch und planvoll zu steuern. Insofern treten Stadterneuerungen zwar in historisch völlig unterschiedlichen Situationen auf, doch ist ihnen ihr explizit politischer Charakter gemeinsam. Der Abriß ganzer Wohnblocks in Hamburg, um Speicher und Hafenanlagen zu bauen, die innere Stadterneuerung zahlreicher Städte in Folge des Eisenbahnbaus, der Umbau von zentralen Teilen in Paris durch Haussmann im 19. Jahrhundert, sind jeweils sehr spezifische Konstellationen der Stadterneuerung, um militärische, wirtschaftliche und verkehrstechnische Probleme aus der Sicht der politischen Elite zu lösen. Über ihren gemeinsamen politischen Charakter hinaus ist es wahrscheinlich, daß Stadterneuerung besonders ausgeprägt den Geist der wirtschaftlichen und politischen Eliten widerspiegelt, mehr jedenfalls als die naturwüchsige Form der Produktion des städtischen Raumes, der per se eine Vielzahl

von Überlagerungen und Verwerfungen zuläßt. Sicherlich ist auch die politische Form der Raumproduktion im Rahmen der Stadterneuerung keine lineare Funktion der Absicht der herrschenden Eliten. Konkurrierende Eliten, widersprüchliche soziale Konstellationen, unbeabsichtigte Effekte, der Einfluß sozialer Bewegungen modifizieren den jeweiligen Typus der Stadterneuerung. Insofern gilt auch hier, daß sich der Raum gleichsam selber erstellt, weil die realisierte Form das Ergebnis einer Vielzahl von Kräften ist, die Resultante, wie M. Thompson es ausdrückt.² Gerade weil die Stadt als Natur erscheint³ und gegenüber den Subjekten Fetischcharakter annimmt, ist die Suche nach kohärenten Mustern wichtig, um sehend handeln zu können. Wir fragen also danach, ob es für bestimmte historische Perioden spezifische Muster der Stadterneuerung gibt.

Um zu plausiblen Hypothesen zu kommen, grenzen wir den Zeitraum der Erörterung historisch ein: Lassen sich die offensichtlichen Veränderungen in der Politik der Stadterneuerung, die man in dem Zeitraum ab Ende der 60er Jahre bis hin zu den 90er Jahren beobachten kann, typologisch kennzeichnen und systematisch interpretieren? Gibt es in diesem Zeitraum einen sich verändernden Zeitgeist der Stadterneuerung, der Ausdruck sich verändernder gesellschaftlicher Regulation ist? Die folgenden Thesen über den Zeitgeist der jeweiligen Ziele der Stadterneuerung haben heuristischen Charakter. Beispiele und Gegenbeispiele können zwar die Plausibilität einer Typologie erhöhen, die Überprüfung einer theoretisch möglichen und plausiblen Typologie steht dann jedoch noch aus.

1. Fordistische Stadterneuerung

Zunächst haben wir den Eindruck, daß die Stadterneuerung in Deutschland von den 60er Jahren bis zum Ende der 70er Jahre einen anderen Charakter hatte, wie die Erneuerungspolitik der 80er Jahre. In den 70er Jahren realisierten die Stadterneuerungen ein fordistisches Programm gesellschaftlicher Modernisierung (die Vorläufer während der NS-Zeit scheinen mir im wesentlichen ähnlich gelagert zu sein). Den Fordismus kennzeichnet eine tayloristische Arbeitsorganisation, Masseneinkommen und Massenkonsum, eine Sicherung von Arbeitsrechten, sowie einer Vielzahl von staatlichen Regulierungsversuchen.⁴ Die Regulierung der räumlichen Organisation bezieht sich formal auf die planvolle Verteilung ökonomischer und sozialer Funktionen im städtischen und ländlichen Raum. Das Instrumentarium der Stadterneuerung ist

² M. Thompson, Welche Gesellschaftsklassen sind potent genug, anderen ihre Zukunft aufzuoktroyieren, in: L. Burckhardt (Hrsg.), Design der Zukunft, Köln 1987.

³ Vgl. H. Berndt, Die Natur der Stadt, Frankfurt 1978.

⁴ Zur Kennzeichnung der fordistischen Akkumulation und Regulation gibt es inzwischen eine Vielzahl von theoretischen Publikationen. Auf räumliche Strukturen bezogen besonders A. Lipietz, zusammenfassend D. Harvey, für Westdeutschland siehe J. Hirsch, D. Ipsen und M. Rodenstein.

¹ Vgl. L. Burckhardt, Die Kinder fressen ihre Revolution, Köln 1985.

dabei nur ein Teil der auf den Raum und die Raumproduktion bezogenen Regulierungsinstrumente. Die Regionalplanung sichert die Funktionsteilung zwischen Stadt und Land, die Flurbereinigung ermöglicht die Durchsetzung von Verkehrswegen und die Rationalisierung in der Landwirtschaft, die Dorferneuerungsplanung ordnet die ländlichen Siedlungen. Das Städtebauförderungsgesetz regelt die Ordnung der Besitzverhältnisse bei öffentlichen Eingriffen zur Neuordnung des städtischen Raumes. Insgesamt organisiert sich die Logik der regulierenden Eingriffe um das Prinzip der Zonierung. Jeder Funktion wird ein entsprechender Raum vorrangig zugewiesen. Stadterneuerung hieß in diesem Zusammenhang zunächst einmal »Ordnung schaffen«. Raumsegmente für die Produktion, den Konsum, die Verwaltung und das Wohnen sollten getrennt ausgewiesen werden. Implizit bewirkt die Durchsetzung räumlicher Zonierung zugleich die Ablösung kleinteiliger Besitzrechte, kleinteiliger Produktion und Verteilung. Doch davon später. Substantiell bezieht sich die Regulation des Staates im städtischen Raum vornehmlich auf die Sicherung eines Reproduktionsmodells, das die Entfaltung des individuellen Konsums ermöglicht. Der Sicherung des Massenkonsums entsprach zum einen die Sicherung preiswerten Wohnens in Miete und Eigentum (Sozialer Wohnungsbau), zum anderen in der Bereitstellung sozialer Infrastruktur, um u. a. das Aufwachsen der Kinder bei gleichzeitiger Berufstätigkeit der Frau zu sichern.⁵ Für E. Castells waren diese Funktionen des Staates in der Stadt derart hervorstechend, daß der »kollektive Konsum« aus seiner Sicht zum Definitionsmerkmal des Städtischen schlechthin wurde. Die im Städtebauförderungsgesetz vorgesehene Grobanalyse soll den städtischen Raum nun nach Defiziten in bezug auf das neue Ordnungsmodell durchforsten. Ungeordnete städtebauliche Situationen, besonders die sich gegenseitig »störende« Durchmischung von Wohnen und Gewerbe, Verkehrsbehinderung, überalterte Baustruktur, überalterte Sozialstruktur und Infrastrukturdefizite gelten als erhebliche städtebauliche Mängel, die, wenn mehrere Merkmale kumulieren, eine Stadterneuerung rechtfertigen. Es ist dabei keineswegs zwingend, daß die Flächensanierung als eine geeignete Methode angesehen wurde, um die neue Ordnung herzustellen, doch zeigt sich die ideologische Radikalität des neuen Modells der Stadterneuerung in der Flächensanierung besonders deutlich.

Ende der 70er Jahre konzentrierten sich die städtischen Verwaltungen und Planungsbüros mehr auf Bausubstanz erhaltende Methoden. Die Gründe dafür waren aber wohl eher wirtschaftlicher Art oder dienten dazu, die soziale Akzeptanz zu erhöhen. Einem Wechsel der grundsätzlichen Zielrichtung von Sanierungsmaßnahmen sind sie nicht geschuldet. In den beginnenden 80er Jahren wechselt der »Geist« der Sa-

⁵ Es ist dabei ein Widerspruch, daß die Berufstätigkeit der Frau nur periodisch und auf bestimmte Lebensabschnitte bezogen gefördert wird. Im Vergleich zu Frankreich oder den USA ist die Ganztagsversorgung der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland weit weniger gesichert. Mir scheint es so, daß äußerst traditionalistische Einstellungen bei Frauen und Männern dafür verantwortlich sind.

nierung grundsätzlich. Die fordistische Vergesellschaftung ist weitgehend abgeschlossen, große Produktions- und Verteilungsstrukturen sichern die auf Massenarbeit und Massenkonsum ausgerichtete Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens. Die Beziehung der einfachen Warenwirtschaft, kleinteiliger Produktions- und Zirkulationseinheiten sind weitgehend auf- und abgelöst. Zahlreiche Teile einer vor dem im Haushalt erarbeiteten Subsistenz sind ausgelagert. Zugleich zeigen sich Mitte der 70er Jahre ernsthafte ökonomische und soziale Krisenphänomene der fordistischen Akkumulation und Regulation. Die Illusion »immerwährender Prosperität« ist dahin. Die Hoffnung, die neuen Steuerungsmechanismen des Staates hätten das häßliche Gesicht des Kapitalismus, die Krise, überwunden, wird enttäuscht.⁶ Die Gewinne sinken, die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Sensibilität für eine sich neu formierende soziale Frage nimmt zu. Zugleich wird deutlich, daß die Externalisierung zahlreicher Kosten des fordistischen Fabrik- und Verkehrssystems, aber auch die Logik des Massenkonsums selber, zu nicht mehr tolerierbaren Umweltbelastungen geführt hat. Schlagworte zur Kennzeichnung von Lösungsstrategien machen die Runde. Das Konzept der Flexibilisierung in der Produktionstechnik, im Vertrieb und in der Zeitstruktur von Arbeit und Leben schlechthin steht für die flexible Regulation zur Überwindung der Krise des Fordismus. Die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte oder radikaler ausgedrückt, der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, sollen die Umweltkrise handhabbar machen. Für die soziale Frage wird dagegen keine Strategie formuliert. Eher deskriptiv und moralisch warnend ist von der Zwei-Drittel-Gesellschaft die Rede. Die Entfaltung einer neuen Sozialpolitik, reformuliert durch den Konservativen als »Neue soziale Frage«, findet keinen Durchbruch zu politisch strategischen Programmen.

Auf der Ebene der Städte kristallisieren sich in dieser Zeit drei städtebauliche Antworten heraus. Zum einen die behutsame Stadterneuerung, die sich als eine Antwort auf die neuerlichen sozialen Probleme der Krise des Fordismus versucht. Zum zweiten die ökologische Stadterneuerung, die nach einer städtischen Antwort auf die Umweltkrise sucht. Und schließlich eine »Stadterneuerung von innen heraus«, wie Walter Wallmann noch als Frankfurter Oberbürgermeister formulierte. Die Zentren der Städte treten in den Mittelpunkt des Interesses. Innenstadtkonzepte sollen die Besonderheit des jeweiligen Ortes herausarbeiten oder neue bilden, Identifikationspotentiale für Fremde wie für die Bürger der Stadt sollen geschaffen werden. Die »Neue Urbanität« wird ein publikumswirksames Schlagwort.⁷ Wie läßt sich dieser allgemein bekannte Formwandel der Stadterneuerung entziffern, was ist ihr Sinn im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Regulation, sind sie überhaupt als für eine bestimmte Periode typisch zu interpretieren?

⁶ Selbst so scharfsinnige Analytiker wie W. Hoffmann waren offensichtlich dieser Meinung.

⁷ H. Häußermann / W. Siebel, Die Neue Urbanität, Frankfurt a. M. 1988.

2. Fünf Thesen zum Typus der fordistischen Stadterneuerung

2.1 Stadterneuerung als Erhöhung der räumlichen Kontrolle

Der Fordismus gewinnt seine Effizienz und Produktivität aus einer immensen Erhöhung, Verbreiterung und Verfeinerung der Arbeitsteilung. Damit verbunden ist eine Abnahme des Regulierungspotentials dezentraler Einheiten. Insbesondere die Haushalte und Familien verlieren an Funktionen. Aber auch Nachbarschaften, Stadtquartiere und Dörfer sind nicht mehr die unumstrittenen Orte lebensweltlicher Organisation. An den Haushalt gebundene Frauen, Kinder und alte Menschen bleiben im Quartier, die berufstätige männliche und weibliche Bevölkerung verläßt es. Selbst die Versorgung mit den Gütern des alltäglichen Bedarfs wird zentralisiert. Substitutiv erhöht der Staat seine Leistungen für die Existenzsicherung. Damit verbunden sind ausgeprägte Kontrollbedürfnisse. Auch in einigen Aspekten der Stadterneuerung schlägt sich dieses erhöhte staatliche Kontrollbedürfnis nieder. Ein frühes Zeugnis für ein Kontrollmotiv in der Stadterneuerung findet sich in einer Schrift, die unter dem Titel »Neue Wege zur Großstadtsanierung« von Prof. Andreas Walther 1936 publiziert wurde. Darin heißt es: »Der Nationalsozialismus rückt bewußt in den Mittelpunkt seines ganzen Denkens das Volk. Um die Zukunft des Volkes willen ist er entschlossen, Volksschädigendes nicht länger schwächlich zu dulden, sondern unter Kontrolle zu nehmen und unschädlich zu machen.«⁸ Mit sozialstatistischen Analysen untersucht die von Walther geleitete Forschungsgruppe die Verteilung von Indikatoren für »volksschädigende Elemente« im städtischen Raum. Dazu gehören Konzentrationen von chronischen Sozialhilfeempfängern, von Tuberkulosekranken, von Hilfsschülern und Kommunisten. Diese »defizitären« Bevölkerungsgruppen dienen dazu, Sanierungsgebiete zu identifizieren. Es geht mir an dieser Stelle nicht darum, den faschistischen Charakter einer bestimmten Sanierungspolitik darzustellen. In der Strategie der NS-Sanierung zeigt sich das Motiv der Raumkontrolle nur besonders deutlich. Da der NS-Faschismus sehr viele Elemente fordistischer Modernisierung aufgenommen hat (Motorisierung, Massenfreizeit, standardisierte Nahrung) ist es naheliegend, zu untersuchen, ob die Sanierungspraxis nach dem Ende der NS-Herrschaft diese Kontrollfunktion weiter wahrnimmt. Einiges spricht für eine derartige These. So finden sich bei Sanierungen vorausgehenden sozialstatistischer Erhebungen im Rahmen der damals vorgeschriebenen Grobanalysen nicht nur bauliche Mißstandsindikatoren, sondern auch soziale wie etwa die Verteilung von Alten, Ausländern und sogenannten einkommensschwachen Haushalten.⁹ Bei der Sanierungstechnik hat die Entkernung von Hinterhöfen, wie mir scheint, zumindest auch das Ziel, den Raum überschaubarer und kontrollierbarer zu machen.

⁸ A. Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung, Stuttgart 1936, S. 3.

⁹ Stadt Mannheim, Sanierung nach Städtebauförderungsgesetz. Grobanalyse, Mannheim 1974.

2.2 Die Marktintegration

B. Lutz kennzeichnet die Modernisierung der letzten 30 Jahre in der BRD als eine Form innerer Landnahme.¹⁰ Die Akkumulationsdynamik des Fordismus besteht in dieser Periode zumindest auch darin, Prozesse der Reproduktion, die vorab durch Eigenproduktion, informellen Tausch und einfache Warenproduktion gesichert waren, in den Markt zu integrieren. Dies gilt für die Vorfertigung von Essen, die Zunahme von Fast Food und vor allem die Mechanisierung der Haushaltsarbeit. Der beste Weg, diese Marktintegration ursprünglich häuslicher Arbeit zu sichern, ist die Vernichtung der Möglichkeiten zu einer selbst oder lokal organisierten Bedürfnisbefriedigung. Sicherlich ist eine wesentliche Bedingung für die Integration der Reproduktion in den Markt, die Änderung der Arbeit und des Arbeitsmarktes (Intensivierung der Arbeit, Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt, höhere verfügbare Einkommen). Auch die Stadterneuerung leistet dabei in mehrfacher Hinsicht einen Beitrag. Flächen, die die Haushaltsproduktion ermöglichen, werden durch Ordnungsmaßnahmen der Verfügung der Haushalte entzogen. Moderne Wohnformen lassen auch innerhalb der Wohnungen extensive Haushaltsproduktion nicht mehr zu. Speisekammern und zur Lagerhaltung geeignete Stellen werden nicht mehr gebaut. Durch Maßnahmen der Bodenordnung verliert das Kleingewerbe seine ökonomische Grundlage. Eine lokale Produktion von Gütern und Dienstleistungen kann nicht mehr oder nur noch in verringertem Maße stattfinden. Die Arbeiten von H. Becker u. a. zeigen für Sanierungsgebiete in Berlin, daß im Vergleich des Zeitraums vor und nach der Sanierung die Zahl der Industriebetriebe um 83%, die der Handwerksbetriebe um 64%, des Einzelhandels um 70% und die Anzahl privater Dienstleistungsbetriebe um 43% zurückgegangen sind.¹¹ Durch die Sanierungsmaßnahmen verändert sich auch die Sozialstruktur der Hausbesitzer. Die traditionelle Form des Miethausbesitzes, bei der Handwerk und Handel zur Alterssicherung ein Haus erwerben und dann vor allem an langfristiger Werterhaltung und das heißt »ordentlichen« Mietern interessiert sind, wird unökonomisch. Die neuen Besitzer investieren an unmittelbarem Gewinn orientiert. Entsprechend werden alle Möglichkeiten der Mietsteigerung und der Einsparung von Erhaltungsinvestitionen ausgenutzt, um die Rendite des Hauses zu erhöhen. Stadterneuerung schafft so auch anonyme Marktverhältnisse.¹²

Es paßt zur Funktion der Stadterneuerung als Instrument der Markterschließung, wenn eines der einflußreichsten Bücher, das zu Beginn der Debatte über die Stadterneuerung geschrieben wurde, den Titel »Rückständige Viertel« trägt.¹³ Lebenswelten, die sich dem Zugriff von Ökonomie und Staat entziehen, werden als rückständig

¹⁰ B. Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt 1984.

¹¹ H. Becker / J. Schulz zu Wiesch, Sanierungsfolgen, Stuttgart 1982.

¹² D. Ipsen, Die kleinen Miethausbesitzer, in: arch+ 54, 1980.

¹³ K. Zapf, Rückständige Viertel, Frankfurt 1969.

wahrgenommen. Die in diesen traditionellen Lebensverhältnissen meist vorhandene ökonomische Beschränktheit und alltägliche Mühseligkeit konstituiert den inneren Widerspruch, in dem sich die Modernisierungspolitik auch subjektiv verankern kann.

2.3 Kollektive Konsumption

In den 70er Jahren wurde die kollektive Konsumption, wie etwa bei E. Castells, geradezu zur Definition des Städtischen herangezogen. Nunmehr zeigt sich meines Erachtens deutlich, daß kollektive Konsumption ein Strukturelement der fordistischen Vergesellschaftung war, zumindest wenn man damit den Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur meint. Die Stadterneuerung wurde explizit mit der notwendigen Versorgung der Stadtquartiere mit öffentlichen Dienstleistungen begründet. Kindergärten und Altenversorgung, Jugendtreff, Spielplätze, Einkaufszentren etc. wurden zentrale Indikatoren für die Lebensqualität in den Quartieren. Soziologische Analysen über horizontale Disparitäten und Versorgungsdefizite bereiteten die Umstellung des Reproduktionsmodus vor oder haben ihn zumindest begleitet.¹⁴ Der Fordismus ist eng mit einer Atomisierung der Lebenswelten verbunden. Das Individuum als Arbeitskraft und Konsument, als Freizeitsubjekt und Stimmbürger kann die dem Fordismus angepaßte Lebenswelt nur realisieren, wenn es sich aus eng verflochtenen und verbindlichen sozialen Bindungen löst. Bei dem damit verbundenen Funktionsverlust von Familie und Haushaltsproduktion wird das Individuum allerdings abhängig von öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen. Entsprechend nennt das Städtebauförderungsgesetz die »infrastrukturelle Erschließung« eines Gebietes eine wesentliche Aufgabe der Stadterneuerung.

2.4 Zonierung

Eingangs wurde schon erwähnt, daß Zonierung das Prinzip der Raumorganisation darstellt, das der fordistischen Produktions- und Konsumptionslogik wahlverwandt ist. Das Städtebauförderungsgesetz stellt die Zonierung als die erstrangige Aufgabe der Sanierung fest und begründet diese Aufgabe mit der geringen Produktivität und gehemmten Entfaltungsmöglichkeit, die durch die städtebauliche Mischung entstehen. In der Begründung des »Entwurfs eines Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetzes« aus dem Jahr 1968 heißt es: »Die Vermehrung der Arbeitsplätze im tertiären Sektor, der Dienste leistenden Berufe sowie die Zunahme der Verkehrsvorgänge treffen auf Stadtstrukturen, die den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen sind, die häufig sogar selbst durch städtebauliche Mißstände, wie zu enge Bebauung, starke Vermischung von Wohn-, Betriebs- und Arbeitsstätten und unzulängliche Erschließung gekennzeichnet sind (Bundestagsdrucksache V/3505, S. 31). Zonierung

¹⁴ Siehe hierzu insbesondere die Arbeiten von U. Herlyn und Mitarbeiter, aber auch eine Reihe von Texten des Arbeitskreises für lokale Politikforschung.

war damit eine der wesentlichen Methoden der Stadterneuerung in dieser Phase: Verkehr wird reguliert, funktional zugeordnete Freiflächen werden ausgewiesen, Gewerbe wird ausgesiedelt, Spielplätze angelegt etc. Sicher ist diese Sichtweise nicht von den Verfassern des Städtebauförderungsgesetzes erfunden worden. In der Charta von Athen wird die Zonierung noch zum Teil mit der Verbesserung der Stadthygiene und Gesundheit begründet. Gleichrangig wird jedoch die Unangepaßtheit städtischer Strukturen hinsichtlich der Anforderungen moderner Produktion und Lebensweise angeführt. Le Corbusier selber bezeichnet sich als Fordist, er bewundert die Ordnung der modernen Fabrik. Der Bezug zum Fordismus war so zumindest den Erfindern des städtebaulichen Funktionalismus bewußt.

Wenn wir also diese erste Phase der Stadterneuerung fordistisch nennen, so sehen wir die entsprechenden rechtlichen Steuerungsinstrumente als eine Form fordistischer Regulation. Wie Lipietz betont, wird ein Regulationsregime und so auch das des Fordismus nicht erfunden, es setzt sich als Kombination unterschiedlicher Ideen und Praktiken zusammen und bildet eine gewisse Zeit lang eine Kohärenz. Seine Logik konstituiert sich »hinter« den bewußten Praktiken der einzelnen Akteure, die in der Regel konkrete Probleme zu lösen gedenken. Deshalb wird auch die der Kohärenz immanenten Widersprüchlichkeit nicht bewußt. Die stetig zunehmende Kontrollierbarkeit des Raumes, seine produzierte Ordentlichkeit läßt die Orte »unwirtlich« werden. Die Wanderung aus den Städten hinaus zum Stadtrand ist nicht nur der Ökonomie des Bodens geschuldet, sondern vor allem der Suche nach dem »eigenen« Ort, der sich jedoch in seiner Ästhetik in der Regel den verallgemeinerten Ordnungsvorstellungen nicht entziehen kann. Die ökonomische und soziale Modernisierung des Raumes räumt zugleich mit den Flexibilitätsreserven gesellschaftlicher Entwicklung auf. Auf der einen Seite wird die Ökonomie jedes einzelnen Haushaltes krisenfällig, da die Möglichkeiten zu einer subsistenzorientierten Haushaltsökonomie weitgehend verloren gegangen sind.¹⁵ Aber auch die für Innovationen, Ausbildung und flexible Ergänzung der Großindustrie so wichtige kleingewerbliche Struktur verliert ihren angepaßten Ort, den sie weder in den »Gewerbeparks« vor der Stadt noch in Technologie- und Innovationszentren finden kann. Das ökonomische Aus der vielen kleinen Läden, die sich gegenüber den Großmärkten und Einkaufszentren nicht halten können, läßt nicht nur weite Wege entstehen. Sie waren ja auch nebenbei soziale Zentren, die man nunmehr als Altentreffs, mit Essen auf Rädern und ähnlichen staatlich organisieren muß. Die Zonierung insgesamt läßt die Städte im Verkehr ersticken, die Optimierung der einzelnen Funktion bringt die Funktion des Städtischen insgesamt zum Verschwinden.

¹⁵ Siehe dazu insbesondere die Arbeiten der »Bielefelder Schule« um B. Thompson und Claudia v. Werlhoff.

2.5 Die SPD und die Utopie der Standardisierung

Politischer Träger der fordistischen Stadterneuerung ist die Sozialdemokratie. Natürlich heißt das nicht, daß diese Form der Stadterneuerung nur in sozialdemokratisch geführten Städten durchgeführt wurde, doch geben die Sozialdemokraten den Ton an. Für die Sozialdemokraten soll durch großzügige Sanierung der ebenso großzügige Neubau von Großsiedlungen am Stadtrand ergänzt werden. »Wir haben uns vorgenommen, den Wedding so zu erneuern, daß das Odium der Zweitklassigkeit verschwindet, daß ein intaktes Stadtbild Abbild einer intakten Gesellschaft wird«, so formulierte der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt zum Beginn des ersten Stadterneuerungsprogramms in Berlin.¹⁶ Bodenschatz formuliert in diesem Zusammenhang: »Wir erinnern uns, was die Meßlatte dieses Intaktseins war: der heißgeliebte, oft beschworene Berliner Durchschnitt, der Durchschnitt in der Sozialstruktur, der Durchschnitt in der Baukultur.«¹⁷ Sanierung wurde als Möglichkeit gesehen, gleichartige Lebensverhältnisse für alle herzustellen. Die Standardwohnung für den nach Gleichheit strebenden Menschen war das Ziel. Die Sanierung des Berliner Stadtteils Wedding ist hierfür ein frühes und gutes Beispiel. Weite Teile des alten Arbeiterquartiers wurden abgerissen und in Zeilenbauweise neu erbaut. In diesem Verfahren wird implizit ein gebrochenes Verhältnis zur Geschichte deutlich. Die zweifellos problematischen Wohnverhältnisse in den Kleinwohnungen des Wedding, oft sprichwörtlich ohne Licht, Luft und Sonne, waren für die Sozialdemokratie auch in veränderter Form nicht erhaltenswert. Eine materialisierte Leidensgeschichte, deren Abriß die unerwünschte Erinnerung an eine überwundene Vergangenheit mitbeseitigen sollte. Wie der Bauernsohn die alten Möbel aus dem Haus wirft, zumindest auf den Boden verbannt, um die Erinnerung an den ungeliebten Vater zu vermeiden, so distanziert sich die politisch organisierte Arbeiterschaft von den unerwünschten »vorsozialdemokratischen« Zeiten.

3. Im Windschatten der Krise: die behutsame Stadterneuerung

Die Radikalität, mit der die Utopie einer neuen Gesellschaft im städtischen Raum Gestalt angenommen hat, ist nicht unkritisiert geblieben. Die wirtschaftliche Krise 1973/74 ließ zudem die Realisierbarkeit weiterer Flächensanierungen fraglich erscheinen. 1976 beginnt in Berlin, wenn auch zunächst im kleinen Maßstab, die Hinwendung zu einer behutsamen Stadterneuerung. In den nächsten drei Jahren wird das Förderungsinstrumentarium differenziert, die großen Sanierungsträger ziehen sich zu-

¹⁶ Zit. n. H. Bodenschatz, Plädoyer für eine Bestandsentwicklung in, in: *Arbeitsgruppe Stadterneuerung* (Hrsg.), Stadterneuerungspolitik in Berlin-West, Berlin 1989, S. 32.

¹⁷ Ebda.

rück. Auch einfache Modernisierung ist nun förderungsfähig.¹⁸ Einen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt sicherlich die Arbeit der Internationalen Bauausstellung in Teilen des Berliner Stadtteils Kreuzberg dar. Was aber waren die Ziele der behutsamen Stadterneuerung? Die selbstgesetzten Ziele bleiben für eine eher linke Strategie eigentümlich formal. Bausubstanz soll erhalten bleiben, Mieter sollen nicht verdrängt werden, die Bewohner sollen aktiv in den Prozeß der Stadterneuerung einbezogen werden. Es geht weder um eine bestimmte Bausubstanz, die erhalten werden soll noch um bestimmbare soziale Strukturen, die nicht verdrängt werden sollen. Kein Wunder, daß das Vokabular der »Behutsamkeit« bald auch von konservativen Politikern aufgegriffen werden kann und sich die Akteure der behutsamen Stadterneuerung im Rückblick selber als intermediäre Gruppe im Sinne Kornhausers interpretieren. Konflikte seien durch sie abgepuffert worden oder würden nach innen geleitet und können sich nur als interne Widersprüche zwischen einzelnen sozialen Gruppen im Quartier äußern.¹⁹ Die behutsame Stadterneuerung ist selber nicht Ausdruck einer eigenständigen Utopie des Lebens, sondern versteht sich nur als praktische Kritik der fordistischen Stadterneuerung. Im Windschatten der ökonomischen Krise kann sie eine Zeit lang Bedeutung gewinnen, weil sie auf preiswerte Weise einige soziale Folgen der Krise abmildert. In dem Moment, in dem ein neues Regulationsregime entsteht, wird sie zur Seite gedrängt und wirkt ex post wie das Übungsfeld einer flexiblen Stadtentwicklungspolitik.²⁰ Tatsächlich ist zu beobachten, daß sich die Stadterneuerung zunehmend auf einige ausgewählte Objekte bezieht und sich aus größeren zusammenhängenden Gebieten zurückzieht. Die Vorbereitende Untersuchung wird dabei nicht selten zu einem formalen Akt degradiert, um an entsprechend staatliche Zuschüsse zu kommen.²¹

¹⁸ Zwischen 1977 und 1979 werden z. B. in Berlin 26 500 Wohneinheiten einfach modernisiert, 5320 Wohneinheiten unterliegen einer umfassenden Modernisierung. Bis 1976 waren lediglich 400 Wohnungen modernisiert worden. Siehe dazu ausführlich R. Bohne / E. Zint, Praxis der Altbauerneuerung heute, in: *Arbeitsgruppe Stadterneuerung* (s. A 16), S. 42 ff.

¹⁹ Siehe dazu F. Schmoll, Thesen zum Stadtforum, in: *Arbeitsgruppe Stadterneuerung* (s. A 16), S. 190.

²⁰ Ebda., S. 193 f.

²¹ Bei einer Vorbereitenden Untersuchung, die wir in Kassel durchgeführt haben, waren die Maßnahmen zu 90% vorab festgelegt; die Sanierungsmittel fließen in eine Baulückenerschließung, den Bau eines Garagenhauses für die Lehrer der benachbarten Berufsschule, die Sanierung eines eher alternativen Kulturzentrums und einer eher konventionellen Volkshochschule. Die Verbesserungen in den Wohnungen spielen eine sehr nachgeordnete Rolle. Die Belange der Maßnahmen zeigt auch die Strategie der Befriedung unterschiedlicher Interessen recht eindrücklich.

4. Stadterneuerung und Städtekonkurrenz – zur Konstellation postmoderner Sanierung

Die Stadterneuerung der 80er Jahre unterliegt einem grundsätzlich neuen Prinzip, auch wenn es in der Realität zahlreiche Vermischungen fordistischer und postmoderner Entwicklungen gibt. Wir haben zu Beginn schon erwähnt, daß sich zwei Wege einer nachmodernen Stadterneuerung abzeichnen. Die ökologische Stadterneuerung reagiert auf das »Ökologieproblem« insgesamt. Im konkreten handelt es sich aber doch mehr um einzelne Projekte, die einmal das Energiesparen zum Ziel haben, das andere Mal die Verwendung gesunder Baustoffe. Eine ein ganzes Quartier umfassende Stadterneuerung, die sich ökologischen Zielkomplexen widmet, ist bislang noch nicht durchgeführt worden. Ökologische Stadterneuerung ist so mehr Programm als Realität. Die Stadterneuerung »von innen heraus« ist weithin propagiert und praktiziert. Wir haben es also mit inhaltlich und formal sehr unterschiedlichen Strategien zu tun, die dennoch einen gemeinsamen Nenner haben.

Nach einer Phase der Suburbanisierung (ein typisches Produkt fordistischer Zonierung) scheinen jetzt zwei Kräfte für die Erneuerungslogik ausschlaggebend. Zum einen ist dies die interurbane Konkurrenz, zum anderen das Kräftesystem von Ex- und Reurbanisierung. Ein Beispiel für Entwicklungsmaßnahmen, die der interurbanen Konkurrenz geschuldet sind, ist der Bau des Patentamts in München. Als Standort für das europäische Patentamt haben sich eine ganze Reihe von Städten verschiedener europäischer Länder beworben. Die Anforderungen an den Standort waren klar formuliert: Er sollte eine innerstädtische Lage haben und verkehrlich gut erschlossen sein. Die Umgebung sollte der Bedeutung dieser Einrichtung entsprechen. Der Bau wurde schließlich in einem Münchner Stadtquartier aus der Gründerzeit (Gärtnerplatz) errichtet. Trotz erheblichen Widerstands der lokalen Bevölkerung war damit die Aufwertung und Verdrängung des gesamten Quartiers eingeleitet.²² Die Beispiele lassen sich jedoch beinahe beliebig fortsetzen, mal als futuristische Projektion, so wenn für Hamburg der Umbau alter Hafenanlagen zum Ausgangsbahnhof für die transibirische Eisenbahn vorgesehen wird; oder ganz pragmatisch, wenn in Frankfurt die Stadterneuerung von »innen heraus« den Ausbau des Museumsufers, der alten Oper und des Römerbergs durchsetzt. Der Bezug dieser Maßnahmen sind Museumsbauten in Paris und die Isle of Dogs in London, mit denen sie in Konkurrenz stehen und von denen sie sich abzuheben suchen. Die Städte treten in eine verschärfte Konkurrenz zu anderen Städten. Sie konkurrieren um ihre Position in einer sich abzeichnenden Ökonomie der neuen Medien, des Bioengineering, der Datenverarbeitung. Stadterneuerung wird zur materiellen und symbolischen Aufwertung der Teile einer

²² K. Schmals, Stadterneuerung. Verwaltungshandeln und die Interessen der Betroffenen, Manuskript Habilitationsschrift München 1983.

Stadt, die in Konkurrenz zu anderen Städten treten. Diese national oder international definierten Teilstädte bilden die eigentliche Arena der postfordistischen Stadterneuerung, die sich auch einer entsprechenden Architektur bedient.²³

Als zweiter Strang der Kräftekonstellation postmoderner Stadterneuerung kann die Dynamik von Ex- und Reurbanisierung gesehen werden. Der Umbau der gerade erwähnten Londoner Docks zu einer Unternehmenszone mit Hotel, Yachthafen und Champagnerlokalen am Themseufer, einem Flughafen für Verbindungen nach Paris, Kopenhagen und Frankfurt mitten in der Stadt sowie einer extravaganten Industriearchitektur sind als Reaktion auf die Abwanderung der Industrie in umliegende Städte wie Swindon, Reading und Cambridge zu interpretieren. Hier hat sich außerhalb der Ballung im ländlichen Raum high tech angesiedelt oder zumindest wird damit geworben. Mit einer Politik der Reurbanisierung reagiert die Verwaltung der Metropolen auf die Abwanderung als wichtig erachteter Funktionen. Die postfordistische Stadterneuerung ist infolgedessen im starken Maße außengeleitet. Ihr Ziel ist es, das Raumbild einer Stadt in bezug auf eine imaginäre Städtehierarchie neu zu prägen. Die baulichen Maßnahmen sind im starken Maße semiotisch, d. h. sie konzentrieren sich auf Zeichen, ein guter Teil ihrer Funktion ist das Signal. Die postmoderne Architektur liefert mit ihren von außen nach innen orientierten Bauten das dafür geeignete Stadtdesign. Bis zu einem gewissen Maß läßt sich die ökologisch angepaßte Stadterneuerung auch in diesem Rahmen interpretieren. Die meisten ökologischen Konzepte beziehen sich nicht darauf, einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung von Umweltbelastungen zu leisten, sondern über vorzeigbare Modellbauten dem Image einer Stadt das Etikett »ökologisch aufgeschlossen« hinzuzufügen. Beiden Strategien ist auch gemeinsam, daß sie Objektivierungen utopischer Konzepte sind. Die Stadterneuerung von innen heraus zitiert den Globus als Utopie einer aufgeschlossenen, grenzenlosen Welt, die die Enge der Nationalstaaten hinter sich läßt. Sie verspricht eine Welt, in der Städte und Regionen miteinander in produktiver Konkurrenz verbunden sind. Die ökologische Stadterneuerung zitiert den Ausgleich von Kultur und Natur, den Ausgleich zwischen Stadt und Land, die Intelligenz angepaßter und nicht politechnisch verkürzter Entwicklungsstrategien. Wenn die Konkurrenz der Mechanismus der ökonomischen Dynamik des Kapitalismus ist, so ist die Utopie die notwendige Schubkraft sozialer Mobilisierung. So wie der Fordismus gestern seine politischen Fronten weit überspannende Utopie ausstrahlte,²⁴ sucht »alle Welt« und nicht zuletzt die Intel-

²³ D. Harvey, Postmodernismus in amerikanischen Städten, Prokla 69 (1987); H. Häußermann / W. Siebel (s. A 7); Th. Krämer-Badoni, Die Stadt als Inszenierung, Manuskript Bremen 1988.

²⁴ So wissen wir aus den Aufzeichnungen der Tischgespräche Hitlers, daß er Henry Ford und die Bücher, die dieser schreiben ließ, zu schätzen wußte; desgleichen war auch der sozialistische Metallarbeiterbund vom Fordismus begeistert. Der Begriff selbst wurde bekanntlich von Gramsci geprägt und dies keineswegs in radikal kritischer Absicht. Andy Warhols Bilder und Objekte sind zwar re-

lektuellen heute nach neuen Quellen utopischer Energie. Die »Neue Urbanität« und die »Ökologie« liegen zur Zeit im Streit, wer die entscheidenden Konzepte neuer städtischer Raumbilder zu liefern in der Lage ist. Es ist müßig, über das Ende zu spekulieren. Doch ist die »Neue Urbanisierung« in ihrer Umsetzung bei weitem weiter gediehen, wie eine urbane Ökologie, die entweder in Nischenprojekten verharret oder dem Prinzip des Städtischen ganz abschwören will. Nicht müßig ist es hingegen darüber nachzudenken, wie eine urbane Ökologie an Wirksamkeit gewinnen kann.

5. Perspektiven einer ökologisch orientierten Stadterneuerung

Daß sich ökologische Ansätze der Stadterneuerung als postmoderne Facette vermarkten lassen, spricht nicht gegen sie, sondern macht lediglich deutlich, daß ökologische Planung ernsthaft nur dann an Bedeutung gewinnt, wenn sie sich als Alternative zu einer postmodernen Stadtverpackung entwickeln kann. Welche Aspekte sind wichtig, um den Wettbewerb mit der Postmoderne aufnehmen zu können?

1. Die ökologische Stadterneuerung darf sich nicht in Nischen abdrängen lassen, sie muß das Zentrum der Städte erobern. Die bekannte Kunstaktion der Stadtverwaltung von Joseph Beuys in Kassel ist hierfür ein Beispiel. 7000 Bäume sollten gepflanzt werden, neben jedem ein Basaltstein gesetzt. Dieser wilde Steinhäufen lag inmitten der Stadt und schrumpfte nur in dem Maß wie sich die Aktion dem Ende näherte. Ökologie ist auch eine Frage der Stadtästhetik, in der sich ausdrücken kann, daß die Städter den gesellschaftlichen Charakter des bedrohten Zustandes der Natur erkennen können.
2. Stadtökologie muß die Form einer urbanen Pädagogik annehmen. Die Vielfältigkeit der Beziehungen, in denen sich der städtische Mensch befindet, machen es ihm schwer bis unmöglich, sein Verhalten umweltgerecht zu kontrollieren. Wir haben uns in Kassel in einer studentischen Gruppe mit dem Projekt »Stadt-Natur-Verhältnisse sichtbar machen« beschäftigt. In einer Gruppe wurde ein Entwurf entwickelt, das Abwasser an einem zentralen Platz der Stadt sichtbar zu machen: ein Plexiglasrohr mit Fäkalien als ökologische Stadtmöblierung.
3. Ökologische Stadterneuerung muß sich vor puritanischem Dogmatismus hüten, nicht in vorgefertigten Problemschablonen arbeiten. Die französische Gruppe *espace nouveaux* beschäftigt sich mit akustischen Design im Städtebau. So installierte sie an einer verkehrsreichen Kreuzung, an der vor Jahren ein Brunnen stand, den »Klangraum Wasser« und löste damit lebendige Diskussion über Verkehrsplanung aus. Themen wie Stadt als Klangraum oder Lichtraum sind ökologische The-

flexive aber letztlich positiv besetzte Hymnen auf die Kultur des Seriellen, die Reproduzierbarkeit und Gleichheit. Vor Coca Cola ist der Präsident der Vereinigten Staaten und der kleinste Handelsvertreter gleich, sagt A. Warhol. Es gibt kein Cola für reiche und für arme Leute, sondern nur ein Coke.

men, die ökologisch orientierte Stadtplaner vielleicht am besten mit Künstlern zusammen angehen können.

4. Ökologische Stadterneuerung muß radikal sein, indem sie gegen Hauptströmungen des Denkens antritt. Beschleunigung ist eine Devise der ökonomischen Stadt, Verlangsamung eine ökologische Perspektive. Wegebau ist auch, wenn es sich um Rückbau handelt, meist angepaßtes Denken, der Bau von Umwegen dagegen verweist darauf, daß Stadt begreifbar bleiben muß, sie muß in sich erlebbare Umwelten schaffen, um Umweltprobleme diskutieren zu können.
5. Ökologische Stadterneuerung muß immer auch sozial sein, weil Ökologie an sich nicht sozial ist. Das Grasdach und die Solaranlage, die Fahrt mit der Straßenbahn und das Freizeit-Auto in der Garage, ganz zu schweigen von nicht-industrieller Ernährung und dem Einkauf auf dem Bauernmarkt sind für das untere Einkommensdrittel schwer zu bezahlen. Wie jeder Eingriff in den Stadtprozeß produziert auch Ökologie Gewinner und Verlierer. Ökologische Stadtentwicklung muß sich aus der Umarmung mit dem Mittelstand lösen. Welche Gruppen belasten die Umwelt mehr oder weniger. Am wenigsten doch die, die in der Stadt bleiben. Und das sind in der Regel nicht die Wohlhabenden. Die Lebensmöglichkeiten in den einfachen Wohnquartieren zu verbessern, ohne sie ökonomisch aufzuwerten, ist die schwierigste und zugleich die wichtigste Aufgabe, will ökologische Stadterneuerung nicht esoterisch bleiben.
6. Die ökologische Stadt zu bauen, heißt nicht, das Land in die Stadt holen. Die Stadt bleibt artifiziell und damit das Gegenbild zur kulturgeformten Natur des Landes. In einigen Bereichen muß und kann die Stadt ihren artifiziellen Charakter sogar weiter entwickeln, um das ländliche Umland weniger zu belasten. Wasser, das wieder aufbereitet und mehrfach verbraucht wird, schont die Ressourcen. Die mediterrane Freizeitwelt in der Stadt verhindert die Luft belastende Autotouren ins Grüne.

6. Schlußbemerkung

Ich habe versucht zu zeigen, daß die Ziele der Stadterneuerung nicht einfach modisch formuliert werden, sondern in einem zeithistorischen Kontext stehen und verstehbar sind. Die Übergangsphase, in der sich die meisten westlichen Länder jetzt befinden, reagiert auf die Wachstumsphase und die Probleme der fordistischen Industrialisierung. Neue Konkurrenzbedingungen zwingen die Städte, sich wieder ein Gesicht zu geben. Mit einigen Argumenten wollte ich darauf verweisen, daß eine ökologisch orientierte Stadterneuerung in diesem Zusammenhang weder Nischen- noch Vorzeigeprojekt bleiben sollte, sondern unter bestimmten Bedingungen selber zur Wiedergewinnung besonderer und den Bürgern der Stadt eigenen Orten beitragen kann.

Heide Berndt

Die Städte bewohnbar halten!

I. Zur historisch-gesellschaftlichen Situation – II. Zur Situation der Städte – III. Zur Architektur – IV. Zur Planungssituation – V. »Alles schön und gut, aber dafür ist kein Geld da.«

Seitdem Alexander Mitscherlich sein Pamphlet wider die »Unwirtlichkeit unserer Städte« schrieb (1965) und Jane Jacobs »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« analysierte (1963), hat sich die Situation der Städte verschlechtert. Zwar werden die Geschäftszentren florierender Städte oder Stadtregionen, wie z. B. Frankfurt/Main, auf Hochglanz poliert und zu glitzernden Tourismusattraktionen ausgebaut, auch haben Stadtfeste, Ausstellungen und Museen Konjunktur und ein »neuer Mittelstand«, eine neue »Kleinbourgeoisie«, die auch als »Scheinbürgertum« bezeichnet wird,¹ sorgt für die »Gentrifizierung« oder »Yuppifizierung« der alten Innenstädte. Gleichzeitig verschärfen sich die Differenzen des gesellschaftlichen Lebens und damit auch der Städte: Reichtum und fabelhaft aufwendiger Konsum in luxuriösen Wohnverhältnissen für die »B-Bevölkerung« (Besitzende, Begüterte, besser Ausgebildete) und zunehmende Verelendung der »A-Bevölkerung« (Ausländer, Alte, Arme, Auszubildende, Arbeitslose, Alkoholiker), die froh sein darf, wenn sie sich angestammte Wohnverhältnisse weiterhin leisten kann.

Aber nicht nur im Innern der industriellen Metropolen vertiefen sich die Gegensätze zwischen arm und reich;² die Kluft zwischen reichen Industrienationen und armen »Schwellenländern« oder vorindustriell lebenden Menschengruppen vertieft sich und führt zu einer bedrohlichen Ausbeutung der für die gesamte Menschheit lebensnotwendigen Ressourcen der Erde. In der modernen Welt bedeutet das »Dach

über dem Kopf«, eine menschenwürdige Existenz überhaupt beginnen zu können und nicht von vornherein unsäglichem Schmutz und Elend ausgeliefert zu sein.³

I. Zur historisch-gesellschaftlichen Situation

Am Ende des 20. Jahrhunderts erleben wir das Zerschlagen der totalitären gesellschaftlichen Strukturen, die sich in der 1. Hälfte des Jahrhunderts bildeten und Millionen Menschen das Leben kosteten. Allein zwei Weltkriege fanden statt, von der systematischen Vernichtung ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen (Juden, Zigeuner, Klassenfeinde) zu schweigen.

Das »sozialistische Modell« zur Durchsetzung industrieller Produktionsformen und der Modernisierung der Gesellschaft hat versagt. Ähnlich wie der Absolutismus vor der Französischen Revolution zerbrach der Sozialismus als politisches Modell, als er den Bankrott nicht länger verheimlichen konnte. Der Kapitalismus hat sich am Ende des Jahrhunderts bzw. des Jahrtausends als »Weltwirtschaftsordnung« oder schlicht als die »neue Weltordnung« etabliert. Internationale Geldwirtschaftsinstitute und Währungsfonds sorgen dafür, daß die unterentwickelten Länder im Sinne dieser Ordnung funktionieren und den verschwenderischen Konsum der Industrienationen aufrecht erhalten.

In wesentlichen ökonomischen Voraussetzungen unterschied sich das sozialistische Modell ohnehin kaum vom kapitalistischen. Auch im Sozialismus wurde mit Macht die »Enteignung der unmittelbaren Produzenten« betrieben, um die Massen zu eigentumslosen Lohn- und Gehaltsempfängern zu machen. Als abhängig Arbeitende mußten sie sich ihren Lebensunterhalt genauso »verdienen« wie Arbeiter, Angestellte und Beamte in den kapitalistischen Ländern, nur lagen ihre Verdienstchancen weit unter denen in den reichen kapitalistischen Ländern, weil sie einen aufwendigen terroristischen Herrschafts- und Spitzelapparat mitfinanzieren mußten. Der Sozialismus als Herrschaftssystem hat auf politischem Wege zu erzwingen versucht, was sich im Kapitalismus quasi naturwüchsig durch die ökonomische Konkurrenz vollzieht: die Erziehung der Menschen zu planmäßiger Arbeit und die Herausbildung weniger, aber mächtiger Industriekomplexe.

Unternehmer vom Typ der Buddenbrooks gehörten schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer aussterbenden gesellschaftlichen Spezies an. Manager und Funktionäre haben sie in ihrer gesellschaftlich bestimmenden Funktion abgelöst. Während die ehemals sozialistischen Länder endlich so schnell wie möglich das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt einführen wollen, gehen die Funktionäre der wirtschaftlich

¹ Diese, wie auch die folgenden Bemerkungen nach J. Esser / H. Steinert, »Dienstleistungsgesellschaft« – »Scheinbürgertum«, in: O. Brauerhoch, Hrsg., Stadt, Soziologie und Kultur, Frankfurt/Main 1991.

² Kenner der Entwicklung sprechen von einer »sozialen Katastrophe«, weil mit den preiswerten »Drittweltwaren« auch die Menschen aus der Dritten Welt kämen und womöglich eine »polarierte Klassengesellschaft« förderten. Vgl. R. Keil / P. Lieser, Rhein-Main – Die Wachstumsmaschine – lokale Widersprüche der globalen Ökonomie, in: Kommune 7/1989, S. 22 und 25. Im gleichen Heft schildert H. Schneider an wenigen Fallbeispielen eindringlich, was die »Mechanik der Umschichtung« den einzelnen Menschen antut, S. 31–33.

³ Diesen Tatbestand nimmt C. Hackelsberger, Hundert Jahre Wohnungsmisere und kein Ende? (= Bauwelt Fundamente 91), Braunschweig 1990 zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen.

und politisch führenden Gruppen der kapitalistischen Länder daran, die Marktanteile und Produktionsentwicklungen zu planen.

Auch der Sozialismus als Herrschaftssystem war nur eine der Varianten des »Projektes Moderne«. Um die Modernisierung der Gesellschaft durchzusetzen, war den Machthabern des ersten sozialistischen Modells fast jedes Mittel recht, solange es ihre Machtposition nicht gefährdete. Der Kapitalismus war insoweit effizienter, als er demokratischer war und Rücksicht auf Bevölkerungsgruppen nehmen mußte, die sich öffentlich zu artikulieren verstanden. In den sozialistischen Ländern waren nicht nur die Institutionen des freien und ungehinderten Geldverkehrs mangelhaft, sondern auch die Menschenrechtsgarantien. Allerdings haben die faschistischen Bewegungen und Regierungen bewiesen, daß sich Kapitalismus sehr wohl mit anti-demokratischen Verfassungen verträgt. Der Totalitarismus ist die stete Gefahr des »Projektes Moderne« und so vielfältig in seinen Spielarten wie das Projekt Moderne insgesamt.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen scheinen die Intellektuellen dieses Jahrhunderts außerstande gewesen zu sein, die gemeinsamen Züge der gesellschaftlichen Modernisierung zu erkennen. Horkheimer faßte die bedrohlichen Formen 1939/40 unter dem Begriff »integraler Etatismus« oder »autoritärer Staat« zusammen.⁴ Hannah Arendt prägte Ende der 40er Jahre den Begriff »Totalitarismus«.⁵ Die Nachkriegsgeneration griff diese Erkenntnisse auf, indem sie sich 1968 als »anti-autoritäre Bewegung« bezeichnete. Von den Verteidigern des »Projektes Moderne« wurde sie vehement angegriffen.⁶

Die Wirtschafts- und Lebensformen der Moderne stellen ein gesellschaftliches System dar, das alle bisherigen oder noch existierenden »vormodernen« Gesellschaftsformationen durch seine Effizienz ausschaltet oder wenigstens »gleichschaltet« bzw. »anschließt«. Darum erscheint die rückhaltlose Befürwortung des »Projektes Moderne« in seiner effizientesten Form, nämlich der kapitalistischen, nur als die konsequente Haltung derer, die immer schon mit den stärkeren Bataillonen marschierten. Aber die neue Weltordnung liefert in ihrer großartigen Effizienz zugleich äußerst effiziente Mittel der Zerstörung sämtlicher menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen. Der Sozialismus hat den Kapitalismus in Sachen Umweltzerstörung aufgrund des Mangels an demokratischen Freiheitsrechten sogar »überholt«.

Die »neue Weltordnung« oder das »Projekt Moderne« ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, das auf einer besonders produktiven und sich ständig verbessernden Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht, sondern zugleich ein gesellschaftliches Sy-

⁴ M. Horkheimer, *Autoritärer Staat*, Gesammelte Schriften 5.

⁵ H. Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, 3 Bände, Frankfurt 1955, amerik. 1951, Nachdruck der Ausgabe von 1955, München / Zürich 1991.

⁶ Als Stichwortgeber erwies sich J. Habermas, *Protestbewegung und Hochschulreform*, Frankfurt 1969, S. 148 ff., der zunächst den Vorwurf »Linksfaschismus« erhob, nach dessen Widerrufung den der »Scheinrevolution«, S. 188–201.

stem, das noch die privatesten Beziehungen der Menschen zueinander gestaltet. Nicht nur alle Dinge, auch die Beziehungen bekommen ihren Preis. In seiner bislang entwickeltsten Form erscheint dieses System als »Dienstleistungsgesellschaft« oder, in der Sprache der Stadtplaner: als »tertiarisierte« Gesellschaft.⁷

Es geht aber immer noch um Konkurrenz und Profit. Um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, d. h. in immer kürzerer Zeit immer größere Produktmengen herzustellen, wird die industrielle Produktion zunehmend automatisiert. Damit tritt die Weltwirtschaftsordnung in ihre »postfordistische Phase«, die von manchen Soziologen mit einer »zweiten Moderne« verwechselt wird.⁸ Die Zurechnung von Leistung auf Arbeitszeit, einst Grundlage der kapitalistischen Mehrwert- und Profitberechnung, wird angesichts der Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen immer fragwürdiger. Dennoch wird der Zwang, den Lebensunterhalt zu »verdienen«, aufrechterhalten. Nicht die Arbeit, sondern der Arbeiter / die Angestellte werden durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität überflüssig. Schon die Zugänge zu den Berufsausbildungen, die gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten versprechen, werden blockiert. Der Numerus clausus ist längst nicht mehr auf das Medizin- oder Architekturstudium beschränkt. Konkurrenz- und Leistungsdruck vergiftet bereits das Leben von Schulkindern. Die »Tertiarisierung« der Gesellschaft bedeutet, daß die Menschen derart für die Arbeit und eine besonders gehobene Form des Konsums leben, daß sie kaum zur Besinnung kommen.

Widerstandsverhalten setzt darum bei der Bestimmung »alternativer Lebensformen« an, die in selbstinitiierten Aktionen und nicht vorprogrammierten Veranstaltungen liegen. Wie erstmalig die anti-autoritäre, anti-parlamentarische oder 68er Bewegung zeigte, verweigern sich gerade selbstbewußte Menschen den Zumutungen einer Anpassung, die Konkurrenz- und Machtstreben, gläubige Befolgung hohler politischer Phrasen oder selbstmörderische Leistungsbeweise und verschwenderischen Konsum zum Sinn des Lebens macht. In zahllosen Selbsthilfe- und Selbstorganisationsgruppen versuchen sich heute viele Menschen Lebensformen zu schaffen oder Lebensgrundlagen zu erhalten, die ihren persönlichen Vorstellungen eines sinnvollen Lebens eher entsprechen, als die verlogenen Bilder der Massenmedien oder die standardisierten Vergnügungen der Freizeitindustrie.

Die Hoffnung auf eine Revolution, »nach« der alles besser sein wird, beruht auf der Illusion, daß die Widersprüche der Moderne durch einmalige Gewaltakte gelöst werden könnten. Revolutionen waren oder sind das Mittel, das »Projekt Moderne« gegen »vermoderne« oder rückständige Gesellschaften durchzusetzen.⁹ Es geht nicht darum, die moderne Entwicklung, die zu ungeahnten Möglichkeiten menschlicher

⁷ Der Ausdruck geht auf J. Fourastié, *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln-Deutz 1954, französisch 1949, zurück.

⁸ W. Prigge, *Zweite Moderne: Modernisierung und städtische Kultur*, in: O. Brauerhoch (s. A 1).

Produktivität geführt hat, rückgängig zu machen und ein vermeintlich »einfaches Leben« anstelle der hochdifferenzierten sozialen Funktionsweisen zu setzen, sondern es geht darum, das ungeheure Zerstörungspotential, das den sozialen Beziehungen zur Zeit innewohnt, einzugrenzen.

Eines der wichtigsten Mittel, menschliche Wut und Zerstörung zu dämpfen, ist die Herstellung befriedigender Wohnverhältnisse und zwar für die Armen und Unbehausten, die Zurückgebliebenen und Behinderten, die Alten und die Kranken an erster Stelle. Nur auf diese Weise kann ein erheblicher Teil des Drucks und der Ängste gemindert werden, den die Anpassung an die modernen Lebensverhältnisse für jeden einzelnen bedeutet. Im geschützten Raum einer ausreichend großen Wohnung sind zudem die materiellen Voraussetzungen einer Kindheit gegeben, die wirkliches Erwachsenwerden, d. h. psychische Autonomie, zulassen. Erst psychisch autonome Menschen haben die Fähigkeit, Widersprüche und paradoxe Zustände anders als durch Gewalttätigkeit zu lösen.

II. Zur Situation der Städte

Die moderne Entwicklung setzt die »totale Verstädterung« in Gang.¹⁰ Für die meisten Menschen dieser Erde bringt dieser Verstädterungsprozeß eine Entwurzelung und Obdachlosigkeit mit sich. Mehr noch als die Städte in den Industrienationen wachsen die Städte der unterentwickelten Länder zu riesigen Agglomerationen heran, die den vorindustriellen Gegensatz von Stadt und Land verschwinden lassen.

Amerikanische Soziologen haben in den 20er und 30er Jahren die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischen Städtewachstums festzustellen versucht. Sie sahen vom traditionellen Stadtkern, den sie in »zentralen Geschäftsbereich« = Central Business District, umbauten, sämtliche Wachstumsprozesse ausgehen. Sie erkannten gleichzeitig, daß dieses Wachstum die angrenzenden Stadtteile mit Zerstörung bedroht und ruhiges Wohnen nur in den Außenbezirken der Stadtregion möglich sei. Die Stadt wachse ringförmig, bzw. verstärkt an den großen Transportbändern ins Umland. Längst haben sich diese Wachstumsmuster auch in den europäischen Metropolen durchgesetzt.¹¹ Die »Chicagoer Schule«, wie diese Soziologen nach dem Ort ihrer wichtigsten empirischen Untersuchungen genannt wurden, verstanden sich selbst als »Sozialöko-

⁹ In einem noch unveröffentlichten Brief, den Horkheimer am 27. 9. 1958 an Adorno schrieb, wird der Gedanke erörtert, daß jegliche Gesellschaftsveränderung mittels Revolution gewalttätig sei, wie zahlreiche historische Beispiele lehrten und deshalb abzulehnen sei, in: Max-Horkheimer-Archiv in der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/Main, Mappe VI 3, Blätter 45–55.

¹⁰ H. Berndt, Die Natur der Stadt, Frankfurt/Main 1978.

¹¹ B. Hamm, Die Organisation der städtischen Umwelt. Ein Beitrag zur sozialökologischen Theorie der Stadt, Stuttgart 1977 und J. Friedrichs, Stadtentwicklungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Reinbek bei Hamburg 1978.

logen«. In der Tat zeigten sie die Ökologie der kapitalistischen Wachstumsprozesse der Stadt auf, sofern ihnen keine Gegenkräfte zuwiderlaufen.

Noch immer gehen die entscheidenden Wachstumsimpulse vom Zentrum aus, auch wenn ein quantitativ größerer Zuwachs an Arbeitsplätzen im Umland stattfindet, wie in einer neuen Untersuchung über Frankfurt/Main nachgewiesen wurde.¹² Während in der »Peripherie« eher die Dienstleistungsbetriebe für regionale und nationale Märkte entstehen, ist das Zentrum der Standort der »weltmarktstrategisch orientierten Beratungsdienste«.¹³

Was damals als ökologisch bezeichnet wurde, ist das Gegenteil von dem, was heute als ökologisch angesehen wird. Den Chicagoer Soziologen schien das kapitalistische Stadtwachstum als derart natürlich, daß sie dafür Begriffe aus der Biologie wählten. Heute werden die Wachstumsimperative der »Weltwirtschaftsordnung« als zutiefst anti-ökologisch empfunden. (Berichte des »Club of Rome«) Ökologie versteht sich heute als die Wissenschaft von den natürlichen Wachstums- und Kreislaufsystemen, die grundsätzlich anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegen als die herrschende menschliche Gesellschaftsordnung.

Um die Substanz der vorhandenen Städte zu retten und sie bewohnbar zu erhalten, plädierten die amerikanischen Sozialökologen für die Planung und den Bau von »neighborhood units« – Nachbarschaftseinheiten –, in denen die großstädtische Anonymität und Unpersönlichkeit der Beziehungen überwunden werden sollte. Sie übersahen dabei, daß sich nachbarliche Gemeinschaft kaum planen läßt, weil sie letztlich etwas Spontanes ist. Die Nachbarschaftseinheit wurde von den Stadtplanern als Verwaltungseinheit verstanden, an der Richtzahlen für sog. Infrastruktureinrichtungen festgemacht wurden.

Die Nachbarschaftsplanung entwickelte sich zu einem außerordentlich stadtfeindlichen Siedlungskonzept. Sie wurde in den 30er und 40er Jahren mit den Planungsgrundsätzen verschmolzen, die aus der europäischen Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts kamen. Nach dem II. Weltkrieg wurden diese anti-urbanen Planungsvorstellungen in Deutschland im »Leitbild« der »gegliederten und aufgelockerten« Stadt zusammengefaßt. Trabanten- und Satellitenstädte der 60er und 70er Jahre entsprachen diesem abscheulichen »Leitbild«, das bereits in dem gigantischen Planungsvorhaben der Nationalsozialisten, dem »Generalplan Ost«, erdacht worden war.¹⁴ Sie ähnelten kaum mehr der gemütlichen »Gartenstadt«, die um 1900 als Utopie gegen die kapitalistisch führende Großstadt, London, erdacht worden war (E. Howard).

Als das stärkste Instrument zerstörerischen Städtebaus erwiesen sich die Vorstellung-

¹² K. Brake, Dienstleistungen und räumliche Entwicklung Frankfurt (am Main), Strukturveränderungen in Stadt und Region, Oldenburg 1991.

¹³ Ebda., S. 43–55.

¹⁴ W. Durth, Verschwiegene Geschichte. Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 28 ff.

gen der Architekten der 20er Jahre, wie sie Corbusier paradigmatisch in der »Charta von Athen« (1933) formulierte.¹⁵ Die darin geforderte Funktionalisierung des Städtebaus auf die Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens, des motorisierten Individualverkehrs, überhaupt des »Maschinenzeitalters« und die Durchsetzung hygienischer Mindeststandards auch für die armen Bevölkerungsschichten, hat zu einer optischen Verwüstung der Umwelt geführt, die der Verwüstung natürlicher Landschaften durch die industriellen Produktionstechniken in nichts nachsteht.

Einer der entschlossensten Verteidiger des »Projektes Moderne« lastet die städtebaulichen Schäden, die den Modernisierern der Architektur geschuldet sind, einem »Bauwirtschaftsfunktionalismus« an, der angeblich die Grundsätze der Moderne verriet.¹⁶ Er hat die Dialektik einer politischen Gesinnung nicht verstanden, die davon ausging, daß soziale Konflikte mit Hilfe technischer Mittel und neuer Designs zu lösen seien.¹⁷ Wegbereiter der Moderne in Stadtplanung und Architektur war die bürgerliche Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts. Diese Bewegung war von Ärzten initiiert worden, die sahen, daß unzureichende öffentliche Gesundheitsvorsorge zur Ausbreitung verheerender Krankheiten führte, die gerade in den Städten zahlreiche Tote forderten (besonders gefürchtet war die Cholera). Sie beteiligten sich an der Revolution 1848, weil sie von der Errichtung einer bürgerlich demokratischen Staatsverwaltung eine effiziente Gesundheitsvorsorge erwarteten als von der absolutistischen. Nach dem Scheitern dieser Revolution beschränkten sie sich auf technokratische Reformvorschläge an die Verwaltungen, wobei sie ihre besten Erfolge auf kommunaler Ebene hatten, indem sie dort den Bau erster Kanalisations- und Trinkwasseranlagen durchsetzten und Anfänge eines öffentlichen Gesundheitssystems schufen.¹⁸

Die ersten Architekten der Moderne haben die Widersprüche, die die Hygieniker des 19. Jahrhunderts schon nicht zu lösen vermocht hatten, ins Unerträgliche gesteigert. Weil sie machtlos gegen die Klassenspaltung, gegen Bodenspekulation, gegen Mietwucher und Wohnungsnot waren, erschienen ihnen Hochhäuser als »Ausweg« kapitalistisch angeheizter Grundrentenerwartungen in Innenstadtbereichen und industriell vorgefertigte Satellitenstädte im überdimensionalen Nachbarschaftsmaßstab als »Lösung« gegen Wohnungsnot und die Errechnung von »Minimalstandards« bei

¹⁵ Nochmals nachgedruckt in *Th. Hilpert*, Hrsg., *Le Corbusiers »Charta von Athen«*, Texte und Dokumente (= *Bauwelt Fundamente* 56), Braunschweig 1988. Hilperths »kritische Neuausgabe« läuft allerdings auf eine unkritische Verteidigung der Moderne hinaus.

¹⁶ *J. Habermas*, *Moderne und postmoderne Architektur*, in: *ARCH +* 61, Februar 1982, nochmals nachgedruckt in: *J. Habermas*, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main 1985.

¹⁷ Den Glauben, »ein für allemal mit Hilfe fortschrittlicher Großtechnik«, hier: Müllbeseitigung mittels Müllverbrennungsanlagen, macht *M. Gather* für Hundert Jahre Müllnotstand – Der lange Weg wiederkehrender Ratlosigkeit in Frankfurt am Main, in: *Die alte Stadt* 18 (1991) S. 361, verantwortlich.

¹⁸ *H. Berndt*, *Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie*, in: *Die alte Stadt* 14 (1987) S. 140–163.

Zimmer- und Wohnungsmaßen gar als »humaner Städtebau«. Die Herrschaftsstruktur der sich modernisierenden Gesellschaft stand weder für die Hygieniker des 19. Jahrhunderts, noch die Architekten der Avantgarde zur Debatte.

Die offen totalitären Regierungen haben die Herrschaftsansprüche, die mit Moderne vereinbar sind, unverhüllt ausgedrückt. Was die demokratischen Länder an Vorsprung hinsichtlich technischer Lösungen zur Behebung sozialer Spannungen zu bieten hatten, wurde von den totalitären Herrschern nach Möglichkeit übernommen. Daß die Städte den Herrschaftscharakter der Gesellschaft ausdrücken, ist nichts Neues; neu ist allerdings der Ausdruck »totaler Herrschaft«. Nach einer »klassizistischen Anfangsphase«, in der »schöne« Architektur offenbar noch Legitimationszwecken diene, haben die totalitären Regierungen spätestens nach ihrer sicheren Etablierung auf das billigere und passendere Repertoire moderner Bauformen zurückgegriffen.¹⁹ Totale Herrschaft bedarf keiner Legitimation mehr durch Architektur, sie bedient sich modernerer »Steuerungsinstrumente«, vorzugsweise der Massenmedien.

Dennoch bedroht die Herrschaftsstruktur der Moderne die weitere Gestaltung der Städte: sie entwickeln sich zu Zitadellen neuer Art. Sie verschließen sich nicht wie einst dem Feind von außen, sondern vor allem vor ihren eigenen Bewohnern. Das städtische Gefüge droht in Gettos zu zerfallen. Der öffentliche Raum der Stadt, der für sämtliche Bewohner offen ist, fällt einer »Reprivatisierung« anheim, wie man anhand der prächtig ausgestatteten »Malls«, der Einkaufsburgen der USA, beobachten kann.²⁰ Die Zitadelle der vormodernen Städte teilte mit ihren Bewohnern wenigstens zu den großen Jahresfesten die gemeinsamen Rituale. Die heutige Zitadelle schließt die verschiedenen Teile der Stadt gegeneinander aus und macht ihre Bewohner gegenseitig zu Fremden; damit vernichtet sie die Offenheit und Integrationsfähigkeit der städtischen Struktur.

Am fortgeschrittensten ist der Umbau der Städte zu Zitadellen im modernsten Land der Erde, den USA. Aber auch Paris kennt schon die ummauerten und bewachten Wohnanlagen, noch ist allerdings das Zentrum offen. Ob das neue Regierungsviertel in Berlin von vornherein als Zitadelle angelegt wird, ist noch nicht entschieden. Der »Central Business District« ist der Kern der modernen Zitadelle, er wird von den Trabanten- oder Satellitenstädten, den »Schlafstädten«, umlagert. So zerfällt das dicht gewebte Netz der Stadt in unzusammenhängende Einzelteile. Das geht an die Substanz des Städtischen. Einzelne Quartiere werden unter rivalisierenden gangs

¹⁹ So *W. Durth* (s. A 14), was stadtplanerische Grundsätze angeht. Zum wohnungsbaupolitischen Programm der Nationalsozialisten und seiner Verträglichkeit mit Moderne, s. *T. Harlander / G. Fehl*, *Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945*, Hamburg 1986.

²⁰ *P. Lieser*, *United Malls of America: Zur Privatisierung des öffentlichen Raumes*, in: *Public Design* 1989, Hrsg. Bund Deutscher Architekten. Gütersloh 1989, S. 45 ff.

oder rackets,²¹ wie verbürgte amerikanische Ausdrücke dafür lauten, als »turfs«²² aufgeteilt und von streetfightern beherrscht. Das sind »tribalistische Muster« menschlichen Verhaltens, d. h. ältester, vormoderner Vergesellschaftungsformen auf dem Niveau der Stammesgesellschaften.²³ Moderne und Mafiosi finden zunehmend zu einer unheilvollen Symbiose zusammen und bilden schwer kontrollierbare rackets. Heute ist es nichts Außergewöhnliches mehr, wenn Staatsbeamte in unerlaubte Waffenlieferungen verstrickt sind oder Geschäfte tätigen, die im Nachhinein nur als »Regierungskriminalität« zu bezeichnen sind.

Die Zitadelle ist der Feind der »zivilen Gesellschaft«,²⁴ deren Heimat die Stadt ist. Die »zivile Gesellschaft« wird durch die Gewaltbereitschaft der ausgegrenzten Jugendlichen und der rackets bedroht. Das Hauptmittel, mit dem die moderne Gesellschaft bislang die auf diese Gefahr antwortet, ist eine verschärfte Aufrüstung von Polizei und die Rekrutierung neuer »Ordnungskräfte«. Selbst gegen offensichtlich Abhängige und Kranke wird ein regelrechter »Krieg« geführt, anstatt Hilfsmaßnahmen zu finanzieren, die die Zerstörtheit dieser Menschen wenigstens lindert.

Die Rückbildung der Stadt auf ihre archaische Zitadellenfunktion bewirkt eine zunehmende Verschlechterung der städtischen Lebensbedingungen. Die Herstellung des Zusammenhalts des städtischen Gesamtgefüges erfolgt durch die Zunahme eines immer aggressiveren Autoverkehrs. Das Umland wird von der Zitadelle regelrecht erobert.²⁵ Oft müssen die »Erschließungen« neuer Straßen und Areale gegen den erbitterten Widerstand der »vormodernen« Bevölkerungsgruppen dort durchgesetzt werden. Eine schleichende Militarisierung gehört zu den fast unbemerkten Nebenresultaten des gegenwärtigen Modernisierungs- und Verstärkungsprozesses, der bei umstrittenen Projekten bürgerkriegsähnliche Formen annimmt.

²¹ Wie aus posthum veröffentlichten Schriften von Horkheimer deutlich wird, spielte der Begriff des »racket« für ihn eine große Rolle, um die Rückbildung der bürgerlichen Gesellschaft auf weniger zivilisierte Gesellschaftsstrukturen zu erklären. Die wird in den »Aufzeichnungen und Entwürfen zur ›Dialektik der Aufklärung‹« ausgesprochen: »Die Grundform der Herrschaft ist das Racket« (Gesammelte Schriften Bd. 12, S. 287 und auch die editorischen Anmerkungen dazu im gleichen Band S. 76 und 251).

²² J. Jacobs, *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, Frankfurt/Main, Berlin 1963, amerik. 1961, S. 41/42: »Unter dem Turfsystem ... eignet sich eine Bande gewisse Straßen oder Siedlungsgebiete ... als Hoheitsgebiete an.« Bei »Wiederaufbauprojekten« »waltet die gleiche Technik, den Turf klar zu bezeichnen und die anderen Banden außerhalb des Zauns zu halten.«

²³ J. Esser / J. Hirsch, *Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie*, in: W. Prigge, Hrsg., *Die Materialität des Städtischen*, Basel / Boston 1987.

²⁴ In dem bereits erwähnten Brief von Horkheimer (s. A 9) wird der Begriff der »civilen Gesellschaft« oder auch »bürgerlichen Civilisation« in emphatischem Sinne gebraucht: »Was es heute zu verteidigen gilt, scheint mir ganz und gar nicht die Aufhebung der Philosophie, sondern der Rest der bürgerlichen Civilisation zu sein, in der der Gedanke individueller Freiheit und der richtigen Gesellschaft noch eine Stätte hatte...«

²⁵ R. Keil / K. Ronneberger, *Macht und Räumlichkeit. Die Weltstadt geht aufs Dorf*, in: O. Brauerhoch (s. A 1).

Je mechanischer und gewaltsamer der gesellschaftliche Zusammenhalt hergestellt wird, um so mehr verkommen die bürgerlich-zivilen Tugenden. Sie gehen in einer drückenden Atmosphäre von Mißtrauen, Bspitzelung, Furcht und Denunziation unter. Urbanes, weltoffenes Verhalten verwandelt sich in gebundenes, Fremden gegenüber feindliches Verhalten zurück. Das zerstört die Urbanität und den zivilen Charakter der Stadt.²⁶ Bereits anfangs der 60er Jahre hatte Hans Paul Bahrdr vor der »Refeudalisierung« der Stadt durch die industriellen Großunternehmen gewarnt.²⁷ Die Zerschneidung des städtischen Gefüges durch sichtbare Mauern oder unsichtbare soziale Schranken oder schlicht die Überlastung der Straßen und Plätze durch den Autoverkehr beseitigt die öffentlichen Räume. Die Öffentlichkeit der städtischen Räume hat zudem mit der Erfindung der Massenmedien einen Funktionsverlust erlitten. Die Stadt hat ihr Gesicht bis zur Unkenntlichkeit gewandelt. Die Moderne hat sie verunstaltet und häßlich gemacht.

III. Zur Architektur

Die Stadt, in fast allen Sprachen weiblich apostrophiert, verlor durch die Architektur der Moderne ihren räumlich beschützenden Charakter. Das städtebauliche Programm der Moderne beinhaltet eine extreme Entwertung des städtischen Raumes zugunsten massiver Solitäre. Der phallische Charakter dieser Solitäre, vor allem der Wolkenkratzer, ist unübersehbar. Das subtile Gleichgewicht zwischen Raum und Körper, wesentliches optisches Merkmal städtischer Struktur, wurde zerstört. Der Raum der Straße wurde der Straße als Transportband geopfert.

Das Erlebnis städtischer Atmosphäre ist jedoch unlösbar an Architektur geknüpft. Es ist Unsinn, die »Struktur«, »Organisation«, die »Nuterinteressen« etc. gegen Architekturformen ausspielen zu wollen. Deswegen ist es an der Zeit, sich »über die Form zu verständigen«.²⁸ Es geht darum, ihre unbewußten symbolischen Botschaften zu verstehen, die immer auch Metaphern für menschliche Beziehungskonstellationen und Phantasien sind.

Architektur ist bewußte Gestaltung des Raumes, Absonderung eines Bezirkes innerhalb der unendlichen Fülle der Natur zu speziell menschlichen Veranstaltungen. Der Beginn der Architektur ist die Gestaltung des Heiligen, des geweihten Bodens, des sakralen Raumes. Architektur ist erkennbar an der einfachen geometrischen Form, die sich vom Chaos natürlicher Formenvielfalt hart und unmißverständlich als menschliche Geste absetzt. Vom Wortsinn ist der Architekt einer, der um die alten Formen

²⁶ F. Herterich, *Urbanität und städtische Öffentlichkeit*, in: W. Prigge (s. A 23).

²⁷ H. P. Bahrdr, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum modernen Städtebau*, Reinbek bei Hamburg 1961.

²⁸ D. Cohn-Bendit / F. Herterich / Th. Schmid, *Fällt die »menschliche Metropole« ins zweite Glied zurück?*, in: *Frankfurter Rundschau*, 6. Juni 1990.

wußte, wobei die Form selbst heilig war, d. h. eine Errungenschaft menschlichen Geistes, wertvoll im Überlebenskampf gegen die Natur.²⁹

Architektur ist nicht von Herrschaft zu trennen, denn Herrschaft erwuchs aus der Herrschaft der geistigen Arbeit über die körperliche. Die Trennung derer, die die schweren körperlichen Arbeiten verrichteten, von denen, die sich ausschließlich geistiger Tätigkeit hingaben, drückte sich in den ersten städtischen Hochkulturen der Alten wie der Neuen Welt sehr deutlich in der Gesamtarchitektur aus. Herrschaftszentrum und heiliger Bezirk der Stadt waren identisch, bildeten eine Stadt in der Stadt, eben die Zitadelle,³⁰ und grenzten sich deutlich vom profanen Bereich ab.

Nicht nur der heilige Kern der Stadt wurde architektonisch einprägsam ausgestaltet, die gesamte Stadt wurde einem geometrisch eindeutigen Muster, gewöhnlich dem Gitter- oder Schachbrettmuster, unterworfen. Die Stadt als Ganze war geheiligt, obwohl sie gleichfalls einen Ursprung im Profanen hat, der aus dem ungeordneten Zusammensiedeln der Ausgestoßenen entstand. Durch die Heiligung des Ortes wurde den Menschen die Orientierung im Raum gegeben, ein Weg, sich zurechtzufinden, um damit der Angst zu entgehen, verloren zu sein. Die Materialisierung des Heiligen schafft den Kosmos und damit den menschlichen Raum.³¹

Das rechtwinklige Koordinatensystem, wie es das Gitter- oder Schachbrettmuster verkörpert, macht jeden Punkt in der Fläche identifizierbar. Es ist ein Ordnungs- und Orientierungsschema par excellence. Die Funktion des Heiligen bestand darin, den Menschen die Angst vor dem Chaos zu nehmen. Das Heilige, Herrschaft und Architektur waren untrennbar miteinander verbunden. Herrschaft hatte nicht nur eine gewalttätige, sondern auch eine ordnende und ästhetische, kurz, befriedende Seite. Heilig wie das Herrschaftszentrum der Stadt waren darum auch ihre Verteidigungsmauern.

Die Architekten der Moderne hatten gemeint, wenn sie die Architektur von den Insignien bisheriger Ausdrucksformen von Herrschaft befreien und Wohnungen für die kleinen Leute anstelle der großen Herrschaften bauten, könnten sie eine rationale Gesellschaft mitschaffen helfen. Sie verstanden sich als nicht-bourgeoise, linke oder gar sozialistische Radikale, ohne das Wesentliche der Wertgesetze der modernen Gesellschaft begriffen zu haben. Unwissentlich halfen sie, die modernen Herrschaftsformen zu rationalisieren. So ersetzte das architektonische Programm der Moderne den Zauber der Schönheit, wodurch sich das Heilige auszeichnete, durch Hygiene und Ty-

²⁹ W. Andrae, *Das Gotteshaus und die Urformen des Bauens im Alten Orient*, Berlin 1930.

³⁰ L. Mumford, *Die Stadt, Geschichte und Ausblick*, Köln 1963, S. 31 und 40ff. (amerikanisch 1961).

³¹ M. Eliade, *Das Heilige und das Profane*, Frankfurt/Main 1984, ¹1957, hier nach der französischen Ausgabe von 1965; außerdem A. Leroi-Gourhan, *Hand und Wort: Die Evolution von Technik, Sprache und Kunst*, Frankfurt 1988, französisch 1949, besonders die Teile über die Stadt, S. 227 ff. oder auch S. 409 ff.

pisierung für industrielle Billigbauweise. Damit fand eine vollkommene »Entheiligung« oder Profanierung der Architektur statt. Sie vollzog sich gleichermaßen in West und Ost. Man mußte schon blind sein, um nicht aus der augenfälligen Ähnlichkeit der Satellitenstädte Warschaws wie Stockholms, Pekings oder Münchens auf die wesentlichen Züge des »Projektes Moderne« zu schließen zu können. Die »Unwirtlichkeit der Städte« ist auf einen Blick an ihren Formen abzulesen.

Die Architektur der Moderne bringt jenen Zug von Askese zum Ausdruck, den einer der Begründer moderner Gesellschaftstheorie als notwendige Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses ansah (Max Weber). Selbstverständlich haben die Architekten der Moderne die Entheiligung und asketische Verarmung der Umwelt nicht aus Boshaftigkeit vorangetrieben, sondern im guten Glauben an die segensreichen Wirkungen weiteren Modernisierungsfortschritts. Dieser Glaube ist heute erschüttert.

Weil die Architektur den unsichtbaren psychischen und sozialen Kräften der Menschen eine konkrete Gestalt verleiht, stellt sie überraschend präzise »symbolische Entsprechungen« zwischen Gesellschaftszustand und Umweltformen her. Gewöhnlich vermögen Archäologen die Sprache dieser »symbolischen Entsprechungen« besser zu lesen als Soziologen oder Architekten, da es schwerfällt, diese Entsprechungen in der jeweiligen Gegenwart klar zu erkennen. Dies rührt aus der trieb- und überichregulierenden Funktion von Symbolen. Die außen erkennbaren Formen haben »Verstärkerfunktion« für Triebwünsche oder -verbote. Sie sagen dem einzelnen Individuum: »So wie »ich« aussehe, sollst/darfst Du auch aussehen!«

Es ist der höchst persönliche Umgang mit den Tabus der Kindheit, der den Blick auf die Formen der Umwelt bestimmt. Die Architekten der Moderne waren die Ausgestalter der Ideale der bürgerlichen Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts. Sie idealisierten das »Weiße, Glatte, Helle«. ³² Postmoderne Architektur muß keine Hygieneprobleme mehr lösen. Sie scheint sich bevorzugt den Bedürfnissen phallischer Repräsentation anzunehmen und »inszeniert« Architektur für ostentativen Konsum. Analog dem »industrial design« soll »urban design« den Marktwert »Stadt« bzw. Urbanität erhöhen. ³³ Die Kultivierung von Maßlosigkeit zur würdigen Innenausstattung der Zitadellen, die ihre »symbolischen Entsprechungen« in überdimensionalen Ausmaßen und teuer protzigen Materialien haben und glänzende, häufig »blendende« Effekte hervorrufen sollen, stößt jedoch auf Widerwillen.

³² Archithese 15 (1985), Themenheft: Sauberkeit – Hygiene, besonders interessant der Beitrag von Geneviève Heller, Weiß, Strahlend, Glatt.

³³ W. Durth, *Die Dramaturgie der Städte. Stadtgestaltung als Show-Business?*, in: *Und hinter der Fassade*, Hrsg. W. Kabisch, Köln 1985.

IV. Zur Planungssituation

Die bisherige Stadtplanung hat sich überwiegend als Erfüllungsgehilfin der Moderne erwiesen.³⁴ Es spielte meist keine Rolle, ob die Städte eher von »linken« oder »rechten« Politikern verwaltet wurden: die stadtzerstörerischen »Leitbilder« der Moderne wurden als politisch neutrale, »richtige« technische Handhabung der städtischen Probleme durchgesetzt. Dies war um so eher möglich, je ausgeprägter organozistische Gesellschaftsbilder wie in den 50er und 60er Jahren oder strukturell-funktionale »Systemtheorien«³⁵ ab den 70er Jahren die sozialwissenschaftlichen Diskussionen prägten. Mit dem Mangel an kritischer Gesellschaftstheorie war auch eine Ausblendung offenkundiger geschichtlicher Zusammenhänge, etwa die Modernitätsbestrebungen der Nationalsozialisten im Bereich der Planung, gegeben. Speziell mit der systemtheoretisch ausgerichteten Gesellschaftswissenschaft setzte sich eine Sprache durch, die sich aufgrund ihrer Abstraktheit gegen Erfahrung sperrt.

Die Erfahrung, die wir alle mit den Städten haben, lehrt uns, daß jede weitere Modernisierung zu ihrem Schaden ist. Angemessen ist darum das Resümee zweier Planer: »Bauen und alles verändern – das ist die Kunst der Spekulanten. Vieles verhindern und (fast) nichts verändern, das ist die Kunst der Stadtplaner!«³⁶ Als West-Berlin noch im Schatten des »antifaschistischen Schutzwalls« existierte, konnte hier mit gutem Erfolg »behutsame Stadterneuerung« betrieben werden. Trotz der Doppelzüngigkeit mancher Berliner Politiker, dieses Projekt zu preisen und gleichzeitig seine finanzielle Förderung zu hintertreiben, konnte gezeigt werden, daß wesentliche Verbesserungen in der zerstörten Stadtstruktur erzielt werden konnten.³⁷ Stadtplanung, die sich die Bewohnbarkeit der Städte als oberstes Ziel setzt, muß sich der Moderne widersetzen.³⁸ Dies bedeutet, die Interessen von Investoren mit den Planungsgrundsätzen, die eine Stadt für die Erhaltung ihrer Bewohnbarkeit für notwendig erhält, zu vermitteln.

Eine »Rezentrierung« der Städte, wie sie vom Initiator der »Charta für die Mitte von Berlin«, Hoffmann-Axthelm, gefordert wird, um die »Peripherie anzubinden«

³⁴ H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin 1987.

³⁵ Die sozialwissenschaftliche Systemtheorie wurde durch Talcott Parsons mit dem Werk, The Social System, 1951, begründet. Der dort entwickelten Denkweise und Terminologie folgen heute in Deutschland im wesentlichen N. Luhmann, aber auch J. Habermas, dem sich die Systemtheorie »anbot«, als er die marxistischen Grundlagen kritischer Gesellschaftstheorie zu revidieren begann, s. J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main 1973, S. 11.

³⁶ N. Dischkoff / M. Wilkens, Stadtplanung: einfach, Konzepte: gewöhnlich, sieben Pamphlete..., in: Baumeister 8/1978, S. 691.

³⁷ Senator für Bau- und Wohnungswesen, Hrsg., Idee, Prozeß, Ergebnis – Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Internationale Bauausstellung Berlin 1987, S. 111ff.

³⁸ St. Reiß-Schmid / F. Zwisch, Befreiung von der Moderne. Wir brauchen eine Kultur des Städtischen, in: Bauwelt 81 (1990) (= Stadtbauwelt 108).

und den städtischen Zusammenhalt zu garantieren,³⁹ stärkt nur die Zitadellenfunktion. Statt dessen ist die »polyzentrische Stadt« oder auch »Stadt am Stück« gefordert, um die »verätzten Ränder der Stadt«⁴⁰ zu heilen. Hinderliche Eigentumsverhältnisse können umgangen werden, wenn in den bereits verstädterten Randgemeinden weitere Stadtergänzungen vorgenommen werden. Dieser Prozeß wird nicht widerspruchlos verlaufen und nur auf dem Wege demokratischer Vermittlung von Planungsgrundsätzen vonstatten gehen. Notwendig ist die »Entfunktionalisierung« bzw. »Enthierarchisierung« der Stadt auch, um die Verkehrsprobleme zu lösen. Es bedarf einer Enthierarchisierung des Straßennetzes, um die Lasten des Verkehrs gleichmäßiger und damit gerechter zu verteilen.⁴¹

Nur eine annähernd gleichmäßig verdichtete Stadt erlaubt ein tragfähiges öffentliches Transportsystem. Ein enges Netz von gleichrangigen Straßen, die nicht zu Auto- und Rennstrecken taugen, ermöglicht am ehesten die »kleinräumige Mischung von Wohnen und Arbeiten«, die seit den Analysen von Jane Jacobs als die materielle Basis städtischer Substanz erkannt wurde. Da diese »kleinräumige Mischung« auf Eigentumsformen beruhte, die durch die Entwicklung der Moderne beseitigt wurden, müssen sie als Planungsgrundsätze formuliert werden.

Die neuen Planungsgrundsätze, die sich wesentlich an den Formen der vormoderne, nämlich der historischen Stadt ausrichten, werden nicht auf Gegenliebe bei den Großinvestoren stoßen, da deren Interessen die Planungsgrundsätze der Moderne wesentlich besser entsprechen.⁴² Deswegen ist den Verfassern der »Charta für die Mitte von Berlin« zuzustimmen, die sich gegen jede Hochhausbebauung aussprechen und stattdessen die Einhaltung der »Berliner Traufhöhe« fordern und die »Parzelle« als grundlegende stadtplanerische Einheit definieren.⁴³ Nur bei Beibehaltung dieser Formen kann die »kleinräumige Funktionsmischung« als Garant städtischer Substanz geplant werden. Da die meisten der »tertiarisierten« Arbeitsstätten viel wohnverträglich

³⁹ D. Hoffmann-Axthelm, Bausteine zur Rekonstruktion der Großstadt, in: F. Zwisch / K. Novy, Hrsg., Nachdenken über Städtebau, Berlin/Wiesbaden 1991.

⁴⁰ Zu diesem Ausdruck wurde ich durch R. Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Reinbek bei Hamburg 1952, Kap. 14, S. 48 angeregt: »Hinter den Fenstern dieses Haushalts stiegen die Weinberge mit Gruppen alter Bäume und schiefen Häuschen zu den geschwungenen Wäldern an, aber in der Nähe war alles unordentlich, kahl, vereinzelt und verätzt, wie es ringsum ist, wo sich die Ränder großer Städte ins Land vorschieben.« Diese Beschreibung gilt Wien kurz vor Ausbruch des I. Weltkriegs.

⁴¹ Vielfältige Anregungen dazu wie auch zu Stadterweiterungsmaßnahmen im kleinräumigen Maßstab gibt eine Broschüre des Umlandverbandes Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Frankfurt am Main 1, Das städtische Antlitz einer Region – eine illustrierte Typologie der Entwicklung von Wohn- und Mischbaureserven, Frankfurt 1990. Verantwortlich für die Konzeption dieser Broschüre: N. Dischkoff.

⁴² Dies wird von D. Hoffmann-Axthelm in seiner Artikelserie, Die vierte Zerstörung Berlins, Tagespiegel, 18., 20., 21., 22. August 1991 so gesehen.

⁴³ Gruppe 9. Dezember, Charta für die Mitte von Berlin, in: Bauwelt 82 (1991), S. 562.

licher sind als die Fabrikationsstätten der »sekundären« Produktion,⁴⁴ ist die Mischung von Wohnen und Arbeiten durchaus geboten, um die Wege zwischen Wohn- und Arbeitsstätten endlich wieder zu verkürzen und so die weitere Umlandzersiedelung zu bremsen.

Aber nicht nur renditegetriebene Investoren werden ihre partikularen Interessen gegen das städtische Gesamtgefüge wenden, um sie zur Zitadelle ihrer Interessen umzufunktionieren, sondern viele Menschen, die der Stadt bereits den Rücken gekehrt haben, werden um den Erhalt ihrer privilegierten vorstädtischen Lebensformen kämpfen. Sie wollen das gute Getto für sich, das schlechte für die Fremden, vor denen sie sich zunächst durch »Grünzonen« zu schützen versuchen, später vielleicht durch Mauern. Sie verweigern den Ausbau der Stadt und nehmen die Zersiedelung des Umlandes, die unsinnigen Verkehrsströme dafür in Kauf. So ist die Stadt nicht nur vom Zentrum, sondern auch von der Peripherie her bedroht.

Entgegen allen Partikularinteressen, von deren Durchsetzung Wählerstimmen, Schmiergelder, Subventionen, Steuereinnahmen, kurz »privilegierte Einflußchancen«, abhängen, kann die Stadt nur als ganze, als »Stadt am Stück« sinnvoll geplant werden. Als weiteres Hindernis stellen sich oft überholte administrative Grenzziehungen, unnötige Verwaltungseinheiten und -parallelitäten, strittige Kompetenzzuordnungen, komplizierte Mittelzuwendungen etc. Das hatten bereits die Verfasser der Charta von Athen gesehen. Auch sind die Stadtverwaltungen in ihren Einnahmen gegenüber der nationalen Zentralverwaltung im allgemeinen finanziell benachteiligt. In Deutschland haben sie aber die Folgekosten der gesellschaftlichen Desintegration zu tragen, die sich aus den ungelösten Widersprüchen der Moderne ergeben, indem sie die Sozialhilfe zu leisten haben.

Zur Stadtplanung als ganzer gehört auch die Landschaftsplanung, Raum- bzw. Regional- oder Umlandplanung. Mit der »totalen Verstädterung« wird sie Teil der Architektur des Städtischen.⁴⁵ Ursprünglich war die Natur das Gegenbild der Stadt, und zwar als schreckerregende Wildnis, nicht als glückverheißende Utopie. Erst nach dem Fall der städtischen Befestigungsanlagen im 19. Jahrhundert wurde die Natur in Form von Parks in die Städte integriert. Heute ist sie zur »Grünfläche« verkümmert und durch die industrialisierte Land- und Forstwirtschaft geschunden und kaum als heilsames Gegenbild zur Stadt begriffen.⁴⁶ Das »Land« war stets unabhängig von der Entwicklung der Stadt.

Der Gegensatz von Stadt und Land war ohnehin weniger ein geographischer Gegensatz als ein sozialer, ein Gegensatz von Lebensweisen. Die Versöhnung dieser Gegen-

⁴⁴ W. Heinz, Stadtentwicklung und Strukturwandel, Stuttgart 1990.

⁴⁵ So ist das Konzept »GrünGürtel« für Frankfurt am Main und seine Region zu verstehen, s. dazu verschiedene Beiträge in: Kommune 6/1991, S. 35 ff.

⁴⁶ L. Trepl, Ökologische Stadtgestaltung, in: Kommune 9 (1991)

sätze ist darum in erster Linie an die Fähigkeit der Stadt gebunden, Fremdes zu integrieren. Dabei kommt der Architektur eine besondere Rolle zu. Es hängt von den architektonischen Qualitäten ab, ob die öffentlichen Bereiche der Städte in emotional ansprechenden Räumen erlebbar sind. Gute Stadtplanung wird die architektonische Hervorhebung landschaftlicher Elemente innerhalb des Stadtgefüges, wie sie durch See-, Fluß- oder Meeresufer, Berge und Hügel gegeben sind, zu ästhetischen Höhepunkten gemeinsamen Stadterlebens gestalten.⁴⁷

Architektur bzw. Städtebau, der die Menschen respektiert und nicht im Sinne minimalster biologischer Überlebenskriterien als Arbeitstiere kalkuliert, wird das geschichtlich geprägte Wesen des Menschen zum Ausdruck bringen. Ansätze dazu realisieren einige sogenannte postmoderne Architekten bereits, indem sie behutsam die modernen Formen ihrer Gebäude an die Formen der vorhandenen anzugleichen versuchen. Oft ist aber unentschieden, ob postmoderne Ästhetik neuem Protz im Innenausbau der Zitadelle dient, oder ob sie sich in den Dienst der historisch gewordenen Stadt stellt.

Um die Städte bewohnbar zu erhalten, bedarf es ausreichenden Wohnraums für alle Teile der Bevölkerung, nicht nur für diejenigen, die im gegenwärtigen Auslese- und Konkurrenzverfahren erfolgreich bestehen. Das »freie Spiel der Kräfte« nach marktwirtschaftlichen Vorgaben hat sich bei der Wohnungsversorgung nur höchst unvollkommen bewährt, da ein funktionierender Wohnungsmarkt die Knappheit von Wohnraum voraussetzt; denn der Investitionsstopp setzt bereits vor der Marktsättigung ein.⁴⁸ Das heißt soziales Elend als gesellschaftlichen Normalzustand eines bestimmten Prozentsatzes der Bevölkerung bewußt zu kalkulieren.

In den Wohnkrisen nach den beiden Weltkriegen wurden nicht-marktwirtschaftliche Förderungswege beschritten, um der Wohnungsnot rasch abzuhelfen. Auch heute besteht eine Situation erneuter Wohnungsnot, von deren Lösung die Zukunft des Städtebaus in Deutschland abhängt. Denn wenn ausreichender Wohnraum für Normalverdienende in der Stadt unbezahlbar wird, werden sich die Teile der Stadtregion weiter »segregieren« und das Verkehrsaufkommen steigen, weil die Menschen auf Kosten der Umwelt und ihrer eigenen Lebenszeit immer längere Pendlerwege in Kauf nehmen, um sich eine Lebenswelt zu sichern, in der Kinder ohne Gefährdung aufwachsen können. Die immer noch staatlich geförderte Subventionierung des meist stadtfernen Eigenheimwohnbaus fördert Zersiedelung und Vereinzelung.

Das Modell genossenschaftlichen Wohnungsbaus, das nach dem I. Weltkrieg mit-

⁴⁷ A. Speer, Zielvorstellungen für die Gestaltung des engeren Verdichtungsraumes Rhein-Main bis zum Jahr 2000, Referat vor der RVP beim Regierungspräsidenten in Darmstadt am 17. 5. 1991 in Frankfurt/Main, S. 6, beleuchtet das Thema nur sehr kurz unter dem Stichwort »Freizeitwerte«. Im sog. Speer-Gutachten zur Entwicklung der Frankfurter Region wird der Main als »landschaftlich prägendes Element« für die Planung hervorgehoben, s. FAZ vom 15. 2. 1991.

⁴⁸ R. Becker, Grundzüge der Wohnungspolitik in der BRD seit 1949, in: ARCH + 57/58, 1981.

tels staatlicher Förderung vorankam, sowie der direkt subventionierte staatliche Wohnungsbau nach dem II. Weltkrieg haben zu bürokratischen Verwaltungsstrukturen geführt, die einer erschreckenden Tendenz zu Vandalismus und Verwahrlosung moderner Großwohnanlagen Vorschub leisteten. Insofern sind selbstverwaltete Wohnprojekte wie sie in den 20er Jahren erfolgreich waren, jedoch von den Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt wurden,⁴⁹ erneut zu fördern, weil sie die Verantwortung des einzelnen für seine Wohnverhältnisse stärken.

Da anonyme Verwaltungsstrukturen Desinteresse und Verwahrlosung begünstigen, ist gerade auch bei großen Stadterneuerungs- und -planungsvorhaben auf die Gründung klar definierter Trägergesellschaften zu dringen, in denen die Betroffenen vor Ort eine Adresse und einen Raum haben, um ihre Erfahrungen und Wünsche zu artikulieren. Auf jeden Fall sind die Rechte der Nutzer, d. h. der Mieter zu stärken, da es von ihrem Gefühl von Sicherheit abhängt, inwieweit sie sich um die Erhaltung ihrer Wohnwelt aktiv einsetzen.

V. »Alles schön und gut, aber dafür ist kein Geld da!«

Es steht außer Zweifel, daß die kapitalistische Variante der Modernisierung der menschlichen Gesellschaften zur Schaffung ungeahnter Reichtümer führt. Allerdings ist dieser Reichtum äußerst ungleich verteilt. Dem Reichtum privater Haushalte steht selbst in den entwickelten Ländern eine bedauerliche Armut der öffentlichen Haushalte gegenüber.⁵⁰ Jüngsten Zeitungsberichten zufolge lebt jeder 10. US-Bürger von Lebensmittelpunkten. Das reichste Land dieser Erde hat kein Interesse, der Armut im eigenen Lande Herr zu werden. Die Zerstörung riesiger städtischer Areale wird offenbar als unvermeidliche Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses von der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung hingenommen, die sich lieber an nationalen Größenphantasien berauscht, anstatt sich der Realität zu stellen.⁵¹ Nicht einmal ausreichender Krankenversicherungsschutz konnte in den USA für die gesamte Bevölkerung erreicht werden, von den Versäumnissen behutsamer Stadterneuerung zu schweigen.

Europa ging einen anderen Weg, weil die politischen Spannungen, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Machtfrage verschärft hatten, Sozialpolitik als geeignetes Mittel zur Befriedung des Klassenkonflikts empfahlen. Zunächst aus politischem Kalkül eingesetzt, hat sich Sozialpolitik auch als sinnvolles Instrument des Ausgleichs von Konjunkturschwankungen erwiesen, weil sie die Kaufkraft der Bevölkerung in

⁴⁹ K. Novy / G. Knacke, Vom deutschen Verein für Wohnungsreform zum Wohnbund, genossenschaftlicher Wohnungsbau damals und heute, in: W. Kabisch (s. A 33).

⁵⁰ J. K. Galbraith, Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1964, amerikanisch 1958.

⁵¹ L. de Mause, Reagans Amerika, Frankfurt/Main 1987, amerikanisch 1984.

Zeiten des Abschwungs stützt. Jedoch haben die öffentlichen Ausgaben für sozialpolitische Programme den Nachteil, daß sie nicht »wertschaffend« sind. Sozialpolitik bestand einerseits in einer geschickten Umverteilungspolitik von Risiken, wie sie aus der industriellen Produktion erwachsen (Unfallversicherung), andererseits in der Institutionalisierung von Solidargemeinschaften, die aus der Arbeiterbewegung kamen (Krankenkassen). Die durch sie geschaffenen Institutionen standen zunächst außerhalb des kapitalistischen Verwertungszwangs und hatten die Funktion von Unfall- bzw. Krankheitsprävention. Zunehmend zeigt sich, daß die sozialen Strukturen dieser Institutionen ungeeignet sind, mit den Problemen, zu deren Lösung sie geschaffen wurden, fertig zu werden. Besonders deutlich ist das im Gesundheitsbereich, dessen volkswirtschaftliche Gesamtkosten zu einer immer größeren Belastung für die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung werden.

Nun kann argumentiert werden, daß unproduktive und verschwenderische Wirtschaftsbereiche durchaus zur Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehören, da allzu reichliche Versorgung die Erneuerungs- und Modernisierungsimperative hintertreiben und die notwendige Investitionsbereitschaft lähmen könnte. Die Verschwendung und Vernichtung von lebensnotwendigen Ressourcen wird für das System um so dringender, je mehr Wohlstand, bzw. Überfluß an Konsumgütern erreicht ist. In diesem Sinne »funktional« sind die Ausgaben für Auf- und Abrüstung oder Weltraumfahrten. Auch chronische Wohnungsnot ist dann »systemfunktional«. Ähnlich ist es mit der Vernichtung von Nahrungsmitteln bei gleichzeitigen Ertragssteigerungen durch Pestizide.

Je knapper die Arbeitsplätze und je teurer die Mieten werden, um so mehr Obdachlose werden »produziert«. In Berlin sind z. Zt. ungefähr 7500 Obdachlose registriert, die Gesamtzahl wird von manchen Wohlfahrtsverbänden auf 20000 geschätzt. Steigende Sozialmieten bringen immer mehr Menschen in Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Für den Wohnungsmarkt ist Wohnungsnot »gesund«. Darum fordern manche Vertreter der privaten Wohnungswirtschaft, daß das Mietrecht, das den Mieter schützt, gelockert werde und auch Sozialmieter endlich höhere Mieten zu zahlen haben, damit die Rentabilität für den Wohnungsneubau gesichert sei. Allerdings wissen die Experten der privaten Wohnungswirtschaft genauso gut, daß der Hauptauftraggeber die »öffentliche Hand« und nicht der private Bauherr ist.

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt macht viele Anstrengungen zunichte, Sozialhilfeempfänger, die durch Krankheit oder belastende Lebensereignisse aus der Bahn geworfen wurden, wieder in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Zwischen den Wohnungsmarkt und die Rehabilitationseinrichtungen und Obdachlosenheime schiebt sich ein »Übergangsmarkt« von sog. Billigpensionen, die man präziser als »Läusepensionen« bezeichnet.⁵² Allein in Berlin werden über Sozialhilfe etwas mehr

⁵² Th. Specht (Hrsg.), Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland, 1987.

als die Hälfte der gut 5000 Plätze für Obdachlose in Läusepensionen vermittelt. Pro Bett wird im Durchschnitt 30,- DM für eine Nacht verlangt, für ein Einzelzimmer in einer solchen Pension ungefähr 80,- DM. Ähnlich wie die Wohngeldzahlungen für normal Geringverdienende haben die Verwendungen von Sozialhilfegeldern für Läusepensionen den Effekt einer staatlichen Förderung von Mietwucher.

Dies kann kaum als Empfehlung für sinnvolle Politik gelten. Trotzdem wird seit 1989 mit der Aufhebung der »Gemeinnützigkeitsklausel« bei den einst genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften der Anteil des gemeinnützig gebundenen Wohnungsbaubestandes verringert und entsprechend mehr Wohnungen zu »marktwirtschaftlichen« Preisen freigegeben. Gerade im wiedervereinigten Deutschland wird unbeirrt auf Marktwirtschaft beim Wohnungsbau gesetzt. Eines der wirksamsten Rezepte der »Anleitung zum Unglücklichsein«⁵³ ist damit zum politischen Programm erhoben worden: »Mehr desselben!« Die freie Marktwirtschaft hat im Bereich Wohnungsversorgung – von Luxuswohnungen einmal abgesehen – versagt, also »mehr derselben!«

Nicht mehr Marktwirtschaft ist gefordert, sondern mehr und andere Formen von Sozialpolitik. Sie ist von ihren letzten karitativen und verschwenderischen Zügen zu befreien. Anstatt Sozialhilfeempfänger zu passiven Objekten staatlicher Wohlfahrt zu machen und sich über ihre »Anspruchshaltung« und Apathie zu ärgern, sind sie als Menschen zu sehen, die an Behinderungen leiden oder an Konflikten zerbrechen, die jedermanns Schicksal sein können und deren Geschichte es zu verstehen gilt. »Hilfe zur Selbsthilfe« ist darum das Motiv von Sozialarbeit im Gegensatz zu »Staatscaritas« und Fürsorge.

Kein materieller Faktor hat eine so wichtige stabilisierende Funktion wie die Verfügung über eine Wohnung, ein sicheres Zuhause. Die Rehabilitation von psychisch Kranken setzt bei der Führung eines eigenen Haushalts an. Anstatt Menschen in Obdachlosenheime und andere Asyle zu stecken, wo sie sinnlosen und zerstörerischen Belastungen ausgesetzt sind, sollten sie unter fachkundiger Anleitung die Möglichkeit erhalten, sich das Dach über dem Kopf selbst schaffen oder mitschaffen zu können. Das Selbsthilfepotential der gesellschaftlich Deklassierten ist größer als es in der gegenwärtigen Politik erscheint. Die rehabilitative Beschäftigung von Menschen in Not kann nur freiwillig geleistet werden, nicht als Zwangsarbeit; ihre Prämie ist der Erwerb sicherer Nutzungsrechte. Unsinnig ist es, menschliches Leben und Kreativität durch verschiedene Formen der Lagerhaltung oder Kasernierung in »totalen Institutionen« (E. Goffman) verkümmern zu lassen oder gänzlich zu zerstören.

Bereits in den 70er Jahren wurden leerstehende Häuser von jungen Menschen, häufig Studenten, besetzt. Zunächst wollten sie billigen Wohnraum erhalten; zunehmend fordern sie aber Raum für alternative Lebensweisen. Noch 1990 kam in Berlin die Re-

⁵³ P. Watzlawick, *Anleitung zum Unglücklichsein*, München 1988, amerikanisch 1983.

gierung über solche »Häuserkämpfe« zu Fall. Stets scheint die »herrschende Grundordnung«, auf jeden Fall aber die Eigentumsordnung auf dem Spiel zu stehen. Ob aber die »Grundordnung« oder gar die »Weltwirtschaftsordnung« zusammenbrechen würde, wenn die Wohnungsproduktion aus den Fesseln von Verkaufszwängen entlassen würde, ist fraglich. Würde mit Hilfe staatlicher Sozialhilfe und gesellschaftlichem Selbsthilfepotential mehr preiswerter Wohn- und auch Gewerberaum entstehen, so müßte in der Tat die private Wohnungswirtschaft schrumpfen. Das ist kein Schade, wenn trotzdem gebaut wird.

Da es mit fortschreitender Automatisierung der Produktion zu mehr Arbeitslosen oder kürzeren Arbeitszeiten kommen wird, ist die Wohnungsproduktion als sozialpolitische Maßnahme eine Möglichkeit für den einzelnen, sich produktiv an der Gestaltung der Umwelt zu beteiligen. Damit käme auch das von Stadtplanern heute so gerne beschworene Nutzerinteresse wirklich zum Zuge. Erfolgreiche Ansätze einer rehabilitativen Sozial- und Baupolitik hat es bei der »behutsamen Stadterneuerung« in Berlin-Kreuzberg in den 80er Jahren gegeben.⁵⁴ Ihre schwierigsten Aufgaben lagen in der Aktivierung der Betroffenen und der Vermittlung gegensätzlicher Interessen. Das jeweils vorhandene Selbsthilfepotential ist durch Verhaltensweisen gestört, die der Logik von herrschaftskonformem Verhalten entsprechen: konfliktscheue Fügsamkeit auf der einen Seite und unverschämte Anspruchshaltung auf der anderen. Erfolgreiche rehabilitative Arbeit schließt das mühsame Erlernen wirklich demokratischer Umgangsformen ein.

Natürlich kann nicht sämtliche Wohn- oder Gewerberaumproduktion bzw. -instandhaltung auf dem Wege einer sozialpolitisch begründeten Rehabilitation bewältigt werden. Für rasche Abhilfe können nur Maßnahmen auf dem sog. 1. Förderungsweg, d. h. direkte staatliche Wohnungsbau-Unterstützung, sorgen. Natürlich müssen im sozialen Wohnungsbau auch phantasievollere und preisgünstigere Wege beschritten werden, um die zu DIN-Normen geronnenen preistreibenden Bestandswahrungsinteressen der Bauindustrie durch neue Qualitätskriterien und Gutachterverfahren zu ersetzen.⁵⁵

Der Aufbau von Verwaltungsstrukturen bzw. Vermittlungsagenturen, die die staatlichen Wohnbauprogramme mit Selbsthilfeaktivitäten verknüpften, ist ein Geschäft eigener Art. Es ist an die Diskussion über Stadtplanungsgrundsätze zu binden, an der auch Investoren zu beteiligen sind. Bereits heute werden für größere Stadterneue-

⁵⁴ (s. A 37), IBA-Bericht 1987 und auch die Diplomarbeit von C. Able, *Stadterneuerung und Bewohnerstruktur – dargestellt am Beispiel eines Kreuzberger Sanierungsgebietes*, Okt. 1991, Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin.

⁵⁵ Ein paar sehr einleuchtende Beispiele solcher Hindernisse sowie Vorschläge zu ihrer Abhilfe bringt M. Wilkens, *Stand der Technik – Stillstand der Technik! Über den Zwangskonsum im Sozialen Wohnungsbau und wie man ihn unterlaufen könnte*, Vortrag in einer Veranstaltungsreihe des Wohnbundes, gehalten im Haus des Werkbundes in Frankfurt am Main am 5. 11. 1991.

rungs- und -planungsvorhaben Trägergesellschaften gefordert oder auch begründet, in denen nicht nur verschiedene Verwaltungszweige (Bauen/Wohnen, Verkehr, Umland, Finanzen) neben den Investoren beteiligt sind, sondern auch Personen der interessierten Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit. Es ist notwendig, daß sich Investoren an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.⁵⁶ In solchen bestehenden oder neu zu schaffenden politischen Organen könnte sich vielleicht »Demokratie als Bauherr« (Arndt) zum ersten Mal wirklich entfalten.

Diese Überlegungen⁵⁷ entspringen dem Wunsch, daß die Städte sich nicht zurückbilden zu Zitadellen, die von gesichtslosen Gettos und dröhnendem Autoverkehr umgeben sind. Die zunehmende Unwirtlichkeit der Städte oder gar der Tod ganzer Stadtteile durch falsche Planungen entspricht der Gefahr totalitärer Verhältnisse in der Moderne. Im Totalitarismus sollen sich die Menschen wie mechanisch funktionierende Teilchen gegenüber dem großen Ganzen verhalten und ihre Lebensinteressen den über sie gestellten Zielen opfern. In den selbst geschaffenen Räumen innerhalb der Städte haben sie die Chance, zu sich selber zu finden.

⁵⁶ Metropole Berlin: Politische Empfehlungen des Landes Berlin 1990–1995, 33 Empfehlungen, in: Bauwelt 82 (1991).

⁵⁷ Diese Überlegungen wären nie zustande gekommen, wenn Hannelore Schneider, Frankfurt am Main, mir nicht einen Auftrag dazu erteilt hätte. Sie dienten der Vorbereitung zu einem Hearing der Grünen im Römer in Sachen Frankfurter Stadt- und Regionalplanung am 29. 11. 1991.

Mechtilde Kißler / Josef Eckert

Vom Arbeiterquartier zum Szenestadtteil

Die Entstehung eines innerstädtischen Kölner Wohnviertels nach Abschluß der Urbanisierung

1. Vorgeschichte: Vom landwirtschaftlichen zum städtischen Raum – 2. Fragestellung und Methodik – 3. Die Herausbildung der »natural area« Südstadt – 4. Die soziale Binnendifferenzierung des Untersuchungsgebietes – 5. Der soziale Raum: Vom Quartier zum Stadtteil?

»Die Südstadt« bezeichnet im heutigen Köln ein attraktives innerstädtisches Wohnviertel mit vielschichtigem Symbolgehalt. Sie steht – im Zusammenhang mit der Bezeichnung Severinsviertel und ihrer kölschen Version Vringsveedel – für traditionelles kölsches Milieu ebenso wie für alternative Szene, in beiden Fällen jeweils auch Assoziationen an ausländische Bewohner beinhaltend. Multikulturelle und multiethnische Bevölkerung einerseits und eine klare Abgrenzung des Wohnviertels von seinem Umfeld andererseits sind jedoch erst das Ergebnis jüngerer Entwicklungen. Gleichzeitig fußt die multikulturelle Gegenwart des Viertels auf der sozialstrukturellen Heterogenität seiner Vergangenheit. Um die Entstehung dieses sozialen Raumes nachzuzeichnen, wurde, ausgehend von der Raumstruktur nach Abschluß der Urbanisierung, die Entwicklung eines weiter gefaßten Untersuchungsgebietes betrachtet, innerhalb dessen sich »die Südstadt« herausbildete.¹

1. Vorgeschichte: Vom landwirtschaftlichen zum städtischen Raum

Bis ins 19. Jahrhundert war der Bereich südlich der heutigen Kölner City bis zur mittelalterlichen Stadtmauer überwiegend Obst- und Weinanbaugebiet gewesen, wo Klö-

¹ Das Projekt wurde 1987–1988 im Rahmen des Schwerpunktes »Historisch-sozialwissenschaftliche Stadtforschung« von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert und in Kooperation zwischen der Gesellschaft für präventive Sozialpolitik e.V. (Wuppertal) und dem Institut zur Erforschung und Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen (Köln) auf der Grundlage einer explorativen Vorstudie ausgeführt (J. Eckert und M. Kißler, Stadtkultur im Wandel. Zur Entstigmatisierung eines Kölner Stadtviertels, Unveröff. Diplomarbeit, Wuppertal 1984; dies., Etikettierungsprozesse und Figurationswandel der Kölner Südstadt von 1926–1986. Zur Herausbildung eines heterogenen Lebensraumes und subkultureller Koexistenz unterschiedlicher Lebensweisen in einem innerstädtischen Wohngebiet. Unveröff. Forschungsbericht, Wuppertal/Köln 1989; M. Kißler und J. Eckert, Multikulturelle Gesellschaft und Urbanität – Die soziale Konstruktion eines innerstädtischen Wohnviertels aus figurationssoziologischer Sicht, in: Migration 8 (1990), S. 43 ff.). Für Rat und Kritik bei unserer Arbeit schulden wir Aldo Legnaro Dank.

ster und Stifte karitativ wirkten.² Lediglich der nördliche Teil war schon seit dem Mittelalter stärker zu Wohnzwecken, insbesondere durch ärmere Bevölkerung, genutzt worden.

Ganz überwiegend wurde das im Bereich der heutigen südlichen Innenstadt gelegene Untersuchungsgebiet im Verlauf von etwa 100 Jahren dicht besiedelt. Sein Altstadtteil entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts sehr rasch im Zuge der Industrialisierung mit entsprechender Bevölkerungszunahme zum städtischen Wohngebiet. Ab dem Beginn der 30er Jahre kam es verstärkt zu privatem Wohnungsbau mit einem ersten Bauboom bis Mitte der 40er Jahre.³ Nur noch geringe Zuwächse erbrachte ein zweiter Boom Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre. Man baute vorwiegend das dreigeschossige Kölner Dreifensterhaus, jedoch zunehmend nicht mehr in der traditionellen Weise als Einfamilienhaus, einschließlich eines Arbeitsbereiches für das Geschäft oder Handwerk, sondern als Mehrfamilienhaus insbesondere mit Arbeiterkleinwohnungen.

Parallel zur Wohnnutzung entfaltete sich gewerbliche Nutzung unterschiedlicher Größenordnung. 1853 nahm die Kölner Baumwollspinnerei und -weberei ihre Produktion im Osten des Untersuchungsgebietes an der mittelalterlichen Umwallung auf. Die ab 1871 in der Nähe errichtete Schokoladenfabrik Stollwerck sollte den Raum bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts prägen. Schon 1918 erwarb die Firma das Gelände der Kölner Baumwollspinnerei und -weberei hinzu und konnte sich so bis zum Rhein ausdehnen. Im Westen ist die Firma Felten und Guilleaume zu erwähnen. Beide Unternehmen traten auch beim Bau von Arbeiterwohnhäusern in Erscheinung.

Eine für den Charakter des sozialen Raumes zentrale kommunale Infrastrukturmaßnahme kam schließlich im Osten am Rhein hinzu. Mitte des Jahrhunderts wurde die Rheininsel »Werthchen« – bis dahin ein Ausflugsziel und Naherholungsgebiet – zum Hafen ausgebaut. 1898 erfolgte die Inbetriebnahme des erheblich erweiterten Rheinauhafens als Kölner Handelshafen (Karte 1). Mit dieser Bekräftigung der »Ungunstlage«⁴ der südlichen Altstadt wurde ein weiterer Anziehungspunkt für ungelernete Arbeitskräfte geschaffen.

Im Zuge dieser Entwicklung bewohnten – neben der in geringerem Maße ansässigen traditionellen bürgerlichen Bevölkerung – vorwiegend Arbeiter den Altstadtteil des Untersuchungsgebietes in teilweise völlig überfüllten Kleinwohnungen, deren mangelnde hygienische Verhältnisse nur zum Teil durch den Bau eines Volksbades auf-

² F. Sack, Stadtgeschichte und Kriminalsoziologie, in: K. Lüderssen und F. Sack (Hrsg.), Seminar: Abweichendes Verhalten I, Frankfurt/M. 1975.

³ K. v. Eyll, Wirtschaftsgeschichte Kölns vom Beginn der preußischen Zeit bis zur Reichsgründung, in: H. Kellenbenz (Hrsg.), Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft Bd. 2, Köln 1975.

⁴ B. Fritzsche, Mechanismen der sozialen Segregation, in: H. J. Teuteberg (Hrsg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985.

gefangen werden konnten. Die Pfarreien sowie weitere kirchliche Institutionen blieben wichtige Träger sozialer Infrastruktur.

Der weitere Bevölkerungszuwachs während der Urbanisierung erforderte schließlich die Stadterweiterung. Im Verlauf der 80er Jahre begann nach Schleifung der mittelalterlichen Stadtmauer der Bau der Neustadt⁵ und damit auch des Neustadtteils des Untersuchungsgebietes. Von der Altstadt durch breite Ringstraßen getrennt, die als Barrieren an die Stelle der Stadtmauer getreten waren, entstand bis in die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts das neue Stadtgebiet.

Generell wurden in der Neustadt vierstöckige Mietskasernen unterschiedlicher Art erstellt: »die Arbeiter-Mietkaserne, die sozial gemischte und die herrschaftliche Mietkaserne. Die typische Arbeiter-Mietkaserne war vor allem im südlichen Teil des Neustadtgebietes ... zu finden.«⁶ Gleichwohl entstanden hier auch die beiden anderen Typen.⁷ Darüber hinaus wurde an der Parkanlage »Volksgarten« am westlichen Rand des Untersuchungsgebietes ein Villenviertel errichtet.

Analog zur heterogenen Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur setzten Infrastruktureinrichtungen von überlokaler Bedeutung gegensätzliche Akzente (Karte 1). Während im Osten auf dem Ubierring Vorläufer der späteren Kölner Werkschulen und der Ingenieurschule, das Völkerkunde Museum sowie am Römerpark im Jahre 1919 die Universität plazierte wurden, entstanden im Bereich um die Elsaßstraße Wasser- und Elektrizitätswerk, Müllabfuhr und Feuerwache. Zum Rheinauhafen kam unmittelbar jenseits der südlichen Grenze der Neustadt der Güterbahnhof als zusätzlicher Anziehungspunkt für Unternehmen des Speditionsgewerbes und Arbeitsmarkt für Ungelernte hinzu. Der damit verbundene Eisenbahngürtel, ab 1910 mit der Südbrücke über den Rhein führend, begrenzte das Untersuchungsgebiet schließlich im Süden ähnlich wie die Hafenanlagen im Osten.

Den Neustadtteil des Untersuchungsgebietes bevölkerten somit Arbeiter und bürgerliche Bewohner. Er umfaßte einerseits mit dem Gebiet um die Elsaßstraße das »geschlossene Arbeiterwohngebiet par excellence«,⁸ wie auch andererseits mit dem Villenviertel sowie den Ringstraßen Wohngebiete, welche zumindest bis zur Jahrhundertwende als erste Adressen Kölns anzusehen waren.

⁵ F.-W. Henning, Die Stadterweiterung unter dem Einfluß der Industrialisierung (1871–1914), in: H. Kellenbenz (s. A 3).

⁶ K. Jasper, Der Urbanisierungsprozeß, dargestellt am Beispiel der Stadt Köln, Köln 1977, S. 120.

⁷ Vgl. auch L. Lenz, Die Mietkaserne in Köln, Bonn/Leipzig 1930.

⁸ R. Conrad, Die Kölner Neustadt. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung. Unveröff. Diss. Köln 1955, S. 231.

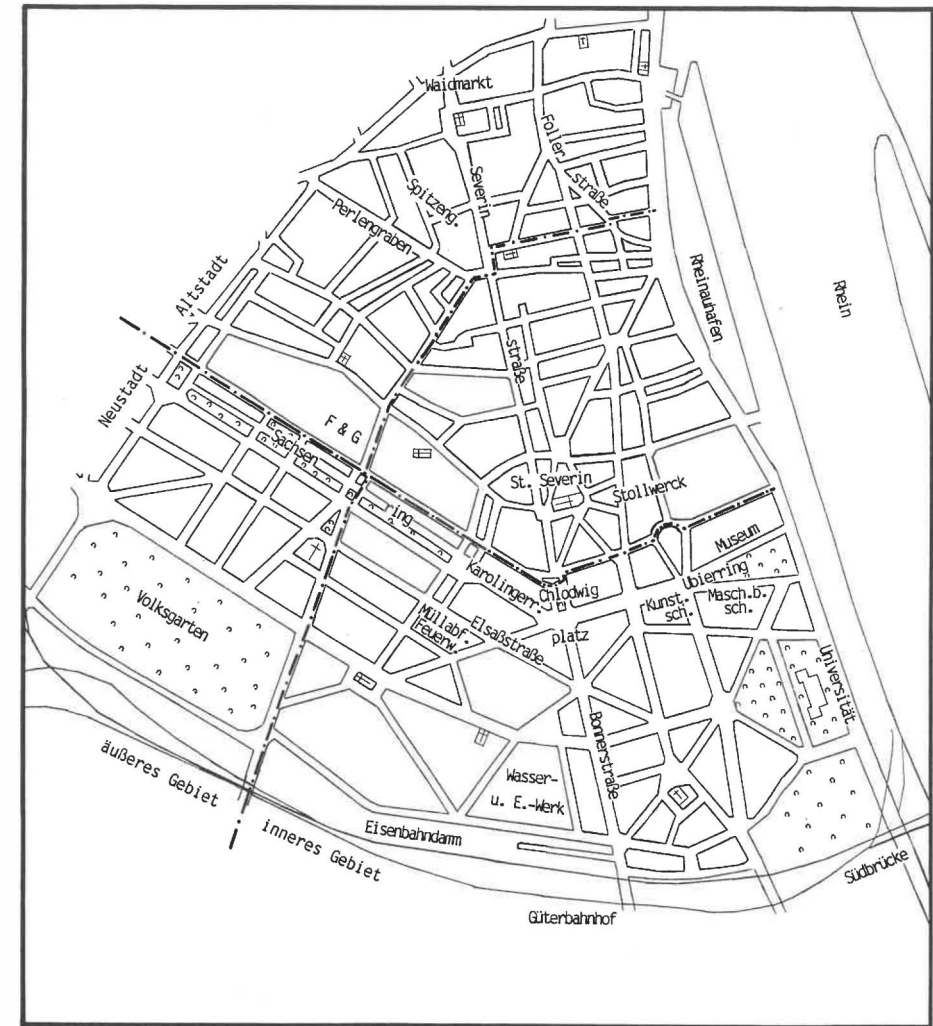
2. Fragestellung und Methodik

Während für die Zeit nach Abschluß der Urbanisierung⁹ noch von ausgeprägten Unterschieden zwischen Alt- und Neustadt ausgegangen werden konnte, wurde für die Gegenwart eine klare Differenzierung zwischen der Südstadt und ihrem Umfeld angenommen. Es liegt ein Überdauern kleinräumiger sozialer Segregation durch eine fortgesetzte, aber gewandelte Heterogenität der Bevölkerung vor, die neben traditionell ansässigen Bewohnern ausländische Migranten einerseits – insbesondere Türken und Italiener – und Mitglieder einer »alternativen Szene« andererseits umfaßt.

Um die Entwicklung zur gegenwärtigen Südstadt als einer sozialökologischen Einheit im Sinne einer »natural area«¹⁰ nachzeichnen zu können, war die Längsschnittanalyse eines sie umfassenden größeren Raumes erforderlich. Den zeitlichen Ausgangspunkt bildete mit der Mitte der 20er Jahre ein Zeitpunkt, zu dem einerseits die Entwicklung zum städtischen Raum fast völlig abgeschlossen, andererseits seine ursprüngliche sozial- und infrastrukturelle Heterogenität noch gegeben war.

Die östliche und südliche Grenze sind mit dem Rhein und dem Eisenbahndamm als natürliche Barrieren unmittelbar gegeben, während die Bestimmung der westlichen und nördlichen¹¹ nach den Kriterien Nutzung und soziale Zusammensetzung erfolgte.¹² Die Entwicklung in diesen Bereichen war durch massive Kriegszerstörungen sowie tiefgreifende Veränderungen in der Nachkriegszeit durch Tertiarisierung und Errichtung von Verkehrsinfrastruktur gekennzeichnet. So umfaßt die heutige »natural area« Südstadt innerhalb des Untersuchungsgebietes einen Bereich, der im Osten und Süden von Rhein und Bahndamm, im Westen und Norden von breiten Verkehrswegen¹³ deutlich eingegrenzt und vom Umfeld abgetrennt wird.

Wir untersuchten die Herausbildung dieser »natural area«, indem wir für einzelne Untersuchungszeitpunkte zwischen 1925 und 1988 das gesamte Untersuchungsgebiet jeweils zweimal in zwei Teilgebiete unterteilten (Karte 1), zum einen entlang der Grenze zwischen Alt- und Neustadt und zum anderen entlang der Grenze zwischen



Karte 1: Das Untersuchungsgebiet 1925.

der heutigen »natural area« Südstadt (inneres Gebiet) und seinem Umfeld (äußeres Gebiet). Erwartet wurde eine Ablösung der Strukturierung des sozialen Raumes entlang der erstgenannten durch eine solche entlang der letztgenannten Grenze ab der Nachkriegszeit, vor allem im Verlauf der Suburbanisierung¹⁴ (Kap. 3).

¹⁴ B. Rhode, Die Verdrängung der Wohnbevölkerung durch den tertiären Sektor. Strukturwandel in citynahen Stadtgebieten in Hamburg und Frankfurt/M. 1961–1970, Hamburg 1977; M. Riege, Räumliche Strukturen sozialer Ungleichheit. Soziale Besetzung, Wohn- und Infrastrukturbedingungen in den Stadtbezirken Kölns, Köln 1977.

⁹ J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985.

¹⁰ R. E. Park, The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment, in: R. E. Park / E. W. Burgess / R. D. McKenzie, The City, Chicago / London 1967; R. D. McKenzie, The Ecological Approach to the Study of the Human Community, in: ebda.; R. E. Park, Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung, in: P. Atteslander und B. Hamm (Hrsg.), Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974; R. D. McKenzie, Konzepte der Sozialökologie, in: ebda.

¹¹ Eifelstraße, Waisenhausgasse, Blaubach, Mühlenbach, Filzengraben.

¹² Vgl. E. Utecht, Wirtschafts- und Sozialtopographie der Alt- und Neustadt von Köln, Köln 1929; E. Michel, Die Kölner Altstadt vor und nach der Zerstörung, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde 14 (1955 a), S. 51 ff.; dies., Die Altstadt von Köln und ihr Wiedererwachen nach der Zerstörung. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung, Remagen/Rh. 1955 b; R. Conrad (s. A 8).

¹³ Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt, Severinsbrücke.

Aufgrund der vergleichsweise geringen baulichen Veränderungen des inneren Gebiets wurde dort eine Kontinuität der Binnendifferenzierung des sozialen Raumes und ihre Fortsetzung in der Einwanderung von Ausländern vornehmlich in alte Arbeitergebiete und von Alternativen schwerpunktmäßig in ehemalige bürgerliche Straßen vermutet. Zur Überprüfung dieser Annahme verfolgten wir die Entwicklung des Untersuchungsgebietes differenziert nach Subgebieten, welche auf der Grundlage der sozialstrukturellen Gliederung der einzelnen Straßen zum Zeitpunkt 1925 gebildet und weitgehend konstant gehalten wurden (Kap. 4).

Beide Fragestellungen thematisieren in jeweils entgegengesetzter Weise die Bedeutung von strukturellen Aspekten für die langfristige Entwicklung des sozialen Raumes. Während im ersten Fall untersucht wird, wie sich massive städtebauliche Veränderungen auf die (Re-)Konstruktion der Raumeinheit auswirken, fragen wir im zweiten danach, inwieweit das Fehlen solcher Veränderungen sich langfristig in sozialstruktureller Kontinuität und »Revitalisierung« sozialer Muster niederschlägt.¹⁵

Die Analyse der »natural area« als sozialem Raum macht die Erweiterung der traditionellen sozialökologischen Betrachtung der »morphologischen Außenseite«¹⁶ notwendig und bezieht den Aspekt der sozialen Beziehungen mit ein, erfaßt durch Verhaltens- und Sinnstrukturen.¹⁷ Da die Entstehung einer geographisch und sozial abgetrennten, dennoch sozial differenzierten Raumeinheit allein noch nichts darüber aussagt, ob sich ein zusammengehöriger als Gesamtheit durchlebter Stadtteil entwickelte, wurde nach Hinweisen auf eine Abnahme kleinräumiger Orientierung zugunsten großräumiger in der neu entstehenden (Alt- und Neustadtteile umfassenden) Raumeinheit gesucht. Ein enger Zusammenhang kann mit der Konzentration der Einkaufsläden gesehen werden.¹⁸ Technische und wirtschaftliche Entwicklungen führten gleichzeitig insbesondere seit den 60er Jahren zu einer Differenzierung der Bezie-

¹⁵ Unterstützt durch städtische Sanierungsmaßnahmen: H. J. Kujath, Reurbanisierung? – Zur Organisation von Wohnen und Leben am Ende des städtischen Wachstums, in: *Leviathan* 16 (1988), S. 23ff.; H. Häußermann und W. Siebel, Neue Urbanität, Frankfurt 1987.

¹⁶ B. Hamm, Die Organisation der städtischen Umwelt. Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Theorie der Stadt, Frauenfeld / Stuttgart 1977, S. 218.

¹⁷ Vgl. auch G. Simmel, Der Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft, in: *ders.*, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1968; M. Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967; P. H. Chombart de Lauwe, La vie quotidienne des familles ouvrières, Paris 1977; K. D. Keim, Milieu in der Stadt. Ein Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1979; U. Herlyn, Stadtsoziologie in der Krise?, in: *Die alte Stadt* 16 (1989), S. 186ff.

¹⁸ Hinweise auf eine solche Entwicklung in der Nachkriegszeit auch in traditionellen Arbeiterquartieren, wo die Läden des täglichen Bedarfs die sozialen Beziehungen ehemals kleinräumig strukturierten (P. H. Chombart de Lauwe, Des hommes et des villes, Paris 1963; *ders.* (S. A 17)), finden sich bei A. Göschel / U. Herlyn / J. Krämer / T. Schardt, Zur Bedeutung von sozialer Infrastruktur für Arbeiterwohngebiete, in: L. A. Vaskovics (Hrsg.), Raumbezogenheit sozialer Probleme, Opladen 1982.

hungsnetzwerke auch im traditionellen Quartier, so daß ein geometrisch variabler Raum entsteht.¹⁹

Darüber hinaus stellte sich die Frage, ob und wie die in der Südstadt lebenden unterschiedlichen sozialen Gruppierungen aufeinander bezogen sind und folglich ein Stadtviertel oder von einander unabhängige soziale Räume innerhalb eines geographischen bilden.²⁰ Von Viertel im Sinne einer »Community« kann nach Elias dort gesprochen werden, wo unter anderen die Bedürfnisse nach Erziehung, Konsum und sozialen Kontakten in besonderem Maße befriedigt werden und funktionelle Interdependenzen vorliegen, »which are closer than interdependencies of the same kind with other groups of people within the wider social field to which a community belongs«.²¹ Voraussetzung für eine symbolische Einheit bildet ein Mindestmaß geteilter Geschichte.²² Insgesamt geht es um die Frage, ob im Wandel der »lokalen Lebenszusammenhänge«²³ und der »Raumerfahrungen«²⁴ einfach eine Ablösung von Quartieren durch den Stadtteil als sozialem Raum erfolgte, oder ob verschiedene variable »Quartiere« mit einem entsprechenden umfassenden »dynamic system () of symbolic communities«²⁵ eine Einheit bilden (Kap. 5).²⁶

¹⁹ F. Bedarida, La vie de quartier en Angleterre: enquêtes empiriques et approches théoriques, in: *Le mouvement social* 118 (1982), S. 9ff.

²⁰ Vgl. N. Elias und J. L. Scotson, The Established and the Outsiders: A Sociological Enquiry into Community Problems, London 1965.

²¹ N. Elias, Towards a Theory of Communities, in: C. Bell und H. Newby (Hrsg.), The Sociology of Community. A Selection of Readings, London 1974, S. xix.

²² D. Jalla, Le quartier comme territoire et comme représentation: les »barrières« ouvrières de Turin au début du XXe siècle, in: *Le mouvement social* 118 (1982), S. 79ff.

²³ U. Herlyn, Zur Entwicklung lokaler Lebenszusammenhänge als Gegenstand stadtsoziologischer Forschung, in: B. Lutz (Hrsg.), Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984, Frankfurt / New York 1985.

²⁴ J. Reulecke, Forschungsinteressen im Rahmen der modernen Stadtgeschichtsschreibung, in: C. Engeli / W. Hofmann / H. Matzerath (Hrsg.), Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, IMS Beiheft 1, Berlin 1981.

²⁵ A. Hunter, Symbolic Communities. The Persistence and Change of Chicago's Local Communities, Chicago / London 1974, S. 186.

²⁶ In methodischer Hinsicht beruht der hier berichtete Teil des Forschungsprojektes schwerpunktmäßig auf der Auswertung der Jahrgänge 1925, 1941, 1958 und 1973 des Kölner Adreßbuches, welche vor allem die kleinräumige (vgl. H. Zwahr, Das deutsche Stadtadreßbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 3 (1968), S. 204ff.) Untersuchung der sozialstrukturellen Entwicklung sowie des Wandels ausgewählter Infrastruktur ermöglichte. Dazu treten weitere Archivmaterialien, amtliche Statistiken, wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Literatur und Zeitungen sowie für die Gegenwart Experteninterviews und Begehungen im Untersuchungsgebiet. Ausgewählte Ergebnisse qualitativer Interviews mit Bewohnern – im Falle der Langansässigen im Sinne einer »oral history« – ergänzen dieses Material.

3. Die Herausbildung der »natural area« Südstadt

Im Jahre 1925 lebten im Untersuchungsgebiet ca. 83 200 Menschen. Die Bevölkerungsmenge sank bis 1988 auf 35 641, ein Rückgang, der nach dem Krieg durch den Wiederaufbau und -einzug bis in die Mitte der 60er Jahre unterbrochen wurde. Unterschiedlich starke Kriegszerstörungen im inneren und äußeren Teilgebiet sowie massive städtebauliche Veränderungen vornehmlich im äußeren Altstadtteil bestimmten die Entwicklung der Nachkriegszeit.

Das gesamte äußere Teilgebiet wurde im Krieg weitgehend zerstört, alte Arbeitergebiete ebenso wie das Villenviertel. Demgegenüber blieb ein großer Teil des inneren Gebietes einschließlich der Stollwerck-Fabrik relativ verschont. Daher finden sich dort bis heute zahlreiche Altbauten, während das äußere Gebiet in weiten Teilen neugebaut wurde. Diese Neugestaltung umfaßte neben der Wiedererrichtung von Wohnhäusern auch mehrere großflächige Verwaltungsgebäude und kommunale bzw. staatliche Einrichtungen, wie sie im inneren Gebiet in dieser Menge nicht zu finden sind.

Neben der nur das äußere Gebiet prägenden Tertiarisierung der Nachkriegszeit wird das innere Gebiet seit 1959 im Norden durch die neu errichtete Severinsbrücke und im Westen durch die in den folgenden Jahren ausgebaute Nord-Süd-Fahrt städtebaulich deutlich abgetrennt. Beide Verkehrsanlagen nehmen einen Großteil der Flächen ein, die vormals zu den Schwerpunkten der Arbeiterstraßen der südlichen Innenstadt zählten. So entstand in der Nachkriegszeit ein rundum von großen Verkehrswegen eingegrenztes Gebiet, das durch erhöhten Altbaubestand, überdauernde Arbeiterwohngebiete sowie die letzte große Industrieanlage der Innenstadt gekennzeichnet war.

Die spezifische Entwicklung des inneren Teils des Untersuchungsgebietes in der Nachkriegszeit zeichnet sich auf der Grundlage von Daten aus Adreßbüchern, Volkszählungen sowie Ergebnissen politischer Wahlen und neueren Bevölkerungsdaten deutlich ab. Die Berufsangaben der Adreßbücher indizieren einen relativen sozialen Abstieg des inneren Gebietes im Verhältnis zum äußeren Gebiet von 1925 nach 1973. Die Südstadt war schließlich durch mehr Arbeiter einerseits und vor allem weniger bürgerliche Bevölkerung andererseits als ihr Umfeld gekennzeichnet.²⁷ Diese sozialstrukturelle Differenz bildete sich erst in der Nachkriegszeit heraus: übertraf sie den entsprechenden Unterschied zwischen Alt- und Neustadt 1958 erst geringfügig, so hatte 1973 die neue Grenzziehung zwischen innerem und äußerem Gebiet die traditionelle deutlich abgelöst.²⁸

Der Zusammenhang zwischen unterdurchschnittlichem sozialem Status und über-

durchschnittlich hohen SPD-Anteilen²⁹ erlaubt es, ein Überdauern dieses Status des inneren Gebietes anzunehmen. Analog der sozialstrukturellen Entwicklung zeigt sich hinsichtlich des Stimmenanteils für die SPD (bzw. 1929 für SPD und KPD), daß eine größere Differenz zwischen Alt- und Neustadt in der Vorkriegszeit durch einen entsprechenden Unterschied zwischen innerem und äußerem Gebiet von 1957 bis 1983 abgelöst wird. Zwar ist 1987 die Differenz zwischen Alt- und Neustadt erstmals wieder größer als zwischen innerem und äußerem Gebiet. Es wird auch in der Neustadt weniger SPD gewählt als in Köln, aber immer noch mehr als im äußeren Gebiet. Vor allem befinden sich nach wie vor alle Stimmbezirke mit extrem hohen SPD-Anteilen im inneren Gebiet – vorwiegend in seinem Altstadtteil – welches so insgesamt weiterhin einen unterdurchschnittlichen Status zeigt.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 unterstreichen dieses Bild und differenzieren es zugleich. Danach leben im inneren Gebiet deutlich mehr Arbeiter und Volksschüler als im äußeren und in Köln insgesamt. Hingegen liegen die Anteile von Abiturienten und Hochschulabsolventen in der Südstadt unter denen des Umfelds, jedoch oberhalb bzw. auf städtischem Niveau. Diese spezifische Südstadt-Mischung aus proletarischen und akademischen Milieus kennzeichnet insbesondere ihren Neustadtteil. Parallel zu dem Prozeß der (Wieder-)Entstehung eines überwiegend sozial gehobenen Status, zeigt sich hier von 1979 bis 1987 in den Stimmanteilen für die Grünen eine Konzentration der »alternativen Szene«. Dadurch weist die Südstadt insgesamt jeweils deutlich höhere Stimmanteile als ihr Umfeld bzw. die Stadt auf. 1987 wählen dort mit 22,3% doppelt soviele Wähler die Grünen wie in Köln.³⁰

Schließlich wird aus den Volkszählungsdaten von 1970 und den Bevölkerungsdaten von 1979 bis 1988 eine erheblich massivere Einwanderung ausländischer Bewohner in das innere Gebiet gegenüber dem Umfeld deutlich. 1988 liegt der Ausländeranteil mit 21,7% knapp um die Hälfte höher als in Köln insgesamt. Die größte Gruppe bilden mit 8,7% die Türken, gefolgt von den Italienern mit 5,4%.

Insgesamt kann so von einer Herausbildung und Abgrenzung des inneren Gebietes im Sinne einer »natural area« im Verlauf der Nachkriegszeit gesprochen werden.³¹ Ihre Merkmale sind der überdauernd relativ niedrige soziale Status im Verhältnis zum Umfeld und innerhalb Kölns einerseits und die heutige spezifische Bevölkerungsmischung andererseits. Gleichzeitig zeigt sich in jüngster Zeit innerhalb der Südstadt ein (Wieder-)Anstieg des sozialen Status der Bevölkerung im Neustadtteil. Nur dort konzentriert sich alternative Bevölkerung, während Ausländer die Südstadt insgesamt prägen.

²⁷ Zur Bestimmung dieser Gruppierungen vgl. Kap. 4 dieses Beitrags.

²⁸ Die Volkszählungsdaten von 1970 bestätigen den relativ unterdurchschnittlichen sozialen Status des inneren Gebietes sowohl gegenüber seinem Umfeld als auch innerhalb der Stadt.

²⁹ B. Beyerlein, Stadtteilanalyse. Ein Leitfaden zur Erkundung von Stadtteilen. Hamburg 1986.

³⁰ Bundestagswahl, Zweitstimmen ohne Briefwähler.

³¹ Die jedoch nie eine administrative Einheit bildete.

4. Die soziale Binnendifferenzierung des Untersuchungsgebietes

Zur genaueren Bestimmung der räumlichen Verteilung dieser gegenwärtigen heterogenen Bevölkerungsmischung und ihres Zusammenhangs mit der traditionellen Struktur des sozialen Raumes betrachten wir im folgenden die Entwicklung des Untersuchungsgebietes differenziert nach Subgebieten. Die Unterscheidung von bürgerlichen, gemischten und Arbeitersubgebieten meint jeweils ein spezifisches Mischungsverhältnis der Bewohnerschaft durch Berufsgruppen am oberen bzw. unteren Ende der sozialen Rangskala,³² dessen Ausprägung bei der Entwicklung der Subgebiete von 1925 bis 1973 insgesamt durch eine Abnahme der Segregation gekennzeichnet war, da sich das Ausmaß der Unterschiede des sozialen Milieus innerhalb des Untersuchungsgebietes verkleinerte. Dennoch blieb das Muster der ursprünglichen Binnendifferenzierung sichtbar.

Entsprechend unserer Annahme eines langfristigen Überdauerns der Struktur des sozialen Raumes zeichnete sich insbesondere das innere Teilgebiet, also die in der Nachkriegszeit herausgebildete »natural area«, durch eine hohe relative Stabilität der Subgebiete im Verhältnis zueinander aus. Sie bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung der Südstadt.

4.1 Soziale Heterogenität und Segregation nach Abschluß der Urbanisierung

1925 war die in der städtebaulichen Entwicklung des Untersuchungsgebietes angelegte soziale Strukturierung deutlich sichtbar. Es zeigte sich sehr heterogen und scharf segregiert mit nur wenigen gemischten Subgebieten, in denen weder Arbeiter noch Bürger eindeutig überwogen. Diesen standen einerseits Arbeitergebiete gegenüber, die nur in der Altstadt extrem ausgeprägt waren, andererseits Gebiete mit überwiegend bürgerlicher Bevölkerung, welche besonders stark nur in der Neustadt vertreten war.

Sehr stark bürgerlich geprägt war die Neustadt in dem westlich im äußeren Teilgebiet gelegenen Villenviertel, auf den Ringstraßen sowie im Osten im unmittelbaren Umkreis der Universität. Dazu trat eine geringere bürgerliche Dominanz im weiteren Umfeld der Universität und entlang einer die westlichen und östlichen bürgerlichen Gebiete verbindenden Alleestraße. Die Arbeiterbevölkerung konzentrierte sich vor allem im Bereich rund um die Elsaßstraße – diese selbst glich extremen Altstadtstraßen

³² Vor allem aus forschungsökonomischen Gründen erfaßten wir statusmäßig eindeutig zuzuordnende Berufsgruppen, die jeweils als Indikatoren für Arbeiter- oder bürgerliches Milieu stehen. Bezeichnungen mit dem Begriff Arbeiter sowie unqualifizierte Tätigkeiten zählten wir zum Arbeiter, Besitz und/oder Bildung signalisierende Benennungen zum bürgerlichen Milieu. Deren Bestimmung wurde ungeachtet gesamtgesellschaftlicher Veränderungen der Berufs- und Bildungsstruktur konstant gehalten, da in erster Linie die Stabilität der Rangfolge der Gebiete untereinander im Zeitverlauf interessierte.

– und entlang des Eisenbahndamms, dabei teilweise in unmittelbarer Nachbarschaft zu bürgerlichen Straßen³³ (Karte 1).

In der Altstadt lagen deutlich ausgeprägte Arbeitergebiete rund um die Severinskirche im Umfeld der Stollwerckfabrik sowie im Westen und Norden – vorwiegend im äußeren Teilgebiet – im Bereich um Perlengraben und Follerstraße. Die Konzentration von Arbeitern nahm hier teilweise extreme Formen an, dies gilt insbesondere für die Straßen und Gassen in Hafennähe sowie das Gebiet um die Spitzengassen (Karte 1). Im Umfeld der Arbeitergebiete liegende bürgerliche Bereiche waren ganz überwiegend deutlich weniger durch diese Gruppierung geprägt als in der Neustadt.

Die gleichzeitige Ansässigkeit von freiberuflichen Akademikern (Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten) einerseits und Speditionen als lokalen Arbeitgebern für Ungelernte andererseits spiegelte insbesondere im Zentrum der Neustadt ihre soziale Heterogenität. Die weitgehende Abwesenheit der letzteren und die verstärkte Präsenz der ersteren unterstrich den ausgesprochen bürgerlichen Charakter der Ringstraßen und des westlichen und östlichen Randes der Neustadt. Demgegenüber fand die Dominanz der Arbeiter in der Altstadt ihren Ausdruck in einer dichten Besetzung mit Transportunternehmen, insbesondere in der Hafengegend, und einer selteneren Niederlassung von freiberuflichen Akademikern. So hatte in den Arbeitergebieten im Umkreis der Severinskirche kein einziger Arzt seinen Sitz.

Die Ergebnisse für SPD und KPD bei der Stadtverordnetenwahl von 1929 markieren ebenfalls die Struktur des sozialen Raumes. Während sie im Villenviertel zusammen nur auf 11,0% kamen – gegenüber 35,1% in Köln insgesamt – erzielten sie in einem Teil des benachbarten Arbeitergebietes vornehmlich in der Elsaßstraße 61,8%. Im Bereich der Severinskirche stimmten 60,8% für SPD und KPD, in einigen Straßen und Gassen um die Follerstraße in der Nähe des Hafens waren es sogar 64,4%.³⁴

Gleichfalls in Hafennähe konzentrierte sich 1925 soziale Infrastruktur zur Versorgung von ärmeren Bevölkerungsschichten wie Herbergen, Erholungs- und Speisehäuser. Dazu traten Einrichtungen zur Krankenpflege, von denen eine – im Laufe der Zeit ständig erweiterte – bis heute erhalten blieb und als »Klusterche«³⁵ zur Institution wurde. Ebenso verblieb von den Asylen der Vorkriegszeit ein Obdachlosenheim bis in die Gegenwart.

Kontrapunkte dazu bildeten Einrichtungen wie ein »Damenpensionat«, ein »Ho-

³³ Dies widerlegt das Urteil von F. Sack (Strukturen und Prozesse in einem Delinquenzviertel Kölns. Ein Beitrag zur Kriminalsoziologie. Unveröff. Habil. Köln 1969/70), die Südstadt sei in Gänze und überdauernd durch Unterschichtsbevölkerung gekennzeichnet gewesen.

³⁴ Dabei beleuchtet insbesondere der hohe KPD-Wert von 44,8% die extreme soziale Position dieses Gebietes, vgl. M. Domke, Die Kommunalpolitik von SPD und KPD von 1928 bis 1930, in: R. Billstein (Hrsg.), Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der französischen Revolution, Köln 1979.

³⁵ Gemeint ist ein Krankenhaus der Augustinerinnen.

spiz für Mädchen und Frauen gebildeter Stände« oder ein Studentinnenheim, die in bürgerlichen Gebieten – letztgenanntes in der Neustadt – gelegen waren. Als Träger dieser sowie weiterer sozialer Infrastruktur dominierten evangelische und vor allem katholische Kreise. Städtisches Engagement trat nur in den Arbeitergebieten der Altstadt verstärkt hervor. Hier ist auch die Firma Stollwerck mit ihrem Speise-, Erholungs- und Gesellschaftshaus einschließlich Festsaal zu nennen.³⁶

4.2 Sozialer Abstieg in der Vorkriegszeit

Zwei infrastrukturelle Veränderungen der Vorkriegszeit im inneren Teilgebiet markieren ein Absinken des sozialen Status des Untersuchungsgebietes im Rahmen der mit der Stadtentwicklung verbundenen Suburbanisierung bürgerlicher Schichten. Einerseits wurde in den 30er Jahren die Universität in einen anderen Stadtteil verlegt, während andererseits am Güterbahnhof – unmittelbar südlich der Neustadt – mit dem Bau einer neuen Großmarkthalle, die 1940 ihren Betrieb aufnahm, ein weiterer Arbeitsmarkt für Ungelernte entstand.

Nach den Angaben des Adreßbuches von 1941, unmittelbar vor der weitgehenden Zerstörung der Kölner Altstadt, nahm³⁷ die Arbeiterbevölkerung außer in den bereits 1925 sehr stark von ihr geprägten Gebieten der Altstadt im gesamten Untersuchungsgebiet zu. Vor allem aber nahm die bürgerliche Bevölkerung ab, so daß nur die 1925 sehr bürgerlichen Gebiete der Neustadt – auf insgesamt deutlich niedrigerem Niveau – bürgerlich blieben, alle übrigen wurden sozial gemischt. Insbesondere durch den Rückgang der sehr hohen bürgerlichen Anteile verringerte sich die Segregation. Gleichwohl blieb das Muster der sozialen Raumstruktur sichtbar.

4.3 Differenzierte Entwicklungen in der Nachkriegszeit

Massive städtebauliche Veränderungen betrafen vor allem die alten, kriegszerstörten Arbeitergebiete im äußeren Altstadtteil um Perlengraben und Follerstraße, das Gebiet um die Spitzengassen verschwand völlig. Ein von 1941 nach 1958 – unmittelbar vor dem Bau der Severinsbrücke und der Nord-Süd-Fahrt – zu verzeichnender klarer Rückgang der Arbeiterbevölkerung in allen alten Arbeitergebieten und den meisten gemischten Gebieten in Verbindung mit unterschiedlich starken Anstiegen bürgerlicher Bewohner in der Mehrzahl der überdauernd gemischten sowie in Arbeitergebieten und schließlich teilweise gegenläufigen Bewegungen in einigen traditionell bürgerlichen Gebieten führten insgesamt zwar zu einer weiteren Verringerung der Differenzen zwischen den Subgebieten, wegen des nach dem Krieg einsetzenden gesamtgesellschaftlichen Wandels von Berufs- und Bildungsstruktur aber nicht zu einem Statuszu-

³⁶ *Geschichtswerkstatt Severinsviertel*, Zur Geschichte des Annosaals, o. O. 1987.

³⁷ Abgesehen von einem 1925 noch nicht vollständig bebauten bürgerlichen Subgebiet im Südosten der Neustadt.

wachs. Vielmehr zeigen die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1957 einen unterdurchschnittlichen Status des gesamten Untersuchungsgebietes an.³⁸

Für 1973 – als die städtebauliche Markierung der »natural area« vollendet war – indizieren die Angaben des letzten Kölner Adreßbuches im äußeren Gebiet ausschließlich bürgerliche und gemischte Subgebiete, inneren Gebiet hingegen gemischte und solche mit überwiegend Arbeiterbevölkerung. Allein im Osten der Neustadt war stärker bürgerliche Bevölkerung vertreten.³⁹

4.4 Sanierung und »Revitalisierung«

Der bedeutendste Aspekt der jüngeren Geschichte der Südstadt war die Erklärung zum Sanierungsgebiet Severinsviertel im Jahre 1977 durch den Rat der Stadt Köln. Sie betraf ihr Zentrum – in der Altstadt das Gebiet um die Severinskirche, in der Neustadt das Umfeld der Elsaßstraße (Karte 2). Die »Vorbereitenden Untersuchungen« hatten eine Verminderung des Wohnwertes durch überalterte und vernachlässigte Bausubstanz, eine ungesicherte wirtschaftliche Entwicklung, fehlende soziale und kulturelle Infrastruktur sowie eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur durch Überalterung der Deutschen und einen »unverhältnismäßig hohen Ausländeranteil« festgestellt und zwecks »Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer ausgewogenen Sozialstruktur« die »Vermeidung weiteren Ausländerzuzugs« zugunsten einer Anziehung jüngerer deutscher Familien zum Teil des Zielkonzeptes der Sanierung erhoben.⁴⁰

Als Indikator einer »Revitalisierung« oder »Gentrification«⁴¹ war gleichzeitig im Neustadtteil innerhalb und außerhalb des Sanierungsgebietes seit Beginn der 70er Jahre ein Trend zur Umwandlung alter Mietskasernen in Eigentumswohnungen er-

³⁸ Im einzelnen wiesen die Wahlergebnisse den Osten und Westen der Neustadt als statusmäßig überdurchschnittlich, ihr Zentrum als, teilweise deutlich – vor allem im Bereich um die Elsaßstraße –, unterdurchschnittlich aus. Gleichzeitig unterstrichen extreme SPD-Anteile den unterdurchschnittlichen Status vor allem im Kern des inneren Altstadtteils um die Severinskirche.

³⁹ Entsprechend zeigten die Volkszählungsdaten von 1970 eine Prägung des Zentrums des inneren Neustadtteils rund um die Elsaßstraße durch Arbeiter, welche zu den Rändern hin, insbesondere im äußeren Teil, von erhöhten Anteilen von Hochschulabsolventen abgelöst wurde. Die Ergebnisse der Landtagswahl von 1975 indizierten einen stark unterdurchschnittlichen Status im Zentrum, der nach Osten und Westen hin anstieg, jedoch nur im äußeren Teil, dem früheren Villenviertel, einem überdurchschnittlichen wich. Für die Altstadt ergab sich nach der Volkszählung im Zentrum ein weitgehend geschlossenes Arbeitergebiet, ungefähr entsprechend dem traditionellen um die Severinskirche. Demgegenüber war der äußere Altstadtteil überwiegend durch erhöhte Anteile von Hochschülern gekennzeichnet. Analog indizierten die SPD-Anteile ein statusmäßig deutlich unterdurchschnittliches Gebiet im Kern der Altstadt, welches von statusmäßig höheren, im Norden sogar überdurchschnittlichen Gebieten umgeben war.

⁴⁰ *Stadt Köln*, Informationen zur Sanierung des Severinsviertels Nr. 2, Vorbereitende Untersuchungen, Köln 1979, S. 72 u. 77.

⁴¹ J. S. Dangschat, Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 29, Opladen 1988.

kennbar, dessen Höhepunkt Anfang bis Mitte der 80er Jahre lag. Der Modernisierungs- und Umwandlungsprozeß hatte seinen Schwerpunkt in traditionell bürgerlichen sowie gemischten Straßen westlich und vor allem östlich des Sanierungsgebietes, insbesondere im Umfeld der ehemaligen Universität – vollzieht sich aber in jüngster Zeit auch in Arbeiterstraßen. Gleichzeitig wird sein allmählicher Abschluß durch eine seltenere Erteilung von Abgeschlossenheitserklärungen von 1985 nach 1987 in der Südstadt im Vergleich zur Innenstadt angezeigt.

Die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes in der Südstadt spiegeln sich u. a. in einer häufigeren Erteilung von Baugenehmigungen im Vergleich zu ihrem Umfeld. Von zentraler Bedeutung für die Maßnahmen im Sanierungsgebiet war das ehemalige Fabrikgelände der Firma Stollwerck, die im Laufe der 70er Jahre ihre Produktionsstätte aus der Südstadt verlegt und damit den Weg frei gemacht hatte für eine weitgehende Neubebauung mit Wohnhäusern, vorwiegend des sozialen Wohnungsbaus, aber auch Eigentumswohnungen. Lediglich ein Rest der Fabrikgebäude blieb erhalten und wurde zu Wohnzwecken umgebaut. Der Altstadtteil des Sanierungsgebietes ist durch eine starke Nachfrage nach Mietshäusern, aber auch nach Stadthäusern zur eigenen Wohn- und Gewerbenutzung insbesondere durch Freiberufler gekennzeichnet. Trotz einer Steigerung des Grundstücksrichtwertes ebendort, bleibt dennoch die ganze Südstadt bis 1987 durch niedrigere Werte als ihr Umfeld und auch die Kölner Innenstadt insgesamt charakterisiert.

Ebenfalls Teil der Sanierungsplanung war und ist der mittlerweile als Hafenanlage bedeutungslos gewordene Rheinauhafen, auf dessen Gelände zur Zeit Freizeit- und Kulturinfrastruktureinrichtungen in der Diskussion sind, eine Nutzung, die an die vorindustrielle Zeit anknüpfen würde. Ebenso kann die erneute Nutzung renovierter Häuser in der Altstadt als Wohn- und Betriebsstätte zugleich als postindustrielle Wiederaufnahme jener Nutzungsmuster betrachtet werden, die das Gebiet vor seiner industriellen Wachstumsphase kennzeichneten.

Mit den baulichen Veränderungen vollzogen sich demographische und soziale. Während die seit den 60er Jahren zunehmende Einwanderung ausländischer Bevölkerungsgruppen einen wesentlichen Moment der Sanierungsdiskussion bildete, traten als Teilnehmer derselben auch Gruppen wie die »Bürgerinitiative südliche Altstadt« (BISA) auf, deren Existenz und Aktivitäten auf die Einwanderung einer neuen Bevölkerungsgruppierung im Viertel hinwiesen, die jung, gebildet, der Mittelschicht und – im Gefolge der Studentenbewegung – tendenziell der politisch alternativen Szene zugehörig waren.⁴²

Schon 1970 zeichnete sich in der Südstadt eine Konzentration von Ausländern vor

⁴² Vgl. H. Kromrey, Sozial- und Infrastruktur in einem Altstadtwohnviertel. Indikatoren zur Beurteilung der Sanierungsbedürftigkeit. Untersuchungsbereich Köln-Severinsviertel, Berlin 1976; M. Birke / H. Müller / M. Riege, Partizipation an Entscheidungsprozessen zur Sicherung und Verbesserung

allem in traditionellen Arbeitergebieten und damit im künftigen Sanierungsgebiet ab. Da ihre Zahl bei insgesamt sinkender Bevölkerung bis 1983 stieg, verstärkte sich die Konzentration ausländischer Bewohnerschaft noch. Die Stimmanteile für die Grünen von 1979 (Kommunalwahl) und 1983 (Bundestagswahl) machten den Neustadtteil als Zentrum der alternativen Bewohner deutlich. Ihre Schwerpunkte befanden sich im westlichen und insbesondere östlichen Umfeld des Sanierungsgebietes – vor allem im Bereich der ehemaligen Universität – und damit überwiegend in traditionell bürgerlichen, aber auch gemischten Gebieten.

Von 1983 nach 1988 geht die Bevölkerung der Südstadt insgesamt auf 28 484 zurück, dabei die deutsche weniger stark als die ausländische, deren Anteil auf 21,7% sinkt. Demgegenüber kommt es im Sanierungsgebiet – nach einem Tiefstand der deutschen Bevölkerung im Jahre 1983 – aufgrund der Ablösung gewerblicher durch Wohnnutzung insbesondere auf dem ehemaligen Stollwerckgelände zu einem Bevölkerungszuwachs. Gleichzeitig geht die ausländische Bevölkerung nur dort in absoluten Zahlen nicht zurück, lediglich ihr relativer Anteil vermindert sich auf 30,9% der 10244 Bewohner. Beide Entwicklungen stehen dem innerstädtischen Trend in Köln während dieser Zeit entgegen.⁴³

In Folge der infra- und sozialstrukturellen Entwicklung zeichnet sich 1988 eine noch deutlichere Übereinstimmung der alten Arbeitergebiete mit dem Schwerpunkt der Ausländer ab. *Außerhalb* des Sanierungsgebietes zeigt sich insbesondere in der Neustadt von 1983 nach 1988 ein im innerstädtischen Vergleich überproportionaler Rückgang ausländischer Bevölkerung, die offenbar nach einer Phase der Zwischenutzung im Laufe der Modernisierung des Wohnungsbestands diesen Bereich wieder verläßt. Dort verringert sich die Zahl der Ausländer um ein Fünftel, die der Türken sogar um gut ein Drittel. Das entsprechende Gebiet ist weitgehend identisch sowohl mit dem Schwerpunkt der Grüne-Wähler, deren Anteil für 1987 über dem Durchschnitt der Südstadt von 22,3% lag, als auch der Konzentration der Eigentumswohnungen.⁴⁴

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 bestätigen dieses Bild. Während der Altstadtteil der Südstadt durch eine deutliche Konzentration von Arbeitern und Volksschülern in den traditionellen Arbeitergebieten rund um die Severinskirche gekenn-

nung der Lebenslage in Betrieb und Quartier, Institut zur Erforschung sozialer Chancen Bericht Nr. 18, Köln 1978; W. Nelles und R. Oppermann, Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung, Göttingen 1979.

⁴³ Das Sanierungsgebiet erscheint so zumindest bislang als eine Insel gegen die Entwicklung hin zur Verdrängung ausländischer Bevölkerung. Nach Expertenmeinung ist ein Verbleib der alten Bewohnerschaft insgesamt allerdings nur bis zum Auslaufen der sozial schützenden Sanierungsbestimmungen gesichert.

⁴⁴ Eine sich abzeichnende Schwerpunktverlagerung innerhalb der Alternativen von »Pionieren« zu »Gentrifiern« ist jedoch keineswegs immer als Bewohneraustausch zu verstehen. Vielmehr handelt es sich oft um einen lebensgeschichtlichen Statuswechsel, etwa von der studentischen Wohngemeinschaft zur (spät gegründeten) akademischen Kleinfamilie.

zeichnet wird, ist der Neustadtteil heterogen: Ausgeprägte Anteile von Abiturienten und Hochschulabsolventen charakterisieren vor allem das Umfeld der ehemaligen Universität, etwas abgeschwächt den Bereich entlang der Alleestraße sowie in geringerem Maße das Gebiet westlich des Sanierungsgebietes. Damit kontrastieren hohe Arbeiter- und Volksschüleranteile im traditionellen Arbeitergebiet rund um die Elsaßstraße sowie, teils abgeschwächt, im Bereich des Bahndamms.

Insgesamt bestätigt sich die Annahme über die Einwanderung von Ausländern vornehmlich in alte Arbeitergebiete sowie von alternativer Bevölkerung schwerpunktmäßig in traditionelle bürgerliche Gebiete zumindest tendenziell. Es zeichnet sich so eine hohe Kontinuität der, heute durch Ausländer geprägten, traditionellen Arbeitergebiete sowie eine Wiederentstehung der ehemals bürgerlichen, nunmehr alternativen Bereiche ab.

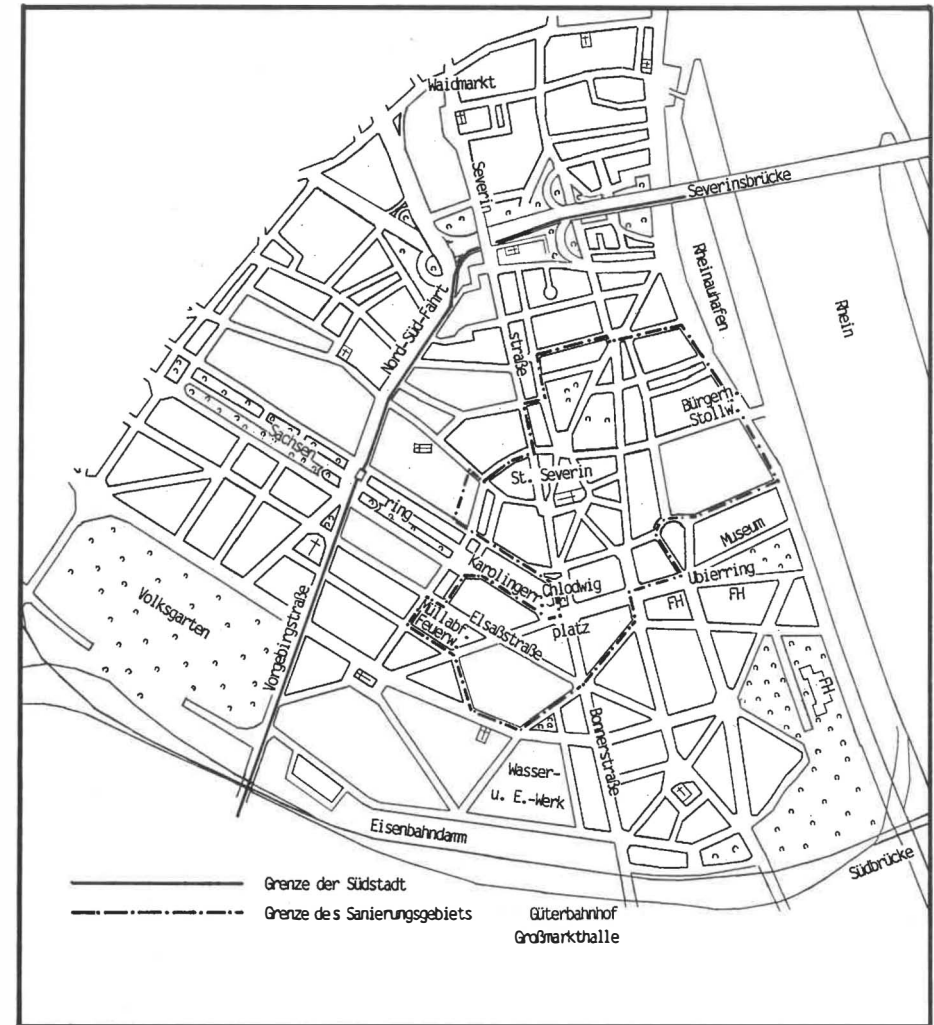
4.5 Multikulturelle Urbanität

Die gegenwärtige Heterogenität der Südstadt wird im Straßenbild deutlich markiert durch die differenzierte Infrastruktur der Langanässigen und der verschiedenen Einwanderer, welche das spezifische »Flair« des Viertels bestimmt. Ausländische und alternative Betriebe und Einrichtungen traten teilweise an die Stelle traditioneller.

Alternative Infrastruktur, vorwiegend Gaststätten, sowie künstlerische bzw. bildungsbürgerliche Angebote wie Galerien, Theater oder Buchhandlungen sind vorwiegend auf die eigene Gruppierung orientiert und indizieren die zunehmende Etablierung und (Wieder-)Einwanderung ökonomisch potenter bzw. sozialstrukturell gehobener Bevölkerung. Darüber hinaus sind an die Stelle der ehemaligen Universität mittlerweile Fachhochschulen zusätzlich zu denen getreten, die die Kölner Werkschulen und die Ingenieurschule ablösten (Karte 2). Anders als alternative Betriebe richten sich ausländische teils an die jeweils eigene Ethnie – wie türkische Kaffeehäuser, italienische Bars oder Videotheken dieser beiden Gruppen – und teils an die übrige Bewohnerschaft. Insbesondere gastronomische Angebote – vorwiegend Restaurants, Imbisse und Cafés –, Handwerksbetriebe und kleine Lebensmittelläden zählen hierzu. Letztere werden fast nur noch von Ausländern betrieben.

Der Wandel des sozialen Raums zeigt sich auch in der Besetzung mit Einrichtungen sozialer Infrastruktur. So nahm die überragende Stellung der Kirchen, insbesondere der katholischen, als Träger erst von 1973 nach 1987 ab, vornehmlich zugunsten städtischen Engagements, in der Neustadt auch aufgrund der Etablierung von Einrichtungen insbesondere zur Kinderbetreuung, die von alternativer Seite getragen werden oder mit der Zielsetzung städtischer Trägerschaft erfolgreich initiiert wurden.

Soziale Infrastruktur für Ausländer hingegen entstand im gleichen Zeitraum vorwiegend in der Altstadt. Diverse Einrichtungen verschiedener Träger, vornehmlich für Kinder und Jugendliche, wurden auch im Zusammenhang mit der Sanierung eröffnet. Dazu gehören u. a. Angebote des städtischen Bürgerhaus Stollwerck, welches an



Karte 2: Die Südstadt 1987.

die Stelle eines alternativen Kulturzentrums trat, das zwischenzeitlich bis zu ihrem Abriß in ehemaligen Fabrikgebäuden und dem alten Festsaal der Firma existiert hatte (Karte 2).

5. Der soziale Raum: Vom Quartier zum Stadtteil?

Trotz der Binnendifferenzierungen im sozialen Raum Südstadt finden sich Indikatoren von Verhaltens- und Sinnstrukturen, die die allmähliche Ablösung einer kleinräu-

migen Quartiersorientierung durch eine großräumigere Stadtteilorientierung in der »natural area« anzeigen, erstere jedoch nicht aufheben. Gleichzeitig läßt sich ein wenig durchlebtes Randgebiet erkennen. Ein gemeinsamer sozialer Raum Südstadt wird auf der Grundlage je spezifischer Raumnutzung öffentlicher Bereiche aus der Verflechtung mehrerer variabler »Quartiere« gebildet. Letztere werden in unterschiedlichen Raumwahrnehmungen sichtbar.

5.1 Lockerung der traditionellen Orientierung und Neubildung sozialer Grenzzonen

Im Jahre 1925 gliederten 731 zu kleinen Zentren gruppierte Läden des täglichen Bedarfs das Untersuchungsgebiet kleinräumig, ohne immer eine scharfe Grenzziehung erkennen zu lassen. Ihre Verteilung zeigte fünf größere Verdichtungen im Bereich von Arbeiter- bzw. gemischten Straßen sowie einige kleinere Zentren ganz überwiegend ebendort, hingegen fast gar keine Läden im bürgerlichen Villenviertel.⁴⁵ Während ein beginnender Rückgang der Läden bis 1941 keine grundlegenden strukturellen Veränderungen mit sich brachte, lag 1958 eine drastische Reduzierung einerseits und eine veränderte Verteilung andererseits vor. Analog der Zerstörung alter Arbeiterstraßen im äußeren Altstadtteil um Perlengraben und Follerstraße waren von zwei der genannten Verdichtungen nur noch wenige Läden verblieben.

Der Konzentrationsprozeß setzte sich fort, indem die Zahl der Läden weiter kontinuierlich auf schließlich 98 im Jahre 1987 sank. Kleinere Zentren verschwanden fast völlig. Es verblieben nur stark geschrumpfte Verdichtungen am äußersten Rand, während sich die drei großen Verdichtungen des inneren Gebietes im wesentlichen in Form dreier Hauptgeschäftsstraßen erhielten. Mit diesem Niedergang der dezentralen Geschäftseinheiten entfiel eine wesentliche strukturelle Voraussetzung der kleinräumigen Orientierung und Gliederung des sozialen Raumes in kleine Quartiere in den stärker von Arbeitern geprägten Gebieten.⁴⁶

Denn die Befragung langansässiger Bewohner der Südstadt erwies die kleinen Läden – zusammen mit den Räumen Kneipe und Straße – als zentrale Orte der sozialen Netze. Sie bild(et)en Knotenpunkte der lokalen Kommunikation und sozialfürsorgerischen Verflechtungen im traditionellen kölschen Milieu. Ihr nahezu völliges Verschwinden ist ein wesentliches Moment der generell festgestellten und beklagten Auflösung vertrauter sozialer Beziehungen.⁴⁷

⁴⁵ Vgl. P. H. Chombart de Lauwe, Paris et l'agglomération parisienne, in: ders., Paris. Essais de sociologie 1952–1964. Paris 1965, S. 67 und ders. (s. A 18), S. 33ff.

⁴⁶ Dieser Wandel spiegelt sich im Fortfall des statistischen Zusammenhangs von sozialstruktureller Gliederung und Ausstattung mit Läden des täglichen Bedarfs in der Nachkriegszeit.

⁴⁷ Gleichwohl erhielt sich eine oft generationenübergreifende Bindung an das Quartier, vgl. W. Hipfel, Stadtentwicklung und Stadtteilbindung in einer Industrieansiedlung des 19. Jahrhunderts: Ludwigshafen am Rhein 1853–1914, in: H. J. Teuteberg (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln / Wien 1983; S. Bleek, Das Stadtviertel als

Ergänzend seien zwei weitere empirische Ergebnisse angeführt, die eine spezifische kleinräumige Orientierung im Arbeitermilieu der Vorkriegszeit indizieren und auf die entsprechende Dichte der sozialen Verflechtungen im alten Arbeiterquartier als »Lebensraum«⁴⁸ hinweisen, welche sich im Laufe der Nachkriegszeit lockern. So zeigt sich die traditionelle Nutzung der Häuser in der Kölner Altstadt durch ihre Eigentümer als Wohnsitz und Betriebsstätte in Straßen mit niedrigerem sozialen Status am Beispiel der Laden- und Gaststättenbesitzer.

Diese verweist auf eine spezifische enge soziale Verflechtung zwischen der Arbeiterbevölkerung einerseits und den Wirten und Händlern⁴⁹ andererseits in einer Doppelrolle als selbst ansässige Vermieter von Arbeiterkleinwohnungen und Anbietern einer Infrastruktur, die zugleich als öffentlicher Raum und Kommunikationsort dient, welche in den baulichen Strukturen des 19. Jahrhunderts bis in die Vorkriegszeit überdauerte.

Die so gegebenen Möglichkeiten sozialer Kontrolle seitens der lokalen Kleingewerbetreibenden liegen auf der Hand und spiegeln sich noch in den lebensweltlichen Darstellungen von Vergangenheit und Gegenwart durch traditionelle Bewohner, die zwar ein zusammengehöriges kölsches Milieu zeigen, innerhalb dessen jedoch eine klare Grenzziehung zwischen einer lokalen Elite aus selbst ansässigen Hauseigentümern und Betreibern von Gaststätten, Geschäften und Handwerksbetrieben und Vertretern unterer sozialer Schichten erkennbar ist. Diese Grenzziehung wird aus den komplementären Perspektiven beider Gruppierungen gleichermaßen deutlich. Klarer Ausdruck dieser Beziehung wie auch Indikator einer kleinräumigen Orientierung im sozialen Umfeld war bis in die Nachkriegszeit hinein die Funktion der Geschäftsleute als lokale Kreditgeber für die proletarischen Nachbarn.

Die Verfügung über einen Telefonanschluß ist ein weiterer Indikator für eine zumindest potentielle Orientierung über den Nahraum hinaus. Während 1925 nur jeder 25ste Haushalt in Arbeitergebieten über einen Telefonanschluß verfügte, galt dies im Villenviertel für etwa jeden zweiten, ein Anteil der bis 1973 nirgendwo übertroffen wurde. Zu diesem Zeitpunkt kamen im Bereich um die Elsaßstraße immer noch auf ein Telefon etwa fünf, im Umfeld der Severinskirche etwa sieben Haushalte. Dennoch war eine Erweiterung der Möglichkeiten großräumiger Orientierung im Untersuchungsgebiet insbesondere durch die Anstiege in gemischten und Arbeitergebieten verursacht.

Sozialraum. Innerstädtische Mobilität in München 1890 bis 1933, in: W. Hardtwig und K. Tenfelde (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung, München 1990; B. Fritzsche, Mobilität im Stadtviertel: Zürich um 1870, in: ebda.

⁴⁸ B. Fritzsche, Das Quartier als Lebensraum, in: W. Conze und U. Engelhardt (Hrsg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981.

⁴⁹ Vgl. P. H. Chombart de Lauwe (s. A 17), S. 96ff.

Auch die Schilderungen der langansässigen Kölschen lassen eine allgemeine Lockerung traditioneller lokaler Verflechtungen erkennen und aufgrund der Hinweise, in welchen räumlichen Einheiten das Viertel wahrgenommen bzw. genutzt wird, Schlüsse auf die Entwicklung einer großräumigeren Orientierung zu. Detaillierter, manchmal sogar ausschließlich, berichten die Befragten in der Regel nur über ihr näheres Wohnumfeld. Dies zeigt sich etwa an unterschiedlichen Beschreibungen der früheren Gewerbestruktur der Südstadt durch Bewohner des Alt- bzw. Neustadtteils. Auch die Darstellung sonstiger Strukturelemente und die berichtete Raumnutzung weisen in diese Richtung. Dazu zählen die durch die Verkehrsachsen begrenzten Bewegungsräume der Kinder ebenso wie die bevorzugte Benutzung von Läden und Kneipen im Nahbereich. Jedoch haben letztere als alltägliche Treffpunkte der Nachbarschaft an Bedeutung verloren. Schließlich spielen die Pfarreien eine Rolle bei der kleinräumigen Gliederung des Viertels, insbesondere der Trennung von Alt- und Neustadt.

Eine Orientierung im gesamten Viertel hingegen zeigt sich in der nicht alltäglichen Nutzung bürgerlicher Gaststätten beispielsweise bei Familienfeiern, bei der die Grenze zwischen Alt- und Neustadt überschritten wird. Der Fortfall der kleinen Läden macht großräumigere Bewegungen im Alltag zwangsläufig, wobei die Geschäftsstraße auch zur Kommunikation genutzt wird, die jedoch ebenfalls weniger intensiv als im ehemaligen Straßenleben ist. Eine Ablösung von eher nachbarschaftlich orientierten Straßenfesten⁵⁰ durch solche, die das ganze Viertel ansprechen, kommt hinzu. Insgesamt dürfte somit tendenziell eine allmähliche Orientierung in und Nutzung von größeren Raumeinheiten, das heißt von kleineren Quartieren hin zum Stadtteil gegeben sein.

Schließlich zeigen die Ergebnisse einer Zeitungsanalyse zum Wandel der Gebietsbezeichnungen in der Lokalberichterstattung, wie der 1958 noch ganz und 1973 fast ausschließlich für die Bezeichnung des Neustadtbereichs verwendete Begriff Südstadt 1983 zu einem Etikett für den großen, Alt- und Neustadtteile umfassenden sozialen Raum geworden ist. Während Bezeichnungen für kleinere, teilweise als »typisch« kölsch charakterisierte Räume verschwanden, erscheinen Artikel über die »kölsche« Lebensart ab 1973 allein unter den Etiketten Severinsviertel oder Vringesveedel, welches letzteres symbolhaft für diese Lebensweise steht. Betrafen sie zunächst nur die Altstadt, so wird Ende der 80er Jahre die Elsaßstraße als Arbeiterstraße der Neustadt dem Severinsviertel zugeordnet.⁵¹

Parallel zur Abnahme der eng geknüpften kleinräumigen Netzwerke, die sich um

⁵⁰ Noch Ende der 50er Jahre fanden z. B. innerhalb der Pfarrei St. Severin in zwei verschiedenen traditionellen Arbeiterstraßen Kirmesfeiern statt.

⁵¹ Auch aus der Perspektive der traditionellen Lebenswelt bezeichnet der eigentlich nur für den Pfarrbezirk St. Severin zutreffende Begriff Severinsviertel heute ebenfalls ein großräumiger definiertes Viertel, was zum Teil mit der Verwendung des erst im Laufe der 70er Jahre etablierten Begriffs Südstadt einhergeht.

die Besitzer von Läden, Gaststätten und anderen Kleinbetrieben gruppierten, kam es in der Nachkriegszeit zu einer deutlichen Markierung sozialer Grenzbarrieren im Bereich der neu errichteten Verkehrsanlagen. Hier entwickelte sich eine relativ weniger durchlebte Zone, die die Südstadt von ihrem Umfeld trennt. Vor allem die Konzentration der Läden des täglichen Bedarfs auf wenige Geschäftsstraßen im Zentrum ist deutlicher Beleg. Diese Entwicklung wird durch den Wandel der räumlichen Verteilung von Volks- bzw. Grundschulen unterstrichen. In der Nachkriegszeit sank ihre Zahl um zwei Drittel auf vier, die sich nun alle im inneren Teilgebiet konzentrieren. Da sich andererseits Schulen unmittelbar jenseits der Grenzen des Untersuchungsgebietes befinden, ist eine entsprechend gegenläufige schulische Orientierung im Primarbereich in der Südstadt gegenüber ihrem Umfeld anzunehmen. Gleichzeitig bedeutet die Konzeption von drei Schulen als Angebotsschulen mit sich überschneidenden Einzugsgebieten in Alt- und Neustadt die Möglichkeit – und Notwendigkeit – einer großräumigeren Orientierung und Verflechtung in der Südstadt insgesamt.⁵² Wie bei der Verteilung der Läden und der Primarschulen ist schließlich bei der Ausstattung mit Gastronomiebetrieben in den 80er Jahren die Grenzzone zwischen der Südstadt und ihrem Umfeld zu erkennen.

5.2 Südstadt und Südstadtdörfer. Zur Verflechtung sozialer Räume

Vor allem die Ausrichtung der innerhalb der Südstadt konzentrierten gastronomischen Betriebe auf verschiedene Zielgruppen deutet auf sich überlagernde soziale Räume innerhalb des einen geographischen. Unterschiedliche Zielgruppen der Gastronomiebetriebe des Untersuchungsgebietes lassen sich auch für 1925 vermuten, denn einerseits wurde als ein zentraler Ort der lokalen Verflechtung und Fortsetzung der Nachbarschaft unter den kölschen Langansässigen die Kneipe sichtbar. Gleichzeitig hatten andererseits 1925 insgesamt 21 studentische Vereinigungen in 14 Gaststätten des Untersuchungsgebietes ihren Sitz. Die Schilderungen der traditionellen Bewohner zeigen ein differenziertes Spektrum gastronomischer Betriebe, das von ausgesprochenen Arbeiterkneipen, welche schon von den Vertretern der lokalen Elite mißtrauisch betrachtet werden, bis zu bürgerlichen Speisegaststätten reicht.

227 gastronomische Betriebe befanden sich 1925 im Untersuchungsgebiet. Neben der Existenz von Eckkneipen, die – wiederum mit Ausnahme des Villenviertels – das gesamte Gebiet kennzeichnete, war die Nord-Süd-Achse besonders durch Gaststätten geprägt. Außerdem hob sich in Hafennähe der Bereich um die Follerstraße vor allem durch Schenken ab. Wenig Veränderung zeigte sich bis 1941 mit Ausnahme eines deutlichen Rückgangs von Cafés im Umkreis der früheren Universität. Ein Zusammenhang mit deren Fortzug kann angesichts ihres Einflusses auf die lokale Dienstleistungsinfrastruktur durch die ansässigen Studenten vermutet werden.

⁵² Eine entsprechende Entwicklung wird aus den Befragungen deutlich.

Maßgeblich beeinflußt durch die infrastrukturelle Entwicklung im äußeren Bereich der Altstadt halbierte sich bis 1958 die Zahl der Betriebe. Nach einem erst langsamen Wiederanstieg bis 1973 kam es bis 1987 zu einer sprunghaften Zunahme auf 231 und damit auf den Vorkriegsstand, bei um mehr als die Hälfte reduzierter Bevölkerung. Es entwickelte sich eine Konzentration innerhalb der Südstadt, schwermächtig südlich der Severinskirche. Dieser besonders ausgeprägte Zuwachs, welcher vor allem ausländische und alternative Betriebe umfaßt, knüpft mit seiner starken Ausrichtung auf studentisches bzw. akademisches Publikum an die Situation der 20er Jahre an, welche durch die Universität geprägt gewesen war.

Insgesamt betrachtet, kam es somit durch den kontinuierlichen Konzentrationsprozeß der Läden des täglichen Bedarfs einerseits und die Wiederetablierung gastronomischer Betriebe andererseits zu einer Schwerpunktverlagerung innerhalb des öffentlichen Raumes vom Laden zur »privateren«, das heißt sozial spezifischer⁵³ genutzten Gaststätte und damit allgemein zu einer Erweiterung der Möglichkeiten einer Überlagerung sozialer Räume, die in der gegenwärtigen Auffächerung der gastronomischen Betriebe in traditionelle, alternative und diverse ausländische in der Südstadt ihren spezifischen Ausdruck findet: innerhalb des größeren geographischen Raumes steht eine relativ zur gesunkenen Bevölkerung erhöhte Zahl sozial segregierter Räume zur Verfügung.

Nach den Befragungsergebnissen zeichnen sich innerhalb der Grenzen der Südstadt sowohl ein gemeinsam von allen Gruppierungen der Bewohnerschaft gebildeter sozialer Raum im Sinne des Eliasschen »Community«-Begriffs, als auch nach ethnischen oder kulturellen Kriterien segregierte soziale Räume ab. Zu einer Verflechtung der letzteren und damit zur Konstruktion des ersteren kommt es um so eher, je öffentlicher der Begegnungsort ist.

So werden engere soziale Kontakte zwischen den verschiedenen Gruppierungen im privatisierten Raum der Kneipe vergleichsweise selten berichtet. Die Abgrenzung zwischen alternativen und traditionellen Kneipen ist strikt. Türkische Cafes und italienische Bars werden nur von (männlichen) Landsleuten besucht. Dennoch finden sich Hinweise auf interethnische Beziehungen. Insbesondere einige Italiener zeigen sich in die traditionelle kölsche, andere in die alternative Kneipenszene verflochten. Dazu kommt das zwangsläufige Aufeinandertreffen der Gruppierungen in der Institution Schule. Hier, wie auch im Fall von Arbeitsplatz und Verein, berichten wiederum Italiener, anders als Türken, von einer Ausweitung obligatorischer Beziehungen zu darüber hinausgehenden freiwilligen. Außerdem ist die Kirche ein Begegnungsort katholischer Ausländer und Deutscher.

Die Läden erscheinen generell als eher gemeinsam genutzte Räume. Das Verschwin-

⁵³ L. H. Lofland, A World of Strangers. Order and Action in Urban Public Space, New York 1973, S. 67 u. 177.

den der kleinen, traditionellen Läden bedauern die Traditionellen und Alternativen gleichermaßen, eine der wenigen Übereinstimmungen zwischen diesen. Zur berichteten Hilfeleistung für italienische Kinder im traditionellen Laden findet sich als Pendant die soziale Betreuung älterer Deutscher im türkischen Geschäft. Dazu tritt vor allem die Konsumfunktion, die insbesondere die ausländischen Betriebe für die Deutschen und hier vor allem für die Alternativen haben. Auch die Nutzung der ausländischen Gastronomiebetriebe wie Restaurants und Cafes ist weitgehend unter diesem Aspekt zu sehen. Grußkontakte und Wahrnehmungen im Park oder auf Straßen und Plätzen schließlich werden praktisch von allen berichtet.

Die vorhandenen mehr oder weniger intensiven sozialen Beziehungen erlauben es somit von der Südstadt als *einem* Stadtviertel zu sprechen. Gleichzeitig werden insbesondere in den unterschiedlichen lebensweltlichen Orientierungen und Wahrnehmungen dieses Viertels seine »Quartiere« sichtbar. Die je gruppenspezifische Bedeutung oder Sinnhaftigkeit des Raumes⁵⁴ zeigt sich exemplarisch an zwei zentralen Infrastrukturelementen, der Stollwerck-Fabrik und der Markthalle.

Während letztere in den Schilderungen der Alternativen nicht vorkommt, sind in den Erzählungen und Erinnerungen der traditionellen Bewohner zahlreiche Spuren der materiellen wie symbolischen Prägekraft dieser Einrichtung enthalten. Nicht nur finden sich immer wieder Hinweise auf ökonomische Verflechtungen, sondern die Tatsache, mit »d'r Maathall« zu tun zu haben, ist vor allem ein besonderer Ausweis der Zugehörigkeit zum traditionellen kölschen Milieu. Die Verflechtung mit ihr eröffnet auch ausländischen Bewohnern einen Zugang, nicht zuletzt durch die Anknüpfung an überlieferte Formen nachbarschaftlicher Solidarität in der Versorgung mit Naturalien, welche der Markthalle einen augenzwinkernd registrierten Geruch von Kleinkriminalität verleihen.

Demgegenüber wird die Stollwerck-Fabrik von Traditionellen wie Alternativen thematisiert, jedoch in völlig konträrer Weise. In ihrer zeitweiligen Funktion als alternatives Kulturzentrum, dessen Abriß als Verlust für die Südstadt kritisiert wird, war »Stollwerck« insbesondere für die Pioniere der alternativen Einwanderer *das* Symbol »ihrer« Südstadt gewesen. Deutlichster Beleg dafür sind die Spontaneität und Ausführlichkeit, mit der Alternative über das Kulturzentrum als zentralem Kapitel der Südstadtgeschichte berichten, wohingegen in den Erzählungen der Kölschen praktisch nur die Fabrik thematisiert wird und die alternative Nutzung – sofern überhaupt wahrgenommen – allenfalls als Fußnote der Geschichte »ihres« Viertels erscheint.⁵⁵

⁵⁴ M. Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin / Neuwied 1966 und ders. (s. A 17).

⁵⁵ Die enge Verbindung von sozialer Verflechtung und lebensweltlicher Orientierung macht es methodisch erforderlich, eine »oral history« durch »hard facts« über strukturelle Aspekte zu ergänzen, deren vorgängige Kenntnis oft erst das volle Verständnis der Erzählungen ermöglicht, die viele In-

Diese Beispiele verdeutlichen den einleitend erwähnten vielschichtigen Symbolgehalt des Begriffs »Südstadt«: Der allmählich entstandene großräumigere Stadtteil löste die kleinen Quartiere nicht einfach ab, sondern verbindet mehrere sich überlagernde, ethnisch oder kulturell definierte soziale Räume.

Innerhalb des Viertels bilden türkische und italienische Bewohner eigene soziale Netze oder »Quartiere«. Die starke Orientierung ersterer auf die eigene Gruppierung hat ihr Pendant in einem klaren Außenseiter-Status, der sich in der weitgehenden Unkenntnis der informellen Viertelsbezeichnungen spiegelt. Bei letzteren sind demgegenüber zum einen die internen Verflechtungen schwächer ausgeprägt und zum anderen die Beziehungen zu Deutschen intensiver. Sie haben an deutschen Viertelsbezeichnungen sowie an traditionellen Symbolisierungen teil und identifizieren sich außerdem mit italienischen Aspekten der Südstadt.

Die Deutschen leben jeweils in »ihrem« Viertel, in dem »die anderen« als Randgruppen wahrgenommen werden. Die kölschen Traditionellen identifizieren sich mit einem – geographisch variablen – sozialen Raum Severinsviertel (bzw. Vringesveedel), der traditionelle Arbeiter- und gemischte Straßen in Alt- und Neustadt umfaßt und benutzen darüber hinaus die Bezeichnung Südstadt zur großräumigeren geographischen Orientierung. Symbole wurzeln in Historischem, in alten Bauten und überlieferten Erinnerungen. Die deutschen und ausländischen Einwanderer sind ihnen in das vertraute Viertel eindringende Immigranten, wobei langansässige Italiener am ehesten als zugehörig akzeptiert werden.

Die Mitglieder der alternativen Szene schließlich leben in ihrer »Südstadt«, weitere Symbolisierungen finden sich heute nicht. Sozial ähnlich abgegrenzt wie die Türken, können sie als »etablierte Outsider« betrachtet werden, deren überlegener Status sich in ihrer lebensweltlichen Orientierung und der materiellen Prägung des Viertels durch sie zeigt. Ihnen bieten Eingeborene und – mit ihrer Infrastruktur – vor allem Ausländer eine attraktive Kulisse sowie gelegentliche Ausflugsziele für den präferierten alternativ-urbanen Lebensstil.

formationen nur implizit oder symbolisch enthalten. Vor allem aber erbringt die Analyse des nicht Wahrgenommenen oder nicht Thematisierten oft die klarsten Hinweise auf unterschiedliche kollektive Gedächtnisse und somit differente Gruppierungen.

Johann Paul

Wie überall im Reich war auch in...?

Ein Vergleich stadtgeschichtlicher Darstellungen über Stuttgart, Leverkusen und Düsseldorf in der NS-Zeit

»Die Stadt Stuttgart war nach 1933 eine »braune Stadt«, (...) fest eingefügt in den totalitären Führerstaat. Indes bewahrte sie sich auch unter dem Nationalsozialismus manche Besonderheit, manche Eigenheit. Die Männer, die den maßgeblichen politischen Einfluß ausübten, (...) unterschieden sich von den »NS-Potentaten« anderer deutscher Großstädte.« So schreibt Oberbürgermeister Manfred Rommel in seinem Geleitwort zur Studie von Roland Müller über Stuttgart in der NS-Zeit.¹

In dieser Aussage, von der sich allerdings noch erweisen muß, inwieweit sie zutrifft, wird das Spannungsfeld deutlich, in dem sich jede Stadtgeschichte zum Nationalsozialismus bewegt. Auf der einen Seite wird es begrenzt durch die übergeordneten Strukturen und allgemeinen Entwicklungen, auf der anderen durch die konkreten Verhältnisse vor Ort. Die Verknüpfung beider Pole ist mit Risiken verbunden. Wird das allgemeine Geschehen überbetont, verkümmert die Anschaulichkeit. Die Untersuchung wird langatmig und rasch uninteressant, weil sie längst Bekanntes nur wiederholt. Borden hingegen die lokalen Ereignisse über, können die Befunde banal werden, verdampfen womöglich die nationalsozialistischen Greueltaten und besteht besonders, wenn Honoratioren und Institutionen auf die eine oder andere Art mit dem Nationalsozialismus im lokalen Umfeld verwoben waren, die Gefahr der Abschwächung oder gar des Verzichts auf eine kritische Beurteilung.

Stadtgeschichten über die Zeit des Nationalsozialismus wenden sich, erst recht, wenn sie aus dem kommunalen Haushalt gefördert werden, an einen breiten Leserkreis. Deshalb müssen sie

lesbar sein. Dies setzt ein Mindestmaß an schriftstellerischem Rüstzeug voraus, unter dem keineswegs der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit leidet. Weitschweifigkeit und Abgehobenheit deuten auf ein Desinteresse am Leser hin und konterkarieren das Hauptanliegen solcher Arbeiten, ein größeres Publikum, insbesondere die vielbeschworene jüngere Generation, über das lokale Geschehen zu informieren.

Wenn es stimmt, daß die lokalen Verhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland nicht uniform waren, müßten Abweichungen, aber auch Übereinstimmungen durch einen Vergleich verschiedener Stadtgeschichten erkennbar werden. Diese Frage soll anhand der Darstellungen von Roland Müller über Stuttgart, Eva Wolff über Leverkusen² und Peter Hüttenberger über Düsseldorf³ untersucht werden.

Zwei der drei Objekte, Stuttgart und Düsseldorf, sind sich relativ ähnlich. Beide Städte sind alte Residenzstädte, die sich im 19. Jahrhundert zu modernen Großstädten mit großbürgerlichem Einschlag entwickelten. Beide wurden bedeutende Industriestandorte, ohne daß jedoch einzelne Unternehmen dominierten. Leverkusen, das dritte Beispiel, hebt sich von den beiden anderen deutlich ab. Ebenso wie in zahlreichen

² E. Wolff, Nationalsozialismus in Leverkusen, Leverkusen 1988. Die Untersuchung erstreckt sich auf das heutige Stadtgebiet und schließt früher selbständige ländlich-kleinstädtische Nachbargemeinden ein. Diese werden im vorliegenden Aufsatz nicht betrachtet; es interessiert allein die Entwicklung in (Alt-)Leverkusen, eine Chemiarbeiterstadt unter dem Bayerkreuz.

³ P. Hüttenberger, Die Industrie- und Verwaltungstadt (20. Jahrhundert), als Band 3 in: Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, im Auftrag der Landeshauptstadt Düsseldorf, hrsg. von H. Weidenhaupt, Düsseldorf 1989.

¹ R. Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.

Ruhrgebietsstädten jüngerer Typs (z.B. Herne und Bottrop) war hier die Stadtentwicklung bis in die NS-Zeit rudimentär und wurde wesentlich durch ein Großunternehmen, das Werk Leverkusen der I. G. Farben, beeinflusst.

Die Fallbeispiele sind so gewählt, daß sowohl strukturelle Unterschiede als auch solche Besonderheiten des Nationalsozialismus auf lokaler Ebene zu erkennen sein dürften, die auf dem Einfluß Einzelner oder von Gruppen beruhen. Untersucht wird dies an einem Fächer von Themenbereichen, die inzwischen zum Standardrepertoire stadthistorischer Arbeiten über den Nationalsozialismus gehören. Aus Platzgründen handelt es sich nur um eine Auswahl. Anschließend soll verglichen werden, wie urteilsfreudig die Verfasser und wie lesbar ihre Arbeiten sind. Dies leitet schließlich über zu der Frage der Abgrenzung von Gesamtdarstellung und Spezialstudie.

1. Themen

Entwicklung der NSDAP bis zur »Machtergreifung«

Beschrieben werden Anfänge, Aufstieg und Wählerschichten der NSDAP auf Stadtebene bis 1933. Diese Entwicklungsgeschichte ist eingebettet in die Schilderung der sich gleichzeitig vertiefenden wirtschaftlichen und politischen Krise am Ende der Weimarer Republik.

Hüttenberger gliedert die Anfänge der Düsseldorfer NSDAP in drei Abschnitte. Von 1920 bis 1926 prägten »sektiererische Figuren« (S. 353), die vor allem aus der Bahn geworfene jüngere Anhänger um sich scharten, das Erscheinungsbild der Partei. Sie predigten einen diffusen »Führer-Erlöser«-Glauben. Im ganzen machte die frühe Düsseldorfer NSDAP den Eindruck »eines antisemitischen Geselligkeitsvereins von großmäuligen, wenig ausgelasteten Jugendlichen« (S. 357). In den nächsten drei Jahren erschütterten ständig Intrigen und Rivalenkämpfe die örtliche NSDAP. 1929 begann schließlich die Phase ihrer »Bürokratisierung und organisatorischen Ausfächerung« (S. 361). Düsseldorf wurde Gauhauptstadt. Es entstand der Typ des fanatischen Parteifunktionärs, dessen lokale In-

karnation der aus undurchsichtigen Machtkämpfen siegreich hervorgegangene Gauleiter Friedrich Florian war. Hüttenberger gewährt diesen gläubigen »alten Kämpfern« keinen Irrtumsrabatt. Sie hätten ihn auch nicht verdient.

Die Anfänge der Leverkusener NSDAP sind eng mit dem späteren Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, verknüpft. »Frontkämpfer« Ley stieß nach dem Putschversuch von 1923 zu den Nationalsozialisten und gründete zusammen mit anderen Chemikern des I. G. Farbenwerks Leverkusen, das ist das heutige Bayer-Unternehmen, eine Ortsgruppe des Völkisch-Sozialen Blocks. Dies war eine Tarnorganisation der vorübergehend verbotenen NSDAP. Zunächst einer der Brennpunkte der NS-Bewegung im Kölner Raum, fiel die Leverkusener NSDAP 1927 in die Zweitklassigkeit zurück, als das Farbenwerk den Arbeitsvertrag mit Ley nach einer antisemitischen Tirade gegen das Aufsichtsratsmitglied Max Warburg auflöste und Ley ins Oberbergische Land verzog, wo er nun für Furore sorgte.⁴

Für die Stuttgarter Nationalsozialisten setzte Müller zufolge 1930 eine »erstaunliche Aufwärtsentwicklung« (S. 22) ein. Zuvor dümpelten sie in den relativ ruhigen Jahren der Weimarer Republik als unbedeutende Splittergruppe vor sich hin. In deutlicher Abgrenzung zum Rabaukentum der SA warb der Stehkragen-Nationalsozialist Dr. Karl Strölin, Amtmann beim städtischen Gaswerk, für eine angeblich grundlegende NS-Mittelstandspolitik.

Bei der Bewertung der Wahlergebnisse zwischen 1930 und 1933 weisen Müller und Wolff darauf hin, die örtlichen NSDAP-Resultate hätten zum Teil kräftig unter dem »Reichsdurchschnitt« gelegen. Der Gebrauch dieser magischen Meßlatte will nicht recht überzeugen. Das Entscheidende ist, wie Hüttenberger für Düsseldorf darlegt, daß die NSDAP schon 1930 aus dem Getto einer Splitterpartei ausbrechen und zu etablierten Parteien aufschließen konnte. In Stuttgart arbeitete sie sich an das Zentrum und

⁴ H.-W. Brandenburger, Ley-Land. Dr. Robert Ley und der Nationalsozialismus im Oberbergischen, Köln 1988.

die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in Leverkusen, wie in Düsseldorf, an die SPD heran. In der Chemiestadt waren die Nationalsozialisten deutlich vor der Deutschen Volkspartei (DVP) und DNVP stärkste Partei auf dem rechten Flügel. Laut Hüttenberger wählten bereits 1930 »offensichtlich (...) in besonderem Maß Geschäftsleute und Beamte vorwiegend evangelischer Konfession den Nationalsozialismus« (S. 429) aus »Republikverdrossenheit«, »Zukunftsangst« oder Furcht vor dem Kommunismus (S. 427). Müller kommt für Stuttgart zu einem ähnlichen Befund.

Wie stabil waren die Arbeiterparteien und – im Rheinland – das Zentrum? In Düsseldorf mußten KPD und SPD 1932 beträchtliche Verluste hinnehmen; auch der Zentrumssturm zeigte erste Risse. Die NSDAP ging dort aus der Juliwahl als stärkste Partei hervor, nach der Reichstagswahl im November 1932 wurde sie es in Stuttgart. In Leverkusen konnten KPD, Zentrum und SPD ihre Stellung halten oder ausbauen. Aber auch hier wurde die Arbeiterschaft anfällig für nationalsozialistische Parolen. Bei der Betriebsratswahl von 1931 erreichte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) im I. G. Farbenwerk Leverkusen beachtliche 13,2 Prozent der Stimmen. Leider verbannt die Verfasserin dieses interessante Ergebnis in die Fußnoten am Schluß der Arbeit und erwähnt statt dessen im Hauptteil nur den »reichsweit sehr geringe(n) (NSBO-) Stimmenanteil von 0,5%« (S. 187). Zweifelhafte erscheint daher, ob es den Nationalsozialisten in Leverkusen, wie behauptet, nicht gelang, in die katholische Arbeiterschaft einzudringen. Diese sei durch die »Arbeit der christlichen Gewerkschaften« und »vor allem durch die Sozialpolitik der I. G. Farben« (S. 57) immunisiert worden. Immerhin verloren die christlichen Gewerkschaften 1931 im Bayerwerk gegenüber den letzten Betriebsratswahlen etwa ein Drittel ihrer Stimmen.⁵ Gemessen an den Erfolgen der NSBO und der kommunistischen Revolutionären Gewerk-

schaftsopposition (RGO), letztere erzielte aus dem Stand 32,6 Prozent, muß die Unzufriedenheit in der Belegschaft des Bayerwerks erheblich gewesen sein.

Eroberung der Rathäuser und nationalsozialistische Stadtverwaltung

Zwar wiesen sich die Nationalsozialisten in keiner der drei Städte durch kommunalpolitische Kompetenz aus, doch tat dies ihrem Vormarsch keinen Abbruch. Die Politiker der Weimarer Republik hatten in den Augen vieler Zeitgenossen völlig abgewirtschaftet. Vor 1933 habe »man geredet, geschwätzt, aber es wurde nichts getan«, und »es wurde schlimmer und schlimmer«, meinte ein Leverkusener Einwohner rückblickend (E. Wolff, S. 71).

Hüttenberger zeigt, daß die sogenannte Machtergreifung kein Betriebsunfall war, sondern sich lange vorher durch einen »anhaltende(n) Verfall politischer Begriffe« (S. 422) ankündigte. Auch kirchliche Kreise vergötterten in erschreckender Weise die Führervorstellung. Für den Präses der rheinischen Provinzialsynode der evangelischen Kirche, Wolff, war schon 1927 »der Führer (...) ein Führer, der das Ahnungsvermögen hat, zu horchen, wohin die heiligen Ströme in der Welt des Geistes und der Geister rauschen wollen« (S. 423). »Der Jugendpräses«, die Zeitschrift der Düsseldorfer Zentrale des katholischen Jungmännerverbandes, blies im Mai 1932 »aus dem »Hauptquartier« (...) für das ganze Reich zum Sturm«, Dazu werde »jeder Präses (...) die »Waffenrüstung« Gottes anziehen, seine Seele mit geistiger Munition füllen«. Auf fatale Art spielte diese »unfriedliche, militaristische Formel« (S. 425) den Nationalsozialisten in die Hände und beleuchtet den kritischen inneren Zustand kirchlicher Organisationen am Ende der Weimarer Republik.

Beim Sturm auf die Rathäuser gingen die Nationalsozialisten unterschiedlich zu Werke. In Düsseldorf verhafteten sie am 12. April den konservativen Oberbürgermeister Robert Lehr und bezichtigten ihn, er habe am Erwerb städtischer RWE-Aktien auf verschlungenen Wegen mitverdient. Für eine Anklage waren die Beschuldigen-

⁵ H. A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, Anhang.

gen zu dünn. Der Gauleiter als treibende Kraft blamierte sich. Insgesamt verlief die Machtübernahme in Düsseldorf »weitgehend reibungslos« (S. 447). Größere Neubesetzungen gab es nur bei den leitenden städtischen Beamten. Doch nahm allgemein die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes zu. Im Sommer 1933 durchlief eine Denunziationswelle die Stadtverwaltung, von den Nationalsozialisten skrupellos geschürt und benutzt, um vor allem »persönliche Feinde« (S. 472) zu erledigen. Ihre Propaganda von der neuen städtischen Sparsamkeit durchkreuzten sie selbst, indem sie mehrere hundert »Alte Kämpfer« einstellten. Dies stand nicht nur im Widerspruch zu den seit 1930 betriebenen Spar- und Rationalisierungsanstrengungen, sondern brachte, weil die Günstlinge des neuen Regimes meist gar nicht richtig arbeiten konnten, viel Sand ins Getriebe einer Verwaltung, deren Führung, so Hüttenberger, außerstande war, »eine stabile Ordnung zu schaffen« (S. 516). Offenkundig wurde dies spätestens 1937, als ein schwerer Korruptionsfall die Stadtverwaltung erschütterte und mehrere Nazigrößen einschließlich des Oberbürgermeisters mit sich riß. Das anschließende Ränkespiel zwischen dem Düsseldorfer Gauleiter, seinem Erzrivalen, dem Essener Gauleiter, der gleichzeitig Oberpräsident der Rheinprovinz war, und dem Regierungspräsidenten bei der Besetzung des Oberbürgermeisterpostens macht deutlich, daß die Düsseldorfer Verwaltung Ende der dreißiger Jahre »verkommen (...), ja zerstört« war (S. 526). Machtzentrum in der Stadt war die korrupte »Gauclique« um Gauleiter Florian. Ihre Mitglieder entwickelten eine Form von »Bandenmentalität« und verfügten über gute Beziehungen zu vielen Institutionen (S. 498 f.).

In Stuttgart jagten die Nationalsozialisten den altgedienten Oberbürgermeister Karl Lautenschläger nicht aus dem Amt. Offenbar machte seine bevorstehende Pensionierung, die etwas vorverlegt wurde, einen Eklat überflüssig. Sein Nachfolger wurde im Mai 1933 der städtische Beamte Strölin. Er blieb bis zum Ende der NS-Zeit Verwaltungschef. Auch in Stuttgart regierte der Gauleiter in die Stadtverwaltung hinein. Bevorzugtes Gebiet war die Personalpolitik.

Die Haltung des Oberbürgermeisters bleibt undurchsichtig. Möglicherweise beruht dieser Eindruck auf Müllers Darstellung, die hier konzentrierter hätte sein können. Einerseits soll der Verwaltungschef der Auffassung gewesen sein, »die Personalpolitik liege (...) ausschließlich in der Hand des Stadtvorstands, und er werde alle Einflüsse ausschalten« (S. 207). Eine derartige Ankündigung hätte sich nur gegen die Partei richten können. Andererseits sagte er aber wörtlich, im Konflikt »über die Aufgabenverteilung zwischen Partei, Staat und Behörde« sei »die Partei in jeder Weise richtungsgebend« (R. Müller, S. 207 f.). Der Oberbürgermeister, ein Alt-Nationalsozialist, hat trotz gelegentlichen Unwillens am Primat der NSDAP in der Gemeindeverwaltung keinen Zweifel aufkommen lassen.

Der Leverkusener Bürgermeister gehörte zu den Wendehälsen. Er trat aus dem Zentrum aus und versuchte, als Instrument der Nationalsozialisten beruflich zu überleben. Doch schon im Mai 1933 wurde er beurlaubt. »Alte Kämpfer« in SA und NSDAP wurden, wenn sie nicht in der Stadtverwaltung untergebracht werden konnten, Bayer ohne durchschlagenden Erfolg angeworben. Ebenso wie in Stuttgart und Düsseldorf war die soziale Zusammensetzung des NS-Stadtrats in Leverkusen unausgewogen. Hier war die Schlagseite besonders kraß. Unter den Ratsherren war nur ein halber Arbeiter, der sich inzwischen als SA-Führer betätigte. Dagegen bevölkerten mehrere Bayer-Angestellte den Rat. Die Beziehungen zwischen der Stadt und dem Chemiewerk dürften, auch wenn die Verfasserin nicht viel darüber schreibt, nicht die schlechtesten gewesen sein. Zwar degenerierten die Gemeinderäte nach 1933 zum Akklamationsorgan und Transmissionsriemen nationalsozialistischer Politik, doch sollte der Einfluß der Ratsmitglieder »aufgrund ihrer Parteiämter, ihrer Beziehungen zur Gauleitung und zur Kreisleitung und ihrer Positionen in Wirtschaft und Kultur« nicht unterschätzt werden (P. Hüttenberger, S. 514).

Frau Wolff schreibt, der »neue Verwaltungsstil« habe sich nicht zuletzt durch eine »in strikter Abgrenzung zur Politik der Weimarer Republik exzessiv betriebene »äußerste Sparsamkeit«

bemerkbar gemacht. (S. 109) Haben die Weimarer Politiker, allen voran Brüning, das Geld zum Fenster hinausgeworfen? Dies behaupteten jedenfalls die Nationalsozialisten, als sie stereotyp über die »Schuldenwirtschaft des Weimarer Systems« geiferten. Das NS-Regime hat bekanntlich vor allem fürchterlich im Wohlfahrtssetat geholt. Der Leser fragt sich, wie sparsam eine Verwaltung war, in deren Dienststellen manche unbrauchbaren »Alten Kämpfer« ihre Zeit totschlugen. Außerdem flossen auch in Leverkusen städtische Gelder in diverse Parteikassen. Sonderbar wirkt auch die Behauptung, in der NS-Stadtverwaltung habe es eine »strikte (...) Trennung von Dienstlichem und Privatem« gegeben (S. 114). War Parteiarbeit Dienst? Und wer bezahlte die für Parteiveranstaltungen freigestellten städtischen Mitarbeiter? Etwa die Partei? Diese Parteiaktivitäten wurden für die Kommunalverwaltungen zu einer schweren Belastung, wie Hüttenberger für Düsseldorf anschaulich beschreibt: »Schließlich schickten Partei, SA, SS, NSV, DAF die Beamten und Angestellten ab 1934 unentwegt zu Führerkursen, Sportlehrgängen und Führerschulen. Sie nahmen dabei keine Rücksicht auf die Stadtverwaltung, die bald nicht mehr wußte, wieviel sie die zahlreichen Beurlaubungen kosten würde« (S. 476).

Wie durch und durch korrupt das NS-Regime war, verdeutlicht eine Anordnung des württembergischen Gauleiters und Reichsstatthalters Murr von 1936. Es sei nicht Aufgabe »eines nationalsozialistischen Beamten (...), daß er hundert Paragraphen auskramt, um Wünschen von Parteidienststellen zu begegnen, sondern (...), daß er nach einem gangbaren Weg durch das Gestrüpp von Paragraphen und Bedenken sucht, um Wünsche zu erfüllen«. Dies sei eine »selbstverständliche Anstandspflicht« der Behörden (R. Müller, S. 217).

Selbstdarstellung und Stadtentwicklung

Ähnlich wie München (»Hauptstadt der Bewegung«) und Nürnberg (»Stadt der Reichsparteitage«) buhlten auch Stuttgart und Düsseldorf mit Beinamen um die Gunst Hitlers und seiner Paladine in Berlin. Die württembergische Lan-

deshauptstadt nannte sich »Stadt der Auslandsdeutschen«, die niederrheinische Metropole firmierte mit dem Zusatz »Schlageterstadt«.

Ziemlich an den Haaren herbeigezogen, mußte in Stuttgart die Existenz eines 1917 gegründeten Deutschen Auslands-Instituts für die Wahl des »Ehrentitels« erhalten. Die Stadtverwaltung rührte zwar mächtig die Werbetrommel und inszenierte großzügige Veranstaltungen. Doch war das ganze wohl ein teurer Flop. Aus Berlin flossen keine zusätzlichen Finanzmittel ins Schwabenzentrum, das viel Geld zur Verbesserung seiner Infrastruktur brauchte. Die Stadt war nämlich ein vitales Industriegebiet, das nach Überwindung der Wirtschaftskrise immer mehr Arbeitskräfte anzog. Mit der wachsenden Wohnungsnot wurde Stuttgart jedoch nicht fertig.

Zwar plante die Stadtverwaltung, Stuttgart rigoros umzukrempeln. In der Altstadt sollten ganze Quartiere abgerissen und die nach Meinung des Oberbürgermeisters hier wohnenden »asozialen Elemente (...) dorthin gebracht werden, wo sie entweder erzogen oder, wenn das nicht mehr möglich ist, auf die Dauer verwahrt werden, also in Beschäftigungshäuser, Arbeitshäuser u. dgl. geschlossene Einrichtungen« (R. Müller, S. 256). Für die »rassisch wertvollen Volksgenossen«, unter ihnen viele SS- und SA-Mitglieder, waren »Kleineigenheimsiedlungen« am Stadtrand vorgesehen. Die meisten hochfliegenden Pläne verschwanden in den Schubladen. 1939 fehlten mehrere tausend Wohnungen. Hauptverantwortlich dafür war die rücksichtslose Aufrüstungspolitik des Regimes, die immer größere Ressourcen verschlang. Müller beschreibt anschaulich, mit welchen Mitteln die NS-Reichsregierung den Gemeinden die Luft abschnürte. Investitionen mußten zurückgestellt und kommunale Darlehen forciert getilgt werden, damit der Kapitalmarkt zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Remilitarisierung Deutschlands anbieten konnte.

Die Düsseldorfer Nationalsozialisten vernahmten Albert Leo Schlageter, einen Freikorpssmann, den die französische Besatzungsmacht 1923 nach einem Anschlag zum Tode verurteilt und hingerichtet hatte, als einen der ihren. Vor

dem schon 1931 an der Hinrichtungsstätte errichteten riesengroßen Kreuz veranstalteten sie zwei Jahre später eine bombastische Totenfeier, die mehr war als eine »verlogene Propagandaschau«. Es war der nicht vergebliche Versuch, »unter den Düsseldorfern Identität mit dem Nationalsozialismus zu stiften«. Dabei berührt es unangenehm, »daß beide Kirchen, die sonst so empfindlich gegenüber Ketzereien und Verunstaltungen des Glaubens reagierten, nicht vor Entsetzen und Abscheu protestierten und die Zusammenarbeit sogleich aufkündigten«. Düsseldorf sollte ein nationaler Wallfahrtsort für den »deutschen Johannes der Täufer« werden (P. Hüttenberger, S. 484 f.).

Düsseldorfs Stadtentwicklung läßt sich in zwei Phasen gliedern. Zwischen 1933 und 1937 standen die »Folgeprobleme der Wirtschaftskrise und der Ideologie der Volksgemeinschaft« im Vordergrund. Von 1938 bis 1942/43 lebte das Regime »triumphale Herrschaftsgefühle« aus (S. 527). Ging es zunächst um die Beseitigung von Slums und den Siedlungsbau, drohte die Stadt Ende der dreißiger Jahre ebenso wie Stuttgart und andere Gauhauptstädte durch gigantische Bauten und Anlagen, ihr historisches Gesicht zu verlieren. Auf dem Reißbrett kündigte sich auch schon die Verkehrsplanung der Nachkriegszeit an.

Gegen die jüngst von Rainer Zitelmann wieder entfachte Debatte über das Modernisierungspotential der NS-Diktatur⁶ läßt sich für die Stadtebene mit Hüttenberger entgegenhalten, daß 1933, abgesehen von der Entstehung einer neuen Politiker- und Funktionärskaste, »lediglich Entwicklungen, die schon vor 1914 in Düsseldorf längst in Gang gekommen, dann durch den Krieg und die Armut der Nachkriegszeit angehalten worden waren, wieder belebt und fortgeführt« wurden. »Düsseldorf war schon vor 1914 eine technisierte Stadt gewesen« (S. 563).

⁶ M. Prinz / R. Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991.

Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Lage

Der nationalsozialistische Staat sei ein »Arbeitsstaat und kein Wohlfahrtsstaat (...). Wer nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen«, verkündete Stuttgarts neuer Wohlfahrtsreferent, ein früherer Pfarrer, im Juni 1933 mit alttestamentarischer Strenge (R. Müller, S. 83). Ledige und verheiratete kinderlose Frauen unter den Arbeitslosen waren in Stuttgart die ersten, die zu Pflichtarbeiten herangezogen wurden. Wer nicht zu »positiver Arbeit« bereit war, sollte nach Meinung des Stuttgarter Oberbürgermeisters »zum mindesten für die Volksgemeinschaft unschädlich« gemacht werden (R. Müller, S. 86). Gleichzeitig setzten vor allem jüngere Menschen große Hoffnungen in die NS-Regierung. In Düsseldorf stieg 1933 die Zahl der Eheschließungen um ein Drittel. In Leverkusen wurden 1934 36 Prozent mehr Kinder als im Vorjahr geboren. 1936/37 herrschte nahezu überall Vollbeschäftigung. Doch hatten »zahlreiche junge Männer einen Arbeitsplatz lediglich auf den Autobahnbaustellen in primitiven, wandernden Barackenlagern« (P. Hüttenberger, S. 555). Und Frauen wurden oft aus dem Berufsleben beispielsweise durch die sogenannte Heiratsbeihilfe hinausgedrängt.

Einkommenssteigerungen beruhten hauptsächlich auf verlängerten Arbeitszeiten. Ein großer Teil der Beschäftigten lebte weiterhin »am Rande des Existenzminimums« (P. Hüttenberger, S. 555). Über die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Amüsement und Fortbildung anbot, und die Verheißung, auch sie gehörten zu den arischen Herrenmenschen, sind die Nationalsozialisten tief in die Arbeiterschaft vorgedrungen. Wer nicht spurte, mußte auch am Arbeitsplatz mit Repression rechnen. So baute die Gestapo beispielsweise im I.G. Farbenwerk Leverkusen »unter Mithilfe verschiedener Betriebsorgane ein perfektes Überwachungssystem« auf (E. Wolff, S. 201). Aber da gab es einen Werkschutz, und die Verfasserin stellt sich die »Frage, ob der Werkschutz generell alle ihm zur Kenntnis gebrachten Fälle meldete oder nur die, von denen NS-Dienststellen bereits erfahren hatten, und ein Versäumnis der Meldung eher einen

noch stärkeren Zugriff der Gestapo auf den Betrieb provoziert hätte«. Eine reichlich spitzfindige Frage, die, wen wundert's, »aufgrund der vorliegenden Quellsituation nicht beantwortet werden kann« (S. 202). Ist deshalb der Werkschutz aus dem Schneider?

Anpassung, Resistenz und Unterdrückung

Alle drei Untersuchungen bestätigen die Forschungsergebnisse zum Widerstand der Arbeiterparteien. Die KPD verheizte ihre Untergrundkämpfer, weil sie nicht begriff, daß es in der Arbeiterschaft keine Basis für einen Aufstand gegen das NS-Regime gab. Die SPD-Mitglieder zogen sich, soweit sie nicht abfielen, in die Privatheit zurück oder versuchten, in Freundeskreisen, Skatrunden u. ä. zu überwintern. An illegalen Aktivitäten beteiligten sie sich selten.

Freiwillige Unterwerfung und opportunistische Anpassung haben den Siegeszug der Nationalsozialisten 1933 wesentlich erleichtert. Beide Kirchen bemühten sich, ihren Standpunkt in Glaubensfragen und ihre Organisationsstrukturen zu verteidigen. Durchaus sympathisch nahm das Kirchenvolk hingegen den nationalsozialistischen Kampf gegen den atheistischen Marxismus und für die »nationale Sache« auf. Vor allem gegen die festgefügte katholische Kirche führten die Nationalsozialisten ihre Angriffe meist auf »Umwegen« (P. Hüttenberger, S. 613). Ihre Vorhut bildete die HJ.

Als nützliche ideologische Handlanger erwiesen sich viele Lehrer. Bei dem Versuch, ein ausgewogenes Bild von einem Schulleiter zu geben, stützt sich die Leverkusener Autorin auf problematische Quellen, ohne dies zu erörtern. Sie zitiert aus einer Festschrift von 1956, die diesen Schulmann in den hellsten Farben zeichnet: »Sein ausgleichendes, kollegiales Wesen in den verworrenen Zeiten (sei) bei denen, die mit ihm leben und erziehen durften, in dankbarer Erinnerung« (E. Wolff, S. 235). Dieser Satz sagt vermutlich mindestens genauso viel über den Geist der Nachkriegszeit wie über den Lehrer aus. Es waren dies bekanntlich, wie Hermann Lübke einmal sagte, die Jahre des »kommunikativen Beschwiegens«, in denen die Erinnerung an die

»verworrenen Zeiten« verkleistert wurde. Darauf geht die Verfasserin nicht ein.⁷ Nicht nur die Festschrift, sondern auch die Aussage eines Zeitzeugen wird dem Leser unkritisch präsentiert. Ein früherer Kollege, von dem der Leser nicht weiß, wie dieser sich in der NS-Zeit verhalten hat, sagte 1966 über seinen Direktor, daß er »die gesamte Arbeit der Schule gegen die Partei abgedeckt« habe. Das kann sein; es kann aber genauso gut auch anders gewesen sein. Immerhin wurde der Schulleiter 1936 Gaupressereferent. Dies teilt die Verfasserin nur in dem sehr schwer handhabbaren Anmerkungsapparat ihrer Arbeit mit. Im Hauptteil heißt es vage: »Gleichzeitig scheint Dr. (...) aber auch in hoher Gunst bei den Nationalsozialisten gestanden zu haben.« Er war doch selbst Nationalsozialist! Nicht recht in das milde Bild der Erinnerung scheint das von der Verfasserin angeführte 1940 herausgegebene Lesebuch des Lehrers »Saat in die Zeit« zu passen. Doch hier greift sie ein und »stellt (...) erstaunt fest«, daß darin neben Klassikern zwar völkisch-nationale, aber »eindeutig nationalsozialistische Autoren (...) kaum berücksichtigt« wurden (S. 235). Dies ist nun alles andere als erstaunlich. »Die nationalsozialistische Literatur aus dem Ensemble der regressiven Literatur der Weimarer Republik zu lösen, ist«, worauf der Germanist Uwe-K. Ketelsen hinwies, »eine sinnlose Aufgabe.« Die Nationalsozialisten »reklamierte(n) (...) nach 1933 fast die gesamte völkisch-nationalkonservative Literatur, während (sie) mit den eigentlichen Partei- und Gesinnungsautoren z. T. ins Gericht ging(en)«. ⁸ Wenn die Verfasserin den Eindruck zu erwecken versucht, bei diesen national-völkischen Literaturprodukten habe es sich um ideologisch weitgehend unbelastete Ware gehandelt, ist diese Auffassung entschieden zurückzuweisen.

⁷ Zur Problematik von Festschriften: O. Geudtner / H. Hengsbach / S. Westerkamp, »Ich bin katholisch getauft und Arier«. Aus der Geschichte eines Kölner Gymnasiums, Köln 1985, S. 207 f.

⁸ U.-K. Ketelsen, Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literatur in Deutschland 1890–1945, Stuttgart 1976, S. 64.

Judenverfolgung

Über die Ursache des im Frühjahr 1933 von den Nationalsozialisten verhängten Boykotts gegen jüdische Geschäfte lesen wir in der Leverkusener Arbeit folgendes: Vielerorts sei die SA im März eigenmächtig gegen jüdische Ladenbesitzer vorgegangen. Dies habe die »Reichsregierung mit dem Runderlaß des Reichsinnenministers« vom 14. d. M. zu unterbinden versucht. Die Parteiaktivisten hätten sich nicht um diese Anordnung geschert und weiter Juden drangsaliert, »was zu Protesten des Auslandes, Gegenkundgebungen und zunächst in den USA, dann auch in England, Frankreich, Belgien, Holland und Polen zu einzelnen Boykottmaßnahmen gegen deutsche Waren führte.« Soweit kann man der Darstellung folgen. Doch dann heißt es: »Derart provoziert, sah sich (...) Goebbels zur Offensive veranlaßt. Als Abwehrmaßnahme proklamierte er (...) einen reichsweiten Judenboykott« (S. 471). Wurde das NS-Regime »provoziert« und ordnete deshalb eine »Abwehrmaßnahme« an?⁹ Der Leser wird hellhörig und entdeckt weitere Merkwürdigkeiten. Beispielsweise, daß die »Veräußerung des (jüdischen) Besitzes (...) unter einem gewissen (!) Druck« erfolgte und daß die »Reichsregierung unter Maßgabe einer gewissen (!) finanziellen Entschädigung für die Minderung des deutschen Steueraufkommens in Form der »Reichsfluchtsteuer« (...) der Abwanderung der Juden aus Deutschland grundsätzlich positiv« gegenübergestanden habe (S. 484). Soll der Leser Verständnis für die Erhebung dieser pervertierten Steuer aufbringen? Anselm Faust spricht zu Recht von einer »prohibitiv wirkenden Ausplünderung der Ausreisenden«.¹⁰

Der Judenpogrom im November 1938 demonstrierte die Verkommenheit und Brutalität der NS-Funktionäre. In Düsseldorf waren die Ausschreitungen besonders grausam, weil hier ein

angeschlagener Gauleiter seine Härte beweisen wollte. Unter denen, die die Synagoge in Brand steckten, waren Landgerichtsräte und Ärzte. Die Stuttgarter Synagoge brannten Feuerwehrleute nieder. Hüttenberger deutet den Pogrom, der viele Einwohner schockiert und empört habe, nicht zuletzt, weil ihr »Ordnungssinn« und »Ruhebedürfnis« gestört worden seien, als einen »okkulten nächtlichen Reinigungsakt« auf dem Weg in den Krieg (S. 622). Im Zweiten Weltkrieg betrieb ein gnadenlos arbeitendes Räderwerk, in das auch die Stadtverwaltungen eingespannt waren, mit bürokratischer Gründlichkeit den Völkermord an den Juden. Für die Deportation in den Tod verlangte die Stuttgarter Gestapo von den Opfern 57,65 RM.

Krieg und militärischer Zusammenbruch

In den großen westdeutschen Städten begannen Blitzkriegseuphorie und rauschhafte Vergötterung Hitlers schon vor der Kriegswende bei Stalingrad wachsender Ernüchterung zu weichen. Der im Sommer 1942 mit ungeheurer Wucht losbrechende Feuersturm der alliierten Bomberflotten verwandelte rasch ganze Innenstadtviertel, beispielsweise in Köln und Düsseldorf, in rauchende Trümmerhaufen. Dagegen war das wie auf einem Präsentierteller liegende Leverkusener I. G. Farbenwerk bei Kriegsende nur zu einem Fünftel zerstört. Das Daimler-Benz-Werk in Untertürkheim wurde erst im September 1944 schwer getroffen. Offensichtlich stand die Vernichtung von Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen im Vordergrund. Diese Strategie hat zweifellos die Sympathien der Bevölkerung für die künftigen Besatzer nicht verstärkt.

Die Einstellung der Deutschen gegenüber Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen bringt Hüttenberger auf den Punkt, wenn er schreibt: Sicherlich hätte die Düsseldorfer Bevölkerung differenziert, aber sie hätte »die Ausländer grundsätzlich unter den Gesichtspunkten des Futterneids« betrachtet und »in der Regel für Bummelanten, Faulenzer und Drückeberger gehalten, wobei alte nationale Vorurteile eine Rolle spielten«. Und vor allem dünkten sie sich den Ausländern überlegen (S. 639).

Mit der Lage der ausländischen Arbeiter beschäftigt sich die Leverkusener Studie ausführlich. Auf S. 560 schreibt die Verfasserin im Anschluß an die Skizzierung der Verhältnisse in anderen Leverkusener Fabriken, wo nach ihrer Ansicht »mit ungeheurer Brutalität« gegen Fremdarbeiter vorgegangen worden sei: »Aber auch die Fälle von Selbstverstümmelung, -verletzung und -verätzung nahmen im Leverkusener Werk der I. G. Farben zu, vor allem unter den Ostarbeiter(innen)«, weil sie sich davon eine Rückkehr in die Heimat erhofft hätten. Solche Verzweiflungstaten hat es sicher gegeben. Der Leser wird indes nachdenklich, wenn er sich den Beleg für die angeblich selbstverschuldeten Verletzungen und Verätzungen ansieht: Bayer-Archiv, Betriebsleiterbesprechung, 20. 10. 1943. Hat die Verfasserin überzeugende Gründe, sich die Aussage des Unternehmens zu eigen zu machen? Würden ehemalige Fremdarbeiter sie auch teilen? Wie stand es um die Arbeitssicherheit im Werk? Was produzierte das Farbenwerk? Wo wurden die Fremdarbeiter eingesetzt? Waren ihre Tätigkeiten mit gesundheitlichen (Langzeit-)Risiken verbunden? So lange solche grundlegenden Fragen nicht beantwortet sind, ist die Geschichte der Fremdarbeiter im I. G. Farbenwerk Leverkusen als Teil des I. G. Farbenimperiums nicht geschrieben.

Das Gros der Amtsinhaber funktionierte trotz gelegentlich aufkeimender Zweifel bis zum Ende des NS-Regimes zuverlässig. Stuttgarts Oberbürgermeister Strölin wußte durch Goerdeler und Rommel, daß Hitler abgesetzt werden sollte, war aber selbst an den Planungen offenbar nicht beteiligt und verdammt später dienstbeflissen das Attentat »mit großem Pathos« (R. Müller, S. 517). Noch am 10. April 1945 rief er die städtischen Bediensteten zu Schanzarbeiten auf. Ganz am Schluß sei er indes »befehlswidrig« in der Stadt geblieben, und »der Einsatz von Bürgern, das Bemühen aus den Reihen der Stadtverwaltung und vor allem (!) die Einsicht der zuständigen Militärs, aber auch wohl glückliche Umstände ersparten der Stuttgarter Bevölkerung sinnlose Opfer« (S. 535). Ein ärgerlicher Satz. Hatte das Sterben bis dahin Sinn?

Mancherorts haben Bürgermeister, sofern sie

nicht zu den verbohrten Nazis gehörten, Zerstörungsbefehle nicht mehr ausgeführt, als die alliierten Truppen vor der Stadtgrenze standen. Allerdings ist es oft schwierig, Wirklichkeit und Legende auseinanderzuhalten. Daß sich diese belasteten Amtsträger später als mutige Beschützer der Bevölkerung darstellten, liegt auf der Hand. Ohne andere Zeitzeugenaussagen sind ihre Berichte in eigener Sache nicht kontrollierbar.¹¹

2. Stadtgeschichte gleich Stadtgeschichte?

Ja und nein. In den letzten Jahren hat sich ein Kanon von Fragestellungen herausgebildet, der sich in den meisten lokalgeschichtlichen Studien wiederfindet. Vielfach spannt sich der Untersuchungszeitraum von den Anfängen der NSDAP bis zum Einmarsch der alliierten Truppen. Günstiger wäre es indes, die Darstellung wenigstens bis zur Währungsreform fortzusetzen, um die fragwürdige Vorstellung von der »Stunde Null« bei Kriegsende nicht zu zementieren. Die Düsseldorfer Untersuchung, die im 19. Jahrhundert einsetzt und um 1950 endet, gehört hier zu den Ausnahmen.

Trotz methodischer Ähnlichkeiten fallen die verglichenen Studien recht unterschiedlich aus. Natürlich variiert das Quellenmaterial von Stadt zu Stadt. Vor allem setzt aber der jeweilige Bearbeiter unterschiedliche Schwerpunkte und bestimmt seine Erzählkunst Form und Inhalt der Untersuchung. Wenn der Hinweis, Lokalstudien über den Nationalsozialismus seien nicht nur für den Historiker, sondern auch für den interessierten Bürger geschrieben, mehr als eine verkaufsstimulierende Leerformel sein soll, kann der Leser ein Produkt erwarten, das sich durch Anschaulichkeit, Verständlichkeit und Urteilkraft auszeichnet.

In Leverkusen wurden zwar in einer wahren Kärnerarbeit Fakten gesammelt und Forschungsmeinung auf Forschungsmeinung ge-

⁹ Zu den Hintergründen des Boykotts vom 1. 4. 1933 siehe H. Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 108 ff.

¹⁰ A. Faust, Die »Kristallnacht« im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Düsseldorf 1987, S. 29.

¹¹ Zum Umgang mit Zeugenschrifttum über das Kriegsende: H. Troll, Aktionen zur Kriegsbeendigung im Frühjahr 1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, hrsg. v. M. Broszat u. a., München 1981, S. 645-689, hier S. 645 f.

türmt. Man liest und liest und kämpft doch oft gegen das Gefühl an, auf der Stelle zu treten. Vor einer Veröffentlichung als Buch hätte die Arbeit wesentlich gestrafft werden müssen. In Stuttgart ist dies geschehen. Forschungsgeschichtlicher Ballast wurde abgeworfen. Jedoch gerät die Darstellung verschiedentlich in die Nähe einer Chronik. In beiden Arbeiten wird meist sparsam und vorsichtig gedeutet und beurteilt. Anders Hüttenberger: Er erzählt anschaulich und spannend. Der Leser weiß, wo der Autor steht. Manche seiner Interpretationen mögen im juste milieu Verstimmung auslösen. Doch regen sie zur Auseinandersetzung an. Hüttenberger schreibt straff und zerredet nichts. Die beiden anderen Autoren locken hingegen den Leser bisweilen in ein Dickicht von Details, aus dem er nur schwer wieder herausfindet oder gewaltsam herausgezerrt wird. So mutet Müller seinem Leser den abrupten Übergang von der »kommunale(n) Energiewirtschaft während des Kriegs« zum Kapitel über »die Vernichtung »lebensunwerten Lebens« zu.

3. Gesamtdarstellung und Spezialstudie

Die lokale NS-Geschichtsschreibung droht zum Packesel der Nationalsozialismusforschung zu werden. Ein großer Teil der Themen, die in anderen Zusammenhängen erforscht wurden, wird im Nachhinein von der lokalen Nationalsozialismusforschung übernommen. Auch in den Gemeinden war der Nationalsozialismus unter dem Chiffre: die »verworrenen Zeiten« viele Jahre tabu. Pionierarbeit leisteten dann in den sechziger Jahren jüngere Historiker, die Widerstand und Verfolgung der Arbeiterparteien in Industriestädten erforschten. Dieser Forschungsansatz ist, wenn er sozialgeschichtlich erweitert wird, keineswegs obsolet. Dies beweist Klaus Tenfeldes Studie über eine Bergarbeitergemeinde in Oberbayern.¹² Ein anderes frühes Untersuchungsgebiet war die sogenannte Machtergreifung und ihre Vorgeschichte. Immer noch le-

senswert ist das Buch des amerikanischen Historikers William Sheridan Allen von 1966: »Das haben wir nicht gewollt!« Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 bis 1935.

Seit den siebziger Jahren wird die Forschungslage zum Nationalsozialismus für den Lokalhistoriker zunehmend unübersichtlich. Eine Flut neuer Themen stürzt auf ihn herein. Sie reichen von der Untersuchung des Verhaltens der Kirchen, der Judenverfolgung und sogenannten Euthanasie, des Fremdarbeiter- und Kriegsgefangeneneinsatzes, der Geschichte der NSDAP, SA und anderer NS-Organisationen, über Schule, Erziehung und Jugendprotest bis zur Beschreibung des (Kriegs-)Alltags und der Rolle der Frau im Nationalsozialismus. Kurz gesagt, die Untersuchungsfelder sind inzwischen Legion geworden.

Der Autor einer lokalgeschichtlichen Darstellung über die NS-Zeit wird unweigerlich Schwerpunkte setzen müssen, will er es nicht bei einer unbefriedigenden Kompilation bewenden lassen. Er muß dies auch gegenüber seinem Auftraggeber, der ihn meist nur eine begrenzte Zeit bezahlt, vertreten; denn schließlich steht er nachher für die Qualität seines Produkts gerade. Neben den klassischen Themen Machtübernahme, Anpassung, Resistenz, und Verfolgung erscheinen mir auf kommunaler Ebene Fragen der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik und -verwaltung in der NS-Zeit lohnend. Indes sollten keine Bereiche bearbeitet werden, für die innerhalb einer Gemeinde nur unzulängliche oder einseitige Quellen zur Verfügung stehen.

Wenn sie sich auf das Mögliche beschränkt, wird eine lokalgeschichtliche Gesamtdarstellung ein wichtiger Baustein zur Rekonstruktion der NS-Zeit in einer Gemeinde sein. Sie wird dann »eine gesicherte Basis für weitergehende Spezialuntersuchungen« schaffen. Diese zuverlässliche Erwartung, die Oberbürgermeister Manfred Rommel im Geleitwort zu Roland Müllers Stuttgarter Studie (S. VII) äußert, kann man nur teilen und sie als Bitte an die Gemeinden weitergeben, auch solche weiterführenden Studien, möglicherweise zusammen mit anderen Trägern, zu fördern.

Die Autoren

HEIDE BERNDT, geb. 1938. Bei A. Mitscherlich Assistentin für Stadtsoziologie von 1966 bis 1974 am Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt. Wichtigste Veröffentlichungen: Der Verlust von Urbanität im Städtebau (1967), Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern (1968). 1977 Promotion über die »Natur der Stadt«. Seit 1979 Professorin an der FH Berlin für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

DETLEF IPSEN, geb. 1945. Studium der Soziologie, Volkskunde und Psychologie in München, Wien, Mannheim und Ann Arbor (USA). Univ. Assistent in Mannheim, Professur für Stadt- und Regionalsoziologie in Kassel. Veröffentlichungen zur Organisationssoziologie, Wohnungswesen, Stadt und Regionalentwicklung.

MECHTHILDE KISSLER, geb. 1947, und JOSEF ECKERT, geb. 1958, studierten Sozialwissenschaften an der Universität Wuppertal (Dipl.-Soz.Wiss.) und führten ein historisch-sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt zum Thema »Stadtkultur im Wandel« durch. Arbeitsschwerpunkte: Stadt und Migrationssoziologie, Ethnizi-

tät und multikulturelle Gesellschaft: Veröffentlichung: »Multikulturelle Gesellschaft und Urbanität«.

JOHANN PAUL, geb. 1950. Studium der Geschichte und Germanistik in Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stadt Bergisch Gladbach und der Universität Köln. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, des Nationalsozialismus und der Ökologie. Wichtigste Veröffentlichungen: Vom Volksrat zum Volkssturm. Bergisch Gladbach und Bensberg (1988), Die Siegerschmutzung im 19. und 20. Jahrhundert.

RUDOLF WURZER, geb. 1920. Em. o. Univ. Professor für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung an der TU Wien. Studium der Architektur, DDR. hc., Dr. techn. Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes zur Erforschung von Methoden und Auswirkungen der Raumplanung an der TU Wien. Forschungsschwerpunkte: Auswirkung der Raumplanung auf die Umwelt, Geschichte des Städtebaus und der Raumplanung. Zahlreiche Veröffentlichungen. Herausgeber der Schriftenreihe »Stadt und Region«.

¹² K. Tenfelde, Proletarische Provinz: Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, in: ebda., S. 1–382.

Besprechungen

KARL BOSL, *Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg: Friedrich Pustet 1988, 47 Abb., 405 S., DM 72,-.*

Der Sammelband mit Beiträgen zur Geschichte der bayerischen Stadt in Mittelalter und Neuzeit, zum 80. Geburtstag Karl Bosls erschienen, vereinigt 26 Texte, die zum größeren Teil bereits an anderer Stelle im Druck herausgebracht worden sind. 8 Arbeiten werden erstmals vorgelegt. Der Wiederabdruck der Texte, von denen einige an schwer greifbarer Stelle veröffentlicht wurden, erfolgt hier ohne den wissenschaftlichen Anmerkungsapparat des Erstdrucks. Auch die bisher nicht publizierten Texte entbehren der Anmerkungen. Dagegen bietet der Band im Anhang, der Gliederung der Beiträge folgend, die Literatur der Einzelstudien als umfangreiche Auswahlbibliographie; die am Einzelnachweis Interessierten – also in erster Linie die wissenschaftlich forschenden Stadthistoriker – werden auf die Erstdruckorte verwiesen. Damit ist aber zumindest für diesen Personenkreis der Vorteil bequemer Zugänglichkeit, den der Sammelband hätte bieten können, weitgehend zunichte gemacht; das beigegebene Orts- und insbesondere das Sachregister mögen dafür entschädigen (ein Personenregister fehlt allerdings).

Karl Bosl hat die Zahl seiner Beiträge zu strukturieren gesucht und sie nach Stadttypen bezeichnete Gruppen zusammengefaßt: in Mutterstädte, damit ist die Stadt »römischen Ursprungs« gemeint, in Burgenstädte, Gründungsstädte, unter ihnen Reichs- und Residenzstädte, in Universitäts-, Main- und Donaustädte – wohl eher eine Verlegenheitslösung. Doch sind ihm typologische Feststellungen zu Recht wichtig, die deshalb in den Einzelbeiträgen, und nicht nur

als äußerliches Ordnungsprinzip, einen bedeutsamen Platz einnehmen. Gleichwohl beeindruckt der Band doch vor allem durch die Detailfülle an stadthistorischen Informationen über den jeweils behandelten Ort. Karl Bosl hat selbst betont in seinem Vorwort, daß sich zwar »idealtypisch ... die Städte in Bayern in die Entwicklungsgeschichte der Stadt in Deutschland und Europa harmonisch ... einreihen«, daß aber »Stadt und Bürgertum in bayerischen Landen« notwendigerweise vor allem »realtypisch und individualisierend ... zu sehen und zu werten sind«, wenn sie in ihrer historischen Dimension zureichend verstanden werden sollen. Die bayerische Stadt als »wirtschaftlich-gesellschaftlich-herrschaftlicher, geistig-mentaler und kultureller Kosmos«, und zwar immer die »individuelle Einzelstadt, gleich ob Groß-, Mittel- oder Kleinsiedlung«, wird so in den Beiträgen Karl Bosls zum Gegenstand eindringender Analysen. Damit aber eröffnet sich die Möglichkeit zu vergleichender Forschung, die Möglichkeit, die für die bayerische Stadt festgehaltenen »Tatsachen und Zusammenhänge« gegen lokale, regionale oder territoriale Gegebenheiten andersorts zu stellen, zu analogen oder abweichenden Feststellungen zu finden. Nicht zuletzt also durch das Vergleichsmaterial, das geboten wird, beeindruckt dieser drei Jahrzehnte Stadtgeschichtsforschung zusammenführende Band.

Freiburg i. Br.

Hans Schadek

SIEGFRIED GERLACH, *Die deutsche Stadt des Absolutismus im Spiegel barocker Veduten und zeitgenössischer Pläne (Erdkundliches Wissen 101), Stuttgart: Franz Steiner 1990, 32 S., 32 Abb., DM 38,-.*

Das vorliegende Bändchen ist die Veröffentlichung der »erweiterten Fassung eines Vortrags« – in welchem Zusammenhang, ist leider nicht zu eruieren. Die Residenzstädte absolutistischer Potentaten vorrangig des »deutschen Südwestens« sind »hier hauptsächlich ins Auge« gefaßt worden (16). »Sie sollen in ihren allgemeinen städtebaulichen Merkmalen vorgestellt und diese zugleich daraufhin befragt werden, aus welchen Motiven sie erwachsen, in welchen vorangegangenen Entwicklungen ihre Ursprünge zu finden sind« (10). Die Ausführungen sollten dabei mittels »zeitgenössischer Veduten« und »Pläne« veranschaulicht werden. Das »Wesen« dieser neuen Städte sieht Gerlach »weniger von Handel und Produktion geprägt, als vielmehr von der Wirkkraft ihrer zentralen Funktionen«, z. B. als Regierungssitz, als Ort des Hofstaates und der Verwaltung. »Ihr äußeres Bild« sei gekennzeichnet von »Weite, Klarheit, ja Einförmigkeit« und »ihre räumliche Ordnung« folge dem »Wertesystem ... der Macht und der dieser innewohnenden Neigung zur Repräsentation« (15f). Als »wesentliche Ursache für die Entstehung der neuzeitlichen Residenzstadt« werden das »Prestigebedürfnis des Souveräns« und sein Bestreben nach Zentralisierung der Macht genannt; Vorbild sei die Residenz Ludwigs XIV. Versailles gewesen. Da das »öffentliche Bewußtsein« den »Pomp« fürstlicher Selbstdarstellung und die »barocke Verschwendungssucht« als »Beweis erfolgreich-glückhafter Regierung« empfunden habe, habe sich daraus ein »historischer Zwang« zur pompösen Selbstdarstellung ergeben (17ff). Im folgenden beschreibt der Verfasser die »idealtypische Ausformung der neuen Stadt« durch das moderne Befestigungssystem und dessen historischen »Ursprünge« (21ff), die »unterschiedlichen Systeme« der »Regularität« der städtischen Grundrisse und deren Herkunft

(31ff) sowie die »Einheitlichkeit des städtischen Aufrisses« in Umsetzung rigoroser Bauordnungen und vorgeschriebener Entwürfe von Modellhäusern (53ff). Für die »reinen Reißbrettprodukte der Epoche« läßt der Autor das Verdikt der traditionellen Kunstwissenschaft gelten: »Künstlich-Gekünsteltes«, »Artifizielles«, »Sterilität« oder »freundliche Langeweile« (Dehio). Die »Musterplanungen (hätten) den Genius loci keineswegs zwangsläufig um seine Entfaltung gebracht«; »viele barocke Residenzstädte ... (böten) sich ... als ausgeprägte Stadt-Persönlichkeiten dar« (72). Als Gegenbeispiel zum »oft ermüdend« wirkenden »Schematismus« der neuen Städte wird dann Dresden vorgestellt: ein »residenzstädtischer Aus- und Umbau ohne Schematismus« (59ff). Alle hätten jedoch »– jede auf ihre besondere Weise – ... nicht unwesentlich zur Bereicherung der mitteleuropäischen Kulturlandschaft« beigetragen (73).

Für den Kenner bietet die Veröffentlichung keine neuen Erkenntnisse oder überraschende Sichtperspektiven; sie ist eine deskriptive, eher populärwissenschaftlich anmutende, mit einigen Wertungen gewürzte Kurzfassung des in der traditionellen Städtebaugeschichte offenbar Akzeptierten. Dies beginnt schon damit, daß die Stadt, »ihr äußeres Bild« und »ihre räumliche Ordnung«, in einem nur sehr eingegrenzten Sinne als Ausdruck des »Prestigebedürfnisses« und des »Machtstrebens« gesehen wird. Daß sie zugleich Medium allgemeiner und besonderer Lebenspraxen, hieraus resultierender Ansprüche und Anforderungen sowie auch äußere Bedingungen dieser Lebenspraxen ist, fällt hierbei völlig aus dem Blickfeld. Wären diese Blindfelder erschlossen worden, so wäre sicherlich deutlich geworden, daß die vom Verfasser genannten »Ursachen« und »Herkünfte« der neuzeitlichen Residenzstädte wohl kaum zur Erklärung ihres äußeren und ihrer räumlichen Ordnung genügen. Gerade in der Epoche der ungleichzeitigen und ungleichmäßigen Herausbildung von Territorialstaaten sowie eines hierarchischen Systems miteinander politisch, ökonomisch, militärisch und kulturell konkurrierender Staaten in Europa sind sowohl die Gründung von neuen Residenzstädten als auch der Umbau vorhandener

Residenzstädte nicht nur im Zusammenhang mit den innenpolitischen Bestrebungen und subjektiven Bedürfnissen der Souveräne zu interpretieren, sondern auch vor dem Hintergrund ihrer außenpolitischen Ansprüche und ihrer Position in der zwischenstaatlichen Hierarchie und Konkurrenz; vor allem hier liegen die entscheidenden Erklärungsmomente für die Ungleichzeitigkeit und Unterschiedlichkeit im Städtebau der beschriebenen Residenzen. Daß dem Städtebau im Absolutismus darüber hinaus ganz praktische Anforderungen, z. B. ökonomische, sozialdisziplinäre, bodenökonomische und bautechnische, zugrunde lagen, dürfte heute eigentlich hinlänglich bekannt sein.

Berlin

Erich Konter

HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, *Deutschordensresidenz Ellingen. Visionen, Pläne und Bauten einer barocken Schloßlandschaft (Schriftenreihe Stadterneuerung der Stadt Ellingen 3), Ellingen/Weißenburg 1990, zahlr. Karten und Abb., 120 S., DM 29,80.*

Die »Aussteller« sahen ihre Bemühungen im Zusammenhang mit der zentralen Ausstellung »800 Jahre Deutscher Orden« in Nürnberg, die sie anhand der historischen Zeugnisse des Ordens in ihrer Stadt vertiefend zu ergänzen suchten – ein guter Anlaß für die kommunale Imagepflege. Das vorliegende Begleitbuch entstand auf der Grundlage von »Studien zur Bau- und Stadtgeschichte der Stadt Ellingen, die im Zuge der Altstadterneuerung seit 1979« von den Autoren durchgeführt worden waren (7f.). In der Ausstellung und vor allem im Buch sollten nicht nur die Pläne, Entwürfe und Karten der »barocken Schloßlandschaft« in Ellingen präsentiert werden; Interpretation, »Entschlüsselung« der realisierten wie nicht realisierten Pläne und Entwürfe stehe notwendigerweise an, da die präsentierten »Bilder ... nur partiell für sich selbst sprechen« würden. Mehr noch: Die Verfasser sahen sich sogar in der Lage, »einige bisherige Einschätzungen« in Frage zu stellen, »einige neue

Thesen zu wagen und manches bisher zu Unrecht Vernachlässigtes aus dem Dunkel der Aufmerksamkeit zu holen« (8). Dem gewählten Interpretationsrahmen mußte auch die Periodisierung der Entwicklung der »Schloßlandschaft« entsprechen – nicht eine nach Baustilen oder Baumeistern, sondern eine »nach den Amtszeiten« der Bauherren, »der in Ellingen residierenden Landkomture des Deutschen Ordens« (8). Die vorangestellte Erörterung des »Rätsels des Schloßmodells« (das übrigens nicht gelöst wird) wirkt wie eine Hinführung zur Thematik (19ff.). Ihr folgt in fünf Kapiteln die chronologische Nachzeichnung der Umgestaltung der alten »Schloßlandschaft«, Schloßkomplex und Stadt, zur barocken Residenz der Ellinger Landkomture, die sich gegenüber der übergeordneten Ordensinstanz verselbständigen und in Konkurrenz mit den anderen Landesherren in der Region als eigenständige Landesherren etablieren und behaupten wollen (25 ff.). In einer Art Zusammenfassung wird dann der »Entwicklungsprozeß der Ellinger Schloßlandschaft ... bis in die 50er Jahre des 18. Jahrhunderts durch die Abfolge von Ansichten der Residenz und Stadt Ellingen in den Wappenkalendern der Deutschordensballei Franken verdeutlicht« (81 ff.). Der »Neuinterpretation der Rolle der Bauherren und Baumeister sowie der städtebaulichen Zielsetzungen der Landkomture« (16) sollte die Vorstellung der »bisher in der Diskussion zu Unrecht völlig vernachlässigten« nicht realisierten Pläne und Visionen dienen (89 ff.). Ein kurzer Blick in die Entwicklung der Ellinger »Schloßlandschaft nach Aufhebung der Residenz« (bis in die jüngste Zeit) bildet den Schluß des anregenden Buches (114 ff.).

Die Publikation ist für mich ein herausragendes Beispiel dafür, was im Rahmen einer engagierten, sich auf den historischen Gegenstand einlassenden »Voruntersuchung« an Erkenntnisgewinn möglich ist. Dies zunächst vorangestellt und berücksichtigt, daß an ein sich an ein breites Publikum wendendes Begleitbuch einer Ausstellung keine überzogenen wissenschaftlichen Anforderungen gestellt werden sollten, wird der Gesamteindruck jedoch etwas getrübt. Dies liegt nicht so sehr an einigen Einschätzungen

und Interpretationen der Autoren, die ich nicht teile. Wesentlich scheint mir, daß die Analysen und Interpretationen zu allgemein bleiben, die Darlegungen der baulich-räumlichen Entwicklung des Schloßkomplexes und der Stadt auf der beschreibenden Ebene verharren. Es fehlt die Analyse der räumlichen Ordnung und architektonischen Gestalt der Ellinger »Schloßlandschaft« vor dem Hintergrund der sich wandelnden sozialökonomischen Situation innerhalb der Grundherrschaft, der Deutschordens- »Ballei Franken«, des jeweiligen Verhältnisses der »Ballei« zur übergeordneten Ordensebene und zur Landesherrschaft, der sich ändernden Funktion und Bedeutung des Deutschen Ordens und seiner Untergliederungen sowohl im Zusammenhang mit dem sich umwälzenden territorialstaatlichen Gefüge in Europa als auch im Prozeß der Gegenreformation. Auf dieser Grundlage wären die realisierte und die projektierte Ordnung und Gestalt der »Schloßlandschaft«, die sich vom kulturell hegemonialen französischen Barockklassizismus, vom »französischen Garten« und von deren regionalen »Anverwandlungen« im deutschen Raum erheblich unterscheiden und im Vergleich zu neueren Entwicklungen zumindest in der Gartengestaltung seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eher etwas »zurückgeblieben« erscheinen, neu zu überdenken. Dies wäre meines Erachtens eine lohnende Ergänzung, die zur Vertiefung der Erkenntnis jener Epoche beitragen könnte, in der wesentliche staatliche, aber auch ökonomische, soziale und kulturelle Grundbedingungen und Voraussetzungen für die Gegenwart geschaffen wurden.

Berlin

Erich Konter

ANDREAS ROMERO, *Baugeschichte als Auftrag. Karl Gruber: Architekt, Lehrer, Zeichner. Eine Biographie, Braunschweig: Vieweg 1990, zahlr. Abb., DM 118,-.*

In der vorliegenden Überarbeitung einer umfangreichen Dissertation beschreibt Andreas Romero in analytischer Durchdringung das Leben

und das architektonische Wirken des trotz seiner bekannteren Schüler fast in Vergessenheit geratenen Städtebaulehrers Karl Gruber (1885–1966). Wenn man heute den Namen Karl Gruber hört, so hat man nur noch »das Buch« in Erinnerung, das schon im Jahre 1937 erschienene Grundlagenwerk über »Die Gestalt der deutschen Stadt«; oder besser, vor Augen haben wir die ausklappbaren Seiten mit dem Bild der Stadt von 1250, 1350 und 1750 als Extrakt seines Buches und letztlich auch seines Lebens.

Irgendwie faszinierend ist seine gradlinige Entwicklung über die knapp 50 Jahre zwischen dem eigenen Studienabschluß an der TH Karlsruhe im Jahre 1909 und der Emeritierung als Darmstädter Städtebaulehrer im Jahre 1958, in denen Gruber sich inhaltlich ohne allzu direkte Beeinträchtigung durch die zeitspezifischen Strömungen weitgehend treu bleiben kann. Für ihn bleibt konstant der Städtebau als eine weitgehend auf das Mittelalter bezogene Stadtbaukunst, und als zentrales Medium der Darstellung seiner planerischen Vorstellungen benutzt er über die Jahrzehnte hinweg fast ausschließlich das bis zur Perfektion gereifte Schaubildzeichnen. Auf der anderen Seite wirkt diese kaum Entwicklungen zeigende Gleichmäßigkeit aber doch auch ernüchternd; zwischen der Dissertation von 1914 und der letzten Auflage seines Standardwerkes besteht verkürzt betrachtet kaum ein erwähnenswerter Unterschied, und alle praktischen Arbeiten aus den frühen zwanziger Jahren oder der Wiederaufbauzeit nach 1945 reihen sich strukturell in diesen verhältnismäßig engen Spielraum ein. Der besondere Verdienst der Untersuchung liegt jetzt natürlich darin, daß hier der dennoch vorhandene Einfluß der einzelnen Epochen und die zum Teil nur in der Wortwahl erkennbare Entwicklung seiner veränderten Argumentationslinie herausgearbeitet wird.

In den 50 Jahren seines Berufslebens durchläuft Gruber eine wirklich beachtliche Karriere: Referendarexamen, Promotion, Abteilungsleiter, Stadtbaurat von Freiburg, Professor in Danzig und ab 1933 dann Inhaber des Lehrstuhls für Entwerfen und Städtebau an der TH Darmstadt. Erst die weiteren Punkte wie Gründungs-

mitglied des konservativen »Blocks« (1928) und des »Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure – Ortsgruppe Danzig« (1932) verdunkeln diesen allzu gradlinigen Verlauf; die besten deutschen Städtebauer seiner Lebensphase haben bekanntlich keine bruchlose Karriere vorzuweisen. Hier muß man es als deutliches Verdienst des Autors ansehen, daß er die Entschuldigungsstrategien der Nachkriegszeit beiseite wischt und Grubers ideelle Nähe zum Nationalsozialismus mit entsprechender Distanz doch recht deutlich aufzeigt.

Von besonderer Bedeutung ist die ausführliche Darstellung des Gruberschen Wirkens im Rahmen der Wiederaufbauplanungen für Darmstadt und Gießen. Der immerhin schon sechzigjährige, in Darmstadt ortsansässige Hochschullehrer versucht sich als einer der ersten nach den Zerstörungen durch den Faschismus mit seinen Vorstellungen von Planung als Stadtgestalt in die Diskussion einzumischen und es gelingt ihm auch, einige Ansätze in die spätere Planung mit einzubringen, nicht aber, seine sehr konkret dargestellten Vorstellungen durchzusetzen. Hierbei ist die Berichterstattung über den prozessualen Charakter der Planung und das personelle Gefüge der in der frühen Nachkriegszeit Agierenden nach wie vor spannend zu lesen; der Autor arbeitet die politische Rolle der wichtigsten Akteure und die fachspezifischen Unterschiede deutlich heraus und zeigt, daß es keine grundsätzlichen politischen Erwägungen sind, die Gruber in den Hintergrund der Entwicklung drängen. Generell muß man demnach trotz der Übernahme einiger seiner planerischen Ideen konstatieren, daß der auf dem Idealbild der in sich ruhenden Ordnung verhaftete Professor der Hochschule sich mit seinen traditionsgebundenen Konzepten nicht gegen die Macher der Wiederaufbauzeit durchsetzen kann.

Abschließend ist auf der positiven Seite dem relativ teuren Buch zuzugestehen, daß hierin Grubers bisher weitgehend unbekanntes Lebenswerk als Architekt, Lehrer und »Kultfigur« der ersten Generation von Architekturstudenten der Nachkriegszeit umfassend entfaltet wird. Die aus vielen auch heute noch aktuellen Vorlesungen bekannten Zeichnungen von der Gestalt der

deutschen Stadt erhalten damit einen persönlichen Hintergrund und sind damit eher verstehbar. Andererseits steht das zeichnerische Werk Karl Grubers aber auch selbsterklärend für sich und man darf doch kritisch anmerken, daß es nicht unbedingt einer so breiten Analyse seiner doch wohl nicht ganz so bedeutenden Person bedurft hätte.

Hamburg

Ronald Kunze

KLAUS NOVY / FELIX ZWOCH (Hrsg.), *Nachdenken über Städtebau. Neun Aufsätze. Braunschweig: Vieweg 1991, 139 S., DM 32,-.*

Die Autoren gehören fast alle zu den Herausgebern der Zeitschrift STADTBAUWELT. Klaus Novy war sehr engagiert auf dem Gebiet gesellschaftlichen Wohnens und hatte auch eine Professur an der Technischen Universität Berlin. Er starb im August dieses Jahres.

Die Autoren kennzeichnen sich als »Nachkriegsgeneration« (S. 9). Einig sind sie sich in einer kritischen Haltung gegenüber der Architektur der Moderne, deren Uniformität, Monotonie, Kälte, Totalitätsobsession und Willkür sie ablehnen. Damit setzen sie sich von der »Kriegsgeneration« ab, die nach dem Nationalsozialismus den Wiederaufbau bestimmte, mit dem die Prinzipien der Moderne durchgesetzt wurden. So wenig wie die Kriegsgeneration scheint aber auch die Nachkriegsgeneration fähig, die geschichtlichen Zusammenhänge zu begreifen, die zur Formentwicklung der Moderne führten. Ein Autor äußert ein geradezu naives Erstaunen darüber, daß diese architektonischen Scheußlichkeiten sich so rasch durchsetzen konnten (Confurius, S. 86). Sie gleichen der »Kriegsgeneration« ferner darin, daß sie unfähig sind, dialektisch zu denken und Paradoxien aufzulösen. Ihre Verhaftung an die Logik des Ausschlusses und starre »Entweder-Oder«-Schemata verleitet sie mitunter zu unsinnigen Gegenüberstellungen – Ästhetik versus »Organisation« bzw. »Ordnung« – oder zu völlig absurden Formulierungen: »Die neue Städtebaukultur wird zu einem erheblichen

Teil eine »unsichtbare Kultur« sein (Selle, S. 128, Schlußwort), denn die »Normalität« menschlicher Lebensverhältnisse lasse sich »schlecht vorzeigen« (S. 127).

Nun sind Städte aber die Materialisierung der unsichtbaren gesellschaftlichen und psychischen Kräfte, die das Zusammenleben der Menschen bestimmen. Über die Qualität einer Architektur urteilen zu wollen, die man nicht sehen kann, ist ungefähr so sinnvoll wie sich über Musik zu verständigen, die man nicht hört. Mit der Denkfähigkeit der Autoren hapert es gelegentlich. Der Autor meint wahrscheinlich, daß Normalität im Städtebau sich einmal mit Unaufdringlichkeit gleichsetzen läßt, wobei zu wünschen ist, daß diese Unaufdringlichkeit zugleich eine neue Ästhetik mit sich bringt, die sich wohltuend von der Großklotzigkeit der Moderne abhebt und eine versöhnende Synthese mit den Strukturen der vormodernen Architektur eingeht.

Nachdenken über Städtebau tut Not, weil der sich ständig beschleunigende gesellschaftliche Wandel nicht nur die natürliche Umwelt mehr und mehr zerstört, sondern auch an die Substanz des Städtischen geht. Die Autoren stehen aber ohne Nachdenken auf Seiten der Stadt. Sie sorgen sich um ihre Erhaltung. Das ist sympathisch. Da der Zerfall der sozialistischen Herrschaftssysteme zur Erschließung neuer riesiger Märkte führen und neue Wanderungsbewegungen und Verstädterungsschübe in Gang setzen wird, ist Nachdenken über die Zukunft des Städtebaus dringend geboten.

Am besten ist das Buch dort, wo diese Probleme in einfachen Worten benannt und Maßnahmen vorgeschlagen werden, wie dem abzuhelpen sei. Bedauerlich ist, daß dabei immer noch nicht die Schlagworte der 50er und 60er Jahre ausgedient haben. Es wird nach den richtigen »Leitbildern« (Novy) oder gar »Visionen« (Zwoch) gesucht, als ob diese Denkschablonen nicht längst ausgedient haben sollten. So gerät manches Nachdenken zum Nachplappern. Das zeigt sich an der Sprache der Autoren, die selten die persönliche Erfahrung durchscheinen läßt. Eine angenehme Ausnahme davon ist der Beitrag von Confurius. Manches kommt schlicht großspurig daher wie bei Dietmar Steiner, der

mit dem Begriff »Kulturindustrie« herumklotzt, ohne klar zu machen, was der Begriff bedeutet. Er wurde von Adorno in den 40er Jahren geprägt und bezog sich in erster Linie auf die Entwicklung der Massenmedien in den USA. Wie er in Steiners Artikel zu verstehen ist, bleibt unklar. Solche Begriffsschlampelei schadet dem Denken.

Spürbares Resultat des gewaltigen gesellschaftlichen Umbauprozesses, der zur Zeit stattfindet, ist die bedrohliche Verknappung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum. Hier ist jeder Vorschlag zu Maßnahmen der Abhilfe, der nicht die Fehler der Moderne wiederholt, zu begrüßen. Die Autoren argumentieren dabei von der städtebaulichen, nicht von der wohnungswirtschaftlichen Seite her. Am radikalsten ist Hoffmann-Axthelm. Er fordert die »Reparazzierung« der Stadt (S. 20). Nur wenn die Parzelle wieder die grundlegende städtebauliche Einheit werde und frei von Großprojekten und Hochhausbebauung bliebe, könne die Substanz des Städtischen erhalten bleiben. Diesen Gedanken hatte er bereits in der »Charta für die Mitte Berlins« mitformulieren helfen. Seine Planungsgrundsätze: »Verbindliches Verhältnis von Straße und Parzelle« (S. 14/15), überhaupt die Parzelle als »Grundeinheit des ökologischen Stadtbbaus«, »Vermeidung von Verkehr« (S. 23) durch Verdichtung und kleinräumige Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten. Dies erscheint vom Standpunkt der »Moderne« in Architektur und Stadtplanung als äußerst konservativ, als Rückkehr zu den Eigentumsformen der vormodernen Phase des Städtewachstums. Aber dieser Konservatismus hat angesichts der ungebremsten kapitalistischen Wachstumsprozesse, die zunehmend als Zerstörungsprozesse erkennbar werden, eine Berechtigung, die politisch noch ausführlicher zu begründen wäre. Vieles erinnert an die Vorschläge, die Jane Jacobs bereits in den 60er Jahren machte, die aber vergessen scheinen, weil die Orientierung der Autoren am gerade Gängigen – die Literaturhinweise gehen selten über die 80er Jahre hinaus – die Besinnung auf die jüngeren geschichtlichen Zusammenhänge blockiert.

Mehr noch als Jane Jacobs, die das Dilemma

»Tod und Leben großer amerikanischer Städte« eher theoretisch durchleuchtete, machen einige der Autoren hier Vorschläge zur praktischen Umsetzung ihrer Planungsvorstellungen. Hoffmann-Axthelm plädiert für »dezentrale gemischte Entscheidungsorgane« (S. 19), dies um so mehr, je deutlicher werde, daß die »städtebauliche Exekutive ständig überlastet« sei (S. 17). Es müssen »direkte, institutionalisierbare Über-einkünfte zwischen Investoren und lokaler Bevölkerung« nach »angelsächsischen Varianten« eingerichtet werden (S. 18), ein Gedanke, den Novy und Selle variieren. Anstelle von »anonymen Baugesellschaften für anonyme Nutzer« (Selle) sollten »selbstnutzende Gemeinschaften als Bauherren« (Novy) auftreten (S. 121). »Unbelastete Dritte« (Sanierungsträger) sollten als »Brückeninstanzen« bei »kooperativen Problemlösungen« helfen (Selle, S. 125). Auch solle es eine »Verbindung von Sozialpolitik und Wohnungsbestandspolitik« (S. 123) geben. Nur wenn Investor- und Nutzerinteressen miteinander vermittelt würden, kann »das Einlassen auf den Ort erfolgen, von dem der Erhalt des historisch gewordenen Stadtbildes abhängt« (Selle, S. 122).

In diesen Überlegungen und Forderungen äußern sich die »neuen Selbstverständlichkeiten« der Nachkriegsgeneration, die sich aus der Ablehnung der Grundsätze des »neuezeitlichen Städtebaus« der 50er und 60er Jahre oder der »Moderne« in Architektur und Stadtplanung erge-

ben. Es sind einfache und sinnvolle Forderungen, die freilich äußerst schwierig durchzusetzen sein werden, denn die Moderne ist ein mächtiges System, das vorläufig, trotz aller katastrophalen Folgen für Natur und Stadt, seine Modernisierungsbedürfnisse durchsetzen wird.

Natürlich repräsentieren die hier vorgetragenen Ideen und Vorschläge nur das Selbstverständnis eines Teiles der Nachkriegsgeneration, während ein anderer durchaus bereit ist, das »Projekt Moderne« weiter zu führen. Als ob es die Kritik nicht gäbe, plädieren diese »Modernen« für Scheibenhäuser und Punkthochhäuser und was sie für Berlin an »Visionen« zu bieten haben, kann einen das Fürchten lehren. Es ist zu hoffen, daß diese »Visionen« die Halluzinationen von Architekten und Planern bleiben, nicht aber als gebaute Realität unser Leben alptraumhaft gestalten.

So ist heute die paradoxe Situation eingetreten, daß viele der Modernen die Reaktionäre sind, die aus Fehlern nichts zu lernen vermögen, während einige Konservative die Zukunft offen zu halten versuchen, indem sie den Zusammenhang zur Stadt, wie wir sie kennen, vor der Zerstörung durch die Fortschritte der Moderne zu bewahren versuchen. Zum Nachdenken über dieses Paradoxon bietet das Buch reichlich Gelegenheit.

Berlin

Heide Berndt

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der »Alten Stadt« bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

19. Jahrgang
2/92

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Kinder in Städten

Andreas Gestrich

Kinder in der Stadt

August Nitschke

Kinder sehen die Stadt

Imbke Behnken
Jürgen Zinnecker

Straßenkinder und ihre Wächter

Reinhart Lempp

Die kindgerechte Stadt?

Baldo Blinkert

Aktionsräume im Wohnumfeld

Hans Schultheiß

Die Stadt im Kinderbild

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, c/o Black, 14 Station Approach, Coulsdon North, Surrey CR 3 2 Nr, Great Britain.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 134,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 105,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 35,20 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

Kinder in Städten

- ANDREAS GESTRICH, Kinder in der Stadt. Editorial 93
AUGUST NITSCHKE, Kinder sehen die Stadt 103
IMBKE BEHNKEN / JÜRGEN ZINNECKER, Straßenkinder und ihre Wächter.
Eine Fallstudie zur städtischen Kindheit um 1900 117
REINHART LEMPP, Ist die kindgerechte Stadt kindgerecht? 137
BALDO BLINKERT, Aktionsräume von Kindern im Wohnumfeld.
Fragestellungen und Methoden der „Freiburger Kinderstudie“ 142
HANS SCHULTHEISS, Die Stadt im Kinderbild 161

DIE AUTOREN 174

BESPRECHUNGEN

Stadt und Literatur

- HORST BRANDSTÄTTER / JÜRGEN HOLWEIN (Hrsg.), Stuttgart. Dichter sehen eine Stadt;
HANS-RÜDIGER SCHWAB (Hrsg.), München. Dichter sehen eine Stadt (Axel Kuhn) 175

Stadtgeschichte

- LIBUŠE SPÁČILOVA / VLADIMÍR SPÁČIL (Hrsg.), Beschreibung der königlichen Hauptstadt
Olmütz (Rainer Jooß) 177
ALFRED STRAUB, Geschichte der Stadt Bretten in neuerer Zeit (Ludger Grevelhörster) 177
THOMAS PARENT / THOMAS STACHELHAUS, Stadtlandschaft Ruhrrevier
(Renate Kastorff-Vielmann) 178

Städtische Kommunalpolitik

- GUDRUN GLEBA, Die Gemeinde als alternatives Ordnungsmodell (Erich Konter) 178

Architektur und Städtebau

- ROLF SCHAAL / STEPHAN PFISTER / GIOVANNI SCHEIBLER (Hrsg.), Baukonstruktion aus
heutiger Sicht (Ronald Kunze) 180

Andreas Gestrich

Kinder in der Stadt

Editorial

Kinder gibt es bekanntlich, seit Adam und Eva aus dem Paradies vertrieben wurden. Und seit Jahrtausenden wachsen sie zum Teil in Städten auf. Zwar fand das städtische Leben schon früh seine Kritiker. Bereits in der Antike wurde seine Hektik und Anonymität und der angebliche Hang der Städter zum leichten Leben und zur Unmoral beklagt.¹ Aber an die Kinder dachte dabei niemand. Sie kommen in dieser älteren Stadtkritik nicht vor. Bis weit in die Neuzeit hinein wurde das Leben von Kindern in den Städten nicht als ein besonderes bzw. gesondert zu behandelndes Problem empfunden.

Woran lag diese scheinbare oder tatsächliche Gleichgültigkeit gegenüber den Kindern? Zum einen gab es bis weit ins 18. Jahrhundert hinein kaum ein Verständnis für die Eigenart und psychische Schutzbedürftigkeit der Kinder, denn man hatte keine Vorstellung von seelischer Entwicklung und Reife. Erwachsensein war mehr ein sozialer Status als eine psychische Qualität. Zum anderen waren die Lebens- und Erfahrungsräume von Erwachsenen und Kindern noch nicht so getrennt wie heute. Das Arbeits- und das Familienleben bildete zumindest im kleineren Bürgertum und in den Unterschichten noch lange eine Einheit. Wie in der gesamten traditionellen Gesellschaft, so spielte sich auch in den Städten das tägliche Leben weitgehend in der Öffentlichkeit, und das hieß: auch vor Kindern ab. Beim Arbeiten, beim Streit und bei der Liebe oder auch beim Sterben – überall war die ganze Familie oder besser das »ganze Haus«, das auch das Gesinde umfaßte, präsent. Kinder hatten keinen Schonraum. Die möglichst rasche Eingliederung in die Arbeitswelt der Erwachsenen war das »natürliche« Ziel der Kindheit.²

Das änderte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts. Ein Element des tiefgreifenden Wandlungsprozesses, der die europäischen Gesellschaften damals ergriff, war, daß sich die Welt der Erwachsenen nun immer stärker von derjenigen der Kinder absonderte. Die Erwachsenen wurden erwachsen in unserem heutigen Sinne. Die Gesellschaft stellte bestimmte Anforderungen an ihr Verhalten, die sie von Kindern nicht er-

¹ Zur frühen Stadtkritik und zu den Anfängen der »Stadtmythologie« zwar nicht bei Adam und Eva, aber bei Kain und Abel vgl. O. Borst, Babel oder Jerusalem? Prolegomena zu einer Geistesgeschichte der Stadt, in: *ders.*, Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadtgeschichte, hrsg. von H. Böhme / E. Jäckel u. R. Jooß (FS Otto Borst), Stuttgart 1984, S. 15–124.

² Zur Geschichte der Kindheit vgl. Ph. Ariès, Geschichte der Kindheit. Mit einem Vorwort von H. von Hentig, München 1978; aus psychohistorischer Sicht den umstrittenen Sammelband von L. de Mause (Hrsg.), Hört ihr die Kinder weinen? Eine psychogenetische Geschichte der Kindheit, Frankfurt 1977.

wartete.³ Gleichzeitig wurde Kindheit als eine besondere Lebensphase »entdeckt«. Kinder wurden jetzt nicht mehr als zu klein geratene und unvollständige Erwachsene angesehen, sondern in ihrem Anderssein und zugleich in ihrer Schutzbedürftigkeit begriffen.⁴ Als der große Durchbruch in diese Richtung gilt Jean-Jacques Rousseaus bekannter psychologischer Roman »Emile oder Über die Erziehung« aus dem Jahr 1762. »Die Natur will«, so heißt es bei Rousseau, »daß Kinder Kinder sind, bevor sie zum Erwachsenen werden. Wollen wir diese Ordnung umkehren, erzeugen wir frühreife Früchte... Die Kindheit hat ihre eigene Weise zu sehen, zu denken und zu empfinden. Nichts ist unsinniger, als ihre die unsrige unterschieben zu wollen.«⁵

Mit Rousseau traten Kindheit und Stadt im pädagogischen Denken erstmals in ein deutliches Spannungsverhältnis: In der Stadt waren die Kinder einer Vielzahl von Eindrücken ausgesetzt, die einer altersgemäßen Entwicklung nicht förderlich waren und daher ihren organischen Reifungsprozeß störten. Die städtische Umgebung, die Architektur, der Lebensrhythmus der Familien und der Gesellschaft insgesamt waren vom Erwerbsleben der Erwachsenen geprägt. Dieses war komplex, schwer zu durchschauen und nicht sehr moralisch. Kinder konnten in dieser Welt nach Rousseau keine Kinder sein, sondern wurden früh zu Erwachsenen.⁶ Emile wuchs daher in einer »pädagogischen Provinz« auf dem Lande auf. Hier gedieh nicht nur der Körper des Kindes prächtig, sondern er konnte auch seine Sinnes- und Verstandesgaben in der Auseinandersetzung mit der ihn umgebenden Natur auf »kindgerechte« Art und Weise entwickeln. So ging Rousseaus fiktiver Zögling harmonisch und innerlich gefestigt in die nächste Entwicklungsphasen.⁷

Pädagogische Kritik an der Stadt zielt seither auf die Tatsache, daß sie aufgrund ihrer räumlichen und sozialen Verfassung den Kindern bestimmte notwendige Erfahrungen, die sich vor allem aus dem Umgang mit der Natur und aus handwerklichen Tätigkeiten ergeben, verweigert. Naturerfahrungen gibt es für Stadtkinder kaum mehr als einen Bereich der selbständigen Umweltaneignung. Sie müssen von Erwachsenen in Lehrgängen, Sonntagsausflügen aufs Land oder Besuchen im Zoo mit ihren

³ Vgl. N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und phylogenetische Untersuchungen (1936), 2 Bde. Frankfurt 1977.

⁴ Vgl. Ph. Ariès (s. A 2), S. 92 ff., 502 ff.

⁵ J.-J. Rousseau, Emile. Stuttgart 1970, S. 206 f.

⁶ Vgl. auch J.-J. Rousseau, Vier Briefe an den Herrn Präsidenten von Malesherbes, in: ders.: Schriften, Bd. 1, hrsg. von H. Ritter, Frankfurt 1981, S. 492, wo er seinen (nicht ganz freiwilligen) Rückzug auf das Land unter anderem so rechtfertigt: »Sind übrigens die Einwohner zu Montmorency weniger Menschen als die Pariser, und wenn ich einem derselben abrate, sein Kind in die Stadt zu schicken, wo es verdorben wird, nütze ich dann weniger, als wenn ich es aus der Stadt zu seinem väterlichen Herd zurücksenden würde?«

⁷ Rousseau selbst lernte das Land lieben, als er als Kind aus seiner Vaterstadt Genf für zwei Jahre zu einem Dorfpfarrer in Pension kam. Hier wurde der sechsjährige und bis dahin von Vater und Tante überbehütete und intellektuell frühreife Junge »wieder zum Kinde«, J.-J. Rousseau, Bekenntnisse. (Bibliothek ausländischer Klassiker) Hildburghausen 1870, S. 23.

Streichelgehegen vermittelt werden. Die den Kindern in der Stadt zugänglichen Reste der Natur sind meist »eine kindlichen Zwecken dienstbare, »vermenslichte« Natur – prototypisch vertreten im Sandkasten, Topfpflanze und Schmusetier.«⁸

Statt dessen setzt die Stadt die Kinder vorzeitig den Eindrücken der komplexen und unübersichtlichen Strukturen der städtischen Gesellschaft mit all ihren sozialen und moralischen Mißständen aus. Die Stadt nimmt den Kindern damit ein Stück ihrer Kindheit und macht sie frühreif. Dies gehört seit Rousseau zum Repertoire der pädagogischen Stadtkritik.⁹ Auch in autobiographischen oder literarischen Verarbeitungen der modernen Großstadtkindheit ist das frühe Altern der Stadtkinder ein geläufiges Thema. Holden Caulfield, der New Yorker Held in J. D. Salingers »Fänger im Roggen«, hat bereits mit sechzehn graue Haare und Raymond Quenau's Provinzmädchen Zazie bilanziert ihren Besuch in der Metropole Paris mit dem bezeichnenden Satz: »Ich bin älter geworden.«¹⁰

Die Konstanz des Repertoires der pädagogischen Kritik an den Lebensbedingungen der Kinder in den Städten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die ihr zugrunde liegenden Probleme nicht nur verschärft, sondern zum Teil auch gewandelt haben. Als Rousseau sich gegen die Stadt als Milieu für Kinder wandte, hatte er selbst bei der damaligen Großstadt Paris ganz andere Verhältnisse vor Augen, als wir sie heute beklagen. Ja, aus der Perspektive moderner Großstädte mag die französische Metropole, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts eine halbe Million Einwohner gehabt haben mochte, manchem geradezu noch als ein »Kinderparadies« erscheinen: Es gab keinen Autoverkehr, dafür viele Ecken und Schlupfwinkel, Gärten und Parks; die Straßen und Quartiere waren relativ überschaubare Einheiten, die sich das Kind allmählich »erobern« konnte; es gab Handwerker in den Straßen und auf den Hinterhöfen, denen die Kinder zusehen und bei denen sie mitarbeiten konnten oder mußten.

Rousseau ging es um die Herauslösung der Kinder aus dieser Gemengelage mit der Welt der Erwachsenen, da die Erwachsenen sie nicht wie Kinder behandelten. Sein Bestreben war nicht nur eine Reaktion auf die Verhältnisse der traditionellen Gesellschaft, sondern zugleich auch auf die neuen Anforderungen, denen sich die Menschen in der entstehenden bürgerlichen (und das hieß: städtischen) Gesellschaft gegenüber sahen. Die Dynamik, die nun in das Zusammenleben der Menschen kam, die Möglichkeiten zu sozialem Auf- und Abstieg, die wachsende Mobilität, der Rückgang tra-

⁸ I. Behnken / M. Bois-Reymond / J. Zinnecker (Hrsg.), Stadt und Quartier als Lebensraum von Kindern, Jugendlichen und ihren Pädagogen. Eine historisch-interkulturelle Studie. Projektantrag. (Verv. Skript.) Leiden / Marburg / Wiesbaden 1983.

⁹ Sehr ausgeprägt ist dies bei der sozialistischen Kritik an den Lebensbedingungen der Kinder in den Städten der Fall. Vgl. z. B. O. Rühle, Das proletarische Kind. Eine Monographie, 2. erw. Aufl. München 1922, v. a. S. 295 ff. (»Wege zum Laster«).

¹⁰ J. D. Salinger, The Catcher in the Rye (1951), Harmondsworth 1972, S. 13; R. Queneau, Zazie in der Metro (1959), Frankfurt 1975, S. 192.

ditionaler Bindungen erforderte eine gründlichere Vorbereitung auf die Anforderungen und Gefahren des Lebens. So entstand jener »pädagogische Grundwiderspruch«, der uns heute zunehmend beschäftigt: daß wir nämlich unsere Kinder viele Jahre künstlich aus der Gesellschaft ausgliedern, um sie mittels professioneller Erzieher in sie einzugliedern.¹¹ Kinder leben seither in einer künstlichen Welt, in der sie von den Erwachsenen über lange Strecken des Tages separiert in »Trockenschwimmübungen« auf den Ernstfall des Lebens vorbereitet werden.

Das Unbehagen, das uns bei diesem Umgang mit Kindern zunehmend erfüllt, wird besonders groß, wenn wir auf die Situation der Kinder in den großen Städten schauen. Denn hier ist ihnen inzwischen nicht nur die Natur als Erfahrungsraum fast vollständig abhanden gekommen, sondern auch jener Teil der Erwachsenenwelt, der den Kindern noch einen konkreten Einblick in notwendige, sinnvolle und vielleicht sogar kreative Tätigkeiten der Eltern geben könnte: die Berufswelt vor allem des produzierenden Gewerbes. Die Trennung der Kinder von den Erwachsenen durch Schule und andere Sozialisationsagenturen wird noch verstärkt durch die Veränderung unserer Berufsstruktur mit all ihren städtebaulichen Konsequenzen. Die Produktion ist in Fabriken außerhalb der Städte verlagert, die Zentren der Städte werden dominiert von Verwaltungsgebäuden oder Kaufhäusern. Kinder und Alte haben in dieser Welt keinen Platz. Außer der Tatsache, daß man viele Dinge kaufen kann, können Kinder hier auch nichts mehr lernen und erfahren, was sie zur Nachahmung und zur Einübung von Erwachsenenrollen anregen könnte.

Das Leben in den Stadtzentren ist vom modernen Erwerbs- und Konsumleben der Erwachsenen bestimmt. Gesellige Öffentlichkeit ist daraus fast ganz verschwunden. Daran haben die städtebaulichen Versuche zur Wiederbelebung von Plätzen oder auch die Relikte mediterraner Lebensgewohnheiten bei den ausländischen Mitbürgern in den letzten Jahren nichts wesentlich ändern können. Die Straße ist kein Feld menschlicher Kontakte mehr. Wird man angesprochen oder wird gar ein Kind angesprochen, so ist das nur ein Anlaß zur Vorsicht. Mitmenschliche Regungen, die das Kind vielleicht noch »natürlich« verspürt oder die ihm in anderem Zusammenhang anerzogen wurden, muß es in der Stadt ablegen. Hinter jedem angeblichen Kinderfreund, der ein Kind anspricht oder ihm gar etwas schenken will, muß es eine Gefahr wittern und davonlaufen.¹²

Die Verhäuslichung der Familien, ihr Rückzug hinter die verschlossenen Türen der Wohnsilos oder die hohen Hecken der Kleingärten in den Vororten macht auch die Umgebung der eigenen Wohnung für die Kinder zu einem wenig herausfordernden

¹¹ Vgl. dazu U. Herrmann, Probleme und Aspekte historischer Ansätze in der Sozialisationsforschung, in: K. Hurrelmann u. D. Ulich (Hrsg.), Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim 1980, S. 227–252.

¹² Vgl. I. Behnken / J. Zinnecker, Soziale Entwöhnung der Straßenkinder oder: Härtetests für junge Stadtbewohner, in: Ch. Büttner / A. Ende (Hrsg.), Lebensräume für Kinder. Entwicklungsbedin-

und anregenden Umfeld. Die Nachbarschaft, die in den Dörfern und Städten bis ins 20. Jahrhundert hinein wichtige soziale und wirtschaftliche Funktionen hatte und auch bestimmten ungeschriebenen Gesetzen unterlag, ist in den modernen Großstädten einem meist anonymen Nebeneinander gewichen. Für die Kinder ist es nicht leicht, diese räumlichen und sozialen Schranken zu durchbrechen und sich einen ersten, überschaubaren Bereich der Welt jenseits der Familie zu erobern.

Die Wohnanlagen »im Grünen«, die sich um die Städte ziehen, sind meist nicht viel ansprechender und anregender als die Innenstädte. Die Betonburgen der frühen 1960er Jahre schlugen nicht nur Kindern aufs Gemüt. Literarisch bekannt geworden ist vor allem das Schicksal der drogensüchtigen »Kinder vom Bahnhof Zoo«, die in Berlins trister Gropiusstadt aufgewachsen waren. Diese Kinder konnten nur mit dem Kochlöffel in der Hand die Wohnung verlassen, da sie nur mit einem solchen »künstlichen Finger« an die Aufzugsknöpfe herankamen. Was sie außerhalb der Wohnung erwartete, war aber nur eine Betonwüste ohne Leben. Zu jedem Block gehörte ein Spielplatz, der »bestand aus verpißtem Sand und ein paar kaputten Klettergeräten und natürlich einem Riesenschild... Auf dem stand ›Spielplatzordnung‹ und darunter, daß die Kinder ihn zur ›Freude und Erholung benutzen‹ sollten.« Der Stadtteil war tagsüber weitgehend entvölkert, es gab kaum Erwachsene, die dort einer Berufstätigkeit nachgingen. Es gab nichts zu beobachten, zu helfen oder aufzubauen, allenfalls zu zerstören.¹³

Alexander Mitscherlich prangerte früh die »Unwirtlichkeit« der deutschen Nachkriegsstädte an, gerade weil sie so an den Bedürfnissen der Schwachen, der Kinder und Alten, vorbeigeplant wurden.¹⁴ Er meinte, diese Umgebung könne oder müsse psychisch krank und vor allem aggressiv machen: »Da die Verankerung des in den Städten aufwachsenden Menschen in seiner Kindheit mit weit mehr Enttäuschungen, Beschränkungen, Verzicht, Verboten belastet ist, als dies bei vernünftigem Bedenken seiner Bedürfnisse notwendig wäre, wächst zwar ein stadtgeborener Bürger auf, aber keiner, dem diese seine Stadt wirkliches Interesse, wirklichen Respekt abnötigt.«¹⁵ Das Stadt-Kind könne sich daher später nur als aggressiver Egoist seinen Weg durch das »Dickicht der Städte« bahnen.

Mitscherlichs polemische Zuspitzung der Zusammenhänge zwischen städtischer Umwelt und psychischer Fehlentwicklung ist problematisch, aber gerade deshalb auch nützlich; denn sie regt zur kritischen Überprüfung scheinbar einleuchtender An-

gungen für Kinder im ausgehenden 20. Jahrhundert. (Jahrbuch der Kindheit, Bd. 6), Weinheim / Basel 1989, S. 37–66.

¹³ Christiane F., Wir Kinder vom Bahnhof Zoo, 1979, S. 23 f.

¹⁴ Vgl. auch L. Vascovics, Residentiale Segregation alter Menschen und ihre sozialen Folgen, in: B. Hamm (Hrsg.), Lebensraum Stadt, 1979, S. 35–47.

¹⁵ A. Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1978, S. 93 f.

nahmen an, die auch der gemäßigten pädagogischen Stadtkritik zugrundeliegen: Schon in den 1930er Jahren gab es Untersuchungen, die die einfachen Kausalverbindungen zwischen städtischer Umwelt und psycho-sozialen Fehlentwicklungen in Frage stellten und statt dessen die autonome Aneignung und die produktive »Umfunktionierung« der städtischen Umwelt durch die Kinder hervorhoben.¹⁶ Kinder sind ihrer Umgebung keineswegs wehrlos ausgesetzt. Mit ihrer Phantasie gewinnen sie den Dingen der Erwachsenenwelt ganz andere Nutzungs- und Bedeutungsmöglichkeiten ab und passen sie ihren Bedürfnissen an.

Das städtische Milieu regt Kinder auch an. Nicht nur das reichhaltige Kulturangebot, sondern auch die große Vielfalt der sozialen Situationen und Herausforderungen macht Stadtkinder weltoffener und gewitzter. Untersuchungen über die Intelligenzentwicklung zeigen, daß die städtischen Kinder von ihrer Umgebung zu profitieren scheinen und in der Regel ihren Altersgenossen vom Lande in der Sprachentwicklung und in manchen anderen Bereichen überlegen sind.¹⁷

Schließlich ist auch der Zusammenhang zwischen Wohnumwelt und Devianzbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen keineswegs eindeutig. Empirische Untersuchungen weisen vielmehr auf die vorrangige Bedeutung der Familienstruktur und der sozialen Lage für die Entstehung abweichenden Verhaltens hin.¹⁸ Was eine kindgemäße Umwelt ist, ist so klar also gar nicht. Viel Natur und überschaubare Sozialbeziehungen allein sind noch keine Garantie für eine problemlose Entwicklung.

Noch viel schwieriger als die Beantwortung der eher sozialtechnologischen Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Umweltbedingungen und »normaler« Entwicklung ist die pädagogisch und lebensgeschichtlich bedeutsamere nach den Bedingungen einer »guten Kindheit«. Hartmut von Hentig stellt diese Frage im Vorwort einer Ausgabe der Lebenserinnerungen des polnischen Juden und Aufklärers Salomon Maimon. Unter nach heutigen Maßstäben unsäglichen äußeren Bedingungen aufgewachsen entwickelte sich Maimon zu einem bedeutenden Philosophen, dessen Leben und Werk eine Humanität und Güte ausstrahlten, die sie nach dieser Kindheit und Jugend »lehrbuchgemäß« gar nicht hätten entfalten dürfen. Eine gute Kindheit ist daher nach Hentig nicht nur eine leidlose Zeit, an die man sich später vielleicht gerne

zurückerinnert, sondern »eine Zeit, die in erster Linie gut macht«.¹⁹ Dies schließt negative Erfahrungen und Härten, Entbehrungen und das Aufwachsen in einer nicht »kindgemäßen« Umwelt nicht aus, solange sie in einen sinnvollen Zusammenhang integrierbar sind; solange Familien (oder auch andere Bezugsgruppen) als Solidargemeinschaften intakt sind; solange für das Kind die Hoffnung auf ein besseres, selbstbestimmtes Leben besteht. Umgekehrt läßt sich mit v. Hentig daher fragen, ob die Kinder der modernen Gesellschaft, die »versorgt aber nicht gefordert, verwöhnt eher als eingewöhnt, behütet aber nicht beteiligt, nicht geschlagen aber auch nicht gebraucht, untersucht aber nicht verstanden, unterrichtet aber erfahrungsarm« sind, eine gute Kindheit haben, ob sie es gut haben?²⁰

Das Gelingen eines Lebens in diesem Sinne des Gut-Werdens hängt sicher nicht von der Quadratmeterzahl Wohnfläche ab, die einem Kind zur Verfügung stehen, nicht von pädagogischem Spielzeug und auch nicht von der autofreien Spielstraße. Entscheidend sind bestimmte Bezugspersonen, die das Kind umgeben, die Ansprüche, die sie an sich selbst und an die Kinder stellen und die Art der Zuwendung, die sie ihnen zuteil werden lassen.

Ist die Umwelt und damit auch die städtebauliche Planung für Kinder somit belanglos? Sicher nicht. Nur sollte sie um ihre Grenzen wissen; denn nur so kann sie eine humane Planung bleiben oder werden. Sie sollte gerade nicht mit dem Anspruch auftreten, gesellschaftliche Fehlentwicklungen auf anderem Gebiet in großem Maßstab zu kompensieren; denn dazu ist sie nicht in der Lage. Den »Kindern vom Bahnhof Zoo« wurde ein Abenteuerspielplatz mit betreuenden Sozialarbeitern eingerichtet. Die Kinder haben diese Anlage zerstört, weil das nicht die Art der Zuwendung war, nach der sie verlangten, auch nicht das Betätigungsfeld, das sie suchten.

Spezielle Freiräume für Kinder, so wünschenswert sie sind, tun es heute allein nicht. Die Kinder in den modernen Städten benötigen gerade nicht noch mehr Trennung von der Welt der Erwachsenen und Betreuung durch spezielle »Sozialisateure«.²¹ Was sie suchen, sind altersgemäße, aber reale Aufgaben und Möglichkeiten zu einer sinnvollen Beschäftigung und Mitarbeit in dieser Welt der Erwachsenen und zugleich an ihrer eigenen Zukunft. Ihnen das konsequent zu ermöglichen, würde allerdings zunächst und vor allem eine konsequente Umstellung unserer soziophoben städ-

¹⁶ M. Muchow / H. Muchow, *Der Lebensraum des Großstadtkindes*, 1935, Repr. Bensheim 1978.

¹⁷ Vgl. M. Vatter, *Intelligenz und regionale Herkunft. Eine Längsschnittstudie im Kanton Bern*, in: H. Walter (Hrsg.), *Region und Sozialisation. Beiträge zur Sozialökologischen Präzisierung menschlicher Entwicklungsvoraussetzungen*, Bd. 1, Stuttgart 1981, S. 56–90; eher kritisch die ältere Arbeit von E. Pfeil, *Das Großstadtkind*, Stuttgart 1955, S. 35 (»Das Landkind weiß mehr, als es sagt, das Großstadtkind sagt mehr, als es weiß.«)

¹⁸ Vgl. G. Moschel / H. Häberle / R. Welz, *Zur innerstädtischen Verteilung sozialer Devianz in Mannheim*, in: H. Walter (s. A 14), S. 116–152, S. 141 f.

¹⁹ H. v. Hentig / Salomon Maimon: *Kindheit und Jugend. Über das Verhältnis von geschichtlichen Bedingungen und systematischen Folgerungen in der Pädagogik*, in: *ders.*, *Erkennen durch Handeln. Versuche über das Verhältnis von Pädagogik und Erziehungswissenschaft*, Stuttgart 1982, S. 234–249, hier S. 240.

²⁰ v. Hentig (s. A 16), S. 239.

²¹ Zum Problem der Spezialräume für Kinder und ihre Folgen für die Sozialisation vgl. H. Zeiher, *Die vielen Räume der Kinder. Zum Wandel räumlicher Lebensbedingungen seit 1945*, in: U. Preuss-Lausitz u. a., *Kriegskinder – Konsumkinder – Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg*, Weinheim 1983, S. 176–195.

tischen Lebensweise verlangen und wohl auch so etwas wie einen neuen ökologischen Generationenvertrag. Wir müßten unsere panische Angst vor Abhängigkeit von anderen und Verantwortung für andere aufgeben und zu neuen Formen des Miteinanders im postfamilialen Zeitalter finden. Und wir müßten die Kinder mit zu gleichberechtigten Hütern der natürlichen Ressourcen ihrer Zukunft machen.

Außerdem wäre wahrscheinlich eine weitgehende Umkehr in der Stadtplanung erforderlich. Produzierendes Gewerbe und Wohngebiete dürften nicht mehr so strikt getrennt werden; ein gewisser Wildwuchs der Bebauung wäre hinzunehmen; die Fabriken neben der Kathedrale, die die englischen Städte des 19. Jahrhunderts angeblich so verunzierten, wären sozusagen erwünscht; gleichzeitig müßte die Entvölkerung der Innenstädte verhindert werden; Häuser sollten vor allem in den Stadtzentren »Mehrzweck-Gebäude« sein, in denen Läden und Werkstätten oder auch Büros und Wohnungen untergebracht sind; öffentliche Plätze müßten revitalisiert werden durch Spiel- und Kommunikationsmöglichkeiten nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene; die Natur dürfte nicht ganz aus den Innenstädten verdrängt werden, die Eindämmung der Städte durch Hochhäuser und die Schließung von Baulücken wäre nicht das vordringliche Problem, da das Land im Umkreis der Metropolen ohnehin urbanisiert oder suburbanisiert ist; statt die Mülltonnen zu füllen, könnten Nachbarschaften mit ihren Nahrungsabfällen wieder Schweine füttern, die zwischen den Häusern ihren Auslauf haben...

Das Szenario ließe sich beliebig verlängern. Ganz realistisch ist es nicht. Eine solche Stadt kann man auch nicht planen, sie lebt von ihrer ständigen Veränderungsmöglichkeit. Gerade das können wir uns allerdings bei unseren Ansprüchen an sogenannte Wohnqualität und Serviceleistungen heute nicht mehr leisten. Unsicher ist außerdem, ob eine solche Stadt den Kindern selbst in zehn oder zwanzig Jahren noch gefiele und ihren Bedürfnissen angemessen oder ihrer Entwicklung förderlich wäre. Das kann man nicht vorhersagen. Denn die Wahrnehmungsformen und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ändern sich wie die Gesellschaft insgesamt sich ändert. Kinder sehen die Städte und ihre Stellung in den Städten immer wieder anders. Sie freuen sich über verschiedene Dinge und sie leiden an anderen Mißständen, Erwartungen und Zwängen.

»Die« kindgerechte Stadt wird es daher nicht geben. Was man tun kann und muß, ist jedoch, sich immer der symbolischen Dimension der Architektur und des Städtebaus bewußt zu bleiben. Der Mikrokosmos der Stadt war seit alters her ein ins Räumliche transponiertes Abbild der menschlichen Vorstellung vom Aufbau der Welt und von den Strukturen der Gesellschaft. Wenn wir auch beim Bauen und Planen zum Ausdruck bringen, daß die Stadt ein »Lebens-Raum« sein soll für alle: die Kinder, Erwachsenen und Alten; daß sie allen »gehört« und daß alle ein Recht darauf haben, sich hier zu entfalten; wenn die Erwachsenen sichtbar auch Einschränkungen hinnähmen für dieses Recht der Kinder; wenn Kommerz und Profit, so notwendig sie sind,

auch städtebaulich ihren angemessenen, nämlich untergeordneten Stellenwert bekämen – dann würden unsere Städte wieder urbaner, menschlicher und damit auch kindgerechter.

Kinder in der Stadt: Auf dieses unerschöpfliche Thema schauen die folgenden Beiträge aus vier verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven: der des Historikers, des Pädagogen, des Psychologen und Soziologen. Abgeschlossen wird der Band durch die Perspektive heutiger Kinder selbst, die am unmittelbarsten in ihren Zeichnungen zum Ausdruck kommt.

Begonnen wird die Sammlung mit dem Beitrag eines Historikers. August Nitschke geht dem Wandel der Wahrnehmungsweisen der Kinder nach. Was im autobiographischen Rückblick von der städtischen Kindheit erinnert wird, ist nicht nur abhängig von dem jeweiligen Lebensalter, in dem bestimmte Erfahrungen gemacht wurden, sondern ist zum Teil auch erheblichen zeittypischen Veränderungen unterworfen. Der Gegensatz von Stadt und Land wird sehr unterschiedlich erfahren und erinnert; auch die Bindungen, die Kinder zu ihren Städten aufbauen, variieren. Was berichten Kinder zum Beispiel beim Anblick der Zerstörung von Städten? Um was fürchten sie, woran hängt ihr Herz am meisten? Aus dieser Sicht der Kinder eröffnen sich zugleich Ausblicke auf Prozesse der allgemeinen Mentalitätsgeschichte.

Der Beitrag von Imbke Behnken und Jürgen Zinnecker beschäftigt sich aus pädagogischer Sicht ebenfalls mit einem historischen Phänomen. Sie gehen der Straße um 1900 als einem wichtigen Sozialisationsort nach. Dabei kommt besonders die Bedeutung zum Ausdruck, die den Erwachsenen als berufenen oder unberufenen, formellen oder informellen »Wächtern« der Kinder zukam: Die Bewohner des Quartiers bildeten ein soziales Netzwerk, in das auch die Kinder einbezogen waren. Sie wurden von den Erwachsenen keineswegs nur kontrolliert, beschimpft oder als Störenfriede vertrieben, sondern vor allem von den kleinen Handwerkern und Ladenbesitzern eher wohlwollend mit einem Auge behütet und auch gleichzeitig in die Techniken des Erwerbslebens eingeführt. Die aus Lebensberichten erhobenen Erinnerungen an die Straße als Sozialisationsort waren daher überwiegend positiv. Die Straße war den Kindern ein Stück Heimat. Mit dieser Form der halbbehüteten Straßenkindheit verschwand auch ein wichtiges Stück kleinbürgerlicher Stadtkultur.

Reinhart Lempp beschäftigt sich aus der Sicht des Kinder- und Jugendpsychiaters eher kritisch mit den Vorstellungen und Konzepten von einer kindgerechten Stadt, die nur dazu geführt haben, die Kinder immer mehr aus der Gesellschaft der Erwachsenen zu entfernen. Das Bedürfnis der Kinder geht aus seiner Sicht nicht in diese Richtung. Er fordert eine stärkere Durchmischung der Lebensbereiche sowohl im häuslichen Wohnen wie im außerhäuslichen Bereich der Arbeit und des Lernens. Auch auf die Bedeutung der Straße und des selbstbestimmten sozialen Umgangs in altershomogenen Gruppen wird hingewiesen, was vor allem eine völlige Abkehr von der bisherigen Verkehrspolitik erforderlich machte.

Der Textteil dieses Heftes wird abgeschlossen mit der Planskizze einer empirischen Untersuchung zu den Aktionsräumen von Kindern, die die Stadt Freiburg beim Soziologischen Institut der Universität Freiburg in Auftrag gegeben hat. Diese Studie, von Baldo Blinkert, die sich vor allem auf die Altersgruppe der Kinder zwischen 5 und 9 Jahren richtet, geht davon aus, daß die Aktionsräume von Kindern vor allem von vier Eigenschaften gekennzeichnet sein sollten: Zugänglichkeit, Gefährlosigkeit, Gestaltbarkeit und Interaktionschancen. In einem umfangreichen statistischen Verfahren wird das Freizeitverhalten von Kindern erhoben und ihre Territorien unter diesen genannten Aspekten untersucht. Die Freiburger Stadtväter und -mütter erhalten damit ein Material an die Hand, das es ihnen hoffentlich erlauben wird, ihre Stadt auch zu einem Lebensraum für Kinder zu machen. Vielleicht folgen andere Kommunen diesem Beispiel.

Hans Schultheiß schließlich hat aus verschiedenen Malwettbewerben eine Auswahl von Kinderbildern aus aller Welt zusammengestellt. Diese Bilder führen sehr eindrücklich vor Augen wie unterschiedlich Kinder ihre städtische Umwelt wahrnehmen: Neben kultur- und schichtspezifischen Unterschieden gibt es deutliche Altersunterschiede in der Darstellungsweise. Fragt man bei der Betrachtung dieser Bilder nicht nach der Bewertung der Stadt durch die Kinder, sondern wendet sich anderen Aussageebenen zu, so fällt vor allem eines auf: Fast allen Zeichnungen gemeinsam ist ein merkwürdiges Fehlen von Kindern. Nur wenige Bilder zeigen Kinder als Gruppen, keines stellt sie als aktiv Handelnde dar. Die steinernen Strukturen der Stadt und die (auch die Phantasie der Kinder anregende) Macht des Verkehrs sind dominant. Einen Raum, in dem Kinder sich selbst als sinnvoll tätige (das heißt auch: spielende und lernende) Personen darstellen könnten, bietet die Stadt aus der Perspektive dieser Bilder kaum. Mit der Ausnahme der erfrischenden Szene eines Verkehrsunfalls war das Thema ‚Stadt‘ für die Kinder offensichtlich auch kein Anlaß zur Darstellung bedeutungsvoller sozialer Beziehungen. Das sollte uns zu denken geben. Denn es verspricht für die Zukunft unserer Städte nichts Gutes.

August Nitschke

Kinder sehen die Stadt

Bilder aus der Stadt – Land-Stadt – Beschäftigungen – Die Zerstörungen der Stadt

Die Situation der Kinder in den Städten, das Verhalten der Kinder in dieser Situation, ist so oft untersucht worden – von Psychologen, von Medizinern, von Soziologen und von Personen, die selber in der Sozialarbeit tätig waren –, daß es vielleicht lohnt, einmal zu fragen: Wie nahmen Kinder selber die Stadt wahr? So sollen einige Fragen nacheinander beantwortet werden:

- Welche Bilder prägten sich den jungen Stadtbewohnern ein?
- Wie charakterisierten sie den Unterschied zwischen Stadt und Land?
- Welche ihrer eigenen Beschäftigungen erscheinen ihnen erwähnenswert? Und zum Schluß:
- Wie reagierten sie auf Zerstörungen einer Stadt?

Als Quellen dienen uns Autobiographien, Briefe und Tagebücher. Damit ist auch entschieden, mit welcher Zeit wir uns befassen: Diese Quellen stehen erst seit dem späten 15. Jahrhundert zur Verfügung.

Zu Beginn dieser Zeit klagten die Erwachsenen darüber, daß die Städte sehr schmutzig seien. Sie fürchteten die Pest und andere Epidemien. Wer es sich leisten konnte, verließ daher mit seinen Kindern, sobald die ersten Anzeichen auf eine erneute Ausbreitung der Seuche hinwiesen, möglichst rasch die Stadt. Die Erwachsenen sprachen weiterhin oft von den Nöten, die eine Stadt in Kriegszeiten zu ertragen hatte. Sie fürchteten die sehr häufig angeordneten Einquartierungen von Soldaten sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Kriege mit sich brachten. Andererseits bot die Stadt mit ihren Märkten, mit Festen, mit Fürsten und Kaufleuten, die sie besuchten, den Erwachsenen mancherlei Anregungen, auch Verlockungen etwas fragwürdiger Art. Nehmen Kinder diese Aspekte ihrer Stadt überhaupt wahr?

Bilder aus der Stadt

Die Bilder, an welche sich groß gewordene Erwachsene später noch erinnern, spiegeln meist das Alter, in dem sie standen, als sich das Gesehene einprägte. Aus der frühen Kindheit sind es oft Eindrücke, die mit dem Essen und mit freundlichen Personen zu tun haben. Felix Platter im 16. Jahrhundert erinnert sich an einen Zimmermann, der

ihn als Vierjährigen, wenn er das Kind »auf der Gassen fandt«, an die Hand nahm, ihn in die Vorstadt führte und ihm »um ein Haller« ein Weißbrot kaufte. Von der Vorstadt ist nicht weiter die Rede. Auch wenn den Jungen etwas in Angst versetzte, erfährt man von ihm nur mancherlei über die Personen, die dabei waren: »Do gedenk ich, daß ich vil umzüg in der statt mit pfeifen und drummen, verummet, hab gesechen, dorunder ich mich gar über von denen, so in narrenkleideren angethan hin und wider luffen, mit kolben die buben schlugen, entseßen.«¹ Bei diesen Geschichten wird nur da und dort einmal ein kleiner Ausschnitt eines Gebäudes mit sichtbar. Isolde Kurz weiß aus ihren ersten Lebensjahren von Stuttgart zu berichten, daß sie auf der Königstraße »eine braune, einflügelige Eichentür mit messingener Klinken« sah, die so niedrig stand, daß sie sie mit einiger Mühe erreichen und aufdrücken konnte. Auch diese führte zu einem Bäckerladen und damit zu einer »Seele«, die eine freundliche Magd Josephine ihr regelmäßig spendete.² – Die Lichter von Frankfurt am Main sind Rudolph Presber als »allererste Kindheitserinnerung« gegenwärtig, zusammen mit den zuckenden Sternen und flammenden Leuchtkörpern – allerdings vor allem, weil der Vater den Jungen auf dem Arm fest an sich drückte – »rührend zärtlich«.³

Diesen Kindern sind Tiere wichtig, so dem jungen Hermann von Weinsberg, der mit Schrecken eines Morgens den Hund seines Vaters ermordet vor der Tür fand: »Es tat mir so wehe, daß dieser Hund erstochen ward, als sei es ein Mensch gewesen.«⁴ Dies Geschehen hat für ihn dasselbe Gewicht, wie Aufruhr und Protest der Bürger. Auch von diesen bleiben vor allem markige Sprüche einzelner Personen in Erinnerung, etwa wenn das Gesinde sagt: »Heut bist du Herr, morgen werd ich es sein, heute ist's noch dir, morgen mir« oder wenn ein Abtrittfeger nach seinen Wünschen vom Rat befragt, antwortet: »Mich dünkt, man solle den Winter abschaffen, das würde der Bürgerschaft viel einbringen.«⁵

Auffällige Gebäude oder Kunstwerke einer Stadt werden so nur erwähnt, wenn sie mit Eindrücken verbunden waren, die sich wieder auf Personen beziehen.

Isolde Kurz wurde von der geliebten Josephine in einem Wägelchen auf den Stuttgarter Schloßplatz geführt. Unter der sogenannten Ehrensäule entdeckte sie beim Unterbau eine Steinfigur, von der sie meinte, es sei ihre Mutter. Sie erschrak und rief »Mamele, komm lunter!« immer ängstlicher und flehender. »Dieses starre, steinerne Dastehen flößte mir eine bange Furcht, ein wachsendes Grauen ein.« Und dazu kam noch ein dunkles Schuldgefühl, so daß sie schreiend die ganze Königstraße entlang

nach Hause geführt werden mußte.⁶ – All dies charakterisiert Kinder und nicht so sehr ihre Situation in der Stadt, es hätte sich genauso auf Dörfern ereignen können.

Wenn ältere Kinder in der Stadt des 19. Jahrhunderts beängstigende Ungerechtigkeiten erfahren, bleiben sie auch dabei personenbezogen. Karl Friedrich von Klöden berichtet von zwei »kleinen, niedlichen Mädchen von sieben und neun Jahren« in der Nachbarschaft. Deren strenge Mutter gab ihnen Strickarbeit, die sie bis abends sechs Uhr abzustricken hatten: »Fehlte um jene Stunde etwas daran, und das geschah sehr oft, so wurde die Schuldige übergelegt... Ihr Geschrei tönte durch die ganze Nachbarschaft.« – Dem Sohn des Böttchers, der auf dem Hofe wohnte, ging es nicht besser: »Diesen jagte die Mutter oftmals unter gewaltigem Geschimpfe ... auf dem Hof herum..., und wenn sie ihn erreichen konnte, versetzte sie ihm grimmige Hiebe...« Auch der Violinunterricht, den ein Musiker seinem neun Jahre alten Sohn gab, hatte oft arge Folgen: »Ehe man es sich versah, erhob sich mitten im »Eins, zwei drei« ein lautes Geheul, noch von dem letzten Ton der Violine begleitet.«⁷

Wenn Jugendliche, noch etwas älter, anfangen, sich über sich selber Gedanken zu machen, dann verschwinden die anderen Personen, doch die Bilder von der Stadt werden auch nicht konkreter. Lili Parthey etwa fuhr mit ihrer Mutter und den beiden Brüdern zu einer Tante und als sie das Observatorium besuchte, fand sie »von neuem Gelegenheit, Gottes Größe und Herrlichkeit zu bewundern... Zu meinen Füßen lag die Stadt in friedlicher Ruhe. Sie heißt »groß«; was ist sie in dem Himmelskörper, in dem sie liegt?... Und was bin ich auf dem weiten Raum der Erde!«⁸ In diesem Alter geht es – so oder so – darum, seinen eigenen Weg zu finden, oft gegen das Verhalten der Erwachsenen, deren Ungerechtigkeiten bereits beunruhigen können. – Doch von der Stadt ist immer noch kaum etwas wahrzunehmen.

Nur wenige Kinder nehmen eine Sonderstellung ein: Für sie werden Städte wichtig, so wichtig, daß sie diese zu beschreiben versuchen. Dazu kann es kommen, wenn Eltern Kinder mit in andere Städte nehmen. Ähnliches kann auch eintreten, wenn Kinder anfangen, leidenschaftlich zu lesen, und wenn sie so in ihren Büchern Stadtbeschreibungen finden, die sie zu Vergleichen anregen. Es ist somit nicht die Stadt, in der ein Kind lebt, die ein Kind auf Städtisches aufmerksam werden läßt, sondern der Vergleich mit fremden Städten. Recht altklug gibt sich zwar die zwölfjährige Dorothea von Schlözer. Als sie mit ihrem Vater nach Rom reist, stört sie sich bei den meisten Städten an den engen Straßen und beklagt die fehlende »frische Luft«. In Rom ist

¹ Felix Platter, Tagebuch (Lebensbeschreibung), hrsg. v. Valentin Lötscher, Basel / Stuttgart 1976, S. 55 f.

² Isolde Kurz, Aus meinem Jugendland, Stuttgart / Berlin 1918, S. 13.

³ Rudolf Presber, Aus der Jugendzeit. ..., Berlin / Leipzig 1928, S. 15.

⁴ Johann Jakob Hässlin, Das Buch Weinsberg, München 1961, S. 67.

⁵ Ebda., S. 46 ff.

⁶ Isolde Kurz (s. A 2), S. 13.

⁷ Karl Friedrich von Klöden, Jugenderinnerungen, Leipzig 1911, S. 49 (von Klöden wurde 1786 geboren).

⁸ Lili Parthey, Tagebücher aus der Berliner Biedermeierzeit, hrsg. v. Bernhard Lepsius, Berlin / Leipzig 1926, S. 53.

dies besser. Allerdings vom ersten Obelisk meint sie »so prächtig, wie ich mir es vorgestellt hatte, kam mir das Ding doch nicht vor.« und von dem Tiber schreibt sie, die aus Göttingen angereist war: »Meint ich Wunder was das für ein besonderer Fluß wäre: Und siehe da, es war ein Fluß wie alle Flüsse, gerade wie unsere Leine.« Entsprechend wurde der Obelisk charakterisiert: »Nicht einmal halb so hoch wie unser Johanniskirchturm, und sieht also vollends auf dem großen Platze ganz kleinlich aus.«⁹ Und doch, von diesem naseweisen Mädchen erfährt man etwas.

Der junge Karl Philipp Moritz gehörte zu den Lesern, die sich an Büchern begeisterten. Er lebte – etwa in der selben Zeit – in seinen Phantasievorstellungen. Diese lassen bereits Kontraste erkennen, die für das ausgehende 19. Jahrhundert charakteristisch waren. So suchte er die Spannung von Gegensätzen. Seine Stadt gefiel ihm wenig: »Der ewig einförmige Anblick eben derselben Straßen und Häuser war ihm nun unerträglich: Neue Türme, Tore, Wälle und Schlösser stiegen beständig in seiner Seele auf, und ein Bild verdrängte das andere.« Die Städte malte er sich nach der »Höhe oder Tiefe der Vokale« aus: »So klang der Name ›Hannover‹ beständig prächtig in seinem Ohre, und ehe er es sahe, war es ihm ein Ort mit hohen Häusern und Türmen, und von einem hellen und lichten Ansehen. Braunschweig schien ihm länglicht, von dunklerem Ansehen, und größer zu sein, und Paris stellte er sich, nach eben einem solchen dunklen Gefühl bei dem Namen, vorzüglich von heller, weißlicher Häuser vor.«¹⁰ Eng – weit, dunkel – licht – diese Kontraste versetzten den Jungen in Erregung und ließen Erwartungen entstehen, die, wie er allerdings bald erfuhr, bitter enttäuscht werden sollten. Im Grunde unterscheiden sich Dorothea von Schlözer und Karl Philipp Moritz nicht sehr voneinander. Beide machen sich, ehe sie eine Stadt sehen, ein Bild von ihr. Bei Dorothea wird diese Neigung durch Gespräche mit dem Vater noch gefördert. Diese Bilder versetzen sie in freudige Stimmungen. Sie schildern dann die Realität der Städte, weil diese ihre selbsterzeugten Stimmungen verändern.

Diese mit Stimmungen – und das heißt meist mit Spannungen – verbundene Zukunftsbezogenheit charakterisiert nun seit Mitte des 18. Jahrhunderts eine neue Generation. Sie schuf sich die englischen Parks, die mit ihrem ständigen Wechsel diese Erfahrung auf jedem Weg wach werden ließ.¹¹ So bezeugt das Interesse dieser Kinder an der Stadt eine zeittypische Wahrnehmungsweise. Ihr werden wir bei weiteren Vergleichen erneut begegnen.

⁹ Franz Erich Mencken (Hrsg.), Dein dich zärtlich liebender Sohn. Kinderbriefe aus sechs Jahrhunderten, München 1966, S. 48 ff.

¹⁰ Karl Philipp Moritz, Anton Reiser. Ein Psychologischer Roman, München 1971, S. 39.

¹¹ August Nitschke, Körper in Bewegung. Gesten, Tänze und Räume im Wandel der Geschichte, Stuttgart / Zürich 1989, S. 281 ff.; ders., Die Mutigen in einem System. Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt. Ein Vergleich der Kulturen, Köln / Weimar 1991, S. 146 ff.

Land-Stadt

Wenn Kinder aus der Stadt auf das Land kamen, interessierte sie im 16. Jahrhundert die Welt außerhalb der Stadt so, wie sie die Gestalten und Ereignisse der Stadt wahrgenommen hatten. In der Stadt hatten sie auf Menschen und Tiere, auf deren Eigenheiten und Bewegungsweisen geachtet und diese mit einer Drastik, recht gegenwärtig, geschildert. Bei dieser Wahrnehmungsweise fühlten sie sich auf dem Lande fast wohler. Alles, was sie schätzten, fanden sie dort. Als der fünfjährige Hermann von Weinsberg von Köln aus über Land zur Großmutter ging, dachte er daran, was ihm am Ziel begegnen würde: »Ich wußte aber, wie lustig es zu Dormagen war. Ich hatte meine Freude an den Schafen, Lämmern, Kälbern, Ferkeln, Hühnern, Gänsen, Enten, Tauben, Pferden und sonstigem Getier, lief auch gern im Baumgarten und auf den Feldern umher, und dies half mir.«¹²

Im 18. Jahrhundert wird das Land aus anderen Gründen bevorzugt. Alles scheint dort gelassener und ruhiger. Die Abstände sind überschaubarer. Friedrich Wilhelm von Hoven, in Stuttgart geboren, kam als Dreijähriger in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts zu seinen Großeltern aufs Land. Dort wurde er liebevoll und realistisch mit dem Wald und den Tieren vertraut gemacht. Als ihn dann der Vater, inzwischen nach Ludwigsburg versetzt, dorthin holte, reagierte er scheu und abwehrend: »Die Stadt war mir zu groß, die Straßen zu weit und zu lang, die Häuser zu hoch, der Menschen, die ich in den Straßen hin- und hergehen sah, zuviel, und es dauerte mehrere Wochen, bis ich mich an diese fremde Welt gewöhnt hatte.«¹³

Auch im 18. Jahrhundert haben wir die ersten Zeugnisse dafür, daß Kinder mit Gefühlen der Spannung – oder Entspannung – auf den Unterschied zwischen Stadt und Land reagieren. Das kann zu ungunsten oder zugunsten der Stadt ausgehen. Der junge Jean-Jacques Rousseau gehörte zu den Verächtern der Stadt. Rousseau berichtet in seinen »Bekenntnissen« davon, wie er als Kind die Stadt verließ: »Auf dem Lande zu sein, war mir etwas so Neues, daß ich nicht müde werden konnte, es zu genießen. Ich faßte große Vorliebe dafür, die mich seitdem nie wieder verlassen hat. Die Erinnerung an die auf dem Land zugebrachten glücklichen Tage hat mich mit Sehnsucht nach ihm und seinen Vergnügungen erfüllt, bis ich endlich wieder aufs Land zurückkehren konnte.« Dort hatte er einen kleinen Garten, pflanzte er Blumen, dort kratzte er die Erde auf, »um vor Vergnügen zu jubeln«, wenn er das Korn, das er gesät hatte, keimen sah. Nur weil er dort von Verwandten ungerecht behandelt wurde, verlor, wie er schreibt, das Land »den einfachen sanften Reiz, der zu Herzen geht.«¹⁴ Ähnlich berichtet Caroline Pichler von einem Sommer auf dem Dorf: »Die freie Natur, Bäume, Blumen, das Gebirg in der Ferne, schöne Sonnenuntergänge und Mond-

¹² Johann Jakob Hässlin (s. A 4), S. 40.

¹³ Friedrich Wilhelm von Hoven, Biographie. Nürnberg 1840, S. 16.

¹⁴ Jean-Jacques Rousseau, Bekenntnisse, hrsg. v. Konrad Wolter, 1, Leipzig / Wien 1916, S. 22, 32 f.

nächte sprachen mein Gefühl an. Es war mir immer leid, wenn wir im Herbst in die Stadt zurückkehrten.«¹⁵

Nach 1800 wurde dann der Eindruck vom Land dramatischer und so in gesteigerter Weise reizvoll: »In Berlin gab es keine echten Berge zu sehen. Aber zum Greifen nahe hingen echte Berge über dem Haupt, wenn die Rede war von den Engpässen Böhmens, den Schluchten des Riesengebirges, Felsen, die über die Straßen hinweggingen.« So berichtet Karl Gutzkow¹⁶. Dann entdeckten die Kinder das Geheimnisvolle, Verborgene in der Landschaft.¹⁷

Die gleiche Grundhaltung kann die Stadt nun auch in einem dem Land überlegenen, günstigen Licht erscheinen lassen. Dann sind Kinder und Jugendliche von freudiger Erregung erfüllt, wenn sie in die Stadt kommen dürfen. So hatten auch die Kinder, die Städte verglichen, reagiert. Die für das ausgehende 18. und für das 19. Jahrhundert so charakteristische spannungsvolle Erwartung richtet sich nun auf die Stadt. In ihr scheint die Zukunft reizvoller oder sie scheint mehr Geheimnisse zu bergen.

In dem einsamen Dorf, dem er eine »gewisse Lieblichkeit« nicht absprechen wollte, ist Paul Deussen 1845 geboren worden. Als er mit Freunden das erste Mal, durch einen Onkel finanziell unterstützt, nach Elberfeld fahren durfte, ging diesem Jungen »eine neue, nie gekannte Welt auf. Die hohen, glänzenden Häuser und Läden, die breiten, verkehrsreichen Straßen, das reichere Leben im Haus der dortigen Verwandten, das alles übte auf unsere unverwöhnten Gemüter einen mächtigen Zauber aus.« Ihn beeindruckte dann jedoch vor allem die Geschäftstüchtigkeit zweier Tanten. Eine zeichnete sich durch »einen klaren, kalten Verstand« aus, die andere war »ganz Gemüt, ganz Herz«.¹⁸ Beide gewannen Bedeutung in seinem Leben.

Anders sah Albert Pfister die Stadt. Er kam als Neunjähriger vom Land im Jahre 1848 nach Waiblingen auf die Schule. Ihn verlockte in der Stadt das Historisch-Geheimnisvolle: »Da lernte ich, der ich mich seither nur in Obstgärten rings ums Dorf herumgetrieben hatte, die alten Türme und Mauern, ihre Ecken und Verschlupfe kennen, den geheimnisvollen Gang »unter der Mauer« und den gepflasterten Platz, den Friedhof und die Kapelle bei der alten Kirche... Voll Andacht horchte ich auf die Andeutungen, daß da und dort geharnischte oder den Rosenkranz betende Geister gehen, um einen Schatz zu hüten.«¹⁹

So bestätigen diese Zeugnisse des 18. und 19. Jahrhunderts: Das Interesse der Kinder und Jugendlichen an Plätzen, Straßen, Gebäuden, an Geschichte und Atmosphäre

¹⁵ Caroline Pichler, *Denkwürdigkeiten aus meinem Leben* 1, München 1914 (Caroline Pichler wurde 1769 geboren).

¹⁶ Karl Gutzkow, *Aus der Knabenzeit*, in: *Gesammelte Werke* 1, Jena (o. J.), S. 40.

¹⁷ Weitere Zeugnisse bei August Nitschke, *Junge Rebellen*, München 1985, S. 44 ff., 57 ff.

¹⁸ Paul Deussen, *Mein Leben*, hrsg. v. Erika Rosenthal-Deussen, Leipzig 1922, S. 46 f.

¹⁹ Albert Pfister, *Pfarrers Albert. Fundstücke aus der Knabenzeit*, Stuttgart / Berlin / Leipzig 1901, S. 11 ff.

der Stadt – der Blick dafür – hängt mit einer historischen Konstellation des späten 18. Jahrhunderts eng zusammen, mit der Bereitschaft und dem Wunsch, in Zustände erwartungsvoller Spannung zu geraten. Wurde diese Sehnsucht eher auf dem Land oder im Gebirge erfüllt, dann galt die Stadt den Kindern nichts mehr. Konnte die Stadt sie wecken oder gar steigern, dann wurde sie sorgfältig beobachtet und wurde alles in ihr Auffällige notiert. Es ist nicht die Stadt, es ist die epochen- und gesellschaftsgebundene Wahrnehmungsweise junger Menschen, die wir bei diesen Berichten kennenlernen. Diese nun ändert sich am Ende des 19. Jahrhunderts erneut.

Seit dem späten 19. Jahrhundert wird die Stadt manchmal als bedrückend oder einengend empfunden: »Welche Qual, diese Samstags- oder Sonntagsspaziergänge durch den alten Park mit seinen riesigen Kastanienbäumen und dem See, auf dem eine Prozession sehr hochmütig aussehender Schwäne schwamm, die ebenso klassenbewußt schienen wie manche Leute, die sie bewunderten!« Toni Sender, die dies berichtet, meint im Schwarzwald auf einem Bauernhof Unabhängigkeit zu finden: »Zum ersten Mal genoß ich Freiheit.«²⁰ Nun kommen Jugendliche mit der Stadt nicht mehr zurecht. Albert Speer etwa berichtet von Ferien, in denen er »in den österreichischen Bergen von Hütte zu Hütte zog«. Er schätzte eine Welt, die persönliche Erfolge ermöglichte: »Mühsame Aufstiege vermittelten das Gefühl wirklicher Leistung. Mitunter überzeugte ich in bezeichnender Hartnäckigkeit meine Mitwanderer, selbst bei schlechtestem Wetter, trotz Sturm, Eisregen und Kälte die einmal begonnene Tour nicht abubrechen, obwohl Nebel die Gipfelsicht verdarb.« Die Stadt wird darüber zu einem unüberschaubaren, gehetzten Ort. »Wenn wir dann von unseren Höhenfahrten zurück in das normale Leben des Tieflands mußten, war ich nicht selten eher verwirrt über das hektische Treiben in den Städten.«²¹

Es ist schon erstaunlich, daß von der Industrialisierung, die in jener Zeit das Bild der Städte so veränderte, gar nicht die Rede ist. Die Erwachsenen sprechen selbstverständlich davon. Den Kindern und Jugendlichen hingegen fällt auf, was in den ersten Lebensjahren ihrem Alter und was dann später ihrer epochengebundenen Wahrnehmungsweise gemäß ist. In dieser Hinsicht spiegeln ihre Eindrücke um die Jahrhundertwende einen Wandel, der erst einmal die bisher vertrauten Erwartungen nicht mehr aufkommen ließ. Es ist zu erkennen, wie diese Auseinandersetzungen mit Stadt und Land junge Menschen für extreme politische Richtungen anfällig werden ließen.

Beschäftigungen

Selbstverständlich beanspruchte die Schule die Zeit der Kinder, doch das ist eine eigene Welt. Über diese, über die Lehrer und den Unterricht soll hier nicht gesprochen

²⁰ Toni Sender, *Autobiographie einer deutschen Rebellin*, hrsg. v. Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt/Main 1981, S. 31 f.

²¹ Albert Speer, *Erinnerung*, Frankfurt/M., Berlin 1969, S. 26.

werden. Hingegen interessieren die Spiele. Am häufigsten ist in allen Berichten von Kriegsspielen die Rede. Diese gab es auch auf dem Land. Aus dem Prozeß der Jeanne d'Arc wissen wir, daß die Jungen auf den Dörfern sich in zwei Gruppen, in Franzosen und Burgunder, aufteilten und so leidenschaftlich kämpften, daß Verwundete verbunden werden mußten. Bis in unser Jahrhundert hinein bekämpften sich Nachbardörfer auch ohne politische Bindung. Manchmal verteidigten dabei die Burschen die Mädchen ihres Ortes.²² In der Stadt gab es Kämpfe zwischen den politischen Parteien, Kämpfe zwischen verschiedenen Stadtteilen, Kämpfe zwischen Straßen, und dann – das war besonders beliebt – Kämpfe zwischen verschiedenen Schulen. Im 16. Jahrhundert berichtet Hermann von Weinsberg bereits davon: »In diesem aufrührerischen Jahr haben auch die Kinder und Schüler allenthalben miteinander Krieg geführt, sich geschlagen und gekämpft wie die jungen Hahnen; die von St. Jakob mit denen von St. Johann, die von St. Marien mit denen von St. Martin, und wiewohl ich sehr blöde war und mich nicht gern zur Wehr setzte, so habe ich doch, als mich einmal ein Junge am Haar zog und mich unterkriegen wollte, meinen Vorteil wahrgenommen und gleich zweie von ihnen in den Bach gestoßen, der vor meines Vaters Wohnung fließt, daß sie schier eroffen wären.«²³

Es hat keinen Sinn, auf Vollständigkeit dieser Berichte bedacht zu sein. Nur ein paar Beispiele: In den Erinnerungen der Darmstädter Gymnasiasten heißt es über die Zeit nach den Schulstunden: »Dann ging die wilde Jagd mit lautem Hallo durch das Gewühl der Winkel und Gassen, durch Häuser mit doppeltem Ausgang, kreuz und quer, auf und nieder in endlosen Fehden, die mit Fäusten, Stöcken, Steinen und im Winter mit Schneebällen ausgefochten wurden.«²⁴ Rudolph von Gottschall, ein eher besinnlicher Junge, dessen Hauptvergnügen der Schmetterlingsfang war, berichtet: »Die Wöllersgasse lag mit der benachbarten Weißgasse in fortwährendem Kampf. Über die Ursache hatt' ich nie nachgedacht – wir hatten einfach die Antipathie, und sie hatten sie auch. Die Keckheit dieser Brut aus der Weißgasse ging aber so weit, daß sie bisweilen durch den Thorweg in unseren Hof drang. Da ruhten wir nicht eher, als bis wir sie durch Steinwürfe wieder hinausgetrieben hatten.«²⁵ Dies war in Koblenz.

So wie sich in dieser »Neigung« die Jugendlichen von Stadt und Land nicht unterscheiden, so sind auch keine epochenspezifischen Besonderheiten zu beachten. Auch die Einstellung der Eltern zu Kriegen hatte nur geringe Auswirkungen. Man kann höchstens sagen, daß vielleicht kriegerische Ereignisse – wie schon zur Zeit von Je-

anne d'Arc – die Phantasie der Kinder und Jugendlichen etwas beeinflusste. Es fällt allerdings auf, daß bei den Kindern – selbst während wirklicher Kämpfe zwischen den Staaten – immer beide Parteien vertreten waren –, auch wenn die Eltern nur einer zu-neigten. Es geht eben um das Kriegsspielen und nicht so sehr um eine Parteinahme.

Christian Wilhelm Bechstedt etwa berichtet aus der Zeit der Französischen Revolution: »In diesen zwei Jahren ging das Kriegsspielen immer schlimmer fort. Auch die Erwachsenen hatten Gefallen daran, wenn wir mit Trommeln und Fahnen zum Tor hinausmarschierten. Wir hatten uns in Franzosen und Deutsche geteilt, und jede Abteilung war manchmal fünfzig Jungen stark.«²⁶ In der Stadt hat auch oft die Nähe zu den Kasernen beflügelnd gewirkt. August Bebel, dessen Vater Unteroffizier war, berichtet: »Sobald ich also die ersten Hosen und den ersten Rock anhatte..., stellte ich mich, ausgestattet mit der nötigen Bewaffnung, neben oder hinter die auf dem freien Platz vor der Kasematte übenden Mannschaften und ahmte ihre Bewegungen nach.«²⁷ Mädchen hatten durchaus ähnliche Tendenzen, die sie, wenn Brüder ihnen halfen, gern verwirklichten. Isolde Kurz erzählt, daß sie durch ihre Mutter ganz früh Homer kennenlernte. So schufen sie aus dem quatschigen, gelben Oberesslinger Lehm das heilige Troja: »Dann verwandelten wir uns selbst in Helden und Götter, und um die Mauern Trojas wurde mit Macht gerungen. Ich trug wie die Brüder Helm und Schild und Lanze aus Pappdeckel und Goldpapier sowie ein mit dem Medusenhaupt geschmücktes Panzerhemd und warf den dicken Alfred, wenn er als Ares anstürmte, im Nahkampf nieder.«²⁸

Diese Lust am Kriegsspielen schuf manchmal eine eigentümlich enge – den Eltern nicht immer sympathische – Verbindung zwischen Kindern und Soldaten. Wir wissen bereits aus dem 16. Jahrhundert, daß ein Junge aus Zürich mit den Troßbuben nach Italien zog. Der Amtmann fand ihn schließlich bei Chur zusammen mit anderen Schülern bei den Soldaten.²⁹ Die Kinder schleppten oft die Einquartierung ins Haus ihrer Eltern, nicht zu deren Entzücken. Ludwig Heck berichtet: »Ich war alle Augenblicke verschwunden, kam aber immer wieder, und oft mit einem neuen Kriegsmann.«³⁰ Friedrich Ritsert erzählt aus Darmstadt: »Die Bürger Darmstadts wollten von der Urbanität der französischen Soldaten nicht viel Ruhmens erheben. Viele Beispiele von Übermut und Brutalität wurden erzählt... Mir kamen die kinderfreundlichen Franzosen nur liebenswürdig vor, und ich kann auch nicht sagen, daß wir jemals in unserem Hause Ursache gehabt hätten, über ihr Betragen Klage zu führen.«³¹

²² Andreas Gestrich, Traditionelle Jugendkultur und Industrialisierung. Sozialgeschichte der Jugend in einer ländlichen Arbeitergemeinde Württembergs, 1800–1920, in: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 69, Göttingen 1986, S. 106ff.

²³ Johann Jakob Hässlin (s. A 4), S. 48.

²⁴ Karl Esselborn (Hrsg.), Unter der Diltheykastanie, Darmstadt 1929, S. 75 (dort viele ähnliche Berichte).

²⁵ Rudolf von Gottschall, Aus meiner Jugend, Berlin 1898, S. 27.

²⁶ Christian Wilhelm Bechstedt, Meine Handwerksburschenzeit 1805–1810, Köln 1925, S. 18.

²⁷ August Bebel, Aus meinem Leben 1, Stuttgart 1911, S. 4f.

²⁸ Isolde Kurz (s. A 2), S. 32.

²⁹ Hansmartin Decker-Hauff (Hrsg.), Die Chronik der Grafen von Zimmern, Darmstadt 1972, S. 171f.

³⁰ Ludwig Heck, Heiter-ernste Lebensbeichte, Berlin 1938, S. 20.

³¹ Karl Dietrich Esselborn (s. A 24), S. 82.

Selbstverständlich waren die Kinder auf die Franzosen neugierig. Als sie endlich kamen, »ergriff uns mehr eine freudige Aufregung und erfüllte uns mit der Lust einer endlich befriedigten Neugier, als daß wir von schmerzlichem Gefühl ergriffen gewesen wären.« Über das, was er sah, war Rellstab dann freilich überrascht: »Wir Knaben gingen, eifrig disputierend, immer noch im Streit über die Löwenstärke dieser Reiter, deren im Ganzen kleine, schwächliche Gestalt uns doch sehr in Verwunderung setzte, nach Hause.«³² Die Preußen hingegen, die bei den Erwachsenen in Süddeutschland gar nicht sehr beliebt waren, konnten eine umgekehrte Wirkung auslösen. So erzählt Ludwig Heck: »Und nun entwickelte sich ein militärisches Schauspiel die breite Rheinstraße hinauf, das mich in wahre Ekstase versetzte, nachdem ich erst wie erstarrt gestanden hatte. Wie da die Beine geworfen wurden im Paradeschritt! Wie die genagelten Sohlen auf das harte Basaltpflaster aufklirrten! ... Ich kam nach Hause in heller Begeisterung: ›Jetzt sinn die Preuße da: die gewinne! die gewinne sicher! Die müßt ihr marschieren sehe!...‹ Und dabei schmiß ich meine Beine waagrecht hinaus, daß meine Mutter hell auflachte. Mein Vater aber machte ein nachdenkliches Gesicht.« Trotz dieser zahlreichen Berichte, die etwas den Eindruck hinterlassen, als ob die Stadt Kindern und Jugendlichen viel Anregungen – auch durch die Schullektüre – zum Kriegsspielen gab, ist nicht sicher, ob es sich wirklich um eine Eigenart junger Menschen handelt, die sich zu jeder Zeit und in jeder Gesellschaft durchsetzt. Allerdings charakterisiert es wohl die Anlagen der Jugend in Europa, denn von Kämpfen in eigenen Jugendbünden wissen wir schon aus keltischer Zeit.

Zu der Beschäftigung der Kinder in der Stadt gehört, daß einige von ihnen außerhalb der Schulzeit arbeiten. In den meisten Familien wurde von den Kindern erwartet, daß sie neben der Schule und neben ihren Spielen auch etwas taten. Karl Friedrich von Klöden erzählt von seiner Mutter – das war in der Mitte des 18. Jahrhunderts –, daß deren Mutter, die die drei schlesischen Kriege durchlebt hatte, »eine Frau aus der alten Schule«, ihrer Tochter, der Mutter Karl Friedrichs, als diese als kleines Mädchen »nur einige Minuten still saß«, zurief: »Aber Mädchen, du tust ja nichts!« Sie erhielt die Antwort: »Ich habe nichts zu tun.« Nun meinte die Mutter ärgerlich: »Ach was! Wenn ein Mädchen nicht weiß, was sie tun soll, schneidet sie sich ein Loch in die Schürze und flickt es wieder zu.« Als das Kind sich bei der nächsten Gelegenheit daran hielt, »sollte es Prügel setzen«.³³

Bei dieser Einstellung achteten auch die Eltern in der Stadt auf die Beschäftigung ihrer Kinder.

Hatten die Häuser kleine Gärten, wurden die Kinder oft zur Gartenarbeit angehalten. Kinder nutzten die Situation und verkauften, was sie produzierten, an eigenen Orten. »Der Markt war meistens nur von den Jungens beschickt.« Sie »handelten und

tauschten dort wie die Alten«, berichtet Helene Lange, die übrigens auch zu den Mädchen gehörte, die an den Trojanischen Kriegen ihrer Brüder als griechischer Krieger teilnahm.³⁴

Der Berufsarbeit näher standen Anweisungen, die in Kaufmannsfamilien den Kindern gegeben wurden. Fanny Lewald etwa berichtet: »Befanden wir uns auf der Straße und fuhr ein Wagen an uns vorüber, auf dem Fässer oder Kisten geladen waren, so fragte mein Vater ganz kurz: ›Was ist in den Fässern, Kisten, Ballen verpackt?‹ Wußten wir es nicht, so hieß es: ›Du hast solche Kisten aber schon beim Gewürzkrämer gesehen. Das sind Rosinenkisten! Du hast solche Ballen schon im Vorbeigehen an der Waage gesehen, das sind Baumwollballen! Du hast solche verkalkten Fässer schon oft gesehen, das sind Ölfässer! Und wenn du es nicht weißt, warum fragst du nicht? Man muß die Augen offen haben und nichts ansehen, ohne zu denken und zu fragen, was es ist!‹«³⁵ In dieser Königsberger Kaufmannswelt wirkte sich auch der Kontakt nach Petersburg und Warschau auf die Kinder aus.

Wieder anders war die Situation der Kinder in Familien, in denen die Eltern als Arbeiter oder Bauern nicht genug verdienten. Wenn man den Zeugnissen trauen darf, war hier der Kontakt der Kinder zu Geschwistern und Eltern so eng, daß sie immer wieder bei ihrer Arbeit an diese dachten. Carl Scholl, ein »alter Handwerker aus Memel«, berichtet, er habe als Kind beim Verkauf mitgewirkt. »Bisweilen trafen wir ... eine mitleidige Hausfrau an, die uns als Zugabe ein Stück Brod gab, welches nicht heißhungrig verschlungen, sondern regelmäßig nach Hause gebracht wurde, damit die Mutter und der jüngste Bruder auch etwas bekämen.«³⁶ Paul Löbe erzählt: »Wir Kinder mußten bald bei der Heimarbeit helfen. Doch die eintönige, langweilige Nähe im engen Gelaß trieb die älteren von uns auf die Suche nach einer abwechslungsreichen Tätigkeit. ... Mit zwölf Jahren machte ich bereits den wohlbestallten Laufburschen in dem Scheiblerschen Schuhgeschäft in der Beckerstraße, reinigte morgens um 6 Uhr den Laden und den Bürgersteig, putzte die Schuhe, holte das Frühstück ein, um dann gegen sieben Uhr in die Schule zu traben ... Wir verrichteten all diese Arbeiten nicht widerwillig, waren im Gegenteil stolz, wenn wir der Mutter, die doch für alle sorgen mußte, ein paar Groschen bringen konnten.«³⁷ Aus dem 20. Jahrhundert berichtet dann ein Arbeiter anonym – nicht ganz so altruistisch: »In unserer Nähe wohnte ein Klempner, für den ich reparierte Kochpötte forttrug, dafür hatte ich die Wahl, fünf Pfennige oder eine Stulle. Ich wählte das erstere stets. Die Stulle erhielt ich

³⁴ Helene Lange, *Lebenserinnerungen*, Berlin 1928, S. 14ff.

³⁵ Fanny Lewald, *Meine Lebensgeschichte*, hrsg. v. Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt/Main 1980, S. 56.

³⁶ Carl Scholl, *Lebenserinnerungen eines alten Handwerkers aus Memel*, hrsg. v. M. und J. Rehsener, Stuttgart 1922, S. 19.

³⁷ Paul Löbe, *Der Weg war weit*, Berlin 1954, S. 10f.; sehr ähnlich: Carl Severing, *Mein Lebensweg*, 1, Köln 1950, S. 6.

³² L. Rellstab, *Aus meinem Leben*, Berlin 1861, S. 49.

³³ Karl Friedrich von Klöden (s. A 7), S. 17f.

still vom Dienstmädchen, die fünf Pfennige wurden umgesetzt in Wurstabfall oder Krümelgebäck. Obst holten wir von der Landstraße, am Tage darauf suchte der Feldhüter die Gesichter in der Schule auf. Er nahm uns auch den Sack ab und verprügelte uns. Bis zum vierzehnten Lebensjahr war ich tätig in einem Warenhaus als Laufjunge... Der Chef hatte einen Hund, den ich waschen und flöhen mußte, jeden Samstag. Zur Weihnachtszeit stand ich im Schaufenster zwischen den Spielsachen als Reklamepuppe, von nachmittags vier bis acht Uhr. Drei Sonntage machte ich das, wofür ich ein halbes Pfund Pralines erhielt.«³⁸

Bei diesen Arbeiten kamen Kinder und Jugendliche mit einem Milieu zusammen, das sie nur in der Stadt kennenlernen konnten. Die Tätigkeit im Schaufenster des Warenhauses setzte auch eine gewisse Anonymität voraus. Im Dorf wäre man arg von seinen Freunden verspottet worden. So wäre unser Ergebnis: Kinder – fast möchte man sagen: nur Kinder –, die arbeitend Geld verdienen müssen, spüren etwas die Realität einer Stadt und werden durch sie geprägt.

Die Zerstörungen der Stadt

Wie bei der Einquartierung der Soldaten sind Kinder auch bei der Zerstörung von Häusern und Stadtteilen recht unbefangene Zeugen. Ihre Berichte geben bei diesen Ereignissen allerdings auch unverhüllt Reaktionen wieder, die die Bindungen und Erwartungen, die Raum- und Zeitvorstellungen einer Gesellschaft spiegeln.

Am Ende des 18. Jahrhunderts berichtet Karl Philipp Moritz über die Verhaltensweisen eines Jungen: »Das allergrößte Vergnügen machte es ihm, wenn er eine aus kleinen papiernen Häusern erbaute Stadt verbrennen und dann nachher mit feierlichem Ernst und Wehmut den zurückgebliebenen Aschenhaufen betrachten konnte. Ja, als in der Stadt, wo seine Eltern wohnten, einmal wirklich in der Nacht ein Haus abbrannte, so empfand er bei allem Schreck eine Art von geheimem Wunsche, daß das Feuer nicht so bald gelöscht werden mögte. Dieser Wunsch hatte nichts weniger als Schadenfreude zum Grunde, sondern entstand aus einer dunklen Ahnung von großen Veränderungen, Auswanderungen und Revolutionen, wo alle Dinge eine ganz andere Gestalt bekommen, und die bisherige Einförmigkeit aufhören würde.«³⁹

Hier ist die für die damalige Gesellschaft charakteristische – uns bereits vertraute – an künftigen Spannungen orientierte Wahrnehmungsweise wieder an den Reaktionen des Kindes zu erkennen. Später nennen es die Historiker die »Dynamisierung der Zeiterfahrung«, die in einer Weise eine der Voraussetzungen für die industrielle Revolution wurde.

In unserem Jahrhundert ist bei Kindern diese spannungsfreudige Zukunftsbezogen-

³⁸ Wolfgang Emmerich (Hrsg.), *Proletarische Lebensläufe*, 2, Reinbek 1975, S. 71.

³⁹ Karl Philipp Moritz (s. A 10), S. 21.

heit nur selten anzutreffen. Sie können statt dessen erstaunlich auf den anderen, etwa auf den Adressaten ihrer Briefe, eingestellt sein und so bemüht, bei durchaus nüchterner Realistik alles etwas zu entdramatisieren. Mit 13 Jahren schreibt ein Mädchen an ihre Freundin: »Wir waren heute auf der Seegrube, wir lagen in einer Kule, Hände überm Kopfe, um uns sausten die Bomben ... die Erde erzitterte unter den gewaltigen Erschütterungen, um uns her hagelten die Flaksplitter ... es war grauenhaft. Ich dachte mehr kann fast auch ein Soldat im Schützengraben an der Ostfront nicht fühlen ... Aber auch das ging vorüber ... Doch nun Schluß von diesen Greuelmärchen ... Gestern im »Rigoletto« (Oper von Verdi); fabelhaft; wir saßen 1. Reihe und sahen schick aus.« So 1943 in einem Brief, der begann: »Las mit Schrecken, daß Euer Haus abgebrannt ist. Ich bin wahnsinnig erschrocken.«⁴⁰

Wenn Kinder und Eltern in gleicher politischer Gesinnung – etwa in der Abneigung gegen die nationalsozialistische Partei – miteinander verbunden sind, werden Familien in der Großstadt zu Inseln, auf denen jeder jeden kennt und jeder auf jeden angewiesen ist. So kann ein vierzehnjähriger Junge aus der Kinderlandverschickung 1943 schreiben: »Es sind ganz nette Lehrer (leider alles alte PG-Knacker und Knackerinnen. Aber mit »Heil Hitler« schafft man da alle). Der Schulweg war sehr gemütlich, Du brauchst Dir also wirklich keine Sorgen zu machen.«⁴¹

Die Trennung von Berlin jedoch bringt Kummer. Dabei wird die Stadt durchaus realistisch gesehen und die Lage entsprechend eingeschätzt. Wieder ein vierzehnjähriges Mädchen an ihre Freundin: »Ich war einen Tag in Berlin ... Ja, in Berlin war es pfundig, ich durfte sogar zu Hause schlafen.« Doch wie sah es aus! »Die eine Treppwand hat ein riesiges Loch und in jeder 2. Wand ist ein Riß oder so. Das ganze Haus sieht ziemlich böse aus.« Und trotzdem – die Bindung zu dieser Stadt bleibt intensiv und stark: »Als ich wegfuhr war mir ziemlich zum heulen zu Mute. Berlin bleibt eben doch Berlin. Als ich unser Haus sah, den Garten und so weiter habe ich mir gedacht, ich würde lieber diese ganze Bombengeschichte mitmachen, nur um zu Hause zu sein.«⁴² – Nur zum Vergleich der Brief eines zwölfjährigen Mädchens an ihre evakuierten Geschwister: »Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen wie schön es hier (auf einem Besuch in Berlin) ist. Am 1. Tag war 1mal Alarm. Dienstag nichts, Mittwoch 2mal, Freytag 3mal; aber trotzdem gibt es keinen schöneren Ort als Berlin und zu Hause in Berlin.« Am Ende steht dann: »Hier ist der Himmel auf Erden und nirgends in der Welt kann es trotz Alarm und anderen Schwierigkeiten schöner sein. Nie und nirgends.«⁴³

Diese Zuneigung gilt gar nicht so sehr der Familie, sie richtet sich auf Haus, Gar-

⁴⁰ Franz Erich Mencken (s. A 9), S. 317.

⁴¹ Ebda., S. 316f.

⁴² Ebda., S. 319.

⁴³ Ebda., S. 321.

ten, auf das »Zu-Hause« und – unüberhörbar – auf eine Stadt, auf Berlin. Diese Kinder sind auf Gegenwärtiges eingestellt, und Zerstörungen beunruhigen sie nicht. Wenn dies eine neue Wahrnehmungsweise im 20. Jahrhundert sein sollte, wäre sie von einer sehr sachbezogenen erstaunlichen Intensität.

Unsere Ergebnisse: Kinder in der Stadt nehmen meist auf, was ihrem Alter gemäß ist. Insofern unterscheiden sich ihre Eindrücke und Verhaltensweisen von denen der Erwachsenen, kaum jedoch von denen ihrer Altersgenossen auf dem Land. Selbst die Freude an kriegesischen Spielen ist wohl altersbedingt. – Dies war im Grunde zu erwarten.

Interessant ist hingegen, daß Kinder – etwa vom achten Lebensjahr an –, wenn sie Städte vergleichen oder wenn sie Stadt und Land vergleichen, eine für ihre Gesellschaft und für ihre Epoche typische Wahrnehmungsweise haben. Manchmal sind sie in dieser Hinsicht von Erwachsenen beeinflusst, manchmal könnten sie diese Art wahrzunehmen unabhängig oder früher als die Erwachsenen erworben haben. Das wäre noch zu überprüfen.⁴⁴

Überraschend ist vielleicht auch, daß die Realität der Stadt fast nur Kindern, die in ihr arbeiten und Geld verdienen, bewußt wird. Jedenfalls erfahren wir nur über sie Genaueres vom Alltag einer Stadt.

Auf Zerstörungen der Stadt reagieren Kinder in einer epochenspezifischen Weise. Dabei ist schon erstaunlich, wie unmittelbar, unverstellt und mit welcher Heftigkeit sich Kinder dem ihnen vertrauten Haus und ihrer Stadt zuwenden können. Wie viel Bindungen kann unsere Art wahrzunehmen enthalten!

⁴⁴ Weitere Beobachtungen dazu: August Nitschke (s. A 17).

Imbke Behnken / Jürgen Zinnecker

Straßenkinder und ihre Wächter

Eine Fallstudie zur städtischen Kindheit um 1900

1. Einleitung – 2. Städtische Ortswächter im Prozeß der Zivilisation – 3. Geschichten vom Umgang mit den Ortskontrolleuren – 4. Kinderfreunde und Öffentlichkeit der Nachbarschaft – 5. Blickerweiterung

1. Einleitung

Große Städte gelten gegenwärtig als problematische Lebensräume für Kinder. In dieser Diagnose stimmen Kindheitsforscher, Stadtplaner und Pädagogen überein.¹ Zu den zentralen Problemzonen, die zur Unwirtlichkeit der öffentlichen Plätze und Straßen beitragen, gehört deren mangelhafte Sicherheit. Dazu zählen nicht nur die offensichtlichen physischen Risiken, die der Straßenverkehr mit sich bringt, sondern auch die sozialen Gefahren, die durch unzureichende soziale Kontrollen dieser Orte entstehen. Vor allem in den USA – mit den dort sich spezifisch zuspitzenden »Überlebensproblemen« von Bewohnern großer Städte – wurde dieser soziale Risikofaktor des Stadtlebens eingehend diskutiert und untersucht.² Bezogen auf Kindheit sind insbesondere die Beobachtungen und Analysen der Stadtkritikerin Jane Jacobs bekannt geworden. Sie verglich die öffentlichen Räume von Stadtteilen, die durch hohe soziale Risiken für die körperliche und psychische Unversehrtheit der jüngeren und älteren Bewohner gekennzeichnet waren, mit Wohnquartieren, wo sich diese sozial verletzbaren Gruppen gefahrlos in der Öffentlichkeit aufhalten konnten. Der entscheidende Unterschied, den J. Jacobs herausstellt, ist die örtliche Präsenz von »wachsamen Augen«, die – während sie ihren Alltagsgeschäften nachgehen – beiläufig und unauthorisiert das soziale Geschehen auf den Straßen und Plätzen beobachten und auf diskrete Weise kontrollieren.

Ungeachtet einzelner Versuche, die Vielfalt sozialer Ortswächter durch stadtplanerische und politische Maßnahmen wiederherzustellen, ist als langfristige Entwick-

¹ U. Preuss-Lausitz u. a., Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, Weinheim / Basel 1983; C. Ward, Das Kind in der Stadt. Frankfurt a. M. 1978 / F. Thiemann, Kinder in den Städten, Frankfurt a. M. 1988.

² J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Gütersloh 1963 (amerikanische Originalausgabe 1961). S. Milgram, Das Erleben der Großstadt. Eine psychologische Analyse, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie 1 (1970), S. 142–152.

lung eine Verdrängung dieser Gruppen aus der lokalen Öffentlichkeit zu konstatieren. Für die Geschichte städtischer Kindheit ergibt sich daraus, daß die Jüngeren verstärkt auf die Angebote pädagogisch betreuter Binnenräume – von der Familienwohnung bis hin zu vor- und außerschulischen Einrichtungen – angewiesen sind.³ Kindheitsforschung spricht, darin der zivilisationsgeschichtlichen Forschung folgend, von einer weitgehenden »Verhäuslichung« heutiger Kindheit.⁴

Wo Kontakt von Kindern mit städtischer Öffentlichkeit unvermeidbar ist, wird ein pädagogischer Regelkatalog wirksam, der die Kinder trainiert, sich routiniert-antisozial gegenüber der risikoreichen sozialen Umwelt zu verhalten (»Trau keinem Fremden und geh mit niemandem mit.«). Damit wird zugleich das Lern- und Anregungspotential, das die soziale Nahwelt für die Jüngeren bereithält, ausgegrenzt.⁵

Eine solche problematische Entwicklung städtischer Kindheit ruft das historische Interesse wach. Wie war Kindheit in jener Epoche sozial im öffentlichen Raum geschützt, als »Straßensozialisation«⁶ der dominante Modus des Aufwachsens war, zumindest für die Mehrheit kleinbürgerlicher und Arbeiter-Kinder? In der einschlägigen Forschung zur Sozialgeschichte von Straßenkindheit ist diese Fragestellung nicht thematisiert. Das gilt beispielsweise für die Studie von Schlumbohm⁷ zur Bedeutung des Straßenlebens für kleinbürgerliche Stadtkinder im späten 18. Jahrhundert wie für die Untersuchung von M. u. H. Muchow⁸ zum öffentlichen Gruppenleben Hamburger Arbeiterkinder der 30er Jahre.

Als Zeitraum für die eigene Untersuchung wählten wir die Zeit um die Jahrhundertwende als eine Hochphase der Straßenkindheit. Angesiedelt ist die Fallstudie in zwei Wiesbadener Stadtvierteln, die im Zuge der frühen Stadterweiterung im 19. Jahrhun-

dert als Wohnquartiere für die »kleinen Leute« – angrenzend an die alte Stadt – errichtet wurden.⁹ Wiesbaden interessiert uns hier nicht als die repräsentative Wilhelminische Kurstadt, sondern – die andere Seite – als Arbeits- und Wohnort für die Vielzahl derer, die für die bürgerlich-adelige Stadtgesellschaft als Dienstleistende tätig waren. Die beiden Untersuchungsorte – Westend und Nordend – zeichnen sich um 1900 durch eine hochverdichtete Blockbebauung mit ein bis zwei Hinterhöfen aus. Kennzeichnend für die Quartiere ist die Vermischung von Handel, Gewerbe und Alltagsleben der Bewohner. In sozialstruktureller Hinsicht handelt es sich um einen gemeinsam geteilten Lebensraum von städtischer Unterschicht und Kleinbürgertum, aus dem Bürgertum und Adel des Wilhelminischen Kaiserreiches ausgeschlossen sind.

Hauptquelle für die Untersuchung von Straßenkindheit und Ortswächtern sind erzählte Erinnerungen von rund 40 Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die mehrheitlich zwischen 1890 und 1910 in den Quartieren geboren sind und dort ihre (Straßen)Kindheit durchlebten. Ergänzt werden die mündlichen Quellen durch publizierte Autobiographien prominenter bürgerlicher Autoren und Autorinnen.¹⁰

2. Städtische Ortswächter im »Prozeß der Zivilisation«

Erwachsene, die den Quartiersraum bevölkern, lassen sich als »Ortswächter« verstehen. Durch ihre handelnden Eingriffe in die Kinderwelt, aber auch durch die bloße Anwesenheit, die stillschweigend Regeln setzt, kontrollieren sie den Kindheitsraum vor Ort. Die Sozialkontrolle hat eine »positive« wie eine »negative« Seite. Ortswächter tragen zur soziokulturellen Integration der Kinder ins Quartiersleben bei; sie stiften »positiv« mit Inhalt angereicherte Sozialkontakte: Sie stehen als Gesprächspartner bereit, lassen den Jüngeren gelegentliche Hilfeleistungen zugutekommen, weisen sie in die sozialen Spielregeln und in die Rituale ein, die am Ort gelten usw. Die Kehr-

³ H. Zeiher, Die vielen Räume der Kinder. Zum Wandel räumlicher Lebensbedingungen seit 1945, in: V. Preuss-Lausitz u. a. (s. A 1), S. 176–195.

⁴ P. Gleichmann, Die Verhäuslichung körperlicher Verrichtungen; in: P. Gleichmann / J. Goudsblom / H. Korte (Hrsg.), Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie, Frankfurt a. M. 1978; P. Gleichmann, Einige soziale Wandlungen des Schlafens, in: Zeitschrift für Soziologie 9 (1980), S. 236–250; J. Zinnecker, Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. Kindheitsgeschichte im Prozeß der Zivilisation, in: I. Behnken (Hrsg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation, Opladen 1990.

⁵ I. Behnken / J. Zinnecker, Soziale Entwöhnung der Straßenkinder oder: Härtetests für junge Stadtbewohner, in: Chr. Büttner / A. End (Hrsg.), Lebensräume für Kinder. Jahrbuch der Kindheit, Band 6, Weinheim / Basel 1989, S. 37–66.

⁶ R. Lindner, Straße – Straßenjunge – Straßenbände. Ein zivilisationstheoretischer Streifzug, in: Zeitschrift für Volkskunde 2 (1983), S. 192–208; J. Zinnecker, Straßensozialisation. Versuch, einen unterschätzten Lernort zu thematisieren, in: Zeitschrift für Pädagogik 26 (1979), S. 727–746.

⁷ J. Schlumbohm, »Traditionelle« Kollektivität und »moderne« Individualität: Einige Fragen und Thesen für eine historische Sozialisationsforschung. Kleines Bürgertum und gehobenes Bürgertum Deutschlands im späten 18. Jahrhundert als Beispiel, in: B. Vierhaus (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im Zeitalter der Aufklärung (Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Band 8, 1980).

⁸ M. Muchow / H. Muchow, Der Lebensraum des Großstadtkindes. Mit einem Vorwort von J. Zinnecker, Bensheim 1978 (Originalausgabe 1934).

⁹ D. Glatthaar, Viertelbildung in Wiesbaden (Diss.), Mainz 1969; Chr. Spielmann / F. Krake, Atlas der Stadt Wiesbaden. Die Entwicklung des Weichbildes der Stadt Wiesbaden, seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, 1912.

¹⁰ K. Korn, Lange Lehrzeit. Ein deutsches Leben, Frankfurt a. M., 1975; M. Ludendorff, Kindheit und Jugend. Erster Teil von: Statt Heiligenschein oder Hexenzeichen – Mein Leben, München 1932; H. Grimm, Leben in Erwartung. Meine Jugend, Lippoldsberg 1952.

Das Projekt wurde unter dem Titel »Stadt und Quartier als Lebensraum von Kindern, Jugendlichen und ihren Pädagogen, 1900 bis 1980« an den Universitäten Leiden, Marburg und Siegen durchgeführt und – für zwei Jahre – von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert. Das Forschungsprojekt war als historisch kulturell vergleichende Studie angelegt, die sich mit dem Wandel städtischer Lebensräume als Umwelten von Kindern seit 1900 befaßte. Informationen zum Projekt: I. Behnken / M. du Bois-Reymond / J. Zinnecker, Stadtgeschichte als Kindheitsgeschichte. Lebensräume von Großstadtkindern in Deutschland und Holland um 1900, Opladen 1989 und I. Behnken (Hrsg.) (s. A 4). Weitere unveröffentlichte Projektberichte sind in der Bibliothek der Universität-Gesamthochschule Siegen, Bibliothek, Adolf-Reichwein-Str. 2, 5900 Siegen ausleihbar. Projektbericht zu dem vorliegenden Aufsatz: I. Behnken / J. Zinnecker, Ortswächter und soziale Vernetzung im Quartier, Wiesbaden / Siegen 1987.

seite der Wächtertätigkeit besteht darin, Grenzen des Möglichen zu setzen, Verbote auszusprechen, Bestrafungen vorzunehmen usw.

Die historischen Kindheitszeugen der Geburtsjahrgänge 1890 bis 1910 klassifizieren die verschiedenen Gruppen von Ortswächtern anders als erwartet. Wir waren beispielsweise – nicht zuletzt aufgrund von Kindheitsbeobachtungen und Befragungen aus der Gegenwart – davon ausgegangen, daß selbständige Geschäftsinhaber und Handwerksmeister zu den negativ sanktionierenden Kontrolleuren von Kindheit zu rechnen seien. Was für die Gegenwart zutrifft, erwies sich für die Zeit unmittelbar nach 1900 als irrig. Aus den Interviews ergab sich folgende Einteilung:

Ortskontrolleure, die gerechnet wurden	
zu den soziokulturellen Helfern (positive Bezugnahme und Vernetzung)	zu den sanktionierenden Instanzen (negative Bezugnahme und Grenzziehung)
Hausbewohner Gastwirte Handwerker/Meister Ladenbesitzer (Handel) u. a.	Lehrer Pastoren/Pfarrer Polizisten Feldschützen u. a.

Welche Deutungsmuster wir dieser Klassifikation zugrundelegen, wird an späterer Stelle im Text erläutert. Hier sei nur so viel gesagt, daß die erste Bezugsgruppe offenbar als Teil der (Über-)Lebensgemeinschaft des Arbeiter- und Kleinbürgerquartiers definiert ist, während die letzteren als regelsetzende Instanzen erscheinen, die – von außerhalb kommend – missionierend und einengend als Delegierte übergeordneter Instanzen von Kultur, Politik, Ökonomie im Quartier tätig waren. Beide Gruppen von Ortskontrolleuren sind im gesellschaftlichen Raum dem Kleinbürgertum zuzurechnen. Während es sich bei Helfern der Kindheit jedoch überwiegend um die Fraktion der kleinen ökonomischen Selbständigen handelt, zählen die Kontrolleure zur Kulturfraktion dieser Klasse.

Bei der folgenden Interpretation will bedacht sein, daß wir historische Veränderungen in Struktur und Qualität des lokalen Wächtersystems im Auge haben. Wir fokussieren die Kindheitsepoche zwischen 1900 und 1920 in zivilisationshistorischer Absicht. Welche Entwicklungslinien des kindlichen Nah- und Alltagsraumes lassen sich zwischen damals und heute ausmachen? Wir haben versucht, einige der vermuteten Tendenzen in Anlehnung an zivilisationstheoretische Gedanken von N. Elias und seiner »Schule« in Kurzformeln greifbar werden zu lassen.¹¹ Danach vermuten wir zwi-

schen 1900 und heute eine sozialgeschichtliche Entwicklung von informellen Quartierswächtern zur Selbst- und anonymisierten Fremdkontrolle und eine Abnahme der örtlichen Präsenz und der Handlungsautonomie lokaler Kontrollinstanzen.

Legen wir diese Formeln für die Kindheitsepoche zu Anfang des 20. Jahrhunderts aus, so suchen wir im Quellenmaterial, kurz gefaßt, nach Bestätigung oder Widerlegung folgender Hypothesen:

1. Die Kontrolle des sozialen Raumes im Stadtteil verteilte sich um 1900 auf viele Personen und Gruppen. Die Scheidung in »berufene« und »unbefugte« Kontrolleure von Kindheit, die für die gegenwärtige Epoche so charakteristisch ist, war damals noch wenig(er) entwickelt. Das heißt, einer geringen Zahl professioneller Kindheitswächter stand eine große und vielfältige Gruppe selbsternannter informeller Ortswächter gegenüber. Nahezu jeder exponierte Viertelbewohner bzw. im Quartier tätige Erwachsene sah sich – und war es in gewissem Umfang – befugt, sanktionierend oder helfend in das Kinderleben vor Ort einzugreifen. Ortswächter waren um 1900 also nicht nur Lehrer oder Polizisten, sondern ebenso die Hausnachbarn, Berufskollegen der Eltern, Ladenbesitzer, Handwerksmeister, öffentliche Bekannte.
2. Was die berufsmäßigen Wächter von Kindheit, also die Lehrer, Pfarrer, Schutzleute, Hausbesitzer angeht, so war deren Eingriffskompetenz seinerzeit gleichfalls unhinterfragter und weitreichender als in der Gegenwart. So dürfen wir hinsichtlich der Lehrer des Ortes unterstellen, daß sie mit Kindheit im Quartier seinerzeit mehr befaßt waren als Lehrer heute. Sie hatten ein erweitertes Recht auf körperliche Züchtigung, auf Stellungnahme zur Freizeit ihrer Schüler, auf Achtung ihrer Autorität im Straßenraum u. ä.
3. Die erweiterte Handlungskompetenz professioneller Ortswächter war mit der größeren Präsenz dieser Gruppe im öffentlichen Quartiersraum verknüpft. Manche der gegenwärtig zentralisierten Kontrollinstanzen befanden sich um 1900 noch im Quartier. Kirchen, Schulen, Polizeireviere gehörten zum festen Bestandteil der Nachbarschaft. Entsprechend ortsgebunden und wenig distanziert übten die Berufsgruppen, die diese Organisationen vor Ort vertraten, ihre Tätigkeit gegenüber Kindern und deren Familien aus.
4. Pädagogische, soziale und kirchliche Einrichtungen fungierten als zentrale kulturelle Mittler für die Kinder aus dem Arbeiter- und Kleinbürgerquartier. Mehr als heute waren Kinder und deren Eltern auf die Angebote dieser Institutionen angewiesen, wollten sie kulturelle Kompetenzen erwerben oder am kulturellen Leben der Ortsgesellschaft teilhaben. So vermittelten beispielsweise Schule und Kirche den Umgang mit Musik (Gesang, Instrumentenspiel), mit Buch- und Lesekultur (Lesehallen),

(s. A 4); P. Gleichmann / J. Goudsblom / H. Korte (Hrsg.), Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie 2, Frankfurt a. M. 1984.

¹¹ Vgl. N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bände, Frankfurt a. M. 1978/1969; P. Gleichmann / J. Goudsblom / H. Korte (Hrsg.),

sie organisierten Theater- und Kinobesuche, Ausflüge zu Sehenswürdigkeiten der Umgebung usw.

5. Die kulturelle Mittlertätigkeit war von ausgesprochen missionarischer Qualität. Schule, Kirche, Fürsorge verstanden sich als Sendboten bürgerlicher (Hoch-)Kultur und moralischer Verhaltensstandards. Die zivilisierende Mission gegenüber den städtischen Unterschichten umfaßte Hygiene, Erziehungslehre, kulturelle Standards des Wohnens, Essens, Kleidens, der Anstands- und Höflichkeitsregeln und vieles mehr. Die Imprägnierung mit hegemonialer bürgerlicher Kultur erfolgte offensiv und im Bewußtsein moralisch-politischer Legitimität. Demgegenüber hat sich zur Gegenwart hin die Selbstdefinition dieser sozialen und kulturellen Kontrollinstanzen als Missionare bürgerlicher Kultur verringert. Im Zuge der Umwandlung in eine Dienstleistungsgesellschaft verstehen sich die Vertreter solcher Profession gegenwärtig mehr als Spezialisten, die begrenzte Handlungsangebote und Hilfestellungen für eine Laienklientel bereithalten.

6. Die Anonymisierung der sozialräumlichen Kontrolle war seinerzeit weniger vorangeschritten als heute. An vielen Stellen waren noch Personen als Ortswächter tätig, die später durch technische Kontrollsysteme ausgetauscht wurden. An die Stelle des Verkehrspolizisten, der den Kreuzungsverkehr persönlich regelte, trat die Ampelanlage; das wachsame Auge des Einzelhändlers wurde durch das Kameraauge der TV-Überwachung im Supermarkt abgelöst. Die Kinder der damaligen Epoche waren folglich mehr mit Personen und persönlichen Kontrollen und weniger mit abstrakten Gebots- und Verbotsregeln konfrontiert.

7. Die Vielfalt informeller Ortswächter bezeichnet ein besonderes Risiko von Kindheit um 1900. Das Machtgefälle zwischen Jüngeren und Älteren war im Alltag des Stadtteils relativ ungefiltert präsent. Nahezu jeder Erwachsene sah sich als befugt an, gegen Kinder einzuschreiten, nötigenfalls unter Einsatz körperlicher Gewalt. Professionalisierung von Ortskontrolle bedeutet positiv, daß heutige Kindheit stärker gegenüber Eingriffen fremder, nicht autorisierter Erwachsener geschützt ist. Kinder sind umgeben von ausgewählten Erwachsenen, die den Umgang mit ihnen nach Maßgabe pädagogischer und psychologischer Grundsätze gestalten und umweltvermittelnd tätig sind. Zudem sind die Handlungsspielräume für alle Ortswächter, berufene wie unberufene, durch die voranschreitende Verrechtlichung des sozialen Alltagshandelns eingeschränkt.

8. Die Kehrseite des zur Gegenwart hin verringerten Eingriffsrechtes von Erwachsenen: Erwachsene sind auch als helfende Bezugsgruppe weniger als seinerzeit an Ort und Stelle verfügbar. Die unmittelbar als Wächter in das Kinderleben eingreifenden Personen bedeuteten für Kinder um 1900 auch einen gewissen Schutz und ermöglichten ihnen, sich den sozialen Quartiersraum relativ selbsttätig anzueignen. Entsprechende »Schwimmgürtel« sind seither geringer geworden, was die Tabuisierung des öffentlichen Stadtteilraumes für Kinder verstärkte.

3. Geschichten vom Umgang mit den Ortskontrolleuren

3.1 Vom Weglaufen zum Verhandeln

»Aber wehe, wenn der Herr Sonnenborn dann kam, dann waren wir alle weg. Alle. Gedroht hat er nicht, aber der war ja so streng.« (Zeitzeugin, Jg. 1920).

Mit den sich wandelnden Konfigurationen sozialer Kontrolle am Ort haben sich auch die Taktiken und Strategien des Umgangs der Kinder mit den Quartierswächtern geändert. Um eine Richtung dieser »Modernisierung« anzuzeigen. Liefen Kinder um 1900 bevorzugt weg, so verlegen sie sich zunehmend – je mehr wir uns der Gegenwart nähern – aufs Verhandeln. Straßenkindheit zu Beginn des Jahrhunderts lebt auch in diesem Punkt von der »Kultur des Laufens«. Damit ist zugleich angedeutet, daß wir es mit einer klassenspezifischen Kindheit zu tun haben. Die spezifische Kontroll- und Machtkonstellation war insbesondere für Arbeiterkinder so gestaltet, daß die Flucht als die beste der Möglichkeiten erschien, mit erwachsenen Kontrolleuren im öffentlichen Raum umzugehen. Bürgerliche Kindheit jener Epoche war soweit verhäuslicht, daß eine solche Taktik obsolet werden mußte: Wie soll man vor den bedrohlichen Erwachsenen fliehen, wenn man gemeinsame und von Mauern umschlossene Handlungsbezirke mit ihnen teilt?

Es fällt auf, daß fast stereotyp alle erzählten Geschichten, die von Konflikten (der Arbeiter-Kindheit) mit Ortswächtern handeln, mit dem – geglückten oder mißlungenen – Versuch wegzulaufen und sich zu verstecken enden. Darin spiegelt sich die historische Besonderheit der Kontrollsituation 1900 wider. Strafen bei Übertretungen wurden an Ort und Stelle geahndet, und zwar wurden sie als physische Strafe vollstreckt. Die Ortswächter fackelten nicht lange, sie vollzogen die Strafe als Prügel. Das sinn gemäße Verhalten auf Kinderseite: seinen Körper und seine Person durch Weglaufen in Sicherheit bringen.

Was in heutiger Kindheit – klassenübergreifend – vielfach hilft, sich aufs Verhandeln mit den erwachsenen Ortswächtern zu verlegen, sich zu rechtfertigen, durch geschickten Gebrauch von Worten herauszureden, half Arbeiterkindern damals wenig. Man kam gar nicht erst zu Wort. Es werden also andere Fähigkeiten der Selbstverteidigung abgefragt, damals und heute. Da heute die physische Unversehrtheit des Kindes vielfach nicht in Gefahr steht, aufgrund der – u. a. durch Verrechtlichung der Kindheit – eher gesicherten »Schlaghemmung« der Erwachsenen, können Kinder den Erwachsenen anders standhalten. Ein Ausdruck veränderter Machtbalance zwischen Ortswächtern und Kindern.

Die »geschlossenen Familiengrenzen« heute bilden ebenfalls einen stärkeren Schutz vor Übergriffen Fremder. Während heute vielfach die Familie zusammenhält, gab es – jedenfalls in der relativ offenen historischen Arbeiterfamilie – 1900 häufiger die Situation, daß sich die Erwachsenen gegenüber dem Nachwuchs verbündeten. Erfolgreich weglaufen hat zur Voraussetzung, daß es genügend geeignete Schlupfwinkel

für Kinder im Viertel gibt und daß sich die Kinder intimer Kenntnisse dieser Verstecke erfreuen. Hier können wir gleichfalls eine Veränderung konstatieren. Historisch nimmt mit der verdichteten Bebauung und bereinigten Nutzung der Stadtquartiere die Zahl geeigneter Rückzugsorte ab – ganz ähnlich wie dies auf ethologischer Ebene geschieht, wo Vögel weniger städtische Nistplätze vorfinden als ehemals.

Das Versteckspiel am Ort weist über die Kindheit hinaus. In den Erinnerungen der Erzählenden wird die Qualität der Unübersichtlichkeit des Quartiers und die Vielfalt der Fluchtwege – bei offenen Grenzen der Häuser, Keller, Hinterhöfe usw. – auch im politischen Zusammenhang thematisiert. Man erzählt von Verfolgungsjagden z. B. zwischen SA und Jugendcliquen. Solche Geschichten und Mythen dienen der Verdeutlichung von Ortskenntnis und Geschicklichkeit der verfolgten Jüngeren. Zudem wird damit eine besondere Qualität des Viertels und seiner Aneignungsweise herausgestellt. Das Territorium des Quartiers gehört als Schlupfwinkel den Ortsansässigen, die fremden Eindringlinge werden als eher tölpelhafte und schwerfällige Verfolger bloßgestellt.

3.2. Polizisten am Ort – Respektpersonen und Gegenspieler

»Vor dem Ersten Weltkrieg gingen zwei zusammen, zu Fuß. Später sind sie mit dem Motorrad hier durchgefahren, jetzt sausen sie mit dem Auto durch.« (Zeitzeugin, Jg. 1902).

Anfang des Jahrhunderts gehörten Polizisten zu den öffentlichen Bekannten der Kinder im Quartier. Manchem der Zeitzeugen ist bewußt, daß sich seitdem eine stufenweise Entfernung der Polizei aus dem öffentlichen Quartiersraum ereignet hat. Eine entsprechende Entwicklungstendenz formuliert beispielsweise eine Zeitzeugin. Die Präsenz der Polizei als Ortswächter spiegelt sich auf vielfache Weise in den Kindheitserinnerungen der alten Viertelbewohner. Ein eher äußerliches Indiz ist die Zahl der erinnerten Geschichten. Schon bemerkenswerter: die lebhaften Bilder von Polizeirevieren in den Straßen des Viertels.

Vor einigen Jahren wurde die letzte Polizeistation im Quartier in einen Außenbezirk verlegt. Das zuletzt noch verbliebene Revier hatte ohnehin nur eine marginale Beziehung zum Stadtteil. Der Aktionsradius der Beamten erstreckte sich über einen Teil des Stadtgebietes, der überwiegend jenseits der Viertelgrenzen angesiedelt war. Ganz anders stellt sich für die Kindheitszeugen der Sachverhalt Anfang des 20. Jahrhunderts dar. Wie ist es um Polizisten als öffentliche Straßenbekannte bestellt? Zu diesem Punkt fällt auf, daß die Namen einzelner Polizeibeamter – nach rund einem halben Jahrhundert – erinnert werden. Von einem Herrn Lemke mit Schnurrbart ist die Rede, von »dem Nettelmann«, der in der Gustav-Adolf-Straße gewohnt habe. Ferner spielt Herr Sonnenborn eine prominente Rolle, und zwar bei Angehörigen verschiedener Jahrgänge, was auf eine lange Dienstzeit im Quartier hinweist. Mehrfach erwähnen die Erzählenden, daß einzelne Beamte im Quartier gewohnt hätten. Zur öffentli-

chen Vertrautheit mit bestimmten Ortpolizisten gehört die Vergabe von Spitznamen. So wird ein Beamter, der die Straßenspiele der Jungen mit dem Ball konsequent verfolgte, sinnreich als »Ballschlucker« karikiert.

Einige Erzähler lassen in ihren Geschichten die Aura der Autorität lebendig werden, die Polizeibeamte umgab. Auch ohne konkrete Amtshandlung: Das bloße Erscheinen der öffentlichen Respektperson löste Angst bei den Straßenkindern aus und veranlaßte sie unverzüglich zur Flucht. Diese Gruppe von Kontrolleuren verdeutlicht wie keine andere die unüberbrückbare Machtdifferenz jener Epoche. Angesichts der Übermacht blieb als Taktik nur, die Weite des öffentlichen Raumes zu nutzen. In einem Punkt war Gleichheit hergestellt: Beide Parteien waren zu Fuß.

Für Straßenjungen und männliche Straßengruppen fungierte die Ortpolizei als willkommener Gegenspieler, der die Alltäglichkeit des Quartiersraumes zu durchbrechen und in einen Raum der Gefahr und des Abenteuers umzuwandeln vermochte. Das seinerzeit beliebte Kinderspiel »Räuber und Gendarm« ließ sich mit den Polizisten um einige Grade ernsthafter gestalten. Zum Mythos des Straßenjungen gehörte als Mit- und Gegenspieler der Ortpolizist.

Die wirklichen bzw. drohenden Eingriffe der Ortpolizei in das Kinderleben waren nicht gering. Sie reichten – orientiert man sich an den von den Kindheitszeugen erinnerten Konfliktpunkten – von der Verfolgung gewisser Straßenspiele (obenan: Fußballspielen, Schlittenfahren, Scherben an Einrichtungen) über Kontrollen des Straßenverhaltens der Jüngeren (zum Beispiel: Rauchen oder Erwachsene necken) bis hin zum Zugriff bei schwerwiegenden Vergehen wie Obstdiebstahl oder Schuleschwänzen. Die Sanktionsmöglichkeiten der Ortpolizisten Anfang des 20. Jahrhunderts scheinen sich im Vorfeld der Prügelstrafe bewegt zu haben. Wiederholt ist davon die Rede, daß Polizisten die Jüngeren »hart angefaßt« oder »durchgeschüttelt« haben. Auch eine Ohrfeige war möglich. Im Vergleich zur Schule waren Ortpolizisten in dieser Hinsicht jedoch (bereits) entmachteter. Um Kinder rechtens körperlich züchtigen zu können, war die Polizei auf die Amtshilfe der Schule angewiesen, von der in gewissen Fällen eifrig Gebrauch gemacht worden zu sein scheint. Für die Jüngeren in manchen Fällen gravierender: Wenn es der Ordnungsmacht gelang, ihnen gewisse Spielgeräte (Bälle) oder angeeignete Nahrungsmittel (Obst o. ä.) abzunehmen. Angesichts knapper materieller Ressourcen von Arbeiterkindheit eine besonders gefürchtete Sanktion.

3.3. Schule und Polizei – Kooperation der wachsamen Augen

Schule und Polizei arbeiteten in bestimmten Fällen Hand in Hand. Die Kooperation war informell, personenvermittelt, direkt. Sie basierte auf der persönlichen Bekanntschaft und dem individuellen Einsatz der Kontrolleure. Bürokratische Mittel oder juristische Absicherung traten dagegen zurück. Die Kontrollinstanzen grenzten sich weder untereinander noch gegenüber dem Quartiersleben streng ab – dieser Eindruck entsteht jedenfalls, wenn wir Maßstäbe der gegenwärtigen Epoche zugrundelegen.

Voraussetzung des persönlichen, über das Handlungsfeld einer Institution hinausweisenden Einsatzes waren Ortskenntnis und Präsenz der Kontrolleure im Quartier. »Das war ja das Schlimme, die haben ja alle in unserer Nähe gewohnt. Die haben ja alles mitgekriegt.« Über die Grund- und Hauptschullehrer der Gegenwart ließe sich eine solche Behauptung nicht aufstellen. Diese Lehrergeneration wohnt in den Vororten Wiesbadens, pendelt mit dem Auto täglich in die Schule. Außerhalb der Dienstzeit und jenseits des Schulgrundstückes halten sie Distanz zum Leben im Quartier.

Ein Beispiel für einen ortsverbundenen Volksschullehrer, der sich in das Leben der Schüler einmischte – im positiven wie im negativen Kontroll-Sinn –, wird uns in Gestalt des Lehrers Heinz erzählt. Der kirchentreue Lehrer-Organist, Zentrumswähler, ließ die katholischen Schüler wissen, daß er ein Auge auf ihren sonntäglichen Kirchgang hatte. Oder: Der aktuelle Staatsbürgerkundeunterricht Anfang der 20er Jahre wurde beiläufig dazu benutzt, sich Einblick in das (sozialdemokratische) Wahlverhalten der Schülerfamilien zu verschaffen. In mehreren Varianten liegen Erzählungen vor, die von der Rolle des Lehrers Heinz im Konflikt seiner Jungenklasse mit einem ortsansässigen Polizisten – dem als »Ballschlucker« apostrophierten Wachtmeister – handeln. Zunächst betätigte der Klassenlehrer sich als vollstreckende Gewalt. Auf die Meldung des Polizisten hin bestrafte er die Jungen, die verbotenerweise auf dem Vorplatz des Alten Friedhofs Fußball gespielt hatten. »Wir waren doch so Fußballfanatiker, unsere Klasse hauptsächlich. Um sieben Uhr waren wir schon da (vor dem verbotenen Fußballplatz). Und dann kam der Polizist an. Oh Jesses! Wir ab, das war ja ein Verbrechen, wenn dort Fußball gespielt wurde. Wir unsere Bücher geschnappt und weg. Dann kam er aber in unsere Schule. Er kam schon immer gleich zu uns in die Klasse, der hat uns schon gekannt. Er kam rauf, sagt der Lehrer Heinz: »Herr Wachtmeister, Sie brauchen mir gar nichts zu sagen. Ich »kenn sie, ich ruf alle auf.« Dann haben wir alle unsere Abreibung gekriegt.« (Zeitzeuge, Jg. 1910).

Die Art und Weise der Bestrafung verdient unsere Beachtung. Sie geschah in direkter Kooperation von Lehrer und Schutzmann. Der Schutzmann kam in die Schule, identifizierte die Missetäter und wohnte der Bestrafung durch die pädagogische Schulgewalt, die auf der Stelle erfolgte, persönlich bei. Die Strafe erfolgte, wenn wir den männlichen Erzählern glauben, ohne begleitenden moralischen Diskurs. Argumente, die zählten, wurden durch den Takt des Rohrstocks auf Hand oder Gesäß bestimmt. Geredet wurde lediglich, um die fraglichen Schüler ausfindig zu machen und um die Frage zu klären: beteiligt oder nicht beteiligt? Kein Thema war die Rechtmäßigkeit des Bestrafens. Die ständigen Auseinandersetzungen führten zum Einlenken, wobei Lehrer Heinz als Pädagoge die Initiative ergriff. Die fußballbegeisterten Jungen erhielten einen Platz zum Spielen. Jeden Donnerstagnachmittag marschierte Lehrer Heinz mit seiner Klasse dorthin.

3.4. Kontrolleure von Haus und Wohnstraße

»Das Haus gehörte einem Schreinermeister, der im Hinterhof seine Werkstatt hatte. Herr Berghäuser wurde von uns gefürchtet. Er war der Typ des zu einigem Wohlstand gekommenen kleinbürgerlichen Vermieters, der Macht über die Mietparteien und vor allem die Kinder hatte.« (Karl Korn, geb. 1908).

Die Kontrolle der Kinder im Mietshaus war während jener Kindheitsepoche weder anonym noch delegiert. In erster Linie sahen die Hausbesitzer, die selbst auf dem Grundstück wohnten und dort ihren Arbeitsort hatten, nach dem rechten. Haus und Grundstück dokumentierten die Einbindung des gewerblichen Kleinbürgertums in das Quartier. Die Rolle der Hausbesitzenden als Respektspersonen für Kindheit und Quartier hält in den Erinnerungen keinen Vergleich mit den Polizisten, Lehrern oder Kirchenpersonen aus. Die Gesamtzahl der Berichte über Hauskontrollen ist im Vergleich gering, die Ausschmückung der Anekdoten zu kollektiven Mythen wenig entwickelt. Es liegt nahe, den Gedanken über die unterschiedliche Rolle der kulturellen und der gewerblichen Fraktion des Kleinbürgertums auf diesen Fall anzuwenden. Bei den Hausbesitzern handelte es sich in erster Linie um gewerbliche Kleinbürger. Deren Nähe zur Arbeiterbevölkerung war unübersehbar; eine weitergehende Kulturmission ist mit der Kontrolle nicht verbunden. Die Hausbesitzer schützten ihr Eigentum und ihre Ruhe – Lehrer und Pfarrer wollten mehr. Die Hausbesitzer konzentrierten sich auf die Überwachung der inneren Zone des Mietshauses, das Treppenhaus und den Eingangsbereich. Gelegentlich verbreitete der Besitzer Angst und Schrecken unter den Kindern. Auf der anderen Seite war der Hausherr manchen Mietsparteien, was den sozialen Status angeht, keineswegs sehr überlegen. So war es einigen Eltern durchaus möglich, ihre Kinder gegen den Besitzer in Schutz zu nehmen.

Ein nicht erwarteter Negativbeleg betrifft die Mitbewohner des Hauses als Ortswächter. Diese Gruppe wird kaum als Kontrollinstanz erinnert. Das erscheint notierendenswert, nehmen wir doch begründet an, daß Quartierskinder in jener Kindheitsepoche zahlreich mit nachbarschaftlichen Zu- und Eingriffen zu rechnen hatten. Am ehesten tauchten Nachbarn als Ortswächter auf, wenn es sich ums Straßenspiel vor dem Haus handelte. Hier intervenierten einzelne Anwohner, die das Straßenspiel unterbinden wollten. Erwischten sie die Sünder, übten sie nicht selten Selbstjustiz an Ort und Stelle. Die Prügel (Ohrfeigen) weisen darauf hin, wie offen die Kinderkörper für die Ortswächter aus der Nachbarschaft waren.

Ein Wechsel des Kontrollparadigmas läßt sich im Quartier durch die Errichtung einer Arbeitersiedlung in den 20er Jahren (1927) beobachten. An die Stelle des ortsansässigen Hausbesitzers trat ein von der Wohnungsbaugesellschaft Delegierter: der Hausmeister. Die Modernisierung der Hauskontrolle läßt einen neuen Mythos entstehen: den der allumfassenden Kontrolle. Der Beginn bürokratischer Delegationsmacht wird von den Be- und Anwohnern des »Arbeiterkurhauses« als Zuspitzung des territorialen Kontrollsystems erlebt und kollektiv überliefert. Ein Angestellter der städti-

schen Wohnungsbaugesellschaft wurde von den Kindern und ihren Eltern mit ähnlicher Machtbefugnis und -aura ausgestattet, wie wir dies im Fall der Ortspolizisten gehört haben. Wie dieser war er Delegierter einer höherstehenden Macht, die Unheil über die Familie – sofortige Exmittierung – verfügen konnte. (Dabei fällt die historische Übergangsrolle des kontrollierenden Angestellten auf: Er wohnte im Quartier. Sein persönliches Erscheinen am Ort, nicht die vom Schreibtisch aus der Ferne ausgeübte Verfügung, demonstrierte Macht.)

Ein Kontrollmotiv der Gegenwart, der ruhestörende Lärm der Kinder und ihres Straßentreibens, spielt bei den Berichten aus jener Kindheitsepoche eine geringe Rolle. Nur zweimal wird ausdrücklich darauf Bezug genommen: Die Kinder sollten leise das Treppenhaus heruntergehen; und sie wurden aus einer ruhigen Nebenstraße wiederholt durch Anwohner vertrieben. Dabei handelt es sich um keine in der Mitte des Viertels liegende Straße, sondern um eine Straße mit Übergangscharakter zum bürgerlichen Wohn- und Geschäftsviertel. Die Straßenlage dürfte nicht zufällig sein. Die Störung der Wohnruhe ist ein Konflikt- und Kontrollmotiv, das sich – vom Bürgertum ausgehend – von »oben« nach »unten« hin verbreitet. Es sind die oberen Schichten der Stadtbewohner, die zuerst ein »feines Ohr« für die Stille des Ortes entwickelten. Ganz ähnlich, wie sich in diesen Kreisen zeitlich als erstes das »feine«, gegen Geruchsbelästigungen empfindliche »Näschen« verbreitete.

Ruhe im Wohnumfeld war um 1900 ein ausgesprochen klassenspezifisch verteiltes Merkmal – allem Anschein nach stärker mit sozialer Distinktion verknüpft als dies heute der Fall ist. Die ErzählerInnen aus dem Arbeiterquartier wissen von der Aura der weihvollen Stille zu berichten, die bürgerliche Wohnhäuser und Wohnumgebungen in ihrer Kindheit kennzeichnete. Im Umkehrschluß können wir imaginieren, daß die Mitte des Arbeiter- und Kleinbürgerquartiers seinerzeit lärmend, von vielfachen Geräuschquellen erfüllt gewesen sein muß. Eine Berichterstatterin wundert sich rückwärtend, wie klaglos und wie tolerant seinerzeit die Nachbarschaft die spielende Kinderschar im Innenhof ertragen habe. Die Toleranzschwelle gegenüber geräuschvollen kindlichen (menschlichen) Lebensäußerungen sinkt zwischen damaliger und heutiger Kindheitsepoche. Die wachsende Peinlichkeit hat mit der Qualität der Geräusche und Geräuschquellen zu tun. Lärmende Kinderstimmen durchbrechen die Schallmauer des Privaten, während beispielsweise der Verkehrsstrom auf der Straße diesen Schutzwall weniger in Frage stellt.

4. Kinderfreunde und Öffentlichkeit der Nachbarschaft

4.1. Von der Hausgemeinschaft

Eine charakteristische Form der überlieferten Fotografie der Zeit stellt folgendes Bildmotiv dar: Alle anwesenden Bewohner eines Mietshauses sind für den Fotografen an-

getreten. Die einen stehen in oder vor der Tür, die anderen an der Hauswand. Andere sehen – oftmals zu mehreren – aus den Fenstern heraus. In diesen Bildern wird nicht nur die große Zahl der Hausbewohner (und es handelt sich ja gewöhnlich nur um die Bewohner des Vorderhauses) ersichtlich. Was aus heutiger Sicht überrascht, ist die gemeinsame Pose vor einem Haus, in dem die meisten doch lediglich Mieter sind. Man präsentiert sich auf dem Bild jedoch eher als stolzer Mit-Besitzer. Der Hauseigentümer – sofern auf dem Foto vertreten – ist nicht unbedingt als solcher zu erkennen. Dieser Typus des Bildmotivs ist heute allenfalls bei Eigenheimbesitzern gebräuchlich: Die Familie ist vor das Haus getreten und läßt sich vor dem Hintergrund ihres Besitzes fotografieren. Das zweite aus heutiger Sicht befremdliche: Die Grenzen zwischen den einzelnen Familien sind nicht eindeutig auf dem Bild, etwa durch räumliche Gruppierung, zu identifizieren. Wir haben es eher mit offenen Anordnungen zu tun: die Hausgemeinschaft wird fotografiert, nicht die einzelne Familie innerhalb des Mietshauses.

Das einzelne Mietshaus stiftete in der damaligen Kindheitsgeneration soziale Verbundenheit: die »Hausgemeinschaft«. Dieses Verbundenheitsgefühl mit einem Großhaus, das den einzelnen Familien nicht gehört, hat sich zur Gegenwart hin abgeschwächt. Man wohnt in den gleichen Haustypen heute unpersönlicher, familistischer, privater. Welche Belege für eine solche Entwicklungstendenz lassen sich in den Erinnerungen der Zeitzeugen finden?

Folgen wir den Erzählungen, so war die Gemeinschaft der Haus(flur)bewohner der Ort, wo alltägliche Nachbarschaftshilfe geleistet wird. Die Solidarhandlungen richteten sich auf die Betreuung der Kinder; auf Aushilfe bei der täglichen Ernährung; auf Unterstützung im Fall von Krankheit; auf die Gestaltung von Festen. Es ist eine soziale Vernetzung der Frauen und Mütter des Hauses, über die berichtet wird. Die Erinnerung betont das Selbstverständliche und die Gegenseitigkeit der Aushilfe. Sie erfolgte informell; alle waren darauf angewiesen.

So kochte eine Nachbarin für die Kinder, als die Eltern zeitweilig abwesend waren. In einem anderen Fall wurde das auf dem Land organisierte Essen geteilt. An Festtagen wurden die ärmeren Nachbarn selbstverständlich mit bedacht: Sie



Abb. 1: Hausgemeinschaft, Wiesbaden, Nordend, um 1900 (Archiv Kindheit Jugend, Univ.-Gesamthochschule Siegen)

holten sich aus der Küche »ihren Teil« ab. Nachbarinnen waren zur Stelle, wenn ein Kind geboren wurde. Beispielsweise übernahmen sie in diesem Fall das Wäschewaschen. Krankheit rief die Nachbarinnen in jedem Fall auf den Plan. Im Bereich eines sozialen Topos anzusiedeln: Die Aushilfe mit Zucker, Salz, Kaffee. Auf der anderen Seite gestaltete die Nachbarschaft Feste mit. Ein Zeitzeuge (Jahrgang 1902) weist auf die gegenseitige Hilfe bei den Vorbereitungen zur Konfirmation hin. Die Möbel der Nachbarn ermöglichten größere Festgesellschaften auch in den Kleinwohnungen des Quartiers (man war gezwungen, die Zimmer leerzuräumen, damit die Gäste überhaupt Platz hatten). Die Nachbarschaft bildete ferner eine Tauschzentrale, wenn es um das knappe Gut Kinderkleidung ging.

Die Solidargemeinschaft der Nachbarn hatte zur Voraussetzung, daß die einzelnen Familien Ernährung und Versorgung der Kinder nicht zu jedem Zeitpunkt in Eigenregie gewährleisten konnten. Dazu trugen verschiedene Umstände bei. Zum einen ist die generationstypische Versorgungskrise der städtischen Bevölkerung in und um den Ersten Weltkrieg zu nennen. Die Mangelwirtschaft zwang insbesondere die Arbeiterfamilien bzw. die Arbeitermütter, im Rahmen von Nachbarschaft die Notlage bei Nahrung und Kleidung zu verringern.

Ein zweiter Fall, in dem die Familien von den Nachbarn abhängig wurden, bezieht sich auf persönliche Notlagen, verursacht durch Krankheiten oder Zeiten der Arbeitslosigkeit (auch hier wäre die Abwesenheit der Kriegsväter mitzuzählen, wurde sie doch keineswegs ausreichend finanziell entschädigt). Die Nachbarn waren aber auch bei geringeren und erfreulicheren Anlässen vonnöten. Die Gestaltung traditioneller Feste überstieg bereits Budget und Kräfte mancher Familien.

»Tagsüber waren wir bei Frau Schmidt (Nachbarin), also wir waren schon in unserer Wohnung, aber die hat uns versorgt tagsüber, wir waren zum Essen da. Wir hatten eine ganz gute Hausgemeinschaft« (Zeitzeugin, Jg. 1905).

»Wenn Feiern waren, dann sind die Wohnungen ausgeräumt worden. Das Wohnzimmer oder ein anderes Zimmer. Dann kam ein großer Tisch in die Mitte, der wurde von anderen Leuten geholt. Die Stühle wurden auch von den Nachbarn geholt.« (Zeitzeuge, Jg. 1906).

Die Haushalte der Quartiersfamilien waren also extrem störanfällig. Jede Abweichung von der alltäglichen Routine, jede Sonderlage verlangte nach forcierter nachbarlicher Unterstützung. Die Störanfälligkeit hing auch damit zusammen, daß die Familien offenbar keine Ressourcen, weder materielle noch finanzielle, besaßen, die sie als »Polster« in Notzeiten einsetzen konnten. Das erwies sich an so simplen Dingen wie alltäglichen Nahrungsmitteln. Die Arbeiterhaushalte verfügten über keine ausgedehnten Lebensmittelvorräte.

Die Hausgemeinschaft war während der Kindheitsepoche um 1900 noch in einem weiteren Punkt real aneinandergekettet. Dafür sorgte der Umstand, daß gewisse infrastrukturelle Ressourcen nicht individuell verfügbar waren, sondern gemeinsam ge-

nutzt werden mußten. Die Kleinwohnungen im Quartier – ein oder zwei Wohnräume mit nicht mehr als 40 Quadratmetern Wohnfläche – waren nur mit dem Allernotwendigsten ausgestattet. Das zeigte sich beispielsweise im Fall der Toiletten oder der Wasseranschlüsse. Viele Wohnungen hatten kein eigenes Wasser, so daß sich die Mieter die Wasserhähne und Ausgußbecken, die außerhalb der Wohnungen auf den Fluren verfügbar waren, mit anderen Parteien teilen mußten. Ebenso teilten sich in der Regel zwei bis drei Mietsparteien ein Wasserklosett auf dem (Zwischen-)Flur.

Frauenarbeit führte die Hausfrauen und Mütter eines Mietshauses bei vielen Gelegenheiten zusammen. Sie trafen einander insbesondere auf dem Hausflur und in den Innen- oder Hinterhöfen der Häuser. (Die Vorderfront bzw. Straßenöffentlichkeit war allem Anschein nach während jener Kindheitsepoche von Alltagsarbeit bereits weitgehend gereinigt.) Die Hausöffentlichkeit wurde maßgeblich durch die Frauen konstituiert. Sie trafen bei täglichen kleinen Besorgungen, beim Gang zum Wasserhahn, beim Wäschewaschen oder bei der Fürsorge für die Kinder im (halb-)öffentlichen Teil des Miethauses, auf den Innenhöfen oder vor der Haustür zusammen.

Einige Erzählerinnen beziehen sich in erster Linie auf die positive Erfahrung einer Kommunikationsgemeinschaft. In diesen Aussagen kommt eine nostalgieträchtige Gefühlslage besonders zum Tragen. Angesichts der verklärenden Sicht auf den verlorenen Kindheits- und Frauenraum sollten wir Vorsicht walten lassen, was die Qualität der Kommunikation unter den NachbarInnen angeht. Weder haben wir uns das Zusammenlegen so harmonisch vorzustellen, wie die Erzählenden dies nahelegen, noch dürfen wir die Kommunikation unter den HausbewohnerInnen mit heutigen Maßstäben messen. Die Gemeinschaft der Hausfrauen und Mütter war in erster Linie eine Not- und Arbeitsgemeinschaft, die sich ums tägliche Überleben sorgte. »Zusammen schwätzen« ergab sich in diesem Alltag eher nebenbei, als daß es kultiviert werden konnte. Die ernüchternde Feststellung einer Zeitzeugin (Jahrgang 1903) mag als Kontrapunkt und Warnung vor dem nostalgischen Blick fungieren: »Ich hab mich früher nicht viel um die Leute gekümmert, meine Eltern auch nicht. Man hat seine Arbeit gehabt und ist seines Weges gegangen.«

Die soziale Vernetzung der Nachbarschaft über alltägliche Arbeitszwänge widerspricht dem heutigen Verständnis bzw. der heutigen Realität von Straßen- und Hausgemeinschaft. Wenn gegenwärtig versucht wird, den sozialen Nahraum in den Städten wiederzubeleben, so geschieht dies im Medium von freizeitbezogener Kommunikation. Die Bewohner bilden in erster Linie eine Festgemeinschaft, die sich zu diesem Zweck auf der Straße oder im Innenhof trifft. Die Hausgemeinschaften 1900 waren zunächst einmal über den gemeinsam durchlebten Alltag miteinander verkettet – eine Gemeinschaft, der Elemente des Zwangs wie der Not anhafteten.

Kleinbürgerliche Erzähler und Erzählerinnen sind die einzigen, die das nostalgisch verklärte Bild der Hausgemeinschaft um 1900 durchbrechen. Deutlich wird Herr Korn, der Volksschullehrer-Sohn, wenn er die »Hausgemeinschaft« in seiner Straße

kennzeichnet. Statt von Solidarhandlungen ist von Empfindlichkeiten und Statusproblemen die Rede. Das familiale Klima war, wie Herr Korn in seiner Autobiographie schreibt, durch die dünne Haut der Mutter, die unter den kleinbürgerlichen Spannungsgefühlen litt, und durch den distanzierenden Sarkasmus des Lehrervaters gekennzeichnet, der die Söhne erfolgreich lehrte, sich über die soziale Komödie lustig zu machen, die sich im Mietshaus vor ihren Augen abspielte. Hauptsorge der kulturell präventiösen Kleinbürgerfamilie war in erster Linie, wie man es trotz beschränkter finanzieller Ressourcen bewerkstelligen könne, die Zwangsgemeinschaft des Mietshauses hinter sich zu lassen. Durch den Umzug in ein Zwei-Familien-Haus war der sozio-kulturellen Distanzierung schließlich Erfolg beschieden.

Das Mietshaus bzw. die Flurgemeinschaft des Hauses bildete für die ErzählerInnen ein relativ autarkes Sozialgebilde, was die Bewältigung alltäglicher Hausarbeit und ihrer Probleme anging. Eine gedankliche Linienverlängerung zur Gegenwart hin belehrt uns darüber, in welcher Hinsicht und warum die Flurnachbarschaft ihre Bedeutung eingebüßt hat. Auf der einen Seite vollziehen sich die meisten Handlungen, die um 1900 aus den Kleinwohnungen ausgelagert waren, inzwischen innerhalb der Mauern und der symbolischen Privatheit der Familienwohnungen. Auf der anderen Seite sind gewisse Solidarhandlungen der Nachbarn – wie die wechselseitige Beaufsichtigung und Betreuung der Kinder – in die Obhut formeller pädagogischer Institutionen übergegangen.

Richten wir den Blick von 1900 aus weiter in die Vergangenheit zurück, so bietet sich folgende Hypothese an: Flurnachbarschaften hatten möglicherweise in der Kindheitsepoche vor und nach 1900 ihre größte Wirksamkeit erreicht. So waren die Häuser des Wohnquartiers in der vorangegangenen Bauperiode nicht groß genug, um Platz für mehrere Flurparteien zu bieten. Was die Seite der materiellen Ausstattung angeht, so gewann der Hausflur erst in dieser Periode seine zentrale Bedeutung, etwa als Standort für Toilettensysteme oder Wasseranschlüsse. Davor befanden sich entsprechende Systeme entweder auf dem Territorium der Straßenöffentlichkeit oder sie waren in den Innenhöfen der Grundstücke untergebracht, ebenso, wie sie in der Folgezeit ihren endgültigen Standort innerhalb der vergrößerten Privatwohnungen fanden. Flurnachbarschaften lassen sich demzufolge als historische Besonderheit der ersten Kindheitsepoche verstehen.

4.2. Kinder als Straßenpublikum

Die Kinderbevölkerung auf der Straße war in vier sozialen Rollen tätig, die jeweils eigene Beiträge zur Integration der Kinder in das Quartiers- und Stadtleben leistete. Wir finden Kinder als Passanten, als Spielende, als Arbeitende und als Zuschauer. Das Zuschauen, was sich alles im öffentlichen Nahraum ereignet, gehörte zu den großen Leidenschaften der Jüngeren. Sie waren – wenigstens in der Kindheitsepoche vor und nach 1900 – besser als die Erwachsenen für eine solche Tätigkeit gerüstet. Die Beob-

achtungsräume in der Stadt lagen so nahe zusammen, daß man sie zu Fuß erreichen konnte. Ab dem Schulalter verfügte die Straßengemeinschaft der Jüngeren über informelle Nachrichtensysteme. In der Schule und auf der Straße gingen die Informationen rasch von Mund zu Mund, wo sich ein beobachtungswürdiges Ereignis abspielte oder abspielen würde. Solange sie zur Schule gingen, verfügten die meisten Kinder im Quartier über mehr ungebundene Zeit als die erwachsenen Bewohner. Ihre Tätigkeitsfelder waren weniger stationär.

Das historische Äquivalent zu dieser kindlichen Bereitschaft: Auf den prall gefüllten und mit einer Vielzahl von Funktionen belasteten Altstadtstraßen häuften sich die Ereignisse. Hier eine kleine Vorführung; dort ein lokaler Unfall; an anderer Stelle ein öffentlich ausgetragener Streitfall; woanders war die Anlieferung von Waren oder einer Arbeitstätigkeit zu besichtigen. Von Zeit zu Zeit wurde die Hektik durch festliche Aufzüge und formelle Feiern – militärische Paraden oder öffentliche Begräbniszüge – unterbrochen.

Die Erzähler und Erzählerinnen berichten viele solcher Begebenheiten, die sie als Kinder beeindruckten und die ihnen bis heute im Gedächtnis haften geblieben sind. Sie erzählen vom aufsehenerregenden Ereignis und von den daran beteiligten Personen teilweise mit bildhafter Präzision. Sie sehen offenkundig das lange zurückliegende Ereignis im Alter noch plastisch vor sich. Über dieser Focussierung geraten die Kinder als Zuschauende in den Hintergrund. Man weiß bei vielen Erzählungen nicht recht: Waren die Kinder allein, in Paaren, in kleineren oder größeren Gruppen? Im Vergleich der Quellen schneidet die mündliche Geschichtserzählung (oral history) an dieser Stelle nicht allzu günstig ab. Nehmen wir die überlieferten Straßenphotos zur Hand, wird die Rolle der Kinder als Straßenpublikum klarer. Wir sehen auf den Photos dieser Kindheitsepoche gelegentlich Unmengen von Kindern. Wo immer ein Lichtbild ein Quartiersereignis überliefert hat – Kinder sind in jedem Fall darauf zu sehen. Sie stehen in vorderster Reihe, sie marschieren (wenigstens am Rande) mit usw.

Für eine Alterskohorte, die um 1910 Geborenen, bildete der Einbruch der fremden Besatzer in das Quartiersleben das generationsbezogene Erkennungssignal. In der sogenannten Burg (am Rande des Wohnviertels) hatten Marokkaner ihre Pferde untergestellt. Es war ihr Feldlager. Dort herrschte viel Betrieb, reitende Soldaten in prächtigen Uniformen, eine Feldküche. Unisono erklären die Kindheitszeugen dieser Geburtsjahrgänge ihre Faszination.

Herr Korn spricht vom »Augen- und Erlebnishunger«, der die Stadtjugend überfiel, wenn Unfälle oder Unglücke den Quartiers- und Stadtraum trafen. Großereignisse dieser Art bot der Erste Weltkrieg: abgestürzte Flugzeuge, vereinzelt Bomben. Für eine Zeugin bildete der Brand des Stadttheaters 1923 ein sensationelles Ereignis, das es nicht zu verpassen galt. In den zwanziger Jahren wurden die Kinder Zeugen politischer Kämpfe in der Stadt. Ein Zeitzeuge, kommunistischer Stadtpolitiker nach 1945, erinnert sich an eine Beerdigung, die zur politischen Demonstration wurde. Die

öffentlichen Leichenzüge beeindruckten das Kinderpublikum ohnehin. Vor allem die feierliche Stille, die eintrat, wenn die Beerdigungsprozession vorbeizog, hat sich ins Gedächtnis eingeprägt. »Da war es mucksmäuschenstill auf der Straße.« (Jahrgang 1914). – »Da haben alle Leute, die da vorbeigegangen sind, die Fuhrleute, die Kutscher, die haben dann still gehalten.« (Jahrgang 1920).

Durch die Straßen des Quartiers zogen während der ersten Kindheitsepoche zahlreiche Schausteller und fliegende Händler. Die Kindheitszeugen erinnern sich an Eismänner, Lumpenhändler, Brötchenausträger, Orgelmänner. Zirkusnummern waren noch nicht von der Straße verbannt. Ein Zeuge erinnert sich, daß sogar ein Nachbar mit entsprechender Berufsvorgangheit private Vorstellungen nicht zuletzt für die Kinder gab. Hinterhofmusik gehörte zu den Alltäglichkeiten der Nachkriegsjahre des Ersten Weltkrieges.

4.3. Kaufleute und Straßenhändler

Handel- und Gewerbetreibende im Nordviertel wurden von uns als Ortswächter eingeschätzt, die etwas zu verteidigen hatten. Ihr Territorium – Werkstatt, Lager, Geschäft, Hof – und ihre Güter – Maschinen, Fahrzeuge, Waren – sind durch Kinder und Jugendliche aus der Nachbarschaft in Gefahr; Grund genug also, die Orte ihrer Berufsausübung und ihres Besitzes zu kontrollieren. Nur: In den Erinnerungen spielt diese Konfliktquelle praktisch keine Rolle. Dagegen schildern die Kindheitszeugen und -zeuginnen die Angehörigen dieser Berufsgruppen als freundliche Erwachsene, die sich um sie als Kinder durch verschiedene Arten von Gefälligkeiten verdient gemacht haben.

Was die Kaufleute im besonderen angeht, ist allerdings notierendenswert, daß sich nur die Erzählerinnen auf sie beziehen. Der alltägliche Warenhandel war offensichtlich bereits in lebensgeschichtlich frühen Jahren eine weibliche Domäne. Die Arbeiter- und Kleinbürgermädchen wurden in diesen Bereich – allein oder mit Hilfe der Mütter – geschlechtsspezifisch einsozialisiert. Wenn die männlichen Erzähler die Geschäft am Ort in ihren Darstellungen übergehen, könnte dies bedeuten, daß sie ihre kleineren



Abb. 2: Wachablösung, Wiesbaden, um 1900 (Stadtarchiv Wiesbaden)

oder größeren Alltagskonflikte mit den Kaufleuten gleichfalls mit Schweigen bedenken.

Die kinderfreundlichen Praktiken der Geschäftsleute, einzelner VerkäuferInnen oder Warenvertreter, kamen jedenfalls den Mädchen im Viertel zugute. Die Erzählerinnen überliefern eine lange Liste entsprechender Handlungen. Die Kaufleute liehen begehrte Kindheitsgüter – in den 20er Jahren waren dies beispielsweise die ersten Fahrräder – gegen billiges Geld oder kostenlos aus; sie führten für Kinder eine Sparkasse über das Ersparte; sie überraschten Mädchen mit spontanen Geschenken; sie trösteten und beruhigten die kleinen Käuferinnen (z. B. über Geldverlust); sie ließen ihnen gelegentlich kleine Geldzuwendungen zukommen; sie besorgten den Mädchen preisgünstige Sonderangebote (z. B. Kuchen vom Vortag); sie schimpften die Mädchen nicht aus, auch wenn etwas passiert ist; sie übten den Ritus, den Kindern beim Einkauf Bonbons (Kolonialwarenhändler) oder ein Stück Wurst (Metzger) zukommen zu lassen; sie überließen Mädchen das Geschäftsgelände gelegentlich als Spielraum. Die Affinität der Kinder zu den Geschäftsleuten war entscheidend darin begründet, daß diese begehrten Eßwaren oder Spielgüter bereithalten. In den Erinnerungen der alten Erzählerinnen erscheinen die Kaufleute jedoch nicht als strenge Cerberusse, die diese Schätze unnachgiebig bewachen. Die Pointen der Geschichten laufen vielmehr darauf hinaus, daß die Kaufleute den Kindern behilflich waren, an die begehrten und eigentlich unerschwinglichen Waren zu gelangen.

Aus heutiger Sicht könnte man vermuten, daß dies alles mit einem Kalkül geschieht, dem Kalkül nämlich, die Mädchen als künftige (Stamm-)Kundinnen zu gewinnen. Die Motive der Geschäftsleute in dieser Kindheitsepoche lassen sich damit nicht zureichend kennzeichnen. Es waren »vermischte« Sozialhandlungen, die von der Pflege des guten Verhältnisses zur Kundschaft (besonders zu den Müttern) ebenso wie von der guten Nachbarschaft, von spontanem Angerührtsein durch die Kinder ebenso wie von (klein-)bürgerlicher Mildtätigkeit gegenüber Armen motiviert waren.

Die Geschäftsleute führten die Kinder (Mädchen) des Quartiers in den Gebrauch des Geldes auf dem Markt alltäglicher Waren ein. Die Erzählerinnen lassen diesen Aspekt in die Anekdoten einfließen, ohne ihn allerdings bewußt zu thematisieren. Im Mittelpunkt vieler Geschichten steht der Umgang mit Geld. Ob es sich ums Sparen, um den Verlust des Geldes, um Gelderwerb, um preisgünstiges Einkaufen handelt –, in jedem Fall waren Kaufleute bei der Lösung der kindlichen Handlungsprobleme behilflich. Aus gegenwärtiger Perspektive bedacht übernahmen sie damit, beiläufig, Erziehungsaufgaben, die heute in den pädagogischen Institutionen Familie und (Vor-)Schule verankert sind.

Wie bedeutsam den Mädchen die Vermittlungstätigkeit der Kaufleute gewesen sein muß, läßt sich an einem kleinen, aber beachtenswerten Detail ablesen: Durchweg werden die Namen der Geschäfte/Geschäftsleute präzise erinnert – ebenso wie die genaue Beschaffenheit der begehrten Ware.

5. Blickerweiterung

Die Rekonstruktion des diffizilen Beziehungsgeflechtes, in dem Kinder und nachbarschaftliche Kontrolleure oder Kinderfreunde um 1900 im Quartier standen, dürfte deutlich gemacht haben, daß eine solche soziale Konfiguration sich schwerlich von außen planen und herbeiführen läßt, weder durch Stadt- und Bauplanung noch durch sozialpädagogische Maßnahmen und Initiativen. Das Wirksamwerden informeller Kontrolle in der Nachbarschaft hängt auch nicht nur von der – historisch gewachsenen – Präsenz einer Vielzahl von Ortswächtern ab, sondern verweist auf weitere Strukturmerkmale urbanen Lebens. Wir haben im Text auf die Organisation kommunaler und staatlicher Verwaltung, auf die Verwaltung von Mietshäusern, auf die Offenheit oder Geschlossenheit familialer Grenzen und deren architektonisches Äquivalent, die Familienwohnung, auf die Attraktivität der öffentlichen Ereignisgeschichte in der Nachbarschaft oder auf die quartiersinterne Verfügbarkeit bzw. Produzierbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs hingewiesen. Damit nicht genug lassen sich weitere Faktoren anführen, die zur relativen sozialen Sicherheit von Straßenkindheit in jener Epoche beitragen, die im vorliegenden Artikel aber nur am Rande oder gar nicht analysiert wurden. Dazu zählen beispielsweise die großen Kinderscharen auf den Straßen, die den Jüngeren eine gewisse Sicherheit gegenüber übermächtigen Erwachsenen zu geben vermochten, die aber auch zur »Selbstkontrolle« der Jüngeren beitrugen. Auch der fließende Verkehr, der durch die Stadtviertel ging – Passanten, Fuhrwerke – war »offener« für Interaktionen zwischen Kindern und Fremden als der heutige »verhäuslichte« Automobilverkehr. Wir können an die lokal gebundene Vereinsöffentlichkeit denken, die zur Integration der Quartierskinder über regelmäßige Feste, Feiern, Ausflüge beitrug.

Pointiert formuliert: Soziale Vernetzung von Kindheit im städtischen Nahbereich und Entfaltung städtischer Straßenkindheit gehen um 1900, einer Zeit der Hochphase dieses Kindheitsmodus, eine enge Symbiose ein, die im Rahmen des (west)europäischen Stadtsystems nicht wiederherstellbar scheint. Wertend gesagt: Mit dieser Form von Kindheit ging auch ein Stück Stadtkultur verloren.

Reinhart Lempp

Ist die kindgerechte Stadt kindgerecht?

Der Begriff der Kindgerechtigkeit hat in unserem sozialen Leben und damit auch in der Architektur, bei der Planung von Wohnhäusern und im Städtebau einen hohen Stellenwert erhalten, d. h. er ist Mode geworden und dient als Ausdruck fortschrittlichen Denkens und Planens. Das kindgerechte Haus, die kindgerechte Stadt nimmt Rücksicht auf den Raumbedarf des Kindes, daß es genügend Platz in der Wohnung findet zum Spielen, für ein eigenes Reich, für die Möglichkeit, gefahrlos zu leben, daß es Spielplätze findet in möglichst guter Luft und daß es ungefährdet vom Verkehr von zuhause in den Kindergarten und in die Schule gehen kann.

Meist stößt dies in mehrstöckigen Wohnhäusern oder gar Wohnhochhäusern an die technische Grenze des Aufzugs, den ein Kind gar nicht allein bedienen soll, weswegen – oder auch aus Gedankenlosigkeit – die Stockwerksknöpfe im Fahrstuhl so hoch angebracht werden, daß man erst jenseits der Grundschule bis zum eigenen Stockwerksknopf hochlangen kann. Es findet aber auch seine Grenze in der Quadratmeterzahl der Wohnungen bei hohen Mieten und erwünschter Rendite, und auch in einer modernen Stadt, bei deren Anlage man um Kindgerechtigkeit bemüht war, müssen in der Regel die Vorschulkinder zum Kindergarten gebracht werden, da der Weg dorthin sich nicht von Verkehrsgefahren freimachen läßt.

Seit wann gibt es eigentlich eigene Bedürfnisse der Kinder oder besser, seit wann finden diese Beachtung? Es liegt nahe, zu antworten: »Das war doch schon immer so.« Tatsächlich aber wurde uns erst in den letzten Jahren deutlich gemacht, daß es eine »Kindheit« im Grunde erst seit der Neuzeit gibt. Der französische Historiker Ariès¹ zeigte uns, daß es erst nach dem Mittelalter so etwas gibt, das wir als Kindheit bezeichnen. Er machte dies an alten Gemälden deutlich, auf welchen die Kinder die gleichen Kleider tragen wie die Erwachsenen, mit denen sie zusammen sind, eben nur kleiner geschnitten. Das Kind war, auch in der Wissenschaft, noch lange Zeit nichts anderes als eben ein »kleiner Mensch«. Bis zur Renaissance lebten die meisten Kinder, wenn wir von der dünnen Schicht der adeligen und reichen Bürger absehen, von Geburt an mit ihren Eltern zusammen, nahmen im gleichen Raum teil am Leben der Erwachsenen, an ihrer Arbeit, bei der sie, sobald sie dazu nur in der Lage waren, mithelfen mußten, an ihrem Streit und an ihrer Liebe.

Der erste Schritt, der eine Änderung dieses gemeinsamen Lebens von Erwachsenen

¹ Ph. Ariès, Geschichte der Kindheit, München 1978.

und Kindern einleitete, war die Schulpflicht, welche in Württemberg unter Herzog Christoph relativ früh schon im 16. Jahrhundert begann, sich aber überall bei uns bis zum 18. Jahrhundert als Regel ausbreitete. Mit der Einführung der Schulpflicht delegierten die Eltern einen Teil ihrer Erziehungsaufgabe an fremde, bezahlte Kräfte. Diese Entwicklung hat sich seither kontinuierlich fortgesetzt. Sie wurde ergänzt durch die Einführung von Kindergärten, durch die Verlängerung der Schulpflicht und einer immer länger dauernden, vorwiegend theoretischen, mit fortgesetzter sozialer Unselbständigkeit verbundenen Berufsausbildung, an der ein immer größerer Anteil auch der Jugendlichen und jungen Erwachsenen teilnahm, so daß heute ein großer Teil der Jugendlichen erst am Ende des dritten Lebensjahrzehnts sozial selbständig und damit eigentlich erst erwachsen wird.

In dieser, über mehrere Jahrhunderte gehenden Entwicklung entstand auch eine veränderte Sicht der Kinder und ihrer Bedürfnisse. Man erkannte, daß sie andere Bedürfnisse haben als die Erwachsenen, daß sie auch in ihren physiologischen und psychologischen Strukturen anders gebaut und entwickelt sind und anders reagieren als die Erwachsenen. Diese sahen sich mit der Zeit genötigt, dieses »Anders-Sein« zu berücksichtigen und sich »kindgerecht« zu verhalten.

So sehr man dies als einen zivilisatorischen Fortschritt anerkennen muß, so kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß mit der Neuzeit, genau mit der Einführung der Schulpflicht, eine kontinuierlich sich ausbreitende Ausgrenzung der Kinder aus der Erwachsenenwelt stattfand. Die Erwachsenen wollten zunehmend unter sich bleiben. Dies ging im wesentlichen vom selbstbewußter werdenden Bürgertum des 19. Jahrhunderts aus, welches sich am Adel orientierte, wo die Kinder schon immer ihre eigene Betreuung durch dafür angestellte Personen hatten. Das Familienbild, das wir heute pflegen, entspricht dem Bild des Bürgertums im letzten Jahrhundert, das damals noch eine kleine Minderheit darstellte.²

Dies macht deutlich, daß auch die Forderung nach eigenem Raum für die Kinder, Einrichtungen für Kindergärten, Schule, für Jugendhäuser und Diskotheken, aber auch für Spielplätze in ähnlicher Weise eine Ausgrenzung darstellen, wie sie städtebaulich schon im Mittelalter gegenüber den Aussätzigen – die damals durch die noch nicht klar erkannte Form der Ansteckung einigermaßen sachlich begründet erscheint – geübt wurde, sowie in der Einrichtung von Ghettos für Juden, ebenso wie später die Verlegung psychiatrischer Anstalten und Altersheime vor den Stadtrand hinaus, damit die Insassen es in guter Luft und in der stillen Abgeschiedenheit besser hätten als im lauten Treiben des Dorfes oder der Stadt. Für die Ausgrenzung gibt es immer viele vernünftige Gründe. Immer ist es jedoch die Gruppe der die sozialen Bedingungen bestimmenden Erwachsenen in ihrer Gemeinschaft, die sich von all denen trennen will, die ihr eigenes Leben und Treiben stören könnten.

² B. Beuys, Familienleben in Deutschland, Reinbek 1980.

Zur Zeit ist es vor allem der in den letzten Jahrzehnten rasch wachsende Verkehr, Ausdruck und Träger unseres wirtschaftlichen Wohlstandes, der eine solche Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen notwendig zu machen scheint. An diesem Verkehr, in dem wir Erwachsenen einen nicht geringen Anteil unseres täglichen Lebens verbringen, können Jugendliche erst nach dem achtzehnten Lebensjahr, nach Erwerbung des Führerscheins, in vollem Maße teilnehmen, mit Mofa und Moped schon ein paar Jahre früher. Kinder dürfen mit dem Fahrrad bis zum achten Lebensjahr noch auf dem Bürgersteig fahren, und man bemüht sich, die dem Verkehr sich nicht anpassenden Fahrräder auf eigene Wege – zu ihrem eigenen Wohle natürlich – abzuschieben.

Wenn man sich an der sogenannten »alten Stadt« orientiert, so war dort die Ausgrenzung noch lange nicht so weit fortgeschritten wie heute. Es gab, schon aus Platz- und Kostengründen, noch kaum eigene Kinderzimmer, und jeder Hinterhof und Garten war als Spielplatz für die Kinder zugänglich, wie auch der Arbeitsplatz des Vaters und der Mutter, sei es die Landwirtschaft oder die handwerkliche Werkstatt und der Verkaufsraum. Landwirtschaft und Handwerk stellten aber die große Mehrheit der Bevölkerung. Auch der Verkehr war im letzten Jahrhundert noch so beschaulich, daß er, von wenigen Hauptstraßen abgesehen, dem Lebensraum der Kinder nicht entgegenstand. Vor dem Pferdewagen und dem Reiter lernten sie frühzeitig auszuweichen. Auch die Lebensbedingungen der »alten Stadt« standen am Anfang einer sich dann in den letzten Jahrzehnten rasch ausbreitenden Ausgrenzungstendenz gegenüber den Kindern und Jugendlichen unter dem Schlagwort »Kindgerechtigkeit«.

Was würde wirkliche Kindgerechtigkeit heute bedeuten?

Zunächst müssen wir wohl trennen zwischen einer Kindgerechtigkeit und einer Jugendgerechtigkeit, einfach deshalb, weil die soziale Abhängigkeit für die meisten Jugendlichen nicht, wie noch vor 50 Jahren nach Ende der Schul- und Lehrzeit mit etwa 16 oder 17 Jahren endet, sondern, wie gezeigt wurde, für die größere Zahl der heranwachsenden jungen Menschen weit in das dritte Lebensjahrzehnt sich hinaus dehnt. Der Übergang vom Leben des Kindes in das der Erwachsenen findet heute nicht mehr nach Schulentlassung und Konfirmation statt, wie für die meisten Kinder noch vor 50 Jahren, als sie damit in ein Arbeitsverhältnis oder Lehre und damit auch in die Erwachsenenwelt eintraten, sondern es kommt zunächst zum Übergang in eine verlängerte und von der Erwachsenenwelt abgegrenzten Jugend, die als weiterhin sozial unselbständig ihre eigenen Bedürfnisse und Ansprüche hat.

Auch wenn man eine Wiederherstellung der Gemeinsamkeit von Erwachsenen einerseits und Kindern und Jugendlichen andererseits, wenigstens im Rahmen des Möglichen, als wünschenswert ansieht, so wird man den Wunsch der Jugendlichen, die sich von ihrer Reifezeit an zunächst einmal von dieser Erwachsenenwelt distanzieren wollen, um ihre eigene Identität zu finden, nicht bestreiten können. Es wäre allerdings dabei die Frage zu stellen, wie weit nicht auch im gesamten sozialen Bereich ei-

ner solchen Ausgrenzung der Jugendlichen aus der Erwachsenenwelt entgegengesteuert werden sollte. Dennoch wird man gerade den Jugendlichen ihren eigenen Freiraum in Jugendhäusern, Diskotheken, Sport- und Spielplätzen zumindest unter den gegebenen sozialen Bedingungen nicht wegnehmen wollen. Sie würden ihn sich auch nicht mehr wegnehmen lassen.

Wenden wir uns also zunächst der Frage der Kindergerechtigkeit zu, so sollte angestrebt werden, diese am Erwachsenenleben mehr teilnehmen zu lassen und mit ihnen ein gemeinsames Leben zu führen. Daß dieses mit der heute üblich gewordenen Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz für beide Eltern nur in beschränktem Maße möglich ist, kann nicht übersehen werden. Dennoch kann auch hier einer weiter fortschreitenden Entfremdung zwischen Erwachsenen und Kindern, deren gemeinsames Leben sich auf die »Wochenendfamilie« beschränkt, entgegengewirkt werden.

Wie könnte dieses in einem Wohnhaus oder in einer Wohnung realisiert werden? Bei der in jeder Familie abnehmenden Kinderzahl³ könnte auf ein eigenes Kinderzimmer, zumindest für die Vorschul- und Grundschulkinder verzichtet werden. Sie können im geräumigeren Wohnzimmer, wo sich auch Vater und Mutter aufhalten, spielen und auch die bescheidenen Hausaufgaben der ersten Schuljahre schreiben. Die Erwachsenen müßten so lange eben, wenn sie schon am Nachmittag zuhause sind, auf das Fernsehen verzichten. Für ein Vorzeigezimmer für den Besuch gibt es eigentlich keinen Grund mehr, denn auch dieser sollte miterleben, daß das Kind zur Familie gehört. Auch ein eigenes Schlafzimmer ist in den ersten Jahren nicht erforderlich. Erst etwa in der Grundschulzeit und vor allem dann in der beginnenden Reifeentwicklung möchte der größer werdende Junge oder das heranwachsende Mädchen seinen eigenen Raum haben, in den es sich zurückziehen kann, den es nach den eigenen Wünschen gestalten kann, in dem es »seine« Musik hören kann und in dem es abends, vor dem Einschlafen noch lesen möchte.

Im Bereich des Städtebaus sollte, soweit wie möglich, für die Kinder und Erwachsenen der gleiche Lebensraum zur Verfügung stehen. Der Trennung von Wohn- und Arbeitswelt könnte dadurch entgegengewirkt werden, daß unmittelbar bei oder in der Nähe der Arbeitsplätze der Eltern auch die Kindergärten und Kinderhorte eingerichtet werden. Das Leben der Kinder – nicht der Jugendlichen! – mit ihrem Spiel und Treiben sollte auch der Freizeitbereich der Erwachsenen sein.

Die größten Schwierigkeiten bereitet der ausufernde und auf niemand Rücksicht nehmende Verkehr, dem sich alle begeistert oder resigniert unterordnen. Er sollte daher rigoros aus der Wohnstadt verdrängt werden, an den Stadtrand oder in den Untergrund. So weit außerhalb der Massenverkehrswege ein Transport notwendig wird und durch einen wirklich kindgerechten, das heißt von Kindern ebenso wie von Erwachsenen gleichermaßen benützbaaren Nahverkehr nicht bewältigt werden kann,

³ Vgl. auch R. Lempp, Familie im Umbruch, München 1986.

müssen Verkehrsformen gefunden werden, an denen auch Kinder ohne wesentliche Gefährdung teilnehmen können, zum Beispiel durch Elektroautos zum Einkaufen und Nachbarschaftsverkehr mit einer Höchstgeschwindigkeit von 15 bis 20 Stundenkilometern.

Gerade das bei uns streng verpönte und verbotene Spiel der Kinder »auf der Straße«, also dort, wo sich die Kinder regelmäßig und natürlicherweise begegnen können, ist als Ort sozialen Lernens für die überwiegend einzeln aufwachsenden Kinder von großer Wichtigkeit. Der vom Wohnhaus wegen des Lärmes möglichst weit entfernte, mit fertigen Spielgeräten wohl ausgestattete Spielplatz, bietet diese Möglichkeit nur ungenügend, da hier die Erwachsenen fehlen auf die man Rücksicht zu nehmen lernen muß und die ihrerseits auch gegenüber den Kindern Toleranz einüben müssen.

Vor allem sollte uns bewußt werden, auch in der Architektur und im Städtebau, daß uns die Forderung nach Kindergerechtigkeit bisher vornehmlich dazu gedient hat, die Kinder und die immer mehr zu Kindern gemachten Jugendlichen aus unserer Erwachsenenwelt und unserem Erwachsenenleben auszuschließen, nicht zu ihrem eigenen Wohle, sondern allein um der Bequemlichkeit der Erwachsenen willen und zur Durchsetzung deren eigener Wünsche und Bedürfnisse. Eine wieder zunehmende Herannahung unserer Kinder und Jugendlichen würde nicht nur die zwar natürlichen und unvermeidlichen, aber in den letzten Jahrzehnten unnötig gewachsenen Spannungen zwischen den Generationen vermindern. Sie würde den Kindern und Jugendlichen Gelegenheit bieten, unter ihrer eigenen aktiven Teilnahme wieder mehr in das Gemeinwesen unserer gemeinsamen Welt hineinzuwachsen. Dazu muß aber auch die Planung der Wohnhäuser und der Städte ihren Beitrag leisten.

Aktionsräume von Kindern im Wohnumfeld

Fragestellungen und Methoden der »Freiburger Kinder-Studie«

1. Einleitung – 2. Aktionsräume für Kinder – 3. »Topographie der Kindheit« – 4. Skizze der »Freiburger Kinder-Studie«

1. Einleitung

Über das Thema »Kindheit heute« gibt es die widersprüchlichsten Aussagen: »Noch nie ging es Kindern so gut« – sagen die einen und können sich dabei auf den Historiker Lloyd de Mause berufen.¹ Vom »Verschwinden der Kindheit« sprechen dagegen die anderen und zitieren als Gewährsmann den amerikanischen Sozialpsychologen Neil Postman.² Stolz zählen die einen auf, was für Kinder alles getan wird: Kindergärten und -horte, Kinderbüros und Kinderkommissionen; Kinderhäuser und Kindertreffs; Kinderspielplätze in allen nur denkbaren Varianten, sogar Abenteuerspielplätze, die man in der Wohnung einrichten kann; Spielmobile, Ferien- und Spielprogramme; Erlebnispädagogen; Spieltherapien und zahllose Kurse (Flöten, Ballett, Judo, Malen und noch vieles mehr); Super-Kinder-Parties, Zeitreisen für Kinder, Spiel- und Spaßolympiaden und nicht zu vergessen: ein riesiger Markt für Kinder, der sich intensiv um die steigende Kaufkraft dieser Bevölkerungsgruppe bemüht.

Das wäre beeindruckend und fast beruhigend, wenn es nicht wieder andere gäbe, die alle diese Errungenschaften als »systematisch vorenthaltene Wirklichkeit« kommentieren und die davon sprechen, daß unsere Kinder in der »organisierten Illusion« allmählich erblinden.³

Die gegenwärtige Situation von Kindern wird vor allem durch vier Entwicklungen bestimmt:

1. Veränderungen im Bereich von Ehe und Familie haben weitreichende Auswirkungen auf den Lebensalltag von Kindern: zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile, ein verändertes Erziehungsverhalten und die zunehmende Tendenz zur Eheauflösung.

¹ L. de Mause, *Hört ihr die Kinder weinen? Eine psychogenetische Geschichte der Kindheit*, Frankfurt 1977. Eine Geschichte der Kindheit, die zu ganz anderen Schlüssen kommt, hat Ph. Ariès vorgelegt: *Ph. Ariès, Geschichte der Kindheit*, München 1975.

² N. Postman, *Das Verschwinden der Kindheit*, Frankfurt 1987.

³ F. Thiemann, *Kinder in den Städten*, Frankfurt 1988, S. 60.

2. Der Kinderalltag wird in zunehmendem Maße durch die neuen Medien und Technologien geprägt: Fernsehen, Video, Computer (Computerspiele).
3. Kinder werden zunehmend in Erziehungs-, Ausbildungs- und Freizeitinstitutionen eingebunden. Experten und Spezialisten werden immer mehr zu bedeutsamen Interaktionspartnern für Kinder.
4. Für eine große Zahl von Kindern – vor allem für Kinder, die in Städten leben – läßt sich ein Verlust von Aktionsräumen beobachten. Die Möglichkeiten zum spontanen und unbeaufsichtigten Spielen draußen und in unmittelbarer Wohnnähe werden für viele Kinder immer ungünstiger.

Zwischen diesen Entwicklungen bestehen Wechselwirkungen: Die Veränderungen im Bereich der Familie verstärken die Nachfrage nach organisierter Betreuung. Der Verlust von Aktionsräumen steigert das Interesse an Medien und läßt eine Nachfrage nach organisierten Angeboten entstehen. Die zunehmende Einbindung von Kindern in Organisationen und die steigende Bedeutung der Medien verringern die Möglichkeiten zum Aufenthalt draußen im Umfeld der Wohnung. Wollte man die biographischen Auswirkungen dieser Entwicklungen herausfinden, dann müßte man alle diese Trends berücksichtigen. Das ist jedoch in einer empirischen Untersuchung mit begrenzten Ressourcen kaum möglich. Es ist vielmehr eine Auswahl erforderlich, eine Konzentration auf ganz bestimmte Aspekte. In der vom Institut für Soziologie der Universität Freiburg im Auftrag der Stadt durchgeführten Untersuchung steht das Thema »Aktionsräume im unmittelbaren Wohnumfeld« im Vordergrund:

- Über welche Aktionsräume verfügen Kinder im Stadtgebiet von Freiburg in unmittelbarer Wohnnähe?
- Welche Aktionsräume werden von Kindern genutzt?
- Wie werden Aktionsräume im Wohnumfeld von Kindern genutzt?
- Wie sind Aktionsräume im Stadtgebiet verteilt?
- Wie haben sich Aktionsräume im Zeitverlauf verändert?
- Welche Auswirkungen hat es für die Lebensqualität von Kindern und für das Gelingen von Sozialisationsprozessen, wenn geeignete Aktionsräume im unmittelbaren Wohnumfeld fehlen?
- Welche Vorstellungen haben Eltern und Kinder über geeignete Aktionsräume?

Für die Auswahl dieser Themenstellung spricht nicht nur, daß sie wichtig ist, wenn man verstehen will, was »Kindheit heute« bedeutet. Denn wichtig dafür wäre, wie gesagt, auch die Untersuchung der Situation von Kindern in ihren Familien oder der Bedeutung von Medien für den Kinderalltag. Bei diesen Themen ist es jedoch schwierig, praktische Folgerungen aus den Untersuchungsergebnissen abzuleiten. Eine Stadt hat kaum Möglichkeiten, die Entwicklungen im Bereich von Ehe und Familie zu beeinflussen. Und sie hat auch nur wenig Chancen, die Ausbreitung von Medien und neuen Technologien so zu kanalisieren, daß negative Auswirkungen auf Kinder nicht zu befürchten sind. Das ist anders bei den »Aktionsräumen«. Hier handelt es sich um

einen Bereich, für den die Städte selber verantwortlich sind und wo es auch Möglichkeiten zur politischen Beeinflussung und planerischen Gestaltung gibt.

Im folgenden werde ich darstellen, was für Informationen im Rahmen dieser Untersuchung erhoben werden und welche Interpretationsmöglichkeiten dann damit verbunden sind. Diese Erläuterung erfolgt unter zwei Gesichtspunkten:

1. Ich werde erläutern, was eigentlich unter »Aktionsräumen für Kinder« zu verstehen ist.
2. Ich werde eine Art »Topographie der Kindheit« vorstellen und vor diesem Hintergrund zu zeigen versuchen, welchen Stellenwert die Untersuchung von Aktionsräumen für die Stadtplanung besitzt.

2. Aktionsräume für Kinder

Unter Aktionsräumen für Kinder einer bestimmten Alters- bzw. Entwicklungsstufe verstehe ich Territorien, die über vier Eigenschaften verfügen: Zugänglichkeit, Gefährlosigkeit, Gestaltbarkeit und Interaktionschancen.

a) Zugänglichkeit

Damit man Territorien als »Aktionsräume« bezeichnen kann, müssen diese Territorien für Kinder der betreffenden Altersgruppe zugänglich sein. Die Einschränkung »einer bestimmten Alters- und Entwicklungsstufe« ist sehr wichtig, denn es gibt keine »allgemeinen Aktionsräume«.

Zugänglichkeit bedeutet, daß es keine sozialen, räumlichen oder verkehrstechnischen Barrieren gibt. *Soziale Barrieren* sind z. B. Verbote – von Eigentümern, von besorgten Eltern, von den Ordnungsbehörden. Soziale Barrieren können aber auch darin bestehen, daß ein bestimmtes Gebiet nur Kontakte mit anderen Kindern ermöglicht, die aus irgendwelchen Gründen als nicht akzeptabel gelten. *Räumliche Barrieren* bestehen darin, daß Territorien außerhalb des Aktionsradius von Kindern liegen, daß sie zu weit weg sind. Empirische Untersuchungen zeigen, daß der Aktionsradius von Kindern überraschend klein ist. Ist ein Territorium mehr als 150 m vom Wohnstandort entfernt, müssen schon außergewöhnliche Gründe vorliegen, damit dieses Territorium auch als Aktionsraum in Frage kommt. Der Aktionsradius wird zwar mit zunehmendem Alter größer, aber auch bei den älteren Kindern ist er noch immer sehr klein. Bei Jugendlichen nimmt der Aktionsradius im übrigen wieder ab.⁴ Auch *verkehrstechnische Barrieren* können sehr wichtig sein: Ein ansonsten sehr attraktives Gebiet fällt als Aktionsraum praktisch weg, wenn es durch eine stark befahrene Straße nur schwer erreichbar ist.

⁴ Vgl. dazu die Untersuchung von H. J. Krause / T. Orth / H. v. Seggern, Kinder in der Innenstadt auf Straßen und Plätzen, Hamburg 1977 (hekt. Man.).

b) Gefährlosigkeit

Damit Territorien als Aktionsräume gelten können, müssen sie gefahrlos sein – wiederum im Hinblick auf die altersspezifischen Möglichkeiten des Erkennens und Vermeidens von Gefahren. Die bedeutendste Gefahrenquelle in einer Stadt ist sicher der Autoverkehr. Der Ausbau von Straßen, die Entwicklung zur autogerechten Stadt hat nicht nur zur gravierenden Zerstörung von Stadt- und Straßenbildern geführt. Der vom ruhenden und fließenden Autoverkehr geprägte städtische Raum eignet sich auch immer weniger für den Aufenthalt von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter.

Jeder weiß, wie dramatisch der motorisierte Individualverkehr zugenommen hat. Die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge stieg rapide. Die Pendlerströme von den außerhalb gelegenen Wohnstandorten zum Arbeitsplatz und zu den Konsumstätten nahmen gewaltig zu:

- In Freiburg stieg die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge zwischen 1961 und 1988 um mehr als das Vierfache, von rund 20 000 auf nunmehr rund 90 000.
- Die Zahl der Pendler, die einen PKW benutzen, ist in der gleichen Zeit von rund 8000 (1961) auf fast 46 000 (1987) gewachsen, also fast um das Sechsfache.

Das auf diese Weise entstandene Gefahrenpotential ist enorm, auch wenn die Statistik zunächst einmal eher das Gegenteil zu beweisen scheint. Seit 1972 läßt sich nämlich beobachten, daß die »Unfälle mit Kindern« rückläufig sind. Diese Information enthält jedoch nur die halbe Wahrheit, denn nicht berücksichtigt sind zwei Entwicklungstrends: zum einen, daß die Zahl der Kinder abgenommen hat und zum anderen, daß Kinder vermutlich immer weniger Zeit draußen auf der Straße verbringen. Die Abnahme der absoluten Zahl von Unfällen mit Kinderbeteiligung ist wohl in erster Linie nicht auf mehr Verkehrssicherheit zurückzuführen, sondern auf das präventive Handeln von Eltern und Kindern: Auf den Straßen halten sich vermutlich immer weniger Kinder auf und konsequenterweise wird dann auch die Zahl der Kinder, die in einen Unfall verwickelt sind, entsprechend geringer. Wenn man versucht, diese Effekte durch gezielte Schätzungen zu berücksichtigen, so wird deutlich, daß das Unfallrisiko pro Zeiteinheit nicht geringer geworden ist, sondern – rund gerechnet – um den Faktor 2.0 zugenommen hat.

Ich möchte hier noch einmal betonen, wie wichtig es ist, die je spezifischen Möglichkeiten der Gefahrenwahrnehmung und -vermeidung zu berücksichtigen. Diese Möglichkeiten sind in erster Linie von der Alters- bzw. von der Entwicklungsstufe eines Kindes abhängig, aber nicht nur. Im letzten Urlaub konnte ich die Kinder einer Bauernfamilie beim Spielen beobachten. Die Kinder – im Alter zwischen 3 (!) und 6 Jahren – bewegten sich völlig frei in der Scheune, im Stall und in der Nähe eines Gebirgsbaches mit starker Strömung. In der Scheune standen Geräte und Werkzeuge, mit denen man sich in gefährlicher Weise hätte verletzen können. Und wäre eines der kleineren Kinder in den Bach gefallen, so hätte es wahrscheinlich niemand retten kön-

nen. Auch die Lebensverhältnisse in kleinen und idyllischen Bergdörfern können also sehr gefährlich sein, wenn man die objektiven Gefahrenpotentiale betrachtet. Die Eltern dieser Kinder waren jedoch ziemlich unbesorgt und erklärten uns, daß ihre Kinder es *gewohnt* waren sich in dieser Umgebung frei zu bewegen und daß kein Grund zur Sorge besteht. Man muß hinzufügen: Auch die Eltern waren es gewohnt, daß ihre Kinder sich an Orten aufhalten, die aus der Sicht städtischer Eltern nicht ungefährlich sind. Es sind also auch die Gewöhnung an Gefahrenpotentiale und die im Verlauf dieser Gewöhnung erworbenen Routinen im Vermeiden von Gefahren, die eine bedeutende Rolle spielen. Auch dieser Aspekt muß berücksichtigt werden, wenn es darum geht, den »Grad der Gefährlosigkeit« eines Territoriums einzustufen. Es kann also völlig falsch sein, die Gefährlichkeit nur aufgrund von objektiven Gegebenheiten einzuschätzen. Eine Gefahr ergibt sich immer erst aus dem Zusammenspiel von objektiven und subjektiven Faktoren. Dennoch ist der Straßenverkehr für viele Kinder gefährlich: aus objektiven *und* subjektiven Gründen – nicht nur, weil das Verkehrsaufkommen hoch ist, sondern auch deshalb, weil in dem Maße, in dem Kinder aus öffentlichen Bereichen verdrängt werden oder wegen der großen Attraktivität von Binnenräumen das Interesse am öffentlichen Bereich verlieren, ihnen auch die Fähigkeit verloren geht, die für ihre Umwelt spezifischen Gefahren zu erkennen und damit umzugehen.

c) Gestaltbarkeit

Von einem Aktionsraum für Kinder kann man erst dann sprechen, wenn das betreffende Territorium von Kindern der untersuchten Altersgruppen auch »gestaltbar« ist, wenn Kinder ihre altersspezifischen Gestaltungsmöglichkeiten und -wünsche in diesem Territorium umsetzen können. Es gibt natürlich zugängliche und gefahrlose Räume für Kinder, die nicht gestaltbar sind. Solche Räume könnte man vielleicht als Bewegungs- oder Transiträume bezeichnen. Viele Spielplätze in der Stadt sind in diesem Sinne keine Aktionsräume, sondern Bewegungsräume – zumindest für die größeren Kinder. Nun sind die Gestaltungswünsche von Kindern natürlich sehr vielfältig, und es ist nicht leicht, eindeutig festzustellen, wann denn nun eigentlich ein Territorium für Kinder gestaltbar ist. Die Gestaltungswünsche von Kindern hängen z. B. sehr stark von ihrem Zeithorizont ab. Ein dreijähriges Kind hat beim Spielen einen Zeithorizont, der im Minutenbereich liegt. Es wird damit zufrieden sein, einen Sandkuchen zu bauen, auch wenn dieser nach wenigen Minuten schon durch andere Kinder wieder zerstört wird. Ein Neunjähriger dagegen hat einen Zeithorizont, der im Tage- vielleicht sogar im Wochenbereich liegt. Etwas gestalten kann dann z. B. bedeuten, eine Hütte zu bauen, die mehrere Tage lang benutzt werden soll. Der Begriff »Gestaltbarkeit« ist schwierig zu interpretieren. Dazu gehört ja nicht nur, daß es Möglichkeiten zum Herstellen (von Sandkuchen oder Hütten) gibt, sondern auch Bewegungsspiele, Regelspiele oder Rollenspiele sollen möglich sein. Vermutlich gibt es nur eine

Möglichkeit, die Gestaltbarkeit von Räumen zu ermitteln: Man muß die Sichtweise der Kinder übernehmen und sie fragen, ob man »hier was machen kann«, »was man hier machen kann«, ob »hier was los ist« usw. Vermutlich wird man dann feststellen, daß Räume, die für Kinder als gestaltbar gelten etwas gemeinsam haben:⁵ Es wird sich in den meisten Fällen

- um funktional unbestimmte Räume handeln,
- um Räume, deren Nutzung nicht eindeutig festgelegt ist,
- um Räume, die Möglichkeiten zur Veränderung enthalten.

Wenn wir die Entwicklungen bis zum Beginn der 80er Jahre betrachten, so wird deutlich, daß in den Städten immer mehr Territorien in ihren Funktionen festgelegt wurden. Seit den 50er Jahren läßt sich eine umfassende und gründliche Vernichtung von Spielflächen für Kinder beobachten. Immer mehr freie Flächen werden überbaut. Funktionsunbestimmte und von Kindern nutzbare Bereiche wurden einer zweckbestimmten Nutzung zugeführt, die Kinder immer mehr ausschließt. Für Kinder wurden ganz spezifische Räume abgegrenzt. Es wurden Reservate geschaffen, Spielplätze der verschiedensten Art: Bauspielplätze, Abenteuerspielplätze, ganz »normale« Spielplätze, Bolzplätze usw. Auf diesen Plätzen können wir eine Festlegung von Nutzungsmöglichkeiten beobachten, und parallel dazu eine Einengung der Gestaltungsmöglichkeiten. Empirische Untersuchungen zeigen, wie wenig attraktiv Spielplätze für größere Kinder sind, daß Spielplätze nur in solchen Gebieten attraktiv sind, in denen es keine anderen Möglichkeiten gibt, daß größere Kinder die Spielplätze am ehesten als Bewegungsraum und als Treffpunkt nutzen.⁶

d) Interaktionschancen

Das vierte Kriterium für einen Aktionsraum besteht darin, daß er Interaktionschancen bieten muß, d. h. er muß die Möglichkeit bieten mit anderen Kindern zusammenzukommen. Dabei sind besonders die Kontaktchancen mit Gleichaltrigen wichtig: Was nutzt ein zugängliches, gefahrloses und gestaltbares Territorium, wenn keine Chance besteht, mit anderen zu spielen? Wie die Entwicklung in den letzten Jahren verlaufen ist, dürfte bekannt sein: Wir können beobachten, daß Kinder in zunehmendem Maße aus der Stadt verschwinden. In Freiburg lebten 1971 noch 11 232 Kinder im Alter bis zu sechs Jahren. 1988 waren es dagegen nur noch 7842. Die Zahl der Kinder und damit auch die durchschnittliche Kontaktchance hat sich um 30% verringert. Bei den Kindern im Alter von 6 bis 15 Jahren verlief die Entwicklung ähnlich. 1971 gab es im Stadtgebiet 18 827 Kinder in dieser Altersgruppe – 1988 nur noch

⁵ Vgl. dazu G. Harms u. a., Kinder und Jugendliche in der Großstadt, Berlin 1985.

⁶ Vgl. dazu G. Schottmayer / R. Christmann, Kinderspielplätze. Beiträge zur kindgerechten Gestaltung der Wohnumwelt, Stuttgart 1977; D. Höltershinken, Öffentliche Kinderspielplätze in der BRD, in: Westermanns Päd. Beiträge 2/1972, S. 86–91; J. Jacob, Kinder in der Stadt. Freizeitaktivitäten, Mobilität und Raumwahrnehmung, Pfaffenweiler 1987.

12202. Die Zahl der Kinder ist hier sogar um 35% zurückgegangen. Diese Entwicklung ist in einigen Stadtgebieten noch sehr viel deutlicher: In den Innenstadtbezirken ging die Zahl der Kinder sogar um rund 50% zurück; in den westlichen Stadtteilen um 40%. Die Gründe für diese Entwicklung (rückläufige Geburtenrate, Suburbanisierung etc.) sind hinlänglich bekannt.

Erst wenn diese vier Kriterien – Zugänglichkeit, Gefahrlosigkeit, Gestaltbarkeit und Interaktionschancen – erfüllt sind, kann man davon sprechen, daß es sich um einen Aktionsraum für Kinder einer bestimmten Alters- bzw. Entwicklungsstufe handelt. Für die empirische Erforschung von Aktionsräumen wäre es praktisch, wenn man diese Kriterien durch vier Skalen mit jeweils einem Bereich von 0 bis 1 messen könnte. Das dürfte kaum möglich sein. Aber diese Vorstellung regt zu einem theoretischen Modell an, das deutlich macht, was unter der Qualität von Aktionsräumen zu verstehen ist:

- Die Gebiete in einer Stadt können mehr oder weniger über die Eigenschaft »Aktionsraumqualität« verfügen. Es handelt sich hier also um ein graduelles Phänomen, nicht um eine Schwarz-Weiß-Klassifizierung.
- Diese vier Kriterien sind »multiplikativ« verbunden: Aktionsqualität = Zugänglichkeit $\times$ Gefahrlosigkeit $\times$ Gestaltbarkeit $\times$ Interaktionschance. Wenn auch nur ein Kriterium den Wert Null hat, so kann das betreffende Territorium nicht als Aktionsraum für Kinder eingestuft werden.

Viele Spielplätze erfüllen recht gut drei Kriterien: sie sind zugänglich und gefahrlos und man kann auch andere Kinder dort treffen. Aber leider bieten viele Spielplätze nur sehr wenig Gestaltungsmöglichkeiten – zumindest ist das so für größere Kinder, von denen der Spielplatz meistens nur als Treffpunkt oder Bewegungsraum genutzt wird.

Für die Stadt Freiburg soll also untersucht werden, wie sich Aktionsräume für Kinder verändert haben. Es wird Gebiete geben, in denen sich die Aktionsraumqualität verschlechtert hat, aber auch Stadtbereiche, in denen sie sich halten konnte oder sogar verbessert hat. Die Untersuchung soll zeigen, in welchen Stadtgebieten wegen der schlechten Qualität von Aktionsräumen ein besonderer Handlungsbedarf besteht. Wenn man einmal von der durchschnittlichen Entwicklung in Großstädten ausgeht, wird man erwarten müssen, daß immer mehr Aktionsräume für Kinder verloren gegangen sind, bzw. daß sich die Qualität von Aktionsräumen verschlechtert hat. Kinder in Städten – vor allem Vorschul- und Grundschulkinder – haben immer weniger die Möglichkeit, sich draußen – also außerhalb der Wohnung – spontan und unbeaufsichtigt aufzuhalten und mit anderen Kindern zu spielen.

Was des »Deutschen liebste Kind« geworden ist, zeigt die Abbildung 1: Mitte der 50er Jahre gab es im Stadtgebiet von Freiburg pro ha Fläche nahezu doppelt so viele Kinder wie zugelassene Kraftfahrzeuge. Dieses Verhältnis hat sich dann im Laufe der Zeit dramatisch verändert. 1988 gab es pro ha Stadtfläche nur noch 5 Kinder, aber

dafür 20 zugelassene Kraftfahrzeuge. Kinder sind also immer seltener geworden und Kraftfahrzeuge beherrschen immer mehr das Stadtbild. Diese Entwicklung zeigt, wie sich insgesamt Aktionsräume für Kinder verschlechtert haben. Die Chance, einen Gleichaltrigen zu finden, ist immer geringer geworden. Das Gefahrenpotential hat sich erhöht und die für Kinder zugänglichen und von ihnen gestaltbaren Flächen haben sich verringert.

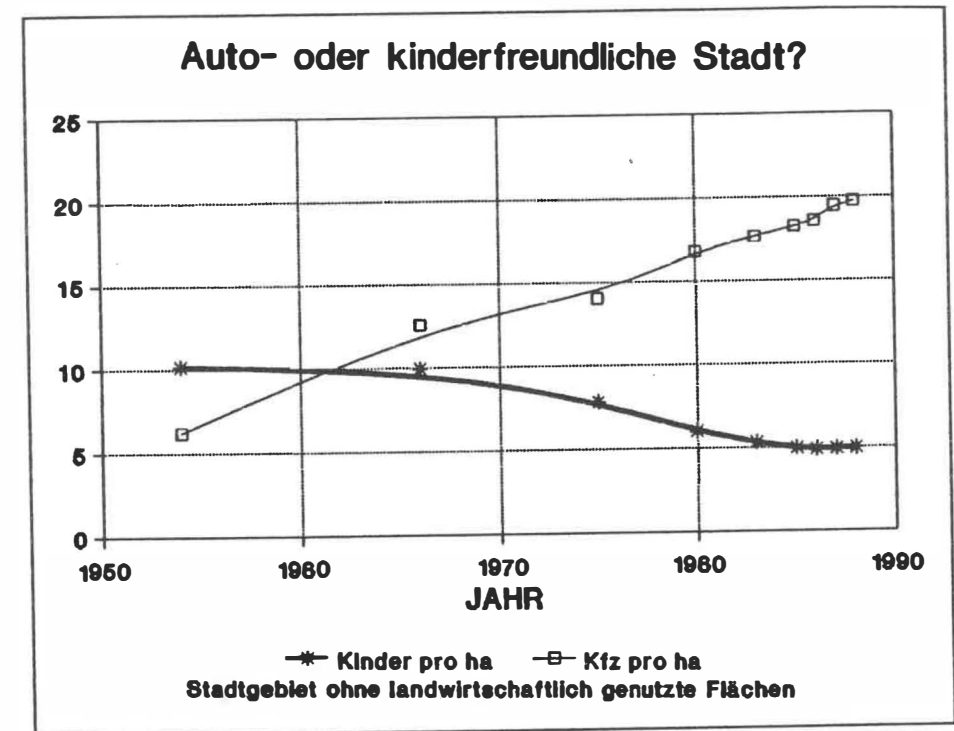


Abbildung 1

Dieser allein durch die gestiegene Motorisierung bedingte Flächenverlust wird deutlich, wenn wir 1961 mit 1987 bzw. 1988 vergleichen. 1961 gab es im gesamten Stadtgebiet rund 20 000 zugelassene Kraftfahrzeuge, die ungefähr 30 ha allein als Stellfläche benötigten (pro Kraftfahrzeug im Durchschnitt 15 qm). 1988 stieg die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge auf annähernd 90 000 und der Flächenbedarf für den ruhenden Verkehr erhöhte sich auf rund 135 ha, also ungefähr auf das Doppelte der Fläche, die für den neuen Stadtteil Rieselfeld vorgesehen ist. In Wirklichkeit ist der Flächenbedarf für Stellplätze aber noch viel größer. Wenn man von den zugelassenen Kraftfahrzeugen die Auspendler abzieht und die Einpendler hinzurechnet, so ergibt

sich eine Zahl von rund 117 000 Kraftfahrzeugen, die in Freiburg jeden Tag irgendwo abgestellt werden müssen und eine Fläche von rund 180 ha beanspruchen.⁷

Diese Veränderungen in der Vergangenheit haben Reaktionen entstehen lassen, bzw. Entwicklungen, die ohnehin bereits im Gange waren, noch weiter verstärkt:

- die Einrichtung von »Reservaten« für Kinder,
- eine Verstärkung von pädagogischen Bemühungen bis hin zu einer »Professionalisierung von Kindheit«,
- eine zunehmende Vermarktung von Kindheit,
- die steigende Attraktivität von Medien,
- aber auch Reaktionen der betroffenen Kinder, die sich unter dem Stichwort »Spielen als Konflikt« beschreiben lassen.

Reservate

Für Kinder mußten in zunehmendem Maße »Reservate« eingerichtet werden, die schönen und kindgerechten Spielplätze. Weil sich die Stadt immer weniger für Kinder eignet, wurden sie in Schutzgebiete verbannt: auf Spielplätze, Sportanlagen und funktionsspezifische Räume – Bolzplätze, Abenteuer- und Bauspielplätze, Waldspielplätze u. ä.

Organisationen für Kinder, »Professionalisierung von Kindheit«

Es gibt immer mehr organisierte Angebote für Kinder: Kurse, Seminare, Programme, Betreuungs- und Aufbewahrungsmöglichkeiten. Kinder verbringen einen immer größeren Teil ihrer Zeit unter Aufsicht, werden durch Experten angeleitet und müssen schon sehr früh Kompetenz und Leistungsfähigkeit beweisen. Der Anteil der Zeit, die für freies Spielen übrig bleibt, ist bei vielen Kindern erschreckend gering. Diese Entwicklung darf man natürlich nicht unabhängig von der Verschlechterung von außerhäuslichen Aktionsräumen sehen. Wenn Kinder immer weniger Möglichkeiten zum unbeaufsichtigten Spielen außerhalb der Wohnung haben, ist es für Eltern durchaus naheliegend, sie in Kursen, Seminaren oder betreuten Spielgruppen unterzubringen.

⁷ Nicht in Rechnung gestellt ist dabei die nicht unerhebliche Zahl der Einkaufspendler. Bei einer genaueren Berechnung müßte man natürlich berücksichtigen, daß einige Fahrzeuge in Tief- bzw. Hochgaragen, also mehrstöckig, untergebracht sind. Da es im Stadtgebiet aber nur knapp 3000 Stellplätze in Parkhäusern gibt, kann dieser Effekt nicht sehr groß sein. Die hier geschätzte Zahl von rund 180 ha für den ruhenden MIV deckt sich auch nicht mit der offiziell ausgewiesenen Parkfläche (ca. 35 ha innerhalb und außerhalb des Innenstadtringes). Ein großer Teil der Fahrzeuge parkt nicht auf solchen Flächen und außerdem gibt es private Stellplätze und Garagen. Aber auch diese Flächen gehen letztlich für andere Nutzungen verloren: Bürgersteige werden verstopft, Straßen werden für Kinder unübersichtlich und unbespielbar, Hinterhöfe werden mit Garagen und Stellflächen zugebaut.

Vermarktung von Kindheit

Für Kinder hat sich ein sehr lukrativer Markt entwickelt. Die Bedürfnisse von Kindern und auch ihre Probleme lassen sich offenbar hervorragend vermarkten. Von dieser Kinderindustrie werden oft Produkte angeboten, die ein Ersatz sind für die entgangenen Möglichkeiten zum Entdecken, Austoben und freien Spielen außerhalb der Wohnung. Erziehungswissenschaftler befürchten, daß sich bei Kindern auf diese Weise immer mehr eine »konsumistische Haltung« entwickelt.⁸ Die Aneignung von Erfahrungen durch Eigentätigkeit geht immer mehr zurück. Wenn ein Kind heute vor der Wahl steht, entweder selbst einen Drachen zu basteln – vielleicht mit Hilfe seiner nicht übermäßig kompetenten Eltern – oder im Kaufhaus einen Drachen zu kaufen, so wird in vielen Fällen wohl der kaufbare Drachen bevorzugt. Angesichts des hohen Gebrauchswertes von käuflichen Gegenständen werden nur wenige Kinder den Wunsch haben, sich diese Gegenstände selber herzustellen. Und angesichts der Perfektion und hohen Attraktivität der käuflichen Dinge können die Kinder – und die Eltern – mit ihren unzulänglichen Möglichkeiten auch nur noch resignieren.⁹ Die Kinder werden auf diese Weise schon sehr früh zu Konsumenten, zu Gebrauchswertspezialisten. In einer Ökonomie, in der die Herstellung von Dingen nicht mehr so sehr im Vordergrund steht, sondern der Konsum und das Angebot von Dienstleistungen, wäre das vielleicht sogar eine optimale Anpassung an das Erwachsenenleben. Was dabei jedoch verloren geht, ist die Auseinandersetzung mit den Widerborstigkeiten der Materie, die Erfahrung von Anstrengung und Mühe, das dabei entstandene Selbstbewußtsein und der damit verbundene Stolz.

Medienkindheit

Seit den 60er Jahren haben sich die Medien rapide weiterentwickelt. Diese Entwicklung erhielt durch die neuen Technologien nochmals einen gewaltigen Schub. Verkabelung und Video und der Zugang zu Computerspielen bieten die Möglichkeit, daß der Alltag von Kindern nahezu vollständig durch die Medien beherrscht wird. Erste Untersuchungen über den Effekt der Verkabelung erbrachten alarmierende Ergebnisse.¹⁰ Obwohl es falsch wäre, zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer »Medienkindheit« zu sprechen, verdienen diese Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit. Das eigentliche Problem sind nicht so sehr die Inhalte, zu denen Kinder über die Medien Zugang erhalten. Viel problematischer erscheint mir, daß die Beschäftigung mit Medien den Kindern immer mehr die Möglichkeit zu eigenen authentischen Erfahrungen nimmt. Kinder leben immer mehr in einer artifiziellen Welt, ihre Erfahrungen

⁸ H. G. Rolff, Massenkonsum, Massenmedien und Massenkultur – Über den Wandel kindlicher Aneignungsweisen, in: U. Preuss-Lausitz u. a. (Hrsg.), Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder, Weinheim / Basel 1983.

⁹ Mit den Worten von G. Anders könnte man sagen, daß sie eine Art »promotheische Scham« befällt.

¹⁰ Vgl. B. Hurrelmann u. a., Familie und erweitertes Medienangebot, Düsseldorf 1988.

sind immer mehr Erfahrungen aus zweiter Hand. Auch hier muß der Zusammenhang zu dem Verlust von außerhäuslichen Spielmöglichkeiten gesehen werden. Wenn man sich draußen nicht mehr aufhalten kann, dann bleiben nur noch die Binnenräume; und da in diesen Räumen kaum etwas Aufregendes geschieht, ist es nicht verwunderlich, wenn Aufregung und Spannung in den Medien gesucht werden.

Spiele als Widerstand, Spiele als Konflikt

Es wäre wohl falsch, davon auszugehen, daß alle Kinder – oder auch nur die Mehrheit der Kinder – diese Entwicklungen einfach hinnehmen und lediglich passiv darauf reagieren. Der Verlust von Aktionsräumen führt sehr oft dazu, daß Kinder nach neuen Aktionsräumen suchen, daß sie Territorien für ihre Zwecke umfunktionieren, daß sie sich Aktionsräume – oft allerdings nur vorübergehend – erobern. Kinder reagieren eben nicht nur angepaßt auf die Verschlechterung ihrer Spielmöglichkeiten, sie wehren sich auch dagegen – dadurch, daß sie Funktionen, die sie von der Nutzung eines Territoriums ausschließen, durch ihr Verhalten oder ihre Anwesenheit stören. Das Spielen der Kinder kann dann zu einer Widerstandshandlung werden und kann Konflikte mit Nachbarn, mit Eigentümern von Grundstücken und mit den Ordnungskräften entstehen lassen.¹¹

Nun ist es bei den hier beschriebenen Trends sicher so wie bei fast allen gesellschaftlichen Entwicklungen. Sie halten eine Weile an und dann setzen Gegenbewegungen ein, Reaktionen auf Probleme, die vorher entstanden sind. Seit Ende der 70er Jahre kann man beobachten, daß die hier beschriebenen Entwicklungen sich allmählich verzögerten, bzw. sogar umkehrten. Der städtische Nahraum wurde bis vor kurzem als eine Art Hindernis für die Entfaltung der Mobilitätsbedürfnisse gesehen. Und konsequenterweise und auch ziemlich erfolgreich wurde alles unternommen, um diesen Nahraum den Mobilitätsbedürfnissen unterzuordnen. Diese Entwicklung scheint sich nun zu verlangsamen, bzw. sogar umzukehren. Verkehrsberuhigte Straßen werden eingerichtet. Immer mehr Städte führen Tempo-30-Zonen ein. Es gibt Versuche, die räumliche Monofunktionalität wieder abzubauen und vielfältige Bemühungen zur Wiederbelebung von Nahräumen setzen ein. Während in der Zeit davor funktionale Anforderungen, Wachstum und Verkehr im Vordergrund standen, so besinnt man sich nun – nicht zuletzt wegen des Drucks, der von »unten«, also von Bürgerbewegungen ausgeht – in zunehmendem Maße wieder auf die Bedürfnisse der in den Städten lebenden Menschen. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen diese Ansätze auf die Spielmöglichkeiten für Kinder haben werden. Auch das wird ein Thema der Freiburger Untersuchung sein: Wie haben sich diese Versuche zur Rückeroberung der Nahräume auf die Spielmöglichkeiten der Kinder ausgewirkt?

¹¹ Vgl. dazu F. Thiemann (s. A 3), S. 60.

3. »Topographie der Kindheit«

Der Gegenstand der Freiburger Studie soll noch unter einem weiteren Gesichtspunkt dargestellt werden. Dabei geht es um eine Reihe von Fragen, die sich auf die Orte bzw. auf die Instanzen beziehen, in denen der Alltag von Kindern stattfindet.

- in welchen Orten, bzw. in welchen Instanzen findet Kindheit statt?
- Wie hat sich die relative Bedeutung dieser Orte verändert?
- Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen?

Der Alltag von Kindern im Vorschul- bzw. Grundschulalter findet heute im wesentlichen an vier Orten bzw. in vier Instanzen statt:

1. *Privatbereich der Familie:* Die meisten Kinder verbringen einen sehr großen Teil ihrer Zeit in der Familie, bzw. in familienähnlichen Verbänden: in Kleingruppen mit intensiven und intimen face-to-face-Beziehungen und einer Mischung von Erwachsenen und Kindern.
2. *Organisationen:* Ein weiterer Ort für Kindheit sind Organisationen und Einrichtungen verschiedenster Art: Schule, Kindergarten, Kinderhort, aber auch Kurse für Kinder, betreute Spielgruppen und Therapien.
3. *Öffentlicher Bereich:* Mit »öffentlichem Bereich« ist die Welt außerhalb der Wohnung und außerhalb von Organisationen gemeint: Straßen, öffentliche Freiflächen, Spielplätze, unbebaute Grundstücke, Parks, Schulhöfe, Sportanlagen, aber auch private Flächen – Höfe, Gärten, Einfahrten – die von Kindern vorübergehend zu öffentlichen Territorien umdefiniert werden.
4. *Medien:* Der Kontakt mit Medien ist mittlerweile eine eigene Sozialisationsinstanz, ein eigener »Ort«, für Kinder geworden. Rundfunk und Fernsehen, aber auch Schrift-, Bild- und Tonkonserven: Buch, Video, Kassetten bzw. Platten. Im weiteren Sinne kann man auch den Umgang mit Computern dazu rechnen, vor allem die Beschäftigung mit Computerspielen. Gegenüber anderen Orten lassen sich Medien durch das folgende Merkmal abgrenzen: Medien sind vor allem Träger von Sekundärerfahrungen, von »Erfahrungen aus zweiter Hand«.

Wie hat sich die relative Bedeutung dieser »Orte« verändert? Das ist natürlich sehr unterschiedlich und hängt u. a. von der sozialen Lage der betreffenden Kinder ab, aber auch von dem Wohnstandort und den Möglichkeiten bzw. Grenzen, auf die Kinder hier stoßen. Trotz aller Unterschiede erscheint es mir möglich, einige Trendaussagen zu machen, die sicher nicht für alle, aber gewiß für sehr viele Kinder zutreffend sind und die vielleicht die »durchschnittliche« Entwicklung ganz gut beschreiben können:

1. Es spricht einiges für die Annahme, daß der *öffentliche Bereich* für den Kinderalltag im Durchschnitt an Bedeutung verloren hat. Diese Annahme ist sicher für die Kinder zutreffend, die in Gebieten mit sehr schlechten außerhäuslichen Aktionsräumen leben müssen. Kindheit findet immer mehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die Untersuchung von A. Engelbert zeigt, daß der Umfang von Spielkontakten ganz erheblich von der Verkehrssituation in unmittelbarer Wohnungsnähe abhängt. Vier- bis fünfjährige Kinder spielen in Nebenstraßen ohne Verkehr im Durchschnitt mehr als zwei Stunden pro Tag draußen mit anderen Kindern. Kinder, deren Wohnung an einer Hauptverkehrsstraße liegt, halten sich dagegen im Durchschnitt nur 70 Minuten draußen auf.¹²

Der öffentliche Bereich verliert aber vermutlich nicht nur wegen der Verschlechterung von außerhäuslichen Aktionsräumen für Kinder an Bedeutung. Ebenso wichtig ist die gestiegene Attraktivität von Binnenräumen, das erweiterte Medienangebot und die starke Zunahme von organisierten Angeboten.

2. Plausibel ist sicher auch die Annahme, daß die *Medien* für den Kinderalltag an Bedeutung gewonnen haben. Gründe dafür könnten einerseits der Verlust von Aktionsräumen sein, andererseits aber auch die gewaltige Expansion des Medienangebots in den letzten Jahren. Wie sich diese Entwicklung auswirkt, zeigt eine empirische Untersuchung über die Folgen der Verkabelung von Haushalten für den Fernsehkonsum. Je nach Alter und Schichtzugehörigkeit steigt nach der Verkabelung die durchschnittliche Sehdauer ganz beträchtlich: Bei Kindern bis 6 Jahre um mehr als das Doppelte, bei Kindern aus unteren Sozialschichten von 68 Minuten im Durchschnitt auf fast zwei Stunden pro Tag nach der Verkabelung.¹³

3. Eine im Durchschnitt zunehmende Bedeutung hat sicher auch die Einbindung von Kindern in *Organisationen*. Gründe dafür kann man einerseits in einer gestiegenen Nachfrage nach organisierten Angeboten sehen, andererseits aber auch in dem gestiegenen Angebot, das sich gewissermaßen seine Nachfrage schafft. Die zunehmende Nachfrage nach Organisationen und Einrichtungen hat verschiedene Gründe – zu nennen sind insbesondere die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Elternteile, die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden, die im Falle von Erwerbstätigkeit auf Betreuungseinrichtungen angewiesen sind sowie der Verlust von Aktionsräumen, der Eltern vor die Notwendigkeit stellt, für ihre Kinder einen Ausgleich zu schaffen: Judo, Ballett, Töpfern, Kinderprogramme als Kompensation für verlorene Spielräume.

Gestiegen ist aber auch das Angebot für Kinder und damit auch der Anreiz, diese Angebote nachzufragen. Die Angebotssteigerung ist sicher ein Resultat der zunehmenden Professionalisierung im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen. Immer mehr Berater und Betreuer werden in Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten ausgebildet. Die durch die »Inflation von Titeln« in ihrem Bemühen um Ansehen und Aufstieg »geprellte Generation« (P. Bourdieu) muß sich nach Nischen umsehen und da bieten sich insbesondere Beratertätigkeiten und personenbezogene Dienstleistungen an.

¹² A. Engelbert, *Kinderalltag und Familienumwelt*, Frankfurt / New York 1986, S. 235.

¹³ B. Hurrelmann u. a., (s. A 10), S. 98f., S. 126.

4. Schwer abschätzbar ist, wie sich die relative Bedeutung der *Familie* als Ort für den Kinderalltag entwickelt hat. Auf der einen Seite läßt sich beobachten, daß immer mehr Eltern sich um eine intensive Beziehung zu ihren Kindern bemühen, viel Zeit für die Kinder aufwenden, vieles gemeinsam mit ihnen unternehmen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Anzeichen dafür, daß in vielen Familien die Konflikte zunehmen, daß sich für eine große Zahl von Kindern eine Destabilisierung des Sozialisationsumfeldes beobachten läßt, daß das tatsächliche Engagement nicht der geäußerten und auch empfundenen Kindorientierung entspricht und daß Kinder selber wegen der übergroßen emotionalen Ansprüche und wegen der ihnen gegenüber praktizierten Ambivalenz nicht selten eine Tendenz zur Flucht aus der Familie zeigen.

Die Bedeutung der Familie als »Ort« für Kindheit ist sehr unterschiedlich. Eine einheitliche Tendenz läßt sich nicht annehmen. Welchen Stellenwert die Interaktionen in der Familie haben, hängt von einer Vielzahl von sozialen und biographischen Bedingungen ab.

Welche Bedeutung haben nun die hier angenommenen Entwicklungen, bzw. welche Bedeutung könnten sie haben, wenn sie in der angenommenen Weise stattfinden? Die Frage nach der Bedeutung muß unter zwei Gesichtspunkten gestellt werden: Zum einen ist zu fragen, welche Bedeutung diese Veränderungen für die *Entwicklungschancen* von Kindern haben; zum anderen ist zu untersuchen, wie auf diese Weise die *Lebensqualität* von Kindern beeinflusst wird. Der erste Aspekt bezieht sich eher auf die Zukunft, auf die künftigen Kompetenzen und Entfaltungsmöglichkeiten von Kindern. Der zweite Aspekt ist stärker auf die Gegenwart bezogen: Wie lassen sich die gegenwärtigen Bedürfnisse von Kindern unter den verschiedenen Bedingungen befriedigen, bzw. welche Bedürfnisse entstehen unter diesen Bedingungen? Beide Fragen hängen natürlich sehr eng zusammen, aber es scheint doch sinnvoll zu sein, sie in diese beiden Teilaspekte aufzuteilen: Kinder sind nicht nur unfertige Erwachsene, die sich auf etwas hin entwickeln. Kindheit sollte auch als eine eigenständige Lebensphase betrachtet werden, für die ein berechtigter Anspruch nach hoher Lebensqualität besteht. Zu der Frage nach der Bedeutung der oben beschriebenen Entwicklungen möchte ich zwei Thesen formulieren:

These 1: Jeder der genannten »Orte« ist für die Lebensqualität und für die Entwicklungschancen von Kindern wichtig und unverzichtbar. Jeder dieser »Orte« leistet einen bedeutsamen Beitrag und ist mit wichtigen Erfahrungen verbunden. Die gelegentlich von Seiten einer konservativen Kulturkritik vorgebrachten Forderungen zielen auf eine Ausgrenzung der Kinder aus wichtigen Lebensbereichen ab: Es wäre undurchführbar und auch unververtretbar, Kindern den Zugang zu Medien zu verschließen oder ihre Einbindung in Organisationen rückgängig zu machen oder zu fordern, daß die Familie zum ausschließlichen »Ort« für den Kinderalltag wird.

These 2: Erst wenn ein »unausgewogenes« Verhältnis zwischen diesen »Orten« für Kindheit vorliegt, besteht Anlaß zur Sorge. Nun ist das leider eine sehr unpräzise For-

mulierung: Was ist mit »unausgewogen« gemeint? Was wäre eine »ausgewogene« Konstellation? Niemand kann heute diese Fragen beantworten. Konsensfähig und begründbar sind lediglich Annahmen, die sich auf Extremsituationen beziehen: Wenn Kinder ihre Zeit ausschließlich im Privatbereich der Familie verbringen; wenn sie sich nur noch mit Medien beschäftigen; wenn ihr Alltag nahezu vollständig durch den Aufenthalt in Organisationen bestimmt wird; wenn sie sich nur noch draußen im öffentlichen Bereich aufhalten.

Welche Probleme sich unter solchen Extrembedingungen ergeben können, aber auch welche Beiträge zur Lebensqualität und Entwicklung von Kindern diese vier »Orte« leisten können, kann ich hier nur stichwortartig behandeln. Die Abbildung 2 faßt einige Annahmen zusammen, die sich auf die verschiedenen Beiträge der Orte und Instanzen unter »ausgewogenen« und unter »unausgewogenen« Bedingungen beziehen.

»Orte«	Leistungen / Erfahrungsmodalitäten	
	unter »ausgewogenen« Bedingungen	unter »unausgewogenen« Bedingungen
FAMILIE	Intimität, Emotionalität, Vertrauen, Sicherheit...	Überlastung mit emotionalen Ansprüchen, Ambivalenz, overprotection...
ORGANISATIONEN	Kompetenz, zweckrationales Handeln, regelgebundenes Handeln (Disziplin)...	Abhängigkeit, Unterdrückung von Eigeninitiative, konsumistische Orientierungen...
MEDIEN	Horizontenerweiterung, Wissen über überlokale Zusammenhänge, Mythen, Fiktionen, Phantasien...	fehlende Primärerfahrungen...
ÖFFENTLICHER RAUM	freies, spontanes Spielen, eigentätige Aneignung von Erfahrungen, Kontakt mit Gleichaltrigen...	evtl.: geringe Fähigkeit zur Selbstdisziplin, Wissensdefizite, Kompetenzdefizite...

Abbildung 2

Alle hier angesprochenen Zusammenhänge sind wichtig, aber sie lassen sich nicht alle gleichzeitig in einer Studie untersuchen. In der Freiburger Untersuchung wollen wir auch nicht nur die ausgewählten Sachverhalte – z. B. Aktionsräume in verschiedenen Wohngebieten – beschreiben, sondern wir wollen auch versuchen, für bestimmte Phänomene empirisch abgesicherte Erklärungen anzubieten. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob und unter welchen Bedingungen es zu einem Rückzug von Kindern aus der Öffentlichkeit kommt. Welche Informationen nun im Verlauf der Untersu-

chung erhoben werden, läßt sich ganz gut durch das Bild eines »Datenquaders« beschreiben (Abbildung 3).

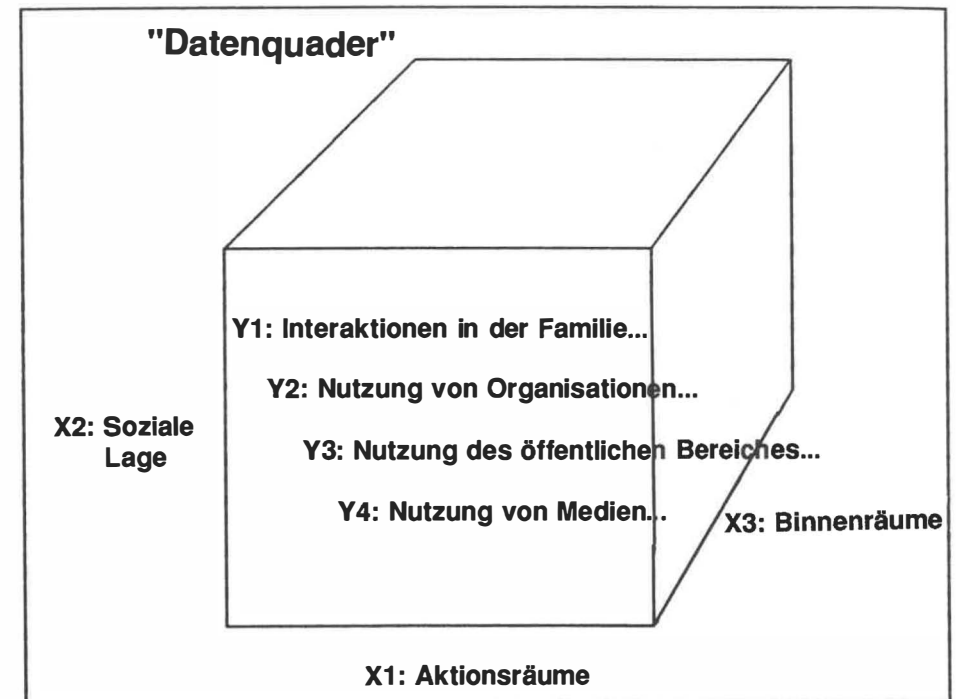


Abbildung 3

Die mit X1, X2, X3 bezeichneten Merkmalsgruppen betrachten wir als die möglichen Ursachen, als Gründe, als Bestimmungsfaktoren für die mit Y1, Y2, Y3, Y4 bezeichneten Merkmalsklassen. Bei den Merkmalen der Gruppe X – den drei Achsen des »Datenquaders« – handelt es sich um objektivierbare Bedingungen der sozialen, der städtischen und der natürlichen Umwelt. Die Merkmale der Gruppe Y beschreiben dagegen Lebensweisen, Orientierungen und Verhaltensmuster von Kindern. Wir vermuten, daß die Verfügbarkeit über Aktionsräume einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Lebensqualität des Kinderalltags hat und damit auch auf die Lebensweise und auf das Verhalten von Kindern. Es wäre jedoch eine unzulässige Vereinfachung, wenn man versuchen wollte, in dem Fehlen oder Vorhandensein von Aktionsräumen den einzigen Bestimmungsfaktor für die Situation von Kindern zu sehen. Erst durch die Berücksichtigung der Wechselwirkung mit anderen Faktoren wird es möglich sein, genauere Aufschlüsse über die Lebensbedingungen von Kindern zu erhalten. In der Untersuchung werden deshalb neben Informationen über Aktionsräume auch Informationen über die soziale Lage von Kindern (u. a. Haushalts- bzw. Familientyp, Er-

werbstätigkeit der Eltern, wirtschaftliche Situation, Betreuungsmöglichkeiten) und über die den Kindern verfügbaren »Binnenräume« erhoben. Die fehlende Präsenz von Kindern in öffentlichen Räumen ist sicher auch eine Folge davon, daß sich Aktionsräume verschlechtert haben. Aber daß hier auch andere Faktoren eine Rolle spielen müssen, wird jedem klar, der mit offenen Augen durch die Stadt geht. Er wird feststellen, daß sich auch in Quartieren mit guten Aktionsräumen und zur besten Spielzeit oft nur sehr wenige Kinder draußen aufhalten. Wenn wir den Rückzug von Kindern aus der Öffentlichkeit verstehen wollen, müssen wir wohl zwei Trends im Auge behalten: Einmal die zunehmende Verschlechterung von Aktionsräumen im Wohnumfeld vieler Kinder. Zum anderen aber auch die zunehmende Attraktivität von Binnenräumen bzw. die zunehmende Attraktivität der Ausstattung, der Arrangements und der auf Binnenräume zugeschnittenen Angebote: u. a. Wohnungsgröße und -ausstattung, organisierte Angebote (Spielgruppen, Kurse etc.), Verfügbarkeit über verschiedene Varianten von Medien, Teilhabe an den Angeboten der Kinderindustrie.

Um diese Informationen zu erheben, haben wir ein mehrstufiges Forschungskonzept entwickelt. In diesem Konzept werden verschiedene Methoden zu einer Untersuchung kombiniert: schriftliche Befragungen, mündliche Interviews, offene Gespräche mit Kindern, Tagebuchaufzeichnungen, Begehung von Wohngebieten zusammen mit Kindern, Analyse von Indikatoren aus der amtlichen Statistik und aus ausgewählten Verwaltungsbereichen (u. a. Verkehrsplanung, Gartenamt). Die Untersuchungen sollen bis Mitte 1993 abgeschlossen sein.

4. Skizze der »Freiburger Kinder-Studie«

A. Geltungsbereich

Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren und deren Eltern im Stadtgebiet von Freiburg. Eine Beschränkung auf diese Altersgruppe halten wir aus den folgenden Gründen für sinnvoll und notwendig:

- * Im Rahmen der verfügbaren Forschungsmittel ist eine Begrenzung erforderlich.
- * Die Altersgruppe 5 bis 9 ist für eine Untersuchung über Aktionsräume besonders wichtig: Möglichkeiten zu unbeaufsichtigtem Spielen außerhalb der eigenen Wohnung werden ab einem Alter von 5 Jahren besonders dringend. Ältere Kinder – 10 Jahre und älter – verfügen sehr oft schon über genügend Mobilitätskompetenz, um das Fehlen von Aktionsräumen in unmittelbarer Wohnungsnähe kompensieren zu können.

B. Untersuchungsmethoden

1. Stufe:

Sozialökologische Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Situation von Kindern:¹⁴

¹⁴ Vgl. dazu T. Bargel / R. Fauser / J. W. Mundt, Soziale und räumliche Bedingungen der Sozialisation von Kindern in verschiedenen Soziotopen, in: H. Walter (Hrsg.), Region und Sozialisation, Bd. 1,

Methode: Auswertung vorhandener Indikatoren aus der amtlichen Statistik, u. a. auch Volkszählung 1970 und 1987; Verknüpfung mit Daten aus verschiedenen Bereichen (Umweltamt, Verkehrsplanung, Gartenamt); Erhebung von Indikatoren (in ausgewählten Gebieten) durch Begehung und Beobachtung.

Ziele: Beschreibung verschiedener »Soziotope« im Stadtgebiet von Freiburg; Darstellung von Veränderungen im Zeitverlauf.

2. Stufe:

Vollerhebung bei allen Eltern mit Kindern im Alter von 5 bis 9 Jahren. Im Stadtgebiet leben in dieser Altersgruppe ca. 7000 Kinder, d. h. es wären ca. 6000 Eltern zu befragen.

Methode: Standardisiertes schriftliches Interview.

- Ziele:
- (1) Flächendeckende Erhebung, um grundlegende Informationen über außerhäusliche Spielmöglichkeiten von Kindern zu erhalten.
 - (2) Kleinräumige kartographische Darstellung der Versorgungslage.
 - (3) Besondere Beachtung der Situation in verkehrsberuhigten Gebieten gegenüber dem übrigen Stadtgebiet.
 - (4) Dabei Berücksichtigung von Informationen über die Familiensituation, so weit das im Rahmen einer schriftlichen Befragung möglich ist: Kinderzahl, Haushaltstyp (Alleinerziehende vs. Ehepaare mit Kindern).
 - (5) Grundlage für alle weiteren Stufen: Auswahl von Gebieten für Beobachtung und Evaluierung, Auswahl von Familien (Eltern, Kinder) für ausführliche Interviews und Tagebuchaufzeichnungen.

Wegen (1) und (2) ist eine Vollerhebung erforderlich. Bei kleinräumiger Darstellung sind Stichproben mit zu hohen Schätzfehlern verbunden.

3. Stufe:

Expertenhearing zu den Fragen

* Was bedeutet »kindgerechte Umwelt«?

* Wie sollten »Aktionsräume für Kinder« beschaffen sein?

Mit: Eltern, professionellen Experten, Politikern und Kindern.

4. Stufe:

Gemeinsame Begehung von Stadtgebieten mit Kindern.¹⁵

Auswahl: auf der Grundlage von Stufe 2 je 5 Gebiete mit Aktionsräumen von sehr guter, mittlerer und sehr schlechter Qualität, insgesamt also 15 Gebiete und 15 Begehungen jeweils an einem Nachmittag.

Methode: In Gruppen von 4 bis 6 Kindern sollen Stadtgebiete von Kindern auf ihre Aktionsraumqualität beurteilt werden. Qualitative Erfassung von Beurteilungen und Interessen. Auswertung der ausführlichen Protokolle durch eine Inhaltsanalyse.

Ziele: Kinder sollen aus ihrer Sicht eine Aussage über das Stadtgebiet machen, in dem sie woh-

Stuttgart-Bad Cannstatt 1981, S. 186–260; J. W. Mundt: Vorschulkinder und ihre Umwelt, Weinheim / Basel 1980.

¹⁵ Vgl. dazu G. Harms u. a. (s. A 5); G. Berg-Laase u. a., Verkehr und Umwelt im Alltag von Kindern, Pfaffenweiler 1985.

nen. Dabei sollen die Kinder als die eigentlichen Betroffenen dieser Untersuchung ihre Anforderungen und Interessen zum Ausdruck bringen können. Erhebung von Informationen über die Nutzung von Aktionsräumen und über den Aktionsradius von Kindern.

5. Stufe:

Erhebung von Tagesablaufprotokollen für Kinder¹⁶

Auswahl: auf der Grundlage von Stufe 2 ca. 400 Familien nach den drei Kriterien Gebietstyp, Familientyp und Alter.

- a) 5 Gebietstypen nach Aktionsraumqualität, Verkehrsberuhigung, Lage im Stadtgebiet
- b) Ehepaare m. Kindern und Alleinerziehende
- c) Kinder unter 7 Jahre und Kinder älter als 7.

Auswahlmatrix: $5 \times 2 \times 2 = 20$ Felder; pro Feld 20 Fälle; also $n = 400$.

Methode: Vorgeführte Protokollformulare werden von Eltern für drei Tage ausgefüllt.

Für diese Arbeit soll ein Anreiz gegeben werden, z. B. ein kleines Geschenk, die Verlosung von Familienreisen oder ein Spielnachmittag mit dem Freiburger Spielmobil.

Ziele: Die *Tagesablaufprotokolle* sollen Aufschluß darüber ergeben, wie Kinder ihren Tag insgesamt verbringen. Dabei lassen sich Informationen erheben, die auf den anderen Stufen nicht erfaßbar sind: u. a. Umfang der Mediennutzung, Kontakte mit anderen Kindern, Betreuungsaufwand durch die Eltern.

6. Stufe:

Durchführung einer Intensivbefragung in den gleichen Familien wie in Stufe 5.

Auswahl: 400 Familien aus Stufe 5.

Methode: Mündliches Interview mit einer Dauer von insgesamt ca. 45 bis 60 Minuten, davon rund $\frac{1}{2}$ Befragung der Eltern und $\frac{1}{2}$ Kinderbefragung.

Ziele: Die *Intensivbefragung* soll in den Familien durchgeführt werden, in denen auch die Tagesprotokolle erhoben wurden. Sie soll Aufschluß geben über die Familiensituation, über die Defizitwahrnehmung und über die Wünsche und Interessen von Eltern und Kindern im Hinblick auf Spielmöglichkeiten außerhalb der Wohnung. Auch die Bereiche Mediennutzung und Betreuungsaufwand sollen berücksichtigt werden.

¹⁶ Die Untersuchung von A. Engelbert hat gezeigt, daß diese auf den ersten Blick als sehr aufwendig erscheinende Methode durchaus durchführbar ist; vgl. A. Engelbert, *Kinderalltag und Familienumwelt*, Frankfurt / New York 1985.

Hans Schultheiß

Die Stadt im Kinderbild

Sie kam die meiste Zeit fast durchweg schlecht weg, die Stadt, seitdem im 18. Jahrhundert Pädagogen begannen, Kinderliteratur en masse zu produzieren. Von Rochows »Kinderfreund«, Campes »Theophron oder erfahrener Rathgeber für die unerfahrene Jugend« bis hin zu Johanna Spiris »Heidi« war fast immer Landluft gesünder als Stadtluft, Brot bekömmlicher als Süßigkeiten, Milch besser als Kaffee, der Landmensch moralischer als der Stadtmensch. Das Bild der Stadt, es wurde für die Kinder ausgemalt. Die Landmaus hatte Konjunktur, die Stadt blieb ein Schreckbild.

In vielen Fällen aber auch zurecht, als mit dem 19. Jahrhundert Industrialisierung und Verstädterung ihren Siegeszug begannen und die Städte zu Großstädten auswuchsen. In England machte die städtische Bevölkerung um 1850 bereits die Hälfte aus, in Preußen betrug der Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung 1895 schon über 40%. Kinderarbeit, Mietskasernen und Kinderbewahranstalten begannen die Stadtbilder mitzuprägen. Landschaften, welche Kinder zu gesundem Spiel und Zeitvertreib brauchten, verschwanden. Die Romane von Charles Dickens waren es, die in England die Öffentlichkeit auf das Elend der Kinder in den Fabriken aufmerksam machten, und Edith Nesbit beschrieb 1909 in eindrucksvoller Form das London ihrer Zeit als eine Hölle für Kinder.¹

Erst mit den gesellschaftlichen städtischen Veränderungen im Zuge eines Munizipalsozialismus konnte sich dieses Bild wandeln. Am bekanntesten wurde Erich Kästners »Emil und die Detektive«. Sein 1928 erschienener Jugendroman wurde zum Abenteuer Stadt. Nicht ländliche Idylle, sondern lärmendes Großstadtleben schien ihm schilderungswert, ohne die Kehrseiten, das Untergehen des einzelnen in der Masse etwa, zu unterschlagen: »Die Stadt war groß und Emil war so klein«. Doch ansonsten gilt: »Untergrundbahnhof gegenüber, Anlagen zum Verstecken, Lokale zum Telefonieren. Besser geht's gar nicht«.²

In den letzten Jahrzehnten konnten Kinderbuchautoren und -illustratoren der

¹ Edith Nesbit, *Five Children and It*, London 1905; deutsch: Psammy sorgt für Abenteuer, Berlin 1972; dies., *Hardings Luck*, London 1909; deutsch: Traum von Arden, Berlin 1960, vgl. hierzu auch Sybil Gräfin Schönfeldt, *Die Gute alte Zeit, die Kinder und die Großstadt*, in: Karl Ernst Maier (Hrsg.), *Historische Aspekte zur Jugendliteratur*, Stuttgart 1974, S. 103–109.

² Vgl. zum Stadt-Land-Gegensatz der beiden Jugendromane von E. Kästner, *Emil und die Detektive* und W. Speyer, *Der Kampf der Tertia die Betrachtungen von K. Doderer*, *Klassische Kinder- und Jugendbücher*, Weinheim 1969, S. 39 ff.

Stadt unbefangener begegnen und sie in allen Facetten darstellen. Die Kinder zeigten sich beeindruckt: »Da war das Bild mit der Baustelle. Alles war so, wie unten in der Stadt, wo ich durch einen Spalt im Bauzaun Lastwagen, Kräne, Zementsilos, Steine und natürlich auch Arbeiter beobachten konnte. Je länger ich hinsah, um so mehr Einzelheiten entdeckte ich! Besonders der Preßlufthammer hatte es mir angetan, dessen ohrenbetäubendes, schnatterndes Geräusch mir genau in Erinnerung blieb.«³

1974 erschien von dem Schweizer Künstler Jörg Müller eine mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnete Bildermappe mit dem Titel »Alle Jahre wieder saust der Preßlufthammer nieder«.⁴ Vom ersten bis zum siebten Bild ist immer der gleiche Landschaftsausschnitt zu sehen. Aus einer intakten Naturlandschaft mit nur einem Haus, die Kindern noch die ganze Fläche als Spiel- und Lebensraum anbietet, entwickelt sich die totale Stadt mit nicht betretbarem Rasendreieck und betoniertem Sandkasten. Nachdem diese Bilder ein Millionenpublikum erreicht hatten, thematisierte Müller wenige Jahre später in einem Folgezyklus die allgemein bekannte, vertraute und auch berüchtigte Sanierung alter Städte.⁵ Ausgangsbild ist eine harmonische Stadtansicht des Jahres 1953, zusammengefügt aus Altstadt, Neustadt, Schrebergarten, Hof, Bach und sich in ihr verlierenden Autos. Endbild ist jener zum Abschluß gebrachte Prozeß von Urbanisierung, jene Unwirtlichkeit der Städte, der wir seither wieder entfliehen wollen.

Das Entstehen dieser beiden Bildzyklen und ihr Erfolg sind im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen der frühen siebziger Jahre zu sehen. Auch das Bilderbuch begann gesellschaftliches »Oben« und »Unten« zu thematisieren. So schleicht sich denn auch mal ein Demonstrationszug gegen einen Stadtautobahnbau durch Müllers Bilder. »Demokratisierung«, »Mitspracherecht«, »kritisches Bewußtsein« machten auch vor den Kinderbüchern nicht Halt. Doch nicht wenige engagierte Erzieher und Lehrer dürften bei der Vermittlung dieser beiden Bildmappen enttäuscht worden sein, wenn die von ihnen erstrebte Wirkung auf die Kinder ausblieb. Zu ihrer Verblüffung antworteten viele Kinder auf die Gretchenfrage, wo sie denn lieber wohnen wollten, auf dem Lande oder im Häusermeer, daß ihnen ein Dasein in den großen Städten durchaus recht sei.⁶

Mit dem Internationalen Jahr des Kindes im Jahr 1979 begann man verstärkt, Kinder selbst nach ihren Wünschen und Vorstellungen zu befragen. Und man ließ sie malen. Anfangs zwar vornehmlich im Untergrund, in U-Bahnhöfen und Straßenunterföh-

³ A. Schaaf, Mein liebstes Bilderbuch, in: Bilderbücher, hrsg. von der Publikationsstelle des Landschaftsverbandes Rheinland, Niederrheinisches Freilichtmuseum 1980, S. 137.

⁴ Jörg Müller, Alle Jahre wieder saust der Preßlufthammer nieder oder Die Veränderung der Landschaft, Aarau / Frankfurt a. M. 1973.

⁵ Jörg Müller, Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn oder Die Veränderung der Stadt, Aarau / Frankfurt a. M. 1976.

⁶ Vgl. hierzu auch Horst Künemann, Ratlos vor Bilderbüchern?, in: Bilderbücher (s. A 4), S. 88 ff.

rungen, doch heute finden sich ihre Werke auch an den vornehmeren Ausstellungsplätzen. Vor allem Stadtbibliotheken haben in jüngster Zeit Malwettbewerbe zu Themen ihrer Stadt ins Leben gerufen.

Im folgenden sollen daher einige Bilder und Aussagen von Kindern dokumentiert werden. Auswahlkriterium dabei war, zugeschnitten auf die das einzelne Bild schmälende Wiedergabemöglichkeit, in erster Linie der dargestellte Inhalt, erst dann die künstlerische Form. Jenen vermögen Kinder oft überzeugend darzustellen. Sie drücken aus, was Ihnen am Herzen liegt. Da stehen Bilder mit besonderer Eindringlichkeit (Abb. 6 und 7, Unsere Welt) und Tiefenwirkung (Abb. 5, Dschungel) neben symbolhaften (Abb. 15, Mein Traumhaus; Abb. 17, Ein Haus im Traum) und dem Alter gemäß »naiveren« Bildern (Abb. 3, Mein Haus).

Wie sind diese zu deuten? Einer der bedeutendsten Entwicklungspsychologen, Jean Piaget hat eine Stufentheorie zur geistigen Entwicklung des Kindes verfaßt. Sie erscheint hier hilfreich zu sein, da sich in ihr Erkenntnis nur in einer unlösbaren Subjekt-Objekt-Beziehung herausbildet, sich in einer untrennbaren Interaktion mit der Umwelt konstruiert.⁷ Nach Piaget ist das kindliche Alter von 2 bis 7 Jahren durch egozentrisches und anschauliches Denken geprägt. Konkrete geistige Operationen, wie er sie nennt, treten etwa ab dem 7. Lebensjahr auf und herrschen vor bis zum Alter von etwa 11 Jahren. Elemente des Denkens in dieser Phase sind auf die Gegenwart beschränkte gegenständliche Eigenschaften und wechselnde Relationen. Kinder können in diesem Alter daher von der Stadt fasziniert (Baustelle, Preßlufthammer), im nächsten Moment aber auch bestürzt sein (Verschwinden einer Wiese). Was das Kind wahrnimmt oder ausdrückt, kann demnach mehr oder weniger zufällig einen dieser Augenblickszustände abbilden.

Ab etwa 11 Jahren stellt sich nach Piaget aufgrund innerer Reifungsvorgänge das hypothetisch-deduktive oder formale Denken ein. Es ist nicht mehr auf die Gegenstände und die Gegenwart beschränkt, sondern gewinnt allmählich den hypothetisch-deduktiven Charakter der Erwachsenen. Wie in einigen Abbildungen geschehen, ist es nun möglich, Beziehungen aufzubauen. Diese Kombinatorik ist jetzt von ersterangiger Bedeutung für die Ausweitung und Verstärkung der Denk- und Ausdrucksfähigkeiten. Sobald diese einmal aufgebaut ist, ermöglicht sie es, Gegenstände oder Faktoren, oder auch Ideen und Aussagen miteinander zu kombinieren und folglich in jedem Fall über die gegebene Wirklichkeit nachzudenken. Das Kind betrachtet diese Wirklichkeit nicht mehr in ihren begrenzten und jeweils konkreten Aspekten, sondern aufgrund aller möglichen Kombinationen. Da lassen sich beispielsweise in der Abbildung 4 »Botanischer Garten und grüne Oasen in der grauen Stadt« mittels einer

⁷ Vgl. hierzu: Jean Piaget / Bärbel Inhelder, Die Psychologie des Kindes, Frankfurt a. M., 1978; über das Gedankengebäude von Piaget informiert neben seinen vielen eigenen Schriften auf breiter Basis auch: Mary A. Pulaski, Eine Einführung in seine Theorien und sein Werk, Frankfurt 1974.

Zugvorrichtung in ein und demselben Bild bunte Blumen und Bäume vor graue Wohnblocks ziehen. Auch die Abbildung 5 „Dschungel“ ist ein herausragendes, schon künstlerisches Beispiel dieser Kombinatorik.

So sind die Bilder von Kindern, die diese Stufe erreicht haben, sicherlich das interessanteste Anschauungsmaterial. Und man sollte sich wünschen, daß sich die später verantwortlichen Erwachsenen für unsere Städte jene Kombinatorik bewahren mögen, gegen Modeströmungen und mehr noch gegen die vermeintlichen Sachzwänge.

Schließlich fällt noch auf: Für Kinder aus der Dritten Welt, Entwicklungs- oder Schwellenländern scheinen Umweltprobleme und Stadtfeindschaft kein Thema zu sein. Zu ihrer Alltagswirklichkeit dürfte demnach gehören, daß sich auch ihre Erwachsenen kaum damit befassen. Die Stadt gilt hier – trotz ihrer ungleich größeren Probleme – wohl als Synonym für Westlichkeit und wirtschaftlichen Aufschwung. Ihre Negativseiten bleiben ausgeblendet. Die Abbildung 14 aus den Philippinen etwa zeigt nachgerade das Leitbild der „autogerechten Stadt“ hiesiger 50er Jahre.

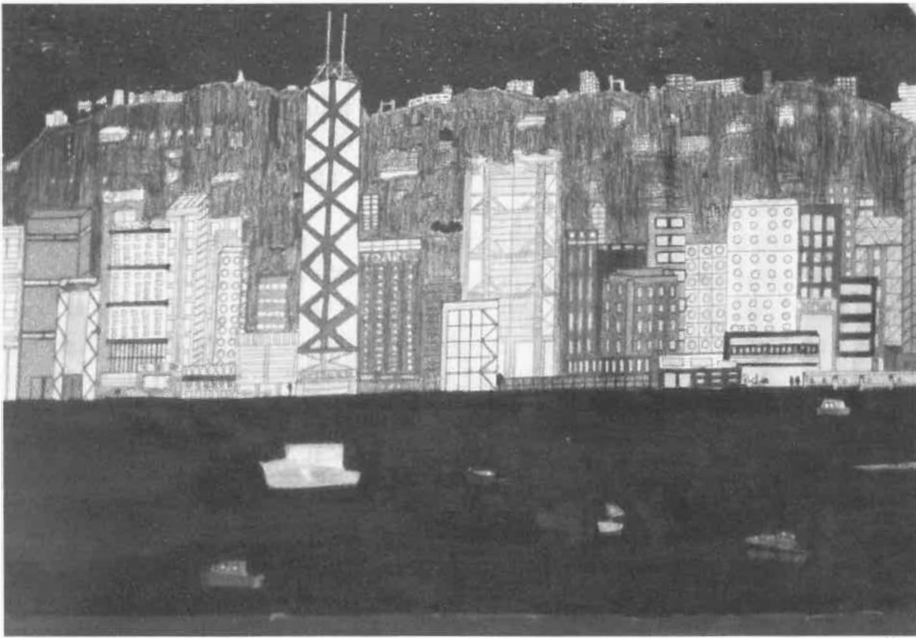


Abb. 1: Hongkong, Nacht des Stadtzentrums, Ku Kit Ling, 13 Jahre

Zwei Drittel der Welt sind mit Wasser bedeckt. Bald schon werden wir beginnen, Unterwasserfarmen zu bauen, ja vielleicht sogar Unterwasserstädte.
Patty, 12 Jahre, USA



Abb. 2: Die Stadt, Steven, 10 Jahre, England



Abb. 3: Mein Haus, Gesine, 6 Jahre, Deutschland

Meine Oma wohnt in einem Hochhaus, das hat 18 Stockwerke. Sie wohnt ganz zuoberst. Natürlich gibt es einen Lift, ich wollte, er bliebe mal stecken. Hochhäuser gefallen mir gar nicht, da sind mir Kirchtürme lieber. Ich steh' am Fenster, und man kann es nicht aufmachen. Aber meine Oma ruft: »Paß auf, paß auf!« Ich bin so winzig in einem Hochhaus, in einem kleinen Häuschen bin ich groß! Ich möchte nur ein kleines Haus, doch eine Garage und einen Garten muß es haben. Das ist wichtig!

Gudrun, 11 Jahre, Deutschland

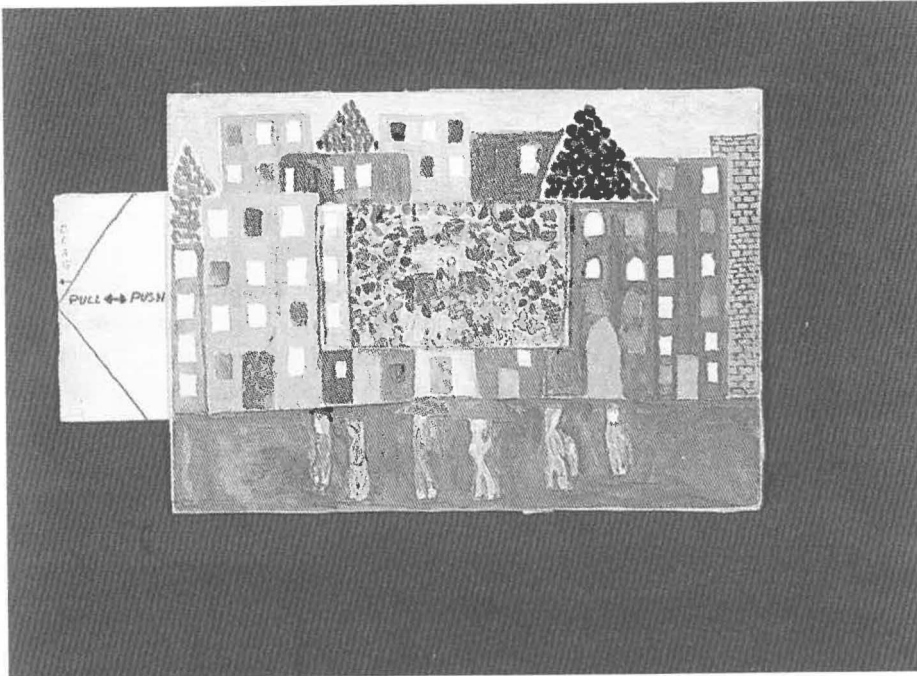


Abb. 4: Botanischer Garten und grüne Oasen in der grauen Stadt, Anette Fredriusson, 14 Jahre, Schweden

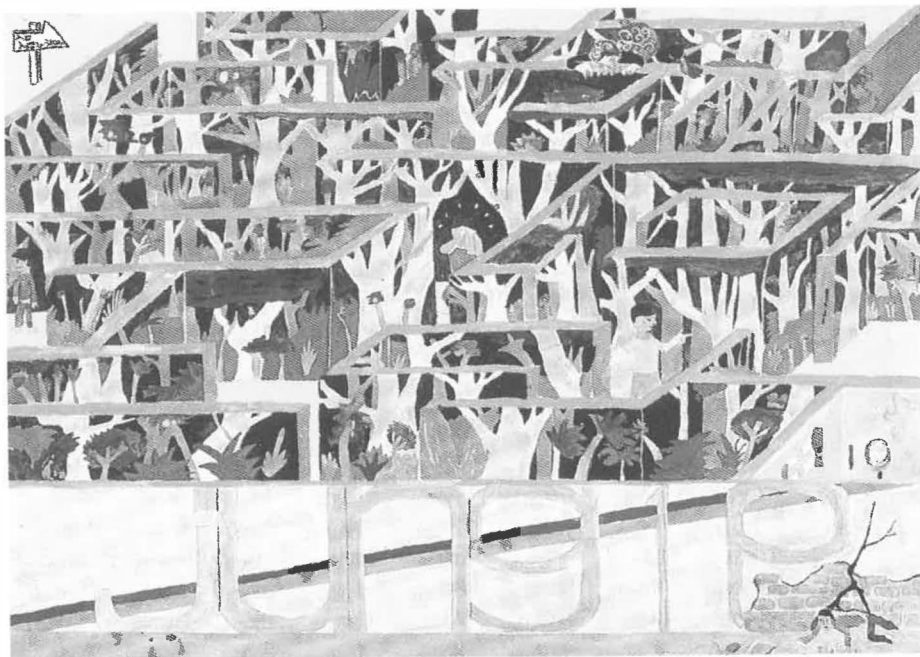


Abb. 5: Dschungel, Endo Yoshinao, 11 Jahre, Japan.

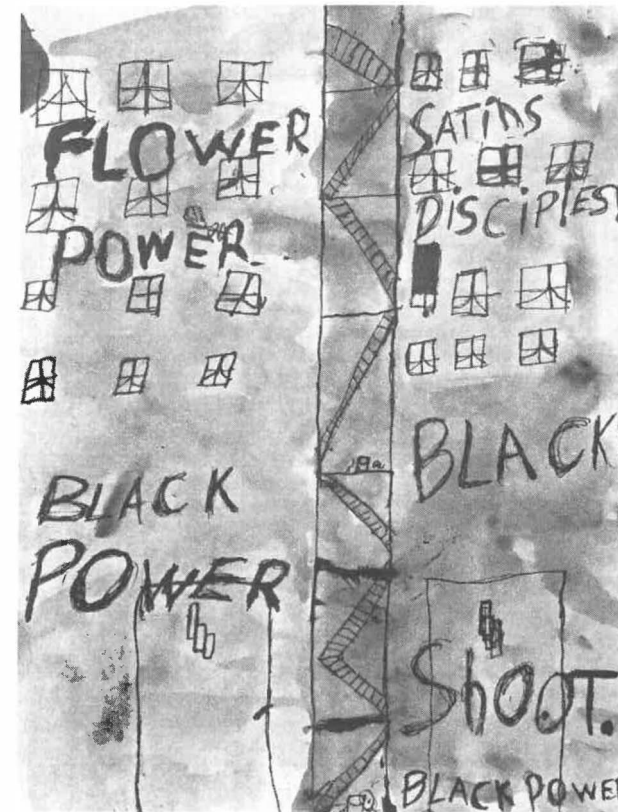


Abb. 6: Unsere Welt, Kind aus den USA

Mein Haus ist das schlimmste, das es gibt! Leute werden getötet und erstochen, sie nehmen fast alle Drogen. Und wenn die Polizei kommt, sind sie alle verschwunden. Manchmal gelingt es der Polizei, einen Haufen mitzunehmen, aber sie lassen sie doch wieder frei. Man kann keinem Menschen in unserem Haus trauen, sie rauben einen sogar aus. Ich wage mich nicht zu den Kindern im untern Stockwerk, weil ich Angst habe.
Marie, 11 Jahre, USA

Ich möchte, daß man unsere Mietskasernen abreißt, alle schlechten Menschen nicht mehr hereinläßt und ein schönes Haus mit einem Garten baut. Nicht nur wir Neger, Leute aller Hautfarben sollen dort wohnen – auch Weiße. Alle sollen genug Raum haben, und die Miete für die armen Leute soll ganz niedrig sein.
Kathleen, 11 Jahre, USA



Abb. 7: Unsere Welt, Tamara Muller, 15 Jahre, Niederlande

Ich weiß, was ich tun würde, damit die Welt nicht so überfüllt mit Menschen wird. Keine Familie dürfte mehr als zwei Kinder haben. Und wenn sie drei hätten, dann bekämen sie keine Wohnung und kein Haus. Dann wäre wenigstens ein Problem gelöst!

Robert, 10 Jahre, USA



Abb. 8: Umweltverschmutzung, Markus Pflieger, 15 Jahre, Deutschland

Ich versuche, nicht an den Hunger zu denken, an die Verpestung der Luft und Kriege. Ich versuche, sie aus meiner Welt zu verdrängen. Aber ich weiß, daß ich eines Tages etwas dagegen tun muß, wenn ich auch noch sehr jung bin.

Rae Ann, 11 Jahre, USA



Abb. 9: Shopping Promenade, Chung Wai Kwan, 10 Jahre, Hongkong



Abb. 10: Meine Stadt, Ritanun Polsa, 12 Jahre, Thailand

Wenn wir von der Erde zum Mond fliegen, sind die Sterne unsere Verkehrsampeln.

Unbekanntes Kind

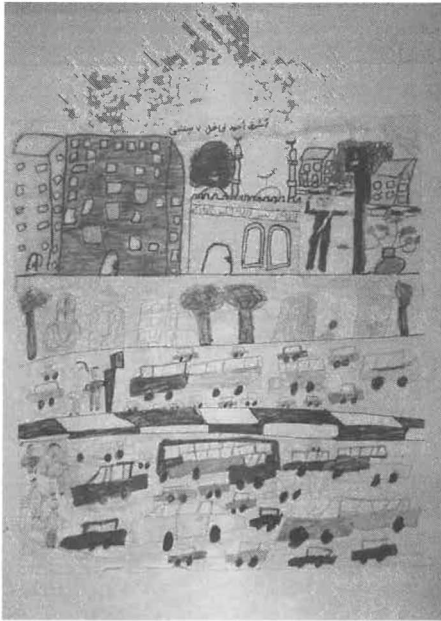


Abb. 11: Verkehrsampel, Ashrat Ahmed Mohamed Fadel, 8 Jahre, Ägypten

Ich finde es herrlich, ein Auto zu haben, man kommt so schnell überall hin, und wenn man in der Stadt wohnt, dann ist man bald auf dem Dorf. Das Dorf ist eine andere Welt, ich würde gern in einem Dorf wohnen. Ich weiß auch, wie man die Frage mit den zu vielen Autos lösen kann: Die junge und mittlere Generation soll im Auto fahren, und die Kinder und die alten Leute müssen Busse, Straßenbahn und, wenn es nicht anders geht, auch Taxis benutzen. So eine Verkehrsordnung würde ich machen!

Erika, 9 Jahre, Deutschland



Abb. 12: Wir gehen zur Schule, Mg Shwe Oot, 9 Jahre, Myanma



Abb. 13: Zusammenstoß, Vladimir, 10 Jahre, CSSR

Es braucht nicht jeder Mensch ein Auto. Man hat früher auch keines gehabt! Wenn jeder Mensch ein Auto hätte, dann gäbe es für die Leute bald keinen Platz zum Leben mehr.

Tanja, 12 Jahre, Sowjetunion



Abb. 14: Ohne Titel, Cesar Augusto S. Concio, 12 Jahre, Philippinen

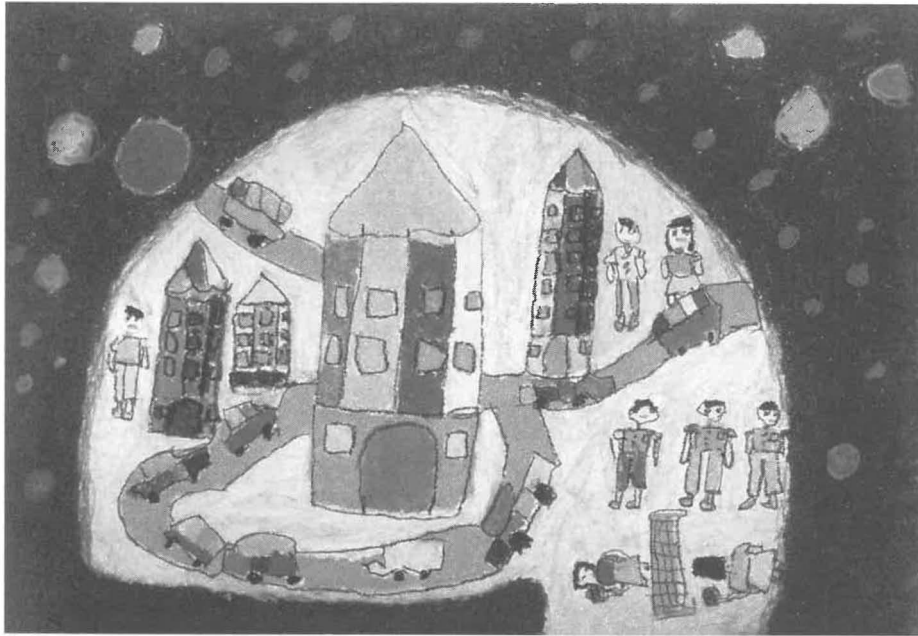
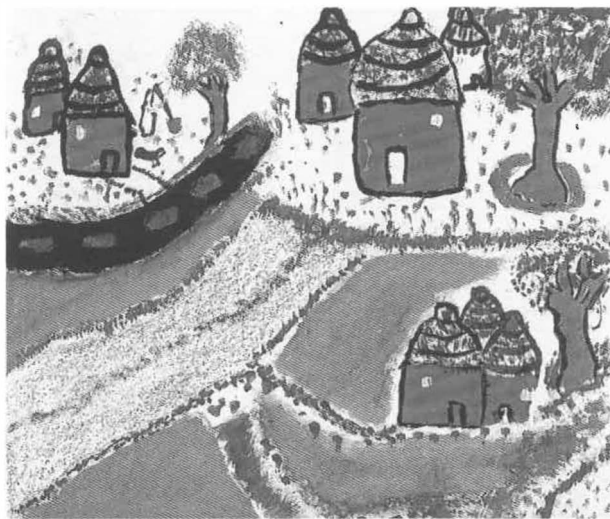


Abb. 15: Mein Traumhaus, Chututawan Wongpum, 9 Jahre, Thailand



Ich weiß, daß die
Welt voll wunderba-
rer und schreckli-
cher Dinge ist!
John, 9 Jahre, USA

Abb. 16: Mein Dorf, Munalula Samatebele, 8 Jahre, Sambia

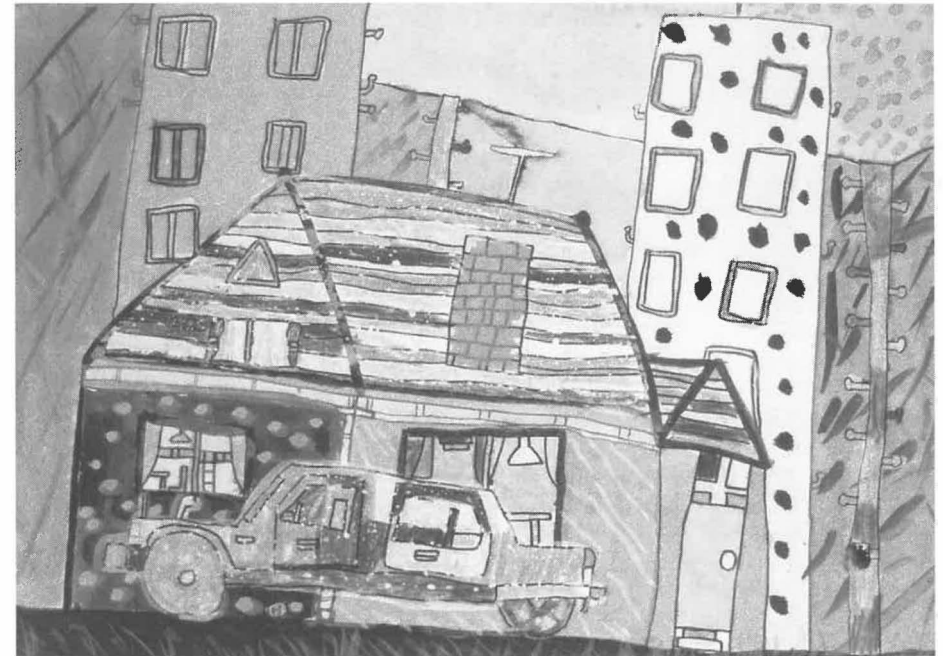


Abb. 17: Ein Haus im Traum, Yoshikawa Kazunari, 9 Jahre, Japan

Abbildungs- und Textnachweis

Die Abbildungen 1, 4, 5, 7–12 und 14–17 sind Kinderarbeiten aus: *Kanagawa Biennale*. Internationale Ausstellung für Kindermalerei, veranstaltet vom Land Baden-Württemberg und der Präfektur Kanagawa, Japan. Die Ausstellung war zu sehen im Rathaus der Stadt Stuttgart vom 27. April bis 27. Mai 1992. Dazu erschienen ist eine 48seitige Begleitbroschüre, aus der einige der abgedruckten Bilder entnommen wurden. Die Kanagawa Biennale wurde 1979 anlässlich des internationalen Jahres des Kindes in der Kanagawa Präfektur gegründet als Malwettbewerb für 4- bis 15jährige Kinder. Seither gingen 217000 Bilder ein aus aller Welt. Die Sonderausstellung enthält preisgekrönte Werke der bisher stattgefundenen ersten sechs Ausstellungen.

Die Abbildungen 2, 3, 6 und 13 sowie alle abgedruckten Äußerungen der Kinder sind entnommen aus einem Projekt der Internationalen Jugendbibliothek München. Aus 35 Ländern wurden Mitarbeiter gebeten, die Äußerungen der Kinder völlig unbeeinflusst einzureichen. Vgl. hierzu: *Julla Lepmann, Kinder sehen unsere Welt. Texte und Zeichnungen aus 35 Ländern*, Zürich 1970.

Autoren

IMBKE BEHNKEN, Dr. phil. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität-Gesamthochschule Siegen. Arbeitsschwerpunkte sind Biografie- und Kindheitsforschung. Leiterin des Archivs Kindheit und Jugend.

JÜRGEN ZINNECKER ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität-Gesamthochschule Siegen. Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Kindheits- und Jugendforschung, insbesondere Sozialökologie und Sozialgeschichte des Aufwachsens im 20. Jahrhundert.

BALDO BLINKERT, Jg. 1942, Dr. phil., Dipl.-Soz. Studium der Soziologie, Nationalökonomie und Sozialpädagogik. Akademischer Oberrat am Institut für Soziologie der Universität Freiburg. Gründer und Leiter des Freiburger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (FIBAS). Forschungen und Veröffentlichungen über soziale Probleme und stadtsoziologische Themen.

ANDREAS GESTRICH, Jg. 1952. Studium der Fächer Geschichte und Latein in Berlin und Tübingen. 1983 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zur Sozialgeschichte der Jugend. 1979 bis 1983 wiss. Mitarbeiter an einem DFG-Projekt zur Historischen Sozialisationsforschung am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Tübingen. Seit 1983 wiss. Assistent am Historischen Institut der Universität Stuttgart.

REINHART LEMPP, Jg. 1923. Medizinstudium in Tübingen und Freiburg. Staatsexamen und Promotion 1951. Seit 1954 an der Universitäts-Nervenklinik Tübingen. 1963 Habilitation. 1966 Leiter der Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie, seit 1971 als Ordinarius. Emeritierung 1989. Zahlreiche Veröffentlichungen. Zuletzt: „Vom Verlust der Fähigkeit, sich selbst zu betrachten“, Bern 1992.

AUGUST NITSCHKE, Nach Militärdienst im Krieg und Studium in Mainz und Göttingen drei Jahre im Auftrag der Monumenta Germaniae Historica in Rom. Habilitation in Münster/Westf. Seit 1960 als Direktor des Historischen Instituts an der Universität Stuttgart, dort auch Leiter der Abteilung für Historische Verhaltensforschung. Mitglied des Wissenschaftskollegs in Berlin, zur Zeit am Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld. Buchpublikationen zur Geschichte der Kindheit, der Naturwissenschaften, der Gesten und Tänze und zur Systemtheorie.

HANS SCHULTHEISS, Jg. 1953. Studium der Fächer Geschichte, Deutsch und Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg, Referendariat für Lehramt an Gymnasien. 1986 bis 1990 wiss. Angestellter am Historischen Institut der Universität Stuttgart und seit 1990 bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Lehrerfortbildung / Museumsdidaktik). Derzeit Promotion zu einem zeitgeschichtlichen Thema.

Besprechungen

HORST BRANDSTÄTTER / JÜRGEN HOLWEIN (Hrsg.), *Stuttgart. Dichter sehen eine Stadt. Texte und Bilder aus 250 Jahren*, Stuttgart: Metzler 1989, 254 Abb., 391 S., DM 98,-.

HANS RÜDIGER SCHWAB (Hrsg.), *München. Dichter sehen eine Stadt. Texte und Bilder aus vier Jahrhunderten. Mit einem Vorwort von Carl Amery*, Stuttgart: Metzler 1990, 166 Abb., 360 S., DM 78,-.

Wie soll man als Wissenschaftler mit Büchern umgehen, die gleich in der Vorbemerkung betonen, daß sie Wissenschaftlichkeit nicht anstreben? Die Sammlung literarischer Texte aus 250 Jahren Stuttgarter Vergangenheit legt auch auf Vollständigkeit keinen Wert, verzichtet der besseren Lesbarkeit halber generell auf die Kenntlichmachung von Kürzungen, will gar nicht erst die exakte historische Quelle sprechen lassen, sondern begnügt sich gelegentlich mit leichter greifbaren Abdrucken, löst auch mal einen Anonymus falsch auf und ist meist zu sparsam mit Erläuterungen zu den Texten.

Was soll's? Ein kultureller Streifzug, in dem Unbekanntes zu entdecken und Bekanntes in ungewöhnlicher Perspektive zu sehen ist, wird uns versprochen. Man staunt dann auch, wer alles in der Schwabenmetropole gewesen ist, von Giacomo Casanova bis Samuel Beckett, wundert sich aber nicht, daß der eine enttäuscht, der andere begeistert war. Das Ergebnis ist in der Tat ein facettenreiches Bild; doch wird man den Verdacht nicht los, daß die Textmontage irgendeinem geheimen Auswahlprinzip verpflichtet ist, das listig-subversiv auf ein Gesamtkunstwerk zielt.

Und so sieht es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, mit dem das Buch einsetzt, in Stuttgart aus: Vor den Augen der Lesenden entsteht der Despotismus des lange regierenden Herzogs, äußerlich abgemildert durch kulturelle Projekte wie die berühmte Karlsschule; das schier unausrottbare Vorurteil vom mildtätigen Einfluß der Gräfin Franziska; die Flucht schwäbischer Oppositioneller, wie Schiller und Georg Kerner, ins Ausland. Wer im Ländle bleibt, ergibt sich, wie die Mitglieder der legendären Adler-Tafelrunde, dem Suff. Dazwischen ein tüfteln der Pietismus, der gedämpfte Widerhall einer großen fernen Revolution und ein vierzehnjähriger Hegel, der sich in Dialektik übt (»jedes Gute hat seine böse Seite«); noch einer, der eine Karriere im Ausland vor sich hat.

Chronologisch angeordnet, führen die weit über 100 Texte von einer gescheiterten deutschen Revolution zur anderen: »Schlafhauben und Veitstänze« für Stuttgart im Vormärz, »Achtzehnhundertachtundvierzig« für die schwarz-rot-goldenen Aufbruchsjahre der Bürger und Arbeiter (nur wenige Texte im ganzen Buch stammen von Frauen), »Republik und Avantgarde« für die Zeit von Weimar. Hier wieder und dann erst recht im Schlußkapitel mit der (mißlungenen) Überschrift »Auferstanden aus Ruinen« stoßen wir auf dieselbe Struktur wie zu Ende des 18. Jahrhunderts: Stuttgart als kulturelle Avantgarde (die »Stuttgarter Schule« und, ich glaube, drei Texte über die Buchhandlung Niedlich), als Stadt mit politischer Opposition (ja doch, ein Prozeß über die Siemens-Festschrift von Delius und ein Berber-Kongreß werden erwähnt). Da fehlt doch was, da ist doch ein Wurm im Apfel, fragt sich der in der Montage-technik aufgeklärte Leser: Richtig kombiniert, der Despotismus der Regierenden ist heutzutage

abhanden gekommen, und deshalb ist das letzte Kapitel so besonders spannungslos. Keine Saufgelage mehr und keine Flucht ins Ausland gibt es zu vermelden.

Schon 1868 dachte David Friedrich Strauß darüber nach, welche Stadt, München oder Stuttgart, eher das Zeug dazu habe, der Kulturmittelpunkt für Süddeutschland zu werden. Der zweite kulturelle Streifzug, zu dem der Stuttgarter Metzler-Verlag einlädt, gilt deshalb und konsequenterweise der Münchner Stadtgeschichte. Angekündigt werden über 150 Texte und 166 Bilder aus vier Jahrhunderten; doch trägt hierbei ein wenig der Schein. Nur jeweils zwei Texte stammen aus dem 16. und 17. Jahrhundert; es geht wie beim Stuttgart-Band im wesentlichen um die letzten 250 Jahre. Ansonsten wird dasselbe in blau/weiß angestrebt, nämlich ein spannendes, faszinierendes vielschichtiges Bild der Stadt und der Bewohner, ohne Anspruch auf Wissenschaftlichkeit zu erheben. Entscheidende Auswahlkriterien sind der Rang des Autors, die Lebendigkeit der Darstellung und der zeittypische Bezug. Von Achternbusch bis Zuckmayer, von Hans Sachs bis Renate Schostack tummelt sich also in dem Buch wieder alles, was Rang und Namen, und gelegentlich auch, was wie Lenins Frau zwar einen Namen, aber über München kaum etwas zu sagen hat.

Kleine Abweichungen in der Editionstechnik, wie Hinweise auf viele Textkürzungen, wie längere Kommentare des Herausgebers, in die des öfteren nicht belegte neue Quellen hineinverwoben sind, und der mehrfache Rückgriff auf dieselben Autoren fallen demgegenüber nicht ins Gewicht. Man fühlt sich wie im Warenhaus zu einem Bummel durch viele Abteilungen und zu einer Fülle von Entdeckungen aufgefordert.

Entdeckt habe ich zum Beispiel – liegt es nun an der Präsentation der Texte, an meiner Wahrnehmung oder gar an der Realität selbst? – daß München monarchistisch bis in die Knochen war, der Bajuware überhaupt die monarchische Idee im Blut hat und hier auf uralte bajuwarischem Bauernboden der sich aufblähende Mammonismus des industriellen Westens keine Chance hatte. Diese Urteile stammen alle von Max Halbe, einem Schriftsteller von Rang, der

1884–1888 und 1895–1944 in München lebte; sie beziehen sich auf das Jahr 1895. Doch wann sie geschrieben wurden (etwa nach 1933?), das erfährt man nicht, denn belegt werden sie mit einer Schrift von 1976. Auch der Herausgeber nutzt dankenswerterweise jede Gelegenheit, die Rolle von Kurfürst, König, Prinzregent beim Aufstieg Münchens zur europäischen Kunstmetropole zu dokumentieren, und wenn einer von diesen einmal nichts tat, dann war es ein liberales Gewährenlassen. Wegen dieser herausragenden Rolle der bayerischen Fürsten ist es auch wichtig, darüber informiert zu werden, daß der letzte regierende von ihnen zwar 1918 abgesetzt wurde, aber bis zu seinem Tode 1921 niemals förmlich abgedankt hat und daß auch sein 1955 gestorbener Sohn nie offiziell auf den bayerischen Thron verzichtete.

Überhaupt erweisen sich die Kommentare des Herausgebers, je länger man bummelt, wirklich zu einer Fundgrube. So etwa beim Thema Aufklärung: Johann Pezzl, der entlaufene Benediktinermönch, wurde zum radikalsten Vertreter der Spätaufklärung in Altbayern. Dann gab es noch Lorenz Westenrieder, den wirkungsmächtigsten und vielseitigsten Repräsentanten der gemäßigten Aufklärung in Altbayern. Schließlich kam sogar der unerbittliche Aufklärer Friedrich Nicolai für knapp drei Tage nach München, er selbst zwar kein Bayer, doch griff er in seinem Reisebericht auf Informationen einheimischer Gesinnungsfreunde, also unerbittliche Münchner Aufklärer, zurück. Welch geistige Vielfalt es damals also schon in München gab, bevor die bayerischen Fürsten auf diesem Gebiet aktiv wurden, das erkennt man deutlich an den vom Herausgeber sicherlich mit Bedacht gewählten Adjektiven. Voller Spannung wartet man nun auf den dritten Band der Reihe. Ein Vorschlag: Wien. Dichter sehen eine Stadt.

Stuttgart

Axel Kuhn

LIBUŠE SPÁČLOVA / VLADIMÍR SPÁČIL (Hrsg.), *Popis královského hlavního města Olomouce, sepsaný syndikem FLORIÁNEM JOSEFEM LOUCKÝM roku 1746 (Beschreibung der königlichen Hauptstadt Olmütz, verfaßt durch den Syndicus Florian Josef Loucký im Jahr 1746)*, Olomouc 1991, 248 S.

Die Herausgeber machen mit dieser Edition ein vielbenutztes Werk zur Olmützer Stadtgeschichte zugänglich. Florian Josef Loucký (dt.: Lautzky, 1705–1775) studierte Philosophie und Rechtswissenschaft und trat dann in die Olmützer Stadtverwaltung ein, wo er in höchste Ämter aufstieg. 1746 verfaßte er für ein in Leipzig geplantes Lexikon, das aber nie erschien, eine Geschichte der mährischen Haupt- und Bischofsstadt. In dreierlei Weise, wohl durch das Lexikon bedingt, näherte sich der Verfasser seinem Gegenstand: durch eine chronologisch angeordnete Darstellung der wichtigen Ereignisse, eine Beschreibung der Olmützer Bauwerke und eine kommentierte Zusammenstellung wichtiger Quellentexte zur Olmützer Stadtgeschichte.

Was zunächst eher einer lexikalischen Aufzählung gleicht, wird doch zu kritischer Geschichtsschreibung durch seine Bewertung und Kommentierung der Quellen. Das geschieht im Sinne eines städtischen Patriotismus: Olmütz, nicht Brünn, ist die eigentliche Hauptstadt Mährens. Loucký kannte wohl die frühe aufklärerische Geschichtsschreibung; auf die Zusammenhänge zwischen ihm und den Olmützer Aufklärern müßte aber wohl noch gesondert eingegangen werden. Das jetzt edierte Werk ist der erste Schritt dazu.

Esslingen

Rainer Jooß

ALFRED STRAUB, *Geschichte der Stadt Bretten in neuerer Zeit (Brettener stadthistorische Veröffentlichungen 3)*, Bretten: Esser 1990, 44 Abb., 385 S.

Das Buch Straubs ist Teil einer zweibändigen Stadtgeschichte Brettens von den Anfängen der fränkischen Gründung um 500 bis in die 70er

Jahre unseres Jahrhunderts. Es setzt unmittelbar dort an, wo Alfons Schäfers Darstellung im Vorgängerband von 1977 endet, nämlich bei der Zerstörung der Stadt im Pfälzischen Erbfolgekrieg seit 1688 und führt in zwei großen Schritten bis in die bundesrepublikanische Zeit. Abweichend vom bisher üblichen Periodisierungsschema verlegt Straub dabei die »Epochengrenze« innerhalb der jüngeren Stadtgeschichte vom Beginn zur Mitte des 19. Jahrhunderts, das das »alte Bretten« an einen entscheidenden Wendepunkt seiner Entwicklung hin zur Moderne angekommen war.

Der erste Darstellungsbereich führt zeitlich und inhaltlich »Von der Kurpfälzischen »Landstadt« zur badischen Amtsstadt.« Er beginnt mit einer eingehenden und teils auf neuem Quellenmaterial fußenden Schilderung der Ereignisse im Zusammenhang der Zerstörung Brettens durch französische Truppen des Marschalls Duras im August 1698 und schließt mit einer Betrachtung der allgemeinen Stadtentwicklung in den Jahrzehnten vor der badischen »Besitzergreifung« von 1802. Dazwischen analysiert Straub in anschaulicher Weise die gemeindliche Verfassungsstruktur und -wirklichkeit, das konfessionelle Zusammenleben sowie die wirtschaftlichen Grundlagen des neuzeitlichen Brettens, das sich vor allem durch seine Marktfunktion für ein weites ländliches Umfeld von den kleineren Ackerbürgerstädten in der Kraichgauregion abhob.

Im zweiten Hauptteil beschreibt der Autor dann den allmählichen Modernisierungsprozeß Brettens im 19. und 20. Jahrhundert. Einen breiten Raum nimmt dabei die Darstellung der – schubweisen – Industrialisierung der lokalen Wirtschaftsstruktur seit den 1860er Jahren ein. Straub verfolgt den Wandlungsprozeß mit seinen ihm eigenen Begleiterscheinungen über das Ende des Kaiserreiches hinaus und demonstriert am Beispiel der Wahlergebnisse in der Weimarer Republik, inwieweit er sich auch auf das Wählerverhalten der überwiegend protestantischen Einwohnerschaft auswirkte. In einem abschließenden Kapitel beschäftigt er sich schließlich mit den Grundlinien der kommunalpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Brettens nach dem »Zusammenbruch« von 1945; sein Resü-

mee läuft dabei auf die Feststellung hinaus, Bretten habe sich in den 1950er und 60er Jahren endgültig zur Industrialisierung mit Mittelzentrum-charakter entwickelt.

Insgesamt liegt mit Straubs Buch eine sorgfältig erarbeitete wissenschaftliche Untersuchung zur neueren Brettener Geschichte vor. Dem Autor ist es gelungen, drei Jahrhunderte höchst wechselvoller städtischer Geschichte so darzustellen, daß keine inhaltlich-thematischen Ungleichgewichte entstehen und bei aller Detailfreude der »rote Faden« stets erkennbar bleibt. Straubs Leistung ist dabei um so höher zu bewerten, als ihm nur wenige verwertbare Vorarbeiten zur Verfügung standen und auf der Überlieferungsebene ein krasses Übergewicht der Quellen des späten 19. und 20. Jahrhunderts herrschte. So erscheint denn auch die fast zehnjährige Erarbeitungszeit des Werkes angesichts des beeindruckenden Ergebnisses durchaus gerechtfertigt.

Nottuln

Ludger Grevelhörster

THOMAS PARENT / THOMAS STACHELHAUS, *Stadtlandschaft Ruhrrevier. Bilder und Texte zur Verstädterung einer Region unter dem Einfluß von Kohle und Stahl (Landschaftsverband Westfalen-Lippe / Westfälisches Industriemuseum, Schriften Bd. 11), Essen: Klartext 1991, 119 Fotos, 152 S., DM 36,-.*

Seit dem Einigungsvertrag verfügen wir ja über eine Vielzahl alter Industriegebiete – am interessantesten scheint uns fraglos die problembeladene Region Bitterfeld zu sein. Das Saarland und das Ruhrgebiet, nun wieder auf den Status der Peripherie verwiesen, verschwinden hingegen aus der Diskussion über die Zukunft alter Industriegebiete. Noch weniger im Mittelpunkt steht ihre Geschichte. Thomas Parent und Thomas Stachelhaus schwimmen tapfer gegen diese Strömung an und versuchen, mit Wort und Bild den Blick auf die selbst Einheimischen manchmal fremde Stadtlandschaft der Industriestadt Ruhrgebiet zu lenken. Für Besucher von auswärts – und für diese wie auch für die Ruhrge-

bietsbewohner soll das Buch ein Leitfaden zum Kennenlernen bieten – eröffnet sich eine Stadtlandschaft mit fast »exotischen« Dimensionen.

Anzumerken bleibt, daß mit den Darstellungen von Situationen, die fast ausnahmslos durch Baustrukturen aus der Zeit bis 1914 geprägt sind, ein fast nostalgisches Bild des Ruhrgebietes vermittelt wird. Aber wahrscheinlich haben die Größe der Region und die Fülle des Materials zunächst einmal diese zeitliche Beschränkung erforderlich gemacht.

Dortmund

Renate Kastorff-Vielmann

GUDRUN GLEBA, *Die Gemeinde als alternatives Ordnungsmodell. Zur sozialen und politischen Differenzierung des Gemeindebegriffs in den innerstädtischen Auseinandersetzungen des 14. und 15. Jahrhunderts. Mainz, Magdeburg, München, Lübeck (Dissertationen zur mittelalterlichen Geschichte 7), Köln: Böhlau 1989, 277 S.*

Die Verfasserin hat ein offensichtliches Defizit in der mediävistischen Forschung aufgespürt, das im relativ unkritischen, teils widersprüchlichen Umgang mit dem in den spätmittelalterlichen Quellen immer wieder auftauchenden Begriff »Gemeinde« zutage tritt (12). Gegenstand ihrer Untersuchung ist »die städtische Gemeinde in ihren verschiedenen Ausformungen« in der spätmittelalterlichen Stadt. Ihr Untersuchungsmaterial sind die zeitgenössischen Urkundenbücher und Chroniken, wobei sie sich offenbar der wesentlichen immanenten methodischen wie inhaltlichen Probleme ihres Materials bewußt ist. Trotzdem läßt sich ihrer Meinung nach durch eine »doppelte Annäherung« an den Untersuchungsgegenstand über Urkunden und Chroniken der Begriff »Gemeinde« »in (seiner) Entwicklung wohl am ehesten fassen« (38). Die Wahl ihrer Beispielstädte, Mainz, Magdeburg, München und Lübeck, erfolgte nach dem Kriterium der Verschiedenartigkeit ihrer Gründung und Stadtwerdung, ihrer Sozial- und Wirtschaftsstruktur sowie ihrer verfassungsrechtli-

chen Struktur; sie sollten möglichst unterschiedliche »Stadttypen« repräsentieren (36 f.).

Im letzten Kapitel, ihrer Schlußfolgerung, nimmt die Autorin ihre Ausgangsfragestellung wieder auf: Die »städtische Gemeinde« als »alternative Ordnungsvorstellung?« Sie kann nachweisen, daß der Begriff »Gemeinde« trotz seiner relativen Unbestimmtheit in den zeitgenössischen Urkunden sich nicht »auf den neutralen, alle und alles umfassenden Stadtverband« bezieht und »weniger einen fest umrissenen Personenverband« meint; er sei weit mehr eine »politische Konzeption kollektiven Handelns in Opposition zum vorherrschenden hierarchischen Ordnungsmodell« in jeweils konkreter personaler bzw. gruppenbezogener »Zusammensetzung, mit verschiedenen Forderungen und unterschiedlicher Durchsetzungskraft« (246). Die »politische Gemeinde« rekrutiere sich aus den existierenden, bewährten Organisationen der »alten Stadt«, z. B. aus den Zünften oder kaufmännischen Schichten, und sei in vielen Fällen ein mehr oder weniger dauerhaftes Bündnis von Kaufleuten und Handwerkern in Form von »Gemeindeausschüssen« gewesen; sie habe sich nicht nur »nach oben, vom Rat und dessen Organen«, abgegrenzt, sondern auch nach unten »gegen die nicht-bürgerlichen Schichten« (250 ff.). In Konfliktsituationen habe »die Gemeinde« selbst »städtische Machtpositionen« übernommen und sei somit selbst »zum Träger der politischen Autorität« geworden (257). Trotz unterschiedlicher Ausprägungen der konkreten Formen, trotz Rückschlägen und ihres Scheiterns stellte die »Gemeinde« – so die Verfasserin – »ein alternatives Ordnungsmodell im Lebensbereich der mittelalterlichen Stadt« dar (260).

Hervorzuheben ist vor allem das Bemühen der Autorin um begriffliche Schärfe nicht nur hinsichtlich ihres Gegenstandes »Gemeinde«; sie wendet sich auch unter anderem dezidiert gegen einige Interpretationsmuster der traditionellen Mediävistik, so z. B. gegen den laxen Umgang mit dem Begriff »Revolution« als Kennzeichnung der sozialen Revolten bzw. Auseinandersetzungen sowie gegen die unzutreffende Bezeichnung der städtischen Regulationsweisen

als »städtische Demokratie«. Demgegenüber bleiben jedoch ihre Interpretationen der Ereignisse, die zur Genese, aber auch zum Scheitern der »Gemeinde« sowie in ihren Verläufen zu »Um-« bzw. »Neuinterpretationen« des Begriffs »Gemeinde« geführt haben, trotz Bezug auf konkrete »Stadtgeschichten« merkwürdig blaß, teils unbestimmt. Eindeutig dominieren die Exegese der Quellentexte mit rechtspositivistischem Einschlag und die ausschließliche Deskription der historischen Situationen bzw. Ereignisse. Auch erscheinen mir die »Beispielstädte« zu sehr voneinander isoliert behandelt; ihr historischer Zusammenhang als Bestandteile des mitteleuropäischen Raumes, ihr Gemeinsames und Verbindendes bleiben auf zu wenige, unverbundene Hinweise beschränkt. Diese Ein- und Begrenzungen der Untersuchung führen meines Erachtens zwangsläufig zu Schwierigkeiten in der Bestimmung des Allgemeinen im Verhältnis zum Besonderen in den konkreten Entwicklungen der »Beispielstädte«, zu Blindflecken im Interpretationsrahmen und zu analytischen Problemen hinsichtlich der »stadtypisch« unterschiedlichen und sich in der Zeit wandelnden sozialen Zusammensetzung der »Gemeinden«. Eine nähere Beschäftigung mit den Wirtschafts- und Sozialgeschichten der Städte sowie mit deren Einbindung in die sich gerade in der hier zur Debatte stehenden Epoche verändernden überlokalen (bis auf die Ebene des damaligen »Weltmarktes«) wirtschafts-, sozialräumlichen und territorialherrschaftlichen Rahmenbedingungen hätte meiner Meinung nach zu einer weit genaueren Erklärung der widersprüchlichen, bruchstückhaften, teils gescheiterten Entwicklung des »alternativen Ordnungsmodells« »Gemeinde« beigetragen, z. B. zur Erklärung der »stadtypisch« unterschiedlichen sozialen Bündnissysteme bzw. Interessenblöcke, der Immanenz der Revolten sowie der ihnen zugrunde liegenden partialen, zeitlich beschränkten bzw. wechselhaften und prekären Interessenskoinkidenzen zwischen den jeweils beteiligten Akteuren. Trotzdem hat mich dieses Buch zum Nachdenken angeregt, mir im Detail einiges »Neues« geboten.

Berlin

Erich Konter

ROLF SCHAAL / STEPHAN PFISTER / GIOVANNI SCHEIBLER (Hrsg.), *Baukonstruktion der Moderne aus heutiger Sicht*, Bd. 1: Bautechnik I. Zum Rohbau, Bd. 2: Bautechnik II. Zum Ausbau, Bd. 3: Einzelbauten, Bd. 4: Siedlungen, Basel, Birkhäuser 1990, zahlr. Abb., 188, 220, 329, 318 S., Bd. 1 u. 2 je DM 42,- Bd. 3 u. 4 je DM 58,-

Das vorliegende umfangreiche Werk über die Baukonstruktion der Moderne ist nach den Angaben der Herausgeber das Ergebnis einer mehrjährigen Forschungstätigkeit an der ETH in Zürich. Die zentrale Frage der Forschung lautete dabei recht schlicht: »Wie wurde damals gebaut?« Auf der rezeptiven Suche nach einer Antwort wird nach einem bestimmten Raster eine Fülle unterschiedlichen Materials aus dieser für die Entwicklung des Bauens wichtigen Zeit durchforstet. Dabei stoßen die Bearbeiter auch auf die weitgehend in Vergessenheit geratene Zeitschrift »Stein-Holz-Eisen«, die in den Jahren 1926 bis 1931 vom Frankfurter Verlag Engler & Schlosser herausgegeben wird, dem gleichen Verlag, der auch mit finanzieller Unterstützung der beiden städtischen Baugesellschaften Ernst May's »das neue frankfurt« verlegt.

Von der Fülle der Informationen dieser Fachzeitung überzeugt, entschließen sich die Herausgeber, die Darstellung ihrer Forschungen zur Baukonstruktion der Moderne mit einem auszugswissem Reprint dieser neben den beiden anderen Monatsschriften »das neue frankfurt« (Reprint 1977 durch die RWTH Aachen) und »Die Siedlung« (Reprint 1986 durch den Verfasser) dritten wichtigen Zeitung zum Neuen Bauen und Neuen Wohnen aus Frankfurt zu weben.

Die vorliegenden vier Bände beziehen sich jeweils auf einzelne Aspekte des Bauens der klassischen Moderne und sind durchgehend nach einem einheitlichen Strukturprinzip aufgebaut: Auf ein konkretes Schlagwort wie z. B. »Stahlskelettbau«, »Betonbauweise« oder »Plattenbauweise« in dem Band über den Rohbau oder zum Schlagwort »Römerstadt«, »Weißenhof-Siedlung« oder »Siedlung Törten« in dem Band

über die einzelnen Siedlungen folgt in einem ersten, grafisch deutlich abgesetzten Zitatblock der entsprechende Abdruck eines Artikels aus der Wochenschrift »Stein-Holz-Eisen«. Danach folgen weitere Artikel, Bilder oder Pläne aus anderen zeitspezifischen Quellen wie der »Baugilde«, dem »Baumeister«, der »Form« oder auch aus aktuell erschienenen Veröffentlichungen zu dem jeweiligen Schlagwort. Daß unter diesen Abdrucken auch absolute Leckerbissen enthalten sind wie z. B.: die Sondernummern zur Werkbundaustellung von 1927 in Stuttgart, sollte nicht unerwähnt bleiben. Auf die umfangreichen Reprints folgen dann teilweise sehr kurz gehaltene einschätzende und erklärende Bemerkungen der Herausgeber.

Ohne jetzt inhaltlich auf die gesamte Breite eingehen zu können, muß man anerkennen, daß gerade unter den dargestellten Einzelbauten interessante und für die deutsche Rezeption teilweise unbekannte Beispiele insbesondere aus dem Raum Schweiz und Italien auseinandergenommen werden; aber natürlich befinden sich auch einige Paradeferde des Neuen Bauens wie der Barcelona Pavillon von Mies darunter. Schmerzlich vermißt werden dagegen in diesem Reigen bedeutender Bauten der Moderne die beiden Synonyme des Neuen Bauens, das Dessauer Bauhaus von Gropius und Haeslers Altersheim in Kassel. Im nächsten Band über die Siedlungen sind einige bedeutende Produkte dieser Epoche näher entfaltet; der inhaltliche Schwerpunkt liegt hierbei deutlich auf den berühmten Frankfurter Siedlungen und der Werbund-Siedlung in Stuttgart-Weissenhof. Diesen mit einigen wichtigen Quellen garnierten Beispielen werden durchaus vergleichbare Fallbeispiele aus Basel gegenüber gestellt.

Das von den Verfassern gewählte sektorale Prinzip hat seine Stärken, wenn man zu einer spezifischen Fragestellung ganz konkret, fast wie in einem Lexikon, nachschauen möchte und seine vergleichsweise größeren Schwächen, wenn man sich einen Überblick über die Breite der Thematik verschaffen will. Es fehlen in den doch etwas unsystematisch »zusammengestopelten« Bänden die inhaltlichen Zusammenhänge, die es dem Leser erst ermöglichen, sich

der Thematik mit anderer als sektoraler Fragestellung zu nähern. Hier könnten beispielsweise Orts- und Personenregister und vor allem systematische Übersichten über die insgesamt vorzufindenden Reprints aus den unterschiedlichsten Quellen sehr hilfreich sein.

Unabhängig von diesem grundlegenden Mangel fällt unangenehm auf, daß es neben vielen kleinen Nickeligkeiten, z. B. bei der Ausdrucks- und Schreibweise, auch falsche oder fehlende Quellenangaben gibt, daß Zitate nicht immer eindeutig erkennbar sind, daß zahlreiche Informationen doch sehr verkürzt dargelegt werden und daß vor allem die Verfasser in bestimmten Bereichen, wie z. B. dem besonders wichtigen Band über die Siedlungen, selbst kaum mit eigenem Text in Erscheinung treten. Die geleistete Forschungsarbeit besteht teilweise offensichtlich in der Zusammenstellung der schon gedruckt vorliegenden Quellen. Und die inhaltlichen Bemerkungen der Verfasser stoßen – sobald sie über die reine Bautechnik hinausgehen – aufgrund einiger schiefer Einschätzungen bei

manchmal ungenauer Wortwahl nicht immer auf Einverständnis.

Trotz dieser durchaus harschen Kritik an der nicht gerade billigen Übersicht über die Baukonstruktion der Moderne stellt dieser Reprint sonst kaum zugänglicher Quellen natürlich eine wichtige neue Sekundärquelle dar; für Bibliotheken oder bibliophile Fachkollegen sind diese Bände ein zentraler Fixpunkt ihrer Regale. Sicherlich wäre es sinnvoll und als Nachbesserung nahezu Pflicht, noch einen fünften Band mit einer eigenständigen Aufarbeitung der inhaltlich entfalteten Materiallage und einer organisatorischen Struktur nachzuliefern, damit man mit den vorliegenden Bänden auch konkret arbeiten kann. Erst dann wird man auf Anhieb erkennen können, daß man durchaus ein interessantes Werk mit beachtenswert breiter Quellenlage und mit zahlreichen nicht immer so genau bekannten Beispielen, z. B. aus Italien oder aus der Schweiz, erworben hat.

Hamburg

Ronald Kunze

19. Jahrgang
3/92

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Holger
Sonnabend

Stadtverkehr im antiken Rom

Natalia
Duschkina

Über das historische Schicksal Moskaus

Peter Jüngst

Psychodynamik und Altbaustrukturen

Reinhard W.
Heinemann

Neugestaltung des historischen
Viehmarkts in Trier

Uwe Wienke

Zur städtebaulichen Entwicklung Jenas

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapeststraße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Helmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, c/o Black, 14 Station Approach, Coulsdon North, Surrey CR 3 2 Nr, Great Britain.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 134,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 105,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 35,20 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- HOLGER SONNABEND, Stadtverkehr im antiken Rom, Probleme und Lösungsversuche 183
- NATALIA DUSCHKINA, Gedanken über das historische Schicksal Moskaus im 20. Jahrhundert 195
- PETER JÜNGST, Psychodynamik und Altbaustrukturen. Zur präsentativen Symbolik historischer Ensembles und Architektur 210
- REINHARD W. HEINEMANN, Neugestaltung eines historischen Stadtplatzes. Aktuelle Probleme am Beispiel des Viehmarktes in Trier 223
- UWE WIENKE, Zur städtebaulichen Entwicklung Jenas 233

KLEINE BEITRÄGE

- NIEDERSÄCHSISCHES OBERVERWALTUNGSGERICHT, Zumutbarkeit rückwärtiger Spidhallen-Stellplätze 244
- VOLKER ROSCHER, Literaturbericht: Baukultur und Stadtentwicklung in Hamburg 247

DIE AUTOREN 251

ZUR BESPRECHUNG EINGEGANGENE BÜCHER 252

BESPRECHUNGEN

Allgemeine Geschichte

- HARTMANN SCHEDEL, Weltchronik, Faksimile der Ausgabe Nürnberg 1493 (Martin Kintzinger) 257

Denkmalpflege

- PETER FINDEISEN, Geschichte der Denkmalpflege, Sachsen-Anhalt (Bernhard Mai) 259
- HANS-HARTMUT SCHAUER, Quedlinburg. Das städtebauliche Denkmal und seine Fachwerkbauten (Bernhard Mai) 261

Kommunalpolitik

- JOCHEN HUCKE / HELMUT WOLLMANN (Hrsg.), Dezentrale Technologiepolitik? Technikförderung durch Bundesländer und Kommunen (Erich Konter) 264

Holger Sonnabend

Stadtverkehr im antiken Rom

Probleme und Lösungsversuche

Wenn man sich mit der Problematik des Stadtverkehrs im antiken Rom befaßt, so ist es wohl angebracht, sich zuvor darüber klarzuwerden, inwieweit eine solche Betrachtung der Verhältnisse im antiken Rom geeignet sein kann, etwas zur Diskussion über die Verkehrsproblematik heutiger Tage beizutragen.¹

Man kann es sich einfach machen und eine Formel verwenden, die bei solchen Anlässen häufig und gern zitiert wird, indem man sich darauf beruft, daß bestimmte Probleme unserer Zeit auch bereits »bei den alten Römern« eine Rolle gespielt haben. Solche Aussagen sind freilich wenig erhellend und operieren im übrigen ungewollt mit der Unterstellung, man könne den Römern so etwas im Prinzip gar nicht zutrauen und ihr Anteil an den Errungenschaften menschlicher Zivilisation sei eigentlich etwas Überraschendes. Selbstverständlich gab es schon in der antiken Großstadt Rom einen Stadtverkehr, doch in Bezug auf unser Gesamtthema ist ebenso selbstverständlich zu betonen, daß in den antiken Städten Begriffe und Erscheinungen der modernen verkehrspolitischen Diskussion wie Verkehrsleitsysteme, Schadstoffemissionen, Nahverkehrsabgabe oder dergleichen nicht existierten und auch der Hauptfaktor allen Nachdenkens, das Automobil, bekanntlich noch gar nicht vorhanden war. »Stadtverkehr« bedeutete in der Antike zunächst einmal Fußgängerverkehr. Wer in Rom nicht zu Fuß gehen wollte, dem standen, sofern er es sich leisten konnte, in erster Linie Reittiere (Pferde oder Maulesel), Sänften und Tragen (als Attribute der reichen Oberschichten) zur Verfügung. Daneben gab es eine Reihe von, an verschiedenen Bedürfnissen orientierte, Wagentypen: den Lastwagen (*plaustrum*), zwei- oder vierrädrig, mit Ochsen, Eseln oder Mauleseln bespannt und zum Transport von Material und Waren bestimmt; den Reisewagen (*raeda*), vierrädrig, zwei- oder vierspännig, dessen man sich bediente, wenn man mit der Familie oder in Gesellschaft auf Reisen ging; den Staatswagen (*pilentum* bzw. *carpentum* oder *carruca*), zwei- oder vier-

¹ Die folgenden Ausführungen sind die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages, der auf der von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. veranstalteten Tagung »Das Auto und die (alte) Stadt« in Wetzlar (10.–13. Oktober 1991) gehalten wurde.

rädrige, gedeckte Karossen für offizielle Anlässe, die Priester oder Politiker für die Erledigung von Amtsgeschäften benutzten.²

Das ist also eine ganz andere Verkehrssituation, als wir sie heute kennen. Wo liegen dann aber die Vergleichsmöglichkeiten? Das antike Rom liefert, so ist zunächst hervorzuheben, ein historisches Modell für den Umgang einer früheren Gesellschaft mit einem Problem, das zwar in einer anderen Ausformung als heute, für die Zeitgenossen jedoch in derselben Intensität existierte: Im Rahmen der jeweiligen Gegebenheiten hat der antike Römer die Verkehrsprobleme seiner Zeit als ebenso schwerwiegend empfunden, wie wir es heute in unseren Städten tun. Schon von daher erscheint es lohnend, sich mit dem alten Rom zu beschäftigen, und es seien noch zwei weitere Aspekte hinzugefügt. Zum einen ist die Antike in mancherlei Hinsicht besonders geeignet, zu einem Verstehen unserer heutigen Gegenwart beizutragen. Gemeint ist damit, daß in der Antike wesentliche Erscheinungen unserer modernen Gesellschaft zum ersten Mal auftreten und erprobt werden, nur mit dem Unterschied, daß die Verhältnisse in der Antike noch nicht so kompliziert und unüberschaubar gewesen sind. Die relative Einfachheit und daher auch bessere Verstehbarkeit der antiken Verhältnisse und ihre gleichzeitige prinzipielle Verwandtschaft mit modernen Zuständen macht es zu einem sinnvollen Unterfangen, zur Deutung und Bewältigung heutiger Probleme, zur Bestimmung des eigenen Standortes auch und gerade die Antike zu befragen, und dies gilt eben auch für die Frage des städtischen Verkehrs. Der dritte, den Griff in die Vergangenheit rechtfertigende Punkt schließlich ist ein recht einfacher: Der Historiker beschäftigt sich mit bereits Geschehenem, er kommt also sozusagen vom Rathaus und kann daher im Rückblick beurteilen, wohin das Denken und Handeln der Menschen geführt hat. Wir können heute noch nicht absehen, was aus dem Verkehrschaos unserer Zeit werden wird, wir können aber definitiv sagen, wie frühere Gesellschaften mit ihren Verkehrsproblemen fertig geworden sind – oder auch nicht.

Für eine exemplarische Betrachtung des Stadtverkehrs in der Antike ist es ein nahe liegendes Unterfangen, die Stadt Rom in das Zentrum der Überlegungen zu stellen, gehörte Rom doch zu den größten, bevölkerungsreichsten und damit verkehrsträchtigsten Städten der antiken Welt. Außerdem ist die Quellenlage in Bezug auf Rom besonders günstig: Viele Zeugnisse zumal aus der römischen Kaiserzeit zeigen in aller Deutlichkeit, wie sehr die Bewohner der Stadt Rom an dem Verkehrsstrom litten und wie sie bzw. die Behörden damit zurechtzukommen versuchten.

Sinnvoll erscheint es, einleitend einen Blick auf die Infrastruktur der Stadt Rom zu

² Siehe dazu im einzelnen J. Marquardt, Das Privatleben der Römer, Teil 2, Leipzig 1886² (NDR. 1990), S. 733–738; G. Wissowa, Über den Gebrauch der Wagen in Rom, in: L. Friedländer, Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms, Bd. 4, Leipzig 1921¹⁰ (NDR. 1964), S. 22–25; H. Bender, Transportwege, Mittel des Transports und Nachrichtenwege in der römischen Antike, in: Humanistische Bildung 6 (1983), bes. S. 155–158.

werfen, also auf die äußeren Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich der römische Stadtverkehr vollzog.³ Prägende topographische Merkmale der Stadt waren der Tiber und sein Hafen⁴ sowie die berühmten sieben Hügel, auf und zwischen denen sich die Stadt ausbreitete. Seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. vollzog sich, bedingt durch den Zuzug von italischer Landbevölkerung und von Einwanderern vor allem aus dem griechischen Osten, ein rapider und stetiger Anstieg der Einwohnerzahl, der dafür sorgte, daß sich Rom zu einer Großstadt mit den daraus resultierenden Wohnungs-, Versorgungs- und Verkehrsproblemen entwickelte. Charakteristisch war dabei die Engräumigkeit der Verhältnisse: Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Areals der Stadt wurde vor allem seit Iulius Caesar, dem im Jahre 44 v. Chr. ermordeten Diktator, und dem ersten Kaiser Augustus (27 v.–14. n. Chr.) mit öffentlichen, repräsentativen Bauten (Foren, Tempel, Theater, Thermen usw.) versehen, so daß der Wohnraum für die Bevölkerung knapp wurde. Die Stadt dehnte sich daraufhin jedoch nicht (wie man vielleicht erwarten könnte) zur Peripherie hin aus, sondern man blieb im Zentrum,⁵ baute die noch freien Flächen mit Wohnhäusern zu und machte aus der Not eine Tugend, indem man mehrstöckige Mietskasernen, die sogenannten *insulae*, errichtete.⁶ Ein Abweichen von dem üblichen Verfahren, die Ausdehnung der Stadt in engen Grenzen zu halten, war die im 1. Jahrhundert v. Chr. erfolgte Besiedlung des Areals rechts des Tibers (der Stadtteil Transtiberim, das heutige Trastevere), das recht bald zu einem ausgesprochenen – und seinerseits arg beengten – Arbeiter- und Handwerkerviertel wurde. Diese Verhältnisse hatten zur Folge, daß sich im antiken Rom auf relativ kleinem Areal eine sehr große Anzahl von Einwohnern konzentrierte. Die Aurelianische Mauer, die im 3. Jahrhundert n. Chr. erbaute Stadtbegrenzung, umschloß ein Gebiet

³ Vgl. dazu ausführlich die immer noch grundlegende Darstellung von H. Jordan / Ch. Hülsen, Topographie der Stadt Rom im Alterthum I, 1–3 und II, Berlin 1878–1907. Aus der Fülle der Literatur sei weiterhin verwiesen auf S. B. Platner / Th. Ashby, A Topographical Dictionary of Ancient Rome, Oxford / London 1929; F. Castagnoli, Topografia e urbanistica di Roma antica, Bologna 1969. Eine an den antiken Quellen orientierte Darstellung der Stadt Rom hat jüngst Ch. Neumeister, Das antike Rom. Ein literarischer Stadtführer, München 1991, vorgelegt.

⁴ Dazu speziell J. Le Gall, Le Tibre, fleuve de Rome dans l'antiquité, Paris 1953.

⁵ Dies lag einerseits an den topographischen Gegebenheiten und andererseits daran, daß auch für den antiken Großstadtmenschen urbanes Leben nur in überschaubaren räumlichen Dimensionen vorstellbar war.

⁶ Eine aufschlußreiche Beschreibung der *insulae* gibt der römische Architektur-Schriftsteller Vitruv (De architectura 2, 8, 17). Dort heißt es u. a.: »Bei der großen Bedeutung der Stadt aber und der unendlich großen Zahl von Bürgern muß man unzählige Wohnungen schaffen. Da also Häuser, die nur ein Erdgeschoß haben, eine so große Menge zum Wohnen in der Stadt nicht aufnehmen können, zwangen die Umstände selbst dazu, daß man sich damit behelf, die Häuser in die Höhe zu bauen.« (Übers. C. Fensterbusch). Einen vorzüglichen Eindruck von der Gestalt der *insulae* vermitteln die Mietskasernen von Ostia, insbesondere die sogenannte Casa di Diana (vgl. zu dieser etwa E. Brödner, Wohnen in der Antike, Darmstadt 1989, S. 155–157). Zu den Lebensbedingungen in den stadtrömischen *insulae* anschaulich J. Carcopino, Rom. Leben und Kultur in der Kaiserzeit, Stuttgart 1977, S. 55 ff.

von 1372,5 Hektar.⁷ Gebäude-Inventare aus der späteren Kaiserzeit⁸ liefern exakte Angaben über die Bebauung dieses Areals: 1790 private Wohnhäuser (*domus*), 46602 Mietskasernen (*insulae*), 190 Getreidespeicher, 254 Mühlen, 8 große Plätze, 11 Foren, 36 Triumphbögen, 1152 Brunnen, 28 Bibliotheken, 2 Zirkusse, 2 Amphitheater, 3 Theater, 11 große Thermen und 856 kleinere Bäder soll es diesen Angaben zufolge im Rom des 4. Jahrhunderts n. Chr. gegeben haben. Da blieb wahrlich nicht viel Platz für die Einwohner Roms, deren Zahl man für die Kaiserzeit vielleicht auf 700 000 bis 1 Million schätzen kann.⁹

Der Eindruck von Engräumigkeit ergibt sich auch bei der Betrachtung der Straßen im alten Rom. Hier machte es sich negativ bemerkbar, daß Rom keine geplante, sondern eine ziemlich üppig und unkoordiniert gewachsene Stadt gewesen ist – anders übrigens als viele Städte des griechischen Ostens, bei denen es sich häufig um sorgfältig geplante Anlagen mit einem System von sich rechtwinklig kreuzenden Straßen und dazwischen liegenden öffentlichen und privaten Bauten handelte.¹⁰ Das stadtrömische Straßennetz dagegen war, wie man treffend gesagt hat, ein »einziges unentwirrbares Knäuel«;¹¹ Einigen wenigen gepflasterten Hauptstraßen stand eine Vielzahl kleinerer und kleinster Straßen gegenüber, die sich in unorthodoxer Weise um die Hügel wanden und zum Teil in steilen Serpentin auf diese hinaufführten.¹² Manche Wege waren nur für Fußgänger passierbar, andere konnten auch von Lasttieren benutzt werden. Die bezeichnende Bestimmung, daß diese schmalen Gassen ein Maß von 2,90 Metern Breite nicht unterschreiten durften, damit die Anlieger ihre Balkone vor die Etagen bauen konnten,¹³ dokumentiert, mit welchen Verhältnissen man im Normalfall zu rechnen hatte. Für den Wagenverkehr standen zwei Arten von Straßen zur Verfügung: zum einen die *actus* genannten Einbahnstraßen, zum anderen die *viae*, die mit einer Breite zwischen 4,80 und 6,50 Meter immerhin so viel Platz boten, daß zwei Wagen aneinander vorbeifahren konnten.¹⁴

⁷ Vgl. zur Aurelianischen Mauer J. Richmond, *The City Wall of Imperial Rome*, Oxford 1930.

⁸ Bei diesen aus dem 4. Jahrhundert n. Chr. stammenden Verzeichnissen handelt es sich um die *Notitia*, das *Breviarium* und das *Curiosum*. Zu den zum Teil unterschiedlich überlieferten Zahlenangaben J. Carcopino (s. A 6), S. 34 f., sowie F. Kolb, *Die Stadt im Altertum*, München 1984, S. 163.

⁹ Aufgrund fehlender statistischer Angaben können Aussagen über die Einwohnerzahl Roms immer nur hypothetisch bleiben. Zu den Möglichkeiten, zumindest Annäherungen an die tatsächliche Zahl herzustellen, F. Kolb (s. A 8), S. 162 f.

¹⁰ Musterbeispiele für dieses mit dem Namen des Ioniers Hippodamos verbundenen, an ein Schachbrettmuster erinnernden Prinzips sind etwa die Stadtanlagen von Milet und Alexandria. – Ansätze zu stadtplanerischen Maßnahmen lassen sich in Rom eigentlich nur in der Zeit Kaiser Neros erkennen, der nach dem verheerenden Brand von 64 n. Chr. teilweise breitere Straßen bauen und regelmäßige Wohnanlagen errichten ließ (Tacitus, *Annalen* 15, 43 sowie E. J. Philipps, *Nero's New City*, in: *Rivista di Filologia* 106 (1978), S. 300–307).

¹¹ J. Carcopino (s. A 6), S. 76.

¹² Vgl. dazu R. Chevallier, *Les voies romaines*, Paris 1972, S. 70–79.

¹³ J. Carcopino (s. A 6), S. 76.

¹⁴ Ebda.

Angesichts dieser Umstände gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich die Verhältnisse auf Roms Straßen vorstellen zu können. Tatsächlich gehörten die Menschenströme, die Arbeiter, die Lasttiere, die Sänften, die Wagen der Händler, der Bauern, der Reisenden, die sich alle auf den engen, winkligen, nur zum Teil gepflasterten Straßen drängten, zum Standardrepertoire zeitgenössischer Klagen über das tägliche Leben in der Großstadt Rom. »Denke dir diese Stadt«, so schreibt beispielsweise um 50 n. Chr. der Dichter und Philosoph Seneca an seine Mutter, »wo man auf den breitesten Straßen erdrückt wird, sobald den unablässig, gleich einer reißenden Flut sich fortwälzenden Menschenstrom irgendein Hindernis zurückstaut und die Straße für eine gleichzeitig in drei Theater strömende Menge Raum bieten soll.«¹⁵ Ein anderer Zeitzeuge, der Satiriker Juvenal (1./2. Jahrhundert n. Chr.), hatte offensichtlich spezielle Probleme mit den allorts anzutreffenden Baustellen und Bauarbeitern: »Der eine versetzt mir einen Stoß mit dem Ellbogen, der andere rennt mich mit einem harten Brett an, ein weiterer rammt mir einen dicken Balken, wieder ein anderer einen großen Kübel gegen den Kopf. Mit Schlamm beschmutzt sind meine Füße, dauernd bekomme ich Fußtritte von allen Seiten, und der Nagel eines Soldatenstiefels bleibt mir in der Zehe stecken.«¹⁶

Es gereicht nun jedoch den verantwortlichen Stellen in Rom zur Ehre, daß man sich Gedanken darüber gemacht hat, wie man diesen Zuständen Abhilfe schaffen kann und daß man – noch bemerkenswerter – auch konkrete Maßnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme ergriffen hat. Als erster wurde in dieser Hinsicht der Dictator Iulius Caesar aktiv, mit dem man vieles verbindet, nicht so sehr aber den Umstand, daß er sozusagen der erste Verkehrspolitiker in Rom gewesen ist. Caesars Idee zur Lösung des Verkehrschaos in Rom war ebenso einfach wie drastisch: Sowohl der private als auch der gewerbliche Fahrzeugverkehr sollte tagsüber aus der Stadt Rom verbannt werden, und zwar genauer für die Zeit zwischen Sonnenaufgang und Dämmerung. Dieses Gesetz von 45 v. Chr., das Caesar zur Schaffung einer weitgehend wagenfreien Stadt entwarf, ist inschriftlich erhalten und dokumentiert neben seinem bemerkenswerten Inhalt auch den Tatbestand, daß bürokratische Terminologie nicht erst eine Erfindung der Neuzeit ist. Die entscheidenden, den Stadtverkehr betreffenden Passagen aus diesem umfangreichen Gesetzeswerk seien hier im Wortlaut zitiert:¹⁷

¹⁵ De clementia 1, 6, 1.

¹⁶ Satiren 3, 245–248. Die 3. Satire Juvenals gehört überhaupt zu den anschaulichsten Darstellungen städtischen Lebens im Rom der Kaiserzeit.

¹⁷ Es handelt sich dabei um die *lex Iulia municipalis*, deren Text auf einer Bronzetafel aus Heraklea in Süditalien erhalten ist (Corpus Inscriptionum Latinarum I² 593 = Dessau, *Inscriptiones Latinae Selectae* 6085). Das Gesetz wurde erst nach Caesars Tod in Kraft gesetzt und sollte offensichtlich nicht nur das städtische Leben in Rom selbst, sondern in allen Städten des Reiches regeln. Eine deutsche Übersetzung des Textes, der die folgenden Zitate entnommen sind, hat H. Freis, *Historische Inschriften zur römischen Kaiserzeit von Augustus bis Konstantin*, Darmstadt 1984, Nr. 41, S. 75–101, vorgelegt.

- (56) »Auf den Straßen, die in der Stadt Rom innerhalb der geschlossenen Bebauung angelegt sind oder werden, soll niemand ... bei Tage nach Sonnenaufgang noch vor der zehnten Tagesstunde einen Lastwagen führen noch fahren lassen, es sei denn, daß die Zufuhr und der Transport erfolgen muß, um heilige Gebäude für die unsterblichen Götter zu erbauen oder um Arbeiten in öffentlichem Interesse durchzuführen, oder es sei denn, daß aus der Stadt oder aus diesen Plätzen der Schutt von den Anlagen, die in öffentlichem Interesse zum Abbruch ausgeschrieben werden, auch in öffentlichem Interesse fortgeschafft werden muß, und daß derentwegen bestimmten Personen aus bestimmten Gründen es gemäß diesem Gesetz erlaubt ist, Lastwagen zu führen und zu fahren.«
- (62) »Über die Tage, an denen die vestalischen Jungfrauen, der Opferkönig und die Flamines auf Fahrzeugen in der Stadt fahren müssen wegen der staatlichen Kulte des römischen Volkes, über die Fahrzeuge, die bei einem Triumph an dem Tag, an dem einer triumphiert, gefahren werden müssen, und über die Fahrzeuge, die der Spiele wegen, die in Rom ... öffentlich abgehalten werden, oder die man bei Zirkusspielen im Festzug führen oder fahren lassen muß: daß derentwegen und an diesen Tagen Lastwagen bei Tage in der Stadt geführt und gefahren werden, darüber wird durch dieses Gesetz keine Bestimmung getroffen.«
- (66) »Daß die Fahrzeuge, die des Nachts in die Stadt gefahren werden, leer oder zur Müllabfuhr nach Sonnenaufgang während zehn Stunden des Tages, bespannt mit Ochsen und Mauleseln, in der Stadt Rom ... sich aufhalten dürfen, darüber wird durch dieses Gesetz keine Bestimmung getroffen.«

Was heißt das Ganze im Klartext? Caesar wollte für die Zeit, in der die meisten Fußgänger in Rom unterwegs waren, die Stadt von Wagen freihalten, um zu verhindern, daß man auf Roms Straßen überhaupt nicht mehr vorankam. Privater und geschäftlicher Wagenverkehr innerhalb der Stadt war nur abends und nachts erlaubt, ansonsten mußten die Wagen vor den Stadttoren parken und auf den Sonnenuntergang warten; bei Sonnenaufgang mußten sie die Stadt wieder verlassen haben.¹⁸ Ausnahmen gab es, wie das Gesetz sagt, nur bei politisch-religiösen Anlässen oder aus Gründen des öffentlichen Interesses. Priester und Priesterinnen durften zum Vollzug der Opferhandlungen an religiösen Feiertagen ebenso einen Wagen benutzen wie der siegreich heimkehrende Feldherr auf seinem Triumphzug zum Kapitol, und weiterhin konnten Wagen durch die Stadt fahren, um die Offiziellen zur Eröffnung von Zirkusspielen zu bringen. Schwerwiegender für die Stadtbevölkerung waren freilich die Ausnahmeregelungen für Lastwagen, die mit dem Materialtransport für öffentliche Bauten oder mit dem Wegfahren von Bauschutt beauftragt waren. Gebaut wurde in Rom seit Iulius Caesar und unter den Kaisern eigentlich immer, denn es gab kaum einen Kaiser, der

¹⁸ Die im Gesetz erwähnte zehnte Stunde begann zur Zeit der Sommersonnenwende um ca. 17 Uhr, zur Zeit der Wintersonnenwende um ca. 15 Uhr.

nicht wußte, welch vorzügliches Propagandainstrument das Errichten von möglichst repräsentativen Bauten darstellte. Bei aller verkehrspolitischen Einsicht wollten die Herrschenden sich die Chance zur architektonischen Selbstdarstellung nicht nehmen lassen. So muß man also davon ausgehen, daß auch nach Caesars Gesetz von 45 v. Chr. Lastwagen zum täglichen Erscheinungsbild auf Roms Straßen gehörten. Einen anschaulichen Bericht von den Gefährdungen, die von den durch die Stadt ratternden Lastwagen für die Fußgänger ausgingen, gibt wiederum der Satiriker Juvenal: »Hier auf dem Lastwagen wippt eine Riesentanne, ein anderer Wagen fährt Fichten. Sie schwanken bedenklich, gefährden Passanten. Was würde sein, wenn das Gefährt mit dem Marmor aus Ligurien zusammenbricht und sein Steingebirge sich auf die Scharen der Passanten ergießt? Was bleibt dann von den Körpern? Wer findet dann noch die Glieder, wer die Knochen zusammen?«¹⁹ Trotz dieser beklagenswerten Begleitererscheinungen hatte Caesar mit seinem Gesetz aber immerhin erreicht, daß Rom tagsüber insgesamt zu einer Stadt der Fußgänger geworden war, unter die sich nur, neben den mit öffentlichen Arbeiten betrauten Fuhrunternehmern, Reiter und Benutzer von Tragen und Sänften mischten. Das Fahrverbot wurde so strikt eingehalten, daß man nicht einmal bei Beerdigungen Wagen zuließ, obwohl man zum Erreichen der Friedhöfe, die alle außerhalb der Stadt lagen, lange Wege zurücklegen mußte: Die Verstorbenen wurden stets auf einfachen Bahren transportiert.²⁰

Man ahnt nun freilich schon, daß diese rigorose Lösung des Verkehrsproblems eine äußerst unangenehme Kehrseite hatte. Kaum war nämlich die Abenddämmerung eingetreten, da brachen die vor den Toren der Stadt wartenden Last- und Reisewagen nach Rom ein und verbreiteten auf den holprigen Straßen einen schrecklichen Lärm, der den noch unter den Strapazen des Tages leidenden Einwohnern Roms den Schlaf raubte. Die mit Salz, Lebensmitteln oder sonstigen Waren beladenen Lastwagen der Händler und Kaufleute kämpften sich durch das nächtliche Rom zu den Märkten und Speichern am Tiber, und die Reisewagen durchquerten auf allen Straßen die Stadt, wobei ihnen mit Fackeln versehene Sklaven den Weg wiesen – eine Straßenbeleuchtung wie etwa in Alexandria gab es in Rom nicht. Was den Einwohnern tagsüber an Gedränge erspart blieb, mußten sie des Nachts mit dauerndem Fahrzeuglärm büßen: Die am Tage wagenfreie Stadt wurde erkaufte mit dem Verzicht auf die Nachtruhe. Der Schriftsteller Martial (ca. 40–104 n. Chr.) klagt darüber, daß bei Nacht das Rollen der Wagen die Mietskasernen erschüttert und der Tiber vom Schreien der Lastträger und Treidler widerhallt.²¹ Und der schon häufiger erwähnte Juvenal macht keinen Hehl daraus, wie sehr er die Reichen beneidet, die in ihren Villen am Rande der

¹⁹ Satiren 3, 254–260.

²⁰ J. Carcopino (s. A 6), S. 81–83.

²¹ Epigrammata 4, 64. – Neben Juvenal und Seneca zählt Martial zu den wichtigsten Quellen für die römische Alltagsgeschichte in der Kaiserzeit.

Stadt wohnten und von dem Lärm verschont blieben: »Hier sterben viele, weil Schlaflosigkeit sie krank gemacht hat..., denn in welcher Mietwohnung kann man überhaupt noch schlafen? Sehr reich muß man sein, um in Rom schlafen zu können. Das ist die Hauptursache des Übels: Wagen biegen in scharfer Wendung um die Straßenecke, und die Treiber schimpfen laut, wenn ihre Herde nicht weiter kann...«²²

Nachdem Caesar, der erste Verkehrspolitikern Roms, diese Regelung der Dinge einmal eingeführt hatte, änderte sich an den Verhältnissen für mehr als 200 Jahre so gut wie nichts. Spätere Kaiser haben Caesars Verfügungen entweder bestätigt oder geringfügig modifiziert. So sah sich Kaiser Claudius (41–54 n. Chr.) veranlaßt, in einem Edikt alle Reisenden daran zu erinnern, daß das Passieren der Städte in Italien nur zu Fuß, in einem Tragsessel oder in einer Sänfte erlaubt sei.²³ Wohl, weil man sich nicht immer daran hielt, wurde dieses Verbot von Kaiser Mark Aurel (161–180 n. Chr.) erneuert: Keiner darf sich, so verfügte er, zu Pferd (das war neu) oder zu Wagen in der Stadt bewegen.²⁴ Aber meistens scheint man die obrigkeitlichen Anordnungen befolgt zu haben: So erzählt der Arzt Galen von einem reichen Mann, der außerhalb der Stadt wohnte und der, wenn er in die Stadt wollte, seinen Wagen am Stadtrand abzustellen pflegte, um dann zu Fuß weiterzugehen.²⁵ Kaiser Hadrian (117–138 n. Chr.) hielt es für angebracht, auch den den Römern bei Tage ja immer noch arg zusetzenden öffentlichen Lastwagenverkehr einzuschränken: Schwertransportern wurde das Einfahren in die Stadt nun untersagt.²⁶ Nicht zu Unrecht hat man allerdings vermutet, daß es dem Kaiser dabei nicht so sehr um den Schutz der Fußgänger oder um geordnete Verkehrsverhältnisse zu tun war, sondern daß ihn vielmehr die Sorge um den Erhalt des Straßenpflasters und der Kloaken trieb.²⁷

Der rigorose Umgang mit dem Wagenverkehr in Rom begann sich erst zu Beginn des 3. Jahrhunderts n. Chr. zu lockern. Dies scheint mit der Tatsache zusammenzuhängen, daß sich das römische Kaisertum in dieser Zeit mehr und mehr zu einem absoluten Regime wandelte, das diesen Status auch durch entsprechende Symbole nach außen hin zu dokumentieren bestrebt war.²⁸ Anders als in der vorhergehenden Zeit hatten Kaiser, Kaiserin und kaiserliche Beamte nun keine Bedenken, mit ihren Wagen auch tagsüber durch die Stadt Rom zu fahren, wobei eben dieses ihre privilegierte Stellung demonstrieren sollte. Die Folge war, daß all diejenigen, die der Meinung waren, auch zu dieser privilegierten Klasse zu gehören, ebenfalls mit ihren weniger als Beför-

²² Satiren 3, 232–237.

²³ Sueton, Claudius 25.

²⁴ Historia Augusta, Marcus Antoninus Philosophus 23, 8.

²⁵ 11 p. 301 (hrsg. v. C. G. Kühn).

²⁶ Historia Augusta, Hadrianus 22, 6.

²⁷ G. Wissowa (s. A 2), S. 23.

²⁸ Siehe dazu ausführlich A. Alföldi, Die monarchische Repräsentation im römischen Kaiserreich, Darmstadt 1980³, S. 106ff.

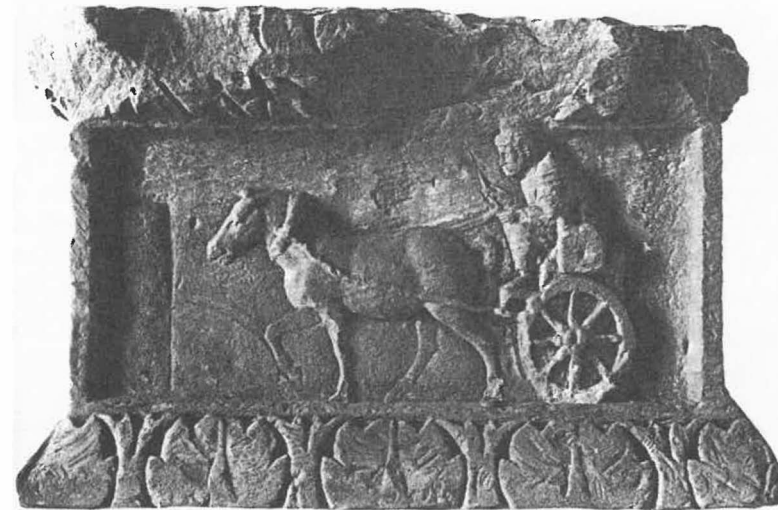


Abb. 1: Einachsiger Wagen (cisiwm) mit Zugtier und Kutscher vor einem Meilenstein. Quelle: Landesmuseum Trier, vgl. R. Schindler, Führer durch das Landesmuseum, Trier 1977, S. 51, Abb. 148.

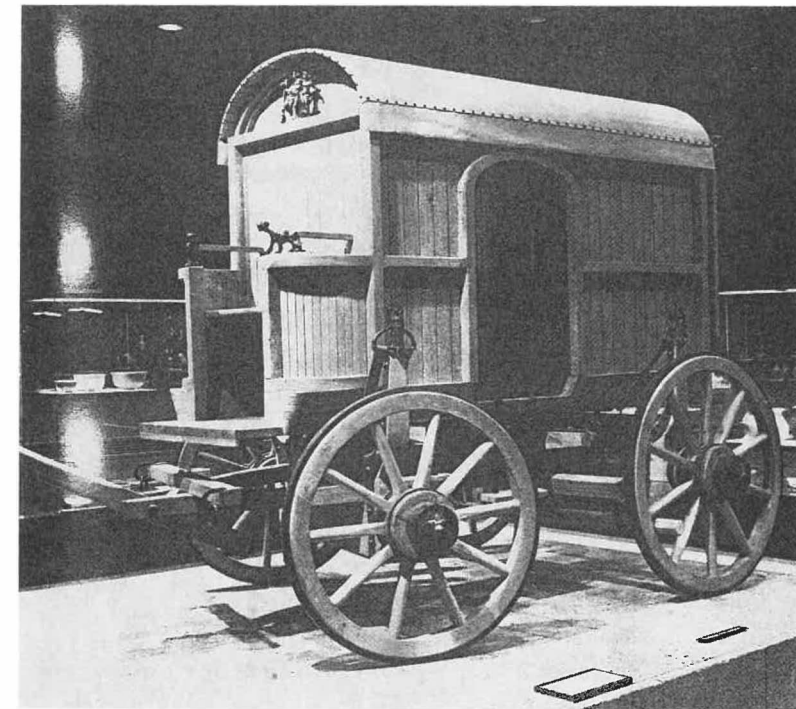


Abb. 2: Rekonstruktion eines römischen Reisewagens im Römisch-Germanisches Museum Köln. Quelle: Rheinisches Bildarchiv, Platten Nr. 146 617, 146 61 D.

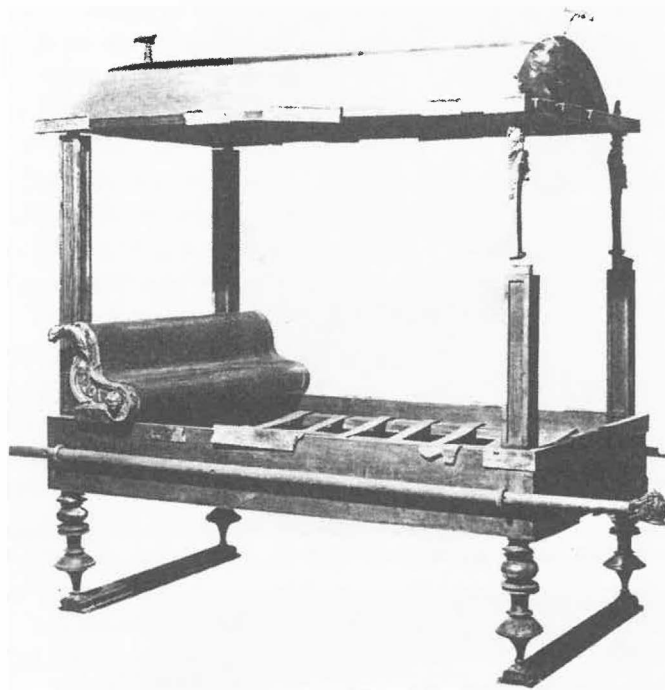


Abb. 3: Sänfte von Esquilin. Bronzeteile Originalfunde, Holzteile rekonstruiert. Quelle: Deutsches Archäologisches Institut, vgl. W. Helbig / H. Speier, Führer durch die öffentlichen Sammlungen klassischer Altertümer in Rom, 41966, II Nr. 1584.

derungsmitteln denn als Statussymbolen fungierenden Wagen durch Roms Straßen fahren. Dazu paßt es, wenn die herrschende Gesellschaft bestrebt war, ihre herausgehobene Position den Normalbürgern durch eine extravagante Ausstattung ihrer Fahrzeuge vor Augen zu führen. Von Kaiser Alexander Severus (222–235 n. Chr.) heißt es: »Er gestattete sämtlichen Senatoren in Rom den Gebrauch von silberbeschlagenen Karossen und Equipagen, da er der Meinung war, es entspreche der Würde Roms, daß die Senatoren einer so bedeutenden Stadt sich dieser Gefährte bedienten«²⁹ – und, so möchte man hinzufügen, die als Förderung der Würde Roms ausgegebene Demonstration der eigenen politischen und sozialen Bedeutung mußte erfolglos bleiben, wenn die Luxuskarossen nur nachts durch Rom gefahren wären, wie es Caesar gewünscht hatte. Caesars Ziel der zumindest tagsüber wagenfreien Stadt Rom ist also lange Zeit erreicht worden, doch mit den neuen politischen Strukturen im 3. Jahrhundert n. Chr. und den neuen Bedürfnissen der Selbstdarstellung in den jetzt herrschenden Kreisen wurde der Wagen wieder zu einem Teil des römischen Stadtverkehrs.

²⁹ Historia Augusta, Alexandrus Severus 43, 1.

Dieser Überblick über die Probleme des Stadtverkehrs im antiken Rom wäre unvollständig ohne einige resümierende Bemerkungen und eine Reflexion darüber, in welcher Hinsicht, vor dem Hintergrund der eingangs aufgestellten Überlegungen, das historische Beispiel Rom demjenigen Orientierungshilfen zu geben vermag, der sich über die Verkehrssituation in unseren heutigen Städten Gedanken macht. Zunächst ist festzuhalten: Durch das Wachstum der Stadt, den sprunghaften Anstieg der Einwohnerzahl, die Menge der auswärtigen Besucher und durch ungenügende stadtplanerische Maßnahmen hatte die antike Großstadt Rom ein Verkehrsproblem von erheblichem Ausmaß. Die untragbaren Zustände veranlaßten die römische Obrigkeit zum Handeln und zu der drastischen Lösung, Rom tagsüber zu einer fahrzeugfreien Zone zu machen. Dieses Rezept hatte, wie gesehen, seine Tücken, doch bewirkte es immerhin, daß bei Tage »Stadtverkehr« in Rom nicht »Wagenverkehr«, sondern »Fußgängerverkehr« war.

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind, wie man weiß, auch immer eine Frage der Durchsetzbarkeit, und man mag sich wundern, wie reibungslos Caesars Ideen in die Tat umgesetzt werden konnten. Seit Caesar und Augustus hatte man in Rom mit der Durchsetzung von Programmen und Verfügungen keine großen Schwierigkeiten. Die politische Ordnung in Rom war eine monarchisch geprägte Ordnung, Entscheidungen mußten nicht lange diskutiert werden, es bedurfte keines langen Instanzenweges. Wir hören auch nichts von öffentlichen Protestaktionen der Lastwagenfahrer, die sich gegen die Zumutung zur Wehr gesetzt hätten, ihrer beruflichen Tätigkeit in Rom nur nachts nachkommen zu dürfen, und die vom nächtlichen Lärm geplagten Stadtbewohner unternahmen nichts, um diese Verhältnisse zu ändern. Der römische Bürger der Kaiserzeit pflegte sich obrigkeitlichen Anordnungen zu fügen und kam gar nicht auf die Idee, sich zu widersetzen und persönliche Rechte oder Interessen geltend zu machen. In diesem Punkt stößt die mögliche Vergleichbarkeit der Zustände in Rom mit unseren heutigen Verhältnissen gewiß an ihre Grenzen. In einer demokratischen, pluralistischen Ordnung mit auf ihren Rechten pochenden mündigen Bürgern, in der die Verkehrspolitik zudem in ein breites Geflecht politischer und natürlich auch wirtschaftlicher Interessen eingebunden ist, sind solch drastische Lösungen von oben, wie in Rom, kaum denkbar. Hier muß vielmehr der Ausgleich, der Kompromiß gefunden werden, der sowohl die verschiedenen Einzelinteressen berücksichtigt als auch das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gesamtinteresse im Auge behält.

In diesem Zusammenhang muß auf einen weiteren Punkt aufmerksam gemacht werden, der die Rahmenbedingungen des Stadtverkehrs betrifft. Bekanntlich ist der Stadtverkehr keine Erscheinung, die einfach aus dem Nichts entsteht, etwa, weil eine große Zahl von Menschen urplötzlich den Wunsch verspürt, mobil zu sein und mit einem Fahrzeug in die Stadt zu fahren. Stadtverkehr ist vielmehr das Endprodukt von sehr komplexen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Es ist ganz aufschlußreich, unter diesem Aspekt die römischen Verhältnisse den unsrigen gegenüberzstel-

len. Eben wurde dargelegt, daß aufgrund der monokratischen Herrschaftsverhältnisse in Rom Eingriffe in den Stadtverkehr relativ einfach zu bewerkstelligen waren. Doch gab es darüber hinaus auch strukturelle Gründe dafür, daß sich in Rom die Probleme mit dem Wagenverkehr insgesamt in Grenzen hielten und daß der Besitz und die Benutzung eines Fahrzeugs von den Menschen nicht als existentiell notwendig empfunden wurde. Gemeint ist hier der Umstand, daß es in Rom einen weitaus geringeren Pendel- und Berufsverkehr gab, als wir ihn in unseren Städten täglich beobachten können. Dies lag daran, daß der Römer im allgemeinen dort wohnte, wo er arbeitete und er umgekehrt dort arbeitete, wo er wohnte. Natürlich gab es Ausnahmen: Händler etwa, Kaufleute oder jene Bauern, die ihre Produkte von außen zu den städtischen Märkten brachten. Bei dem Großteil der arbeitenden Menschen, bei den Handwerkern also, den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden waren Arbeitsplatz und Wohnung in aller Regel identisch.³⁰ Die typische Anordnung einer stadtrömischen *insula*, einer Mietskaserne, sah so aus, daß sich im Erdgeschoß die Ladenlokale und in den darüberliegenden Stockwerken die Wohnungen der Ladenbesitzer befanden. Der Römer war also nicht dazu gezwungen, zur Erreichung seines Arbeitsplatzes längere Distanzen mit einem fahrbaren Untersatz zu überwinden. Die Aufhebung der Identität von Wohnung und Arbeitsplatz ist, wie man weiß, im wesentlichen eine Folgerscheinung der modernen Industriegesellschaft. Der heutige Arbeitnehmer wohnt meist weit entfernt von seiner Arbeitsstelle und bedient sich zu ihrer Erreichung entweder öffentlicher Verkehrsmittel oder, wesentlich häufiger, des eigenen Automobils, womit er jenen Berufsverkehr mitproduziert, der unseren Städten ja so arg zusetzt. Diese aus dem historischen Vergleich gewonnene Beobachtung kann vielleicht dazu anregen, in die verkehrspolitische Diskussion auch jene wirtschaftlichen und sozialen Faktoren mit einzubeziehen, die als eigentliche Ursache für die Verhältnisse auf den Straßen in den modernen Städten gelten können.

Was bleibt also unter dem Strich an allgemeinen Erkenntnissen aus der Beschäftigung mit den Verkehrsverhältnissen im antiken Rom? Sicherlich die Tatsache der Notwendigkeit von stadtplanerischen Maßnahmen – das Beispiel Rom lehrt, daß ein bedenkenloses Wachsenlassen der Städte später nur wenig Spielraum für ausgewogene Verkehrskonzepte läßt. Vielleicht ist hier auch als weitere allgemeine Erkenntnis die Selbstverständlichkeit hervorzuheben, mit der die Römer bereit waren, im Bewußtsein der Untragbarkeit der Verhältnisse den Wagenverkehr aus der Stadt zu verbannen und dem Fußgänger Priorität einzuräumen. Dies kann natürlich in dieser Form kein Patentrezept für die Lösung moderner Verkehrsprobleme sein, aber ein Anlaß zum Nachdenken ist damit allemal gegeben.

³⁰ Zu diesen Zusammenhängen, die hier nur angedeutet werden können, siehe die ausführliche Untersuchung von M. I. Finley, *Die antike Wirtschaft*, München 1977.

Natalia Duschkina

Gedanken über das historische Schicksal Moskaus im 20. Jahrhundert¹

Die »Epoche der Perestroika«, die das gewaltige Land der UdSSR in all seinen Existenzbereichen in Bewegung geraten ließ, hat schließlich auch zu einer Neubeurteilung der Ereignisse geführt, die in der sowjetischen Architektur während ihres vierundsiebzigjährigen Bestehens bis heute stattgefunden haben.

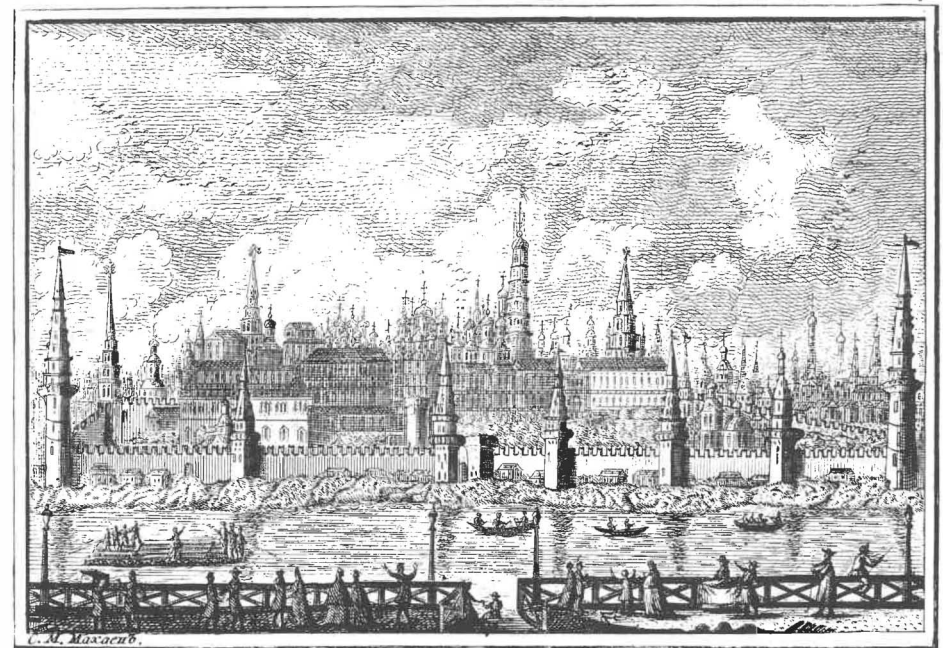


Abb. 1: Panorama von Moskau Mitte des 18. Jahrhunderts, nach M. Makhaev.

¹ Der russisch verfaßte Beitrag erschien in engl. Übersetzung unter dem Titel »Some Thoughts on the Historical Fate of Twentieth-Century Moscow« in: *TRANSITION. Discourse on Architecture* (Melbourne), No. 33, 1990, pp. 41–57. Vorträge der Autorin zum selben Thema folgten 1991 auf Einladung der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und der Columbia University in New York. Bei der vorliegenden deutschen Bearbeitung [T. W.] wurden um der Lesbarkeit willen die Titel der russischen Zeitschriftenbeiträge nur in deutscher Übersetzung wiedergegeben (in Anführungszeichen). Auch auf eine Wiederholung der Zitate im Originaltext wurde verzichtet. Einige Hinweise zu Terminologie und Literatur wurden ohne Kennzeichnung in den Text bzw. bei den Fußnoten aufgenommen. [Thomas Will, München]

Die großstädtischen Architekturzeitschriften sind voll von scharfen Kommentaren, in denen der Verbitterung über die unzähligen Verluste, welche die historische Architektur in dieser Zeit erlitten hat, Ausdruck gegeben wird. Sie kritisieren die unpersönliche Natur unserer Städte und der neuen Vorstädte, die in die Uniform von Typenprojekten gekleidet sind, sie verweisen auf den schöpferischen Bankrott unserer Architekten und unserer Architektur, dessen Ergebnis die gänzliche Trostlosigkeit der gestalteten Umwelt ist.² In einigen Artikeln wird prinzipiell die Frage aufgeworfen: Was hat in diesen sieben Jahrzehnten überwogen – Errungenschaften oder Verluste? Zum ersten Mal in der Geschichte der sowjetischen Architektur wurde in der offiziellen Presse das Konzept der »Entwicklung der sowjetischen Baukunst in einer Richtung«, d. h. die Linie eines unentwegten Aufstiegs, in Zweifel gezogen. Nach Ansicht vieler Forscher, die ihren Standpunkt freimütig geäußert haben, wird die Bilanz leider durch die Verluste bestimmt.

Die erste Reaktion des sowjetischen und des ausländischen Lesers dieser Beiträge ist bestimmt die Ablehnung solcher Behauptungen. Genügt es nicht, um sie zu widerlegen, die zahlreichen Monographien, Zeitschriften und Ausstellungskataloge aufzuführen, die der sowjetischen Avantgarde der Zwanziger und Dreißiger Jahre gewidmet sind und mit beeindruckenden Auflagen vor allem im Ausland publiziert wurden?³ Sie sind für die westlichen Architekten der Gegenwart und für die Studenten der Architekturschulen zu Nachschlagewerken geworden. Es sei mit Dankbarkeit und Bedauern zugleich anerkannt, daß gerade der Westen der Bewegung des »sowjetischen Konstruktivismus«⁴ ihren ungewöhnlich hohen Status verliehen hat; sein Widerhall hat mit großer Verspätung die Heimat erreicht. Die russisch-sowjetische Architektur der Avantgarde, in der UdSSR über Jahrzehnte tabuisiert, ist wie ein verlore-

² Zu den interessantesten Arbeiten sind die Hefte der Zeitschrift *Architektura i stroitel'stvo Moskvy* in den Jahren 1987–1990 zu zählen, die eine Vorstellung von den einschneidenden Veränderungen geben, die sich in der Architekturkritik in den Jahren der Perestroika vollzogen haben. Sie reflektieren den Weg zu einem zunehmend objektiven Ansatz der Kritik und zur Aufstellung von Wertkriterien, die auf der Äußerung der »Wahrheit« über verschiedene Phänomene beruhen. Siehe dort z. B. W. Chasanowas Beitrag »Bewahrt die Träumer und Propheten«, Nr. 3/1989, S. 4–6; S. Chan-Magomedow, »Über die Ursachen der Verluste nachdenkend«, Ebda., S. 7–9 und weitere Beiträge im selben Heft.

³ Von der großen Zahl dieser Publikationen sind vor allem zu nennen: S. O. Chan-Magomedow, Alexander Wesnin und der Konstruktivismus, Stuttgart 1987; ders., Pioniere der sowjetischen Architektur, Wien / Berlin 1983; C. Cooke, »Russian Avant-Garde. Art and Architecture«, in: Architectural Design, vol. 53, Nr. 5/6, 1983; A. Kopp, Constructivist Architecture in the USSR, London 1985; ders., Town and Revolution, London 1970; L. A. Shadowa, Suche und Experiment. Aus der Geschichte der russischen und sowjetischen Kunst zwischen 1900 und 1930, Dresden 1978; dies., Tatlin, Weingarten 1987; Uses of Tradition in Russian and Soviet Architecture, in: Architectural Design, vol. 57, Nr. 7/8, 1987.

⁴ Der Terminus »sowjetischer Konstruktivismus«, der weite Verbreitung gefunden hat, ist recht unverbindlich. Über die eigentliche Richtung des »Konstruktivismus« hinaus wurde er auf die parallel dazu bestehenden Strömungen des »Funktionalismus«, des »Formalismus« u. a. ausgedehnt.



Abb. 2: Kirche Mariä Himmelfahrt (1699) auf der Pokrowka in Moskau. Dieses außerordentliche Denkmal russischer Architektur wurde 1936 abgebrochen und teilte damit das Schicksal von mehr als 200 Moskauer Kirchen.

ner Sohn zurückgekehrt und kommt nun auch hier zu den verdienten Ehren. Zeugnis dafür ist etwa das Internationale Festival Konstantin Melnikow, das erstmals 1990 in Moskau veranstaltet wurde. Mit ungewöhnlichem Aufwand wurde hier verspätet dem Gedächtnis dieses herausragenden Architekten, aber leider auch einer internationalen Mode, Tribut gezollt.

Es kann natürlich keinesfalls Ziel dieses Beitrags sein, die gewaltige Bedeutung des sowjetischen Konstruktivismus und der von ihm unternommenen Suche im Bereich der Formbildung und der Raumorganisation herabzusetzen. Denn es besteht kein Zweifel darüber, daß die sowjetische Architektur der 20er und 30er Jahre und die pädagogischen Systeme der »Wchutemas-Wchutein«⁵ im weltweiten Entstehungsprozeß der »Neuen Architektur« im 20. Jahrhundert eine hervorragende und integrale Rolle gespielt haben.⁶ Das wird nochmals durch die außergewöhnliche Popularität dieser Architektur im Westen während der späten 70er und der 80er Jahre bestätigt; in dieser jüngsten Epoche, die durch die Architektur des »Dekonstruktivismus« gekennzeichnet ist, wurde der russische Suprematismus und Konstruktivismus, im

⁵ Wchutemas: Höhere künstlerisch-technische Werkstätten; Wchutein: Höhere künstlerisch-technische Lehrinstitute.

⁶ K. Frampton, Modern Architecture, London 1980; GA Dokument: Global Architecture, Special Issue: Modern Architecture, 1920–1945, Text by K. Frampton, Tokyo 1983; M. Tafuri, Francesco dal Co, Klassische Moderne, Stuttgart 1988.

Schaffen von K. Malewitsch, E. Lissitzky, W. Tatlin, M. Ginsburg, I. Leonidow, K. Melnikow, der Brüder Wesnin und vieler anderer, erneut in ungewöhnlicher Weise gefeiert.

Wenn man sich jedoch dieser Epoche als einem Glied in der Kette der historischen Entwicklung von der russischen zur sowjetischen Architektur zuwendet, so ist man überrascht über die Diskrepanz zwischen der fruchtbaren Entwurfstätigkeit dieser Meister und dem relativ unbedeutenden Umfang praktischer Realisierungen. In Moskau, das als eine gigantische Bühne für das revolutionäre Experiment diente, findet man nur eine geringe Anzahl solcher gebauten Manifeste wieder. Der heutige Zustand dieser Baudenkmäler ist deprimierend.⁷

Unter den bemerkenswerten Erscheinungen in der Geschichte der sowjetischen Architektur ist auch eine andere Epoche zu erwähnen – von der zweiten Hälfte der 30er bis zu den 50er Jahren. Dieser sogenannten »stalinistischen« Architektur gelang es, mit ihrem schwerfällig-repräsentativen und offensichtlich retrospektiven Charakter, das Wesen des politischen Systems umfassend wiederzugeben.⁸ Die »stalinistische« Architektur hatte sich mit jener Italiens, Deutschlands und anderer Länder in den weltweiten Prozeß der Schaffung eines architektonischen Milieus des Totalitarismus eingereiht und leuchtete einen der Aspekte des Phänomens der totalitären Macht aus. Diese Erscheinung ist gigantisch, in ihren Ausmaßen überwältigend – und für die Nachkommen lehrreich.

Auf die obenerwähnte Bilanz von »Errungenschaften« und »Verlusten« zurückkommend, wollen wir versuchen, uns zumindest teilweise Klarheit zu verschaffen über die Gründe sowohl einer solchen Fragestellung als auch des negativen Ergebnisses, zu dem wir heute gelangt sind. Es gilt dabei, die objektiven Wurzeln der nihilistischen Einstellung zur historischen russischen Architektur freizulegen, die sich im ersten Jahrzehnt nach der Revolution herausgebildet hat und die mit der »neuen sowjetischen Architektur« eng verflochten ist. Das dramatischste Beispiel dafür liefert die Stadt Moskau selbst: sie bezeugt jene gewaltigen Verluste, die aus der Konfrontation zwischen dem »Alten« und dem »Neuen«, zwischen der russischen und der sowjetischen Architektur resultierten. Auch ein Beobachter ohne genauere Kenntnis der verschiedenen Entwicklungsetappen wird über das Fehlen eines identifizierbaren Charakters in dieser Stadt verwundert sein. Die Verunstaltung der historischen Stadtmitte durch die Zerstörung der herausragenden Bauensembles und des städtischen Gewebes ist auf schmerzvolle Weise spürbar. Die berühmten Moskauer Rundblicke und

⁷ T. Rasdolskaja / O. Strjapunina, »Wissen wir die Denkmäler der sowjetischen Architektur zu schätzen?«, in: *Architektura i stroitelstwo Moskwy*, Nr. 5, 1988, S. 6–8; E. Schroban, Kriterien für Tradition und Innovation bei der Auswahl sowjetischer Architekturdenkmäler, in: *Konzeptionen der Sowjetischen Architektur 1917–1988*, Comenius-Club, Ausstellungskatalog, Berlin 1989.

⁸ A. Kopp, *L'architecture de la période Stalinienne*, Grenoble 1985; A. Rappoport, »Zur Ästhetik totalitärer Milieus«, in: *Dekoratiwnoje iskusstwo SSSR*, Nr. 11, 1989, S. 12–13.

Stadtlandschaften existieren nicht mehr. Sie wurden verschnitten durch den Abbruch jener vertikalen Dominanten – Kirchen und Glockentürme –, die den Moskauer Silhouetten ihr unvergleichliches, malerisches Aussehen und dem städtischen Leben seine festliche Atmosphäre verliehen hatten.

Was hat Moskau als Entgelt erhalten, als in der Folge des revolutionären Richtungswechsels beschlossen worden war, die Hauptstadt des größten Staates der Welt von Grund auf umzubauen? Es gibt eine kurze Antwort: einzelne Werke hervorragender Architekten, die jedoch nicht durch die gestalterische und inhaltliche Logik des städtebaulichen Maßstabs, wie sie den großen historischen Städten der Welt eigen ist, miteinander verbunden sind. Das Stadtbild des heutigen Moskau ist gekennzeichnet von gestalterischer Disharmonie, von der Hypertrophie der Maßstäbe am Stadtrand wie in der Stadtmitte, von der dürftigen professionellen Qualität der Architektur der letzten Jahrzehnte.

Der revolutionäre »Abbruch« der russischen Architektur, die vor 1917 den allgemeinen Weg der gesamteuropäischen Entwicklung der Baukunst im frühen 20. Jahrhundert mitbeschritten hatte, war offensichtlich *politisch* vorbestimmt. Die Umwandlung des politischen Systems und der Machtmechanismen, die sich in Rußland nach dem Sieg der Oktoberrevolution endgültig vollzog, erfaßte alle Lebensbereiche – und die Architektur hatte bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Milieus für einen »neuen Menschen« in einer »neuen Welt« eine schöpferische Rolle zu spielen. Die Vorteile dieses »neuen« Lebens im Vergleich zum »alten« wurden zu einem ideologischen Gegensatz konstruiert. Für Architektur und Städtebau konnte dies nichts anderes bedeuten als den fundamentalen Bruch mit dem »Alten«. Die Kollision zwischen Alt und Neu wurde dadurch kompliziert, daß für die Schaffung des »Neuen« freies, unbebautes Gelände notwendig war. In Moskau mußte man jedoch, ebenso wie in anderen altrussischen Städten, innerhalb der Grenzen des historischen Stadtkerns handeln. So wurde der massenhafte Abbruch »alter« Gebäude eingeleitet. In sehr vielen Fällen waren darunter Meisterwerke der russischen Baukunst. Nach den Angaben der Sonderkommission der Akademie für Architektur aus dem Jahre 1940 wurden in Moskau im Zeitraum von 1917 bis 1940 »50% der historischen Denkmäler der nationalen russischen Baukunst vernichtet und eine Reihe einzigartiger Elemente getilgt, die für das Studium der Geschichte und der Baukunst des russischen Volkes wesentlich waren.«⁹

⁹ »Architekturfragen der Rekonstruktion von Moskau«, Akademie für Architektur der UdSSR, Moskau 1940, S. 47–48. Im weiteren erlitt die russische Architektur in den 60er und 70er Jahren, hauptsächlich unter der Regierung Chruschtschow, gewaltige Verluste. Gegenwärtig werden Versuche unternommen, diesen Prozeß aufzuhalten, obwohl er bereits nahezu unumkehrbaren Charakter angenommen hat. S. auch: »Das traurige Schicksal der Kuppel«, in: *Architektura SSR*, Nr. 3, 1989, S. 16–31; *Rasruschennye i oskwerennye chramy. Moskwa i Srednaja Russija* (»Zerstörte und geschändete Kirchen. Moskau und Zentralrußland«), mit dem Nachwort: »Die Grenzen des Vandalismus«, 1980.

Diese ideologische Aktion zeigt im Rückblick, aus der Distanz mehrerer Jahrzehnte, die Merkmale einer durch nichts zu rechtfertigenden Barbarei. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Ereignisse, die der alten russischen Intelligenz einen Schock versetzt hatten, bereits in den 30er und 40er Jahren auch in Architektenkreisen den Charakter des Normalen angenommen hatten. Zur Verdeutlichung dieser Tatsachen seien zwei Zitate angeführt. Das erste ist einem aus dem Jahre 1917 datierten Brief des russischen Kunstforschers und Malers A. Benois entnommen, das andere einem Aufsatz, der 1988 von dem angesehenen Historiker der sowjetischen Baugeschichte S. O. Chan-Magomedow, erschien: »Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Akte ... einer Tragödie vorbereitet werden, die auf unserem Planeten aufgeführt wird.« Die Ereignisse »können die gesamte Kultur mitsamt ihren Wurzeln ausrotten, ihre Diener in alle Winde verwehen, das Gesammelte und Gehegte zugrunde richten...«.¹⁰ Und als logische Fortsetzung die Worte unseres Zeitgenossen: »...kein einziges Volk hat im 20. Jahrhundert den historischen Kern seiner Hauptstadt in dem Maße zerstört, wie wir es fertiggebracht haben.«¹¹

Zwischen diesen Sätzen liegt ein Zeitraum von 70 Jahren, in dem mehrere Architektengenerationen produktiv waren. Die enorm ideologisierte Auffassung der Architektur, die auf politischen Losungen und Direktiven beruhte, aber auch auf der Angst vor Ungehorsam angesichts der Repressalien im Leben und in der Architektur, ist jenen Architekten in Fleisch und Blut übergegangen. Dennoch hätte die offizielle politische Linie in der Entwicklung der sowjetischen Architektur nach meiner Ansicht nicht jene destruktive Kraft gewinnen können, wenn nicht bereits der *schöpferischen* Methode der Architekten Tendenzen eines zerstörerischen Pathos innegewohnt hätten.

In diesem Prozeß kommt der spezifisch russischen Avantgarde-Erscheinung in der Kunst – dem Suprematismus – eine besondere Rolle zu. Ich schreibe diesen Satz und fühle, welch ketzerischen Weg ich beschreite, indem ich die Hand gegen ein Heiligtum der modernen Kunst des 20. Jahrhunderts erhebe. Leider haben jedoch gerade der Suprematismus, seine Verfechter und sein Begründer Kasimir Malewitsch – der in seiner Heimat lange verfolgt, im Westen aber verehrt wurde und heute, in der Epoche von Glasnost und Perestroika, seinen Landsleuten sozusagen zurückerstattet wird – in der Geschichte der russisch-sowjetischen Architektur und der russischen Stadt eine verhängnisvolle Rolle gespielt.

Es ist allgemein bekannt, daß der Suprematismus, der sich im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts endgültig herausgebildet hatte, neue Formen und ein ganzes »Sy-

¹⁰ Brief von A. Benois an M. Gorki vom 10. September 1917, zit. nach: W. Lapschien, Chudoschestwennaja Schisnj Moskwy i Petrograda v 1917 Gody (»Das künstlerische Leben von Moskau und Petrograd im Jahre 1917«), Moskau 1983, S. 180.

¹¹ S. O. Chan-Magomedow (s. A 2), S. 8.

stem des Weltaufbaus« hervorbrachte. Der Suprematismus entwickelte einen fundamental neuen Mechanismus der Formbildung und der Regulierung der wechselseitigen Beziehungen zwischen dem »Raum« und den darin befindlichen »Objekten«. Im suprematistischen Manifest von Malewitsch (1924)¹² wird die Überwindung der irdischen Existenzbedingungen zum Leitthema. Nicht nur von den alten Kunstformen gilt es sich loszulösen, d. h. von der »Darstellung von Naturlandschaften, Madonnen und schamlosen Venusfiguren«, sondern auch vom gesamten Lebensmilieu und seinem architektonischen Rahmen, der zur totalen Umwandlung durch Zerstörung verurteilt wird: »All das wird unter dem Andrang unseres Temperaments zu Staub werden.«¹³

Und noch einmal Malewitsch: »Die Schlüssel des Suprematismus führen mich zur Entdeckung des Unbewußten. Meine neue Malerei gehört nicht ausschließlich der Erde. Die Erde ist verlassen, wie ein von Holzwürmern zerfressenes Haus. ... Dem Menschen, seinem Bewußtsein wohnt das Streben nach Raum, die Sehnsucht nach der ›Loslösung von der Erdkugel‹ inne.«¹⁴ Die idealen Bedingungen für die schöpferische Konstruktion der Welt fand Malewitsch im gegenstandslosen Vakuum des Alls. Hier wird es möglich, in Kategorien absoluter Freiheit zu denken, unabhängig von jenen komplexen Wechselwirkungen – wie etwa zwischen Architektur und Geschichte –, die eine wesentliche Grundlage für die zivilisierte Koexistenz der Menschheit darstellen.

Die Loslösung von der Substanz der Zivilisation, die Malewitsch in seinen Bildkompositionen mit extrem sparsamen Formen (Fläche, Kreis, Quadrat, Kreuz) betrieben hatte, hob die Architekturtheorie auf eine fundamental neue Ebene, die in vieler Hinsicht die Entwicklung sowohl der sowjetischen Architektur-Avantgarde als auch des »Internationalen Stils« vorherbestimmte. In diesem Sinne stand der Suprematismus, der das Erbe der kubistisch-futuristischen Ideen Rußlands und des Westens vom Anfang des Jahrhunderts angetreten hatte, an der Wiege der kosmopolitischen Funktionen der modernen Architektur. Die exquisiten Entwürfe der »Architekten« und »Planeten« von Malewitsch, die »Prounen« Lissitzkys, die Körper- und Raumkompositionen von W. Krinsky und N. Ladowsky, die außerirdisch-transparenten Projekte von I. Leonidow usw. (die Aufzählung ließe sich unendlich fortsetzen), wurden ganz bewußt ohne jeden Bezug zu den konkreten städtebaulichen Bedingungen geschaffen; außerhalb aller Staatsgrenzen oder nationaler Traditionen konzipiert, ersetzten sie

¹² Auszugsweise in: U. Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Frankfurt / Berlin 1964.

¹³ K. Malewitsch, »Architektur als Schlag ins Gesicht des Eisenbetons«, in: Iskusstwo kommuny, Petrograd, 1918, Nr. 1, zit. nach: Architektura i stroitelstwo Moskwy, Nr. 12, 1988, S. 17.

¹⁴ Ders., »Briefe an M. Matjuschin«, in: Jeshegodnik rukopisnogo otdela Puschkinskogo doma na 1974, Leningrad 1976, S. 192.

diese historischen Symbole von Geschichte und Kultur durch das »real existierende« Nichts, den leeren, abstrakten Kosmos.

Die Entwürfe für Wolkenkratzer, Kulturpaläste, Theater, Stadien und andere öffentliche Gebäude wurden auf dem Papier als selbstgenügsame, in sich abgeschlossene Objekte präsentiert; alle Verbindungen mit der existierenden Welt sind abgebrochen. Auch bei einer ganzen Reihe von Projekten, die zur Realisierung vorgesehen waren (der Palast der Arbeit, das Haus des Rundfunks, der Sowjetpalast u. a.) distanziert sich der Entwurf bewußt vom Ort und von den Bauten, auf deren Fundamenten das neue Gebäude errichtet werden sollte. In allen Fällen dominierte die abstrakte, auf Nichtübereinstimmung zielende Haltung gegenüber dem existierenden städtischen Milieu. Der schöpferische Nihilismus gegenüber den historischen Traditionen und der nationalen Kultur, der sich 1915 so prägnant in Malewitschs schwarzem Quadrat angekündigt hatte, brachte, wie sich in der Folge zeigte, unerwartet reiche

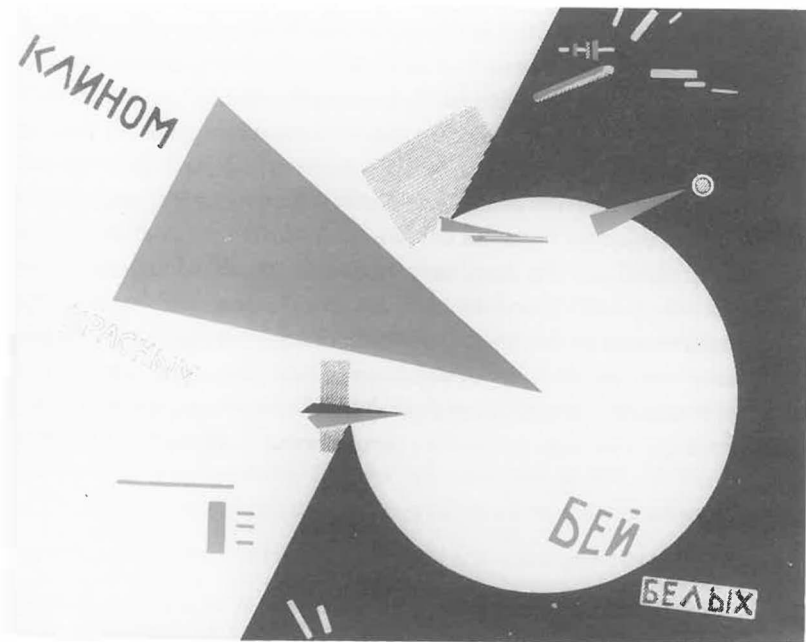


Abb. 3: El Lissitzky, Agitationsplakat »Zerschlage die Weißen mit dem Roten Keil«, 1919.

Ergebnisse, über deren Folgen Benois, vor dem »Untergang« warnend, prophetische Worte geschrieben hat.¹⁵

In den Arbeiten von Malewitsch und seinen Nachfolgern zeigt sich eine einzigartige Synthese jener künstlerischen Prinzipien, die auf die völlige Abkehr von den Traditionen zielten, mit der politischen Ideologie des Oktober-Umsturzes von 1917, die ebenfalls den entschlossenen Bruch mit dem Alten in all seinen Erscheinungsformen betrieb. Die Überlagerung dieser beiden Erscheinungen, die in anderen Formen und unabhängig voneinander auch im westlichen Europa – im Rahmen des 1914 einsetzenden Prozesses einer allgemeinen Welterneuerung – existierten, führte in Rußland zu einem überaus mächtigen zerstörerischen Impuls.

In seinem Aufsatz »Architektur als Schlag ins Gesicht des Eisenbetons« schrieb Malewitsch 1918: »Die Avant-Garden der revolutionären Zerstörungen marschieren in ihrer ganzen weltumspannenden Größe, das Leben wird vom alten Schimmel gesäubert, auf den Plätzen der Schlachtfelder der Revolution müssen die entsprechenden Bauten errichtet werden... Wir stürzen uns aus den Fenstern der Erdverbundenheit, unsere Motoren dringen tagtäglich in die Tiefen des Raums vor, wir verkörpern die Zielstrebigkeit, und alles, was es auf Erden gibt, muß in der Form dieser Zielstrebigkeit erbaut werden. Nieder mit den Kuppeln, den mit Deckeln versperrten Firmamenten; freie Bahn dem ungestümen Dampf; laßt Keilgestalten die Brust des Raums zerschneiden... Die Chirurgen müssen aus unserem Körper die Splitter der griechischen Ruinen entfernen. Unser neuer Architekt ist jener, der Griechenland und Rom verwerfen und mit einer mächtigen Stimme in der neuen Sprache der Architektur sprechen wird. Die zerstörten Städte warten auf Ihre neuen Wunder, Ihre neuen Schlußfolgerungen. Kleiden Sie sich aber um Gottes willen nicht in die Umschläge alter Bibeln und Gebote. ... Wir, Maler, müssen uns zur Verteidigung neuer Bauten erheben, vorläufig aber das Institut der alten Architekten schließen oder wirklich in die Luft sprengen und die Leichen der alten Griechen im Krematorium verbrennen, um zum Neuen anzuregen, damit die neuentfesselte Gestalt unserer Zeit rein sei.«¹⁶

Die weitere Entwicklung der sowjetischen Architektur und des Städtebaus demonstrierte und bewies die Zählebigkeit solcher Prinzipien, die auf Gewalt und Unterdrückung gegründet wurden. Das markanteste Beispiel lieferte in diesem Sinne Moskau als die »Rote Hauptstadt der Welt«, als das »proletarische Weltzentrum«, die »Stadt des roten Planeten des Kommunismus«. In einem kurzen Zeitraum – dem ersten Jahr-

¹⁵ »Das schwarze Quadrat in weißer Einfassung ist kein einfacher Scherz, keine einfache Herausforderung, keine zufällige kleine Episode... Das ist einer der Akte der Selbstbestätigung jenes Prinzips, das völlige Verödung heißt und damit prahlt..., daß es alle zum Untergang führen wird«, A. Benois, »Die letzte futuristische Ausstellung, in: Retsch, 9. Januar 1916, zit. nach K. Malewitsch, 1878–1935, Katalog zur Ausstellung in Leningrad / Moskau / Amsterdam, Stadtmuseum Amsterdam, 1989, p. 158.

¹⁶ K. Malewitsch (s. A 13), S. 17

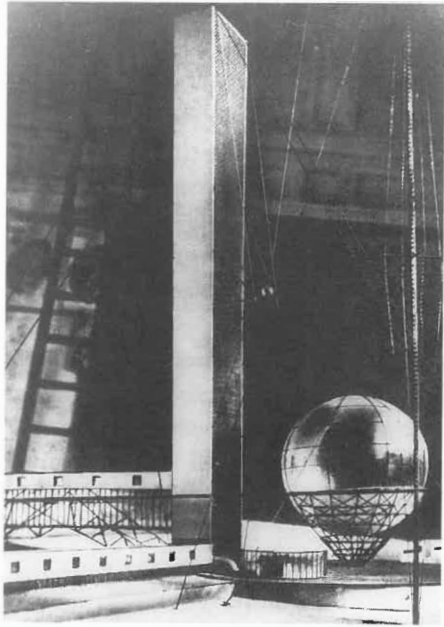


Abb. 4: Iwan Leonidow, Entwurf für das Lenin-Institut auf den Lenin-Bergen in Moskau, 1927. Die Idee des Schwebens, der Lösung von der Erdoberfläche ist hier prototypisch zum Ausdruck gebracht.

zehnt nach der Revolution, das hier betrachtet wird – wurden die entscheidenden Kriterien formuliert, die das weitere Schicksal der Stadt für lange Zeit bestimmen sollten.

Als Moskau 1918 erneut zur Hauptstadt geworden war, war das schwere Schicksal seiner städtebaulichen Entwicklung nicht vorhersehbar. Heute, in Kenntnis der siebenzigjährigen Geschichte des »Neuen Moskau«, muß man jedoch anerkennen, daß zu keiner Zeit in der Weltgeschichte des Urbanismus eine solche Vielfalt an Konzeptionen entwickelt, ein solch konzentriertes »brainstorming« über das Problem einer neuen Hauptstadt veranstaltet wurde wie im Moskau der 20er und 30er Jahre. Le Corbusier, der die UdSSR dreimal innerhalb von zwei Jahren besuchte, erklärte: »Moskau ist eine Fabrik von Plänen, das gelobte Land für Fachleute...« und weiter: »nur die russische künstlerische Seele ließ das Wunder zu ... das Streben nach einem allumfassenden gemeinsamen Traum.«¹⁷

Es wird nunmehr klar, daß der Blickwinkel, unter dem ich die Planungen für das »sozialistische Moskau« betrachte, vor allem auf das Problem der Kontinuität der historischen russischen Hauptstadt gerichtet ist. Alle Projekte für die neue Hauptstadt sollten auf dem Terrain des alten Moskaus verwirklicht werden – ein Umstand, der besonders hervorgehoben werden muß. Eine Ausnahme bildete nur der Vorschlag

¹⁷ Brief von Le Corbusier an S. M. Gorny, in der russischen Ausgabe von Le Corbusiers »Urbanisme«; übersetzt und mit einem Vorwort von S. M. Gorny, Moskau 1933, S. XI.

von N. Sobolew, der kategorisch darauf bestand, daß das neue Moskau an anderer Stelle erbaut, das alte aber als Reliquie erhalten werden sollte. Die Veränderung der städtischen Struktur und Gestalt von Moskau war also beschlossene Sache, bei allen Vorschlägen unvermeidlich. Nur der Grad ihrer quantitativen und qualitativen Veränderung war noch eine Frage.

Ein loyaler, zurückhaltender Ansatz bestimmte den Plan der Kommission »Das Neue Moskau«, der den repräsentativen Charakter der Hauptstadt zu erhalten suchte. In diesem Entwurf, dessen Urhebern das Bestreben nach einer Musealisierung der Stadt vorgeworfen wurde, fehlte jedoch alles, was »die Größe des Vollbrachten« wiedergespiegelt hätte. Die ruhige Klarheit und der klassische Charakter dieses typisch europäischen Stadtprojekts, basierend auf den Prinzipien Camillo Sittes, zeugten unverkennbar von der »Naivität« und dem Idealismus der Akademiemitglieder A. Stschussew und I. Sholtowsky. Sie schienen weder den Geist ihrer Zeit noch die Revolution in der Architektur, die damals bereits in der Welt stattgefunden hatte, zu fühlen. Mit ihren liebevoll gezeichneten Landschaften des neuen und doch alten Moskaus hatten sie intuitiv eine Warnung formuliert, eine Art künstliches Hindernis zu errichten versucht auf dem Wege jener ungestümen Bewegung, die zum Bau einer Anti-Utopie führen sollte.

Eine diametral entgegengesetzte Vorstellung, die das »System der Vernichtung der Stadt« theoretisch begründete, präsentierte die Gruppe der »Desurbanisten« – organisiert in der OSA (Verband der modernen Architekten) – mit ihrem Leiter M. Ochitowitsch, aufbauend auf den Konzeptionen von M. Ginsburg und M. Barstsch. In ihrer Interpretation erhielt die Theorie eines Desurbanismus »nicht nach Howard« starke ideologische Impulse. Die Magie der hegelschen Auffassung von der Stadt (»nur die Stadt bietet dem Geist das Wirkungsfeld, in dem er zum Bewußtsein seiner selbst gelangt«) wurde verworfen und – mit Engels – der Sprung in die Welt der Zerstörung unternommen, wozu er sinngemäß sagt: Die Zivilisation hinterließ uns in Gestalt großer Städte ein Erbe, dessen Vernichtung uns viel Zeit und Mühe kosten wird. Wir müssen es aber vernichten, und es wird auch geschehen, auch wenn es ein sehr langwieriger Prozeß sein wird. Diese Losung Engels' diente als Epigramm zu einem Projekt der Desurbanisten.¹⁸ Durch ihre Übertragung auf den sozialen und künstlerischen Bereich kam es zur tragikomischen Geburt eines neuen Slogans, der für Moskau und die russische Kultur als Ganzes ernste Folgen hatte: »Karthago (d. h. Moskau; N. D.) muß zerstört werden. Die Stadt muß in den Trümmern der kapitalistischen Produktionsweise zugrunde gehen, denn sie folgte einem Bedürfnis der Warenproduktion in der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn diese Bedürfnisse verschwinden, wird auch die Stadt als ihr Produkt verschwinden.«¹⁹

¹⁸ Erläuterung zum Projekt der sozialistischen Siedlung in Magnitogorsk (Barstsch / Wladimirow / Ochitowitsch u. a.), in: Sowremennaja architektura, 1930, Nr. 1–2, S. 40.

Die naive Geradlinigkeit dieser Worte wirkt heute belustigend, aber die Tatsache, daß dieser Slogan in seinem buchstäblichen Sinne aufgefaßt und umgesetzt wurde, und die Resultate dieses gigantischen Enthusiasmus stimmen traurig. An den Ursprüngen des russischen Desurbanismus und seiner Variante, der linearen Siedlung, werden offensichtlich dieselben zentrifugalen, abstoßenden Kräfte aktiviert, die auch den Suprematismus mit der kosmischen Disorientierung seiner Projekte und seinem Abbruch aller Traditionen kennzeichnen. Wir erkennen in beiden Bewegungen gleichartige Phänomene, Produkte des Aufbruchs unseres Jahrhunderts. Nachdem sich die Verbindung Suprematismus – Desurbanismus mit dem politischen Kurs der Entwicklung in der sowjetischen Architektur überlagert hatte, entfaltete sie ungemein wirksame destruktive Kräfte; sie wurden dem Schicksal der historischen Stadt zum Verhängnis.

Es mag sein, daß mein Standpunkt »konservativ« oder altmodisch erscheint, aber mich schaudert bei der Lektüre des Programms für den natürlichen Tod Moskaus, vorgeschlagen vom anerkannten Wortführer des Funktionalismus und ausgearbeitet in dem desurbanistischen Projekt der »Grünen Stadt«.²⁰ Nach Meinung seiner Verfasser war die Lösung der Probleme Moskaus nicht einmal Dynamit wert. Bequemer sei

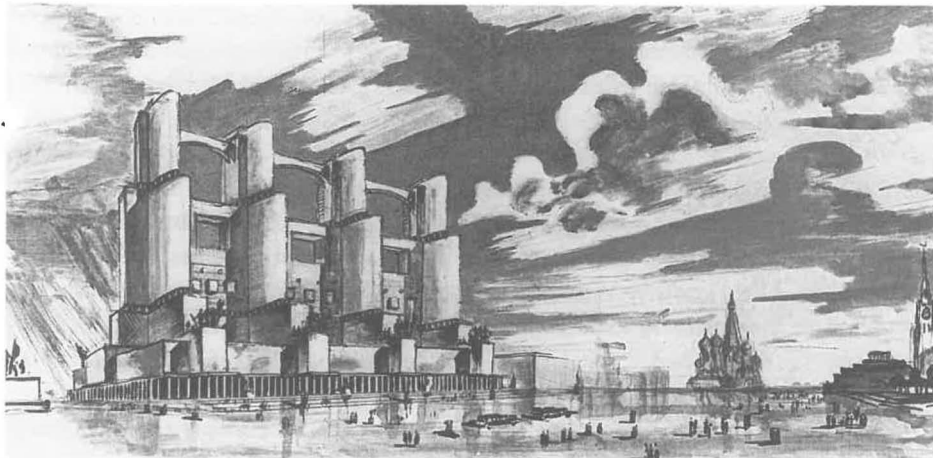


Abb. 5: Viktor und Alexander Wesnin, Wettbewerbsentwurf für das »Volkskommissariat der Schwerindustrie« auf dem Roten Platz in Moskau, 1934. Ein Beispiel für die bewußte Gegenüberstellung von »alt« und »neu« auf allen Kompositionsebenen: Form, Maßstab, Funktion, Material, Farbe etc.

¹⁹ M. Ochitowitsch, »Zum Problem der Stadt«, in: Sowremennaja architektura, 1930, Nr. 1–2, S. 17–37.

²⁰ M. Ginsburg / M. Barstsch, »Die Grüne Stadt. Sozialistische Rekonstruktion von Moskau«, in: Sowremennaja architektura, 1930, Nr. 1–2, S. 17–37.

ein schmerzloser Prozeß, eine ökonomische Desinfektion: abzuwarten, bis die alten Gebäude auf natürlichem Wege baufällig würden und von selbst einstürzten. Gewiß, der Kreml und einige Fragmente des feudalen und kaufmännischen Moskau sollten erhalten bleiben. Der Rest aber müsse allmählich absterben. Auf diese Weise wurde in die russische Geschichte ein neues Thema eingeführt, das in seinem epischen Ausmaß dem Fall von Rom und Konstantinopel kaum nachsteht.

Der Plan von Ginsburg und Barstsch war – so meine Einschätzung – prognostischer Natur und wurde in Bezug auf Moskau auch verwirklicht, obwohl die »Grüne Stadt« selbst nicht gebaut wurde. Die Verfasser hatten recht, als sie »das Geschrei der Trödler, Restauratoren und Eklektiker aller Art«²¹ vorhersagten. Sie hatten den wirtschaftlichsten Plan präsentiert, der, wie die Zeit erweisen sollte, sehr funktionell war. Als Ergebnis seiner Verwirklichung ruft das heutige Moskau in vielen Bereichen die Kupferstiche Piranesis in Erinnerung.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Projekt von Le Corbusier, wenngleich ebenfalls auf die Zerstörung Moskaus gerichtet, in seinem Ansatz ganz rein. Hier waren die Ideen eines Panurbanismus entwickelt, der schonungslos die Grundlage der alten Stadt, ihre mittelalterliche Struktur, der Zerstörung preisgab. Le Corbusier schrieb dazu: »In der UdSSR handelt es sich in höherem Maße als irgendwo anders um zwei einander mit dem Rücken zugewandte Epochen, die keinerlei gemeinsam Faktoren haben, ... beide existieren auf dem Territorium von Moskau.«²² Das Projekt Le Corbusiers, in dem erstmals die Merkmale der »Strahlenden Stadt« (Ville Radieuse) entwickelt werden, ist jedoch bei aller Radikalität ehrlich und frei von jener makabren Genugtuung über den Untergang der alten Stadt, wie sie bei Ginsburg unverkennbar ist.

Schließlich erschien das Projekt für ein »Neues Moskau« von N. Ladowski, das die beiden Pole »Erhaltung« und »Zerstörung« in ein weise ausgewogenes Gleichgewicht setzte: Im Rahmen einer parabolischen Stadtanlage wird das »historische« dem »sozialistischen« Moskau bewußt gegenübergestellt. Dieses schöne Projekt hat große Berühmtheit erlangt. Sein Sinn und seine Logik sind verblüffend einfach. Im Unterschied zu allen anderen erwähnten Projekten stellt es tatsächlich eine qualitativ neue, wirklich revolutionäre Stufe in der Auffassung des städtischen Raums und im Gedankengut der Stadtplanung im allgemeinen dar.

Das raum-zeitliche Kontinuum des »alten« Moskau blieb in Ladowskis Projekt nicht nur zu zwei Dritteln unberührt erhalten, sondern wurde auch zum Ausgangspunkt eines beispiellosen dynamischen Wachstums in Richtung auf die zweite russi-

²¹ Ebda. S. 22.

²² Le Corbusier (s. A 17), S. 204; der Originaltext »Reponse à une questionnaire de Moscou« (1930) inzwischen publiziert in: J.-L. Cohen, Le Corbusier et la Mystique de l'URSS, Liège 1987, p. 293 ff., hier p. 313; dort auch weitere genaue Angaben zur Entwicklung der Moskauer Stadtplanung im hier behandelten Zeitraum.

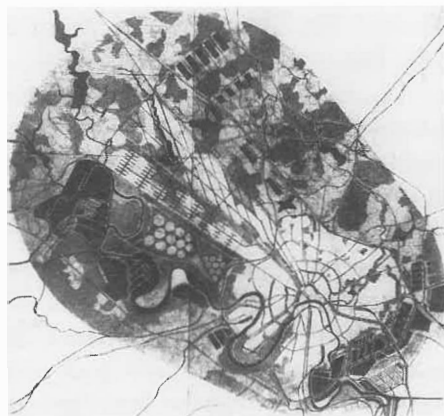


Abb. 6: Nikolai Ladowski, Projekt für das Neue Moskau: »Die Parabel«, 1932.

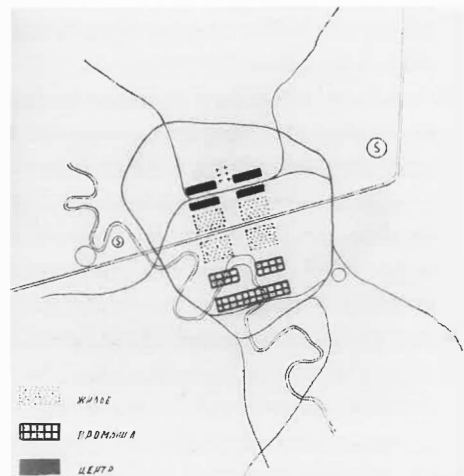


Abb. 7: Le Corbusier, Vorprojekt zur Umgestaltung von Moskau, 1932.

sche Hauptstadt Petersburg – Leningrad. Die von den beiden alten russischen Hauptstädten gebildete Bipolarität erweiterte die Grenzen der Parabelstadt zu einer gigantischen hauptstädtischen Agglomeration, die zwischen die beiden Magneten Moskau und Petersburg eingespannt war. Paradoxerweise wurde die Parabel Ladowskis abgelehnt, weil im »Individualismus« ihrer Struktur die Idee der Befreiung der proletarischen Massen nicht zum Ausdruck käme. Merkmal dieses Mangels war nach Meinung der Kritiker die fehlende Zentrierung der Stadt. Es wurde der Ruf laut nach einer zentralistischen Struktur, in welcher sich die Idee des Kollektivismus und des hauptstädtischen Charakters widerspiegeln sollte, d. h. im Prinzip, der Ruf nach einer Rückkehr zum traditionellen Ausdrucksschema der absoluten Macht.

In der Begründung seiner Idee für die Hauptstadt hatte Ladowski auf den organischen Mangel hingewiesen, der dem Prinzip des »Hineinwachsens« des sozialistischen Moskaus in die historische Stadt anhaftete und der zwangsläufig zu deren weitgehendem Abbruch führen müßte. Der Wettbewerb von 1930 für die Rekonstruktion des alten und die Entwicklung des neuen Moskaus und der darauffolgende Generalplan zum Umbau Moskaus von 1935 zeigten jedoch eine Entwicklung in genau jene Richtung, vor der Ladowski gewarnt hatte.²³

Von diesem Zeitpunkt an, der mit dem Aufschwung der »stalinistischen Architektur« in der UdSSR – Ausdruck eines der grausamsten politischen Regime – zusam-

²³ Eine ausführliche Kritik der Projekte zur Rekonstruktion Moskaus mit einer exzellenten Bibliographie findet sich bei W. Chasanowa, Sowjetskaja architektura perwoi pjatiletki. Problemi goroda buduschego, Moskau 1980.

menfiel, war das städtebauliche Schicksal Moskaus endgültig und unumkehrbar besiegelt. An die Stelle lebendiger und schöpferischer Suche trat der Mechanismus der Architekturentwicklung in einer einzigen Richtung. Für Moskau, als städtebauliche und als künstlerische Aufgabe, bedeutete es die völlige Unterwerfung unter das Diktat der politischen Ideologie. Geblendet von der Grenzenlosigkeit der Zerstörung und gebrochen durch die Angst vor Repressalien, die beim Abweichen von der Parteilinie auch in der Architektur drohten, verlor der Architektenstand nahezu alle moralische Empfindung und jeden Begriff von der Architektur als einer künstlerischen und historischen Disziplin. Dem Abbruch und der Zerstörung der kostbarsten Baudenkmäler, vollzogen im Namen der monumentalen Verewigung der sozialistischen Idee und ihrer Führer, folgte die Verurteilung des »sowjetischen Konstruktivismus« und seiner hervorragenden Vertreter, die der völligen Vergessenheit preisgegeben wurden. In den Sechziger und Siebziger Jahren war die Vernichtung der Architektur als Kunstform abgeschlossen. Die Demoralisierung der architektonischen Profession hing nicht zuletzt mit jener paradoxen Auffassung zusammen, die alle Ereignisse damit zu rechtfertigen wußte, daß sie die Einsicht in deren größere Bedeutung besäße.

Psychodynamik und Altbaustrukturen

Zur präsentativen Symbolik historischer Ensembles und Architektur

Der Erhaltung überkommener städtischer Ensembles und Architektur wird – zumindest verbal – heute allenthalben ein hoher Stellenwert eingeräumt. Nach dem häufig geradezu vernichtenden Raubbau am historischen Erbe unserer Städte ist jede Anstrengung zu begrüßen, die darauf zielt, die häufig nur noch mageren Restbestände dieses Erbes zu erhalten und vor weiterem Umnutzungsdruck zu bewahren. Infolge der Dringlichkeit der anstehenden Aufgaben wird freilich kaum der Frage Beachtung geschenkt, welche Motivkomplexe Gesellschaften bzw. die in ihnen wirksamen Entscheidungsträger dazu bringen, überkommene Strukturen als erhaltenswert einzuschätzen, wobei zudem auffällt, daß häufig bestimmten Teilen dieses Erbes ein Vorrang eingeräumt wird, während andere eher vernachlässigt werden. Verknüpft mit der Frage nach den Motivationen, die hinter den Anstrengungen zur Erhaltung historischer Strukturen stehen, ist auch die Frage nach den gesellschaftlichen Funktionen, denen die Erhaltung spezifischer historischer Monumente oder gar ganzer historisch-baulicher Ensembles dienen mag. Schließlich stellt sich die Frage nach eventuellen planerischen Überlegungen, die aus einer genaueren Auslotung eines solchen Problemkomplexes perspektivisch abgeleitet werden können.

Auf die angesprochenen Fragen können sicherlich rasch eine Reihe auf der Hand liegender Antworten gegeben werden; daneben aber enthalten sie auch Dimensionen, die bei schneller Betrachtung leicht übersehen werden, in ihren Wirkungen jedoch um so bedeutsamer sein mögen. Das Anliegen des Autors ist es, solchen eher vernachlässigten Dimensionen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

I. Der methodische Zugang: über das Verhältnis präsentativer Symbolik zu Subjekten und Kollektiv

Zur Aufschließung entsprechender Dimensionen wird im folgenden ein am psychoanalytischen Paradigma orientierter sozialpsychologischer Ansatz verwandt. Er geht insbesondere davon aus, daß jeglichen Phänomenen, so auch überkommenen städtischen Ensembles oder historischen Gebäuden eine weithin unbewußte »präsentative Symbolik« anhaftet, zu der Individuen je eine spezifische Resonanz entfalten. Mit dem Begriff »präsentative Symbolik« wird entsprechend den Ausführungen von Lorenzer die »Ganzheit« der Erlebens- und Gefühlsvielfalt bezeichnet, die ein gegebener Gegenstand abbildet und zugleich beim Betrachter auslöst. Jene im Gegenstand abge-

bildete unzerlegte und damit auch weithin undurchschaubare »Ganzheit« der Erlebensvielfalt führt den Betrachter in der Begegnung an spezifische emotionale Tiefenschichten heran.¹ Diese Tiefenschichten lassen sich nach Ergebnissen psychoanalytischer Forschung und Theoriebildung zu jeweils besonderen Beziehungs- und Interaktionsstrukturen in Bezug setzen, wie sie im Verlauf von Lebensgeschichte vom Individuum erfahren und gespeichert wurden und in je spezifischen Lebenssituationen in unterschiedlichen Mischungen in der Form von Gefühlsstimmungen und Phantasiekomplexen reaktiviert werden können. Solche Formen biographisch erworbenen Beziehungserlebens werden auch wiederbelebt in der Begegnung mit historischer Architektur und städtischen Ensembles. Insofern aktivieren solche historischen Strukturen wie alle städtischen Strukturen jeweils spezifische lebensgeschichtliche Erfahrungen von Subjekten und greifen damit nicht nur in deren individuelles Dasein ein, sondern auch in das Dasein des Kollektivs. Umgekehrt stehen soziale Gruppen entsprechend den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem diesen korrespondierenden komplexen Beziehungserleben von Individuen und Gesellschaft dem historischen Erbe und der mit diesem verbundenen präsentativen Symbolik durchaus unterschiedlich gegenüber, lehnen es eher ab, wenden sich ihm wieder zu oder präferieren auch spezifische Anteile dieses Erbes. Das heißt, es kann davon ausgegangen werden, daß soziale Gruppen entsprechend aktuell dominierenden sozialpsychologischen Befindlichkeiten gegenüber der präsentativen Symbolik überkommener städtischer Ensembles und Architektur jeweils eine besonders geartete Resonanz entfalten.

II. Die Nachkriegsmoderne – zur Ausbeutbarkeit symbolischer Leere

Diese methodischen Anmerkungen vorausgesetzt² soll ein hier zwangsläufig nur skizzenhafter Einstieg in die oben genannten Fragestellungen mittels der Hinterfragung von bemerkenswerten Einstellungsveränderungen gegenüber städtebaulichen Gestaltungsprinzipien in der BRD versucht werden: Zunächst fällt auf, daß Forderungen und Bemühungen betreffs des Erhalts historischer Substanz in den Städten der BRD erst seit etwa zwanzig Jahren einige Bedeutung gewonnen haben. So waren Anfang der Sechziger Jahre die damaligen Formen der Innenstadtgestaltung, die häufig eine Zerstörung vorhandener historischer Gebäude und Ensembles mit sich brachten, von den gesellschaftlichen Kräften weithin noch als stimmig empfunden worden. Offen-

¹ Vgl. A. Lorenzer, Das Konzil der Buchhalter. Die Zerstörung der Sinnlichkeit. Eine Religionskritik, Frankfurt a. M. 1984 sowie: S. K. Langer, Philosophie auf neuem Wege, Frankfurt 1965.

² Siehe ausführlich die verschiedenen Veröffentlichungen von A. Lorenzer sowie auch P. Jüngst / O. Meder, Psychodynamik und Territorium. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Unbewußtheit im Verhältnis zum Raum, Bd. I: Experimente zur szenisch-räumlichen Dynamik von Gruppenprozessen: Territorialität und präsentative Symbolik von Lebens- und Arbeitswelten, Urbs et Regio, Bd. 54, Kassel 1990.

bar korrespondierte der damalige Städtebau mit dominanten gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und den diesen immanenten gesellschaftlichen Wahrnehmungsmustern und Beziehungsstrukturen.

Typisch für die »Moderne« der Fünfziger und Sechziger Jahre war nicht so sehr eine an Rentabilität orientierte Sparsamkeit. Man hätte, wie man heute weiß, auf der Basis ähnlicher Kostenbedingungen auch durchaus anders bauen können. Kennzeichnend für die Moderne war vielmehr die materiale und präsentativ-symbolische Umsetzung von Wahrnehmungs- und Erlebensstrukturen einer Gesellschaft, die ihren schnellen Aufschwung vor allem einer nach eindimensionalen Zweck-Mittel-Relationen angelegten industriellen Arbeitsteilung fordristischer Prägung verdankte. Die entsprechende Stadtgestaltung der Moderne war aber nicht nur Ausdruck jener rückhaltlosen psychosozialen Disziplinierung des Einzelnen im Arbeitsprozeß, vielmehr stützte die Moderne die im Arbeitsprozeß geforderte Eindimensionalität des Subjekts³ durch ihre zur Identifikation auffordernde reduzierte Formenhaftigkeit. Nur auf Zweckrationalität angelegte Architektur reduzierte eine sinnlich vielfältige Umwelt, gekennzeichnet durch Ensembles differenzierter historisch-baulicher Strukturen, zur monotonen Fassaden- und Flächenhaftigkeit der »Moderne«. Menschen sind jedoch – wie insbesondere schon Mitscherlich in seinen entsprechenden Arbeiten herausgearbeitet hat – zu ihrem Wohlbefinden auf eine differenzierte und ästhetisch ansprechende Umwelt angewiesen, die durch ihr komplexes präsentativ-symbolisches Angebot den lebensgeschichtlich geformten sinnlichen Bedürfnissen von Menschen entgegenkommt. Die stattdessen in den Städten sich ausbreitende architektonische Monotonie ließ die Möglichkeiten solch vielfältigen Erlebens verloren gehen. Indem der Blick der Bürger sich im symbolisch Leeren zu verlieren begann, wurden sie in eine psychisch-regressive Verfassung getrieben.⁴ Aufsteigende Verlassen- und Verlorenheitsängste ließen sie gierig werden und trieben sie in die Kaufhäuser, Einzelhandelsgeschäfte, Supermarktfilialen und Metzgerläden. Die Moderne wurde so zu einer Bühne, auf der sich profitbringende perfekte Konsumspektakel inszenieren ließen. Das heißt, massive Verlorenheitsängste und Versorgungswünsche, typisch für Großgruppenprozesse, die als gruppendynamisches Phänomen für Einkaufsstraßen und öffentliche Plätze empirisch nachgewiesen werden können,⁵ wurden und werden nicht

³ Vgl. H. Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied 1971.

⁴ Siehe schon A. Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Eine Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt a. M. 1969; *ders.*, *Thesen zur Zukunft der Stadt*, Frankfurt a. M. 1971.

⁵ Vgl. P. Jüngst / O. Meder, *Die Innenstadt als Identifikationsraum?*, in: U. Riedel (Hrsg.), *Erlebnisraum Innenstadt*, Bremen 1990, S. 49–62; *dies.*, *Das themenzentrierte Assoziationsdrama als projektives Verfahren der Sozialforschung*, in: F. Buer (Hrsg.), *Jahrbuch für Psychodrama. Psychosoziale Praxis und Gesellschaftspolitik*, Leverkusen 1991; O. Meder, *Die Stadt – ein trügerisches Versprechen. Beziehungsanalytische Qualitäten städtischer Zentren und konsumistisches Verhalten*, in: *Effet. Ingenieurwissenschaftliches-ökologisches Kolloquium*, Bremen 1990.

präsentativ-symbolisch mittels einer ästhetischen Vielfalt aufgefangen, sondern sie werden schamlos ausgebeutet.

III. *Die flexible Akkumulation: Subjekte zwischen Individualisierung und Labilisierung*

Das heutige Unbehagen an funktionaler Stadtgestaltung spiegelt komplexe ökonomische und sozialpsychologische Veränderungsprozesse insbesondere seit den 70er Jahren. Einige wesentliche Aspekte dieser Prozesse seien hier kurz skizziert.⁶ Die Konkurrenzmechanismen einer marktorientierten Ökonomie in der Phase der »flexiblen Akkumulation«⁷ verlangen, soweit es die Beschäftigten in Produktion und Distribution betrifft, in zunehmendem Maße Subjekte, die ihre besonderen Aufgaben in kollektiven und individuellen Arbeitsformen flexibel und kreativ bewältigen können. Diese existentielle Situation erfordert von allen an gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozessen Beteiligten in wachsendem Maße Selbständigkeit und zunehmend auch Konfliktfähigkeit. Entsprechende Formen der Problemlösung verlangen Kommunikationsstile, die relativ frei von autoritären Einengungen sind, weil jene nicht mehr als adäquat für eine moderne Ökonomie bezeichnet werden können: in hierarchischen Strukturen werden vermittels Strafen durch Leiterfiguren reale und phantasmagorische Ängste erzeugt, die zur Lähmung des kreativen Potentials der Mitarbeiter führen. Zwar kann sich das Handlungsschema des Leiters im Moment der Krise als durchaus überlegen darstellen, langfristig versagt dieses jedoch, weil heute notwendige komplexe Problemlösungsstrategien tendenziell Flexibilität und Kreativität aller am Arbeitsprozeß beteiligten Subjekte verlangen. In sozialpsychologischer Perspektive besteht eine wichtige Voraussetzung für die Entfaltung von Flexibilität und Kreativität einer Arbeitsgruppe darin, daß ihre Mitglieder einen möglichst ungehinderten Zugang zu der Vielfalt ihrer im Arbeitsprozeß aktivierten Wahrnehmungen und Empfindungen haben, mittels deren Verarbeitung die Gruppe eine adäquate Problemlösung zu erstellen vermag. Die heute erfolgreichen wirtschaftlichen Unternehmen sind entsprechend weithin gekennzeichnet durch eine Ablösung strikt hierarchischer Organisationsstrukturen und Kommunikationsstile durch solche, die eine Mischung hierarchischer und »demokratischer« Elemente innerhalb des Betriebes beinhalten.

Solche komplexen Veränderungsprozesse von Beziehungsverhältnissen in weiten Bereichen der bundesrepublikanischen Wirtschaft korrespondieren wohl einerseits

⁶ Ausführlicher bei P. Jüngst / O. Meder (s. A 2).

⁷ D. Harvey, *The Conditions of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Oxford 1989.

mit einer erhöhten Selbständigkeit von Subjekten, zum anderen aber auch mit ihrer häufigen Labilisierung, sind sie doch aufgrund ihrer Lebensgeschichte auf Situationen ohne feste Autoritätsbindungen nur unzureichend vorbereitet. In Subjekten immer vorhandene latente Verlassenheits- und Verlorenheitsängste werden ohne die sichernde Anleitung durch Autoritäten und bindende Gruppenkontexte noch erheblich gesteigert und Wünsche nach kompensatorischen sichernden und versorgenden Strukturen evoziert. Ganz allgemein treibt die Unübersichtlichkeit und Unsicherheit heutiger ökonomischer und sozialer Situationen Subjekte in traumatisierenden Krisensituationen in frühe »narzißtische« Regressionsformen,⁸ hin zu inneren Vorstellungswelten, die zwischen phantasiertem vollständigen Aufgehobensein und äußerster Verlassenheit und deren Abwehr alternieren mögen. Es sind dies ja innerpsychisch vorhandene letzte Entkommensmodi, wie sie jedem Subjekt in irgendeiner Form eignen. In Szenen mit unklarer Situationsdefinition, wie sie für innerstädtischen Raum weithin typisch sind, werden jene Ängste, Wünsche, aber auch Aggressionen noch in besonderem Maße gesteigert. Das Auffangen der inneren Momente solcher Krisen bereitet um so mehr Schwierigkeiten, als ja eine Aushöhlung und Auflösung sozialer Beziehungen, wie sie in Verwandtschaftsbeziehungen, Nachbarschaften, aber auch über den Arbeitsplatz vermittelte proletarische Organisations- und Lebensformen praktiziert wurden, stattgefunden hat.

IV. Geborgenheit und Mittelpunkt Lage als altstädtische Erlebensdimensionen: das Fallbeispiel Marburg

Angeht die veränderten psychosozialen Beziehungskonstellationen und aufgeführten Gefühlsstimmungen kommt den Bemühungen um die Erhaltung oder auch tendenzielle Wiederherstellung historischer Ensembles und Architektur in Städten ein besonderer Stellenwert zu. Untersuchungen zeigen, daß offenbar gerade jene historisch-baulichen Strukturen eine präsentative Symbolik aufweisen, die besonders mit bestimmten Wunschdimensionen von Subjekten korrespondiert bzw. empfundene Defizite kompensiert. Dies sei am Beispiel von Marburg, einer deutschen Mittelstadt (Einwohnerzahl ca. 50000) mit einem relativ gut erhaltenen historischen Zentrum veranschaulicht.

Die weitgehende Bewahrung des überkommenen historischen Stadtbildes verdankt Marburg einerseits der Hügellage der nur durch kleinere Geschäfte und noch bedeutende Wohnfunktionen gekennzeichneten Altstadt (die größeren Geschäfte und Kaufhäuser expandierten seit den 50er Jahren in der unterhalb der Altstadt gelegenen Fluß-

⁸ Vgl. F. Stimmer, Narzißmus. Zur Psychoanalyse und Soziogenese narzißtischen Verhaltens, Berlin 1987.

ebene), andererseits einem komplexen Konzept der Objektsanierung, das hier sehr früh seine Anwendung fand. In einer Befragung von 16–18jährigen Marburger Schülern wurde nun die Wahrnehmung der Altstadt mit der Wahrnehmung eines Neubauviertels am Rande Marburgs – erstellt im Stile der zweckrationalen Moderne – verglichen.⁹ Insbesondere sollten die Schüler die beiden unterschiedlichen Stadtviertel auf einer Skala vorgegebener gegensätzlicher Eigenschaften bewerten, von denen angenommen wurde, daß sie bei der Bewertung baulicher Strukturen eine Rolle spielen.

Wie die Abb. 1 zeigt, wurde die Marburger Altstadt wahrgenommen als: verspielter, gedrängter, abwechslungsreicher, lebhafter, gemütlicher, malerischer, anregender, verbauter, verwinkelter, zentraler, vertrauter, menschlicher, farbiger, romantischer und einladender.

Das Neubauviertel Richtsberg wurde wahrgenommen als: sachlicher, aufgelockerter, langweiliger, ruhiger, ungemütlicher, eintöniger, nichtssagender, zweckmäßiger, geradliniger, mehr abseits, anonym, unpersönlicher, grauer, nüchterner, und abweisender.

Keine bedeutsameren Differenzen bei gleichseitiger Mittellage auf der Skala ergaben sich hinsichtlich der polaren Attribute »verwahrlost« versus »gepflegt«, »schmutzig« versus »sauber« und »muffig« versus »luftig« (s. Abb. 1).

Ein Versuch mittels Faktorenanalyse die zahlreichen in Abb. 1 wiedergegebenen Einzelbeurteilungen der Marburger Altstadt miteinander in Beziehung zu setzen, um festzustellen, welche Urteile einander ähnlich sind und wie sie inhaltlich zusammenpassen, erbrachte folgendes Ergebnis: ein erster Faktor, der 52,4% der gesamten Varianz der Daten erfaßt (insgesamt aufgeklärte Varianz 80,2%) kann als »Geborgenheitsfaktor« interpretiert werden. Der Faktor bringt eine positiv emotionale Bewertung der Marburger Altstadt zum Ausdruck, wie sie z. B. in Adjektiven wie anregend, gemütlich, einladend, menschlich, abwechslungsreich zum Ausdruck kommt, die zu diesem Faktor in besonders enger Beziehung stehen. Auffällig ist, daß mit diesem Faktor nicht nur die eher zeitloses Aufgehobensein signalisierenden Bewertungen (z. B. gemütlich, menschlich, einladend) in Beziehung stehen, sondern auch solche Bewertungen, die eher einen Aufforderungscharakter signalisieren (z. B. anregend und abwechslungsreich). Die spezifische Situation der Altstadt ist also in der Wahrnehmung durch eine starke Integration von Geborgenheits- und aktiv gefärbten Verhaltenselementen gekennzeichnet.

Ein zweiter Faktor, der 17,1% der Varianz erklärte, erfaßt die Kovariation einer

⁹ Siehe dazu P. Jüngst / Ch. Kampmann / H. Schulze-Göbel, Zum Problem von Wahrnehmung und Handlungsmöglichkeiten sozialer Gruppen in altstädtischen Kernregionen am Beispiel der Marburger Oberstadt, in: S. Jülich u. a., Wahrnehmung und Nutzung städtischer Umwelt. Beispiele aus Marburg und Gießen: Altstadt, Großwohngebiete, Geschäftszentren, Flohmarkt, Urbs et Regio, Bd. 6, Kassel 1977, S. 261–293.

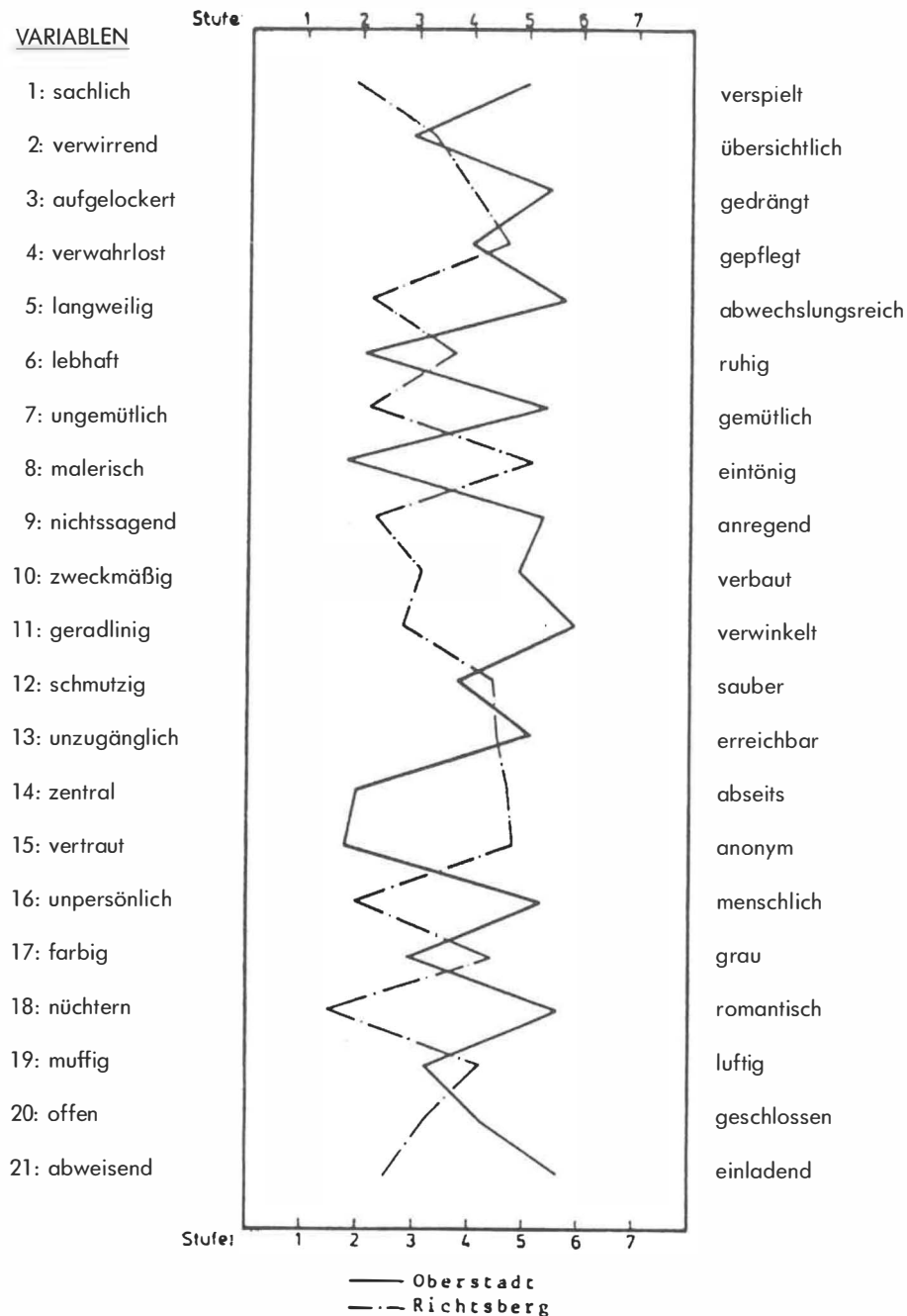


Abb. 1: Profilanalyse Oberstadt versus Richtsberg (Gesamtgruppe der Schüler).

Gruppe weiterer Attribute vor allem optischer Qualität («malerisch», «farbig», «aufgelockert») sowie bestimmter emotionaler Qualitäten («vertraut», «zentral»). Wie die Kovariation der Attribute «vertraut» und «zentral» nachweist, ist mit der räumlichen Mittelpunktslage («zentral») auch eine psychische Mittelpunktslage angesprochen, d. h. emotionale wie auch funktionale Elemente zeigen eine Entsprechung. Gleichzeitig sind Vertrautheit und Zentralität mit optischem Eindruck («malerisch», «farbig», «aufgelockert») in Beziehung gesetzt.

Entsprechend solchen Ergebnissen sind altstädtische Ensembles offenbar in besonders hervorragender Weise geeignet, die oben genannten psychischen Defizite in Gestalt insbesondere von Verloren- und Verlassenheitsgefühlen aufzufangen. Anscheinend vermittelt das um den altstädtischen Marktplatz gelagerte Ensemble historischer Gebäude und Straßen ein Ambiente von Geborgenheit und Sicherheit, von vertrauter innerer und äußerer Mittelpunktslage, aber auch von Abwechslung und Anregung. Aus diesem Ambiente heraus können, wie weitere Befragungsergebnisse belegen, spezifische Tätigkeiten besonders praktiziert werden: neben »Einkaufen« insbesondere »Bummeln«, »gemütlich in der Kneipe sitzen«, »sich amüsieren«, aber auch »Besichtigen«. Mit der letzteren Kategorie ist u. a. wohl auf die Besonderheiten des historischen Stadtbildes verwiesen, die Anlaß für ein spezifisches Interesse geben mögen.

V. Außen und innen: Die Altstadt als Stimulans von Lebensgeschichte

Worin liegt nun begründet, daß den überkommenen historisch-baulichen Strukturen gerade jene Dimension von »Geborgenheit«, »Sicherheit«, aber auch Anregungscharakter eignet, die offenbar mit bestimmten Tätigkeitsfeldern korrespondiert? Es wird hier angenommen, daß jene Dimension in der präsentativen Symbolik der Marburger Altstadt wurzelt, die – wie auch andere noch erhaltene Altstädte Deutschlands – ihren besonderen Charakter vor allem folgenden Aspekten verdankt: Bei den positiv bewerteten altstädtischen Arealen handelt es sich um Räume, die disfunktional zu den direkten Ansprüchen heutiger Arbeitswelt, außerhalb der von dieser ausgehenden Leistungsansprüche und psychischen Belastungen erscheinen. Gleichsam abgekoppelt von heutiger Realität bieten sie eine Vielfalt historischer Artefakte, zu denen den Subjekten in der Regel ein wirklicher, d. h. die historischen Verhältnisse realistisch reflektierender Zugang fehlt, so daß eben diese Artefakte sich zur Anknüpfung entlastender Phantasien eignen.¹⁰ Altstädtische Strukturen geraten damit zu zeitlosen, von Belastungen der Gegenwart scheinbar mehr oder weniger losgelösten Gegenwelten, in denen die Subjekte für sich regressive Zuständlichkeit im Sinne von Erholung zu er-

¹⁰ Siehe auch P. Jüngst, »Macht« und »symbolische Raumbezogenheit« als Bezugsgrößen innerstädtischer Differenzierungsprozesse in der industriellen Revolution, Urbs et Regio, Bd. 46, Kassel 1988, S. 45.

langen vermögen. Im Sinne einer psychoanalytisch orientierten sozialpsychologischen Theorie stellen jene durch Gefühle der Zeitlosigkeit und Zurücktreten existentieller Belastungen charakterisierten Zuständlichkeiten eine tendenzielle Wiederbelebung lebensgeschichtlicher Erfahrungen dar, wie sie erstmals im Ambiente früher elterlicher Geborgenheit erlebt wurden. Aus jenen mittels der präsentativen Symbolik des Altstadtbereichs wiederbelebten Gefühlen von Geborgenheit und Sicherheit heraus können – durchaus in Parallele zu frühen lebensgeschichtlichen Erfahrungen, als das Kind seine Umwelt neugierig zu erforschen suchte – auch vom Erwachsenen die vielfältigen architektonisch-ästhetischen Anregungen in einem emotional positiv gefärbten Erleben aufgenommen werden. Die durch die Altstadtstrukturen repräsentierte Gegenwelt ist damit nicht nur Ort eher passiven Wohlbefindens, sondern vermag zugleich auch Raum beschwingter Lebendigkeit, von Entdeckungsfreude, von spielerisch gearteten Aktivitäten zu sein. Zugleich wird aber über die präsentative Symbolik der Altstadt auch jene Wahrnehmungsqualität einer vertrauten Mittelpunktstage der elterlichen und zugleich kindlichen Welt reaktiviert, die damals als »farbig« und »malerisch« empfunden oder zumindest in dieser Weise gewünscht wurde.

Sicherlich können wir zunächst davon ausgehen, daß altstädtische Bereiche in ihrer jeweiligen Gesamtheit eine präsentative Symbolik in dem eben skizzierten Sinne aufweisen. In dieser Richtung vermögen nicht nur die benannte Disfunktionalität gegenüber den Ansprüchen heutiger Industriegesellschaft, sondern auch die spezifisch baulich-strukturellen Charakteristiken von Altstädten zu wirken: so die Geschlossenheit, aber auch die innere Differenzierung und Vielfältigkeit von historischen Ensembles, sowie auch jene baulichen Eigenschaften, die in der Wahrnehmung von Passanten mit Attributen wie »verbaut«, »verwinkelt«, »malerisch«, »gedrängt« und »farbig« gekennzeichnet werden. Neben der Gesamtwirkung altstädtischer Bereiche jedoch sind es – und darauf weisen beispielsweise mit psychodramatischen Methoden unternommene Untersuchungen hin¹¹ – spezifische baulich-architektonische Elemente, die in ihrer präsentativen Symbolik eine besondere Resonanz zu defizitären psychischen Befindlichkeiten heutiger Subjekte entfalten. In den bundesrepublikanischen Altstädten handelt es sich vor allem um die alten Marktplätze mit ihren Brunnenanlagen, Rathaus und Kirche sowie hervorgehobenen Patrizierhäusern. Gerade der Gestaltung der zentralen Plätze wurde in den historischen Städten Mitteleuropas besondere Aufmerksamkeit gegeben. Hier konstituierte sich im Alltagsleben, aber auch im Kontext besonderer Zusammenkünfte das »Wir« der Stadtbewohner als zusammengehöriger Gruppe, die ihren Mitgliedern Schutz, Versorgung und Entlastung versprach. Ausdruck jener Funktion der Gruppe sind u. a. die an zentralen Standorten lokalisierten

¹¹ Vgl. P. Jüngst / O. Meder, Innere und äußere Räume – Zur Symbolbelegung und emotionalen Besetzung städtischer Umwelt, in: J. Winter / J. Mack (Hrsg.), Herausforderung Stadt. Aspekte einer Humanökologie, Berlin 1988, S. 261–293; P. Jüngst / O. Meder (s. A 2).

Brunnenanlagen mit ihren zunächst eher basal-mütterlichen Konnotationen der Versorgung und Erholung. Zugleich brachte die präsentative Symbolik der Platzgestaltung die gesellschaftliche Formierung der Gruppe zum Ausdruck, so wie sie sie auch festschrieb. Entsprechend reaktivierten Standbilder, Säulen etc. in den Subjekten tendenziell frühe Beziehungsverhältnisse, die im Verhältnis zu damals übermächtigen Vaterfiguren erfahren worden waren. Mittels solcher letztlich auf die Eltern verweisen-der Symbolik wurde nicht nur Verlassenheits- und Verlorenheitsgefühlen von Subjekten angesichts der Weite des Platzes entgegengewirkt, sondern zugleich das Erleben der Stadtgesellschaft in besonderem Maße auf das gemeinsame Zentrum, die Platzanlage, fokussiert. In den Stilelementen von Gotik, Renaissance und auch Barock, wie sie für Rathaus und Kirche sowie die prächtigen Patrizierhäuser um die zentralen Platzanlagen teilweise noch charakteristisch sind, kommt auch die patriarchale Herrschaftsstruktur der damaligen Zeit zum Ausdruck. Als solche reduzierte jene Symbolik einerseits zwar Angst, die insbesondere in jahreszeitlich und ökonomisch bedingten Krisenzeiten evoziert worden ist, andererseits jedoch wirkte sie herrschaftsstabilisierend, indem die Unterwerfungsmacht jener gleichsam das Erleben mit den frühen Eltern wiederbelebenden Symbolik daran mitwirkte, die Subjekte unmündig, d. h. im sozialpsychologischen Sinne in einer eher infantilen Befindlichkeit zu halten.

Mit der Herrschaftsperspektive des Oben, der präsentativen Symbolik mächtiger Gebäude und der Territorialität des gesamten um den zentralen Platz lokalisierten Ensembles baulicher Strukturen wird auch beim heutigen Besucher inneres Erleben aktiviert. Angeregt wird der gesamte Erfahrungsschatz von Märchen und Mythen und die ihnen immanenten psychosozialen Beziehungskonstellationen. Angeregt wird aber auch die Erinnerung an herrschaftsbezogene Geschichtsschreibung, die immer wieder die Bedeutsamkeit großer übermächtiger parentaler Imagines in den Vordergrund stellt. Wenn die Passanten sonntäglich jene altstädtischen Räume und damit auch die durch sie angeregten inneren Bilder aufsuchen, werden einerseits die Gefühle der Sicherheit und Geborgenheit wiederbelebt, die jene übergroßen parentalen Imagines zu verleihen scheinen und die der realen Erfahrung der Kindheit gegenüber eigenen Elternfiguren entsprechen. Zugleich vermögen sie sich jenen wiederbelebten früheren Elternfiguren gleichzusetzen, fühlen sich gleichsam selber mächtig – freilich um den Preis der unbewußten zumindest temporären Anerkennung von patriarchal-herrschaftlichen Beziehungsmustern. In den unbewußten Phantasien können sie angesichts der präsentativen Symbolik herrschaftlich anmutender Gebäude gleichsam selber mächtige und reiche Patrizier mittelalterlicher Städte sein. Die empfundenen Gefühle von Macht und Erhebung mögen kurzfristig für jene Gefühle der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins entschädigen, wie sie gerade infolge des Verfalls traditioneller Beziehungsgefüge in heutigen Arbeits- und Lebenswelten und der nur zögerlichen Ausbildung neuer Subjekthaftigkeiten und Beziehungsmöglichkeiten in den Individuen emporgespült werden.

VI. Zum Umgang mit der Unbewußtheit: Präsentative Symbolik als Bezugsfeld städtischer Planung

Angesichts solcher in mancher Hinsicht problematischen psychosozialen Funktionen von Altstädten soll aber keineswegs die Vordringlichkeit der Bewahrung unserer gefährdeten Altbaustrukturen geleugnet werden. Offenbar deckt der psychologische Stützcharakter jener Zeugen historischer Vergangenheit ja dringende unbewußte Bedürfnisse heutiger bundesrepublikanischer Gesellschaft ab. Zudem bedeutet die Ästhetisierung, die der präsentativ-symbolischen Formenhaftigkeit jenes historischen Erbes anhaftet, eine Hinlenkung von Versorgungs- und Sicherheitswünschen der Subjekte auf weit sublimiertere Befriedigungsformen, als sie die unmittelbarer auf »orale« Konsumabdeckung zielende »Bedürfnisgier« der 50er und auch noch 60er Jahre angezeigt hatte. Den Subjekten weiter Schichten der sich entwickelnden postmodernen Gesellschaft eignen ja trotz aller Labilitäten und zeitweisen Orientierungslosigkeit angesichts der oben skizzierten Anforderungen nach Flexibilität, Kreativität und Konfliktfähigkeit Aspekte einer Individualisierung, die eine weite Skala unmittelbarer Befriedigungsformen durch differenziertere, d. h. verfeinerte Ansprüche ergänzt. Jene sublimierteren, nicht auf sofortige Erfüllung ausgerichteten Befriedigungsformen dürften auch die mehr oder weniger ausgeprägte Fähigkeit der Erkundung, der Erforschung des historischen, d. h. auf der imaginativ-unbewußten Ebene auch des elterlichen und großelterlichen Erbes mit einschließen. Mittels der präsentativ-symbolischen Formen historischer Zeugnisse kann einer komplexen historischen Vergangenheit nachgegangen werden, zu der Bezüge verloren zu gehen drohen. Gerade der jüngeren Generation der Deutschen, die heute die Macht in den Händen hält, geht es ja auch darum, wieder verstärkt den Kontakt zu den von der nationalsozialistischen Ära und dem Nachkriegsaufbau gleichsam verschütteten kulturellen Wurzeln zu finden. Was aber zu fordern ist, ist ein Angebot breit gefächerter Maßnahmen, das jene im Formenangebot zum Ausdruck kommende patriarchal-präsentative Symbolik in historisch-gesellschaftliche Perspektiven einordnet und damit eine idealisierende und vereinseitigende Wahrnehmung der Vergangenheit verhindert, zugleich aber im produktiven, d. h. nicht zerstörerischen Sinne mit präsentativer Symbolik unserer heutigen Welt kontrastiert.

Hier wäre unter anderem zu denken an

- die stärkere Beachtung der ganzen Breite gesellschaftlichen Lebens früherer Epochen und der darin aufgehobenen gesellschaftlichen Konflikthaftigkeit und kulturellen Vielfältigkeit, so wie sie sich in material-baulichen Substanzen widerspiegeln. Gerade auch den präsentativ-symbolischen Zeugnissen von Auseinandersetzungen und Strebungen sozialer Gruppen nach gesellschaftlichen Ausdrucks- und Wirkungsmöglichkeiten sollte Aufmerksamkeit gewidmet werden. D. h. es sollte auf die Erhaltung vielfältiger, für die verschiedenen Lebensbereiche durchaus diffe-

renter präsentativer Symbolik Wert gelegt werden. Gerade in der Bewahrung der räumlichen Bezüge größerer Gebäudeensembles können die symbolischen und realweltlichen Bezüge zwischen verschiedenen Lebensbereichen deutlich gemacht werden.

- In anschaulicher Form sollten Hinweise für Passanten und Besucher erfolgen, die eine kulturelle Einordnung der jeweilig erhaltenen baulichen Strukturen ermöglichen und der ursprünglich ihnen eignenden Funktionen. Hinweise auf räumlich-symbolische Bezüge zu ergänzenden bzw. kontrastierenden baulichen Strukturen könnten gleichsam den Besucher dazu ermuntern, im Kontext seiner eigenen »Forschungstätigkeit« nicht nur unterschiedlich geartete historische Zeugnisse aufzusuchen, sondern zugleich für sich eine erweiterte kulturell-gesellschaftliche Perspektive zu erlangen.
- Schließlich mag die Folie des historischen Erbes auch dazu dienen, Altes und Neues zu kontrastieren. Dies kann in verschiedener Form geschehen – so in der Form lebendiger Veranstaltungen, Ausstellungen etc. Diese mögen im sichernden Rahmen (so auf historischen Plätzen) oder gar im Gehäuse historisch-baulicher Strukturen Aspekte heutiger Welt reflexiv und präsentativ-symbolisch behandeln, aber auch Unterschiede und Kontinuitäten zur Vergangenheit thematisieren und nicht zuletzt auch utopische Entwürfe kulturellen Seins zur Darstellung bringen. In solchen Fällen kann die historische Folie mittels des ihr eignenden Geborgenheits- und Sicherungscharakters es den Subjekten erleichtern, sich mit der immer auch ängstigenden Gegenwart und Zukunft imaginativ auseinander zu setzen. Zugleich mag die Gegenwart des Neuen sowohl zur reflektierenden Distanz gegenüber dem Alten auffordern wie auch das Neue befruchtende Impulse aus der Gegenwart des Alten beziehen könnte.
- Die Gegenwart des Neuen und des prospektierten Zukünftigen, wie es Künstler – gleichsam als Agenten gesellschaftlich virulenter Phantasien – imaginativ zu entwerfen suchen, mag aber auch in Gestalt von permanenten bzw. semipermanenten Baulichkeiten und größer dimensionierten Kunstobjekten dem Neuen in einem produktiven Spannungsverhältnis gegenübergestellt werden. Dabei kann es prinzipiell nicht darum gehen, das eine durch das andere zu erniedrigen, auf visuellem Wege zu zerstören, vielmehr geht es in Gestalt des Kontrastes gerade auch um das Aushalten-Können des Unterschiedes zwischen den überkommenen »elterlichen« Strukturen und den neuen Strukturen der sich mit der Vergangenheit messenden »jungen Generation«.

Die verschiedenen thesenartig benannten planerischen Strategien kreisen um die Bestimmung des Verhältnisses von Vergangenheit und Gegenwart, wie es sich insbesondere in der präsentativen Symbolik baulich-materialer und künstlerischer Formenelemente dokumentiert. Wie gerade sozialpsychologische Untersuchungen am Beispiel der deutschen Geschichte gezeigt haben,¹² bedeutet das Nicht-Sehen-Wollen, d. h. die

Leugnung des einen oder des anderen immer ein Ausblenden von Realität. Das Versinken nur in der Vergangenheit oder die Beachtung nur der Gegenwart ist meist unausgehaltenen Ängsten vor der einen oder der anderen geschuldet, und unausgehaltene Angst holt die Subjekte und die von ihnen repräsentierte Gesellschaft in krisenhaften Situationen allemal wieder ein. Nur die reflektierte Integration von Gegensätzen in den Subjekten selbst, die in ihnen als Produkte von Geschichte und Gegenwart in der Gestalt entsprechender psychischer Anteile und Phantasiekomplexe eingelagert sind, ermöglicht rationalen und imaginativen Umgang mit jeweils anderen Subjekten. Erst dann ist die Voraussetzung für eine von übermäßigen Ängsten entlastete Beschäftigung mit den Problemen von Gegenwart und Zukunft in der Weise geschaffen, daß auch historische Erfahrungen realitätsgerecht einbezogen und genutzt werden können. Zu jener von unseren gesellschaftlichen Problemlagen angeforderten Integration von Gegensätzen sollte die gekonnte Kontrastierung des historischen Erbes mit präsentativ-symbolischen Formen von Gegenwart und potentieller Zukunft einen Beitrag leisten.

¹² Vgl. die Arbeiten von A. und E. Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967.

Reinhard W. Heinemann

Die Neugestaltung eines historischen Stadtplatzes

Aktuelle Probleme dargestellt am Beispiel des Viehmarktes in Trier

Mit der Neugestaltung ihrer historischen Markt- und Stadtplätze haben zahlreiche Städte in Deutschland in den vergangenen Jahren Beispielhaftes geleistet. Angeregt durch ihre Stadtgeschichte, die Besinnung auf Werte aus der Vergangenheit und bereichert durch Zielsetzungen der Denkmalpflege fanden Städte und Gemeinden ihr besonderes Selbstbewußtsein in der Erhaltung und Erneuerung historischer Bausubstanz sowie deren Präsentation. Verständlicherweise äußerte sich ein so begriffener Gestaltungswille insbesondere in den Bereichen der Marktplätze. Jeder Bürger, jeder Besucher einer Stadt erlebt die besondere Faszination, die von diesem einmaligen Stadtplatz oder der Folge von Platz- und Straßenräumen einer Stadt als Spezifikum ausgeht. Er begreift dabei, daß der Markt wohl am ehesten die Fähigkeit besitzt, das Wesen des »Städtischen« mit besonderer Intensität und in einmaliger, bis zur künstlerischen Vollendung gesteigerten Form erlebbar zu machen.¹

Im Zentrum dieses Interesses steht dabei neben der Baugeschichte des Platzes, den städtebaulichen Eindrücken und den ortsbildprägenden Einzelbauwerken vielfach der Markt, und zwar in seinem Spannungsverhältnis von Marktplatz (als Handels- und Kommunikationszentrum) und »Vermarktung« (als Objekt der Marktkräfte).

Nachdem sich »Die alte Stadt« bereits 1984 dem Thema der Altstadtsanierung in Trier ausführlich gewidmet hat,² soll in dem folgenden Aufsatz³ das besondere Thema der Neugestaltung des Trierer Viehmarktes beleuchtet werden.

Die Handlung bezieht sich dabei auf einen historischen Stadtplatz in Trier, der auf antikem Grundriß gelegen ist und dem Grunde nach mittelalterlich geprägt wurde. Die Aufgabe der Neugestaltung war allerdings nach den Maßstäben und Regularien unserer Zeit zu betreiben.

Bei der Lösung dieser Aufgabe stehen *wirtschaftliche* und *ästhetische* Gesichtspunkte in Konkurrenz nebeneinander, gesteigert durch das Spannungsfeld der Diskussion über Form und Sprache der Gestaltung, der Architektur und des Städtebaus unserer Zeit des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Es bedarf keiner besonderen Betonung,

¹ Vgl. dazu auch K. Andrä (Hrsg.) *Marktplätze*, Berlin 1990.

² Hans Petzold, *Altstadtsanierung: zum Beispiel Trier*, in: *Die alte Stadt* 11 (1984), S. 151–183.

³ Hervorgegangen aus einem Vortrag des Verfassers auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft *Die alte Stadt »Stadt als Markt – Vermarktete Stadt«* vom 17.–20. Mai 1990 in Ravensburg.

daß dieses Thema über die Bauverwaltung einer Stadt hinaus im besonderen Blickpunkt einer hellwachen Öffentlichkeit beraten wird, ja energisch und strittig diskutiert wird. Die Beiträge kommen dabei von einer Stadtbevölkerung, die nicht nur ihre Stadt liebt, sondern bei allen Auseinandersetzungen die Bestimmungen der Bürgerbeteiligung bis hin zu ihrem Klagerecht bestens kennt. Nun könnte gefragt werden, woher kommt dieses Engagement. Ein Engagement, was im übrigen nicht für Trier spezifisch ist, sondern sich bei der vergleichbaren Gestaltung historischer Stadtplätze in anderen deutschen Städten ebenso gezeigt hat. Der Hinweis auf die Neugestaltung des Münsterplatzes in Ulm, der Hinweis auf die Neugestaltung des Marktplatzes Hildesheim (Abriß von Häusern aus den 50er Jahren) oder die fast vergessene Diskussion um die Neugestaltung des Römerplatzes in Frankfurt am Main mögen als Beispiele ausreichend sein. Gewiß steht hinter der Diskussion und möglicherweise dem Streit der Bürger um die Gestaltung ihrer Stadtplätze ein wesentlicher Teil Identifizierung mit der eigenen Stadt.

Daran schließt sich die Frage an, wo erlebt der Bürger oder der Besucher einer Stadt deren spezifische Eigenart. Die Antwort ist klar: Im Kennenlernen und Wiedererkennen der Lage der Stadt (am Strom, auf dem Berge), der Gebäude und Bauten einer Stadt, der Straßen und Plätze und vor allem ihres zentralen Platzes, dem Markt, ihrem Orientierungs- und Kommunikationspunkt. Der Markt, vielfach Altmarkt, Hauptmarkt, Alter Markt, Neumarkt genannt, ist zudem besonders hervorgehoben durch markante und unverwechselbare Bauten wie Rathaus, Stadtkirche oder Dom und markante Bürgerbauten. An dieser Stelle schließt sich sehr schnell der Gedankenkreis und es bedarf keiner weiteren Begründung, warum die Gestaltung der Stadtplätze eine der wichtigsten Aufgaben der städtischen Planung, der Planung der Stadt für ihre Bürger ist. Das römische Forum oder auch die griechische Agora haben ähnli-



Abb. 1: Der Hauptmarkt in Trier mit Marktkreuz; im Hintergrund die Türme des Domes St. Peter und der Liebfrauenkirche.

che Funktionen und Bedeutung: Der Platz ist der Raum in der Stadt, auf dem Märkte, öffentliche Versammlungen stattfinden und der den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens bildet.

Die Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt« bietet immer wieder Gelegenheit, die Historie des Platzes zu reflektieren. Es wäre reizvoll, sie gelegentlich an Beispielen aus den Bereichen ihrer Mitgliederstädte zu präzisieren. Hier soll ein Zitat diesen allgemeinen Teil abschließen: Heinz Coubier führt in seiner Schrift »Europäische Stadtplätze« folgendes aus: »Europa, in seinen Städten nimmt es Gestalt an, und die Stadt in ihrem Platz als Zentrum urbanen Lebens, als Szenarium der politischen Staatsaktion, aber auch der bürgerlichen Kommunikation spielt eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung kommunaler Individualität.« Und: »Die Vielseitigkeit dieser Plätze in ihrer Anlage und Funktion reflektiert Werden und Wandel unserer abendländischen Kultur. Europäische Stadtplätze sind nicht nur museale Sehenswürdigkeiten, sie sind lebendige Schauplätze seiner Geschichte.«⁴

Verwundert es daher, wenn die Bürger unserer Städte die Kriegszerstörungen, die einen zum Teil übereilten Wiederaufbau und den Abbruch wertvoller Altbausubstanz miterlebt haben, daß sie sich engagieren bei der Gestaltung der zentralen Bereiche ihrer Städte, mit denen sie sich identifizieren wollen, in denen sie leben und wirken wollen und mit denen sie sich möglicherweise selbst für ihre Zeit, in der sie leben, ein Zeichen setzen wollen? Die Gestaltung zentraler Stadtplätze in mitteleuropäischen Städten ist somit nicht nur eine wichtige Aufgabe der Stadtplanung, sie ist eines der Instrumente zur Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt.

In Trier stand man 1984, im Jahre des 2000jährigen Stadtjubiläums, als der Hauptmarkt gestaltet, die Fußgängerzone fertiggestellt war, die Stadt den Bereich um die Porta Nigra in Ordnung gebracht hatte und die Pläne Prof. Ungers (Köln) zur Neugestaltung der Platzfläche vor der antiken Palastaula realisiert waren, vor der Planung »Neugestaltung des Viehmarktes«, wohl wissend, daß es um die Erfüllung hoher Ansprüche ging.

Der Viehmarkt liegt am südlichen Ende der beiden in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Fußgängerzonen Brotstraße und Fleischstraße. Er liegt noch in der Innenstadt, gilt aber auch als Verbindungsglied zu den südlichen Teilen der Stadt. Er ist weiterhin über viele Jahre der Marktplatz der Stadt gewesen und hatte nach dem Kriege das kümmerliche Dasein eines mit hunderten von Autos beparkten »Nichtplatzes«. Eine große Aufgabe der Neugestaltung des Platzes stand bevor, nachdem die Innenstadt (Ausnahme: ungelöste Domumgebung) erfolgreich neugestaltet worden war. Es galt, vorhandene Funktionen dem Platz zuzuordnen, und es stellte sich die Frage, in welcher Form, in welcher städtebaulichen Konzeption.

⁴ H. Coubier, Europäische Stadtplätze. Genius und Geschichte, Köln 1985.

Als Ausgangssituation stand für Trier fest, daß ein Weg der »historischen« Wiederherstellung längst abgebrochener Gebäude, die ohnehin keinen kulturhistorischen Wert dargestellt hatten, etwa nach dem Beispiel des Frankfurter Römerberges, nicht in Frage kam. Somit war ein unmittelbarer Neubeginn nötig, dessen Phasen die folgenden waren:

1. Der städtebauliche Mißstand lag offensichtlich auf der Hand. Der Stadt Trier fehlte am südlichen Ende der Fußgängerzonen ein funktionell wie gestalterisch überzeugter Abschluß. Der Viehmarkt (ehemals Handelsplatz für Tier, danach bis zur Zerstörung Theaterplatz) lag ungeordnet als riesenhafte Parkfläche da. Gestalterische Vorschläge der städtischen Planung gab es in qualitativer hochwertiger Form, dennoch war die Aufgabe und Verantwortung der Stadt für deren Lösung so groß, daß Fachbeiträge der Architektenschaft erfragt werden sollten. Die Stadt schrieb somit einen städtebaulichen Wettbewerb aus. Drei Einladungen an Architekten wurden ausgesprochen. Zielsetzung war es, Vorschläge für die Fassung und Gestaltung des Platzes, der auch den Neubau eines Sparkassen-Verwaltungsgebäudes enthalten sollte, zu erhalten. Ein besonderer Schwerpunkt dabei sollte die Einbeziehung der gotischen, zweischiffigen Antonius-Kirche sein, die während ihrer gesamten Geschichte den Platz nie wirklich hatte prägen können. Selbstverständliche Vorgabe war, daß Wochenmarkt und Peter und Paul-Messe ihren Raum auf diesem Viehmarkt langfristig gesichert bekommen sollten, ebenso notwendige Parkplätze in einer Tiefgarage.

Nach dem Kriege hatte sich in Trier ein Ungleichgewicht in struktureller Hinsicht zwischen dem nördlichen Innenstadtkern, dem Hauptmarkt einerseits und dem südlichen Teil um den Viehmarkt herausgebildet. Mit der Neugestaltung im Viehmarktbereich sollten die Fußgängerzone und der heutige Kernbereich der In-



Abb. 2: Der Viehmarkt in Trier, Luftbild vor Beginn der Abbruch-Arbeiten.

nenstadt ihren südlichen Auftakt finden. Die vorhandenen Einrichtungen Theater, Europa-Halle, Parkhotel, Rathaus, Gymnasium sollten zusammengeführt werden durch den neugestalteten und mit erweiterten Nutzungen bestimmten Viehmarkt.

2. Der erste Preis in diesem ersten Wettbewerb wurde Gegenstand einer ausführlichen, engagierten und vor allem stark emotionsgeladenen Bürgerbeteiligung. Bereits vor der Offenlage des Planes gab es ganz erhebliche Diskussionen. Die Stadt bemühte sich, das preisgekrönte Konzept der Jury in Gesprächen mit den Anliegern, mit Betroffenen, aber auch mit der Bürgerschaft zu erörtern und dabei zu überzeugen, daß der Vorschlag der Architekten Kahlen & Schöbben (Aachen) der richtige sei. Aus heutiger Sicht ist man damals zu »pragmatisch« vorgegangen.

Man war bemüht, das offensichtlich gestalterische Defizit im Bereich des Viehmarktes möglichst schnell zu bereinigen, vergaß dabei jene aus dem Bereich der Emotionen kommenden Argumente vieler gutmeinender Trierer Bürger, die sich ihren Viehmarkt anders vorstellten als es das Preisgericht getan hatte. Schwerpunkt der Kritik war das zu mächtige Gebäude der Stadtparkasse und eine zu »groß ausgefallene« Tiefgarage. Rat und Verwaltung legten die Kritik »zur Seite«, Bebauungspläne wurden offengelegt, rechtskräftig und die Stadt begann, nachdem die Finanzierung sichergestellt war, mit den Bauarbeiten.

Hier beginnt eigentlich, und es ist gut sieben Jahre nach der Ausschreibung des Wettbewerbs, der eigentliche »Leidensweg« des Viehmarktes bzw. seiner Planungsgeschichte. (Die verfahrensmäßigen Probleme des Bebauungsplanes sollen hier nicht behandelt werden. Sie wären einen eigenen Beitrag wert.)

3. »Boykott aus der Tiefe« oder »Geschichte kann Last sein«, ist die andere Seite dieses Leidens-, aber auch Heilungsweges. Wo immer in Trier gebaut werden soll, ist mit Resten aus römischer Zeit zu rechnen. Vor Beginn der Bauarbeiten war mit den Archäologen ein halbes Jahr Grabungszeit vereinbart worden, und zwar sechs Monate nach den entsprechenden Ausschachtungen, die Voraussetzungen für Grabungen waren. Unabhängig davon hatte die Stadt zur Klärung möglicher Funde unter der Erde vorher mit zwei unterschiedlichen physikalischen Verfahren zu erkunden versucht, ob im Bereich der geplanten Tiefgarage Funde aus römischer Zeit zu erwarten wären.

Diese Prüfungen waren negativ ausgefallen; die Denkmalpfleger waren guter Hoffnung, mit der Aufnahme unbedeutender Befunde innerhalb eines halben Jahres fertig zu sein. Die Bauarbeiten begannen. Zunächst wurden Bohrpfeiler angebracht, die die Baustelle sichern sollten. Danach erfolgte der Aushub. Wir stießen zunächst auf erwartete Baulichkeiten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Sie zeigten letzte Verteidigungsbemühungen der Nationalsozialisten kurz vor Kriegsende: Ein Feuerlöschteich und Verteidigungsgänge unter der Erde. Kein Anlaß, die Bodendenkmalpflege zu bemühen. Es wurde weiter ausgehoben, die Betonanlagen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden weggenommen, dann stieß man auf die Funda-

mente einer antiken Thermenanlage, einer großen öffentlichen römischen Badeanlage mit einem Ausmaß von knapp 3000 qm Grundfläche.⁵

Die Archäologie konnte sehr schnell bestimmen, daß es sich um Reste eines sehr mächtigen Gebäudes (26 m Höhe) aus dem Ersten Jahrhundert n. Chr. handeln mußte. Baudezernat, Stadtverwaltung und Stadtrat waren sich Anfang Dezember 1987 sehr schnell einig, daß man nicht bei der Ursprungsplanung bleiben konnte. »Wir müssen hier sofort umplanen«, war die klare Aussage des Verfassers und damaligen Baudezernenten, wenn die Fundamente der ältesten Thermenanlage in Trier, die Fundamente wohl einer der größten und ältesten Thermenanlagen nördlich der Alpen erhalten werden sollte. Trier besitzt zwar die Ruinen der Kaiserthermen aus der Zeit Kaiser Konstantins und die Reste der Barbara-Thermen aus dem 2. Jahrhundert n. Chr., aber die Fundamente dieser ältesten Thermenanlage Triers, und nun in zentraler Lage, sind ebenso zu erhalten. Dieses Urteil der Verwaltung teilten sehr rasch auch die Mitglieder des Stadtrates und die fachlich Zuständigen aus dem Bereich des Landes Rheinland-Pfalz.

4. Die Stadtplanung stellte sich zunächst selbst die Aufgabe, im Rahmen der im Stadtrat vorausgegangenen Planung eine Lösung für die Erhaltung der Thermenanlagen (die etwa sechs Meter unter dem heutigen Niveau liegen), auszuformen, sah sich aber mit dieser Aufgabenstellung sehr schnell der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Es folgte eine neue Diskussionsrunde im Stadtrat. Als Ergebnis fand man den Weg zu einem städtebaulichen Gutachterverfahren. Sechs namhafte Architekten, denen man die Bewältigung der gestellten Aufgabe zutraute, bekamen den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten und die Stadt gutachterlich zu beraten, wie man unter Beibe-



Abb. 3: Der Viehmarkt in Trier, Luftbild nach Sicherung der Baugrube und abgeschlossene Grabungen; die Fundamente der Thermenanlage treten deutlich hervor.

⁵ Vgl. auch den Beitrag von H. Rahms, Boykott aus der Tiefe, in: F.A.Z. vom 3. 1. 1989.

haltung des festgelegten Bauvolumens für die geplanten Gebäude am Viehmarkt die Erhaltung und Präsentation der Thermenanlagen am besten meistern könnte.

5. Von den sechs Gutachten überzeugte im Grunde genommen keines. Lediglich der Vorschlag von Prof. Ungers aus Köln zeigte die Möglichkeit einer Fortentwicklung zu einer realisierungsfähigen Gestaltungsform. Prof. Ungers wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Preisträger des ersten Wettbewerbes ein neues städtebauliches Konzept für den Viehmarkt zu entwickeln. Dieser Auftrag wurde unter Beibehaltung des Raumprogramms für die bisher geplante Bebauung am Viehmarkt erteilt. Die vollständige Erhaltung der Thermenanlage erforderte jedoch eine Verkleinerung der Tiefgarage.

Lange Diskussionen im Planungsausschuß, lange Diskussionen im Stadtrat, lange Diskussionen mit den Bürgern folgten der Vorstellung der zwischenzeitlich vorgelegten neuen Pläne von Prof. Ungers. Allmählich wurde Ungeduld und Unmut laut. Das »größte Loch« in Trier wurde zum Ärgernis. Die Planungen fanden jedoch auch nicht die erforderliche Zustimmung. Wie sollte es weitergehen? Eile schien geboten. Innerhalb der Diskussion verständigte man sich, daß dem Entwurf von Prof. Ungers für die Erhaltung der Thermenanlagen auf jeden Fall zu folgen sei. Die Stadtparkasse bezog sich mit Deutlichkeit auf ihre Raumprobleme, auf ihre Raumnachfrage.

So wurde ein neuer Bebauungsplan erarbeitet und offengelegt, der zu über hundert Bedenken und Anregungen aus dem Kreis der Anlieger und der Trierer Bevölkerung führte. Ein neuer Ansatzpunkt für Gespräche mit den Gutachtern, für Gespräche mit den Preisrichtern und letztlich mit der Stadtparkasse ergab sich auch aus der völlig veränderten Zusammensetzung des Stadtrats nach der Kommunalwahl.

6. Das Jahr 1989 brachte eine ganze Reihe von neuen Ansatzpunkten für den Entscheidungsprozeß in Rat und Verwaltung. Die zahlreichen Anregungen aus dem Bereich der Bevölkerung waren für die Bauverwaltung Grund genug, die eigene fachliche Auffassung und die der Gutachter bezüglich der städtebaulichen Planung für den Viehmarkt nochmals zu überdenken.

Die städtebauliche Beurteilung der Platzsituation nach einem fast 10jährigen Planungsprozeß aber auch ein verändertes fachliches Leitbild in Fragen des städtebaulichen Denkmalschutzes führte letztendlich im Ergebnis dazu, daß die Baumassen der Platzrandbebauung zu verkleinern seien. Die mehrjährige Diskussion über das nicht einfache Thema der Dimension des Platzes war unter recht verschiedenen Prämissen geführt worden. Prägend war dabei naturgemäß das jeweils fachliche und gesellschaftliche Vorbild für die Stadtentwicklung, den Städtebau und die zu fordernde Maßstäblichkeit der Neubauten.

Die vielfach von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusste Tendenz zur starken Verdichtung (»Vermarktung der Stadt«) in den Innenstadtbereichen zahlrei-

cher deutscher Städte fand ihre Grenze in dem Drängen nach Maßstäblichkeiten für die Neubauten. Mit den Argumenten eines städtebaulich beeinflussten Denkmalschutzes (konzeptionell geprägter Ensemble-Schutz) konnte der Stadtrat und der Bereich »Wirtschaft« soweit überzeugt werden, daß bestehende Raumprogramme für geplante Neubauten zurückgenommen werden müssen, um eine – auch für die Zukunft – städtebaulich tragfähige Platzgestaltung möglich zu machen.

7. Damit bestand die Gelegenheit, die Planung nochmals »anzupacken« und zu einem überzeugenden Ergebnis zu führen.

Hierzu nun einige Aussagen im Detail:

Wichtigster Bau auf dem Viehmarkt ist das sogenannte »Thermenmuseum«, der Neubau, innerhalb dessen die römischen Thermen und die Reste der mittelalterlichen Klosteranlage erhalten werden sollen. Der Entwurfsverfasser bzw. erste Preisträger, der mit diesem Museumsbau in der hier angesprochenen Form einen wirklich wegweisenden Beitrag gefunden hat, führt dazu selbst aus: »Das Museum soll die 2000jährige Geschichte der Stadt Trier sichtbar machen. Es ist gleichermaßen ein Schaufenster der Stadtgeschichte.«⁶

In keiner Stadt in Deutschland sind die verschiedenen Lagen der geschichtlichen Entwicklung so dicht und so deutlich übereinander gepackt wie in Trier. Das neue Museum will diese Chance nutzen und die Funde aus der Zeit der Kelten und Römer als auch die Reste des Mittelalters darstellen. Das Museum soll nicht unter der Erde in einem Bunker oder in einer Katakomben verschwinden, wie das mit den römischen Resten in Köln in der Tiefgarage am Dom der Fall ist. Die Stadtgeschichte, die in allen Phasen mit archäologischen Funden lebendige Zeugen hat,

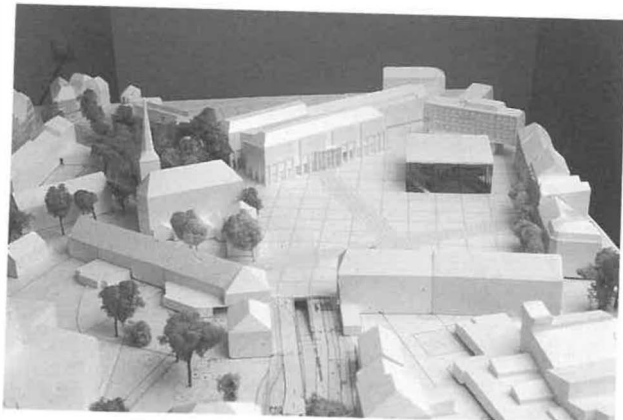


Abb. 4: Der Viehmarkt in Trier, Modellaufnahme.

⁶ Oswald, M. Ungers, unveröffentlichtes Manuskript, Baudezernat der Stadt Trier.

soll durch diesen Bau in das Bewußtsein der Bürger und vor allem der vielen Besucher Triers gerückt werden. Ein Schaufenster zur Stadtgeschichte macht für den Passanten die mehrfache Überlagerung historischer Epochen, die das Bild der Stadt geprägt haben, deutlich. Der Inhalt des Museums, des archäologischen wie historischen, ist gleichzeitig auch das Thema der Architektur.

Die Architektur des Museums ist nicht Selbstzweck, sondern gilt ausschließlich der Aufgabe, die Fundstelle sichtbar zu machen. Deshalb wird auf einen festen massiven Baukörper verzichtet. Der Bau ist eigentlich nichts anderes als ein einfaches Dach über dem archäologischen Feld. Die Transparenz und Leichtigkeit des Hauses läßt die eigentlichen Platzwände unberührt, ohne ihre Wirkung als abschließende Wände zu beeinträchtigen. Das Ausgrabungsfeld der Therme ist das eigentliche Ausstellungsstück, das in der Glasvitrine gezeigt und für alle ständig sichtbar gemacht wird.

Die Aktualität des Hauses liegt darin, eine maximale Öffentlichkeit zu erreichen und Bau und Ausstellung sichtbar in das Leben der Stadt zu integrieren und nicht gegenüber der Öffentlichkeit abzuschließen und die Fundstelle geheimnisvoll unter der Erde zu verstecken. Das Museum ist ohne Beispiel und Vorbild und könnte zu einer internationalen anerkannten Attraktivität werden. Es ist ein zugleich freundliches und in das soziale Stadtbild integriertes Museum.⁷

Zum städtebaulichen Gesamtentwurf des Viehmarktes ist folgendes zu ergänzen: Der Viehmarktplatz wird in Zukunft geprägt sein durch die beherrschende Rolle der Antonius-Kirche. Sie wird in einer völlig neuen und einmaligen Weise in den Platz einbezogen. Sie ist gleichzeitig auch von der Höhenentwicklung der Gebäude am Viehmarkt das beherrschende Bauwerk. Alle anderen Gebäude unterschreiten in ihrer Höhe die Traufhöhe der Kirche bzw. sogar die Spitzen der gotischen Fenster.

Die Verkehrsflächen im Platzbereich vor der Kirche werden »verkehrsberuhigt« ausgebaut, so daß der ursprüngliche Charakter der Stresemannstraße als Hauptverkehrsstraße entfällt. Durch den Neubau der Stadtparkasse erhält der Platz eine viergeschossige nördliche Platzwand, deren Höhenentwicklung an die anschließende vorhandene Bebauung angepaßt ist.

Es besteht gegenwärtig noch die wichtige gestalterische Aufgabe, die Platzwand, die Fassade als Neubau so zu gestalten, daß sie den ästhetischen Ansprüchen der Nähe zur Glasvitrine und zur Antonius-Kirche gerecht wird. An der Nord-Ost-Seite des Platzes bleibt ein Bau aus den 60er Jahren bestehen, der allerdings in seiner bisherigen Dominanz durch den Museumsbau »zurückgedrängt« wird. An den anderen Seiten des Platzes werden vorhandene Platzwände aufgenommen bzw. durch Baulückenschließungen geschlossen.

⁷ Vgl. Oswald M. Ungers (s. A 6).

Die Platzfläche selbst wird Fußgängerbereich, eine wesentlich verkleinerte Tiefgarage bietet in beschränktem Rahmen Platz für den motorisierten Stadtbesucher. Die Stadt Trier ist aufgefordert, den öffentlichen Nahverkehr so zu verbessern, daß er zu einer echten Alternative zum Individualverkehr wird. Im Zuge der Jüdemer Straße entsteht eine Passage, die durch das überglaste Gebäude der geplanten Stadtparkasse führt.

Helene Rahms schreibt in ihrem Artikel: »Der Platz braucht nicht viel Gestaltung, nur einen Rahmen der schützenden Bebauung, ein paar Bäume, ein paar Bänke.«⁸

Den Anspruch aber, den die Stadt Trier stellt, ist höher. Ich bin sicher, daß eine Synthese zwischen stadtbaugeschichtlichen Funden, historischer Bausubstanz, Stadtgeschichte und moderner Architektur gefunden wurde. Ein Bekenntnis zur Architektur unserer Zeit, eingebettet in Form und Grundriß einer alten Stadt könnte man das Ergebnis des langen Planungsprozesses und damit des neuen Bebauungsplans auch nennen. Ich hoffe, daß nach der langen Diskussion, die über den Viehmarkt in Trier geführt wurde, eine Lösung gefunden und erreicht worden ist, mit der sich das Selbstverständnis der 2000 Jahre alten Stadt Trier mit ihren Bürgern trifft.

⁸ H. Rahms (s. A 5).

Uwe Wienke

Zur städtebaulichen Entwicklung Jenas

1. Ausgangslage – 2. Städtebauliche Entwicklung – 3. Städtebauliches Gesicht der Stadt vor 1945 – 4. Zerstörung und Wiederaufbau – 5. Thesen zur zukünftigen Gestaltung der Jenaer Innenstadt

1. Ausgangslage

Die Thüringer Universitäts- und Industriestadt Jena ist seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wieder stärker ins Blickfeld gerückt. Früher war sie weltweit bekannt durch ihre optische Industrie, mit ihr verbanden sich die Namen Carl Zeiss und Schott & Gen. Nach dem Zweiten Weltkrieg konstituierten sich beide Betriebe neu in Westdeutschland. Die Jenaer Betriebe wurden volkseigen und produzierten hauptsächlich für die Ostblockländer. Dort blieb auch der Name Jena ein Begriff. Heute versucht die Stadt, ihre einstige Bedeutung wiederzuerlangen.

Jena liegt an beiden Ufern der Thüringer Saale, die hier eine ihrer reizvollsten Talpartien durchfließt. Etwa 250 Meter hohe Abhänge eines Muschelkalkplateaus umschließen dicht den Talkessel der Stadt. An den Berghängen ziehen sich ausgedehnte Wohn- und Villenviertel hinauf. Im Süden und im Norden, wo die Verhältnisse weiträumiger sind, entstanden in der jüngeren Vergangenheit sozialistische Neustädte. Die Stadt, die vor dem Kriege etwa 60 000 Einwohner hatte, zählt inzwischen mehr als 100 000, davon lebt über die Hälfte in Neusiedlungen wie Neu-Lobeda (40 000 E) und Zwätzen (20 000 E).

Große Teile der Jenaer Innenstadt wurden im Frühjahr 1945 durch mehrere Bombenangriffe in Schutt und Asche gelegt. Wenige Gebäude und noch weniger alte Straßenzüge blieben erhalten. Nach dem Krieg hat man die Innenstadt nur teilweise wieder aufgebaut. Deshalb fehlen heute, besonders nachdem die Marktwirtschaft wieder Einzug gehalten hat, in der Innenstadt Gewerbe- und Geschäftsflächen. Mehrmals die Woche ist der Platz mit einigen hundert Verkaufsständen gefüllt. Jetzt möchten die Jenaer, daß ihre Stadt sobald wie möglich wieder ein richtiges Zentrum bekommt. Im September 1990 hat ein Architektenseminar zu diesem Problem stattgefunden und es sollen städtebauliche Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Dies bildet den Anlaß, hier in knapper Form die städtebauliche Entwicklung Jenas und die Struktur, die die Jenaer Innenstadt vor 1945 hatte, aufzuzeigen.

2. Städtebauliche Entwicklung

Im 8. Jahrhundert bildete die Saale die Grenze zwischen germanischer und slawischer (sorbischer) Bevölkerung, »Sala fluvius dirimit Sorabos et Thuringos« heißt es in den Kapitularien Karls des Großen. Dort, wo heute Jena liegt, lagen auf dem westlichen

Saaleufer die Dörfer Jani und Leutra (Liutdraha, etwa »Lauterbach«), auf dem östlichen die sorbische Siedlung Wenigenjena. Jani wird erstmals urkundlich um 850 in einem Zentregister des Klosters Hersfeld erwähnt, tritt aber zunächst noch hinter Leutra zurück, dessen Kirche (Johanniskirche) seit dem 9. Jahrhundert den Ausgangspunkt der Missionstätigkeit der Hersfelder Mönche im Jenaer Raum bildet. Bis zum Ausgang des Mittelalters bestand Leutra in unmittelbarer Nachbarschaft Jenas fort.

Ummauert wurde die Stadt im 13. und 14. Jahrhundert, der Johannistorturm datiert 1304, das Löbdertor wird erstmals 1319 und das Saaltor 1354 urkundlich erwähnt. Neben den vier Tortürmen erhielt die rechteckige Anlage vorspringende runde Ecktürme. Die älteste Stadtansicht von Johann Mellinger aus dem Jahre 1571 zeigt außerdem halbrund vorspringende Mauertürme, die unregelmäßig über die Seiten verteilt sind und von denen einige die Stadtmauern an Höhe überragen. Um 1430 wird der gesamte Mauerzug modernisiert und für den Einsatz von Pulverwaffen eingerichtet, indem in halber Höhe der Mauer große mit Schlüsselscharten versehene Kamern und ein zweiter (unterer) Wehrgang geschaffen werden.

Am Markt, der als Platz schon bei der Gründung in seinen nachmaligen Dimensionen (60 × 85 m) festgelegt worden sein dürfte, entstand zwischen 1377 und 1380 das Rathaus. Dort gab es bereits am Anfang des 13. Jahrhunderts ein dreigeschossiges unterkellertes Steinhaus, das als Amtshaus den Lobdeburger Beamten diente, die in der ersten Zeit die Stadtgeschäfte führten. Dieses Gebäude wurde in das neue Rathaus inkorporiert, das aus zwei zweigeschossigen Gebäudeteilen besteht, deren Walmdächer die damaligen Bürgerhäuser überragten. Das Erdgeschoß enthielt eine offene Markthalle mit Fleisch- und Brotbänken, im Obergeschoß befanden sich der Ratssaal und eine Kapelle. Der marktseitige Fachwerkturm mit barocker Haube zwischen den beiden Dächern wurde erst 1755 eingefügt.

1486 wurde im Auftrag und auf Kosten des Stadtrates mit dem Bau des Turmes an die Westseite der Kirche begonnen. Der 75 Meter hohe Turm steht über dem »Kreuz«, dem alten Fernstraßenschnittpunkt. Er war weniger ein Kirchturm, sondern in erster Linie ein Stadtturm, der der Feuerschau und als Ausguck diente. Fertiggestellt wurde er erst 70 Jahre später. Bis 1932 befand er sich im Besitz der Stadt.

Die Universität Jena wurde durch Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, dem Führer des protestantischen Schmalkaldischen Bundes, nach dessen Niederlage in der Schlacht von Mühlberg 1547 und dem Verlust von Stadt und Universität Wittenberg gegründet. Die 3000 Bände der wittenbergischen Bibliothek wurden nach Jena verbracht und dem Akademischen Gymnasium überlassen. Der Kurfürst betrieb dessen Anerkennung als Universität, die jedoch erst 1557 erfolgte. Eröffnet wurde die Universität am 2. Februar 1558 mit der Übergabe der kaiserlichen Privilegien. Das Gymnasium hatte 1548 etwa 170 Lernende, mit der Erhebung zur Universität stieg die Studentenzahl auf annähernd 500.

Nach der Universitätsgründung herrschte in Jena eine rege Bautätigkeit, die sich

über etwa zwei Jahrhunderte hinzog. Im 16. Jahrhundert wurden das Rathaus und das Schloß aus- und umgebaut. 1551 wurde das Löbdertor erneuert. 1554 erhielt die Stadt ein Schlachthaus und 1561 eine Apotheke. Um 1566 bekam das gotische Erdgeschoß des Burgkellers einen Renaissanceaufbau. Um 1500 entstand das Haus des Marktmüllers (»Göhre«, heute Stadtmuseum).

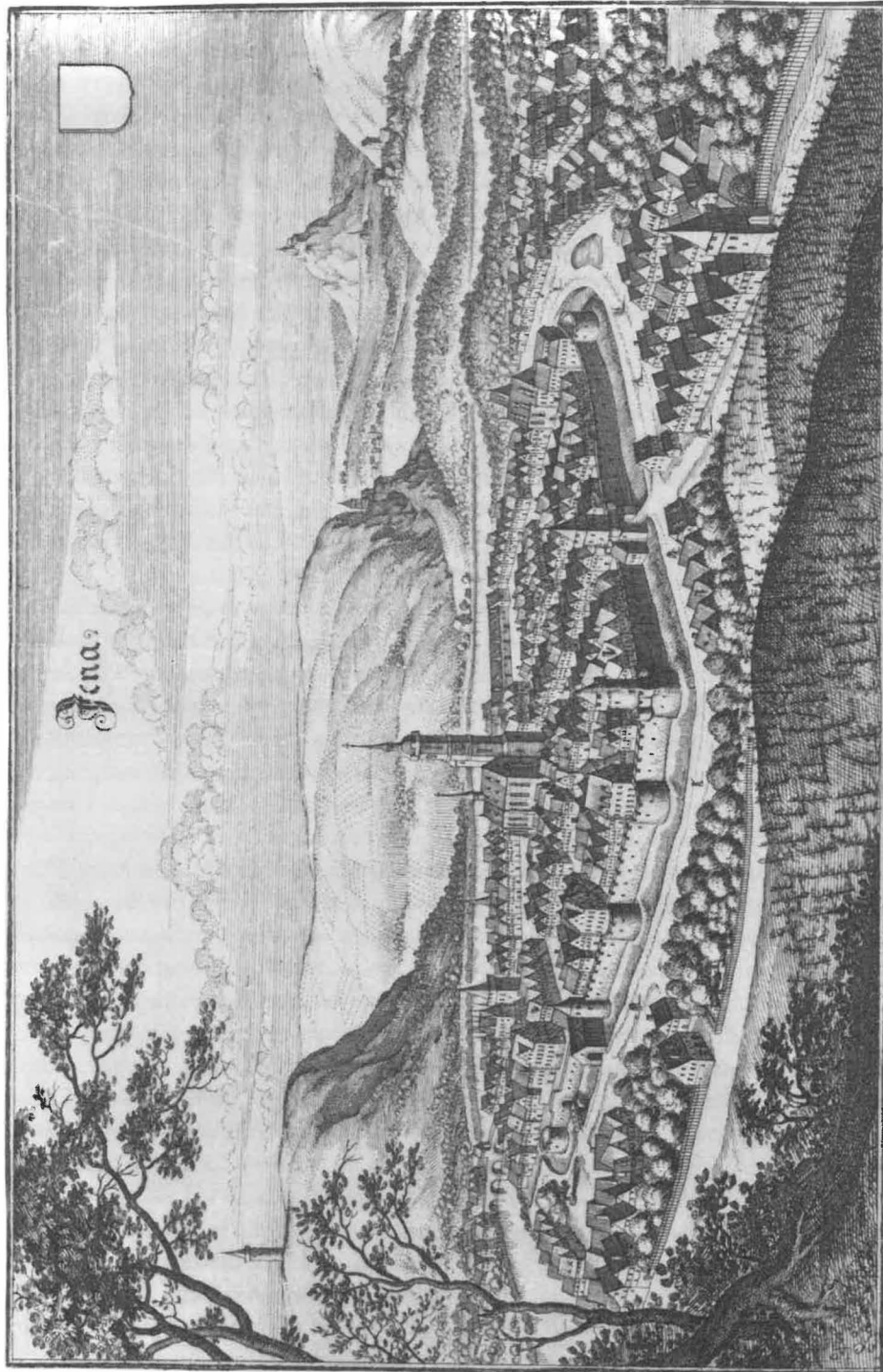
Zwischen 1672 und 1690 bestand ein eigenes Herzogtum Jena. Ab 1659 wurde das Schloß umgebaut. 1668 wurde das Erfurter Tor gesprengt, das Material zum Bau des Ballhauses gegenüber dem Schloß verwendet. Vor dem Schloß wurde der Stadtgraben zu einem Wildschweingehege erweitert; doch bald danach legte man hier eine Lindenallee (Fürstengraben) an. 1676 entstanden das Reithaus und zwischen 1686 und 1693 die Johann-Georgs-Kirche (später Garnison-, heute Friedenskirche).

Von der Bautätigkeit im 16. und 17. Jahrhundert, als anstelle der Fachwerkhäuser feste Steinhäuser errichtet wurden, zeugen insbesondere zwei erhalten gebliebene Gebäude in der Oberlauengasse bzw. Unterlauengasse: das Haus »im Sack«, ein Weinbauernhaus aus dem Jahre 1596 (Oberlauengasse 16) und das Haus Unterlauengasse 9 vom Jahre 1606. Aus dem 16. Jahrhundert stammt auch das Haus »zur Noll« (Oberlauengasse 19).

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden auf Initiative des Staatsministers Goethe die Gräben eingeebnet (Fürstengraben 1794) und die meisten Tore und Türme abgebrochen (Löbdertor 1819). Erhalten blieben nur das Johannistor und der Pulverturm an der Nordwestecke der Stadt, dazwischen ein Rest der Stadtmauer, die Ruine des sogenannten Anatomieturms an der Südwestecke, der Sockel des Schloßturms und Reste des Roten Turms im Südosten. An die Stelle der ehemaligen Stadtbefestigung trat ein Straßenring, der heute noch in Form von Schillerstraße, Teichgraben, Löbdergraben und Fürstengraben den Perimeter der Innenstadt bildet.

Der nachmalige Oberpräsident der preußischen Rheinprovinz Johann August Sack (1759–1831) gibt eine Beschreibung Jenas, das er 1783 als Student besuchte. Er schreibt: »Die Stadt Jena liegt so tief im Tale, daß wir sie nicht eher sahen, bis wir nur eine Viertelstunde davon waren, dabei macht sie auch mit ihren zwei Türmen nicht viel Ansehens; aber dem ohngeachtet liegt sie zwischen den Bergen, die mit Wein bepflanzt sind, sehr angenehm; fast um die ganze Stadt geht eine gute Allee und bei einem Teile, bei dem Löbder Tor, fließt die Saale vorbei; die Stadt hat 4 Vorstädte, ist aber sonst nicht so groß wie Halle und schlechter gebaut, denn sie hat enge kurze Straßen, wenig schöne Häuser, gutes Pflaster, aber nur im Sommer, im Winter stehen sie wegen der in der Mitte durchlaufenden Gassen voller Wasser oder Eis. In beiden Kirchen, die alt gotisch gebaut sind, ist nichts Merkwürdiges.«

Am 14. Oktober 1806 brannten bei der Besetzung durch französische Truppen nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt 20 Häuser zwischen der Johannis- und Leutrastraße ab. Die Fläche wurde nicht wieder bebaut, sondern als Platz erhalten (Eichplatz).



Matthäus Merian: Jena um 1650

Wartburg Verlag Max Kellner Jena, N6/73

Um 1820 hatte die Bevölkerung Jenas gegenüber 1542 nur um wenig zugenommen; man zählte 4758 Einwohner. 1810 waren etwa 43% der Bürger Handwerker. Es blühten kleine Unternehmen auf wie 1828 die Maschinenfabrik Pelzer, 1834 begann die Zinngießerfamilie Hering mit der Herstellung pharmazeutischer Geräte, 1843 wurde die Klavierfabrik Weidig eröffnet. Ein zukunftssträchtiger Schritt erfolgte aber erst 1846, als der Mechaniker Carl Zeiss eine optische Werkstätte errichtete. Das erste Fabrikgebäude von Zeiss wurde 1880 an der späteren Carl-Zeiss-Straße bezogen. 1910 entstand das erste Kuppelhaus für astronomische Prüfzwecke. 1912 wurde der Fabrikkomplex nach Süden erweitert, 1915 das erste Hochhaus Deutschlands an der Schillerstraße gebaut (43 m). 1922 entstand die erste Planetariumskuppel auf einem 1911 erbauten Betonflügel. 1922 wurde nach Entwürfen von Emil Fahrenkamp das mächtige Fabrikgebäude an der Schillerstraße errichtet. 1937 erhielt die Verwaltung das gegenüberliegende »Eulenhause«. Ins Jahr 1936 fällt die Errichtung des 100 m hohen elastischen Schornsteins (heute abgebrochen) sowie die Einweihung des 66 m hohen Verwaltungshochhauses am Carl-Zeiss-Platz.

1904 wurden die Gebäude des ehemaligen Schlosses, die schon zur Goethezeit in schlechtem Zustand waren, abgerissen, um einem Universitätsneubau Platz zu schaffen. Der von dem Münchner Architekten Theodor Fischer errichtete Neubau wurde 1908 anlässlich des 350. Bestehens der Universität eingeweiht. Er steht heute als beispielhaftes Werk des »Neuen Bauens« unter Denkmalschutz.

3. Städtebauliches Gesicht der Stadt vor 1945

Trotz vieler Veränderungen wies die Innenstadt Jenas vor ihrer Zerstörung noch wesentliche Elemente aus ihrer Gründungs- und ersten Entwicklungszeit auf. Dazu gehörten der nahezu rechteckige Stadtgrundriß und das Straßennetz, der Markt mit dem Rathaus, die Stadtkirche, das alte Kollegiengebäude in der Südwestecke der Stadt sowie der ihm diagonal in der Nordostecke gegenüberliegende Schloßkomplex, auf dem seit 1908 das Universitätshauptgebäude steht. Außer dem westlichen Teil des Straßennetzes und dem Eichplatz sind diese Elemente auch heute noch vorhanden oder noch faßbar. Verschwunden ist hingegen ein großer Teil der Bürgerhäuser, welche die Innenstadt charakterisiert haben.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Innenstadt Jenas geprägt von vier- und fünfgeschossigen Gebäuden bürgerlicher Bauart. In den Erdgeschossen befanden sich Läden und Gewerbebetriebe, die Obergeschosse dienten als Wohnungen, aber auch zum Teil gewerblichen Nutzungen. Viele Gebäude waren seit der Gründerzeit in historisierenden Stilen (Neurenaissance, Neubarock, Altdeutsch) renoviert und um- oder sogar neugebaut worden, doch gab es nicht wenige Häuser, die ihre Fassaden aus dem 17. und 18. Jahrhundert bewahrt hatten, wie zum Beispiel das Haus Unterm Markt 1, in dem Schiller einige Jahre wohnte. Andere recht prunkvolle Häuser waren der Burgkel-

ler neben der Stadtkirche, das Haus Honigmann und das Hechtsche Haus an der Leutrastraße. In der Gründerzeit erscheint ein neues architektonisches Motiv, der Eckwerker, der nicht selten von einem Türmchen gekrönt wurde. Hinter der Kirche, am Siedelhof, gab es sogar noch einige zweigeschossige gotische Häuser aus der Weinbauernzeit.

Die früheren Häuser hatten unterschiedliche Breiten, und betont horizontale Gliederung. Die ursprünglichen Parzellen erlaubten drei Fensterachsen. Spätere Zusammenlegungen führten zu Gebäuden mit fünf oder sechs, bzw. mit maximal acht oder neun Fensterachsen. Acht bis neun Fensterachsen entsprachen einer Fassadenbreite von etwa 16 Meter.

Wenn auch nicht immer von bester Architektur geprägt, so boten doch die Jenaer Bürgerhäuser ein sehr abwechslungsreiches Bild, zumal schmale mit breiteren, höhere mit niedrigeren Gebäuden wechselten. Die Straßen waren relativ schmal. Außer dem Markt, dem Kirch- und dem Eichplatz gab es in der Innenstadt keine größeren Plätze.

Die Dachlandschaft bestand vorwiegend aus steilen, die Traufe zur Straße gerichteten Giebelhäusern (manche mit Krüppelwalm), aber auch Mansarddächer waren sehr verbreitet und einige Giebel wiesen auch noch zur Straße. Die ziemlich gleichmäßig durchgehaltene Höhe der Häuser blieb unter der des Johannistores und wurde nur von der Stadtkirche und ihrem Turm überragt. Daneben traten der Turm der Friedenskirche (ehem. Garnisonkirche), der Rathausturm und der Universitätsturm im Weichbild der Stadt in Erscheinung.

Auch die an die Innenstadt angrenzenden Fabrikgebäude von Zeiss haben diese Höhenbeschränkung weitgehend respektiert. Bewußt wurde das Zeiss-Hochhaus an den von der Innenstadt am weitesten entfernten Punkt des Fabrikareals gestellt (im Gegensatz zum Forschungshochhaus aus den 60er Jahren).

Von der ehemaligen Stadtbefestigung war auch vor dem Kriege nur wenig erhalten geblieben, nämlich das Johannistor und der Pulverturm an der Nordwestecke der Stadt sowie die Ruine des südwestlichen Eckturms (Anatomieturm). Alle anderen Tore und Mauern wurden bereits im 19. Jahrhundert abgebrochen, das Löbdehtor schon 1819 und das Saaltor 1844. Noch dürften Mauerreste unter der Erde begraben sein, denn zwischen dem Roten Turm und dem Eckturm des ehemaligen Schlosses wurden erst vor wenigen Jahren solche Reste entdeckt. In neuerer Zeit wurde das zwischen Johannistor und Pulverturm erhaltene aber von Häusern verdeckte Stück Stadtmauer freigelegt.

Dominierende Elemente der Innenstadt waren die Stadtkirche St. Michael mit ihrem Turm, das Rathaus, das Universitätshauptgebäude an der Nordostecke der Innenstadt und die alte Universität mit der Kollegienkirche an ihrer Südwestecke. Das gotische Rathaus am Markt hat sich äußerlich nur unwesentlich verändert.

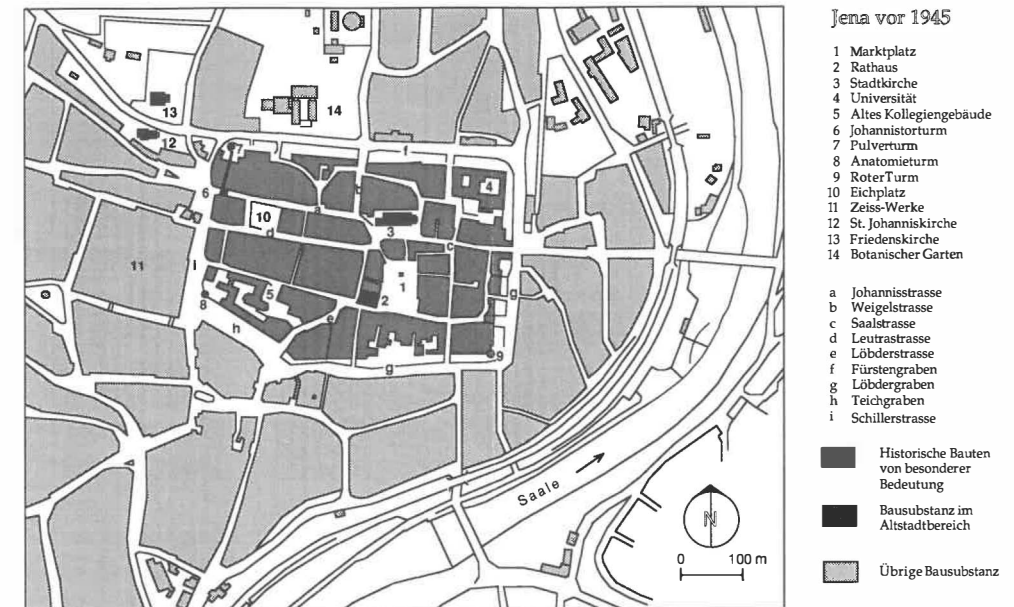


Abb. 2: Jena vor 1945

4. Zerstörung und Wiederaufbau

Im Frühjahr 1945 zerstörten mehrere Bombenangriffe große Teile der Jenaer Innenstadt. Am meisten betroffen war das Gebiet zwischen Johannisstraße, Kollegien-gasse, Schillerstraße und Markt sowie das Gebiet um die Stadtkirche. Das Rathaus und die Bausubstanz des alten Dominikanerklosters- und Kollegienkomplexes wurden schwer beschädigt, die Kollegienkirche wurde vollständig zerstört. Die Stadtkirche St. Michael brannte aus. Da eine sofortige Sicherung des Bauwerks nicht möglich war, stürzten nachträglich einige Gewölbe des Mittelschiffs ein. Erst 1949 erhielt die Kirche wieder ein Dach, und zwar anstelle des Mansarddaches ein gotisches Steildach. 1955 konnte die Kirche wieder ihrer Bestimmung übergeben werden. Der Kirchturm, dessen oberer Teil 1945 ausbrannte, besitzt seither nur ein Notdach. Im Bereich des Johannistors, im unteren, östlichen Teil der Altstadt (Saalstraße, Oberlauengasse) und an ihrem nördlichen Rand (Johannisstraße, Fürstengraben) überlebten einige alte Häusergruppen.

Die zerstörte Innenstadt wurde nach dem Krieg nur zum Teil wieder aufgebaut. Schon bald nach dem Krieg wurden auf dem Areal der alten Kollegiengebäude einige Institutsneubauten errichtet. In den 60er Jahren wurde die zerstörte Nordseite der Johannisstraße zwischen Jenergasse und Weigelstraße durch neue Gebäude ergänzt und auch die Weigelstraße selbst wurde wieder bebaut, allerdings mit Gebäuden von frag-

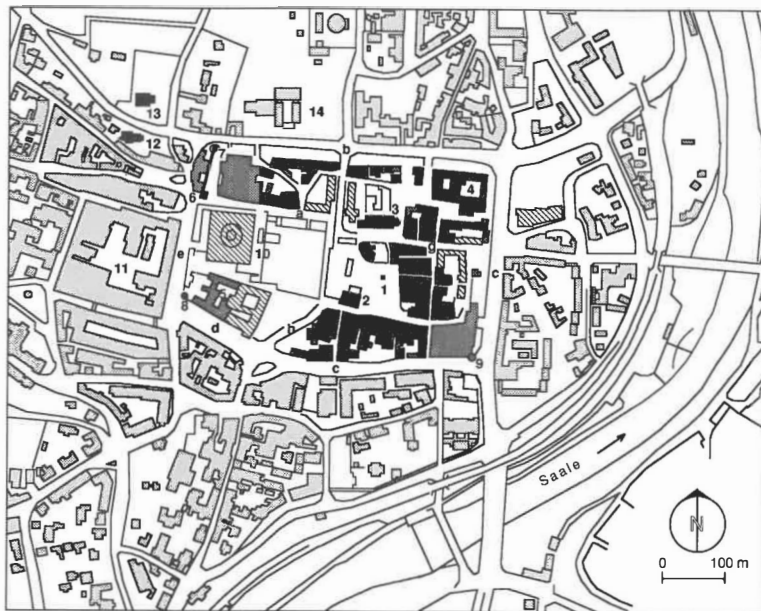


Abb. 3: Jena 1990

würdiger architektonischer Qualität. Im übrigen hat der Sozialismus aus den abgeräumten Trümmerliegenschaften der Innenstadt einen riesigen Aufmarschplatz gemacht. Dazu wurden sogar einige historisch wertvolle Gebäude abgerissen, die glücklicherweise den Bombenhagel überlebt hatten und nach dem Krieg als schützenswerte Denkmale katalogisiert wurden, z. B. das Hechtsche Haus und das Haus Honigmann an der Leutrastraße, beide mit barocken Prunkfassaden. Auch die erhalten gebliebene Bebauung südlich des Johannistors mußte weichen.

Den Aufmarschplatz dominiert heute ein 120 Meter hoher zylindrischer Turm, der 1972 als Monument sozialistischen Städtebaues errichtet wurde (Prof. Henselmann). Er steht nur wenige Schritte neben dem mittelalterlichen Johannistorturm (Höhe 34 Meter). Als Forschungszentrum für Zeiss geplant, war der Turm nicht zu verwenden. Feinmessungen waren wegen der Höhe nicht durchführbar. Heute sind auf seinen 26 Geschossen Universitätsinstitute und eine Mensa untergebracht. Viele Jenaer hoffen, daß er wieder abgerissen und das Areal der Altstadt wieder dichter bebaut wird.

Erst in neuester Zeit sind Teile der Saalstraße sowie der Ober- und Unterlauengasse durch Häuser in Plattenbauweise ersetzt und ergänzt worden. Historische Gebäude wurden vor allem um den Markt renoviert.

Das nördlich der Stadtkirche gelegene Quartier, d. h. der Bereich des ehemaligen Nonnenklosters, befindet sich in einem traurigen Zustand und ist Ort von Stadtstrei-

Jena 1990

- 1 Marktplatz
- 2 Rathaus
- 3 Stadtkirche
- 4 Universität
- 5 Altes Kollegiengebäude
- 6 Johannistorturm
- 7 Pulverturm
- 8 Anatomieturm
- 9 Roter Turm
- 10 Universitätshochhaus
- 11 Zeiss-Werke
- 12 St. Johanniskirche
- 13 Friedenskirche
- 14 Botanischer Garten

- a Johannisstraße
- b Fürstengraben
- c Löbdergraben
- d Teichgraben
- e Schillerstraße
- f Weigelstraße
- g Saalstraße
- h Löbderstraße

- Historische Bauten von besonderer Bedeutung
- Bausubstanz im Altstadtbereich von vor 1945
- Bausubstanz im Altstadtbereich von nach 1945
- Übrige Bausubstanz

chern und Drogensüchtigen; die Nordwand der Kirche ist mit Schmierereien überzogen. Bei der Neugestaltung der Innenstadt sollte diesem geschichtlich so bedeutsamen Ort, der über die Kirche in direktem Zusammenhang mit dem Stadtzentrum steht, besondere Beachtung geschenkt werden.

5. Thesen zur zukünftigen Gestaltung der Jenaer Innenstadt

Jenas Innenstadt soll wieder bebaut werden. Es sind städtebauliche Wettbewerbe vorgesehen. Ich möchte dazu einige Thesen beisteuern. Auf Detailfragen der architektonischen Gestaltung wird dabei nicht eingegangen.

- Die fragwürdigen Nachkriegsbebauungen der Johannis- und der Weigelstraße und auch der Universitätsturm sollten vorerst bestehen bleiben, weil man die Flächen braucht. Über ihre Zukunft sollte man erst dann definitiv entscheiden, wenn größere Unterhalts- und Erneuerungsinvestitionen fällig sind.
- Ihre Größe (295 × 500 m) und gute Erschließung von außen durch die sie umgebenden Ringstraßen erlauben es, die Innenstadt vollständig zur Fußgängerzone zu machen, die nur zu bestimmten Tageszeiten dem Anlieferungsverkehr offen steht. Dies setzt voraus, daß vor den Zugängen, im Bereich der Ringstraßen, Parkmöglichkeiten geschaffen werden (Parkhäuser und unterirdische Einstellhallen).
- Die Rechteckform der mittelalterlichen Stadtanlage muß wieder ablesbar werden. Nicht oder schlecht definiert ist sie heute in den Bereichen Löbdergasse / Holzmarkt und zwischen Johannistor und Anatomieturm. Hier sind bauliche Gestaltungsmaßnahmen erforderlich, welche die ehemalige Grenze zwischen Stadt und Umland wieder deutlich sichtbar machen.
- Die drei alten parallelen Straßenzüge der Innenstadt (Johannisstraße, Leutrastraße, Collegiengasse) sollten wieder entstehen. Zwischen ihnen sind Querverbindungen zu schaffen, sei es in Form von Gassen oder Passagen im Gebäudeinneren (z. B. wie in Bern). Die neue Bebauung sollte sich später gegen Westen auf dem Areal des heutigen Universitätshochhauses fortsetzen können.
- Die Innenstadtbauung sollte eine Blockrandbebauung sein, die in der Mitte der Blöcke kleine Höfe und Plätze freiläßt. Die Erdgeschosse und die ersten Obergeschosse sollten gewerblicher (vorwiegend kleingewerblicher) Nutzung dienen, die oberen als Wohnungen. Zu prüfen ist, ob nicht die verschütteten Untergeschosse freigemacht und so genutzt werden können, daß mittelalterliche Baureste (Grundmauern, Keller) wieder sichtbar werden und einen historischen Bezug geben.
- Die Westseite des Marktes muß wieder geschlossen werden, ebenso die Baulücken auf der Nordseite (zwischen Stadtmuseum und Kaufhaus) und an der Südostecke (Unterm Markt 1).
- Das Gebiet nördlich der Stadtkirche ist wieder in städtischer Form zu bebauen und zu sanieren. Es handelt sich um ein sehr sensibles Gebiet. Hinter der Kirche könnte

- ein Kirchenmuseum mit Kirchenbauamt entstehen, das die Originalbauteile der Kirche aufnimmt, die infolge der erlittenen Schäden ohnehin ausgewechselt werden müssen.
- Die zukünftige Bebauung sollte die ehemalige Gebäudehöhe wieder aufnehmen. Wie früher sollten die Häuser nicht das Johannistor überragen. Die Proportionen der neuen Bebauung sollten kleinmaßstäblich sein, d. h. der Größe der Stadt entsprechen. Das heißt nicht, daß alte Parzellierungen wieder aufleben sollen, doch sollte sich die Gliederung der Fassaden an den Breiten der früheren orientieren. Die Fassaden sollten zudem gewisse Profilierungen zeigen, wie sie früher durch Erker und andere Vorbauten gegeben waren.
 - Der Turm der Stadtkirche, der eigentlich ein Stadtturm und kein Kirchturm war, sollte seine ursprüngliche Gestalt wieder erhalten, um zu zeigen, daß die Stadt wieder voll verantwortlich für sich selbst handeln kann.
 - In der dem Fußgänger vorbehaltenen Innenstadt könnte wieder ein Kanalsystem entstehen, das an dasjenige erinnert, das es in Jena einmal gab, als der Leutrabach die Stadt in mehreren Armen durchfloß, um in der Stadt Mühlen anzutreiben und bei Feuergefahr genügend Löschwasser zu haben. Ähnliches gibt es in Freiburg i. Br. Eine gute Vorstellung des Jenaer Kanalsystems vermittelt der Stadtplan von Seutter (1758).
 - Aufgrund der Wettbewerbsergebnisse sind für die gesamte Innenstadt als Kerngebiet Nutzungs- und Gestaltungspläne zu erarbeiten, in welchen die Anteile von Gewerbe- und Wohnnutzung, Bauhöhe, Geschoßzahl, Volumen, Freiflächen, Schutz- und Schongebiete usw. geregelt sind.
 - Die Flächen der Innenstadt sind zu privatisieren. Da es weder sinnvoll noch möglich ist, die alten Parzellen wieder herzustellen, wäre es zweckmäßig, einen Bauträger (Sanierungsträger im Sinne des Städtebauförderungsgesetzes) mit der Neubebauung zu beauftragen, der dann die Geschoßflächen als Stockwerkseigentum privatisiert, wobei einige Flächen (z. B. Innenhöfe, Passagen usw.) Gemeinschaftseigentum bleiben. Ehemalige Eigentümer von Innenstadtgrundstücken sollten ein begünstigtes Vorkaufsrecht für Stockwerkseigentum erhalten und nicht entschädigt werden.
 - Die Zugänge zur Innenstadt sollten unverändert bleiben. Zukünftige Verkehrskonzeptionen haben darauf Rücksicht zu nehmen. Die wichtigsten Zugänge liegen auf der Süd- (Holzmarkt, ehem. Löbdertor) und auf der Ostseite (ehem. Saaltor). Der Holzmarkt, der heute ein Knotenpunkt von Bus- und Straßenbahnlinien ist, sammelt die Fußgängerströme aus Richtung West- und Paradiesbahnhof sowie die vom Busbahnhof an der Knebelstraße. Auf der Ostseite (Löbdergraben) bildet die Saalstraße den Zugang für diejenigen, die von Jena-Ost, vom Saalbahnhof und von Zwätzen kommen.
 - Für den Verkehr ist ein gesamtstädtisches Konzept zu erarbeiten, das den öffentli-

chen Verkehrsmitteln Priorität einräumt und das in ein regionales Verkehrskonzept integriert ist (Tarif- und Fahrplanverbund). Die drei Bahnhöfe sind eine gute Voraussetzung für ein S-Bahn-System, das auch die Vororte und die Nachbarstadt Weimar erschließt und die Straßenbahn in ihrer heutigen Form überflüssig macht. Dies ist wohl erst längerfristig und nur zusammen mit der Deutschen Bundesbahn realisierbar.

Denkbar ist aber auch ein Verkehrssystem, das aus einer S-Bahn-ähnlich ausgebauten und betriebenen Nord-Süd-Straßenbahnlinie zwischen Lobeda und Zwätzen (durchgehend zweispurig und außerhalb des engeren Stadtbereichs auf eigener Trasse) besteht sowie aus Buslinien, welche die Ost-West-Verbindungen herstellen und die Gebiete an den Berghängen bedienen.

Zumutbarkeit rückwärtiger Spielhallen-Stellplätze

Urteil vom 23. September 1991

In der Sache einer Spielhallenfirma gegen den betreffenden Landkreis; Beigeladen die betreffende Gemeinde. Aktenzeichen: 6 L 131/89; Sachgebiet: Baurecht; Rechtsquellen: § 46 Abs. 1 Satz 2, § 47 Abs. 2 NBauO.

Leitsatz

Eine Spielhalle (oder ein anderes Vorhaben) kann schon deshalb bauordnungsrechtlich unzulässig sein, weil die dafür vorgesehenen rückwärtigen Kunden-PKW-Stellplätze in einem bisher ungestörten Wohngartenbereich mit gepflegten und ruhigen Erholungsmöglichkeiten vor allem abends trotz innerstädtischer Lage zu unzumutbaren Belästigungen für betroffene Nachbarn führen können.

Gründe

I.

Die Klägerin begehrt einen Bauvorbescheid für die Erweiterung ihrer am 24. Februar 1975 ohne Kundenstellplätze genehmigten und vorhandenen Spielhalle im Erdgeschoß des zweigeschossigen Wohn- und Geschäftshauses ... von bisher 46,67 m² auf künftig 107 m² Nutzfläche mit einem 26 m² großen rückwärtigen Anbau sowie der fünf Kunden-PKW-Stellplätze im Wohngarten hinter dem Haus und neben nach Norden und Osten benachbarten, ruhig gelegenen, gepflegten anderen Wohngärten bzw. einer Dachterrasse.

II.

Die Berufung der Klägerin ist zulässig, aber nicht begründet. Das Verwaltungsgericht hat die Verpflichtungsklage im Ergebnis zu Recht abge-

wiesen. Die Klägerin hat keinen Rechtsanspruch auf Erteilung des beantragten Bauvorbescheides.

Zwar steht dem Vorhaben die nach § 17 Abs. 5 BauGB am 20. September 1991 außer Kraft getretene Veränderungssperre der Beigeladenen nicht mehr entgegen. Die nach § 17 Abs. 3 BauGB erneut beschlossene Veränderungssperre für das 5. und 6. Jahr dürfte auch unwirksam gewesen sein. Denn die Erneuerung einer Veränderungssperre ist vom Ablauf des 3. Sperrjahres an nur unter besonderen Umständen zulässig (vgl. § 17 Abs. 2 BauGB). Diese liegen indes nur vor, wenn die Verzögerung des Planverfahrens durch eine ungewöhnliche Sachlage verursacht worden ist und der Gemeinde im Zusammenhang damit nicht der Vorwurf eines Fehlverhaltens gemacht werden kann (BVerwG, Urt. v. 10. 9. 1976 – IV C 39.74 –, NJW 1977, 400 = BRS 30 Nr. 76). Diese Voraussetzungen waren hier kaum gegeben. Nach den Planunterlagen sind keine besonderen Umstände in dem genannten Sinne ersichtlich, die die Überschreitung des dreijährigen Zeitraumes hätten rechtfertigen können, der nach der Vorstellung des Gesetzes in der Regel für die Aufstellung von Bebauungsplänen ausreicht. Vielmehr hat die Beigeladene es offenbar unterlassen, unter Einsatz der gesamten ihr zur Verfügung stehenden Verwaltungskraft und mit der notwendigen Umsicht vorausschauend und in intensiver Bearbeitung das Planverfahren zu betreiben (vgl. Ernst / Zinkahn / Bielenberg, BauGB, 1990, § 17 RdNr. 11). Statt dessen hat sie die Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplans abgewartet und die keineswegs schwierige Neuplanung des streitigen Bereichs übermäßig lange ruhen lassen. Die Erarbeitung eines Rahmenplans begründet aber keine besonderen Umstände, die es erfordern, eine Veränderungs-

sperre über das 4. Sperrjahr hinaus gelten zu lassen (vgl. OVG Lüneburg, Urt. v. 31. 8. 1987 – 1 OVG C 3/87 –). Das mußte hier um so mehr gelten, als die Vierjahresfrist des § 18 Abs. 1 Satz 1 BauGB überschritten war und inzwischen dementsprechend gesteigerte Anforderungen an die »besonderen Umstände« zu stellen waren. Gerade der vorgesehene Ausschluß von Vergnügungstätten wie Spielhallen hätte auch in dem bisherigen Kerngebiet längst abschließend beschlossen werden können. Deshalb wäre davon auszugehen gewesen, daß allein von der Beigeladenen zu vertretende Verzögerungen für die Überschreitung der Dreijahresfrist ursächlich waren (vgl. OVG Bremen, Urt. v. 14. 3. 1989, BRS 49 Nr. 112 und OVG Münster, Urt. v. 23. 6. 1989, BRS 49 Nr. 113).

Unabhängig von der Frage der planungsrechtlichen Zulässigkeit, und zwar auch im Hinblick auf den neuen Bebauungsplan vom 2. September 1991, auf den es in diesem Verfahren letztlich nicht ankommt, scheitert das Vorhaben der Klägerin jedoch an § 46 Abs. 1 Satz 2 NBauO. Danach müssen Garagen und Stellplätze so angeordnet und beschaffen sein, daß ihre Benutzung nicht zu unzumutbaren Belästigungen führt. Diese Vorschrift kann insbesondere dann verletzt sein, wenn mehrere Garagen oder Stellplätze im Inneren von Wohnkomplexen oder im Hintergelände von Wohngrundstücken errichtet werden sollen, wo sie einen erheblichen Störfaktor für die Bewohner der umliegenden Gebäude bilden und damit eine unzumutbare Minderung der Wohnqualität bewirken können (vgl. Urteile des Senats v. 24. 9. 1990 – 6 OVG A 184/88 –, v. 14. 12. 1989 – 6 OVG A 160/87 –, v. 7. 10. 1986 – 6 OVG A 221/84 –; Grosse-Suchsdorf / Schmaltz / Wiechert, NBauO, 4. Aufl. 1987, § 46 RdNr. 22). Allerdings kommt es für die Beurteilung der Störintensität auf die örtliche Situation an. Das Maß dessen, was den Nachbarn an Belästigungen zumutbar ist, beurteilt sich nach den Umständen des konkreten Einzelfalls, wobei insbesondere die Art und das Maß der baulichen Nutzung des Grundstücks und seiner Umgebung, Standort, Zahl und Benutzungsart der Einstellplätze sowie Lage und Beschaffenheit ihrer Verbindungswege zum öffentlichen Verkehrs-

raum von Bedeutung sein können. Der von der Klägerin vorgesehene Standort für die beantragten neuen fünf Stellplätze liegt bis zu 35 m von der Straße zurück und ist von mehreren benachbarten Wohnungen umgeben, die bisher von dort keinen vergleichbaren Störungen ausgesetzt sind. Das gilt besonders für die Rückseiten und Gärten der Häuser im Osten und Nordosten. Von einer entsprechenden Immissionsvorbelastung dieses rückwärtigen Bereichs kann nach dem Ergebnis der zweitinstanzlichen Ortsbesichtigung keine Rede sein. Er muß trotz der westlich benachbarten Sparkasse besonders abends als durchaus schutzwürdig angesehen werden. Dem steht die bisherige Ausweisung dieser Grundstücke als Kerngebiet in dem Bebauungsplan Nr. 11 von 1965 nicht entgegen. Auch in solchen Gebieten ist das Ruhebedürfnis der Bewohner um so mehr zu berücksichtigen, als ihre Wohnungen bereits erheblichem Straßenverkehrslärm von vorne ausgesetzt sind. Vor allem abends und nachts müssen sie sich in ihre rückwärtigen und ruhiger gelegenen Räume zurückziehen können. Kundenstellplätze für eine Spielhalle lassen aber gerade am späten Abend einen lebhaften Besucherverkehr erwarten. Hinzu kommt das Ein- und Ausfahren von Spielhallenbesuchern, welche die vorgesehenen fünf Stellplätze besetzt vorfinden und deshalb wieder umkehren müssen. Wird aber die vor Ort gerichtlich festgestellte bisherige Ruhelage hinter den Häusern durch die Stellplatzanlage empfindlich beeinträchtigt, ist dies den betroffenen Nachbarn nicht zuzumuten und infolgedessen bauordnungsrechtlich unzulässig, zumal die Bungalows an der ruhigen Kastanienallee, die nur von Anliegern befahren werden darf, nicht nur seit Jahrzehnten in einem Landschaftsschutzgebiet liegen, sondern jetzt auch in einem Allgemeinen Wohngebiet des neuen Bebauungsplans vom 2. September 1991. Sie werden auch von dem ca. 90 m nördlich der streitigen Stellplatzanlage der Klägerin entfernten Parkplatz vor dem Krankenhaus nicht so stark gestört, daß sie die nur wenige Meter entfernt vorgesehenen Spielhallen-Stellplätze neben ihren ostwärts angrenzenden Gärten und Dachterrassen hinnehmen müßten.

Erweist sich aber das Vorhaben bereits wegen

der unzumutbaren Belästigungen von den rückwärtigen Stellplätzen als nicht genehmigungsfähig, kann auch die Spielhallenerweiterung selbst nicht zugelassen werden. Denn eine Baugenehmigung ist nicht teilbar, wenn ohne den abzutrennenden Teil kein sinnvolles oder dem Willen des Bauherrn entsprechendes Vorhaben übrigbleibt oder wenn sie durch den Wegfall dieses Teils rechtswidrig wird. Das letztere wäre hier der Fall. Da nach § 47 Abs. 2 NBauO für bauliche Anlagen, die einen Zu- und Abgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen erwarten lassen, Einstellplätze in solcher Anzahl und Größe zur Verfügung stehen müssen, daß sie die vorhandenen

oder zu erwartenden Kraftfahrzeuge der ständigen Benutzer und der Besucher oder baulichen Anlage aufnehmen können, ist das Vorhaben der Klägerin ohne die vorgesehenen Stellplätze insgesamt baurechtswidrig. Ein anderer Standort für die Stellplätze kommt auf diesem Grundstück nicht in Betracht, weil das Gebäude ohne Vorgarten an der Straße steht und seitlich davon nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht. Die Schaffung von Stellplätzen auf einem anderen Grundstück ist nicht Gegenstand der streitigen Bauvoranfrage und wäre in einem erneuten Genehmigungsverfahren auf Antrag von dem Beklagten zu prüfen.

Volker Roscher

Literaturbericht: Baukultur und Stadtentwicklung in Hamburg

ARCHITEKTUR IN HAMBURG. JAHRBUCH 1991, hrsg. von der Hamburgischen Architektenkammer, Hamburg: Junius 1991, zahlr. Abb., 150 S., DM 48,-.

Natürlich ist der Titel falsch gewählt, »Architektur in Hamburg« ist das schon lange nicht mehr, was darin steht, vielleicht wäre es angemessener den Band »Architektur aus, von und für Hamburg« zu nennen, was ja nichts Schlechtes wäre. Denn wo stehen wohl die DG Bank Hannover, deren initiale Graphik soviel aufregender ist als der fertige Bau; die Stadthalle Bielefeld, deren seitlicher Treppenverlauf so unmißverständlich an jenes große Hamburger Büro erinnert...? Wohl wahr – eines der größten – wenigstens physisch – Kontorhäuser Hamburgs wird gleich einleitend und ausführlich behandelt, ist jedoch auch eher ein Import aus München, resp. realisierte Münchener Vorstellung von Hamburgs Hafenarchitektur (Verlagsgebäude von Gruner + Jahr). Der Präsident der herausgebenden Institution ist mächtig »stolz darauf (und), daß so viel freie Presse in dieser Stadt entsteht...« Neben weiterhin dem Bleichenhof – meine ehemals so geliebte 50er Jahre Garage – dem Postgiroamt mit seiner Fremdkörperecke, die sich die Herausgeber offensichtlich nicht getrauten abzubilden; einem dekorativen Umbau des Elbhofes mit, wie der Autor meint, »inneren Gestaltungs-eruptionen« und zehn kursorisch besprochenen Objekten, von denen immerhin drei dem Wohnungsbau gewidmet sind, wird auch die sehr beeindruckende ICE-Wartungshalle der Bundesbahn vorgestellt. Endlich einmal kein Kontorhaus, sondern ein reiner Zweckbau, nicht aufgesetzt, sondern echt, vielleicht gerade deswegen ein Paradestück?!

Damit sollen die realen Neu-Bauten zunächst abgearbeitet sein (das waren die ersten 46 Seiten, immerhin beinahe ein Drittel) und die Herausgeber schlagen ein zweites Kapitel auf: Kritik und Gespräch. Die Zukunft der gebauten Umwelt stellt Kähler anhand der Beiträge zur Kehr-wiederspitz dar. Paradox, aber wahr, Höhns Rückblick auf hamburgische Großhallenprojekte erscheint ebenfalls als ein Blick in die Zukunft. »...daß er auf diesem Posten ein großes Unglück für Hamburg ist«, schließt Manfred Sack seinen Beitrag über jemanden, der die Idee hatte, die Baubehörde umzustrukturieren und zu verkleinern, der es leid war, »von seinen Parteigängern und überhaupt für Dinge kritisiert zu werden, die ihn erstens herzlich wenig interessieren und zweitens lästig sind...« Nur Einfältige hätten gedacht, es sei nicht der Präses eben dieser Behörde selbst gewesen. Nun ist dieses Thema nicht neu, was hier dessen Betrachtung eher noch interessanter werden läßt, denn der Autor hat ein wenig in zwei Senatsdrucksachen gelesen und dabei diesen Schriften – schwierig genug – sehr feinsinnig die Realität entlockt, nur – das war nun bei Redaktionsschluß wirklich noch nicht einzuschätzen – der Mann, der »zwei Hamburger Tiefschläge hat einstecken müssen, wie beim Gewerbegebiet Allermöhe und der Kehr-wiederspitz«, bleibt nicht beim »Rest-Hochbauamt« der Baubehörde, wie vom Autor angenommen; denn er hat just gewechselt – und zwar zu einem zarten Behördenpflänzchen, was erst noch erblühen soll. Der Oberbaudirektor also, in Hamburg liebevoll auch »OD« genannt, amtiert nun doch in der neu gegründeten und mit soviel Hoffnungen belasteten Stadtentwicklungsbehörde.

Das »Hamburger Feuilleton« oder auch drittes Kapitel, hat es nun etwas leichter, darf es

doch seine Kritik an bereits Geschehenem auslassen. Das Gewordensein des Hamburger Binnenhafens (Marten), die Architektur der Hamburger Einfamilienhäuser (Kähler), der Abbruch des Kraftwerkes Neuhoof (Föhl) – was für ein Industriedenkmal hätte es doch sein können – oder gar die Geschichtszerstörung als Traditionspflege unter dem Titel: Von den Dammtor-Friedhöfen zum Japanischen Garten (Haspel), sind Gegenstand der Betrachtung.

Am Schluß, im vierten Kapitel, wird man dann noch einmal persönlich und stellt Vergangenheit, Gegenwart und (Vor-)Geschichte dar, indem die Architekten Nissen (Frank); Kleffel, Köhnholdt, Gundermann (Meyhöfer) und zuletzt der aus Dänemark nach Altona versetzte und von Hamburg spätangetragene C. F. Hansen (Grundmann) vorgestellt werden. Und schon sind wir bei Seite 149 angelangt. Die 150. stellt uns die große Gruppe der das Werk Tragenden vor.

Was bleibt, ist der Wunsch nach mehr Architektur, nach mehr Diskussion und nach mehr Einbindung der gesamtstädtischen Entwicklung in dieselbe – von der es jedoch ohne das Jahrbuch viel weniger in Hamburg gäbe. Allerdings – ein Jahrbuch ist es noch nicht. Wir warten also gespannt auf die vierte Ausgabe.

BOOMTOWN ODER GLOOMTOWN? STRUKTURWANDEL EINER DEUTSCHEN METROPOLE: HAMBURG, mit einem Vorwort von Klaus von Dohnany, hrsg. von Steffen Bukold und Petra Thinner, Berlin: edition sigma 1991, div. Graphiken, 244 S., DM 29,80.

Der Titel ist wohl eher für englisch Sprechende gedacht, aber trotzdem drückt er den Problemansatz der Autoren angemessen aus: Gute oder trübe Aussichten für Hamburgs wirtschaftliche Entwicklung? Im Moment werden viele diese Fragen für überflüssig halten, stehen doch überall die Baukräne und Hamburg blüht, wächst und gedeiht prächtig. Diese Aussage würden auch die Autoren des Buches – jedenfalls für die gegenwärtige Lage – teilen, jedoch versuchen sie

die Grundlagen der augenblicklichen Entwicklung einzuschätzen und sehen diese auch und gerade stark begründet in Konjunkturüberhitzungserscheinungen, die Hamburg allerdings teils gut nutzen kann.

Jedoch – eine Langzeitperspektive einer wachsenden Wirtschaft bedarf gerade in dieser Phase der Überprüfung der bestehenden wirtschaftlichen Strukturen, um einen Ansatz zur Verständigung des Erfolges des Gesamtwirtschaftsraumes Hamburgs zu entwickeln. Diese Struktur, so weisen die Autoren nach, zeigt Lücken, die besonders durch die gegenwärtige Konjunktur nicht nur nicht ausgeglichen, sondern noch erweitert werden. Diese Lücken werden besonders in den nur sehr begrenzten Regionaleffekten der Wirtschaft gesehen. Das gilt sowohl für die mit hervorragenden Ergebnissen arbeitenden Bereiche der Hamburger Wirtschaft wie den Hafen, für die flugtechnische und Luftfahrtbranche, aber auch für den Maschinenbau. Insgesamt zeigt sich, daß eine Neigung Hamburgs besteht, traditionell Großstrukturen zu fördern, deren Einbindung nur selten die notwendigen regionalen Effekte zeitigt.

Regional abgestufte, aufeinander bezogene, große, mittlere und kleine Einheiten (Motto: von »High-Tech« zu »Kombi-Tech«) sind nach Auffassung der Autoren jedoch eher eine Grundlage zur Verstärkung des Erfolges – was z. B. in Deutschlands Süden schon lange die Grundlage der erfolgreichen Wirtschaft bildet. Daneben sollte eine umfängliche Regionalplanung während der Prosperität nicht vergessen werden. Besonders vor dem noch deutlich nachwirkenden Hintergrund der Auswirkungen der Suburbanisierung der 60er Jahre zeigt sich die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Planung, die die Potentiale der gesamten Region ins Auge fassen muß.

Wem am Zusammenhang von regionaler Wirtschaftsstruktur, wirtschaftlicher Konsolidierung, Sozialstruktur und räumlicher Planung gelegen ist, um ernsthaft handlungsfähig zu werden, kann viele Anregungen aus diesem Buch – das wesentlich auf Arbeiten am Bereich Stadtökonomie an der TU Hamburg-Harburg bei Prof. Dieter Läßle zurückgreift – über Deutsch-

lands zweitgrößte Stadt, die momentan so in jedermanns Trend liegt, entnehmen.

DER HAMBURGER HAUPTFRIEDHOF OHLSDORF. Geschichte und Grabmäler, bearb. von Andreas von Rauch, 2 Bde, Hamburg: Christians Verlag 1990, zahlr. Abb., eine Übersichtskarte, zus. 442 S., DM 49,80.

Nekropolis, die Totenstadt, sie hat hier in Hamburg Ausmaße erreicht, die ihresgleichen in der ganzen Welt suchen. Immerhin bringt es der Ohlsdorfer Friedhof gegenwärtig auf eine Größe von 410 Hektar, bei einer Länge von 4,1 und einer Breite von 1,5 Kilometern. Ob es sich weltweit um den auch schönsten Friedhof handelt – wie in Hamburg gern behauptet – ist wohl nicht die wichtigste Frage. Wichtiger erscheint, daß dieser vor nunmehr 115 Jahren begonnene sog. »Zentralfriedhof« – in Hamburg lange Zeit der einzige – ein ganzes Zeitalter einleitete. Zwei Entwicklungs- resp. Planungsphasen weist »Ohlsdorf«, wie diese – wissenschaftlich gesprochen – »nach künstlerischen Gesichtspunkten gestaltete Parkanlage mit Beerdigungsbetrieb« gern synonym genannt wird, auf. Der westliche Teil, von 1877, zeigt einen weichen, parkartigen Charakter, der die Gräber kaum in Erscheinung treten läßt. Dies ist der sog. Cordes-Teil. Der östliche, der sog. Linne-Teil von 1920, ist dagegen kantig, offen einsehbar und straff geordnet. Durch das Aufeinanderstoßen dieser Teile wird besonders deutlich, daß die Totenstadt auch immer freies Entfaltungsfeld für die möglichst freie und ungehinderte Realisierung der Planungs Ideen der Stadt der Lebenden war. Nirgendwo sonst konnte man eine »Stadt« so ungehindert planen und entwickeln. Nekropolis war nicht nur in seiner Gesamtkonzeption Vorbild und Wirklichkeitstraum, sondern auch in seiner Detailausführung, d. h. seinen Bauwerken wie Grüften, Mausoleen und Grabsteinen sowie Grabgestaltungen.

Das vorliegende zweibändige Werk gibt Auskunft über die Geschichte der Friedhöfe, des Zentralfriedhofs, der Planungsgedanken und

der Architektur und Kunst dieses zweifelsfreien »Gesamtkunstwerkes Ohlsdorf«.

DIRK SCHUBERT (Hrsg.), Sozial Wohnen, Kommunale Wohnungspolitik zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen, Darmstadt: Verlag für wiss. Publikationen 1992, 329 S., DM 28,-.

»Wir kamen aus einer Zeit, deren Kulturzustand gemessen wurde nach der besten Leistung, die sie auf dem Gebiet des Wohnungswesens aufweisen konnte. Wir gehen in eine Zeit, deren Kulturzustand bemessen werden wird nach der schlechtesten Wohnung, die sie entstehen läßt.« Diese Meßlatte, die Fritz Schumacher 1947 noch in »Erziehung durch Umwelt« auflegt, scheint neben der sich darbietenden Wohnungsproblematik in den aufziehenden 90er Jahren Leitfaden des vorgelegten Buches zu sein, denn darin wird versucht, ausgetretene Pfade zu überwinden und bereits vorhandene Versuche und neue Ansätze in der Wohnungsplanung, dem Wohnungsbau und der Bestandsentwicklung aufzuzeigen. Beispiele aus dem benachbarten Ausland werden ebenso betrachtet wie auch schon kleinste neue Ansätze in der Wohnungsplanung im Inland. Eine platte Übertragung der in anderen Kontexten entstandenen Modelle wird weitgehend vermieden wie auch ein umfänglicher Analyseteil selbstverständlich nicht fehlt.

Der vorliegende Band geht zurück auf eine Tagung, die an der HfbK Hamburg im November 1990 unter dem Titel »Zur Zukunft städtischer Wohnungsbestände« stattfand. Die damals gehaltenen Tagungsreferate wurden überarbeitet und ergänzt durch weitere, dort, wo man thematische Lücken entdeckte. Ein interessantes und informatives Werk, welches es leistet, sowohl die deutschen Bedingungen zu differenzieren und auch die ausländischen zu relativieren.

Die im folgenden vorgestellten Hefte aus der Reihe DENKMALPFLEGE IN HAMBURG (Format 21 x 29,7, teils mit farbigen Abbildungen) werden herausgege-

ben vom Denkmalschutzamt Hamburg und können von dort bezogen werden: Denkmalschutzamt Hamburg, Imstedt 20, 2000 Hamburg 76).

DIE ZEISSSTRASSE, OSTERKIRCHENVIERTEL OTTENSEN (48 Seiten, 1991).

Diese Straße steht schon lange im öffentlichen Interesse. Nach Sanierungsplänen in den 70ern beschloß der Hamburger Senat 1986 die Einleitung vorbereitender Untersuchungen, die Anfang 1991 abgeschlossen wurden.

Die Zeißstraße ist für die Geschichte Ottensens – welches 1937 mit der Stadt Altona Großhamburg zugeschlagen wurde – die »Hauptstraße« des Osterkirkenviertels und repräsentiert in anschaulicher Weise wichtige Phasen der Entwicklung des früheren Kirchdorfes. Sie nimmt unter den Kleinhausensembles eine absolute Sonderstellung ein.

DIE BUGENHAGENKIRCHE IN BARMBEK. Ein evangelisch-lutherischer Kirchenbau der 20er Jahre (64 Seiten, 1991).

Dieser expressionistische Backsteinbau entstand 1926 nach einigen Friktionen in der vom Hamburger Stadtteil Alt-Barmbek abgetrennten neuen Gemeinde West-Barmbek. Nicht nur finanzielle Bedenken standen im Wege, sondern auch »bedeutende Teile der Bevölkerung der evangelischen Kirche (standen) indifferent, kritisch, ja ablehnend (der Errichtung) gegenüber.« Der Architekt Emil Heynen gewann den be-

schränkten Wettbewerb 1925 vor u. a. so bedeutenden Architekten wie Fritz Höger und Gerhard Langmaack.

DAS EHEMALIGE ISRAELITISCHE KRANKENHAUS (56 Seiten, 1991).

150 Jahre nach der Grundsteinlegung, konnte dieses Gebäude in St. Pauli teils restauriert und instandgesetzt mit neuer Nutzung (eine Dienststelle der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales) wieder in Gebrauch genommen werden. Es steht nicht nur für die Architekturgeschichte eines damals hochmodernen Krankenhauses, sondern auch für die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Hamburg. Gestiftet wurde der Bau von Salomon Heine und errichtet nach Plänen des Architekten Johann Hinrich Klees-Wülbern.

SPIELBUDENPLATZ, Gruß aus dem St. Pauli Tivoli (4 Seiten, 1991).

Als die Architekten Bahre und Quersfeld 1890 für den Bauherrn Bierhallen AG das »Etablissement Große Bierhalle« errichteten, dachten sie sicherlich noch nicht an die häufig sich ändernde Nutzung über dann »St. Pauli Tivoli Concerthaus«, »Lebende Bilder« (Kino), Kaffeehaus, »Zillertal« bis wieder zurück zum nun »Schmidts Tivoli«. Das Denkmalschutzamt hat ein kleines interessantes Faltblatt zu einem wieder ins Interesse gerückten Ort herausgegeben.

Die Autoren

NATALIA DUSCHKINA, 1954; Studium an der Moskauer Architekturhochschule, 1982 Dissertation auf dem Gebiet der Theorie und Geschichte der Architektur. Seit 1983 am Lehrstuhl für Geschichte der Architektur und des Städtebaus am Moskauer Institut für Architektur (MARKCHI). Publikationen zur Geschichte der westeuropäischen, russischen und sowjetischen Architektur; Arbeit mit ICOMOS für die Erhaltung des architektonischen und städtebaulichen Erbes.

REINHARD W. HEINEMANN, 1937, Dipl.-Ing. Nach dem Studium in Dresden, Hannover und München Tätigkeit im Stadtplanungsamt der Stadt Köln, dort langjährig stellv. Planungsamtsleiter. 1987–1991 Beigeordneter und Baudezernent in Trier, seit 1992 Ministerialdirigent im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit als Leiter der Abt. Verkehrspolitik und Landesverkehrsplanung.

PETER JÜNGST, 1942; Studium der Geographie, Geschichte und Soziologie in Frankfurt, Marburg und London. Research assistant in Portsmouth, research fellow in Vancouver. Akad. Rat in Marburg, Professor für angewandte Geogra-

phie und Sozialgeographie in Kassel. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Psychodynamik und Symbolbelegungen räumlicher Umwelt sowie innerstädtische Differenzierungsprozesse in der industriellen Revolution.

HOLGER SONNABEND, 1956. Nach Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Hannover Tätigkeit bei der Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik des Deutschen Archäologischen Instituts in München. Seit 1985 wiss. Assistent am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Abt. Alte Geschichte. Forschungsschwerpunkte: Historische Migration und Historische Geographie der Alten Welt.

UWE WIENKE, geb. 1938 in Jena. Architekturstudium in der BRD, von 1961 bis 1991 in der Schweiz tätig, darunter am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH Zürich und am Schweizerischen Krankenhaus-Institut in Aarau mit dem Arbeitsschwerpunkt »Soziale Infrastruktur«; lebt heute in Perugia (Italien), wo er eine Vereinigung für »Gesundheit und Umwelt« ins Leben gerufen hat, die im Rahmen des WHO-Projektes »Gesunde Städte« arbeitet.

Zur Besprechung eingegangene Bücher

ANDERMANN, ULRICH, Ritterliche Gewalt und bürgerliche Selbstbehauptung. Untersuchungen zur Kriminalisierung und Bekämpfung des spätmittelalterlichen Raubrittertums am Beispiel norddeutscher Hansestädte (Rechtshistorische Reihe, Bd. 91), Frankfurt/M.: Peter Lang 1991, 366 S., DM 97,-

ASCHENBECK, NILS, Heinz Stoffregen 1879–1929. Architektur zwischen Tradition und Avantgarde, Braunschweig: Vieweg 1990, 113 Abb., 96 S., DM 48,-

BAEUMERTH, ANGELIKA, Königsschloß contra Festtempel. Zur Architektur der Kursaalgebäude von Bad Homburg, Marburg: Jonas 1991, 136 Abb., 384 S., DM 38,-

BAMBERGE, NAFTALI BAR GIORA, Der jüdische Friedhof in Höchberg. Memor-Buch (Schriften des Stadtarchivs Würzburg, Heft 8), Würzburg: Schöningh 1991, 341 Abb., 455 S., DM 98,-

BECHER, WERNER / FISCHER, ROMAN (Hrsg.), Die Alte Nikolaikirche am Römerberg. Studien zur Stadt- und Kirchengeschichte (Studien zur Frankfurter Geschichte, Bd. 32), Frankfurt a. M.: Kramer 1992, 245 z. T. farbige Abb., 458 S., DM 68,-

BECKSTEIN, HERMANN, Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und dem Deutschen Reich 1896–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 93), Düsseldorf: Droste 1992, 484 S., DM 78,-

BIANCO, STEFANO, Hofhaus und Paradiesgarten. Architektur und Lebensformen in der islamischen Welt, München: C. H. Beck 1991, 211 Abb., 308 S., DM 88,-

BLATTMANN, MARITA, Die Freiburger Stadtrechte zur Zeit der Zähringer. Rekonstruktion der verlorenen Urkunden und Aufzeichnungen des 12. und 13. Jahrhunderts (Veröff. aus dem Archiv der Stadt Freiburg i. Br., Bd. 27), Freiburg: Ploetz 1991, 2 Bde., zus. 772 S.

BLEK, STEPHAN, Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchner Westend 1890–1933, München: Oldenbourg 1991, 350 S., DM 98,-

BOLLEREY, FRANZISKA, Architekturkonzeptionen der Utopischen Sozialisten. Mit einem Vorwort von Julius Posener, Berlin: Ernst & Sohn 1991, 310 Abb., 252 S., DM 78,-

BORST, RENATE / KRÄTKE, STEFAN / MAYER, MARGIT (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte (Stadtforschung aktuell, Bd. 29), Basel: Birkhäuser 1990, 323 S., DM 68,-

BRUCKHAUS, MARGARETE, Bückeberg. Kleinstadt und Residenz von Anfang des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des Alten Reiches (Schaumburger Studien, Heft 50), Rinteln: Bösendahl 1991, 277 S.

BURG, ANNEGRET, Stadtarchitektur Mailand 1920–1940. Die Bewegung des Novecento Milanes um Giovanni Muzio und Giuseppe de Finetti, Basel: Birkhäuser 1992, 270 Abb., 208 S., DM 128,-

BURKHARDT, MARTIN / DOBRAS, WOLFGANG / ZIMMERMANN, WOLFGANG, Konstanz in der frühen Neuzeit. Reformation. Verlust der Reichsfreiheit. Österreichische Zeit (Geschichte der Stadt Konstanz. Bd. III), Konstanz: Stadler 1992, zahlr. Abb., 480 S., DM 118,-

CIRÉ, ANNETTE / OCHS, HAILA (Hrsg.), Die Zeitschrift als Manifest. Aufsätze zu architektonischen Strömungen im 20. Jahrhundert, Basel: Birkhäuser 1991, 35 Abb., 208 S., DM 59,50.

CSER, ANDREAS / VETTER, ROLAND / JOHO, HELMUT, Geschichte der Stadt Eberbach am Neckar vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart (Geschichte der Stadt Eberbach, Bd. 2, hrsg. von der Stadt Eberbach a. N.), Sigmaringen: Thorbecke 1992, 85 Abb., 478 S., DM 42,-

DOLGNER, DIETER / ROCH, IRENE, Stadtbaukunst im Mittelalter, Berlin: Verlag für Bauwesen 1990, 98 Zeichn., 126 Fotos, 272 S., DM 55,-

ECHTER, KLAUS-PETER, Das geschichtliche Bild der Städte. Großstadt und Denkmalpflege, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1991, 91 Abb., 182 S., DM 56,-

EISENMANN, PETER / JOHN RAJCHMAN, Unfolding Frankfurt, Berlin: Ernst & Sohn 1992, Text Deutsch-Englisch, 47 Abb., 80 S., DM 28,-

ELSNER, TOBIAS v., Kaisertage. Die Hamburger und das Wilhelminische Deutschland im Spiegel öffentlicher Festkultur (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 471), Frankfurt/M.: Peter Lang 1991, 581 S., DM 123,-

ENGELMANN, CHRISTINE / SCHÄDLICH, CHRISTIAN, Die Bauhausbauten in Dessau, Berlin: Verlag für Bauwesen 1991, zahlr. Abb., 120 S., DM 42,-

FEUDENHEIM. Illustrierte Geschichte eines Mannheimer Vorortes, bearb. von der Geschichtswerkstatt Feudenheim, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim, 370 Abb., 184 S., DM 39,80.

FRANKFURT AM MAIN UND DAS RHEIN-MAIN-GEBIET. Geographische Beiträge aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der J. W. Goethe-Universität Frankfurt a. M., hrsg. von Klaus Wolf und Franz Schymik (Rhein-Mainische Forschungen, Heft 107), Frankfurt a. M.: Selbstverlag 1990, Abb., Karten, 422 S., DM 36,-

FRANKFURT AM MAIN. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen, hrsg. v. der Frankfurter Histo-

rischen Kommission, Sigmaringen: Thorbecke 1991, Abb., 630 S.

FRANZKE, HERMANN R. (Hrsg.), Industriebau Bosch. Standorte – Bauten – Technik, Basel: Birkhäuser 1992, 382 Abb., 345 S., DM 118,-

FÜNFUNDSIEBZIG JAHRE ÖSTERREICHISCHER STÄDTBUND 1915 BIS 1990, von Helmut Lackner u. a. (Forschungen zur Geschichte der Städte und Märkte Österreichs, Bd. 3), Linz: Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung 1990, Abb., 125 S.

GLÜCK, HORST, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der mittlere Neckarraum (Esslinger Studien, Schriftenreihe Bd. 10), Esslingen: Stadtarchiv 1991, 318 S.

GORISSEN, FRIEDRICH, Das Ultsche Haus in Kalkar. Beispiel für das Kalkarer Bürgerhaus im späten Mittelalter (Schriften des Stadtarchivs Kalkar), Kalkar: Boss 1992, 61 Abb., 88 S., DM 24,-

GRÄTZ, REINHART / LANGE, HELMUT / BEU, HERMANNJOSEF (Hrsg.), Denkmalschutz und Denkmalpflege. 10 Jahre Denkmalschutzgesetz NRW, Pulheim: Rheinland-Verlag 1991, 117 Abb., 344 S., DM 24,80.

GROSSMANN, ULRICH G. / FRECKMANN, KLAUS u. a. (Hrsg.), Aus den Forschungen des Arbeitskreises für Haus- und Siedlungsforschung (Berichte zur Hausforschung, Bd. 2), Marburg: Jonas 1991, 102 Abb., 173 S., DM 48,-

HASPEL, JÖRG, Ulmer Arbeiterwohnungen in der Industrialisierung (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 22), Ulm: Stadtarchiv 1991, 76 Abb., 1 Tab. im Text, 40 S. Abb., 460 S., DM 78,-

HEINELT, HUBERT / WOLLMANN, HELLMUT (Hrsg.), Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren (Stadtforschung aktuell, Bd. 31), Basel: Birkhäuser 1991, 370 S., DM 59,80.

HELBRECHT, ILSE, Das Ende der Gestaltbarkeit? Zu Funktionswandel und Zukunftsperspektiven

räumlicher Planung (Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung, Heft 10), Oldenburg: Bibliotheks und Informationszentrum der Universität 1991, 12 Abb., 218 S.

HERLYN, ULFERT / POBLOTZKI, URSULA (Hrsg.), Von großen Plätzen und kleinen Gärten. Beiträge zur Nutzungsgeschichte von Freiräumen (Arbeiten zur sozialwiss. orientierten Freiraumplanung, Bd. 12), München: Minerva Publikation 1992, 212 S., DM 59,-.

HIERL, RUDOLF, Erwin Gutkind 1885–1968. Architektur als Stadtraumkunst, Basel: Birkhäuser 1992, 220 Abb., 216 S., DM 118,-.

HILLER, MARLENE / JÄCKEL, EBERHARD / ROHWER, JÜRGEN (Hrsg.), Städte im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Essen: Klartext 1991, 100 Abb., 350 S., DM 39,80.

HOFMEISTER, BURKHARD, Die Stadtstruktur. Ihre Ausprägung in den verschiedenen Kulturräumen der Erde, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, 2. korr. und erg. Auflage 1991, 214 S., DM 39,-.

HOHN, UTA, Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg. Regionale Unterschiede und Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt (Duisburger Geographische Arbeiten, Bd. 8), Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 1991, zahlr. Abb., 394 S., DM 75,-.

HUDEMANN, RAINER / WITTENBROCK, ROLF (Hrsg.), Stadtentwicklung im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum (19. u. 20. Jahrhundert), Saarbrücken: Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 1991, DM 45,-.

HUSS, WERNER, Karthago, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1992, 432 S., DM 98,-.

INSTITUT FÜR DENKMALPFLEGE IN DER DDR (Hrsg.), Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte in der DDR. Teil 2, Berlin: Verlag für Bauwesen 1991, 236 Fotos, 220 S., DM 47,-.

JAEGER, FALK, Zurück zu den Stilen. Baukunst der achtziger Jahre in Berlin, Berlin: Ernst & Sohn 1991, 202 Abb., 180 S., DM 58,-.

JAHRBUCH FÜR ARCHITEKTUR 1991, hrsg. vom Deutschen Architekturmuseum u. Vittorio Magnano Lampugnani, Braunschweig: Vieweg 1991, 279 S., DM 48,-.

JAHRBUCH STADTERNEUERUNG 1990/91. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen, hrsg. vom Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen, Berlin: Technische Universität 1991, zahlr. Abb., 302 S., DM 28,-.

KAPPES, REINHILD, ...und in Singen gab es keine Juden? Eine Dokumentation, Sigmaringen: Thorbecke 1991, 51 Abb., 128 S., DM 20,-.

KATZINGER, WILLIBALD / GERHART MARCKH-GOTT (Red.), Bayern, Ungarn und Slawen im Donauraum (Forschungen zur Geschichte der Städte und Märkte Österreichs, Bd. 4), Linz: Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung 1991, 14 Abb., 245 S.

KULTURDENKMÄLER IN HESSEN. Stadt Fulda, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Braunschweig: Vieweg 1992, 467 S., DM 76,-.

KIRCHGÄSSNER, BERNHARD / SCHMITT, HEINZ (Hrsg.), Stadtkern und Stadtteile (Stadt in der Geschichte, Bd. 17, Veröff. des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung), Sigmaringen: Thorbecke 1991, 12 Abb., 136 S., DM 36,-.

KUHN, HANS-DIETER, Chronik des Finanzamts Konstanz. Mit Auszügen aus der Steuergeschichte, Konstanz: Hartung-Gorre 1991, 168 S., DM 19,80.

LICHTENBERGER, ELISABETH, Stadtverfall und Stadterneuerung (Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung, Bd. 10, hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Institut für Stadt- und Regionalforschung), Wien: Selbstverlag 1990, Abb., Karten, 270 S.

MAIER, STEFAN, Schottenheim. »Die neue Stadt bei Regensburg« als völkische Gemeinschaftssiedlung (Regensburger Schriften zur Volkskunde, Bd. 8), Bamberg: WVB 1992, 235 S.

MARAHRENS, WALTER / AX, CHRISTINE / BUCK, GERHARD (Hrsg.), Stadt und Umwelt. Aspekte einer europäischen Stadtpolitik (Stadtforschung aktuell, Bd. 32), Basel: Birkhäuser 1991, 464 S., DM 59,80.

MARCUSE, PETER / STAUFENBIEL, FRED (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR, Berlin: Akademie-Verlag 1991, 289 S., DM 48,-.

MEDICUS, THOMAS, Städte der Habsburger, Frankfurt a. M.: Hain 1991, 106 S., DM 20,-.

MENSCH UND RAUM. Das Darmstädter Gespräch 1951 (Bauwelt Fundamente, Bd. 94), Braunschweig: Vieweg 1991, 168 S., DM 32,-.

MILJUTIN, N. A., Sozgorod. Die sozialistische Stadt 1930, aus dem Engl. von Kyra Stromberg, Basel: Birkhäuser 1991, 125 Abb., 168 S., DM 78,-.

MIT WASSER UND DAMPF INS INDUSTRIEZEITALTER. Zeitzeugen der frühen Industrialisierung im Belgisch-Französischen Grenzraum, hrsg. von Gerhard Fehl / Dieter Kaspari-Küffen / Lutz-Henning Meyer, Aachen: Meyer & Meyer 1991, zahlr. Abb., 296 S.

MORRIS LAPIDUS. Der Architekt des amerikanischen Traums, hrsg. von M. Düttmann u. Friederike Schneider, Basel: Birkhäuser 1992, 310 Abb., 240 S., DM 98,-.

MÜHLE, EDUARD, Die städtischen Handelszentren der nordwestlichen Rus (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 32), Stuttgart: Franz Steiner 1991, DM 88,-.

MÜLLER, CHRISTINA, Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und zur sozialen Schichtung einer residenzstädtischen Bevölkerung (Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte, Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 1), Karlsruhe: Badenia 1992, 2 Abb., 455 S., DM 45,-.

MÜLLER, JÜRGEN, Von der alten Stadt zur Munizipalität. Die Auswirkungen der Französischen Revolution in den linksrheinischen Städten Speyer und Koblenz, Koblenz: Görres 1990, zahlr. Tab., 385 S.

MÜLLER, HARALD, Ulrich Johann Voigt 1669–1732. Stadtmusikus zu Celle und Lüneburg (Schriftenreihe des Stadtarchivs Celle und des Bomann-Museums, Heft 12), Celle: Stadtarchiv 1985, Abb., 128 S., DM 12,-.

NEUES BAUEN IN ALTBAUGEBIETEN (architektur + wettbewerbe 148), Stuttgart: Krämer 1992, 300 Abb., 98 S., DM 30,-.

NOVY KLAUS / FÖRSTER WOLFGANG, Einfach Bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung, Wien: Picus 1991, 265 SW-Abb. u. Pläne, 40 Farbbabb., 198 S., ÖS 398,-; DM 54,-.

PETER NOEVER, Wiener Architekturgespräche, hrsg. v. E. Schweeger, Berlin: Ernst & Sohn 1991, 72 Abb., 188 S., DM 68,-.

POMMERIN, RAINER (Hrsg.), Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen (Veröff. des Stadtarchivs Bonn, Bd. 50), 263 S.

RATHENOW, LUTZ / HAUSWALD, HARALD, Berlin-Ost – Die andere Seite der Stadt. Mit einem Nachwort von Jürgen Fuchs, Berlin: BasisDruck 1990, 70 Fotos, 200 S., DM 29,80.

RAUH-KÜHNE, CORNELIA, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918 bis 1939, Sigmaringen: Thorbecke 1991, 23 Abb., 453 S., DM 68,-.

RENNSPIESS, UWE, Von der Weltwirtschaftskrise zur Gleichschaltung. Stadtgeschichte und Kommunalpolitik Kamens 1929–1933, Essen: Klartext 1992, zahlr. Abb., 430 S., DM 29,80.

RENNSPIESS, UWE, »Jenseits der Bahn«. Geschichte der Ahlener Bergarbeiterkolonie und der Zeche Westfalen, Essen: Klartext 1989, zahlr. Abb., 396 S.

RIBHEGGE, WILHELM (Hrsg.), Hamm. Geschichte der Stadt und Region im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf: Patmos 1991, zahlr. Abb., 528 S., DM 39,80.

RIEMANN, GOTTFRIED / HEESE, CHRISTA, Karl Friedrich Schinkel. Architekturzeichnungen, Berlin: Henschel 1991, 83 Abb., 32 Tafeln, 104 S., DM 78,-.

ROTHE, KURT, Das Finanzwesen der Reichsstadt Ulm im 18. Jahrhundert (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 21), Ulm: Stadtarchiv 1991, 107 Tab., 4 Graphiken, 194 Tab. auf Mikrofiches als Beilage, 470 S., DM 68,-.

SAHRHAGE, NORBERT, Bünde zwischen »Macht-ergreifung« und Entnazifizierung. Geschichte einer Westfälischen Kleinstadt von 1929–1953, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1991, 100 Abb., 368 S., DM 29,80.

SCHEIDEGGER, FRITZ (Hrsg.), Aus der Geschichte der Bautechnik, Bd. 1: Grundlagen. Von den ersten Geräten bis zu den Baumaschinen, Bd. 2: Anwendungen, Basel: Birkhäuser 1990 u. 1992, 163 Abb., 264 S., u. 530 Abb., 263 S., jew. DM 98,-.

SCHOLZE, THOMAS, Im Lichte der Großstadt. Volkskundliche Erforschungen metropolitaner Lebensformen, Wien – St. Johann/Pongau: 1990, 199 S., ÖS 248,-; DM 35,-.

SCHRAUT, ELISABETH / SIEBENMORGEN, HARALD / AKERMANN, MANFRED (Hrsg.), Hall im 19. Jahrhundert. Eine württembergische Oberamtsstadt zwischen Vormärz und Jahrhundertwende (Kataloge des Hällisch-Fränkischen Museums Schwäbisch Hall, Bd. 5), Sigmaringen: Thorbecke 1991, 384 Abb., 424 S., DM 52,-.

SCHULZ, KNUT, Denn sie lieben die Freiheit. Kommunale Erhebungen in mittelalterlichen Städten, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1992, Abb., 288 S., DM 64,-.

STEINER, DIETMAR (Red.), Neuer Wiener Wohnbau / New Housing in Vienna, Bonn: Löcker 1992, deutsch/englisch, 304 z.T. farb. Abb., 192 S., ÖS: 220,-; DM 29,80.

STOMMER, RAINER / MAYER GÜRR, DIETER, Hochhaus. Der Beginn in Deutschland, Marburg: Jonas 1991, 413 Abb., 261 S., DM 68,-.

STRUVE, WALTER, Der Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Die Geschichte der Stadt Osterode am Harz 1918–1945, Essen: Klartext 1991, 500 S., DM 48,-.

STÜRMER, RAINER, Freiflächenpolitik in Berlin in der Weimarer Republik, Berlin: Berlin-Verlag 1991, Abb., Tab., 359 S.

THIER, DIETRICH (Hrsg.), Werdringen, lebendige Geschichte im Ruhrbogen. Die Bauakte des Wasserschlosses Werdringen von 1799/1800 der Freiherren von der Recke, Hagen: Linnepe 1991, 25 Abb., 72 S., DM 26,-.

VON SALDERN, ADELHEID / AUFFARTH, SID (Hrsg.), Wochenend und schöner Schein. Freizeit und modernes Leben in den Zwanziger Jahren. Das Beispiel Hannover, Berlin: Elefanten Press 1991, zahlr. Abb., 143 S.

WOLTER, BETTINA-MARTINE, Deutsche Palastbaukunst 1750–1850. Theorie – Entwurf – Baupraxis, Braunschweig: Vieweg 1991, 211 S., DM 78,-.

ZIMMERANN, KONRAD OTTO, Umweltverträglichkeitsprüfung in der Kommunalverwaltung. Organisation, Einführung und Durchführung in der Praxis, Köln: Deutscher Gemeindeverlag 1990, 272 S., DM 49,80.

ZITTLAU, REINER, Heiliggrabkapelle und Kreuzweg. Eine Bauaufgabe in Nürnberg um 1500 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg, Bd. 49), Nürnberg: Stadtarchiv 1992, 66 Abb., 12 Pläne, 253 S.

Besprechungen

HARTMANN SCHEDEL: *WELTCHRONIK, Faksimile der Ausgabe Nürnberg 1493, Ludwigsburg: Edition Libri Illustri 1990, DM 5900,-.*

Allein schon konservatorisches Interesse rechtfertigt die aufwendige und kostspielige Herstellung von Faksimile-Ausgaben bedeutender, wertvoller Handschriften und Drucke. Der ästhetische Aspekt solcher Werke schafft seit einiger Zeit einen florierenden Markt: Die Nachfrage seitens einer interessierten Öffentlichkeit trifft sich mit den Bedürfnissen von Wissenschaftlern und Konservatoren in dem Wunsch, solche Werke im Sinne des Wortes zugänglich zu machen – als historische Quellen, als außerordentliche kulturgeschichtliche Zeugnisse und nicht zuletzt eben als eindrucksvolle und »schöne« Bilder.

Die Ludwigsburger Edition Libri Illustri – ihr Motto im Namen tragend – zählt zu jenen Unternehmen, die sich erfolgreich der schwierigen Verbindung von fachlichem und technischem Sachverstand in der Faksimilierung berühmter Bücher widmen. Sie legt jetzt (zugleich mit der Edition Leipzig) die Weltchronik Hartmann Schedels (1440–1514) in der deutschsprachigen, kolorierten Ausgabe von 1493 nach einem Exemplar der Zentralbibliothek der deutschen Klassik in Weimar vor. Bisher nur in einem formatverkleinerten unkolorierten Reprint zugänglich, wird die Inkunabel durch die neue Ausgabe in Originalformat und mit ihren kolorierten insgesamt 1809 Holzschnitten (und 287 gezählten Blatt Umfang) präsentiert.

Aufbau und Konzeption des Werkes entsprechen dem in der Chronistik jener Zeit Üblichen. Ein ausführliches, alphabetisch geordnetes Register der behandelten Gegenstände leitet das

Buch ein. Die Darstellung folgt – hierin war Schedel gerade kein Neuerer – dem seit dem Hochmittelalter verwendeten Schema der in sechs Zeitalter eingeteilten Weltgeschichte, beginnend mit der Erschaffung der Welt, endend mit dem Jüngsten Gericht. Aktuelle Geschehnisse aus der Zeit des Autors werden selbstverständlich in angemessener Ausführlichkeit berichtet und kommentiert, stellen aber nicht einen End- oder Höhepunkt dar, sondern sind lediglich Schritte auf dem Weg der (Heils-)Geschichte Gottes mit den Menschen.

Zu den gerade durch ihre Farbgebung vielleicht eindrucksvollsten Holzschnitten des Werkes zählt die Reihe über die Erschaffung der Welt. Das erste Bild dieser Reihe und des ganzen Buches zeigt Gottvater, mit den Insignien eines irdischen Königs und im Richtergestus thronend, während der Schöpfungstage. Anders als dieser Holzschnitt sind die übrigen zumeist nicht ganzseitig, sondern dem Satzspiegel eingefügt, mitunter halbseitig oder als quer- oder längsformatige Spalten gedruckt. Sie zeigen Ereignisse der Heils- wie der Kirchen- und der politischen Geschichte, Insignien und Symbole, Stände und Einzelpersonen, Landschafts- und Städtebilder, gewöhnlich jeweils durch kurze Textangaben erklärt. Die ausgezeichnete Reproduktionsqualität vermittelt – im Sinne des eingangs Angeführten – dem wissenschaftlichen Betrachter einen authentischen Eindruck von der Gestalt des Originals und dem an der Schönheit des Buches Interessierten ein eindrucksvolles Lese- und Entdeckererlebnis. Nicht selten finden Holzschnitte mehrfach Verwendung, sollen unterschiedliche Dinge gleichermaßen illustrieren. Dies erklärt sich zum einen aus der Kostspieligkeit ihrer Herstellung und ist zum anderen Ausdruck mittelalterlichen Denkens: Kleidung,

Insignien, zeichenhafte Gesten kennzeichnen eine Situation wie etwa ein Judenpogrom oder die Stellung eines Klerikers oder Gelehrten. Sie können dann für unterschiedliche Einzelfälle des jeweiligen Genres verwendet werden, mit der entsprechenden textlichen Erklärung und gelegentlich anders koloriert.

Mittelalterliche Stadtansichten – auf denen an dieser Stelle die Betonung liegen soll – eignen sich auch für ein derartiges Verfahren. In dreierlei Hinsicht geben sie uns beredtes Zeugnis für einen wesentlichen Bestandteil der mittelalterlichen Welt: die Stadt und ihre Sicht durch die Zeitgenossen. Zunächst besticht oftmals die beeindruckende Detailgenauigkeit. Zugleich aber sind es doch auch formale Versatzstücke, die das Bild einer Stadt kennzeichnen und etwa von demjenigen einer ländlichen Region unterscheiden. Umland, Wehrbauten und Flußläufe, Mauerring, Kirchtürme, Gebäudeteile und Hausdächer. Aus letzteren läßt sich im Einzelfall durchaus die Siedlungsstruktur innerhalb der Stadt ablesen. Schließlich ermöglichen uns die Stadtansichten, ein Stück zeitgenössischer Erfahrung mitzuerleben. In der eben genannten Schrittfolge entstand der optische Eindruck, den ein Wandernder oder Reisender von einer Stadt bekam, die sich zuerst am Horizont zeigte, dann schrittweise näherrückte und immer mehr von sich zu erkennen gab.

Wo sich gewachsene Städte in unserer Zeit Reste ihres mittelalterlichen Stadtbildes erhalten haben, erinnern uns die Stadtansichten an deren Ursprünge. So in den wohl bekanntesten Ansichten aus Schedels Chronik, zugleich überragenden Meisterwerken ihrer Art: Nürnberg, Würzburg, Wien und Basel, Straßburg und Köln. Die insgesamt über 50 Stadtansichten umspannen, dem Zugriff der Chronik entsprechend, die gesamte Welt und ihre Geschichte. Sie werden aus unterschiedlichen Anlässen (unterschiedlichen Gewichts) erwähnt, so etwa Konstanz wegen des Konzils oder Erfurt wegen der dort begrabenen Heiligen und eines Stadtbrandes. Daraus erklärt sich auch, daß die Städte einer historischen Landschaft, wie etwa der Toskana, oder desselben historischen Zusammenhanges, wie die rheinischen Bischofsstädte, an unterschiedlichen

Stellen genannt sind. Oftmals folgt die Nennung einer Stadt der Chronologie, ihrem Gründungsdatum, in manchen Fällen auch der Erwähnung herausragender, mit ihr in Verbindung stehender Persönlichkeiten.

Auch im Vergleich weniger bekannte Abbildungen, so diejenigen von München, Prag oder Breslau, Ulm (mit dem halbfertigen Münster-turm), Bamberg oder Magdeburg, zeigen Typisches zur geographischen Lage, Topographie und Bebauung der Stadt. Anders freilich jene Darstellungen, die heilsgeschichtlich wichtigen Städten gelten: Babylon oder Jericho beispielsweise, auch Nicea oder Alexandrien. Sie entsprechen der Vorstellung, die man sich zur Zeit Schedels von ihnen gemacht hat, sind im wesentlichen typisierend gestaltet und bieten nur wenig Realistisches. So erklärt es sich auch, daß Konstantinopel und Jerusalem (die heilsgeschichtlich bedeutsamste Stadt) mit jeweils zwei unterschiedlichen Ansichten an verschiedenen Stellen zu sehen sind. In gleicher Manier werden zu Ende des Werkes Berichte und Ansichten von Landschaften inner- und außerhalb des Abendlandes geboten, die ähnlich schematische Stadtansichten einschließen und manche Eigenwilligkeit hervorbringen: Eine an einem großen Fluß liegende, stark befestigte Stadt, mit einem hochaufragenden Kirchenbau im Zentrum, stellt, unterschiedlich koloriert, einmal Österreich, ein andermal Preußen dar.

Schedels Weltchronik ist freilich für die Geschichte der Stadt und ihrer Kultur nicht nur durch die Dinge bedeutsam, die man in ihr lesen und betrachten kann. Zunächst in lateinischer Sprache fertiggestellt, dann in deutscher Übersetzung (wie in der vorliegenden Ausgabe) herausgebracht, ist sie ein Dokument städtischen Bildungswillens. Durch ihre aufwendige Ausstattung mit künstlerisch hochwertigen Holzschnitten – an deren Herstellung u. a. Albrecht Dürer mitgewirkt hat – beleuchtet sie eindrucklich das kulturelle Niveau der Reichsstadt Nürnberg im ausgehenden 15. Jahrhundert. Zeugnis dafür ist schließlich die Arbeit des Druckers Anton Koberger, in dessen Offizin das Werk entstand. Künstlerische und technische Fertigkeiten, schließlich auch wirtschaftliche Kenntnisse sind

für eine derartige Produktion in hohem Maße erforderlich.

Nicht zuletzt setzt die schon durch Arbeits- und Künstlerlohn, Material- und Vertriebskosten äußerst kostspielige Herstellung eines solchen Werkes eine gleichermaßen interessierte wie zahlungskräftige und -willige Öffentlichkeit, zumindest einzelne, so zu beschreibende Persönlichkeiten und deren bereitwilliges Mäzenatentum voraus. Beides findet leider nur allzu selten zu einer glücklichen Verbindung. Bei der Herstellung der vorliegenden Ausgabe von Hartmann Schedels Weltchronik war es der Fall. Daß es auch bei der Aufnahme ihrer ebenfalls kostenintensiv hergestellten und daher nicht eben preiswerten Faksimile-Ausgabe in den 1990er Jahren so sein möchte, bleibt zu wünschen.

In der Fachwelt wird sie zweifellos auf gute Resonanz stoßen. Die eindrucksvolle Aussagekraft des Werkes für (nicht nur die Stadt-)Geschichte, Kunst, Bildung und Weltbild der Menschen des späten Mittelalters verdient, der seit einigen Jahren wachsenden geschichtsinteressierten Öffentlichkeit bekannt zu werden – im besten Sinne einer Faksimilierung: Wertvolles zugänglich zu machen.

Stuttgart

Martin Kintzinger

PETER FINDEISEN, *Geschichte der Denkmalpflege. Sachsen-Anhalt. Von den Anfängen bis in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts*, Berlin: Verlag für Bauwesen 1990, 403 Abb., 277 S., DM 80,-.

Mit der Folge »Geschichte der Denkmalpflege«, von der der Band »Sachsen« bereits in der 2. Auflage vorliegt, veröffentlicht der Verlag für Bauwesen landesbezogen ein unentbehrliches Kompendium der denkmalpflegerischen Leistungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Bisher unveröffentlichtes Bild- und Quellenmaterial erschließt neue Sichtweisen. Der zweite Band ist mit großer Sorgfalt hergestellt. Sämtliche Abbildungen haben eine hohe Wiedergabequalität, was besonders für die Bauzeichnungen hervorzuheben ist. Die kursiv gedruckten Bildunterschriften stellen eine Zusammenfassung der wichtigen Aussagen dar, die Abbildungsnummern an den

Spaltenrändern eine gute Verbindung zum Text.

Die »Geschichte der Denkmalpflege«, die für die neuen Bundesländer konzipiert ist, sollte alle deutschen Länder umfassen. Wünschenswert ist es, die zeitliche Lücke zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und den 40er Jahren zu schließen, um Anschluß an die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und den sich daran anschließenden Wiederaufbau zu gewinnen.

Die Darlegungen sind zweigeteilt: Ca. zwei Drittel nimmt der Erläuterungs- und ein Drittel der Katalogteil der herausragenden denkmalpflegerischen Leistungen ein. Dabei sind die im Textteil erläuterten Denkmale nicht alle im Katalog und umgekehrt enthalten. Die Darlegungen beschränken sich im wesentlichen auf die staatliche Baudenkmalpflege. Eine territoriale Abgrenzung von Sachsen-Anhalt wird nicht vorgenommen, obwohl sich seine Grenzen bzw. der der ehemaligen Provinz Sachsen wiederholt änderten. Havelberg wird vermutlich im Band »Brandenburg« zu finden sein.

Das erste Kapitel »Der Weg zur Denkmalpflege als Institution in der Provinz Sachsen und in Anhalt« (S. 9–38) beginnt mit einer Betrachtung zur Zeit vor 1800. Obwohl vieles Interessante zusammengetragen wird, bleiben zwei Tatbestände unberücksichtigt: Das Gebiet nördlich des Harzes zwischen Weser und Elbe war vom 16. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts ein wichtiges Zentrum der deutschen Nachgotik. Gotisch zu bauen war im Kirchenbau üblich. Der versetzte Dachreiter der Ulrichskirche in Halle (S. 16) nimmt sich nebensächlich zu den gotischen Turmhelmen der Klosterkirche zu Groß Ammensleben, Kreis Wolmirstedt, (1611) und der Stadtkirche zu Gröningen, Kreis Oschersleben, (1616) oder gar zum Dach der Stadtkirche zu Schönebeck-Salzelmen (1646) mit einer Höhe von rund 21 m aus!

Schwerwiegender ist, daß die Zerstörung und der Wiederaufbau Magdeburgs, das Hiroshima des 17. Jahrhunderts, unbeachtet bleiben. Magdeburg wurde nach dem Dreißigjährigen Krieg als mittelalterlich strukturierte Stadt mit ihren gotischen Kirchen wiederaufgebaut. Das Schiff der total zerstörten Katharinenkirche wurde gotisch wiedererrichtet.

Die alte Stadt 3/92

In einem zweiten Unterkapitel wird auf die Anfänge der Denkmalpflege im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts unter Berücksichtigung der Neugotik eingegangen. Wesentliche Impulse gingen von Wörlitz aus, wo die Neugotik in Sachsen-Anhalt zuerst Fuß faßte, auch wenn der Fürst von Anhalt-Dessau keine Denkmal-, sondern eine Erbpflege beabsichtigt hat. Zielgerichtete Denkmalpflege wurde durch den 1819 gegründeten »Thüringisch-Sächsischen Verein für die Erforschung des vaterländischen Altertums und Erhaltung seiner Denkmale«, der 1909 dem »Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine« beitrug, eingeleitet. Schinkels amtliche Tätigkeit wird kurz gestreift.

Ein weiteres Unterkapitel hat die Überschrift »Gesetzliche Grundlagen und die Institution der Denkmalpflege«. Knapp werden die wichtigsten Etappen der Entwicklung bis um 1900 dargestellt: Schutzverordnungen (1815 ff.), Berufung eines Konservators für Kunstdenkmale in Preußen (1843) und eines Provinzialkonservators (1892), Erstellung von Denkmallisten (1840), Inventarisierung (ab 1879) sowie Gründung von Schutzvereinen. Die beklagte Nichteinhaltung von Gesetzesvorschriften war in Preußen, man möchte es nicht glauben, bis um 1870 allgemein üblich!

Das zweite und zugleich umfangreichste Kapitel widmet sich der »Denkmalpflege zwischen 1815 und 1892«. Die Schwerpunkte sind »Burgen und Schlösser« (S. 39–55), »Die Dome und Stiftskirchen« (S. 55–118), »Die Denkmale in der Altmark« (S. 118–131) und »Die Denkmale der Reformationsgeschichte« (S. 131–150).

Sachsen-Anhalt ist ein an Burgen reiches Land. Es werden wie in den anderen Abschnitten auch die langwierigen Entscheidungsprozesse dargestellt: König, Ministerien, Hochbauämter, Konservatoren, Architekten und nicht zu vergessen, die Finanzierung. Es wird aber auch eine Vergangenheit wachgerufen, in der es möglich war, Kunstdenkmale ersten Ranges zu entdecken, wie die Doppelkapellen in Landsberg und in der Neuenburg bei Freyburg an der Unstrut.

Die Burgen werden als »konstitutives Element« der »mitteldeutschen Landschaft« (S. 39)

gewürdigt. »Gerade der Ruinencharakter der Burgen verhalf der Landschaft zu der ihr zugeschriebenen, sehnsuchterfüllenden, paradisi-schen Qualität« (S. 41). Hinzuzufügen ist, daß die Burgen ihre landschaftsbestimmende Stellung zum Teil verloren haben, da ihre Sicherung mit einer gartenkünstlerischen Gestaltung bzw. Aufforstung der Umgebung verbunden war.

Herausragende Beispiele staatlicher Denkmalpflege sind die Burgen Giebichenstein und Moritzburg in Halle sowie Neuenburg bei Freyburg. Für die Moritzburg gab es zwei Lösungen: Entweder Erhaltung des ruinösen Zustandes oder vollkommene Neugestaltung. Nach einem jahrzehntelangen Ringen wurde schließlich ein Kompromiß zwischen beiden erzielt.

Die Instandsetzung von Domen und Stiftskirchen begann in Deutschland mit dem Magdeburger Dom (1826–1834), der der erste deutsche gotische Großbau (Baubeginn 1209) war. Nach der Wiederherstellung des Hochmeisterpalastes der Marienburg (Malbork) war er die zweite große Restaurierung in Preußen. Gepaart mit den Ausführungen im Katalogteil (S. 214–222) wird die Instandsetzung des Domes umfassend gewertet und dokumentiert. Während die Restaurierung des Magdeburger Domes als einzigartiger Wurf bezeichnet wird, gestaltete sich die wiederholte des Merseburgers zwischen Spätklassizismus (1837–1844) und Historismus (1885) komplizierter.

Neben den Domen werden alle wichtigen Stifts- und Klosterkirchen ausführlich beschrieben. Ihr Erhaltungszustand war unterschiedlich. Förderlich war, daß sich die Kirchen und Klöster im Staatsbesitz befanden. Die denkmalpflegerischen Ziele, die auf eine Wiederherstellung des originalen Zustandes ausgerichtet waren, ließen sich nicht mehr mit den Bedürfnissen einer Kirchgemeinde zur Deckung bringen. Die staatliche Unterhaltungspflicht und der eingeschränkte Widerspruch der Nutzer waren somit der Denkmalpflege förderlich. Die aufwendigste Maßnahme war die Rekonstruktion der Stiftskirche auf dem Petersberg, eine Ruine, neu dabei war, daß die Projektierungsunterlagen beim Auffinden von Fundstücken, die zu neuen Erkenntnissen führten, zu revidieren waren.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts förderte »ein gewachsenenes öffentliches Interesse an den älteren Bauten ... die Wiederherstellungsarbeiten« (S. 103). Das bedeutete eine neue Situation für die Instandsetzung der Dome von Halberstadt, Merseburg und Naumburg. Dabei spielte die Erneuerung und die Errichtung im Mittelalter unausgeführt gebliebener Türme sowohl bei den Domen als auch bei vielen anderen Kirchen eine große Rolle. Die Vollendung von Türmen stellte meistens einen Gewinn für die Silhouetten der Städte dar.

Dem dritten Kapitel ist die »Wandlung der Denkmalpflege« um 1900 vorbehalten. Nochmals wird auf die Inventarisierung eingegangen: »Ihre Herausgabe nahm ausdrücklich Bezug auf die Bestrebungen unter Friedrich Wilhelm IV., alle Kunstsachen in Staats- und Privatbesitz aus früheren Jahrhunderten zu verzeichnen, sie zu sammeln, Abbildungen zu gewinnen und ihrem Verfall vorzubeugen oder wenigstens getreue Abbildungen der Nachwelt zu bewahren« (S. 153). Die Entwicklungen, die um 1900 einsetzten, werden nur angedeutet. Es wird zwar darauf verwiesen, welche Einflüsse vom Heimat- und Naturschutz ausgingen, aber nicht genannt wird, daß der Denkmalebegriff sich auszuweiten begann. Neben dem Heimatschutz widmete sich der Verband Deutscher Ingenieure (VDI) den technischen Denkmälern, auch wenn dieser wesentliche Ergebnisse erst in den 20er Jahren vorweisen konnte. In Sachsen-Anhalt galt sein Interesse vor allem den Anlagen zur Salzgewinnung. Auf der Konradsburg bei Ermsleben ließ er das Brunnenhaus in Stand setzen. Hinzu kommt, daß bei der Inventarisierung seit 1900 in zunehmendem Maße Distanzanzeiger (sog. Meilensteine), Massivbrücken und Mühlen berücksichtigt wurden.

Ein Unterkapitel ist den »Altstädten und Rathäusern« vorbehalten. Das Schwergewicht wird auf den Um- und Neubau von Rathäusern gelegt, wobei wie bei den Burgen die Ausführungen sich auf die Außenarchitektur beschränken. U. a. wird auf die Rathäuser von Wernigerode, Aschersleben, Schönebeck und Gardelegen eingegangen.

Es wird beklagt, daß die Behörden der Pro-

vinz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts »einer Stadtbildpflege unter geschichtlichen Gesichtspunkten noch« fernstanden (S. 159). In den Ausführungen bleiben die Veränderungen der mittelalterlichen Stadtstraßennetze unberücksichtigt, auch wenn sie in Sachsen-Anhalt relativ bescheiden waren, wie Magdeburg (Durchbruch Jakobstraße) und Halle (Verbreiterung Große Ulrichstraße und Schmeerstraße) zeigen.

Das Kapitel 3 schließt mit Ausführungen zur »halleschen Denkmalpflege«, für die wesentlich war, daß nicht mehr der Weg der Ausschreibungen zur Ermittlung des Mindestfordernden, sondern das Votum des Konservators ... die Auftragserteilung« (S. 171) bestimmte.

Im Katalog werden alle wichtigen Objekte der Denkmalpflege zusammengestellt. Mit knappen Worten, gestützt auf ein ausgezeichnetes Bildmaterial, werden die Instandsetzungen durch das 19. und teilweise 20. Jahrhundert verfolgt, insofern, wie im Falle der Stiftskirche Walbeck, die Vorschläge nicht berücksichtigt wurden und das Bauwerk verfiel.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß der Katalog ein hervorragendes Nachschlagewerk ist.

Magdeburg

Bernhard Mai

HANS-HARTMUT SCHAUER, QUEDLINBURG. *Das städtebauliche Denkmal und seine Fachwerkbauten*, Berlin: Verlag für Bauwesen 1990, 302 Abb., 222 S., DM 49,80.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Fachwerk waren in der DDR trotz des hohen Bestandes an Fachwerkbauten rar. Mit »Quedlinburg« wird dazu das letzte vor der Wende verfaßte und zugleich umfangreichste Werk vorgelegt. Die Erhaltung des Fachwerks war in der DDR bei der »Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis zum Jahre 1990« zu kostenaufwendig und wurde daher vernachlässigt.

Durch die Darlegungen zum Erhalt Quedlinburgs und seiner Bauten verfügt das Buch über einen hohen zeitgeschichtlichen Wert, der ausreicht, seine Lektüre zu empfehlen. Der Verfasser verzichtete nach der Wende darauf, das 1988

abgeschlossene Manuskript zu überarbeiten (S. 220). Das ist ihm und dem Verlag, der das akzeptierte, hoch anzurechnen. Es wird bald viele Veröffentlichungen geben, die mit dem sozialistischen Städtebau abrechnen werden. Schauers zurückhaltenden Worte gepaart mit einer kenntnisreichen Schilderung der Stadtplanung der zurückliegenden drei Jahrzehnte am Beispiel Quedlinburgs erinnern umfassend an jene Planungsprozesse, die in ihrer Gesamtheit drohen, vergessen zu werden. Das Vorwort sollte übrigens nicht überblättert werden. Sowohl sprachlich als auch inhaltlich ist es ein zeitgeschichtliches Dokument für die hochgesteckten Ansprüche und Ziele staatlicher Denkmalpflege der DDR.

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert. Im ersten »Struktur und Bild als Ergebnis ihrer Geschichte« wird das Entstehen der Stadt aus ihren Siedlungskernen geschildert. Die Ausführungen geben den stadtgeschichtlichen Erkenntnisstand der frühen 30er Jahre wieder. Die nicht besonders zahlreichen jüngeren Untersuchungen bleiben unberücksichtigt. Vergleiche zu anderen Städten fehlen. Die Aussagen zur Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte sind lokal gefärbt und zum Teil nicht nachvollziehbar.

Ausgehend vom Untertitel des Buches sind Ausführungen zur Stadtbaukunst zu erwarten. Sie fehlen. Weder die Plätze, voran der Marktplatz, eine bedeutende Raumschöpfung, noch die städtebaulichen Hauptschwerlinien werden besprochen.

Das zweite Kapitel ist dem »Fachwerk in Quedlinburg« gewidmet. Wenn auch die Entwicklung des Fachwerks anschaulich erläutert wird, gerät die Einführung für den Laien zu kurz. Fachbegriffe werden nicht oder nur unzureichend erläutert. Die im Text verwendeten Bezeichnungen stimmen nicht in jedem Fall mit denen in der Zeichnung »Technische Begriffe im Fachwerkbau« (S. 36) überein. Diese geniale Zeichnung, in der Stockwerks- und Geschossbau gespiegelt werden, hätte es verdient, zur besseren Leserlichkeit größer dargestellt zu werden. In einer »Karte der Stadtbrände und Abbrüche stadtbildprägender Bauten« (S. 41) werden wesentliche Veränderungen der Bebauung bis 1965 dargestellt. Die Gebäude werden Altersklassen

zugeordnet. 264 Häuser, für die eine bauschriftliche Datierung möglich ist, werden chronologisch in einer Tabelle (S. 42–44) zusammengestellt.

Der ersten Klasse werden 11 Häuser zugeordnet, deren bekanntestes und zugleich ältestes, Wordgasse 3, ein Geschossbau ist. Die schmuckvollsten Fassaden weist die zweite Etappe auf. Die dritte Klasse, der ein Drittel des Gebäudebestandes zuzurechnen ist, besitzt als charakteristische Quedlinburger Schmuckform den dreiseitigen Pyramidenbalkenkopf. Ab 1630 setzte sich die Ziegelausfachung durch. Die Profilbohle vor den Deckenbalken ist kennzeichnend für die vierte Klasse, der 42% aller Fachwerkhäuser zuzurechnen sind. Die kurz nach 1900 entstandenen Häuser in der August-Wolf-Straße 1–6, deren Obergeschosse in Fachwerk ausgeführt sind, sind ein beachtenswerter Schlußpunkt einer Jahrhunderte währenden Entwicklung.

Die wichtigsten verlorengegangenen Gebäude werden in einer Zusammenstellung aufgeführt und kurz beschrieben. Hervorzuheben ist ein Balkendiagramm zur zeitlichen Einordnung der Schmuck- und ausgewählter Konstruktionsformen (S. 51). Für 13 nachweisbare Quedlinburger Zimmermeister werden die Lebensdaten zusammengestellt, die Arbeits- und Lebensbedingungen beschrieben und, soweit das möglich war, die von ihnen geschaffenen Häuser diesen zugeordnet. Die Häuser werden nebeneinander abgebildet, was Vergleiche gestattet.

Im 3. Kapitel werden unter der Überschrift »Quedlinburger Impressionen« die Farbabbildungen zusammengefaßt. Quedlinburg ist trotz Verfall bedeutend schöner, als es die blassen und zum Teil schlecht ausgeleuchteten Aufnahmen vermuten lassen! Ein Teil der Abbildungen sind Wiederholungen von schwarz-weiß Abbildungen.

Im 4. Kapitel »Grundsätze zur Erhaltung der Stadt und ihrer Bauten« wird eingangs betont, daß der Denkmalwert Quedlinburgs seit 1945 nie in Zweifel gezogen wurde. Es stellte sich die Frage, wie der Denkmalbestand zu erhalten ist. Mit 1237 Häusern war Quedlinburg die größte Fachwerkstadt der DDR. Hinzu kommt, daß die von Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges

verschont gebliebene Stadt allein durch den Stiftsberg, die Krypta der Wipertikirche, die Kirchen und die Stadtbefestigung einen hohen Denkmalwert hat.

Es wird gefordert, daß »auf Optimalforderungen« bei der Sanierung (S. 159) zu verzichten sei, und daß »die historische Stadt dem aktuellsten Verkehrsmittel« (S. 158) nicht angepaßt werden könne. Beiden Aussagen ist zu widersprechen. Optimalforderungen ja, Maximalforderungen nein! Seit Jahrzehnten sind sowohl das Kraftfahrzeug als auch das Fahrrad die maßgebenden Fahrzeuge. Sie werden es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Unkonventionelle Lösungsansätze zur sinnvollen, stadtschonenden Verkehrserschließung, die Bestandteil einer denkmalpflegerischen Zielstellung sein sollten, fehlen für Quedlinburg. Immerhin betragen die fußläufigen Entfernungen innerhalb des denkmalgeschützten Bereichs der Stadt unter Berücksichtigung des Umwegefaktors bis zu 2 km.

Im letzten Kapitel »Bemühungen zur Erhaltung der Stadt und ihrer Bauten« wird das Ringen um den Erhalt der Stadt geschildert. Es werden die Entwicklungs- und Bebauungskonzeptionen sowie die Generalbebauungspläne und städtebaulich-denkmalpflegerischen Zielstellungen dokumentiert. Wurde bis in die 70er Jahre davon ausgegangen, die Stadt sozialistisch umgestalten zu können, wobei je nach Variante bis zu 80% des Denkmalbestandes vernichtet worden wäre, so sind die Vorschläge der letzten zwei Jahrzehnte als Therapie an einem schwerkranken Patienten zu werten. Die Krebsgeschwüre des Verfalls drohten die Stadt zu überwuchern. Die »Sanierung« der nördlichen Altstadt wirkt dabei wie eine Amputation. Es ging letztlich nur noch darum, wie die Prozesse zur Erhaltung eines Restbestandes zu steuern sind. In diesem Zusammenhang werden die Leistungen der Projektanten und Bauhandwerker mit den zutreffenden Worten gewürdigt: Sonst »würden die besonders wertvollen Bauten heute in einer abgeräumten und fremd neubebauten Umgebung stehen« (S. 185).

Bereits 1969 wurde ein »Architekturwettbewerb für industriemäßig herzustellende Gebäudetypen zur Rekonstruktion der Stadt Quedlin-

burg« (S. 181) ausgeschrieben. Fünf Arbeiten des Wettbewerbs sind dem Massiv- und eine dem Stahlleichtbau verpflichtet. Durch den Wohnungsbau der DDR in der sogenannten Betonplattenbauweise waren die Variationsmöglichkeiten im Hausbau eingeschränkt und für Quedlinburg nicht akzeptabel. Zu einem Experimentaltalbau kam es jedoch erst 1984/85. Dafür wurde ein Gebiet in der nördlichen Altstadt gewählt. Städtebauliche Vorabgaben waren die Dreigeschossigkeit, ziegelgedeckte Steildächer und geschlossene Hausecken. Da die Baufluchtlinien der Schmalen Straße nur geringfügig verändert und denkmalgeschützte Häuser einbezogen wurden, entstand eine relativ akzeptable Lösung.

Das letzte Kapitel ist der Erhaltung des Fachwerks gewidmet. Wichtig für die Rekonstruktion von Häusern war das Wirken der polnischen Staatlichen Werkstätten für Denkmalpflege, Zweigstelle Torun (seit 1975) und des VEB Denkmalpflege Halle, Sitz Quedlinburg (1978). Seit 1976 gibt es zwar im Vergleich zu vorher nennenswerte staatliche finanzielle Zuwendungen, doch nehmen sie sich mit 1,5 bis 2,1 Millionen DM pro Jahr aus heutiger Sicht bescheiden aus.

Aus der Zeit vor 1976 und danach werden alle nennenswerten Instandsetzungen und Rekonstruktionen aufgeführt und besprochen. Die anschaulichen Erläuterungen werden durch ein gutes Bildmaterial – Gebäude vor, z. T. während und nach der Rekonstruktion – wirkungsvoll ergänzt.

Mit Anteilnahme wird abschließend davon berichtet, wie Bürger Fachwerkhäuser instandsetzen. Sie nehmen große Entbehnungen auf sich, überwinden viele Hindernisse, entwickeln Fähigkeiten und erwerben Fertigkeiten. Zum erreichten Ziel, dem eigenen Haus, wird ausgeführt: »Die meisten Räume, sogar die Treppen, sind so individuell gestaltet, daß man sich scheuen muß, sie als Foto einer breiten Öffentlichkeit mitzuteilen« (S. 217).

Magdeburg

Bernhard Mai

JOCHEN HUCKE / HELLMUT WOLLMANN (Hrsg.), *Dezentrale Technologiepolitik? Technikförderung durch Bundesländer und Kommunen (stadtforschung aktuell, Bd. 20)*, Basel: Birkhäuser 1989), 673 S.

Die zentralen Fragestellungen der Tagung waren die nach den »Veränderungen und Trends (...) in der Konzipierung, Instrumentierung und Zuständigkeit für Technologiepolitik im bundesstaatlichen System«, nach den »Gemeinsamkeiten und Unterschiede(n) (...) in den Profilen der Technologiepolitik auf der Länderebene« und nach den »technologieorientierten Initiativen und Aktivitäten auf der lokalen Ebene« (12). Die Relevanz der Thematik begründen die Herausgeber mit der Feststellung, daß »ein weitreichender politischer Konsens« darüber bestehe, daß in der Bundesrepublik als rohstoffarmer, exportabhängiger Industrienation die »Technologiepolitik« seit ca. 20 Jahren einen der »Eckpfeiler einer auf Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik« bilde (13). Dabei seien jedoch »bestimmte Entwicklungsbereiche – wie insbesondere die Mikroelektronik – die sich innerhalb kürzester Zeit als eine Basistechnologie mit hoher Wachstumsdynamik erwiesen (hätten), von der Technologiepolitik regelrecht übersehen« worden (15); selbst in der wirtschaftsstrukturell bedeutsamen chemischen Industrie sei »der Anteil staatlicher Förderung im Bereich chemischer Produkte und Produktionsverfahren sowie verwandter Verfahren der Bio- und Gentechnologie bisher verhältnismäßig gering« geblieben (16). Dies sei die Folge unzureichend abgesicherter Entscheidungsprozesse über Technologieförderung und der Eigendynamik schon geförderter technologischer Entwicklungsprozesse. Trotz dieser Erkenntnis sei es in der Tagung jedoch nur gelungen, »Fragestellungen an(zu)reißen, empirische Befunde dar(zu)legen und Tendenzen vorläufiger theoretischer Schlußfolgerungen auf(zu)zeigen« (12); »eine geschlossene Theorie des Stellenwerts, der Instrumente und Wirkungen »dezentraler« Technologiepolitik« zeichne sich noch nicht ab.

Die Technologiepolitiken auf den drei wesentlichen bundesstaatlichen Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden, ihre »Profile und Akzente«, Methoden und Instrumentarien, sind die wesentlichen Gegenstände der in diesem Band abgedruckten Beiträge, wobei in Anbetracht der Heterogenität der praktischen Ansätze und der direkten Wirksamkeit zwangsläufig die Beschreibungen und Analysen der Politiken auf der Länder- und der Kommunalebene überwiegen. Der Sammelband beginnt mit einer Art Einführung in die Gesamtthematik (Kapitel 1: »Entwicklungslinien«), d. h. mit einer Darlegung der »Entwicklungslinien der Technologiepolitik in Deutschland« seit dem 18. Jahrhundert (WÖLLMANN) und mit einer Problembeschreibung »zur Organisation der Forschung« in der Bundesrepublik (KNIE). Um die allgemeine Einschätzung der gegenwärtigen Technologiepolitik, d. h. des Steuerungspotentials »dezentraler Technologiepolitik« (LEHNER / NORDHAUSE-JANZ) und ihrer »Orientierung« (SCHLEICHER / v. GLEICH / LUCAS), der Konsequenzen der Durchsetzung und Verbreitung der »Neuen Technologien« auf die Kommunalpolitik (HÄUSSERMANN / SIEBEL) sowie der Ansätze »zur Abschätzung der räumlichen Folgen von neuen Informationstechnologien« (TÜRKE) geht es in Kapitel 2 (»Politikkonzepte, Analyseansätze«). Konkretisiert wird die Gesamtthematik in Kapitel 3 (»Technologiepolitik in den Bundesländern«) und in Kapitel 4 (»Technologieförderung und -folgen auf der lokalen Ebene«):

Die Beschreibungen und Teilanalysen der Politiken auf Länderebene bieten trotz ihrer konzeptionellen und methodischen Heterogenität Einblicke in die unterschiedlichen Politikansätze der Länder über die bereits bekannten Varianten des »technologischen Etatismus« in Baden-Württemberg (MAIER; BECHER; ERDMENGER / FACH) und des »technologischen Korporatismus« in Nordrhein-Westfalen (SIMONIS) hinaus, d. h. auch in die »Modernisierungspolitik« in Westberlin (VÄTH; BICKENBACH / CANZLER) und in die »Technologiepolitik« in Niedersachsen (POLLMANN). In den beiden letzten Beiträgen wird die Thematik der Wirtschaftsstrukturpolitik wieder auf einer allgemeineren Ebene dis-

kutiert; so geht WELSCH der These der »MITLisierung« (»Japanisierung« – E. K.) der Länderstrukturpolitik nach und v. EINEM beschäftigt sich mit den »arbeitsmarktpolitischen« und den »bildungsökonomischen« Aspekten der Wirtschaftsstrukturpolitik des Bundes, der Länder und Gemeinden. Das Kapitel über die kommunale »Technologiepolitik« ist gegenüber dem vorangegangenen mehr sachgebietsorientiert: Zur Kommunalpolitik als »(kapitalorientierte) Modernisierungs- und (arbeitskraftbezogene) Nachsorgestrategien« (BULLMANN), zur Problematik der Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken in die Kommunalverwaltung (POTRATZ / SCHNABEL), zum Übergang von der traditionellen kommunalen Gewerbeförderungspolitik zur »technologieorientierten« kommunalen Wirtschaftspolitik (NASSMÄCHER), »Anmerkungen zum Stichwort »Qualifizierungsoffensive«« (VORNEHM), zur Wirkung des »Mythos von Silicon-Valley« auf die Kommunalpolitik (HILPERT), zur »lokalen Technologieförderung« als »Mikrokorporatismus« zwischen Kommunalverwaltung und privatwirtschaftlichen Institutionen (DREXLER), zu einer möglichen neuen steuerungspolitischen Aufgabe von »Technologieparks« (DOSE), zum »Forschungs- und Wissenschaftstransfer« als eine mögliche neue Aufgabe für die Kommune (FREY / HENKE) und zu »Perspektiven für die Hochschulen« im möglichen »regionalen Forschungstransfer« (KLUGE). Am Beispiel des »Media-Parks Köln« werden die konkreten Wirkungen der kommunalen Technologiepolitik auf die

Stadtentwicklung (LANGNICKEL) und am Beispiel der Region Südost-Niedersachsen die »Technologieförderung als »neue Dimension« kommunaler Wirtschaftsförderung« (BLÖCKER / REHFELD) veranschaulicht.

Der opulente Sammelband erscheint mir für jeden, der sich in Forschung, Lehre und Praxis mit Wirtschaftspolitik, insbesondere mit Kommunalpolitik oder -planung auseinandersetzt oder auseinandersetzen muß, als Pflichtlektüre geeignet. Obgleich die Lektüre in vielen Teilen »harte Arbeit« abverlangt und nicht unbedingt immer Vergnügen bereitet, liegt für mich der Wert dieser Veröffentlichung – entgegen dem Bedauern der Herausgeber – gerade in der vorfindlichen Heterogenität der Beiträge hinsichtlich der grundsätzlichen Einstellungen, Ansätze und Herangehensweisen ihrer Verfasser – eine Heterogenität, die zwischen kritischer Distanz und eindeutiger Apologie der »neuen Technologien« und der jeweiligen Technologiepolitiken oszilliert. Hier wird die Problematik der staatlichen Technologiepolitik und ihrer Wirkungen aus unterschiedlichen Perspektiven in einer für eine Hinführung zu dieser Problematik m. E. ausreichenden Breite und Schärfentiefe vorgestellt. Dies eröffnet dem Leser zugleich die Möglichkeit, auf der Grundlage des Vorgetragenen einen eigenen Standpunkt »in dieser Sache« zu entwickeln bzw., die vorliegenden Beiträge reflektierend, sein eigenes Vorwissen oder seinen vorgefaßten Standpunkt zu überprüfen.

Berlin

Erich Konter

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Verlags W. Kohlhammer GmbH bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

19. Jahrgang

4/92

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Gerhard Fehl

Privater und öffentlicher Städtebau

Susanne Hauser

Kanalisation im 19. Jahrhundert

Ursula von Petz

Die Margarethenhöhe in Essen

Uta Hohn

Bombenkrieg, Städtebau, Stadtplanung

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapeststraße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbetringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, c/o Black, 14 Station Approach, Coulsdon North, Surrey CR 3 2 Nr, Great Britain.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 35 76 70.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 134,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 105,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 35,20 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 786 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- GERHARD FEHL, Privater und öffentlicher Städtebau. Zum Zusammenhang zwischen »Produktion von Stadt« und Form der Verstädterung im 19. Jahrhundert in Preußen 267
- SUSANNE HAUSER, »Reinlichkeit, Ordnung, Schönheit«. Zur Diskussion über Kanalisation im 19. Jahrhundert 292
- URSULA VON PETZ, Margarethenhöhe Essen: Gartenstadt, Arbeiterkolonie oder Satellitenstadt? 313
- UTA HOHN, Der Einfluß von Luftschutz, Bombenkrieg und Städtezerstörung auf Städtebau und Stadtplanung im »Dritten Reich« 326

KLEINE BEITRÄGE

- OTTO BORST, Stadtgeschichte für die Handtasche. Zu einer neugegründeten Reihe »Historische Stadtführer« 354

DIE AUTOREN 356

NEUE MITGLIEDSSTÄDTE DER AG DIE ALTE STADT..... 357

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

- EBERHARD ISENMANN, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter (*Martin Kintzinger*) 363
- GABRIELE GEIBIG, Der Würzburger Dichter Max Dauthendey (*Otto Borst*) 364
- HELMUT SCHULENBURG / GÜNTER W. ZWANZIG, Potsdam (*Friedrich Mielke*) 365

Städtische Wirtschafts- und Sozialgeschichte

- BERND-ULRICH HERGEMÖLLER, Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft (*Gudrun Gleba*) 366
- ROLF KIESSLING, Die Stadt und ihr Land (*Erich Konter*) 368
- GERHARD DETER, Handwerksgerichtsbarkeit zwischen Absolutismus und Liberalismus (*Rainer Jooß*) 369

Städtebau, Stadtplanungsgeschichte

- PIERGIACOMO BUCCIARELLI, Fritz Höger. Maestro anseatico 1877–1949
(Dirk Schubert) 369
- WOLFGANG VOIGT, Das Bremer Haus (Dirk Schubert) 370
- N. A. MILJUTIN, Sozgorod. Die Planung der Neuen Stadt 1930
(Ronald Kunze) 371
- ILSE IRION / THOMAS SIEVERTS, Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne
(Dirk Schubert) 372
- RUDOLF SCHILLING / OTTO SCHERER, Die Erneuerung von Großsiedlungen (Ronald Kunze) . 373
- BDA HAMBURG (Hrsg.), Baukultur und Stadtgestaltung (Hildegard Kösters) 374

Verkehrsgeschichte

- HORST WEIGELT / ULRICH LANGNER, 40 Jahre Deutsche Bundesbahn (Andreas Gestrich) 375

Gerhard Fehl

Privater und öffentlicher Städtebau

Zum Zusammenhang zwischen »Produktion von Stadt« und Form der Verstädterung im 19. Jahrhundert in Preußen

1. Sechs Beobachtungen zur Verstädterung (267) – 2. Zur »Produktion von Stadt« im Aachener Revier (276) – 3. Überlegungen zum Zusammenwirken von Verstädterung und Wohnungsversorgung (288)

Angesichts der akuten Wohnungskrise wurde kürzlich wieder auf eine uralte Hypothese der Wohnungsreformer des 19. Jahrhunderts zurückgegriffen,¹ daß im Sinne der Theorie von Angebot und Nachfrage die vermehrte Ausweisung von Wohnbauland ein städtebauliches Mittel sei, die kritische Wohnungsversorgung zu entschärfen.² Da die Ausweisung von Bauland noch immer eine Aufgabe des Städtebaues ist, lohnt es, dem Abhängigkeitsverhältnis zwischen Bodenausweisung und Wohnungsproduktion in der Geschichte nachzugehen. Da der Raum knapp und die Erforschung noch lückenhaft ist, soll hier lediglich das Verhältnis von »Verstädterung«³ und der Art der »Produktion von Stadt« (siehe Exkurs) in Preußen versuchsweise rekonstruiert und die besondere Rolle des »Städtebaues« und der »Wohnungsreform« herausgestellt werden. Anhand auffälliger Unterschiede zwischen Berlin und dem Rheinland wird zunächst der historische Rahmen der Untersuchung skizziert.

1. Sechs Beobachtungen zur »Verstädterung«. Zu »Städtebau« und »Wohnungsreform« vor 1890:

1. Die zeitgenössische Sichtweise des neuen Phänomens der Verstädterung war von stadtbürgerlichem Vorurteil geprägt und richtete sich, Sorge und Stolz gepaart, fast

¹ Vgl. u. a.: J. Faucher, Über Häuser-Bau-Unternehmungen im Geiste der Zeit, Berlin 1869; E. Bruch, Berlins Bauliche Zukunft und der Bebauungsplan, Berlin 1870; R. Eberstadt, Städtische Bodenfragen, Berlin 1894.

² Vgl. u. a.: Bundesverband der Freien Wohnungsunternehmen (BFW), Mehr Bauland ausweisen, in: Südd. Zeitung 25. 3. 1992.

³ Unter »Verstädterung« wird hier die Umwandlung agrarisch genutzten Bodens in nicht-agrarischen, d. h. städtisch genutzten Boden verstanden: Die Grundrente beim agrarischen Boden wird »aus« dem Boden gezogen, während sie beim städtischen Boden »auf« dem Boden als Produktionsmittel entsteht. Mit der städtischen Nutzung des Bodens geht einher die Verstädterung der Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Beschäftigungen und Lebensweisen. Vgl. H. Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Berlin 1985, S. 20 ff. Unter »Stadterweiterung« und »Agglomeration« werden besondere Formen der Verstädterung verstanden. Erstere geht von der kompakten Masse einer Stadt aus und schiebt sich, sei es ring- oder fingerförmig in das Umland hinaus; letztere geht von vielen verstreuten Funktionskernen aus.

ausschließlich auf die Stadt. Ihr gegenüber blieben andere Formen der Verstädterung, wie die des städtischen Umlandes und die der neu entstehenden ländlichen Industriebezirke, bis in die 90er Jahre hinein fast unbeachtet, lagen sie doch noch außerhalb des Interessenbereichs der Städter. In besonderem Maße war die Sicht der Mehrzahl der Städtebauer und Wohnungsreformer auf Stadt und die sie bedrohenden Folgeprobleme der Verstädterung eingeengt. Da sie sich deren Lösung in der Regel von gezielten öffentlichen Eingriffen, so auch von einem am Allgemeinwohl ausgerichteten »öffentlichen Städtebau« erhofften, beargwöhnten sie den »privaten Städtebau« ebenso, wie sie jede »ungeplante Verstädterung« als »wildes Bauen« strikt ablehnten. Wer indes der Verstädterung des 19. Jahrhunderts gerecht werden will, muß den Blick von der Stadt auf das Umland, auf die gesamte sich verstädternde Region ausweiten und dabei auch den »privaten Städtebau« und die »ungeplante Produktion von Stadt« einbeziehen.

2. Das Preußische Fluchtliniengesetz von 1875, die Vielzahl öffentlicher Städtebau-Wettbewerbe, die städtebaulichen Reformdebatten, die besonders auf den Sonderfall der Reichshauptstadt Berlin gerichtete Aufmerksamkeit – all das hatte im In- und Ausland den unzutreffenden Eindruck entstehen lassen, daß »Deutscher Städtebau« etwas Einheitliches und seinem Wesen nach »öffentlicher Städtebau« gewesen sei; insbesondere aber, daß die Berliner Verhältnisse zu verallgemeinern gewesen seien für alle preußischen Städte. In Preußen hatte sich jedoch seit dem beginnenden 19. Jahrhundert aus dem zerfallenden Landesfürstentum und dem neu sich entwickelnden Kapitalismus heraus verschiedene Ausformungen von privater und öffentlicher Produktion von Stadt als Übergangsformen herausgeschält; sie bestimmten zwar nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich die unterschiedlichen Formen der Verstädterung, als deren einer Pol die aus »öffentlichem Städtebau« hervorgehende »Berliner Mietskasernenstadt« und als deren anderer Pol die »Rheinischen Wohnverhältnisse«⁴ in eher aufgelockerter Bebauung mit »kleinen Mietshäusern« zu sehen sind, die teils aus »privatem Städtebau«, teils aus »ungeplanter privater Produktion von Stadt« hervorgingen. Offensichtlich gab es bis zum Ende der Wilhelminischen Zeit keinen charakteristisch »preußischen«, geschweige denn einen einheitlichen »Deutschen Städtebau«.

3. Die Auflösung des Landesfürstentums hatte sich in Preußen über einen Zeitraum von etwa 60 Jahren hingezogen: Im westlichen Rheinland hatte die Napoleonische Besetzung schon ab 1794 ein schnelles und radikales Ende herbeigeführt,⁵ wäh-

rend sich im östlichen Preußen die Auflösung nach dem Anlauf der Stein-Hardenbergschen Reformen nur langsam – und dann auch noch unvollständig – bis zur Reichsgründung von 1871 hinzog. Im Zuge der Auflösung wurden u. a. ständische Bodenordnung, ständische Privilegien, Zunftzwang, Ortspflicht der Untertanen, merkantilistische Bevormundung ersetzt durch das Recht am privaten Eigentum, durch Gleichheit vor dem Gesetz, durch Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und freien Waren- und Geldverkehr. Solche gesellschaftlichen Neuerungen förderten den Ausbau der Industrialisierung. Die Ungleichzeitigkeit bei der Industrialisierung war also auch in der Ungleichzeitigkeit der Ablösung des Landesfürstentums angelegt; dies wiederum berührte die Ungleichzeitigkeiten bei der Einführung neuer Formen der Produktion von Stadt: Während im früh industrialisierten Rheinland der »private Städtebau« schon vor 1840 seinen Einzug hielt, faßte er erst um 1860 in der Umgebung von Berlin vorsichtig Fuß.

4. Erst ab den 60er Jahren lassen sich alle neuen Formen der Produktion von Stadt gleichzeitig in den preußischen Städten antreffen – zumindest im Ansatz: »privater Städtebau« neben »ungeplanter Verstädterung«. Während sich aber die neuen Formen im Rheinland schnell gegenüber den älteren durchsetzten, wurden in Berlin die neuen Formen zeitweilig zurückgedrängt und an ihrer Stelle die hergebrachte Form weitergepflegt: »Öffentlicher Städtebau« in landesfürstlicher Tradition blieb unter der Schirmherrschaft und straffen Hand der Könige dominierend. Zumindest auf dem Berliner Gemeindegebiet mußte sich jede Form privater Produktion dem »öffentlichen Städtebau« des Königs, d. h. dem Paris nacheifernden »Hobrechtplan« von 1862 unterwerfen. Aus dieser historischen Bedingung formte sich in Berlin eine besondere Form von »geteilter Produktion« von Stadt heraus, die von den 60er Jahren an bis zum Ersten Weltkrieg dominierte. Die strukturelle Uneinheitlichkeit des preußischen Städtebaues lag also begründet in den örtlich verschieden ausgeprägten Traditionen, in den unterschiedlichen Interessenlagen der Produzenten von Stadt, in den örtlichen Macht- und den unterschiedlichen Kapitalverhältnissen:

– In Berlin als politischem Zentrum des Königreiches Preußen hatte der landesfürstliche Städtebau und die mit ihm beim Aufbau der Residenzstädte verbundene Produktionsweise eine ins 17. Jahrhundert zurückreichende ausgeprägte Tradition.⁶

ßen bis zur Codifizierung deutschen Rechts 1899 im Bürgerlichen Gesetzbuch weitgehend respektiert wurde, bot das Fundament, auf dem auch die neuen Formen der Produktion von Stadt in den rechtlich gleichgestellten Stadt- und Landgemeinden aufbauten. Im ehemaligen Departement de la Roer galten also weder das allgemeine Preußische Landrecht von 1794, noch die Stein-Hardenbergschen Reformen ab 1808.

⁶ »Landesfürstlicher Städtebau« seit dem 17. Jh. bezog sich vorwiegend auf Neuanlage und Erweiterung der Residenzstädte und beinhaltete eine »ungeteilte ideelle« und »geteilte materielle Produktion von Stadt«. Die »ungeteilte ideelle Produktion« lag gänzlich in der Hand des Landesfürsten, der von seinem Stadtbaumeister auf dem ihm zur Verfügung stehenden Gebiet sowohl den geometrischen Stadtplan (Alignementsplan) als auch die Musterpläne und Bauvorschriften für die Häu-

⁴ R. Eberstadt, Rheinische Wohnverhältnisse, Jena 1903.

⁵ Die linksrheinischen Gebiete mit den Städten Aachen, Bonn, Koblenz, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Trier u. a. waren zunächst von Napoleon zum französischen »Departement de la Roer« zusammengefaßt und mit französischem Gesetz, Verwaltung und Wirtschaftsförderung ausgestattet worden (1794–1814), ehe sie 1815 in den Preußischen Staatsverband übernommen wurden. Die napoleonische Rechtsgrundlage u. a. des »Code Civil« und »code Commerce«, die von Preu-

Im Rheinland dagegen als peripherem und zudem spät hinzugekommenem Anhängsel an Preußen war die landesfürstliche Tradition ungleich schwächer ausgebildet. Tradition hatte dagegen eine obrigkeitsskeptische, eher liberale Vorprägung, die von einem seit dem 18. Jahrhundert entstehenden, selbstbewußten Bürgertum ausging⁷ und u. a. auf dem Fortbestand der dem Landesfürstentum hartnäckig Widerstand bietenden »Landstände« beruhte. Als »städtebauliche Tradition« ist der außerhalb der Städte übliche Anbau an Landstraßen und Feldwegen anzusehen, also eine »öffentlich geduldete« Form von ungeplanter Produktion von Stadt.⁸

- In Berlin verstanden sich auch Unternehmer als Untertan des Königs und die privaten Produzenten arrangierten sich mit der aus landesfürstlicher Tradition stammenden Form obrigkeitlich bevormundeter Produktion von Stadt. Diese Mesalliance von vergehendem Landesfürstentum und kommendem privatem Unternehmertum garantierte mit dem flächendeckenden »Hobrechtplan« den privaten Produzenten nämlich einen Rahmen, in dem sich hohe Erträge leicht erwirtschaften und Spekulationsgewinne im gesamten Gemeindegebiet in Ruhe abwarten ließen: Konnte doch der Boden überall nach Berliner Bauordnung von 1853 mit Mietskasernen dicht bebaut und mit dem Argument des »geschlossenen Anbaues« stets so knapp gehalten werden, daß die Nachfrage unbefriedigt blieb.⁹ Dagegen verstanden sich

ser (Hausmodelle als Bauordnungen) herstellen ließ, die die materielle Produktion verbindlich leiten sollten. Beim Entwurf galten die Prinzipien von »Regelmäßigkeit, Proportion und Ordnung«. Die »materielle Produktion« war grundsätzlich geteilt zwischen öffentlicher Hand und den vielen privaten Händen der »Bauwilligen«. Ausführlich G. Fehl, Stadt als Kunstwerk, Stadt als Geschäft, in: G. Fehl / J. Rodriguez-Lores (Hrsg.), Stadterweiterungen 1800–1875, Hamburg 1983, S. 135–185; M. Maaß / K. Berger (Red.), Klar und lichtvoll wie eine Regel – Planstädte der Neuzeit, Karlsruhe 1990.

⁷ Vgl. u. a.: K. van Eyll, Kölner Unternehmer und die Frühindustrialisierung im Rheinland, Köln 1983, S. 208 ff.

⁸ Voraussetzung dafür war die Anerkennung des bestehenden Wegenetzes als Gerüst der Verstädterung und zugleich die Anerkennung, daß auch an einer unbefestigten Straße gebaut werden durfte, sofern dabei die Bauordnung eingehalten wurde. Ein Mindestgrundsatz für die »öffentlich geduldete« Produktion von Stadt. Im linksrheinischen Rheinland galt dieser Grundsatz offensichtlich schon vor, sicher aber seit der napoleonischen Zeit. 1875 war dieser für die Form der Verstädterung maßgebliche Grundsatz mit dem § 12 des Fluchtliniengesetzes den Gemeinden und der Regelung durch Ortstatut überlassen worden, wo er unterschiedlich gehandhabt wurde. Ausf. zu Berlin: H. Winz, Geschichte der äußeren Berliner Stadtteile bis zu ihrer Eingemeindung, in: Heimatchronik Berlin, Köln 1962, S. 551–537; zu Aachen: u. a. W. Gemünd, Die Grundlagen zur Besserung der städtischen Wohnverhältnisse, Berlin 1913.

⁹ Zu den aus dem landesfürstlichen Städtebau übernommenen, aber im Sinne privater Bodenverwertung umgedeuteten Praktiken gehörte in Berlin der folgende »bodenpolitische Dreisatz« als Grundlage für die Entstehung eines städtischen »Boden-Monopols«: a) Die scharfe rechtliche Trennung von Stadt und Land, mit unterschiedlichen Bauordnungen und der u. a. im Preußischen Ansiedlungsgesetz von 1876, § 15 gegebenen Möglichkeit, die Genehmigung von Bauvorhaben in den an die Stadt angrenzenden Landgemeinden durch die Stadtgemeinde zu verhindern. Unliebsame ländliche Konkurrenz für den städtischen Bodenmarkt ließ sich so ausschalten. b) Das Prinzip des »Bauverbots« an unfertigen Straßen, demzufolge »Bauland« erst bebaut werden durfte, wenn die Straße fertiggestellt war. Damit konnte »Bauland« sauberlich abgegrenzt werden vom übrigen unbebau-

die privaten Produzenten in den rheinischen Industriegebieten in erster Linie als freie Unternehmer, ja oft waren Industrielle an der privaten Produktion von Stadt beteiligt. Sie »klüngelten« zwar mit der Gemeinde und nahmen gern deren Förderung entgegen, ließen sich aber weder Art noch Ort der privaten Produktion gern von einer Obrigkeit vorschreiben.

- In Berlin hatte die Gemeinde den Erfüllungsgehilfen der staatlichen Obrigkeit zu spielen und ihr wurde selbst im Preußischen Fluchtliniengesetz von 1875, das in § 1 den Städtebau zu einer gemeindlichen Aufgabe erklärte, in § 10 die städtebauliche Kompetenz ausdrücklich vorenthalten. Demgegenüber hatten sich im preußischen Staatsverband besonders die rheinischen Gemeinden für die Verwirklichung von »Selbstverwaltung« ins Zeug gelegt, um staatlichen Einfluß zurückzudrängen auf Kontrollfunktionen. Im zähen Ringen wurden den rheinischen Gemeinden langsam Zuständigkeiten für die gemeindliche Entwicklung zugestanden; erstmals mit der »Rheinischen Gemeindeordnung« von 1845,¹⁰ welche Stadt und Land nach französischem Vorbild rechtlich gleichstellte und eine nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählte Gemeindevertretung einführte. In ihr vertraten die Honoratioren die örtlichen Verwertungsinteressen. Für die Produktion von Stadt waren die oft konkurrierenden Machtblöcke der Haus- und Grundbesitzer » und der »Fabrikanten« maßgeblich.¹¹ Im Rheinland, wie in Berlin, mußte sich nach 1856 mehr als die Hälfte der Gemeindevertreter aus dem Stand der Haus- und Grundbesitzer rekrutieren. In Berlin herrschte der Block der Haus- und Grundbesitzer im sogenannten »Haus- und Grundbesitzer-Parlament«.¹² Wenn dieses Gremium auch auf die ideelle Produktion von Stadt, also auf Bebauungsplan und Bauordnung, kaum Einfluß nehmen konnte, so oblag ihm doch jene gewichtige Entscheidung über den Zeitpunkt der »Anlage neuer Straßen«, mit der sich die Menge des bereitgestellten Baulandes steuern ließ. Nachdem sich diese besondere Berliner Form der geteilten Produktion von Stadt einmal eingespielt hatte, erwies sich der Block der Berliner Haus- und Grundbesitzer über Jahrzehnte hin als ein Bollwerk gegen jegliche Reform.¹³ In den rheinischen Industriestädten dagegen wurden die Geschicke der Stadt vom »Klüngel« der örtlichen Unternehmer oft unter der Hand gesteuert und

ten Boden, der als »Bau-Erwartungsland« noch zuwarten mußte; einer unkontrollierten Bauproduktion und freien Verfügung über bebaubares Land war so ein Riegel vorgeschoben; c) Das Prinzip des »geschlossenen Anbaus« demzufolge sämtliche bereits eröffneten Straßen bebaut sein mußten, ehe neue Straßen für die Bebauung eröffnet wurden. Ausf. J. F. Geist / K. Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1740–1862, München 1980, S. 176 f., 481 ff.

¹⁰ Vgl. u. a. ausf.: Th. Ilgen, Organisation der staatlichen Verwaltung und der Selbstverwaltung, in: J. Hansen (Hrsg.), Die Rheinprovinz 1815–1915, Bonn 1917, S. 87–148.

¹¹ Vgl. hierzu R. Eberstadt (s. A 4).

¹² Zit. D. Radicke, Der Berliner Bebauungsplan von 1862 und die Entwicklung des Wedding, in: Festschrift E. Heinrich, Berlin 1974, S. 56–74.

¹³ Vgl. u. a. J. Faucher (s. A 1); R. Eberstadt, Handbuch des Wohnungswesens, Jena 1909.

als die Rheinische Städteordnung von 1856 in den Gemeindevertretungen die Haus- und Grundbesitzer und »Meistbeerbten« bevorteilte, da zeigte sich, daß in vielen Industrie-Gemeinden die Hausbesitzer »Fabrikanten« waren, die hier den herrschenden Machtblock bildeten.¹⁴

- Die Verfügbarkeit von Kapital für Erwerb großer Terrains und dessen Erschließung und auch den Bau von Häusern war innerhalb Preußens unterschiedlich und bestimmte Art und Umfang unternehmerischer Projekte bei der materiellen Produktion von Stadt. Im östlichen Preußen wurden Aktiengesellschaften erst 1870 nach Novellierung des Aktienrechts allgemein zugelassen. Nun erst bestanden die Möglichkeiten einerseits große Banken auf Aktienbasis zu gründen, die großes Kapital auch für die Verstädterung in Form von Hypotheken zur Verfügung stellten,¹⁵ andererseits konnten nun erst Boden-Aktiengesellschaften gegründet werden, die für Erwerb und Erschließung großer Terrains durch Ausgabe von Aktien kleines Kapital zu großem Kapital zusammentrugen. Die Form »öffentlichen Städtebaus«, mit dem der Rahmen für die Aufschließung von Bauland obrigkeitlich vorgegeben wurde, hatte den traditionell kleinteiligen Kapitalverhältnissen und der bis 1871 herrschenden Kapitalknappheit durchaus entsprochen.¹⁶ Die für Berlin spezifische Form der geteilten Produktion von Stadt hatte sich also bereits gebildet und verfestigt, ehe ab 1871, angeheizt von den französischen »fünf Milliarden Francs« an Reparationsleistungen, nun großes Kapital zur Verfügung stand, das gewinnverheißend gerade auch in den Boden der neuen Reichshauptstadt investiert wurde.¹⁷ Dies neue große Boden-Kapital mußte sich nun entweder mit dem bestehenden »Hobrechtplan« auf dem Gemeindegebiet abfinden, oder aber in die umliegenden Stadtgemeinden ausweichen.¹⁸ Im Rheinland dagegen war die Gründung von Aktiengesellschaften schon durch Napoleons »Code de commerce« eingeführt und auch industrielles Kapital stand für die »materielle Produktion von Stadt« zur Ver-

¹⁴ Vgl. u. a. R. Kastorff-Viehmann, Stadtplanung um 1900, in: J. Rodriguez-Lores / G. Fehl (Hrsg.), Städtebaureform 1865–1900, Hamburg 1985, S. 217–237.

¹⁵ Vgl. u. a. P. Sagave, 1871 – Berlin Paris – Reichshauptstadt und Hauptstadt der Welt, Frankfurt/M. 1971; W. Treue, Die Banken, in: K. Schwarz (Hrsg.), Berlin: Von der Residenzstadt zur Industriemetropole, Berlin 1981, S. 255.

¹⁶ Vgl. u. a. E. Hausmann / C. Soltendiek, Von der Wiese zum Baublock, Berlin 1986.

¹⁷ Vgl. u. a. P. Sagave (s. A 15).

¹⁸ Da in Berlin der Hobrechtplan das gesamte Gemeindegebiet außerhalb des bereits bebauten Gebietes umfaßte, gab es weder einen »unverplanten Außenbereich«, noch die Möglichkeit zu »privatem Städtebau«. In den mit Berlin um die Bebauung konkurrierenden umliegenden Stadtgemeinden wurden ab 1875 Bebauungspläne gemäß Fluchtliniengesetz aufgestellt, wobei den privaten Bodenproduzenten durchaus Einfluß auf die Gestaltung ihrer Terrains gewährt wurde. Eine Art von »privatem Städtebau« hatte sich in diesem Sinn schon seit den 60er Jahren angebahnt und dominierte nach 1890. Vgl. u. a. R. van Borgh, Der Einfluß der privaten Bautätigkeit auf die Entwicklung moderner Städte, in: Verhandlungen des Ersten Kongresses für Städtewesen zu Düsseldorf 1912, Düsseldorf 1913 I, S. 192–211; D. Radicke, Öffentlicher Stadtverkehr und Stadterweiterung, in: G. Fehl / J. Rodriguez-Lores (s. A 6), S. 345–357.

fügung. Die neue Form des »privaten Städtebaus« konnte sich darauf stützen. Das kleine Kapital aber fand eher in der ungeplanten Produktion von Stadt seinen Nährboden.

4. Mit jeder Art der »materiellen Produktion von Stadt« wurde auf spezifische Weise und in spezifischer Menge Bauland aufgeschlossen und für die Bebauung bereitgestellt. Die Tendenz zum Baulandüberfluß war bei der »ungeplanten Produktion von Stadt« beobachtungsgemäß weit eher gegeben, als beim »öffentlichen Städtebau«, dem eher eine kalkulierte Baulandknappheit zugeordnet wurde.¹⁹ Indes scheint die Menge des bereitgestellten Baulandes nicht alleine und schon gar nicht eindeutig im Sinne von Angebot und Nachfrage auf die Höhe der Bodenpreise und in der Folge auf den Umfang der Wohnungsproduktion gewirkt zu haben. Immerhin läßt sich beobachten, daß mit der Vorherrschaft einer bestimmten Form von Produktion auch eine bestimmte Form und Kraßheit von Wohnungsmangel als örtlicher Eigentümlichkeit einherging – in Berlin eben krasser als in den industrialisierten Teilen des Rheinlands.²⁰

5. Die zeitgenössischen Wohnungsreformer hatten die Ursachen des örtlichen Wohnungsmangels durchaus auch in der Form der örtlich vorherrschenden Produktion von Stadt erkannt;²¹ ihre Kritik und ihre Reformbemühungen, meist auf Linderung des Wohnungsmangels und Entschärfung der Wohnungsmängel gerichtet, setzten folgerichtig bei deren örtlich unterschiedenen Ursachen an. Insofern unterscheiden sich die Ansätze zur Wohnungsreform in den verschiedenen Teilen von Preußen durchaus voneinander. So richteten sich in Berlin z. B. Julius Fauchers »Filterstrategie«, als eine frühe Suburbanisierungs-Strategie für die Bessergestellten,²² oder auch Victor A. Hubers Bemühungen um einen »gemeinnützigen Wohnungsbau« für die »kleinen Leute«²³ zugleich auf Erweiterung der Wohnungsproduktion und auf Abstellung der mit dem Haustypus der »Mietskaserne« verbundenen strukturellen Wohnungsmängel. Die als rückständig erkannte Form der Berliner Stadtproduktion konnten sie indes von sich aus nicht herbeiführen, »denn jeder Reform stehen hier die mächtigen Interessen entgegen, die mit der gegenwärtigen Entwicklung fest verbunden sind«.²⁴ Ih-

¹⁹ Insb. R. Eberstadt (s. A 13).

²⁰ In der 2. Hälfte des 19. Jhs. waren nicht nur Berlin, sondern auch die Industrie-Städte des Rheinlands von harter Wohnungsnot und trübem Wohnungselend bedrängt. Zu unterscheiden ist freilich zwischen dem quantitativen »Wohnungsmangel«, den qualitativen »Wohnungsmängeln« und dem mit der Armut der Bewohner verbundenen »Wohnungselend«. Ausf. zu Berlin: R. Eberstadt (s. A 4); G. Assmann, Grundrisse für städtische Wohngebäude, Berlin 1862; zu Aachen: u. a. P. Ruhnau, Das Frankenberger Viertel in Aachen, Köln 1976; W. Gemünd (s. A 8); zu Köln: L. Lenz, Die Mietskaserne in Köln, Bonn 1930.

²¹ Vgl. u. a. E. Bruch (s. A 1); R. Eberstadt (s. A 13).

²² Ausf. G. Fehl, Berlin wird Weltstadt: Wohnungsnot und Villenkolonien, in: J. Rodriguez-Lores / G. Fehl (s. A 14).

²³ Ausf. J. F. Geist / K. Kürvers (s. A 9), S. 425 ff.

²⁴ R. Eberstadt (s. A 13), S. 10.

ren Experimenten stellten Obrigkeit und der herrschende Block der Haus- und Grundbesitzer jahrzehntelang alle nur denkbaren Schwierigkeiten in den Weg. Selbst der Arbeiter-Wohnungsbau der Fabrikanten, das fragwürdigste Glied der Wohnungsreform, konnte in den industrialisierten Stadtteilen kaum Fuß fassen.²⁵ Im Rheinland dagegen hatte die Suburbanisierung mit dem Auszug der Wohlhabenden aus der Stadt in ihre »Landhäuser« bereits in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts eingesetzt;²⁶ auch der Arbeiter-Wohnungsbau der Fabrikanten hatte eine seit dem 18. Jahrhundert ungebrochene Tradition.²⁷ Zur Jahrhundertmitte lief auch hier der gemeinnützige Wohnungsbau an: »Rheinland und Westfalen gehörten zu den Provinzen mit der ausgeprägtesten genossenschaftlichen Bautätigkeit und können mit Recht beanspruchen, Mutterländer der Baugenossenschaftsbewegung genannt zu werden.«²⁸ Gemeinnütziger und Arbeiter-Wohnungsbau waren besondere Formen von privater Produktion von Stadt, die nur florierten, wo Bauland kostengünstig bereitstand. Bauland und Erfahrungen mit der privaten Produktion aber wurden immer wieder von den an geringen Lebenshaltungskosten ihrer Arbeiter interessierten Fabrikanten beige-steuert²⁹ oder die Voraussetzungen dazu in den Gemeinden politisch durchgesetzt. Folglich entstand erst, als die Bewegung schon organisationsbedürftige Breite erreicht hatte, eine Wohnungsreform-Organisation, deren Akzente anders gesetzt waren als in Berlin. Der 1897 gegründete, teils von Industriellen, teils von den Sozialkassen geförderte »Rheinische Verein für Kleinwohnungswesen« bündelte bestehende Aktivitäten und Finanzmittel, stellte Erfahrung zur Verfügung und baute auf örtlichen Traditionen auf, statt sich gegen sie zu richten: »Der Bebauungsplan als sociales Kunstwerk« in den Händen gemeinnütziger Produzenten; das »kleine Mietshaus« als ortsüblicher Haustypus. Sein Kampf galt vor allem dem Import der Berliner Mietskaserne und ihrer Abarten, die im Gefolge »öffentlichen Städtebaus« u. a. bei der Kölner Stadterweiterung eingedrungen war.³⁰

6. Da sich die Widerstände gegen Reformen in Berlin hartnäckiger erwiesen, als von den Reformern erwartet, suchten sie andernorts nach dem Beweis der Richtigkeit und Machbarkeit ihrer Reformen. So war den Berliner Wohnungsreformern das

²⁵ F. Neumeyer, Der Werkwohnungsbau der Industrie in Berlin, Berlin 1978.

²⁶ Als es auch in Berlin das Bürgertum in den 30er Jahren »vor die Tore der Stadt« zog, durfte es z. B. im Tiergarten nur auf Gelände, das durch einen öffentlichen Bebauungsplan vorbereitet war, ihre »Landhäuser« errichten. Es entstand, wie in vielen anderen preußischen Städten auch, ein Villen- oder Landhausviertel in größter Stadtnähe, das bald durch Verdichtung bedroht war. H. Schmidt, Das Tiergartenviertel, Berlin 1981. Demgegenüber war im Rheinland die Peripherie meist offen und nicht durch öffentliche Planungen eingeschränkt. Die Wohlhabenden wurden hier zu Trägern der Suburbanisierung. R. Dauber, Aachener Villenarchitektur, Recklinghausen 1985.

²⁷ G. Fehl u. a., Werksiedlungen im Aachener Revier, Aachen 1986.

²⁸ K. Novy u. a., Anders Leben, Berlin / Bonn 1985, S. 62.

²⁹ U. a. Bonner Konferenz über die Arbeiterfrage, Über Arbeiterwohnungen, Bonn 1870.

³⁰ M. Brandts, Die Arbeiterwohnungsfrage, eine Frage des Stadtbauplanes und der Stadtbauordnung, Köln 1897.

Rheinland schon früh als eine Art von »Musterland des Wohnungswesens«³¹ aufgefallen, und es lag nah, ihm in Berlin nachzueifern: Angefangen mit David Hansemanns fehlgeschlagenem Versuch, 1856 eine Kleinhaus-Kolonie im Norden von Berlin anzulegen,³² über des Rheinländers Theodor Goecke Versuch von 1893, mit der »gemischten Bauweise« das Kleinhaus zwischen die Mietskasernen zu schmuggeln,³³ bis hin zu Eberstadts Versuch von 1903, den Berliner Haus- und Grundbesitzern die »Rheinischen Wohnverhältnisse« schmackhaft zu machen. Vergebens! Die aus Berliner Sicht musterhaft erscheinenden Formen rheinischer Verstädterung hätten sich nur auf Grundlage einer ihnen angemessenen Form der Produktion von Stadt verwirklichen lassen. Die Zeit war dazu erst nach 1900 reif – und dann auch nur in den Vororten.

Da die Berliner Städtebau-Verhältnisse des 19. Jahrhunderts als gut bekannt vorausgesetzt werden dürfen, soll der Frage zwischen Form der Produktion von Stadt und Form der Verstädterung am Beispiel des Rheinlandes nachgegangen werden. Das sogenannte »Aachener Revier«, das in Preußen am weitesten von Berlin entfernt und am nächsten an Belgien dran lag, bietet dazu den denkbar größten Kontrast. Für drei Bereiche der früh entstandenen »Bergbau- und Industrielandschaft«³⁴ werden die jeweils charakteristischen Formen der Produktion von Stadt herausgearbeitet und abschließend versuchsweise in einen Zusammenhang gebracht.

Exkurs zum Begriff »Produktion von Stadt«:

1. Unter »Produktion von Stadt« wird die ideelle und materielle Herstellung der Stadt durch Umwandlung agrarisch genutzten Bodens in städtisch genutzten verstanden – also mindestens in mit Straßen erschlossenen und mit Gebäuden besetzten Boden. Aus dem vorhandenen ländlichen Boden wird durch Zuführung von Kapital städtischer Boden produziert, eine materielle Veränderung, die auf ge-steigerte Ertragskraft abzielt.

2. Es wird unterschieden zwischen »ideeller Produktion von Stadt« in Entwürfen, Plänen, Statuen und »materieller Produktion von Stadt«, also der tatsächlichen Herstellung. Hierdurch wird der verwirrende Doppelsinn des Wortes »Städtebau« aufgehoben, mit dem der ideelle und der materielle »Bau der Stadt« in einen Topf geworfen scheinen. Inhalt und Umfang des Begriffs »Städtebau« sind historisch bedingt. Seit dem 19. Jahrhundert ist er auf die »ideelle Produktion von Stadt« eingeschränkt und kann mit ihr gleichgesetzt werden. Diese umfaßt den Entwurf und die Auf- und Feststellung jener Pläne und Statuten für Bodenaufteilung, Nutzung, Infrastruktur, Bebauung etc., die die »materielle Produktion von Stadt« in ideell geordnete Bahnen leiten sollen; ferner umfaßt sie die Kontrolle der »plangemäßen« materiellen Produktion. Durch den ideellen Akt der gesetzlichen »Planfeststellung« z. B. eines Bebauungsplanes wird – gemäß landesfürstlicher Tradition – noch heute das Recht zum Bauen verliehen. Durch die ideelle Produktion von Stadt, also durch »Städtebau«, wird das Stadtgebiet grundsätzlich aufgeteilt in mit Baurecht ausgestattete Bereiche und solche ohne Bau-

³¹ Zit. A. Voigt / P. Geldner, Kleinhaus und Mietskaserne, Berlin 1905, S. 230.

³² J. F. Geist / K. Kürvers (s. A 3), S. 482.

³³ U. a. G. Fehl, Die »Gemischte Bauweise«, in: Stadtbauwelt 71, 1981, S. 273–284.

³⁴ G. Voppel, Die Aachener Bergbau- und Industrielandschaft, Wiesbaden 1965.

recht, wie Straßenland, Freiflächen und den sogenannten »unverplanten Außenbereich«. Die ideelle Produktion von Bauordnungen, die der materiellen Produktion zwingend auferlegt werden, liegt ebenfalls als landesfürstliche Tradition ganz in der Hand der öffentlichen Produzenten. In diesem Sinn sind seit dem Absolutismus in allen deutschen Ländern ideelle und materielle Produktion von Stadt aufs engste aneinander gekoppelt.

3. Daneben gibt es freilich seit jeher auch die vom Druck der Materialisierung befreite ideelle Produktion von Stadt z. B. in »Idealplänen«.

4. Gleichermaßen gibt es die rein materielle, also »ungeplante Produktion von Stadt«, der keine ideelle Produktion von Plänen vorgeschaltet ist. Das Verhältnis der privaten zu den öffentlichen Produzenten kann dabei verschieden ausgestaltet sein: von einer »spontanen privaten Produktion«, die von Seiten der öffentlichen Produzenten nicht geduldet wird, bis hin zur »öffentlich geduldeten privaten Produktion von Stadt«, die an ein Mindestmaß von wechselseitig respektierten Grundregeln gebunden ist. Das Ergebnis ist immer eine »ungeplante Verstädterung«.

5. Sowohl ideelle, als auch materielle Produktion von Stadt können ungeteilt in der Hand »privater« oder auch »öffentlicher Träger« (Produzenten) liegen. In der Regel herrscht jedoch eine »geteilte Produktion von Stadt« vor, bei der die Aufgaben und Kosten sowohl der ideellen, als auch der materiellen Produktion auf private und öffentliche Produzenten aufgeteilt werden. Dabei ist das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Produzenten in einem breiten Spektrum vielfältig ausgestaltbar und in seinen örtlichen Ausformungen historisch gewachsen.

2. Zur »Produktion von Stadt« im »Aachener Revier«

Die Städte des Aachener Reviers hatten sich seit dem Mittelalter ohne nennenswerte von oben vorgegebene Planung entwickelt.³⁵ Erst spät, das Fluchtliniengesetz von 1875 war bereits einige Jahre in Kraft, griffen die Gemeinden mit städtebaulichen Plänen ordnend in die materielle Produktion von Stadt ein. Es fehlte hier, anders als an der »Rheinschiene« mit den Residenzstädten Düsseldorf, Bonn, Koblenz, jegliche landesfürstliche Städtebau-Tradition: Aachen war, wie auch Köln, bis 1793 Freie Reichsstadt gewesen. Eschweiler, Herzogenrath, Monschau und Stolberg hatten sich seit dem 18. Jahrhundert mit dem Steinkohlebergbau oder der frühen Industrie aus Kleinstädten heraus entwickelt und lagen auf Jülich-Wittelsbacher Territorium, das vom fernen Mannheim und ab 1778 von München aus regiert wurde. Eupen, ebenfalls mit der frühen Industrie aus einer Kleinstadt emporgewachsen, gehörte bis 1794 zum Habsburger Reich, dessen Hauptstadt Wien »am anderen Ende der Welt« lag. So galt hier die Beurteilung der vor-napoleonischen Zeit in besonderem Maß: »Die staatliche Gewalt war in den einzelnen Territorien des Rheinlandes nicht eben stark. In keinem von ihnen hatte sich der Absolutismus wirklich durchsetzen können. Städte und Landgemeinden erfreuten sich einer verhältnismäßig weitgehenden kommunalen Selbstverwaltung. In allen größeren Territorien beanspruchten die Landstände ein Mitspracherecht bei der Regierung des Landes«.³⁶

³⁵ U. a. R. Dettmering, Geschichte des Baurechts in Aachen, Diss. Druck, Aachen 1986.

³⁶ U. Lewald, Vor hundertfünfzig Jahren, in: W. Först (Hrsg.), Das Rheinland in Preußischer Zeit, Köln 1965, S. 13.

Aachen war zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit 32 000 Einwohnern nach Köln die größte Stadt im Rheinland; sie sank bis zur Jahrhundertwende auf den 6. Platz mit 135 000 Einwohnern zurück. Der mit Belgien eng verbundene Wirtschaftsraum des »Aachener Reviers«, war durch Steinkohle- und Buntmetall-Bergbau, Stahl-, Tuch- und Glasindustrie geprägt³⁷ und zählte um die Jahrhundertwende etwas unter 300 000 Einwohner.³⁸ Die Verstädterung hatte bereits im späten 18. Jahrhundert im Zuge der frühen industriellen Entwicklung eingesetzt; zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich besagte weit ausgestreute »Bergbau- und Industrie-Landschaft« als eine Art industrieller Agglomeration herausgebildet. Die Stadt Aachen, Zentrum des Reviers, wuchs bei der Verstädterung nicht nur vom mittelalterlichen Kern nach außen, sondern gleichzeitig wuchsen die umliegenden Land- und kleineren Stadtgemeinden von außen her in Richtung Aachen und aufeinander zu. Neue Funktionskerne lagerten sich dabei überall verstreut in die Agglomeration ein. Drei durch Lage, Gestalt, Tradition, soziale Klassen und Gewerbe unterschiedene Bereiche der Verstädterung lassen sich im 19. Jahrhundert ausmachen:

1. Das »Stadtgebiet«: Der mittelalterliche Kern der Stadt Aachen, ähnlich auch der kleineren Landstädte, innerhalb des aus dem Mittelalter stammenden Mauerrings war angestammter Sitz des gewerblichen Bürgertums und Patriziats; er beherbergte eine weitläufige und arbeitsteilig organisierte Tuchfabrikation, die seit etwa 1800 vom Handwerksbetrieb zum Fabrikbetrieb überging, in dessen Gefolge sich schon im 1. Drittel des 19. Jahrhunderts ein städtisches Industrie-Proletariat bildete. Seit dem 17. Jahrhundert war der Kur- und Badebetrieb in Aachen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und private bürgerliche Repräsentation spielte eine gewichtige Rolle.

2. Das »vorstädtische Erweiterungsgebiet«: Auf der Gemarkung »vor den Toren der Stadt« gelegen, lag ein landwirtschaftlich genutztes Gebiet, das schon in napoleonischer Zeit in Privatbesitz übergegangen war. An mehreren Bachläufen reihte sich eine ungewöhnlich große Zahl von Mühlen, die im Zuge der frühen Industrialisierung teilweise zu Fabriken ausgebaut wurden. Es war die umstrittene Wachstumszone, in die von der Stadt her die Bürger und von den umliegenden Vorortgemeinden her die Industriearbeiter herandrängten. Wo zunächst einzelne Wohlhabende ihre Landhäuser bauten, da setzte sich seit den siebziger Jahren der »private Städtebau« durch – sowohl für Bürger als auch für Industriearbeiter.

3. Das »Vorortgebiet«: Auf den Gemarkungen der angrenzenden und weiter entfernt liegenden Land- und Stadtgemeinden gelegen, war ursprünglich in etwa gleicher Weise landwirtschaftlich und durch an den Bächen gelegenen Mühlen genutzt, wie das vorstädtische Erweiterungsgebiet. Diese »Vororte«, die zu Beginn des 19. Jahr-

³⁷ U. a. G. Fehl / D. Kaspar / L. Meyer (Hrsg.), Mit Wasser und Dampf – Zeitzeugen der frühen Industrialisierung im Belgisch-Deutsch-Niederländischen Grenzraum, Aachen 1991.

³⁸ U. a. W. Gemünd (s. A 8), S. 112.

hundreds meist noch dörflichen Charakter hatten, waren, genau besehen, keine »Vororte«, sondern eigenständige Gemeinden, politisch der Stadt Aachen gleichgestellt und mit ihrer Industrie oft auch wirtschaftlich unabhängig. In einigen war schon seit dem 18. Jahrhundert Steinkohle in großem Maßstab abgebaut worden, in anderen hatte Zunftfreiheit geherrscht, und Teile der Aachener Tuch- und Messingindustrie waren schon vor der Napoleonischen Zeit dorthin abgewandert. Seither waren auch Fabriken für Eisen- und Metallverarbeitung nahe den Abbaustätten entstanden und eine Agrar-Industrie, die die Produkte der fruchtbaren Gegend verarbeitete. Dieses Gebiet nahm hauptsächlich die in die Industrie und das Folgegewerbe strömende Landbevölkerung auf. Die »ungeplante Produktion von Stadt« herrschte vor. Als Sonderform »privaten Städtebaus« legten Zechen und Fabriken seit den 50er Jahren hier ihre »Werkskolonien« an. Wie im vorstädtischen Erweiterungsgebiet, so bauten sich auch hier die Wohlhabenden ihre Landhäuser und Villen verstreut in landschaftlich schöner Lage. 1896 wurden einige der angrenzenden Industrie-Vororte von der Stadt Aachen eingemeindet.

Im Verstädterungsgebiet des Aachener Reviers lassen sich nun vier verschiedene Grundformen der Produktion von Stadt ausmachen, die im Lauf der Jahrzehnte immer wieder variiert und an die Erfordernisse der Zeit angepaßt wurden.

2.1 »Innere Stadterweiterung« und »öffentlicher Städtebau«:

Bis etwa 1840 wuchs die Stadt Aachen fast nur innerhalb des von den Mauern umgrenzten Gebietes. Zwar hatte Napoleon große Teile des Mauerrings schleifen lassen, aber Torsperre mit Torsteuer bildeten eine Zollgrenze, die bis 1876 erhalten blieb.³⁹ Das Gebiet innerhalb von Mauerring und Zollgrenze war keineswegs vollständig zugebaut, vielmehr gab es in der Nähe der Mauern noch weite unbebaute Gartenländer. Über diese verfügte nun die neue Preußische Regierung nach 1815 in der in Aachen bislang unbekannten landesherrlichen Manier, also im Sinne »öffentlichen Städtebaues«. Unter verschiedenen Projekten der inneren Stadterweiterung war die der heutigen Theaterstraße wohl die bedeutendste. Im Auftrag der preußischen Regierung hatte Stadtbaumeister J. P. Cremer 1822 einen »Alignementsplan« für den neuen Straßenzug mit aufgereihten Platzerweiterungen zwischen neuem Theater und dem

neu geplanten Zolltor zur Nachbargemeinde Burtscheid aufgestellt.⁴⁰ Das Gelände wurde teilweise nach landesfürstlicher Manier zwangsweise »zusammengelegt« und entlang dem neuen Straßenzug neu parzelliert. Für die vorgesehene Bebauung erließ die Regierung 1826 eigens eine Erste Aachener Bauordnung,⁴¹ durch welche zwecks schneller und einheitlicher Verwirklichung die ansonsten in Preußen so geheiligte »Baufreiheit« stark beschnitten wurde. So wurden zunächst »die Acquisition des Terrains« für die Straße, deren Herstellung und Unterhalt mit § 27 der Gemeinde aufgebürdet und in § 25 die Materialien der Pflasterung von Straßen und Gehwegen festgelegt. In § 21 wurde der »geschlossene Anbau« in »geschlossener Bauweise« vorgeschrieben, in § 9 war die Farbe »weiß« für die Fassaden ausdrücklich verboten, mit § 22 wurden die Nutzung hauptsächlich auf das Wohnen eingeschränkt und »lästige Gewerbe« ausgeschlossen. Gemäß § 17 mußten die an der Zusammenlegung des Bauandes beteiligten ursprünglichen Grundeigentümer die Baugrundstücke dem ersten Kaufwilligen »gegen volle Entschädigung abtreten«, falls sie nicht selbst binnen Jahresfrist ein Haus in vorgeschriebener Größe zu bauen gewillt waren. Trotz landesfürstlicher Attitüde war dieser inneren Stadterweiterung Erfolg beschieden, war doch mit der Industrialisierung der Bedarf nach großen Baustellen für repräsentative Wohnhäuser wohlhabender Unternehmer entstanden, die sie sich von Baumeistern eigens entwerfen ließen – sogenannter »Kundenbau«.⁴² Die Bebauung und die Herstellung der abzweigenden Nebenstraßen zogen sich allerdings bis weit in die 40er Jahre hinein. Bebauungsplan und Bauordnung blieben ein Versuch der Preußischen Regierung, den landesfürstlichen Städtebau noch am Abend des Landesfürstentums in der ehemaligen Freien Reichstadt einzuführen. Weiteren Versuchen der Preußischen Regierung, umfassendere Bebauungspläne aufstellen zu lassen, widersetzte sich die Gemeinde hartnäckig. Ab den 30er Jahren kam es im inneren Stadtgebiet lediglich zu jenen vielen kleinen Bebauungsplänen für einzelne Straßenzüge, die als »privater Städtebau« von privaten Grundeigentümern »auf Spekulation« initiiert und verwirklicht wurden.⁴³ In dieser Weise zog sich die Auffüllung des inneren Stadtgebietes bis zur Jahrhundertwende hin; in Konkurrenz zum äußeren Stadtgebiet stehend, verlor es langsam an Bedeutung als repräsentativer Ort bürgerlichen Wohnens.

³⁹ Die »Torsteuer« war eine in Preußen übliche Form der Verzehrsteuer, die auf viele Waren, insbesondere Mehl und Fleisch beim Eintritt in die Stadt erhoben wurde und merklich zur Verteuerung des Lebens und des Produzierens in der Stadt beitrug, verglichen mit den außerhalb gelegenen Gebieten und Vororten. Bis zur Aufhebung 1876 hatte sie zunächst eine gewisse abschreckende Wirkung auf die vom Land andrängenden Industrie-Arbeiter gehabt; aber auch auf Fabrikanten, die eine Neugründung im Auge hatten. Nach etwa 1860 trug sie zur Suburbanisierung bei, indem sie die Bürger aus der teuren und engen Stadt in das billigere und weiträumige Umland hinaustrieb. U. a. L. J. Laurent, Die städtische und bauliche Entwicklung der Bade- und Industriestadt Aachen 1815–1915, Aachen 1920, S. 17.

⁴⁰ U. a. J. Everling, Die Architekten Adam Franz Friedrich Leydel und Johann Peter Cremer und ihre Bedeutung für die Aachener Baugeschichte, Diss. RWTH Aachen 1923.

⁴¹ Aachener Bauordnung von 1826: Polizeiliche Bekanntmachung der königlichen Regierung vom 20. 3. 1826, in: Aachener Stadtanzeiger vom 4. 4. 1826; Nachdruck s. R. Dettmering (s. A 35).

⁴² J. v. Lövenich, Die Boden- und Wohnverhältnisse in Aachen im 19. und 20. Jahrhundert, Diss. Univ. Bonn 1924, S. 11.

⁴³ R. D. Dettmering (s. A 35), S. 81 ff.; vgl. ähnliches für Köln: E. Kleimertz, Die Bau- und Bodenspekulation in Köln, in: K. van Eyll (s. A 7).

2.2 »Äußere Stadterweiterung« und »privater Städtebau«

Während in Aachen in der ersten Jahrhunderthälfte die Zahl der Wohnhäuser nur um 11% zugenommen hatte, war die Bevölkerung um etwa 50% gestiegen, mit der Folge, daß die sogenannte »Behausungsziffer« zwischen 1825 und 1850 von 11 auf 16 Personen je Haus zugenommen hatte.⁴⁴ Die intensivere Nutzung leistete einer verstärkten und dann auch gewerblich betriebenen Verwertung von bebaubarem Boden Vorschub, die zu Beginn der 30er Jahre »mit Anbauten und der Stockwerkhäufung, einer Verdichtung in der Innenstadt«⁴⁵ einsetzte und sich schnell über die bestehende Zollgrenze hinaus auf das Gebiet der Vorstadt ausweitete.

Eine erste große Stadterweiterung außerhalb der Zollgrenze wurde im Zusammenhang mit der Anlage des neuen Bahnhofs in Angriff genommen; ein »Bahnhofs-Viertel« entstand rasch aus einer groß angelegten Bodenspekulation heraus und nach einem Bebauungsplan, der als »privater Städtebau« 1838 aus dem Zusammenspiel von Rheinischer Eisenbahn-Gesellschaft als Bodeneigner, einigen Aachener Unternehmern und der Gemeinde hervorging.⁴⁶ Unmittelbar nach Gründung der Eisenbahngesellschaft war 1837 zunächst auch eine Bodenverwertungs-Gesellschaft gegründet worden. Diese legte das Terrain zusammen, teils unter Nutzung des besonderen Expropriations-Rechtes für den Eisenbahnbau, sie legte im Plan die Bodenaufteilung des Terrains für Straßen und Bauparzellen fest, stellte das im Bebauungsplan ausgewiesene Straßenland der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung, plante die Straßenzüge im abschüssigen Gelände, baute eine Straßenbrücke und stiftete zwecks Steigerung der Attraktivität als krönende Mitte ein großes Kirchengrundstück. Die Gemeinde befürwortete nach längeren Verhandlungen den Plan und übernahm als ihren gewohnten Teil die Pflasterung der Straßen und deren Unterhalt. Dank der Befürwortung der Gemeinde wurde der Plan auch bald von der Regierung genehmigt. Die Boden-Gesellschaft konnte nun die Parzellen mit teilweise hohem Gewinn an »Privatiers« verkaufen, die ihrerseits ihre Privathäuser im Sinne des üblichen »Kundenbaues« von Baumeistern erbauen ließen. Für die Bebauung galt bis 1853 die Bauordnung von 1826, die in § 5 eine dreigeschossige Bebauung an Haupt- und Nebenstraßen zuließ. Erstmals erprobte die Bodengesellschaft nun auch auf einzelnen Bauplätzen den sogenannten »Warenbau«,⁴⁷ bei dem auch die Häuser »auf Spekulation« gebaut und samt Grundstück als »Ware« mit Gewinn veräußert wurden; das »Dreifensterhaus« erwies sich hierbei als besonders geeigneter, das Verkaufsrisiko mindernder Haustypus, da es in seiner Einheitlichkeit und mit seiner inneren Variabilität als Ein- oder Mehrfamilienhaus vielerlei Ansprüchen gerecht wurde. Bei Verkauf und Bebau-

⁴⁴ J. v. Lövenich (s. A 42), S. 11.

⁴⁵ Ebda. S. 160f.

⁴⁶ J. Wennemann, Actenmäßige Untersuchung der Entwicklung des »Eisenbahn-Viertels« zu Aachen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: G. Fehl / J. Rodriguez-Lores (s. A 6), S. 205–233.

⁴⁷ J. v. Lövenich (s. A 42), S. 12.

ung der Parzellen achtete die Boden-Gesellschaft sorgfältig auf die lagegerechte Verwertung des Bodens. So wurde in der bevorzugten und damit besonders wertvollen Lage zwischen Bahnhof, Theaterstraße und Kirche eher der Bau von Privathäusern auf breiteren Parzellen vorgesehen, während in den entfernteren und weniger wertvollen Lagen meist einheitlich schmale Parzellen für den Bau von kleinen Dreifensterhäusern, nach 1853 dann auch breitere Parzellen für den Bau einiger viergeschossiger Miethäuser ausgewiesen wurden. Zur Minderung des Spekulations-Risikos ließen sich, von der vereinheitlichten Mindestbreite des Dreifensterhauses ausgehend, bei Absatzschwierigkeiten und schwankender Nachfrage immer wieder schmale Parzellen zu breiten zusammenfassen und umgekehrt. Obwohl sich die Auffüllung des Gebietes mit Häusern bis in die 80er Jahre hinein zog, galt die Unternehmung als überaus erfolgreich.

Mit dieser Boden- und Bauspekulation war ein Grundmodell »privaten Städtebaues« eingeführt, bei dem auf der Ebene der ideellen Produktion eine horizontale Abstimmung zwischen öffentlichen und privaten Produzenten herbeigeführt wurde.

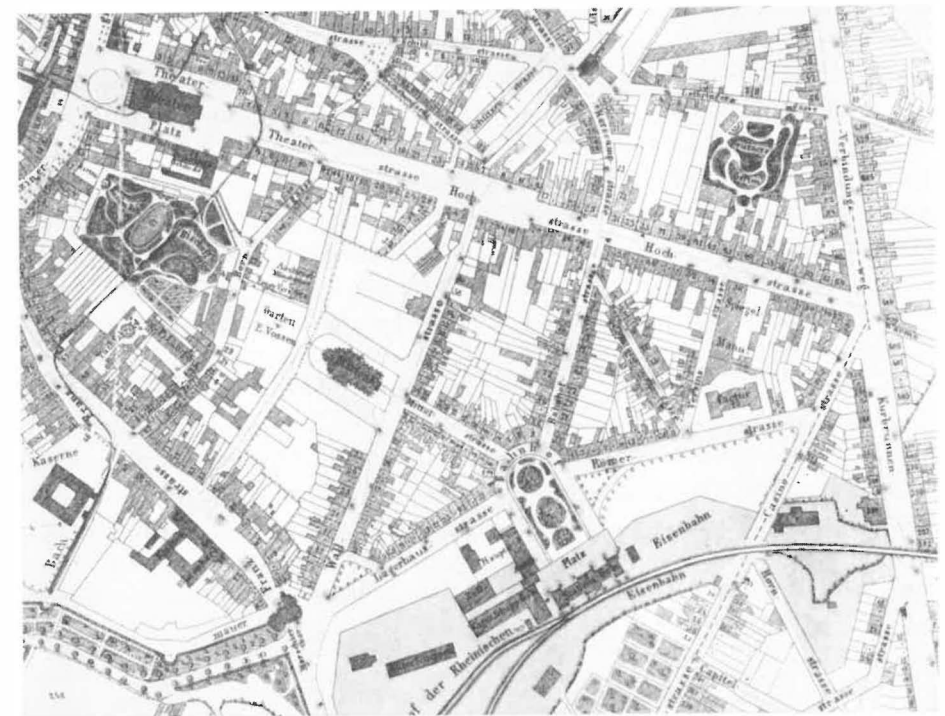


Abb. 1: Plan der Stadt Aachen von 1869 (J. Rappard-Plan); Ausschnitt mit dem in landesfürstlicher Manier angelegten Straßenzug der Theaterstraße (ab 1826) und dem südlich anschließenden »Eisenbahn-Viertel« (ab 1838) der privaten Bodenverwertungs-Gesellschaft, aus: Stadtarchiv Aachen.

Die privaten Produzenten hatten die Initiative ergriffen, als sie den besonderen Lagevorteil des zwischen Stadt und Bahnhof gelegenen Viertels erkannt hatten. Nachdem sie über das Terrain verfügten, hatten sie, mit Blick auf eine gehobene Klientel und eine möglichst ertragreiche Bodenverwertung, die Führung der Straßen und die Bodenparzellierung festgelegt. Die Gemeinde befürwortete diesen Plan, sobald sie darin ihren Vorteil erkannt hatte. Die anschließende materielle Produktion war vertikal an den genehmigten Plan gekoppelt und lag bis auf die Straßenpflasterung ungeteilt in privater Hand. Indem der Plan nur das Mindeste festlegte, ließ er der Boden-Gesellschaft weiten Spielraum beim Parzellenverkauf und bei der Bebauung.

Das Vorhaben wurde von der Gemeinde genehmigt, obwohl die örtlichen Haus- und Grundbesitzer unter Protest darauf verwiesen, daß doch innerhalb der Zollgrenze noch genügend unbebaute Grundstücke bereitstünden, die durch das neue Bahnhofs-Viertel nur entwertet würden. Ihr Argument zielte auf Knapphaltung des Bodens: »Eine Menge Häuser würde nun sinnlos ohne Bedürfnis erbaut.«⁴⁸ Und in der Tat: Die Bodenpreise in diesem ersten vorstädtischen Erweiterungsgebiet stiegen in den 40er Jahren stark an, während sie innerhalb der Zollgrenze teilweise deutlich sanken.⁴⁹

Das verlockende Geschäft lockte indes auch die Konkurrenz und zwang nun die privaten Bodenverwerter dazu, sich jeweils mit möglichst verheißungsvollen Bauland-Angeboten an bestimmte Klientengruppen zu wenden. Und Verheißung lag stets in der Lage, Einteilung und Ausstattung eines Viertels. So wurden ab den späten 60er Jahren nahezu gleichzeitig in dem der Ostseite der Stadt vorgelagerten, mit einigen Fabriken und Mühlen bestandenen Wiesengelände gleich drei große Stadterweiterungen in Angriff genommen, die »viertelsweise« ohne Beziehung zueinander produziert wurden – außer daß die Straßenanschlüsse sichergestellt waren. Allen drei Terrains war gemeinsam die Lage nahe der Stadt und doch außerhalb der das Leben verteuern- den Zollgrenze; ansonsten unterschieden sich die Gebiete durch ihre topographische Lage am leicht geneigten Hang. Das zuerst in Angriff genommene Gebiet – nach seinem Gründer »Rehmviertel« genannt – lag in den niedrigen, feuchten Wiesen und in der Nähe einiger neu entstehender Fabriken. Es war dadurch eher geeignet für die aus der teuren Stadt drängenden »handarbeitenden Klassen« und wurde von vorneherein als sogenanntes »Handwerker- und Arbeiterviertel« auf einfachste Weise angelegt: schlichtes Straßenraster, ein staubiger Platz, baumlose Straßen. Neben dem »Dreifensterhaus« finden sich hier häufig die Haustypen des 4-Achсers mit Durchfahrt zu einem gewerblichen Hinterhof und eines kleinen Miethauses mit kleinen Etagenwoh-

nungen für Arbeiter.⁵⁰ Es wurde auch noch 1920 als »minderwertiges Viertel«⁵¹ eingeschätzt. Am oberen Teil des leichten Hanges dagegen war die Lage für die Anlage eines »bürgerlichen Viertels« – nach der dort liegenden Burg »Frankenberger Viertel« genannt – überaus geeignet.⁵² Es wurde mit breiten Baumalleen, Park, Marktplatz und einer von der Terraingesellschaft gestifteten Kirche ausgestattet. Hier herrschte das Dreifensterhaus mit Gartenhof bei weitem vor und Gewerbebauten waren bestenfalls an den Rückseiten der Baublocks zu finden. Das dritte »Viertel« – nach seinem Gründer »Steffens-Viertel« genannt – lag, sowohl was die Lage als auch die Zielgruppe anbelangte, dazwischen.

Da Ausstattung eines Gebietes und Parzellierung des Baulandes sich stets nach der anvisierten Kundschaft und deren Anforderungen richteten und da Parzellenzuschnitt und Haustypus in engem Zusammenhang standen, war in jedem »Viertel« eine »gesellschaftliche Klasseneinteilung nach Haustypen«⁵³ vorzufinden. Die Produzenten waren drei konkurrierende »Terraingesellschaften«, die größere Terrains als Urbesitzer ein- oder auch durch Hinzukauf zusammenbrachten. Sie erstellten die Bauungspläne in oft langen und zähen Abstimmungen mit der Gemeinde im Sinne »privaten Städtebaues«. Nach deren Befürwortung wurden die Pläne von der Regierung genehmigt. Zwischen Terraingesellschaften und Stadt wurden Verträge über die materielle Produktion ausgehandelt, die hauptsächlich die Anbindung an die Stadt und die Art der Straßenherstellung regelten. Nachdem das Straßenland unentgeltlich an die Gemeinde abgetreten worden war, überließ diese die Straßenherstellung den Terraingesellschaften, übernahm jedoch die fertiggestellten Straßen und trug für deren Unterhalt Sorge; sie legte also Wert auf solide Ausführung von Unterbau und Pflasterung, um sich spätere Reparaturkosten zu ersparen. Nach schlechten Erfahrungen mit minderwertigem Straßenbau übernahm die Gemeinde ab den 80er Jahren die Herstellung der Straßen in eigene Regie und stellte die Kosten den Terraingesellschaften in Rechnung.⁵⁴ Diese zahlten also stets für die Straßenherstellung und den gemäß Preußischem Ministerial-Erlaß von 1855 anzulegenden zentralen Platz, ehe gebaut werden durfte. Hierdurch wurde eine große Menge bebaubaren Landes mobilisiert: Die Terraingesellschaften waren nach der großen Investition an schnellem Warenumschlag interessiert, d. h. am alsbaldigen Verkauf erschlossener Baustellen. Die Größe ihrer Investition aber bestimmten sie selbst, wobei sie, um der Konkurrenz den Rang

⁴⁸ Zit. J. Wennemann (s. A 46), S. 212.

⁴⁹ J. v. Lövenich (s. A 42), S. 10.

⁵⁰ U. a. R. Dauber, Die Anfänge der Wohnungspolitik und die Bautätigkeit des Gemeinnützigen Wohnungsbaues im Rheinland, in: Die Alte Stadt 7 (1980), S. 133–154. Die private Bauproduktion richtete sich nach der Bauordnung von 1853 und dann von 1870 und wurde von der staatlichen Baupolizei überwacht.

⁵¹ U. a. J. Laurent (s. A 39), S. 27.

⁵² Aus. u. a. R. Ruhnau (s. A 20).

⁵³ J. v. Lövenich (s. A 42), S. 164.

⁵⁴ J. Laurent (s. A 39), S. 28.

abzulaufen und potentiellen Käufern eine große Auswahl an Bauparzellen verschiedener Lage und Zuschnitts bieten zu können, von vorneherein einen möglichst großen Teil ihres Terrains mit fertiggestellten Straßen und Anlagen auszustatten bestrebt waren. Zuweilen drückte indes die Gemeinde ein Auge zu und ließ den Bau von Häusern auch an noch unfertigen Straßen zu.⁵⁵ Dennoch pflegte sich die Auffüllung der Terrains über Jahrzehnte hinzuziehen. Äußerst kapitalaufwendig, erforderte diese Form privater Bodenproduktion also einen durch Banken gut abgesicherten langen Atem, der nur im Hinblick auf langfristig absehbare Bodenwert-Steigerungen wirtschaftlich zu rechtfertigen war. Die Terraingesellschaften waren also eher am langfristig weniger riskanten Bodengeschäft interessiert und überließen das riskantere, krisenabhängige Baugeschäft gern den Händen vieler, meist kleiner Bauunternehmer, die Häuser »auf Spekulation« bauten. Dennoch waren sie zuweilen auch gezwungen, als Bauherren aufzutreten, indem sie Grundstücke selbst im Sinne des »Warenbaues« bebauten, wo neu eröffnete Terrains unbebaut auf die Kundschaft wenig attraktiv gewirkt hätten oder wenn unter Konkurrenzdruck aus dem Verkauf von Häusern eher Gewinn zu ziehen war, als aus Bauland. Zwecks beschleunigtem Kapitalumschlag und Auffüllung ihrer Terrains vergaben sie zuweilen günstige Kredite an Bauunternehmer, die Grundstücke zur Bebauung zu erwerben bereit waren.⁵⁶

Die Verstädterung vollzog sich also bei »privatem Städtebau« weder in »geschlossenen Ringen« vom Kern nach außen, noch in der Form des »geschlossenen Anbaues«, sondern in der Art eines Flickenteppichs: Viertel für Viertel in Konkurrenz, jeweils im Inneren sich nur langsam lückenhaft auffüllend. Das Prinzip des »geschlossenen Anbaus« mußte bei solchem Vorgehen ebenso auf der Strecke bleiben wie das repräsentative Aussehen. Dafür leistete der »private Städtebau« der sozialen Entflechtung im Stadtgebiet Vorschub und der Mobilisierung von Bauland »über den unmittelbaren Bedarf hinaus«. Die Bodenpreise blieben bescheiden und ihr Anteil an den Gesamtkosten eines Hauses betrug in der Regel 15–18%.⁵⁷

Die Gemeinde stand auf Grund der eingespielten Praxis mit dem »privaten Städtebau« der Stadtentwicklung »einigermaßen passiv gegenüber und war, abgesehen von einzelnen, zum Teil mit viel Geschick gelösten Aufgaben der Stadtbaukunst, nur von Fall zu Fall und den privaten Interessenten die Initiative überlassend, an Fragen des Städtebaues herangetreten.«⁵⁸ Dies änderte sich erst nach 1875, als die Gemeinde mit dem Fluchtliniengesetz das Recht erhalten hatte, in eigener Verantwortung Bebauungspläne aufzustellen. Aber trotz Joseph Stübbers Entwurf von 1879 zu einem umfassenden Bebauungsplan, mit dem er »die Überleitung einer früher planlosen Tätig-

⁵⁵ J. v. Lövenich (s. A 42), S. 124.

⁵⁶ Ebda., S. 252.

⁵⁷ Ebda., S. 168f.

⁵⁸ A. Huyskens, Die Bau- und Wohnverhältnisse in Aachen, in: Die Gesundheitspflege in Aachen. Festschrift der Stadt Aachen, Aachen 1913, S. 44.

keit in ein durchdachtes System«⁵⁹ anstrebte, dauerte es noch bis weit in die 80er Jahre hinein, ehe die Gemeinde an die Aufstellung auch nur kleinerer Bebauungspläne herantrat. Trotz Drängens der Regierung ließ sie sich bis 1895 Zeit, einen Bebauungsplan für das gesamte vorstädtische Erweiterungsgelände in Angriff zu nehmen.⁶⁰ Konkreter Anlaß war u. a. der Bau der Kanalisation ab 1890, der im überwiegend hügeligen Erweiterungsgelände die weit vorausschauende Planung mit kostengünstiger Straßen- und Leitungsführung unabdingbar machte.⁶¹

2.3 Verstädterung der Vororte: »Ungeplante Produktion von Stadt« für Arm und Reich

Das bestehende Wegenetz der Landstraßen und Feldwege bildete, wo der Anbau daran geduldet wurde, das Grundgerüst der Verstädterung der Vororte; eine ideelle Produktion von Stadt, also die Aufstellung eines Fluchtlinienplanes, erübrigte sich. Die Baupolizei überwachte lediglich die Einhaltung der gültigen Bauordnung und unterband die Bebauung »auf freiem Feld«, d. h. ohne Straßenanschluß. Die materielle Produktion bei »ungeplanter Verstädterung« war im allgemeinen geteilt zwischen der öffentlichen Hand und den vielen meist kleinen privaten Boden- und Bauproduzenten; Gemeinde und Staat übernahmen indes nur den allergeringsten Teil, indem sie bei entstandenem Bedarf die minimale soziale Infrastruktur, wie Polizeistation, Schule und Kirche bauten. Zwei Grundformen ungeplanter Verstädterung hatten sich bereits vor Mitte des 19. Jahrhunderts herausgebildet:

1. »Noble Streusiedlung«: Wohlhabende Unternehmer hatten schon im ausgehenden 18. Jahrhundert in der vorstädtischen und vorörtlichen Umgebung von Aachen Güter und Schlösser aus adligem Besitz erworben; als Napoleon meistbietend aufgelassenen Kirchenbesitz und Gemeinde-Allmenden versteigern ließ, griffen viele betuchte Stadtbürger zu. Die zunächst nur als »Sommersitze« für ihre Familien neben den »Stadthäusern« genutzten »Landhäuser« wurden seit den 30er Jahren nach und nach zu ständigen Wohnsitzen umgebaut. Mit dem Pferdegespann täglich zwischen Landhaus und Fabrik- oder Waren-Kontor zu pendeln, wurde ein Zeichen von Status und den Wohlhabenden langsam zur Gewohnheit. Sie vollzogen damit die Trennung von Arbeits- und Wohnplatz und führten eine neue bürgerliche Lebensform ein. Nun wurden auch eigens »Villen« in landschaftlich reizvollen Gegenden gebaut und damit solche Orte für ihresgleichen besetzt.⁶² Die Form ihrer privaten materiellen Produktion war von schlichtester Art: Der Bauherr hatte das stets landschaftlich gut gelegene, große Grundstück geerbt oder käuflich erworben; er legte aus eigener Tasche die notwendige Zuwegung zur nächsten Landstraße an, ließ sein Haus nach den Plä-

⁵⁹ J. Stübber, Aachens Bebauungsplan und bauliche Zukunft, in: Deutsche Bauzeitung 1880, S. 100f.

⁶⁰ R. Dettmering (s. A 35), S. 313.

⁶¹ G. Heuser, Bevölkerungsverhältnisse und Entwicklung des Anbaues der Stadt, in: Festschrift zur 72. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte, Aachen 1900, S. 42–51.

⁶² R. Dauber (s. A 26).

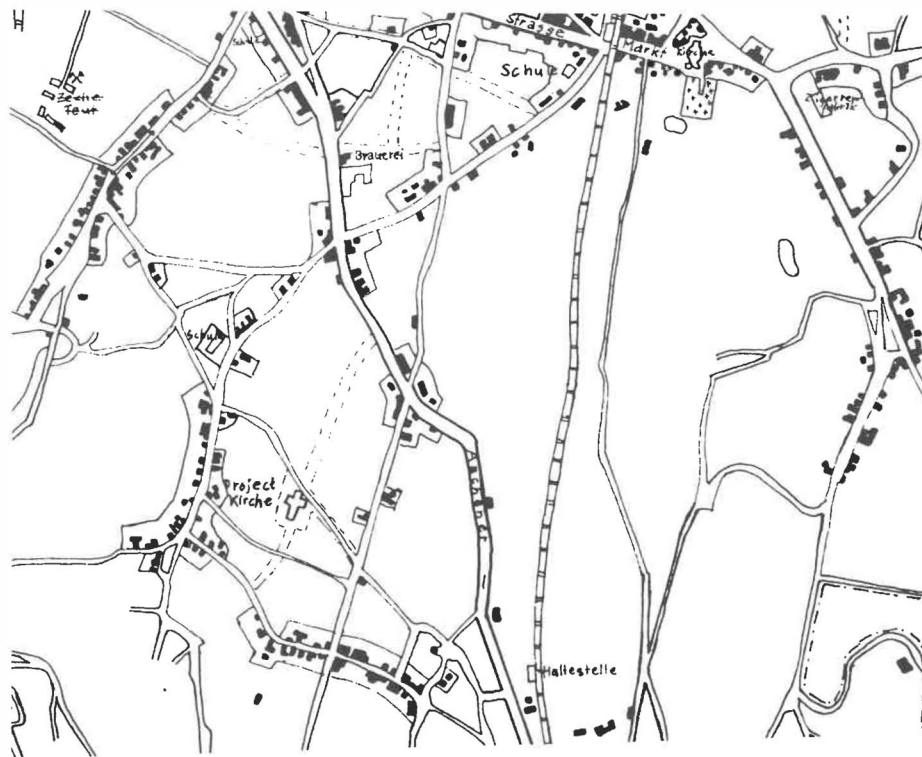


Abb. 2: Ausschnitt aus dem Bebauungs-Plan der Gemeinde Würselen von 1904. Die Bergbau- und Industriegemeinde Würselen liegt 3 km nordöstlich von Aachen. Die Bebauung entstand ungeplant am bestehenden Wegenetz. Gestrichelt eingetragen sind die 1904 erstmalig geplanten Straßenzüge, aus: Archiv Queck, Aachen.

nen eines Baumeisters und nach den Regeln der Bauordnung errichten und nutzte es dann selbst.

2. »Proletarisch-kleinbürgerliche Streusiedlung«: Vor und während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten Zechen und Fabriken rund um Aachen herum in den Landgemeinden Fuß gefaßt. Mit dem Ausbau der Rheinischen und der Märkischen Eisenbahnen seit 1838 waren vor allem in den östlich und nördlich von Aachen gelegenen Landgemeinden große Industrien entstanden, deren großer Bedarf an Arbeitskräften fast ausschließlich durch Zuwanderung gedeckt werden mußte. Anders als die meist in den Städten und im Ausland angeworbenen Facharbeiter, kamen die ungelernten Arbeitskräfte überwiegend aus der verarmten Landwirtschaft von Eifel und Ardennen. Die Löhne waren indes so niedrig, daß sie zu täglichen, oft stundenlangen Wanderungen zwischen Dorf und Fabrik und zum Verzicht auf Familiengrün-

dung gezwungen waren.⁶³ Zur Ansiedlung in Fabriknähe waren einfachste Lebensweise und billigstes Wohnen unabdingbare Voraussetzung. Die Stadt mit ihrer Torsteuer war für diese Industriearbeiter viel zu teuer; die Vorortgemeinden boten ihnen mit billigeren Wohnungen und einem Stück Gartenland für die geläufige Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln die Möglichkeit zu billigerer Lebensführung und zur Familiengründung.

Die private Produktion von Bauland, Gartenland und Arbeiter-Wohnungen war ganz darauf abgestellt: Landwirte oder andere Urbesitzer trennten bei Nachfrage an bestehenden Landstraßen oder Feldwegen eine oder mehrere Bauparzellen von ihrem Acker- oder Wiesenland ab und überließen es dem Bauproduzenten zur Bebauung: Entweder mit einer langfristigen Pacht oder häufiger gegen Eintragung einer Hypothek.⁶⁴ Da Fabriken und Zechen über ein weites Gebiet verstreut lagen, die Nähe zum Arbeitsort aber als wichtiger eingeschätzt wurde als zu einem Ortszentrum, war die Lagegünstigkeit einer Bauparzelle für ein Wohnhaus kaum durch Zentralität bestimmt, sondern eher durch Nähe zu Fabrik oder Zeche. Folglich waren die Lageunterschiede der für den Hausbau geeigneten Grundstücke am Wegnetz des gesamten Gemeindegebiets nur gering, wobei nur Landstraßen den Lage-Vorteil einer etwas besseren Erschließung boten und daher häufig zu bandförmiger Besiedlung Anlaß gaben.

Für die Aufschließung der an einem unbefestigten Weg gelegenen Bauparzellen entstanden keine Kosten. Kapital war also weder für Bodenerwerb noch für Aufschließung erforderlich, sondern lediglich für die Bauproduktion. Die privaten Bauproduzenten erwarben eine Bauparzelle, entweder um ein Haus für eigenen Bedarf zu bauen, oder es bauten kleine Bauunternehmer mit geringem Kapital »auf Spekulation« als »Warenbau«. Ihren bescheidenen Gewinn zogen sie weniger aus dem Boden als aus dem Weiterverkauf der Häuser, von dem sie regelmäßig wieder einen Teil in neuen Hausbau investierten. Die verwendeten Haustypen hatten sich meist aus dem sogenannten »Eifeler Einhaus« entwickelt: 2geschossige Reihen- oder kleine Miethäuser mit 2 bis 6 Kleinwohnungen am gemeinsamen Flur und Treppenhaus.⁶⁵ Eine Eigenart waren die zu Sammelunterkünften ausgebauten Kniestöcke unter dem Dach, die als Schlafstellen an die große Anzahl lediger Schlafburschen vermietet wurden. Da der Boden billig war, wurden den Wohnungen fast immer hausnahe Gärten für den ergänzenden Gemüseanbau zugeschlagen. Die Käufer der Häuser, meist sogenannte »kleine Leute« wie Handwerker, Händler, Beamte pflegten einen Teil von Haus und Garten selbst zu nutzen und den Rest samt Gartenanteil an Industriearbeiter zu vermieten. Die Grundrente war dabei nicht ausgeschaltet, denn die Urbesitzer zogen

⁶³ P. Emunds, Rauchfahnen – Streikfahnen – Staubfahnen, Aachen 1989, S. 21 f.

⁶⁴ Ausf. u. a. R. Eberstadt (s. A 4), S. 36 f.

⁶⁵ E. Prokop / S. Rothfuß, Bauen im Grenzland, Aachen 1989.

durch Pacht oder Hypothek langfristig aus dem bebauten Boden bescheidenen, jedoch höheren Ertrag als aus ihren früheren Wiesen.

So schaffte die bescheidene Grundrentendifferenz einen beständigen Anreiz zur Mobilisierung des bebaubaren Bodens, der unbeschränkt im gesamten Gemeindegebiet zur Bebauung zur Verfügung stand. Bei solch praktisch unbegrenztem Baulandangebot war wiederum nicht mit nennenswerten Steigerungen der Grundrente zu rechnen, und somit entfiel jedes Argument für eine Zurückhaltung von bebaubarem Boden. Wo nun die Produktionskosten für Boden und Bau gering und die Preise der Häuser bei ausreichendem Angebot bescheiden waren, da konnten auch die Mietpreise niedrig sein – zumindest deutlich niedriger als in der Stadt. In der Stadt Aachen wiederum »waren die Mietpreise niedriger als in anderen Städten Preußens«.⁶⁶

3. Einige Überlegungen zum Zusammenwirken von Verstädterung und Wohnungsverversorgung

Abschließend soll im Lichte der skizzierten Zusammenhänge auf die eingangs angesprochene Hypothese der Wohnungsreformer zur Baulandausweisung eingegangen werden.

1. Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, daß die »ungeplante Verstädterung« der extremste Gegensatz zu der durch »öffentlichen Städtebau« bestimmten Verstädterung war. Dessen Vertreter schmähten denn auch die atomisierte, weit verstreute Besiedlung stets als »Zersiedlung« und »Verunstaltung« der Landschaft. Einem solchen ästhetischen Nachteil standen indes für die in die Industrie drängende Landbevölkerung der sozial-psychologische Vorteil des erleichterten Übergangs vom Land zur Stadt entgegen und der ökonomische Vorteil der vergleichsweise günstigen Lebenshaltung mit billigem Wohnraum und Gelegenheit zur Selbstversorgung. Ferner zogen gerade auch die industriellen Unternehmer der Vororte daraus den Nutzen eines, verglichen mit der Stadt, niedrigeren Lohnniveaus: ein unschätzbarer Standortvorteil der industriellen Vororte gegenüber der Kernstadt.

2. Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts konnten die industrialisierten Vorortgemeinden auf der Grundlage der ungeplanten Verstädterung einen wesentlichen Teil des Bevölkerungswachstums des Aachener Reviers auf sich ziehen. Einige wuchsen zwischen 1815 und 1895 um 500 bis 900% an, während die Stadt Aachen nur um 340% zunahm.⁶⁷ In einer zeitgenössischen Untersuchung heißt es daher: »Es vermehrt sich der Landkreis auf Kosten seiner Zentralstadt«.⁶⁸ Die Vorortgemeinden hatten mit ihrem starken Wachstum gerade auch den Boden- und Wohnungsmarkt der

⁶⁶ J. v. Lövenich (s. A 42), S. 253. Die Mietpreise in RM je qm.

⁶⁷ P. Emunds (s. A 63), S. 32ff.

⁶⁸ W. Gemünd (s. A 8), S. 180.

Stadt Aachen entlastet und den Nachfragedruck auf die Stadt nachhaltig entschärft. Folglich mußte auch die Boden- und Bauspekulation in der Stadt »genügsam sein«.⁶⁹ Die frühe Verlagerung des Wachstums von der Stadt auf das Umland hielt – gemessen an Berlin und anderen Städten Preußens – die Mietpreise niedriger, die Dichte der Bebauung geringer und das kleinere Eigen- und Miethaus vorherrschend.⁷⁰

3. Für die Vorortgemeinden gab es bis nach der Jahrhundertwende keinerlei Gründe zur Aufstellung von Bebauungsplänen, denn den wohlhabenden Erbauern von Landhäusern wollten die Gemeinden wohl nicht entgegenreten. Der ungeplanten Verstädterung der kleinen Bauspekulanten aber konnten sie nicht entgegenreten, denn sie war die maßgebliche Grundlage für das langfristig abgesicherte niedrige Lohnniveau, dessen Stabilisierung die industriellen Unternehmer durch gelegentlichen Werkwohnungsbau von sich aus zu regulieren verstanden: Bei ansteigenden Konjunkturen griffen sie in den örtlichen Wohnungsmarkt mit eigener Bautätigkeit auf Gelände ein, das sie in günstiger Lage zu ihren Fabriken oder Zechen billig erwerben konnten. Auf der Seite der Industriellen war, soweit sie Einfluß auf die Gemeindepolitik hatten, also kein Interesse an einer Beendigung der für sie doppelt günstigen Bedingungen der ungeplanten privaten Produktion von Stadt anzunehmen. Sie nahmen damit selbstverständlich die schlechte Qualität der Infrastruktur, insbesondere der unbefestigten Wege, billigend in Kauf. Städtische Bebauungspläne nach Fluchtliniengesetz hätten »auf dem Land« zwar die Erschließung verbessert, aber beide Formen der Verstädterung unmöglich gemacht: Sie hätten mit dem erforderlichen Straßenausbau den Boden untragbar verteuert und der Bodenspekulation Vorschub geleistet.

4. Voraussetzung für all dies war, daß die Spekulation bei dem nahezu unbegrenzten Bodenangebot eine Bauspekulation blieb und nicht in eine Bodenspekulation überging, mit welcher die Bodenbesitzer nach Erringung eines kartellartigen »Baustellen-Monopols« hätten das Bauland knapp, die Bodenpreise hoch und die Bebauung fern halten können.⁷¹ Auch die im vorstädtischen Erweiterungsgebiet operierenden Terraingesellschaften konnte kein »Baustellen-Monopol« durchsetzen, solange die Vorortgemeinden ihren Boden unbegrenzt zur Verfügung hielten und die Gemeindevertretung der Stadt gleichzeitig für ausreichende Genehmigung privater Bebauungspläne Sorge trug.

5. Genau in diese Richtung führte die von den örtlichen Fabrikanten gestützte Politik der Gemeinde Aachen weiter, als die Wirtschaftskonjunktur der frühen 90er Jahre einen verstärkten Zuzug von Arbeitern mit sich brachte. Die Fabrikanten sahen sich nämlich auf dem Gemeindegebiet vor das Problem zunehmenden Wohnungsmangels

⁶⁹ Ebda., S. 181.

⁷⁰ Ausf. J. v. Lövenich (s. A 42).

⁷¹ Vgl. ausf. R. Eberstadt (s. A 4), S. 40ff.

gestellt und damit vor das sie bedrohende Ansteigen der Lebenshaltungskosten ihrer Arbeiter: Der Industriestandort Stadt wurde teuer; darüberhinaus stiegen mit der neuen Kanalisation die Erschließungskosten für Bauland an, so daß die privaten Bodenproduzenten mit der Erschließung neuen Baulandes zurückfielen und der erschlossene Boden für den Bau von Arbeiter-Miethäusern kostspielig wurde.⁷² Gemäß einer Empfehlung des »Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen«, die »gewohnte zerstreute Ansiedlung« als Mittel anzusehen, um »die Bildung von Monopolpreisen thunlichst zu verhindern«, ⁷³ beschloß die Gemeindevertretung zunächst 1894 den forcierten Ausbau des elektrifizierten Straßenbahnnetzes,⁷⁴ mit dem sie die industrialisierten Landgemeinden an die Stadt anband und sich so Zugang zu deren billigem Baulandreservoir verschaffte. Nach Eingemeindung einiger Vororte erschloß die Gemeinde dann ab 1902 in eigener Regie peripheres Bauland aus ihren Reserven, das sie preisgünstig ihrer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft zur Bebauung zur Verfügung stellte.⁷⁵

6. Das hier beobachtete komplizierte Geflecht von Beziehungen zwischen Stadt- und Landgemeinden, zwischen geplanter und ungeplanter Produktion von Stadt scheint indes nur für eine historische Phase der Verstädterung Bestand gehabt zu haben: Solange nämlich Stadt und Umland sich gleichzeitig verstädterten, um Industrie konkurrierten, nur ungenügend durch Massenverkehrsmittel verbunden waren und nur bescheidenste Infrastruktur beanspruchten. In Deutschland überlebte sich die Form der ungeplanten Verstädterung nach der Jahrhundertwende mit dem Ausbau des Nahverkehrs, dem Auszug der Industrie aus den Städten, den höheren Anforderungen an die technische und soziale Infrastruktur und dem steigenden Interesse der Städter am Umland. Folglich fiel die ungeplante Verstädterung Zug um Zug dem »Städtebau« der »Villenkolonien« und »Siedlungen«, dem »Heimat-« und dem »Landschaftsschutz«, kurz: den Ordnungsvorstellungen der Städter zum Opfer. In Belgien dagegen hat die ungeplante Verstädterung als allgemein anerkanntes Prinzip bis heute überlebt, nachdem sie dort 1889 im Zuge der Wohnungs- und Nahverkehrsreform zur nationalen Politik erklärt worden war.⁷⁶

7. Im Licht der historischen Tatbestände scheint es, daß die eingangs vorgestellte Kausalkette nicht alleine von der vermehrten Menge »ausgewiesenen Baulandes« abhängig sein kann; für eine erweiterte Wohnungsproduktion wäre wohl eher maßgeblich die angesichts einer bestimmten Nachfrage »zur tatsächlichen Bebauung geführte

⁷² U. a. R. Dauber (s. A 26), S. 135 f.

⁷³ M. Brandts (s. A 30), S. 31.

⁷⁴ P. Lauffs, Die Aachener Verkehrsverhältnisse seit Ende der reichsstädtischen Zeit, Diss. Univ. Gießen 1927, S. 59 ff.

⁷⁵ Denkschrift des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen, Die Bau- und Bodenpolitik der Stadt Aachen, Aachen 1911.

⁷⁶ M. Smets, De Ontwikkeling van de tuinvijkgedachte in België, Lüttich 1977.

Menge an Bauland«: Diese müßte über der Nachfrage liegen, sollte sie preissenkend und eventuell heilsam auf die Wohnungsproduktion wirken. Für eine beschleunigte Mobilisierung von Bauland sind heute indes die Voraussetzungen nicht gegeben: Angesichts der im Verhältnis zu den Realeinkommen seit Jahrzehnten abschreckend hohen Wohnbaukosten und der beständig steigenden Grundrenten im Zuge der weiter und weiter um sich greifenden Verstädterung; aber auch gleichzeitig angesichts der Unmöglichkeit, Grundeigentümer bei steigender Nachfrage zum vermehrten Verkauf des ausgewiesenen baureifen Bodens anzuregen. Die gegenwärtig gescheiterte Bemühung um eine erhöhte Bauland-Steuer, mit der die Eigentümer von baureifem Land zum alsbaldigen Verkauf bewegt werden sollen, mag als Zeichen der Hilflosigkeit gelten.

Als ein großes Privileg habe ich es immer betrachtet, angeschlossen zu sein an eines jener mit Persönlichkeit gesättigten ausgeprägten Gebilde, die man mit Recht eine Stadt nennt und die einen mit einer ganz bestimmten Anima begaben. Das »Basiliensis sum« wird mir mein Leben lang bewußt sein, wird mich begleiten. Dabei gibt es skurrile, grimassierende, ungeneröse Züge in jener Stadt am Rhein, die mir zuwider sind, aber all dem steht etwas Strenges, Hohes gegenüber, etwas durchaus Verehrungswürdiges. Hoffentlich wird es sich erhalten.

Carl J. Burckhardt, in einem Brief vom 20. August 1926 aus Bougy Villars, Rencourt an Hugo von Hofmannsthal

Susanne Hauser

»Reinlichkeit, Ordnung und Schönheit« – Zur Diskussion über Kanalisation im 19. Jahrhundert

I.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wird die Reinhaltung der großen Städte im deutschen Sprachraum unter neuen Gesichtspunkten diskutiert. Der Wunsch nach neuartiger Befriedigung eines alten Bedürfnisses wird insbesondere von bürgerlichen und adeligen Staatsdienern vorgetragen, die sich zunehmend auf wissenschaftliche Argumente beziehen. Das Bedürfnis läßt sich kurz umreißen mit den Begriffen Sauberkeit oder Reinlichkeit, Ordnung und Schönheit – den Begriffen, die u. a. Sigmund Freud als die charakteristischen Merkmale jeder Zivilisierung und Kultivierung ansah.¹ In diesem Sinne geht es ab 1800 um die Zivilisierung der Stadt.

Es gibt, seit Städte existieren, auch Stadtreinigungsverfahren; bekannter als diese Tatsache ist die des eklatanten Mangels daran. Es finden sich in Quellen wie in der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts zur Technik- und Kulturgeschichte der Kanalisierung weit häufiger Klagen über die entsetzlichen früheren Zustände körperlicher wie städtischer Unreinlichkeit als Erwähnungen früherer Lösungen der Stadtreinigungsfrage – ein Bild, vor dem die Fortschritte des 19. Jahrhunderts strahlen.² Wenn eine Tradition in Anspruch genommen wird, um die Taten der neueren Zeit in eine historische Reihe zu stellen, so ist es allenfalls die römische Kanalisation, an der sich das Neue mißt.³

Häufig wird die Anekdote erzählt, daß Philip II. August im Jahre 1185 eines Tages in seiner Hauptstadt Paris vor Gestank und Ekel nahezu in Ohnmacht sank, weniger eindrucksvolle Schilderungen erfährt die Tatsache, daß in Reaktion auf den königlichen

Schwächeanfall die Pflasterung der Straßen in Paris beginnt,⁴ im 14. Jahrhundert in Paris Reinigungsvorschriften erlassen und Verantwortliche für die Durchführung eingesetzt werden und erste Kanäle entstehen. 1539 erläßt François I. ein Edikt, das generell jede Tierhaltung innerhalb der Stadt Paris verbietet, Senkgruben bei Strafe der Konfiskation von Haus und Grundstück verlangt und zwingend vorschreibt, daß flüssige Abfälle nur in Rinnsteine zu entleeren sind. 1563 wird ein Straßenreinigungsdienst eingerichtet, der den Schmutz aus der Stadt entfernt, den ein jeder vor seiner Tür zusammenzukehren hat.⁵

Vergleichbare Stadtreinigungsvorschriften für Neapel gibt es bereits 1234, Mitte des 14. Jahrhunderts in Frankfurt am Main, ähnliche Vorschriften werden 1660 auch im damals relativ unbedeutenden Berlin erlassen und 1680, 1704, 1707 und 1740 ergänzt.⁶ Es bleibt bis zum 19. Jahrhundert im deutschen Sprachraum nicht allein bei Vorschriften und der Einrichtung von Diensten. Wie in Paris existieren auch in Wien 1388 unterirdische Kanäle für Schmutzwasser. Die Stadt Bunzlau baut von 1531–1559 ein Wasserwerk und klärt ihre Abwässer auf Rieselfeldern, und im 16. und 17. Jahrhundert sind Augsburg und Braunschweig mit Kanalisation versehen. Im 13. und 14. Jahrhundert sind Badehäuser in großen wie kleinen Städten weit verbreitet, Badezimmer gehören zu den keineswegs ungewöhnlichen Einrichtungen in deutschen Bürgerhäusern.⁷

Probleme mit der Stadtreinigung und laute Klagen sind offensichtlich immer dann entstanden, wenn Bebauung und Bevölkerung einen bestimmten Grad an Dichte erreicht hatten. Kleinere mittelalterliche Städte mit großen Freiflächen werden »wahrscheinlich nicht anstößiger als ein Bauernhof« gerochen haben.⁸ Die Schwierigkeiten entstanden mit Wohlstand und dichter Bebauung. Erfolgreiche Aktivitäten zur Stadt-

⁴ Vgl. A. Franklin, *La vie privée d'autrefois. Arts et métiers, modes, mœurs, usages des Parisiens du XII^e au XVIII^e siècle*. v. 7: L'Hygiène, Paris 1890, S. 5 ff.; J. v. Simon, *Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert*, Düsseldorf 1983, S. 37 f.; vgl. A 8.

⁵ Vgl. D. Laporte, *Histoire de la merde*, Paris 1978, S. 12 ff.; A. Franklin (s. A 4) S. 231 ff.

⁶ Die diesbezüglichen »Gassenordnungen« und Patente für Berlin sind gesammelt in Ch. O. Mylius, *Corpus Constitutionum Marchicarum*, Berlin/Halle 1737, 5. Teil, 1. Abt. 3. Cap.

⁷ L. Mumford, *Die Stadt. Geschichte und Ausblick* (The City in History, New York 1961), München 1979, S. 336–346; zur Entwicklung in London vgl. W. Matthews, *Hydraulia. An historical and descriptive account of The Water Works of London, and the Contrivances for supplying other great cities in different ages and countries*, London 1835; umfassend zur Europäischen Entwicklung G. Hösel, *Unser Abfall aller Zeiten. Eine Kulturgeschichte der Städtereinigung*, 2. erweiterte Auflage, München 1990, S. 37 ff.; Beispiele für Badehäuser und Badehausbetrieb bei H.-P. Duerr, *Der Mythos vom Zivilisationsprozeß 1: Nacktheit und Scham*. Frankfurt/M. 1988, S. 38–73.

⁸ L. Mumford (s. A 7), S. 341; Insgesamt ist keine Gesamtbewertung mittelalterlicher hygienischer Verhältnisse sinnvoll; die durch mangelnde hygienische Vorkehrungen bedingten Probleme im frühen Mittelalter scheinen geringfügig gewesen zu sein gegenüber denjenigen in hochmittelalterlichen Städten, vor allem da, wo mehrstöckige Bauten entstanden. Vgl. G. Hösel (s. A 7), 45 f.; L. Mumford (s. A 7) S. 339–341.

¹ S. Freud, *Das Unbehagen an der Kultur*, in: *ders.*, *Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion*, Frankfurt/M. 1982, S. 224.

² Vgl. z. B. E. Wiebe, *Ueber die Reinigung und Entwässerung der Stadt Berlin*, Berlin 1861 und F. Langbein, *Der Werdegang der Berliner Stadtentwässerung*, in: H. Hahn / F. Langbein (Hrsg.), *Fünfzig Jahre Berliner Entwässerung*, Berlin 1928. Beide Autoren sind Ingenieure, die mit der Berliner Kanalisation befaßt waren.

³ »Noch heute hat man ja nicht in allen kleinen Städten jenes Niveau erreicht, das schon die Römer für selbstverständlich hielten« (H. Döbler, *Kultur- und Sittengeschichte der Welt von Babylon bis New York. Stadt, Technik, Verkehr, Gütersloh* 1973, S. 129); vgl. zur historischen Legitimation auch die Beobachtungen bei Th. Kluge / E. Schramm, *Wassernöte. Umwelt- und Sozialgeschichte des Trinkwassers*, Aachen 1986, S. 7.

reinigung verlangten wiederum Finanzkraft und Überwachungsmöglichkeiten von Vorschriften. Sie setzten meist die Etablierung eines Herrschers in seiner Residenz oder eine starke städtische Verwaltung voraus. Unter solchen Bedingungen scheint häufig tatkräftiges Interesse an guter Wasserversorgung und Stadtreinigung bestanden zu haben.

Das, was im 19. Jahrhundert als Bedürfnis thematisiert wird, hat allerdings eine neue Qualität, die sich nicht nur aus dem rasanten Wachstum der Stadtbevölkerung und realen neuen Belastungen erklärt. Es geht zum ersten Mal darum, mit ingenieurtechnischen Mitteln, hohem Kapitaleinsatz aus öffentlichen Geldern, hohem Energieeinsatz, systematisch und umfassend eine dem wissenschaftlichen Stand entsprechende, zentral initiierte, verwaltete und gesteuerte – und in diesen Eigenschaften geplante Anlage zur Stadtreinigung zu schaffen. Sie schließt »Natur« aus und definiert gleichzeitig den Bereich außerhalb der Stadt, in den die Abwässer kontrolliert entlassen werden sollen.

Die Gesamtheit dieser Eigenschaften unterscheidet die im 19. Jahrhundert gefundenen Lösungen der Stadtreinigungsfrage von früheren. Es sind Eigenschaften, die unmittelbar die Modernität und »Rationalität« im Sinne Max Webers der Unternehmung bezeugen. Die Anlage einer Kanalisation ist im 19. Jahrhundert eine bauliche Realisierung eines für die aufkommende Industriegesellschaft zentralen Welt- und Kulturmodells: Der Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft, von Stadt und Land, maschineller Produktion und Abfall. Es ist die Gegenüberstellung, »die dem Doppelzweck dient, die Natur« bzw. alles mit ihr Identifizierte »zu beherrschen und zu ignorieren«.⁹

Zivilisierung der Stadt, oder »Cultivierung«, wie es in Deutschland heißt, ist die Austreibung dessen aus der Stadt, was wir heute noch mit dem »Land« assoziieren. Und das ist – außer der Landwirtschaft, den großen Nutzgärten, dem Idyllischen und Bukolischen – der Dreck, die Fäulnis, das Verwesende, das Stinkende, die erste Verarbeitung organischer Stoffe. Die systematische Reinigung der Stadt bedeutet die Etablierung einer neuen Stadtgrenze, der Grenze zwischen dem kulturierten Bereich der Industriegesellschaft und dem, was sie kontrolliert in ein Außerhalb ihrer Kultur verlegt. Ein neues rationales Simulationsmodell der Stadt der Industriegesellschaft entsteht. Es bestimmt den Rest, psychoanalytisch gedeutet, als das Andere, das Verdrängte; aus hygienischer Perspektive gesehen als das Kranke, Infektiöse; vom Standpunkt von »Cultur und Gesittung« gesprochen als das Ungesittete. Die Schranke, die die Stadt der Industriegesellschaft um sich errichtet, ist die zwischen Kultur und Nichtkultur.

Die Definition und Gestaltung eines Bereiches außerhalb der Kultur bedeutet gerade nicht, daß sich das Auszuschließende der Kontrolle entzieht: Der Bereich, in den

⁹ U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 9.

die Abfallstoffe entlassen werden, wird beherrschbar durch wissenschaftliche und technische Beschreibungen und seine ihnen entsprechende Umgestaltung¹⁰. Motiviert wird das Vorgehen in einem Prozeß der Diskursivierung immer zahlreicherer Aspekte, die die Lösung der Stadtreinigungsfrage betreffen. Über Jahrzehnte vermehren sich die Themen, verschieben sich Interessen und Besorgnisse. Aufgrund dessen, was definiert, erkannt, erforscht wird, wird der Kontrollraum der Stadt soweit über ihre Bebauungsgrenze ausgedehnt, daß der Stadt aus ihren Ausscheidungen keinerlei Schaden erwachsen kann.

Ein umfassender Plan entsteht, der die Grenze zwischen Kultur und Nicht-Kultur umso genauer und wirksamer zieht, als er sie mit dem Anspruch der Vollständigkeit unter allen damals bekannten Aspekten – (sozial)medizinischen, juristischen, ökonomischen, ökologischen, technischen, hydrogeologischen – reflektiert und die »Nicht-Stadt« in ihrer Funktion für die Stadt definiert. Die resultierenden raumgreifenden Pläne, die in raumgreifenden Projekten realisiert werden, sind die Voraussetzung für ein jahrzehntelanges Verschwinden des Abwasserproblems aus der öffentlichen Wahrnehmung.

Im 19. Jahrhundert ist die Abwasserfrage für die Modernisierung der Gesellschaft zentral – heute werden die Kulturgrenzen, die in der Anfangsphase der Industriegesellschaft gezogen worden sind, thematisiert. »Im 19. Jahrhundert vollzog sich Modernisierung vor dem Hintergrund ihres Gegenteils: einer traditionellen Welt der Überlieferung, einer Natur, die es zu erkennen und beherrschen galt. Heute, an der Wende ins 21. Jahrhundert, hat Modernisierung ihr Gegenteil aufgezehrt, verloren und trifft nun auf sich selbst in ihren industriegesellschaftlichen Prämissen und Funktionsprinzipien.«¹¹ Die Grenzen, die das 19. Jahrhundert in seinen Diskursen, Praktiken, durch Institutionalisierung und Umweltgestaltung gezogen hat, sind nicht mehr adäquat. Ein Aspekt davon ist, daß die Probleme, die im 19. Jahrhundert kontrolliert in ein Jenseits der Kultur verbannt wurden, sich wieder als Themen aufdrängen, als verschmutztes Grundwasser, als Abgas verbrannten Klärschlamms, als Investitionserfordernis für neue Klärschlammverbrennungsanlagen oder als Kosten von 100 bis 200 Milliarden DM für die Sanierung der Kanalisationsanlagen allein in den Ländern der alten Bundesrepublik. Die seit etwa 30 Jahren in öffentlicher Auseinandersetzung präsente Diskussion um Abfälle aller Art bedeuteten eine erneute Thematisierung eines Problems, das um 1900, bald nach seiner vermeintlich endgültigen Bewältigung, für die Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten ist. Zur Zeit findet die »reflexive Modernisierung« zumindest der Diskurse über die Konstruktion einer modernen Umwelt und

¹⁰ Vgl. zu den für Berlin vorgeschlagenen Untersuchungen: Reinigung und Entwässerung Berlins. Einleitende Verhandlungen und Berichte über mehrere auf Veranlassung des Magistrats der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin angestellte Versuche und Untersuchungen, Berlin 1879, Teil 2ff.

¹¹ U. Beck (s. A 9), S. 14.

die Grenzen statt, die die Industriegesellschaft ihrer Kultur zieht. Grund für eine Beschreibung der Überlegungen, die am Anfang der modernen Stadtreinigung stehen.¹²

Wie sich das heute in Frage stehende Verhältnis zu Abfall und Verbrauch herausgebildet hat und wie die Bollwerke aussehen, die im 19. Jahrhundert um die neue »Kultur« der industrialisierten Stadt errichtet worden sind, zeigt sich markant am einzelnen Fall. Die Auseinandersetzungen um die Stadtreinigung in Berlin im 19. Jahrhundert haben Eigenart – aufgrund der geographischen Lage der Stadt, ihres außergewöhnlichen Wasserreichtums, ihrer im europäischen Vergleich zaghaften bisherigen Lösungsversuche von Stadtreinigungsproblemen, durch die spezifische Aufnahme und Anverwandlung bereits existierender Lösungsmöglichkeiten, auch in der schließlich durchgeführten technischen Lösung der Abwasserprobleme.

In wesentlichen Zügen aber ist der Einzelfall Berlin auch typisch für die Diskussion des 19. Jahrhunderts um die »Cultivierung« der großen Städte. Es gibt die langsame Herausbildung der Definition eines Gegenstandes, der der Bearbeitung und Gestaltung bedarf. Damit geht die allmähliche Ausweitung des Raumes, in dem Planungen umgesetzt werden sollen, einher. Neue Lektüren von zur Verfügung stehenden Traditionen setzen ein, heterogene Informationen und Erfahrungen aus bereits in der industriellen Entwicklung fortgeschrittenen Ländern werden aufgenommen. Die über Zeitungen erreichbare Öffentlichkeit beteiligt sich lebhaft an der Diskussion. Neue Gruppen von Sprechern entstehen, denen es gelingt, Protagonisten und führende Experten für neu definierte Probleme und ihre Lösungen zu werden. Sie begründen neue Institutionen, in denen ein neues, wissenschaftlich untermauertes Wissen strukturiert und erhalten wird; neue Praktiken der Verwaltung werden etabliert und neue Entwicklungen der Medizin und des Ingenieurwesens sichtbar – ein Prozeß, in dem sich schließlich wissenschaftliche, technische und Kommunalverwaltungsexperten einerseits und Laien dauerhaft scheiden werden.

¹² Daß die Industriegesellschaft heute, was das Müllproblem angeht, gar keine Grenzen mehr haben könnte, ist eine nicht unberechtigte Vermutung. Vgl. die fragmentarische, fiktionale und fiktive Schilderung des »Müll-Systems« in V. Grassmuck / Ch. Unverzagt, Das Müllsystem. Eine metarealistische Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1991. Das angenommen, öffnet sich ein weitreichender Bedarf für »reflexive Modernisierung«; er verlangt die Definition und Bearbeitung all dessen, was bislang »unreflektiert« und häufig ungewußt als Folge moderner Industrieproduktion mitvernutzt wurde. Das kann die Grenzen unseres Wissens und Vermögens übersteigen; vgl. S. Hauser, Bisherige Erfahrungen mit der Kommunikation über radioaktiven Abfall, in: R. Posner (Hrsg.) Warnungen an die ferne Zukunft. Atom Müll als Kommunikationsproblem, München 1990, S. 250ff.

II.

Als 1816 der Bauschreiber Dedicke aus Leipzig vorschlägt, »Berlin mit einer Wasserleitung zum Abfluß der Rinnsteine zu versehen«, ¹³ schlägt er, ohne daran anzuknüpfen, ein Projekt vor, das 1572 schon in ähnlicher Weise in die Tat umgesetzt worden war und scheiterte: Damals hatte eine »Gewerkschaft der Wasserkunst« durch Mühlenkraft Wasser auf Höfe und Straßen geleitet. Das Projekt scheiterte an mangelhafter Wassergüte, die Kosten der Instandhaltung allein für Lösch- und Straßenreinigungszwecke waren den Bürgern Berlins zu hoch.¹⁴ – Im Rückblick des Ingenieurs Wiebe ist Dedicke's Anregung die Initialzündung zu einer von nun ab nicht mehr abreißen den Diskussion über die Stadtreinigungsfrage.¹⁵

Der Vorschlag hat Konsequenzen. Per Kabinettsordre beauftragt Friedrich Wilhelm III. seinen Minister Graf v. Bülow mit der Prüfung der Idee; konkrete Pläne fehlen aber, und so gerät das Projekt in Vergessenheit. Dieweil stinken die Rinnsteine und geben die nächsten drei Jahrzehnte immer wieder Anlaß zu Projektvorschlägen. Diejenigen, die sich damit befassen, sind König und Staatsregierung, und sie befassen sich nicht mit der Wasserver- und -entsorgung für die Bevölkerung einer Großstadt (Berlins Einwohnerschaft wächst in dieser Zeit von 100 000 auf 350 000 Menschen), sondern mit der optischen und olfaktorischen Reinigung der Königlichen Residenz. Die Vorschläge und auch unaufwendige Experimente, die die Stadtreinigung betreffen, konzentrieren sich bis 1848 auf die Spülung der Rinnsteine, bevorzugt die in der Nähe des Schlosses oder Unter den Linden.¹⁶ 1831, 1832 und 1837 treten Choleraepidemien in Berlin auf – sie beschleunigen nicht erkennbar die Planungen einer neuen Wasserver- oder -entsorgung. In England wird der Zusammenhang von Epidemien und Wasserverschmutzung zu dieser Zeit bereits diskutiert.¹⁷

1838 gibt es einen unter den zahlreichen Bränden der damaligen Zeit auffallenden Großbrand auf dem Mühlendamm. Beim Neubau der abgebrannten Mühlen soll das Projekt einer Rinnsteinspülung der Residenz berücksichtigt werden; zu neuen Überlegungen in Sachen Feuerlöschvorkehrungen führt der Brand noch nicht.¹⁸ Ab 1841 tagt über ein Jahr eine »Immediatkommission«. Ihr Thema ist ein 1838 vorgelegter Plan eines Majors namens Baeyer, Mitglied im großen Generalstab. Er schlägt vor, über eiserne Röhren mit Abzapfstellen, mit Dampfmaschinen und Hochbehältern an

¹³ F. Langbein (s. A 2), S. 20.

¹⁴ B. Schulze, Berlin und Cölln bis zum 30-jährigen Kriege, in: O. F. Gandert u. a., Heimatchronik Berlin, Köln 1962, S. 153.

¹⁵ Vgl. E. Wiebe (s. A 2), S. 6.

¹⁶ Ebda. S. 7 und 8.

¹⁷ Zur frühen Hygienediskussion in England vgl. A. Briggs, Cholera and Society in the 19th Century, in: Past and Present 19 (1961), S. 76–96.

¹⁸ E. Wiebe (s. A 2), S. 9.

trockenen Tagen Flußwasser in die Rinnsteine der Stadt zu leiten und berücksichtigt auch Feuerlöschvorkehrungen. Die Rinnsteine sollen außerdem regelmäßig von »geordneten Reinigungsmannschaften« gesäubert werden. Die Immediatkommission, in der auch Alexander v. Humboldt mitarbeitet, schlägt im wesentlichen vor, Baeyer auszuschicken, um in England und Frankreich Erfahrungen zu sammeln.¹⁹

Währenddessen sind in der Stadt – ohne daß es die bislang über Wasser und Abwasser Disputierenden beschäftigt hätte – neue Bedingungen entstanden. Die Pflasterung der Straßen, ab 1829 durch städtische Hundesteuern finanziert und energisch vorangetrieben, verhindert das Versickern von Regenwasser; die Bebauung innerhalb der Stadtgrenzen hat zugenommen; die Bevölkerung hat sich seit Anfang des Jahrhunderts mehr als verdreifacht; der Wasserverbrauch steigt mit dem Effekt, daß die Lösung der Abwasserprobleme über sowieso selten dichte Senkgruben fragwürdig wird. Außerdem ist das Problem der Fäkalienbeseitigung ein zunehmend stärker thematisiertes Ärgernis.

Ein übliches Verfahren zur Beseitigung der Fäkalien war, sie in die Spree zu kippen. Abfuhrwagen kamen nachts – und die »Frauen der nächtlichen Arbeit«, wie sie sich selber nannten, schöpften die Gruben aus, verluden ihren Inhalt auf Fuhrwerke zur Spree, wo er dann eimerweise in den Fluß geschüttet wurde. In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts »wurden schätzungsweise pro Jahr über 200 000 Eimer Fäkalien allein von der Jungfernbrücke in die Spree entleert.«²⁰ Beschwerden über den Gestank, den dieses Verfahren mit sich brachte, sind seit Ende des 18. Jahrhunderts überliefert.

1842 schlägt der Baumeister Crelle ein geordnetes Abfuhrsystem für »trockene« Abfälle vor; 1851 wird eines eingerichtet. Crelles Vorschlag ist jedoch noch weitgehender: Er differenziert zwischen verschiedenen Arten von Schmutz und Abfall und kommt zu dem Schluß, daß eine unterirdische Ableitung der Rinnsteininhalte, der Küchen- und sonstigen Abwässer über Kanäle mit ausreichendem Gefälle, über Gruben und Pumpstationen in die Spree unbedingt anzustreben ist: Das Wasser muß seines Erachtens »schneller abgeführt werden, und je schneller es geschieht, je besser und vollständiger ist die Reinigung der Stadt; denn, wie oben bemerkt, entsteht *vorzüglich* aus der *nicht schnell* genug abgeführten Nässe der Moder und der faulige Schmutz, mit allen seinen Nachtheilen.«²¹

Als Baeyer und Blesson 1843 von ihren Erkundungsreisen berichten, drücken sie im wesentlichen Begeisterung aus für englische Verhältnisse: »Cloaken-System« und

»Wasserspeisungs-Anlage« ermöglichen es, »daß Alles unsichtbar werde, was bei uns Gesicht und Geruch so oft verletzt.«²² Nach der Schilderung der Wohltaten körperlicher Reinlichkeit für alle Bevölkerungsschichten, der Wiedergabe Chadwickscher Thesen zur Verbindung von Hygiene und sozialem Wohlergehen²³ und der Feststellung, daß Wasserleitungen Industrieansiedlung an bestem Wasser in der ganzen Stadt ermöglichen und also beste Gewerbeförderung seien, bleiben jedoch die Vorschläge weit von der Umsetzbarkeit entfernt: Zwei »Wasserhebungsanstalten« sollen die Rinnsteine spülen und Wasser in die Häuser leiten, eine »Straßen-Reinigungs-Anstalt« soll Straßenschmutz und Hausabfälle zwecks Düngung der Felder aus Berlin herauschaffen,²⁴ eine Kanalisation unter den Straßen ausgebaut werden und zur Reinigung der »Höfe, Küchen und Water Closets«²⁵ beitragen. Es ist allerdings das erste Projekt, das Wasserver- und -entsorgung zusammendenkt. Im Juli 1844 lehnen die städtischen Behörden jede Unterstützung ab. Der Plan sei unausgereift – und die Stadt hat kein Geld.

Auf größeres obrigkeitliches Interesse stößt ein Plan von 1844, in dem es vorrangig um die Wasserversorgung der Stadt geht. Ein Architekt namens Schramke schlägt vor, eine Leitung zu legen, die Wasser aus 15 km entfernten Seen heranbringen soll. Durch die Höhe dieser Leitung könne ein Gefälle erzeugt werden, das Wasser bis in die oberen Stockwerke der Häuser bringt; Feuerlöschung und Straßenspülung sind mit bedacht, Kostenprobleme sollen über eine Aktiengesellschaft gelöst werden. Dieser Plan wird über acht Jahre von König, Staatsregierung, Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Bürgern diskutiert; er fasziniert wegen seiner Dynamik, er heißt, daß wirklich sauberes Wasser nach Berlin kommt, woran Gutachter zweifeln; er atmet den Hauch der großen weiten Welt, weil das Vorbild des Planes die allerdings unter anderen hydrogeologischen Bedingungen stehende Stadt New York ist. Der Plan Schramkes hält sich über acht Jahre im Gespräch und wird verworfen, als sich eine Alternative ankündigt.²⁶

Kurz: bis 1852 ist in Berlin, das zu dieser Zeit mehr als 400 000 Einwohner hat, noch nichts passiert, was die Situation der Wasserver- und -entsorgung entscheidend

²² J. J. Baeyer / L. Blesson, Die Bewässerung und Reinigung der Stadt Berlin. Eine Denkschrift zur allgemeinen Verständigung, Berlin 1843, S. 37.

²³ Dieses Thema wird 1846 von dem Landesökonomierat Thaer aufgenommen, der eine landwirtschaftliche Nutzung der Berliner Abfälle vorschlägt, vgl. E. Wiebe (s. A 2), S. 17; s. auch A 62.

²⁴ J. J. Baeyer / L. Blesson (s. A 22), S. 56.

²⁵ Ebda., S. 59.

²⁶ Schramke gibt 1846 eine aufwendige illustrierte Dokumentation über den Bau des New Yorker Aquadukts heraus, vgl. T. Schramke, Description of the New-York Croton Aqueduct in english, german and french. With twenty plates, New York/Berlin 1846. Zu seinem Projekt für Berlin vgl. die Darstellung bei H. J. Steffen, Ein Wasserwerk zur Versorgung der Stadt Berlin mit reinem und gesunden Quellwasser und zur Bewässerung der Straßen. Aus dem Plane des Architekten Schramke mitgeteilt. Berlin 1845.

¹⁹ Vgl. J. J. Baeyer, Wie die Rinnsteine in Berlin durch eine Röhrenleitung mit fließendem Wasser zu versehen, Berlin 1838.

²⁰ Vgl. J. v. Simson (s. A 4), S. 92.

²¹ A. L. Crelle, Über die Mittel und die Nötigen Bauwerke zur Reinigung der Städte und zur Versorgung derselben mit Wasser mit besonderer Rücksicht auf die Stadt Berlin, Berlin 1842, S. 20; Hervorhebungen von Crelle. Der von Crelle angekündigte 2. Band über Wasserversorgung ist nie erschienen.

in materieller Hinsicht geändert hätte gegenüber den Bedingungen, die im Berlin des 18. Jahrhunderts, bei weniger als 100 000 Einwohnern, herrschten.

Doch erste Grenzziehungen sind artikuliert und als Problem, Idee, Plan oder Wunsch thematisiert. Zunächst ist da der Wunsch nach Befreiung von Gestank, nach optischer und olfaktorischer Nichtwahrnehmbarkeit von städtischem Abfall und Abwasser. Damit verbindet sich der Abscheu vor Stagnation, vor sich festsetzenden Stoffen und der Wunsch, Schmutz in Flüssigkeit zu lösen und in dynamische Bewegung zu versetzen. Der Handarbeit ist bereits eine Abfuhr erteilt. Dampfmaschinen, Pumpen, Wasserkraft sollen möglichst ohne menschliches Dazwischentreten die Arbeit der Reinigung übernehmen.

Was Organisation und Verwaltung der ansatzweise definierten Lösung angeht, so sprechen alle ausführlicheren Vorschläge von einer zentralen Verwaltung und hierarchischen Leitungsstrukturen; zumindest Baeyer und Blesson ist klar, daß die Kommune der beste Träger für die Wasserver- und -entsorgung der Stadt ist, da sie nicht gezwungen sei, nur nach ökonomischen Prinzipien zu handeln.²⁷

Deutlich ist der Ort markiert, von dem das Unerwünschte verschwinden soll. Die offenen Rinnsteine sollen beseitigt werden, die Idee unterirdischer Ableitung existiert und klar ist, daß der Raum außerhalb der Stadt auf irgendeine Art das aufzunehmen hat, was die Stadt nicht mehr braucht. Der geographische Raum, auf den der Diskurs über die Stadtreinigung bald Ansprüche machen wird, und zu erwartende Folgen zentraler Lösungen sind erst in Umrissen sichtbar. Klarblickend ist hier vor allem ein Anonymus, der sich darüber beschwert, man würde z. B. durch Einleitung in Flüsse das Problem allenfalls verschieben.²⁸

Der Schwerpunkt des Interesses liegt nach wie vor nicht bei einer Gesamtlösung von Ver- und Entsorgungsfragen. Der technische »Organismus Stadt« ist noch nicht in seinen Konsequenzen durchdacht, die Stadt hat kein Geld – und die Reinigung der Residenz durch Wasserzuführung beherrscht noch die Überlegungen.

III.

Nach Zerschlagung der bürgerlichen Revolution von 1848 wird Hinckeldey Polizeipräsident in Berlin. Unter seiner Ägide werden, ohne daß noch nennenswerte Besprechungen mit Stadtvertretern geführt werden, einige zentrale Anliegen der vorigen Diskussion umstandslos in Taten umgesetzt. Dabei werden andere Erwägungen vollkom-

²⁷ J. J. Baeyer / L. Blesson (s. A 22), S. 71.

²⁸ »Es ist dies Projekt (d.h. das von Baeyer / Blesson; S. H.) in der gedachten Art durchaus kein Reinlichkeitssystem, da es nur den Schmutz an einen anderen Ort, und zwar mit großen Opfern, verlegt.« Vgl. G. Rath, Vorschlag zur Einführung einer amtlich-systematischen Strassen-Reinigung und Bewässerung Berlins ohne Anwendung der Projekte von Blesson und Schramke und ohne acht Millionen Thaler Kosten. Berlin 1847, S. 20.

men übergangen: Mit Zustimmung des Königs und seiner Minister wird einer englischen Kapitalgesellschaft auf 25 Jahre das Monopol für die Wasserversorgung Berlins per Staatsvertrag gegeben. Die Berlin Waterworks Company (BWC), wie sie bald heißt, soll 16 000 Ruthen Wasserleitungen legen, Installationen und gefiltertes Flußwasser verkaufen und für dieses Privileg kostenlos Wasser für Rinnsteinspülungs- und Löschzwecke liefern. Falls mehr als 10% Gewinn anfallen, soll die Hälfte des Mehrbetrags in einen »Kloakenfonds« eingezahlt werden.²⁹ Von diesem ist künftig kaum die Rede. Stadtverordnetenversammlung und Magistrat erfahren von dem Vertrag, nachdem die Minister ihn bestätigt haben und keine Änderung mehr möglich ist.

Das neue Wasser wird – erst langsam, dann immer schneller – akzeptiert. 1856, zur Eröffnung des Werks, sind 300 Haushalte angeschlossen, 1859 1141, 1862 schätzungsweise 20 000 Haushalte bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 700 000 Menschen.³⁰ Dennoch beginnt mit dem Vertrag von 1852 für Berlin eine neue Phase: Wasser ist nun offensichtlich eine Ware geworden, für die man zahlt.³¹ Je mehr man abnimmt, desto billiger wird es.³² Wasser ist unbegrenzt verfügbar – es fließt einfach aus dem Kran. Die Ideen von Ersparnis oder die eines Mangels verflüchtigen sich. Zu diesem Eindruck trägt der Umstand bei, daß Wasser nun nicht mehr mit Muskelkraft, mit Arbeitskraft herangeschafft werden muß – es ist eine Rationalisierung eingetreten, mit der auch geworben wird: Das fließende Wasser sei ein Mittel, gegen die »stete Ermüdung und Verdrossenheit« der Dienstboten, »gegen ihre erhöhten Lohnforderungen und wiederholte Kündigungen anzugehen«.³³

Auch für weniger Begüterte ohne Dienstboten könne der Anschluß an die Wasserleitung nur Nutzen haben, denn das Herbeischaffen von Wasser für den Mittelstand sei, so die BWC, eine unerträgliche Belastung »nicht allein wegen der Anstrengungen, die es erfordert, und der Erkrankungen und Vernachlässigungen, die es herbeiführt, sondern auch dadurch, daß Frauen und Töchter fortwährend öffentlich eine so grobe und ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht entsprechende Arbeit verrichten und dabei auf der Straße oder auf schmutzigen Höfen den undelicatesten Begegnungen sich aussetzen müssen.«³⁴ Mit der neuen Technik läßt sich – zunächst in der Werbung der

²⁹ Vgl. den Vertragstext in: Berliner Kommunal-Berichts-Blatt 12 (1871), Beilage 5. Die »englische Firma« erfüllte ihren Vertrag, was die Länge der Leitungen anging; die im Vertrag festgelegte Länge reichte jedoch bei weitem nicht aus, um die Bedürfnisse der Stadt zu decken. Außerdem kam es zu Meinungsverschiedenheiten mit der Stadt über die Menge des Spülwassers. Vgl. die Angabe der Beschwerden in DVföG 1 (1869), S. 140 f.

³⁰ Vgl. Hundert Jahre Berliner Wasserwerke, Herausgegeben von den Großberliner Wasser- und Entwässerungswerken unter Mitarbeit von A. Gericke u. a., Berlin 1956, S. 63.

³¹ Es gab Verkäufer, die Wasser ins Haus lieferten, die Mehrzahl der Haushalte leistete sich ihre Dienste jedoch nicht.

³² Vgl. die Tarife im »Prospectus« der BWC in: BWC, Die Wasserversorgung Berlins und die neuen Wasserwerke in ihrer Bedeutung für die Häuslichkeit und das Familienwohl. Berlin 1857, S. 71 ff.

³³ Ebda., S. 14.

³⁴ Ebda., S. 13 f.

BWC ablesbar – weibliche Arbeit dem öffentlichen Anblick verstärkt entziehen. Schließlich sind es moralische Kategorien, in denen sich nicht nur das Wasserholen durch Gattinnen und Töchter, sondern auch generell die industrielle Produktion von Wasser für die Verbraucher nun abhandeln läßt: »Bewußtlosigkeit« und »Leichtfertigkeit« bringen die Menschen dazu, sich nicht der großen Maschine Stadt anzuschließen, die sich hier ankündigt. »Noch immer geben sich unzählige, die sonst mit hypochondrischer Ängstlichkeit über ihre Gesundheit wachen, leichtfertig und bewußtlos dem Einflusse ekelhafter und giftgeschwängelter Substanzen Preis...«, schreibt die BWC.³⁵ Die Verantwortung für die eigene Gesundheit an die Wassergesellschaften zu delegieren, ist verantwortungsvoll, die Sicherung des Konsums sauberen Wassers Ingenieuren zu überlassen, ist ein Akt der Vernunft. Gesundheitssicherung und Vernunft, das Delegieren der Daseinsvorsorge und die Läuterung der »Natur« mit industrietechnischen Mitteln durch eine Aktiengesellschaft assoziieren sich im Kontext der Diskussion.

»Natur« macht mißtrauisch: Zivilisierung und Kultivierung des gesamten Körpers – des Körpers der Stadt wie des empfindlichen individuellen Sinnes – vertragen sich nicht mit einem unmittelbar aus der »Natur« entnommenen »rohen« Stoff – wie Brunnenwasser z. B. Es entsteht ein Mißtrauen gegen Wasser, das nicht durch eine »Produktion« gegangen ist, durch eine industrielle Umwandlung. Die BWC stellt fest, »daß alles im Naturzustand befindliche Wasser zu den sehr verdächtigen Dingen gehört«.³⁶ Wasser aus Flüssen oder Brunnen wird mit einem Generalverdacht belegt; Wasser ist nun ein Rohstoff, den die Produktion erst adelt.³⁷

Wie sinnvoll eine Alternative zum Brunnenwasser beim Zustand mancher Brunnen gewesen sein mag, sei hier nicht diskutiert, ebenso wenig die Reihe der Alternativen, die Berlin zu einer Versorgung mit gefiltertem Spreewasser gehabt hätte. Wohl aber ist unter dem Aspekt der Grenzziehung der industriellen Stadt der Umstand wichtig, daß das unproduzierte Wasser auf die Seite der unbeherrschten und gefährlichen »Natur« gerät und die »Kultur« sich durch die Verwendung industrietechnischer Mittel auszeichnet: Sie sichern den sauberen Innenraum der Stadt wie den gesunden Körper.

Sie sichern auch körperliche Reinlichkeit. In den Häusern der wohlhabenden und der gebildeten Schichten beginnt die Modernisierung der Stadt mit einem neuen Verhältnis zum eigenen Körper. Das hat nicht unbedingt etwas mit ausgebildeten und durchdachten Hygienevorstellungen zu tun; neben dem tatsächlich zunehmenden

³⁵ Ebda., S. 8.

³⁶ Ebda., S. 17; angeführt ist der Nachweis, daß das Berliner Wasser kalkhaltig und als solches »gesundheitsschädlich« sei.

³⁷ Das ist keinesfalls der erste Versuch, Wasserqualitäten zu kontrollieren: Es gab Kriterien und Wissen über Wasser, das seine Bewertung auch ohne Produktionsverfahren erlaubte. Vgl. dazu Th. Kluge / E. Schramm (s. A 3), S. 27 ff.

Schmutz in Berlin dürften für diesen Wandel vor allem ein neues Wahrnehmungsmuster und eine neuartige Besetzung des Körpers mit Scham eine Rolle spielen.

Daß es sich dabei um gesteigerte Schamempfindungen handelt, wie Peter Reinhard Gleichmann in seiner Beschreibung der Berliner Diskussion um Wasser behauptet,³⁸ muß nicht zwingend angenommen werden. Es handelt sich zunächst um geänderte Schamempfindungen. Ein älteres kulturelles Muster der Nichtwahrnehmung von Ausscheidungsvorgängen, Fäkalien, Geruch etc. zerbricht vor den in der Tat im 19. Jahrhundert schlechter werdenden Verhältnissen in der Stadt, aber auch an dem am Sensualismus geschulten und geöffneten Sinn der gebildeten Schichten. Genaue Beobachtung und Erfahrung, scharfsinnige Analysen dessen, was für ihn jenseits der Ekel-schwelle existiert, steht bei Crelle³⁹ in enger Verbindung mit Aversionen gegen organische Zersetzungsprozesse. Die Sinne »werden mehr und mehr zu analytischen Werkzeugen, zu feinen Meßinstrumenten für Grade der Annehmlichkeit oder Unannehmlichkeit der Umgebung«.⁴⁰ »Das Riechorgan antizipiert die Gefahr; es erkennt die schädliche Fäulnis und das Vorhandensein von Miasmen schon aus der Ferne. Es bezeugt den Widerwillen gegen alles, was vergänglich ist.«⁴¹ Die Abwendung des Blicks, etwa von den »Frauen der nächtlichen Arbeit«, das Ignorieren von Gestank funktioniert nicht mehr als Schutz gegen Auszugrenzendes in dem Moment, wo alles, was sichtbar und riechbar ist, auch gesehen und gerochen werden kann, darf oder gar soll. Die zur Empirie befreiten Sinne brauchen materielle Hindernisse, um an ihre Grenzen zu kommen.

Die durch Empirie und (wissenschaftliche) Analyse gesteigerte Sicht- und Riechbarkeit und der Wunsch, Fäulnis aller Art spurlos verschwinden zu machen, sind eng aufeinander bezogen. Körperliche Verrichtungen müssen thematisiert und einer neuen Ordnung unterworfen werden, die ihre Nichtwahrnehmbarkeit, ihr Versteck, ihr Verschweigen neu organisiert. Der Weg zur wieder zu schaffenden Nichtwahrnehmbarkeit führt über gesteigerte Wahrnehmung, der Weg zum Schweigen über »häusliche Verrichtungen« über den öffentlichen Diskurs.

Baulich und technisch erzeugte Nichtwahrnehmbarkeit unliebsamer Vorgänge

³⁸ P. R. Gleichmann, Die Verhäuslichung körperlicher Verrichtungen, in: ders. / J. Goudsblom / H. Korte (Hrsg.), Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie Bd. 1, Frankfurt/M. 1979, S. 263; vgl. dazu Duerrs Kritik am Modell des »Zivilisationsprozesses«, dem Gleichmann hier folgt: H.-P. Duerr (s. A 7) u. Der Mythos vom Zivilisationsprozeß 2: Initimität, Frankfurt/M. 1990.

³⁹ A. L. Crelle (s. A 22).

⁴⁰ J. Guillerme, Le malsain et l'économie de la nature, in: XVIII^e siècle 9 (1977), S. 61; zitiert nach A. Corbin, Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs, Berlin 1986, S. 15. Die Beobachtungen Guillermes und Corbins (s. folgende A) beziehen sich zwar auf das Paris des 18. Jahrhunderts, beschreiben aber auch die Auffassung der Modernisierer in Berlin Mitte des 19. Jahrhunderts zutreffend.

⁴¹ A. Corbin (s. A 40), S. 16.

wird deshalb für frühe deutsche Beobachter der Wasserver- und -entsorgung Englands zu einem Maß des eigenen kulturellen Standards; Baeyer und Blesson berichten, man finde in England:

»Erstens in der Küche einen Hahn, der das erforderliche Wasser liefert, und darunter eine Gosse, wo der Ueberfluß und das unreine Wasser spurlos verschwinden, da sie nicht in den Hof mündet.

Zweitens. Man findet ferner in den Kinder- und Schlafstuben über dem Waschbecken oder über der Badewanne (wo nicht besondere Badestuben sind) zwei Hähne, von denen der eine kaltes, der andere warmes Wasser giebt. Nach gemachtem Gebrauch wird der Zapfen im Boden der Wanne oder des Waschgefäßes aufgezogen und das Wasser zieht sich in die Tiefe zurück, ohne daß man bemerkt, wo es bleiben kann...

Drittens. An den geheimen Orten befindet sich ein Handgriff, den man nur zu bewegen braucht, um durch einen Wasserstrom alles weg- und in einen Abgrund zu spülen. Diese Einrichtung heißt *Water closet*... Unwillkürlich drängt sich der Gedanke auf, daß die frische gesunde Gesichtsfarbe, die dauerhafte Gesundheit, deren sich diese Insulaner erfreuen, wohl mit jenen Einrichtungen im intimsten Zusammenhange stehen könnten, und man fühlt sich gedrungen, wenngleich widerstrebend, eine höhere Stufe der Kultur ihnen zuzugestehen.«⁴²

Mit dem nach dem Wasserleitungsbau in Berlin steigenden Verbrauch von Wasser geht ein übler Nebeneffekt einher, der die auch hier mit Wasserzufuhr und Wassercloset erreichte Kultivierung auf das Höchste gefährdet: Das Problem überfließender Senkgruben nimmt vor allem in wohlhabenderen Gegenden größere Dimensionen an; ihm wird mit der ständigen Erweiterung von Rinnsteinen zu Leibe gerückt, die aber Straßenraum kosten und die Dynamik des Verkehrs behindern.⁴³

Es wird absehbar, daß sich bald keine Wohnung mehr teuer vermieten läßt, die ohne Bad und WC eingerichtet ist und damit den neuen Reinlichkeits- und Peinlichkeitsstandards genügt; es ist klar, daß sich das Problem der überlaufenden Rinnsteine und Senkgruben in absehbarer Zeit potenziert. Es entsteht »ein Sachzwang«, der zwar um 1860 erst wenige Stadtviertel betrifft,⁴⁴ aber bereitwillig aus wohlverstandenen Eigeninteressen von vielen Hausbesitzern als Fixpunkt der weiteren Diskussion akzeptiert wird.

Mit den sich vermehrenden WCs kommt es zu einer Verlagerung und Konzentration des Interesses: Das möglichst schnelle unbemerkte Verschwinden von Fäkalien wird um 1860 zentrales Anliegen vieler Bürger, die sich in die Diskussion um Wasserversorgung und Stadtreinigung einschalten. Ein weiterer Wertewandel mag dabei eine Rolle gespielt haben. Neben der geschilderten Praxis im Umgang mit Fäkalien, der

⁴² J. J. Baeyer / L. Blesson (s. A 22), S. 35 f.

⁴³ E. Fieberg, *Die Wasserzufuhr und die Entwicklung der Stadt Berlin in ihrer Entwicklung und ihren Einrichtungen*, Berlin 1900, S. 7.

⁴⁴ Vgl. dazu die Argumentation des Magistrats in: Antrag des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung vom 15. Mai 1866, sich mit der Ausführung des Wiebeschen Kanal-Systems in hiesiger Stadt im Prinzipie einverstanden zu erklären, in: *Reinigung und Entwässerung Berlins* (s. A 10), S. 105 f.

Abfuhr zur Spree, gab es auch noch eine andere – nämlich die des Verkaufs von Senkgrubenhäuten an Bauern zwecks Düngung der Felder; aus Dungstoffen wurde Geld.

Mitte des 19. Jahrhunderts wird es jedoch zunehmend schwerer, Gewinn aus den Inhalten der Senkgruben zu ziehen. Die Transportwege sind zu lang und Guano ist seit 1847 eine ernsthafte Konkurrenz für menschliche Dungstoffe; die Ökonomie macht aus menschlichen Dungstoffen Abfall. Das mag den Ekel oder die Scham befördert haben; zum Wertverlust gesellen sich hygienische und sanitäre Theorien und Erfahrungen, die aus England und Frankreich nach Deutschland dringen. Ein neues Verhältnis zu Fäkalien bildet sich heraus: um 1860 erscheinen sie als das reine Gift.

IV.

Als der Eisenbahningenieur Eduard Wiebe 1861 sein Buch »Ueber die Reinigung und Entwässerung der Stadt Berlin« veröffentlicht, reflektiert er diesen Wandel: die Verwertung der Dungstoffe im Interesse der »Staatswirtschaft« habe zwar ihre Berechtigung – doch die Gesundheit stehe höher. »Die letzte Rücksicht fordert gebieterisch, dass die Abfallstoffe aus der Stadt entfernt werden, bevor sie ihre schädlichen Wirkungen äußern können.« »Erst, wenn sie an einen Ort gebracht sind, wo ihre weitere Behandlung ohne Nachtheil erfolgen kann, tritt die Frage der Verwerthung in ihre Berechtigung und diese ist vorzugsweise eine Geldfrage.«⁴⁵ Wiebes Buch enthält den ersten weitgehend ausgearbeiteten Vorschlag, Wasser und Abfälle in Berlin betreffend, der seit 1847 vorgelegt wird. Das Buch ist eine Auftragsarbeit, Ergebnis von Reisen, die Wiebe mit einer Kommission auf Veranlassung des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unternommen hatte. Es handelt sich um ein Projekt der Gewerbe- und Industrieförderung.⁴⁶

Wiebe entwirft eine unterirdische Kanalisation für Berlin, die alle Abwässer, auch Fäkalien, sammeln und konzentrieren soll, um sie schließlich in die Spree zu entlassen. Bis Ende der 60er Jahre wird sein Projekt von staatlichen und städtischen Kommissionen diskutiert. Es bietet viel Stoff. Einige Punkte der Auseinandersetzung sind bemerkenswert.

Die zentrale Rolle in der Auseinandersetzung spielt Wiebes Vorschlag, alle Stoffe, die als Abwässer aufgefaßt werden können, in *einer* Schwemmkanalisation zusammen abzuführen. Das heißt, daß alle in der Stadt unbrauchbaren bzw. als unbrauchbar angesehenen Flüssigkeiten durch die technische Lösung entdifferenziert und vereinheitlicht werden – zu *einem* Abwasser, dessen Bestandteile nicht relevant sind. Wiebe weist der städtischen Ökonomie die Funktion zu, eine Grenze zwischen dem

⁴⁵ E. Wiebe (s. A 2), S. 294 f.

⁴⁶ Vgl. dazu schon J. J. Baeyer / L. Blesson (s. A 22), S. 14.

zu Differenzierenden, Brauchbaren und dem entdifferenzierten und zu desementisierenden Bereichen des Unbrauchbaren zu ziehen.

Gerade dieser Aspekt des Kanalisationsvorhabens wird aus nationalökonomischer Perspektive stark bekämpft, nachdem Justus von Liebig seine Theorien über die Notwendigkeit des Gebrauchs menschlichen Düngers entwickelt hat: versäume man es, die dem Acker entzogenen Stoffe wieder zuzuführen, so betreibe man Raubbau; England sei gerade dabei sich zu ruinieren, Rom und andere große Reiche hätten die Notwendigkeit nicht anerkannt und seien daran untergegangen.⁴⁷ Und wenn auch das Thema der Düngung magerer Böden um Berlin schon häufiger zur Debatte stand, so wird doch erst der Einwurf, der die Kanalisationsfrage in nationalökonomischen Beziehungen abhandelt, zum Ausgangspunkt einer langjährigen Debatte zum Thema »Abfuhr oder Kanalisation«. Kritiker wie Befürworter von Wiebes Kanalisationsprojekt werden dabei von denselben Ängsten geplagt; sie streben durchaus auch dieselben Grenzziehungen des kulturierten, gesäuberten Stadtraumes an: Gestank, Rinnsteine und Abwasser sollen verbannt werden. Der Konfliktpunkt liegt zu diesem Zeitpunkt allein in dem Anspruch ökonomisch vielversprechend, ja notwendig erscheinender Nutzung von Fäkalien.⁴⁸

Gegen die Kanalisation steht ein Konzept, das dichte bewegliche Metalltonnen vorsieht, in denen Fäkalien gesammelt und sofort desinfiziert, d. h. geruchlos gemacht werden sollen. Dieser Vorschlag geht überein mit den Interessen der Landwirtschaft bzw. den Interessen an landwirtschaftlicher Verwertung der Fäkalien – und er erlaubt, auf eine Technik zu verzichten, die vielen mindestens so unheimlich ist wie die »Giftstoffe«, die sie entfernen helfen soll. Ein Stadtrat Zacharias gibt 1865 zu Protokoll: »Sollte ein Siel- und Abfuhrsystem, welches dem jetzigen unerträglichen Zustande ein Ende macht, ausführbar sein, so würde er etwaigen Gesellschaften oder Unternehmern, welche die Abfuhr übernehmen, lieber eine jährliche bedeutende Unterstützung aus Communalmitteln und belaufe sie sich selbst auf einige Hunderttausend Thaler bewilligen, als daß er sich bedingungslos für ein Kloakensystem entscheidet, welches man niemals wieder loswerden kann und dessen spätere Nachtheile ihm unberechenbar zu sein scheinen.«⁴⁹

Das berührt einen zweiten Schwerpunkt der auf Wiebes Projekt folgenden Diskussion: die Frage der Kontrolle der Technik, der Abwässer und der Bürger. Die von Gegnern wie Befürwortern der Kanalisation gleichermaßen gefürchtete »Stagnation« kann laut Wiebe in der Kanalisation gar nicht eintreten. Dennoch beschäftigt die

⁴⁷ Nach J. v. Liebig, Einleitung in die Naturgesetze des Feldbaues, in: *ders.* Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie, 2 Theile, Bd. 1, 7. Auflage, Braunschweig 1862, S. 1–156.

⁴⁸ Vgl. z. B. Argumentation und Konzept des Rittergutsbesitzers Roeder; A. Roeder, Berlins Volkswirtschaft und Verkehrs-Verhältnisse aus Veranlassung des Canalisierungs-Proiectes des Herrn Geh. Baurath Wiebe, Berlin 1863.

⁴⁹ Einleitende Verhandlungen (1862–1865), in: Reinigung und Entwässerung Berlins (s. A 10), S. 34.

Angst vor den unkontrollierbaren »Peströhren« lange Zeit die Kommissionen und die Öffentlichkeit. Unsichtbarkeit und Unriechbarkeit der Abwässer sind laut Wiebe garantiert – viele glauben nicht daran und erwarten »Pestgeruch« im Haus und aus den Straßenabflüssen, gar eine Verpestung der gesamten Stadtluft. Auch für die Sicherheit und Dichtigkeit der Röhren meint Wiebe eintreten zu können. Mitglieder der gemeinsamen Kommission von Magistrat und Stadtverordneten äußern Angst vor einer unmerklichen Grundwasserverpestung, die aus zerfressenen Kanalisationsrohren herrühren könnte.⁵⁰

Für einige der Handelnden ist aber auch unmittelbar klar, daß mit der zentralen Kontrolle der Abwässer ein Zwang der Bürger zur Benutzung der neuen Technik verbunden ist. Jede Kanalisation verlangt, daß der Gebrauch von Water-Closets ausgedehnt wird, damit die Kanalisation immer gut gespült ist. Das Moment der Kontrolle darin ist heute vielleicht nicht mehr unbedingt einsichtig, einige Stadtverordnete beobachteten es damals jedoch als unangenehmen Zwang oder als Erleichterung polizeilicher Ordnungsaufgaben: »Sind die Entwässerungs-Anlagen des ersten (Wiebes Projekt; S. H.) einmal zweckentsprechend angelegt, so ist das System gewissermaßen self-acting, während bei den anderen (Abfuhrsystemen; S. H.) die fortgesetzte Mitwirkung jedes Hausvaters und die fortgesetzte Mitwirkung der Polizei-Behörde erforderlich ist.«⁵¹ So schreibt der Magistrat in einer Befürwortung von Wiebes Projekt 1866 – und auch 1873 wird diese Einsicht bekräftigt: »Das Wassercloset bedarf keiner Überwachung, es arbeitet von selbst regelmäßig«,⁵² heißt es im von Virchow erstatteten Generalbericht der gemeinsamen Kommission von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Die Überwachung des Umgangs mit den als Schmutzstoffen deklarierten Wassern wird der Technik im Zusammenspiel mit Körperfunktionen, die der Entscheidungsfähigkeit von Menschen weitgehend entzogen sind, anvertraut.

Für die Abfuhr der Exkremente spricht, wie ein Mitglied der ersten gemeinsamen städtischen Kommission zu Protokoll gibt, daß bei einem solchen Verfahren »so wenig Zwang wie möglich« ausgeübt werden kann.⁵³ Ein Großteil der Einwände gegen die Kanalisation kann wohl auf die Unlust einiger Hausbesitzer zurückgeführt werden, ein teures System der Stadtentwässerung zu finanzieren und in Leitungen und WCs für ihre Häuser zu investieren. Doch die Furcht vor Zwang durch sich der eigenen Verfügung entziehenden Städtetechnik ist ein Motiv, das über Jahre immer wieder die Opposition gegen eine wie auch immer geartete Kanalisation begleitet.

⁵⁰ Ebda., Sitzungsprotokoll und Anlage der Sitzung vom 21. und 25. Oktober 1865, bes. S. 30–37, 75–88.

⁵¹ Antrag des Magistrats (s. A 44), S. 105.

⁵² Reinigung und Entwässerung Berlins. General-Bericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchung der auf Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen, erstattet von Rudolf Virchow, Berlin 1873, S. 88.

⁵³ Vgl. Einleitende Verhandlungen (1862–1865), Sitzung v. 25. 10. 1865 (s. A 49), S. 48.

V.

Die Diskussion um Wiebes Projekt ist noch nicht ganz zu seinen Gunsten entschieden, als ein neues Thema die bisherige Konfliktlage entscheidend beeinflusst: der Zusammenhang von Wasser, Gesundheit und sozialer Situation, ein Zusammenhang, der der bisherigen Berliner Auseinandersetzung bislang völlig äußerlich ist. Erst 1866, nach einer erneuten Choleraepidemie, die zahlreiche Tote vor allem in ärmeren Bezirken forderte, wird er so hergestellt, daß er nicht mehr aus der Diskussion verschwindet und die Auseinandersetzung um Wasser und Abwasser verändert. Das neue Thema ist nicht mehr eine abstrakte »Gesundheit im Einzelnen und im Ganzen«,⁵⁴ ein in irgendeiner Weise allgemeines Bedürfnis nach Hygiene und Nichtwahrnehmbarkeit von Fäulnis aller Art, sondern alles dies, ergänzt um Überlegungen zur Wasserversorgung aufgrund eines neuen sozialpolitischen Anliegens. Es geht um den Erhalt der Arbeitskraft. Vernichtung der Arbeitskraft durch Armut, Krankheit und schlechtes Wasser erscheint unökonomisch. »Staat und Stadt erhalten ihren Werth nur durch den Menschen und seine Arbeit. Aller Reichthum, alle Bedeutung der Stadt wie des Staates beruht in letzter Instanz auf der Tätigkeit ihrer Bewohner... Rein volkswirtschaftlich betrachtet sind Krankheit und Tod für eine Familie, wie für die Gemeinde und den Staat Unglücksfälle.«⁵⁵ Eine für Berlin in den 60er Jahren noch nicht weit entwickelte Sprache, eine neue Form, die Stadt in Zeichen zu bringen, spielt nun in der Argumentation für eine Kanalisation eine bedeutende Rolle: die Statistik. Eine statistische Korrelation zwischen Sterblichkeit, Wohnsituation und Wasserversorgung wird schon seit den 40er Jahren unter dem Einfluß englischer Erfahrungen auch für Berlin angenommen und schließlich nachgewiesen.⁵⁶

Mit Einführung des sozialmedizinischen Themas wechselt die führende Position, die Autorität im Diskurs: Waren es bis in die 50er Jahre der Hof und einige wohlhabende Bürger, die ein Interesse an Rinnsteinspülung und WCs hatten und Projekte bewerteten, waren es bis in die 60er Jahre Handelsministerium, Stadt, Ingenieure und Landwirtschaftsvertreter, die über »Abfuhr oder Kanalisation« im Meinungsstreit lagen, so übernimmt jetzt die Medizin in ihrer Funktion als Sozialmedizin die zentrale Position: die des Richters über ein großtechnisches Vorhaben zur Kultivierung der Stadt. »Kein Geld ist rentabler angelegt als dasjenige, welches für die Gesundheit aufgewendet wird. Möge man das nie vergessen, wenn es darum geht, mit der Landwirtschaft abzurechnen!«⁵⁷

⁵⁴ E. Bruch, Uebersicht der Städtereinigungs-Methoden, in: Berlin und seine Entwicklung. Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik 6 (1872), S. 85.

⁵⁵ R. Virchow, Zusätzliche Bemerkungen, in: Ueber die Kanalisation von Berlin. Gutachten der Königl. Wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen nebst einem Nachtrag. Mit zusätzlichen Bemerkungen von R. Virchow, Berlin 1868, S. 49.

⁵⁶ Vgl. Generalbericht (s. A 52), S. 71 ff.

⁵⁷ R. Virchow (s. A 55), S. 51.

1866 beauftragt die Stadtverordnetenversammlung vier Referenten, darunter den Stadtverordneten und Mediziner Rudolf Virchow, mit einem Gutachten zu Wiebes Projekt, zu dem sich der Magistrat bereits entschlossen hat. Das Gutachten lehnt Wiebes Plan als veraltet in seinen Dimensionen und finanziellen Vorgaben ab und wirft die Frage nach Wasserversorgung und Interessen des Wasserm monopolisten BWC auf.⁵⁸

Ein weiteres, ebenfalls unter Beteiligung Virchows entstandenes Gutachten der Königlich Wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen von 1867 spielt in der weiteren Entwicklung eine wichtige Rolle. Das Gutachten liest sich weitgehend wie ein Vorschlag zur Erweiterung der bisherigen Themen, zur Änderung der Methoden der Entscheidungsfindung und der Ausweitung des räumlichen wie geistigen Horizonts. Vorgeschlagen werden vor allem wissenschaftliche Untersuchungen unter Beteiligung verschiedener Disziplinen: Sie sollen offene, teilweise neu zu formulierende Fragen beantworten: über das Grundwasser, über den Zustand von Spree und Rinnsteinen, über Sterberaten in verschiedenen Bezirken.⁵⁹ Bautechnische, chemische, geometrische, geognostische und statistische Fragen listet der von Magistratsvertretern und Stadtverordneten akzeptierte Katalog der zu untersuchenden Fragen schließlich auf.⁶⁰ Die Kenntnisse, die durch Untersuchungen und Experimente gewonnen werden, sollen so umfassend wie möglich sein und die objektive Grundlage zur Schlichtung aller Streitigkeiten bieten. Der Stand von Wissenschaft und Technik in den genannten Bereichen ist zu diesem Zeitpunkt als Entscheidungsgrundlage durch die städtischen Stellen akzeptiert.

Vertreter verschiedener technischer und wissenschaftlicher Disziplinen werden verpflichtet, um zu einem großtechnischen Unternehmen die für notwendig erachteten Teilkenntnisse zu liefern. Ihre Ergebnisse werden die entscheidungsrelevanten Stellen, Magistrat, Stadtverordnete, Ministerien, diskutieren, nicht aber mehr bezweifeln. 1869 beginnen die Untersuchungen, sie werden geleitet von James Hobrecht, vormalig Stadtbaurat in Stettin.

VI.

1869 hatte Hobrecht ein Projekt durchdacht, das er im ersten Jahrgang der von ihm mitherausgegebenen »Deutschen Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege« veröffentlichte. Er schlug eine Mischkanalisation vor wie Wiebe, doch angelegt in voneinander unabhängigen Teilsystemen, die radial das Wasser aus der Stadt

⁵⁸ Bericht der Referenten der Stadtverordneten-Versammlung vom 6. Dezember 1866 und Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, vom 6. Dezember 1866, in: Reinigung und Entwässerung Berlins (s. A 10), S. 108 ff.

⁵⁹ Gutachten der Königlich Wissenschaftlichen Deputation, für das Medicinalwesen (s. A 55).

⁶⁰ Vgl. Bericht der Referenten (s. A 58), S. 116 ff. und 123 ff.

leiten sollten. Mit diesem Vorschlag verband er die Idee, Rieselfelder anzulegen,⁶¹ wozu er 1871 unaufgefordert einen genau ausgearbeiteten Plan vorlegte, zu einem Zeitpunkt, als sich Magistrat, das Ministerium für Handel und Industrie und die Königliche Deputation für das Medizinalwesen schon für eine Mischkanalisation entschieden hatten. Grundgedanke ist die Aufteilung des Stadtgebietes in mehrere Entwässerungsgebiete. Aus diesen soll das Wasser radial aus der Stadt geleitet und auf Rieselfeldern ausgebracht werden, die als Güter von der Stadt gekauft und betrieben werden. Die gesamte Anlage soll kommunales Eigentum sein, aus dem Anbau von Gemüse und anderen profitträchtigen Früchten Gewinn erwirtschaften und die Versorgung der Stadt verbilligen.

Die Kreislaufvorstellungen in Hobrechts Modell weisen zurück auf die Metapher vom »Organismus« Stadt.⁶² In der Fassung Hobrechts gewinnt sie Implikationen, die sie zu einem geeigneten Bild der vermeintlich vollständig geplanten modernen Stadt machen, die ihre Abfälle nach dem Stand von Wissenschaft und Technik kontrolliert. Die Stadt wird als Einheit imaginiert, als sozialer »Organismus«, in dem einzelne Menschen abhängige, ihn aber aufrechterhaltende und konstituierende Zellen sind; sie sind verknüpft durch »Venen« und »Arterien«, Rohre und Pumpen unter der »Haut«.

Die Verbindung von Stadt und Land interpretiert die Metapher als die Beziehung eines einzelnen Lebewesens, das Nahrung bezieht und Abfälle abgibt, zur dadurch strukturierten Umwelt. Die Vorstellung eines Ausgreifens der Stadt auf das Land ist damit verbunden, in Hobrechts Entwurf die weitgehende Organisation des Gebietes um die Stadt durch ihre Abfälle, die ihr wieder zugute kommen sollen. Dieser »neue lebendige Stadtorganismus«, wie Hobrecht dessen Ergebnis in einleitenden Worten in seinem Bericht über Plan und Bau der Kanalisation⁶³ bezeichnet, ist ein Modell, in dem sich viele Interessen, die im Laufe der Diskussion artikuliert worden sind, tref-

⁶¹ J. Hobrecht, Über Reinigung und landwirtschaftliche Nutzbarmachung des Kanalwassers; Die Kanalisation von Städten, vom bautechnischen und finanziellen Standpunkte unter Berücksichtigung der Verwendung des Kanalwassers zur Berieselung von Aeckern. in: DVföG 1 (1869), S. 65–85 und S. 223–232.

⁶² Die Metapher des Organismus taucht bereits im 17. Jahrhundert in Anwendung auf städtische Wasserfragen auf, wobei von den »Venen« und »Arterien« der Stadt die Rede ist; vgl. W. Matthews (s. A 7), S. 21 f. Daß die Stadt wie ein Organismus ein »Venen- und Arteriensystem« haben müsse, um »gesund« zu bleiben, war eine Idee, die Edwin Chadwick und die »Sanitary School« in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts zuerst in England populär machten. »Gesundheit« war dabei ein Homonym, das gleichermaßen hygienisches wie soziales Wohlergehen bezeichnete. Mit der Idee vom »Organismus Stadt« ist die eines spezifischen Kreislaufmodells verbunden: Was die Stadt ausscheidet, ist wie bei einem Einzelorganismus als Dünger verwendbar. Mit dem Dünger aus Kanalrohren sollte die Nahrungsmittelproduktion erhöht werden, damit man so auch gleich die sozialen Mißstände, den »Mangel« an Nahrung, in den Griff bekäme. Vgl. dazu J. v. Simson (s. A 4), S. 22 ff.; S. Hauser, Organismus Stadt, in: *Stattdbau* (Hrsg.), Fachtagung Wasser (27.–28. September 1990). Zusammenstellung der Vorträge, Berlin 1991.

⁶³ J. Hobrecht, Die Canalisation von Berlin, Berlin 1884.

fen. Das Modell der neuen Stadt nimmt sozialmedizinische, ingenieurtechnische, hygienische, verwaltungstechnische und auf landwirtschaftliche Nutzung gerichtete Aspekte der Diskussion auf. Es entspricht dem Bild der kultivierten Stadt, entspricht dem Wunsch nach Reinlichkeit, Ordnung und Schönheit und beendet die Diskussion – zumindest für die entscheidungsrelevanten Personen und Stellen.

1873 wird der Bau des Radialsystems III von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Es soll die Dorotheenstadt und Friedrichswerder entwässern. Der Bau beginnt wenige Monate später. Im selben Jahr löst die Stadt das Wasserwerk der BWC, sieben Jahre vor Ablauf des Vertrages, aus. 1874 werden die Güter Osdorf und Friederikenhof zur Anlage von Rieselfeldern aufgekauft. Im selben Jahr werden Hausanschlüsse für die Kanalisation obligatorisch. 1875 werden vier weitere Radialsysteme beschlossen. Ende 1881 arbeiten alle bisher beschlossenen Systeme bis auf das IV., das kurz vor der Fertigstellung steht. 1892 ist die Kanalisation des (damaligen) Berlin im wesentlichen abgeschlossen. Die Fläche der Rieselfelder ist etwa 2½ mal so groß wie die der Stadt.

Bis zu dieser Zeit reißt der Bürgerprotest gegen das Projekt nicht ab. Er artikuliert sich in Eingaben, Veröffentlichungen oder Anzeigen wie etwa der folgenden:

»Bewohner der Umgebung Berlins!

Landsleute!

Seid auf Eurer Hut! Die Haupt- und Residenzstadt soll mit Pestrohren durchzogen werden, deren werthlosen aber pestartigen Inhalt man auf Eure Felder ausbreiten will; Berieseln nennen sie diesen Unsinn drinnen beim Magistrat. Man wird Euch Eure Äcker abkaufen wollen. Fordert, so hoch Ihr wollt, nehmt so viel als Ihr nur bergen könnt, das Silber habt Ihr dann im Kasten, aber Pest und Krankheit im Hause. Seid auf Eurer Hut, wenn die Berliner Pest-Canalmänner kommen. Verkauft nicht. Denn Ihr entwerthet Euren jetzt so werthvoll gewordenen Besitz und müsst schliesslich Euer Geburtsdorf verlassen, weil die Canalpest Euch verdrängt.«⁶⁴

Dazu kommt laufend Kritik aus der Stadtverordnetenversammlung: Die Rieselgüter halten ökonomisch gesehen keinesfalls das, was sie versprochen haben: sie sind Zerschußbetriebe. Die veröffentlichte oder dokumentierte Kritik an der Technik beschränkt sich schon bald auf wissenschaftlichen und verwaltungsinternen Meinungsstreit. Die ökonomische Kritik, bevorzugt vorgetragen aus der Perspektive der Steuerzahler, begleitet die Rieselfelder noch etwas länger, zumal es zunehmend schwer wird, Land zur notwendigen Erweiterung der Anlagen zu finden und zu bezahlen. Ende der 20er Jahre, als die Kapazitätsgrenzen der Felder und des Feldankaufs erschöpft sind, werden Klärwerke und Schlammverbrennung projektiert.⁶⁵

⁶⁴ DVföG 5 (1873), S. 327; zu Protesten gegen das Projekt vgl. J. v. Simson (s. A 4), S. 125 f.

⁶⁵ Die weitere Entwicklung ist hier nicht mehr nachzuzeichnen, da das Muster zur Entsorgung in Berlin 1873 gefunden ist. Über spätere Entwicklungen und Komplikationen, Diskussionen und Pläne, die allmählich das Modell verändern, teilweise in Frage stellen, vgl. 100 Jahre Berliner Stadtentwässerung (1978); zur momentanen Diskussion vgl. z. B. *Stattdbau* (s. A 62).

Um 1900 hat die Verdrängung des Abwassers aus der Stadt in den Untergrund, aus den Sinnen in die Unsichtbarkeit und Unriechbarkeit auch eine Verdrängung aus dem öffentlichen Diskurs zur Folge gehabt. Die Verwaltung der massiven Kulturgrenze ist ein Fall für Experten geworden, für Ingenieure, Mediziner und Verwaltung. Sie sind die Heroen der neuen, der »modernen« Kultur, die sich mit industrietechnischen Mitteln gegen alles Unbearbeitete, Organische, gegen die eigenen Abfälle, gegen Gestank, Dreck, Verwesung und Krankheit abschließen will – und gegen diesen Bereich des zu Kontrollierenden den maschinellen Organismus Stadt aufrichtet, der das umliegende Land strukturiert.

Der Heimatkult überdauerte die sozialistische Bewegung der zwanziger Jahre und avancierte dann zu einer der wichtigsten Planungsdirektiven des Naziregimes. Während Speer und andere in den Großstädten des »Dritten Reichs« den Monumentalstil von Paris und Wien nachahmten, schlug sich die Idealvorstellung »das Volk« in der Konzeption neuer, ländlich geprägter Städte nieder. Das Mittelalter galt den Theoretikern als die reinste Epoche, in der Deutschland frei von ausländischem und kosmopolitischem Einfluß gewesen sei. Diese Reinheit fand ihren Ausdruck im Giebeldach und im mittelalterlichen Stadtbild, das selbstverständlich als »organisch« bezeichnet wurde.

Spiro Kostof, *Das Gesicht der Stadt. Geschichte städtischer Vielfalt*, Frankfurt/New York: Campus 1992.

Ursula von Petz

Margarethenhöhe Essen

*Gartenstadt, Arbeiterkolonie oder Satellitenstadt?**

1. Einleitung – 2. Die neue Stadtpolitik (314) – 3. Die Gründung der Siedlung (317) – 4. Die Siedlung – eine Gartenstadt? (319) – 5. Die Rolle der Margarethenhöhe im Kontext der Stadtplanung (323)

1. Einleitung

Im Jahr 1906 unterschrieb Margarethe Krupp die Gründungsurkunde für die »Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge«. Sie initiierte damit Planung und Bau der Siedlung Margarethenhöhe am Rande der Industriestadt Essen. Die Siedlung, die entsprechend den Vorstellungen ihrer Gründer nach den reformerischen Grundsätzen der kurz zuvor entstandenen Gartenstadtbewegung gestaltet werden sollte, ist wegen der Konzeption ihres Plans, ihrer reizvollen Lage am Hang eines bewaldeten Hügels südlich der Stadt, der malerischen Gestaltung der Bebauung und schließlich wegen der friedlichen Atmosphäre, die sie ausstrahlt, berühmt geworden. Diese »Gartenstadt« diente lange auch als Vorbild für die Gestaltung von Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet. Der folgende Beitrag konzentriert sich vorrangig auf die Frage, welcher Stellenwert dem Projekt Margarethenhöhe Essen innerhalb der kommunalen Planungspolitik jener Zeit zukommt und welche Interessen die Stadt und ihre Politiker damit verbanden.

Die Gründung der »Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge« im Jahre 1906, vier Jahre vor Baubeginn der Siedlung Margarethenhöhe, fällt – sicher nicht zufällig – in einen Zeitraum, der von einem deutlichen Umbruch im Umgang mit der Industriestadt des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet ist. Ort der Handlung ist die Stadt Essen, eine jener Städte in Deutschland, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts besonders tiefgreifende Umwälzungen von der einfachen Ackerbürgerstadt (mit etwa 5000 Einwohnern um 1820) zur reinen Industriestadt (mit 134000 Einwohnern im Jahr 1900) erfahren hatte. Sie war gegen Ende des Jahrhunderts zum einen vom Bergbau geprägt, der sich vor allem im Norden der bis 1820 ummauerten Landstadt entwickelt hatte, zum andern jedoch von dem Betrieb der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp, die ihren Standort im Westen der Stadt kontinuierlich ausbaute. 1812 gegründet, expandierte die Stahlfirma aufgrund spezieller Produktionsmethoden und Produktent-

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages anlässlich der 4th International Planning History Group Conference »The Bournville Conference 1989: The Garden City Tradition Re-examined«.

wicklungen zu einem Großunternehmen mit ca. 12000 Arbeitern im Jahre 1873, das durch den deutsch-französischen Krieg 1870/71 und dem damit verbundenen Boom in der Rüstungswirtschaft besonders profitierte. 1873 setzte auch für Krupp eine Phase der wirtschaftlichen Depression ein, doch ab 1885 florierte die Firma erneut und sie erfuhr bis zum Ersten Weltkrieg ihre zweite große Wachstumsperiode.¹ Im Zuge dieser Phase entwickelte sich die Firma zum internationalen Großkonzern.

Die Stadt wurde – das gilt insbesondere für das 19. Jahrhundert – von dieser Firma weitgehend dominiert: Krupp ist Essen, vor allem aber: Essen ist Krupp in diesen Jahrzehnten. Um die Jahrhundertwende begann sich diese Abhängigkeit der Stadt von der Firma etwas zu verändern. Die Stadt Essen begann, sich von der reinen Industriestadt, der »Kruppstadt«, zur modernen Großstadt zu wandeln und – so meine These – Planung und Bau der Margarethenhöhe ist ein Baustein in diesem Wandlungsprozeß.

2. Die neue Stadtpolitik

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts veränderte sich die Rolle der städtischen Verwaltung von noch einer sich bescheiden gebenden Vermögensverwaltung zur städtischen Leistungsverwaltung. Hütete man zunächst in erster Linie die städtische Kasse und versuchte, möglichst wenig Ausgabeposten zu erzeugen, überließ man damit die erforderlichen Investitionsaufgaben zu Infrastrukturausbau und -verbesserung dem aufblühenden Unternehmertum, dem »freien Spiel der Kräfte«. In diesem Sinne schrieb auch der Essener Stadtbaumeister Wiebe 1886 in einer Denkschrift »Über die Wohnverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Essen« als Begründung, weshalb sich die Gemeinde zunächst für den Wohnungsbau nicht verantwortlich gefühlt hatte, mit der Folge, daß später Wohnraumangel hohe Mieten erzeugte: »Es lag dazu (zum Wohnungsbau; d. V.) auch keinerlei Veranlassung vor, weil die Wohnungsnot lediglich in Folge des Emporblühens der Industrie und des damit verbundenen Zuzuges zahlreicher Arbeiter damals eintrat und es daher in erster Linie Sache der Besitzer der sich so glücklich entwickelnden industriellen Werke war, für ein gutes Unterkommen der für sie notwendigen Arbeitermassen Sorge zu tragen.«²

Was gemeinhin als soziale Tat beschrieben wird, war aus dieser Sicht zunächst eine Selbstverständlichkeit, nämlich die Tatsache, daß Alfred Krupp (1812–1887) und sein Sohn und Nachfolger in der Firmenleitung Friedrich Alfred Krupp (1854–1902)

im Zuge des Firmenausbaus auch für den Bau entsprechender firmeneigener Wohnungen aufkamen, um sich die erforderlichen, vor allem qualifizierten Arbeitskräfte zu sichern. Ungewöhnlich war jedoch eher die hohe Anzahl der erstellten Wohnungen sowie die Konzeption der Siedlungen und das damit verbundene Wohlfahrtssystem. Zwischen 1863 und 1892 errichtete die Firma ca. 6500 werkseigene Wohnungen sowie eine erhebliche Zahl verschiedenster sozialer Einrichtungen.³

Die lange Phase der wirtschaftlichen Depression zwischen 1873 und 1885 förderte eine spezifische Ausprägung interventionistischer Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung in Gesellschaft und Wirtschaft durch die deutschen Städte und Gemeinden. Im Rahmen der Übernahme öffentlicher Aufgaben erfolgte der kommunale Ausbau mit einer sich zügig entfaltenden Stadttechnik in Form von Ver- und Entsorgungsnetzen für Wasser, Energie und Verkehr. Die Einrichtung einer Vielzahl öffentlicher Anstalten der Hygiene, der Technik oder der Bildung entsprach der neuen Politik des Munizipalsozialismus. Soziale Leistungen zu bringen und für die Ausstattung der Gemeinde mit sozialer Infrastruktur einzutreten, waren dazu geeignet, neben den Krisenlasten der großen Depression auch die Folgeprobleme des rapiden Städtewachstums sozial auszutarieren. Entsprechend stieg die Investitionshöhe pro Kopf der Bevölkerung in den preußischen Gemeinden von 3,86 Mark im Jahr 1849 auf 53,52 Mark im Jahr 1913.⁴

Die Städte wurden also zunehmend über den Ausbau von Verwaltung und Dienstleistungen selbst aktive Akteure bei der Gestaltung der städtischen Umwelt und des städtischen Lebens. Das gilt zweifelsohne auch für die Stadt Essen, die in den Jahren zwischen 1872 und 1885 unter anderem in den Ausbau des städtischen Fuhrparks, in die Errichtung einer Pfandleihanstalt, einer Badeanstalt sowie des Vieh- und des Schlachthofes investierte. Mit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Zweigert im Jahre 1885 setzten sich interventionistische Maßnahmen im Ausbau der Stadttechnik und der Infrastruktur aus Angst vor zu hohen finanziellen Belastungen des kommunalen Haushalts nur zögerlich fort, bezogen auf die Erweiterung des Straßenbahnnetzes, die Energieversorgung und den Bau öffentlicher Versorgungseinrichtungen.⁵

³ Vgl. Führer durch die Essener Wohnsiedlungen der Firma Krupp, Essen 1930, S. 10–37; von dieser Gesamtzahl entfallen auf das Jahr 1863 219 WE (Siedlung Westend), auf die Expansionsphasen zwischen 1871 und 1874 bzw. 1890 und 1914 jeweils ca. 3150 WE sowie, insbesondere auf den letztgenannten Zeitraum, zahlreiche Infrastruktureinrichtungen zur Versorgung der Werksangehörigen; ähnliche Zahlen bei T. Kellen, Die Entwicklung der Stadt Essen. Teil II, in: Der Niederrhein 1 (1911/12), S. 517–520; vgl. auch R. Günter, Krupp und Essen, in: Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung, Hrsg. M. Warnke, Gütersloh 1970, S. 128–174; weiterhin: R. Klapheck, Siedlungswerk Krupp, Berlin 1930; Krupp Wohnungsbau im Ruhrgebiet 1861–1984. Chronik, Hrsg. Krupp Wohnungsbau GmbH, Essen 1985.

⁴ Zahlen nach Gröttrup in F. Bajohr, Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem 1. Weltkrieg, Essen 1988, S. 116–118.

⁵ Vgl. F. Bajohr (s. A 4), S. 118. Zweigert unterstützte hingegen den Frankfurter Oberbürgermeister Franz Adickes, als dieser 1892 im Preußischen Herrenhaus einen Entwurf für ein kommunales Um-

¹ 1887 hatte Krupp wieder 13000 Arbeitskräfte, zum Jahr 1906 war die Zahl der Beschäftigten der Gußstahlfabrik auf ca. 35000 gestiegen. Vgl. P. Brandi, Der Aufstieg der Stadt Essen zur Industriemetropole. Eine Erinnerung an Oberbürgermeister Erich Zweigert, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 60 (1940), S. 242; H. G. Kösters, Dichtung in Stein und Grün. Margarethenhöhe, Essen ²1982, S. 60 und 270.

² Zitiert nach H. G. Kösters (s. A 1), S. 64.

Um die Jahrhundertwende, nachdem er in seinem Amt bestätigt worden war, verstärkte sich jedoch Zweigerts Interesse an einem Rollenwechsel der Stadt als Industrie- hin zu einer Verwaltungsstadt, was Hermann Ehlgötz, der spätere Stadtbaurat von Essen noch 1927 zu der Bemerkung veranlaßte, in dieser Zeit hätte sich zweierlei erkennen lassen: Die innere Erstarkung der Stadt und die Hebung ihrer Bedeutung nach außen hin.⁶ Um den »Übergang von der reinen Krupp- und Industriestadt zu einem Wirtschafts- und Verwaltungsmittelpunkt des Ruhrgebietes«⁷ zu erreichen, konzentrierte sich Zweigert in Essen vorrangig auf die Durchsetzung folgender Schwerpunkte:

1. Der Umbau der Stadt zu einem Dienstleistungsstandort sollte die Abkehr von der reinen Industriestadt einleiten, ein Programm, das vom Ausbau der Stadt mit kulturellen Einrichtungen begleitet wurde. Neben der Ansiedlung neuer Behörden wie der Verwaltung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, dem Sitz der Emscher-Genossenschaft oder der Eisenbahndirektion als Beginn der Tertiärisierung bemühte sich die Stadt nun auch um den Bau eines neuen Museums, eines Saalbaus, einer Bibliothek, etc.

2. Die Professionalisierung der kommunalen Bürokratie war eine weitere Initiative des Oberbürgermeisters. Zu diesem Zweck baute Zweigert die Kommunalverwaltung aus und holte sich verschiedene qualifizierte Fachleute nach Essen: Paul Brandi als Referenten für Rechtsfragen, Otto Wiedfeldt, später Botschafter in Washington, als neuen Leiter des Statistischen Amtes, das zugleich auch ausgebaut und effizienter gemacht werden sollte und Robert Schmidt, später Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, als neuen Stadtbauinspektor.

3. Die allgemeine Entwicklung drängte im Zuge der expandierenden Industrie auf einen Zusammenschluß der Ruhrgebietskommunen in Fragen der regionalen Ver- und Entsorgung. Das wilde Siedeln der neuen Industrien und des Bergbaus im Revier hatte zunehmend zum Auftreten von Konflikten und Mängeln geführt, die innerhalb der damals noch eng gesetzten kommunalen Grenzen nicht mehr ausgeglichen und behoben werden konnten. Um vor allem im Bergbau den Abbau der Kohle zu sichern, wurde 1898 die Emscher-Genossenschaft zur Entsorgung der Region von Schmutzwasser gegründet, 1904 der Ruhrtalsperrenverein zur Versorgung der Region mit Frischwasser – die Verwaltungen beider Institutionen erhielten ihren Sitz in Essen. Damit erweiterte sich das Angebot an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich in Essen und gleichzeitig wurde die Bedeutung der Stadt in der Region weiter gestärkt, was in der

legungs- und Zoneneinteilungsgesetz einbrachte. Vgl. W. Hofmann, Oberbürgermeister und Stadterweiterungen, in: Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart 1971, S. 72.

⁶ Vgl. H. Ehlgötz, Der Generalsiedlungsplan für den Raum Essen. Erster Teil: Der Organismus Essen, Essen 1927, S. 17.

⁷ H. Ehlgötz (s. A 6), S. 18.

Konkurrenz der Revierstädte untereinander wie auch auf der (über)regionalen Ebene eine wichtige Rolle spielte.⁸

4. Eine Neuordnung der räumlichen Ressourcen der Stadt und die Gewinnung von preiswertem Stadterweiterungsgebiet durch Eingemeindung sollte der Stadt mehr Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere in den für eine Ausdehnung der bürgerlichen Stadt landschaftlich attraktiven Süden geben. Die Eingemeindung von Altendorf 1901 und Rüttenscheid 1905 machten hier nur den Anfang. Sie sind, wie an der Standortfrage für die Margarethenhöhe deutlich wird, von großer Bedeutung. Das Gelände der zukünftigen Siedlung liegt zunächst auf Rüttenscheider Gebiet. Als die Stiftung ausgesprochen wird, ist die Eingemeindung jedoch bereits vollzogen.

5. Schließlich war auch eine Befriedungspolitik im Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Auseinandersetzung um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Zweigert ein wichtiger Aspekt in seinem Programm einer neuen kommunalen Politik. Das zeigt die Einrichtung eines sog. Einigungsamtes im Essener Rathaus unter der erfolgreichen Leitung Wiedfeldts, so daß sich zumindest für das Baugewerbe (nicht jedoch für Bergbau und Stahlindustrie) »innerhalb weniger Jahre... Essen neben München und Berlin zu einem Zentrum des Tarifvertragswesens in Deutschland« entwickelte.⁹ Den kommunalen Vertretern war offensichtlich bewußt, daß sich vor dem Hintergrund sozialer Konflikte ein Umbau der Industriestadt zu einer modernen, stärker von Dienstleistungen bestimmten Großstadt nur schwer bewerkstelligen lassen kann.

3. Die Gründung der Siedlung

Erich Zweigert starb 1906, ein halbes Jahr bevor Margarethe Krupp, die Witwe des 1902 verstorbenen Friedrich Alfred Krupp anlässlich der Vermählung ihrer Tochter Bertha mit Gustav von Bohnen und Halbach bekannt gab, eine Stiftung in Essen einzurichten, »die vor allem der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Klassen dienen soll... Das Vermögen der Stiftung besteht aus einem Kapital von 1 Million Mark sowie aus einem Baugelände in Größe von ca. 50 ha. Das Kapital... ist zur Errichtung von Wohnhäusern bestimmt.«¹⁰ Die Stiftung erhielt einen Vorstand, der sich je

⁸ Zum Argument der (über)regionalen Konkurrenz schreibt Kellen 1912: »Die Stadt trägt also durchaus nicht mehr ausschließlich den Charakter einer Industriestadt, und sie ist auf dem besten Wege, den Wettbewerb aufzunehmen mit den großen rheinischen Städten Düsseldorf und Köln, die seit alter Zeit einen wohlhabenden Mittelstand besitzen und naturgemäß vieles vor Essen voraus haben und auch immer behalten werden.« T. Kellen (s. A 3, Teil III), S. 543.

⁹ F. Bajohr (s. A 4), S. 155–166, Zitat S. 159.

¹⁰ Dated: Essen, den 1. Dezember 1906, »Der Wille der Stiftung (Auszug)« abgedruckt in: G. Metzendorf, Denkschrift über den Ausbau des Stiftungsgeländes, Essen 1909 (Historisches Archiv Friedr. Krupp GmbH Essen, FAH III M1). Der gesamte Text der Stiftungsurkunde in: H. G. Kösters (s. A 1), S. 20–21.

zur Hälfte aus Mitgliedern der Firma Krupp und der Stadtverwaltung zusammensetzte und dem der neue Oberbürgermeister Holle oder sein Vertreter, ein Beigeordneter, vorsah. Der Vorstand beschließt über das Vorgehen der Stiftung.

Das Stiftungsgelände, ein landwirtschaftlich genutztes Gebiet, liegt auf einer Anhöhe im Südwesten der Stadt, gut 3 km vom Hauptbahnhof entfernt, jenseits eines Bachtales. Die Luft dort ist gut, das Gelände sicher vor Bergsenkungen, da hier keine Kohle liegt. Um den Erwerb des Geländes – ehemals dem 1905 eingemeindeten Rüttenscheid zugehörig – hatte sich Zweigert bereits einige Jahre zuvor (1901) bemüht. Er hatte beabsichtigt, dieses Gelände für die Stadt Essen zu kaufen, einerseits, um die Eingemeindung Rüttenscheids voranzutreiben, andererseits, um dort einen Stadtwald anlegen zu können, dessen die Stadt so dringend als Ausgleich für den verdichteten industrialisierten Norden bedurfte. Die Stadt stärker nach Süden zu orientieren, gehörte zudem zur neuen Entwicklungspolitik. Zweigerts Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Nicht erfolglos hingegen war kurze Zeit später der finanzielle Berater und Vermögensverwalter von Frau Krupp, Haux, der in den Jahren 1903/1904 über Strohmänner in eben jener Gegend 250 ha Land für Frau Krupp aufkaufen konnte, wovon die genannten 50 ha dann in die Stiftungsmasse eingingen. Der Vermögensverwalter war Angestellter der Firma Krupp, er war aber auch Stadtrat. Mithin waren ihm Zweigerts Bemühungen um den Ankauf des Geländes bekannt.¹¹

Mit dem Mittel der Stiftungsgründung – die Stiftung ist Bauherrin und Trägerin der Siedlung Margarethenhöhe – schlug die Firma Krupp einen neuen Weg im Wohnungspolitischen Sektor ein. Patriarchalische Motive im Verständnis des 19. Jahrhunderts, wie sie vor allem die Firmeneigner Alfred und Friedrich Alfred Krupp auf perfekte Weise verfolgt hatten, waren nicht mehr zeitgemäß. Die Ziele der »Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge« bestimmten ein kommunal orientiertes sozialpolitisches Konzept, das sich nunmehr über die Versorgung der eigenen Firmenbelegschaft und die Organisation der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder hinaus auch auf die Bereitstellung von Wohnungen für Teile der städtischen Bevölkerung konzentrierte. Dabei sind unter der Zielgruppe der »minderbemittelten Klassen«, denen die Schenkung laut Stiftungsurkunde zugute kommen sollte, nicht arme Arbeiterfamilien zu verstehen, sondern Familien, die in dieser Zeit nicht in der Lage waren, aus eigenen Kräften Eigentum zu bilden.¹² Angehörige der Firma Krupp sollten bei der Ver-

¹¹ Dazu H. G. Kösters (s. A 1), S. 42; P. W. Kallen, Die Margarethenhöhe, in: Der westdeutsche Impuls 1900–1914. Kunst und Umweltgestaltung im Industriegebiet (Museum Folkwang), Essen 1984, S. 55.

¹² »Die Grenzen des Stiftungszwecks (Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Klassen) werden im Einverständnis mit der Stifterin vom Vorstände möglichst weit gesteckt, damit möglichst große Bevölkerungskreise die Wohltat dieser Schöpfung genießen können, und das Gesamtbild der Siedlung in ihrer sozialen Gliederung nicht zu einseitig wird.« A. Rath, Ein Blick in die Verwaltung, in: Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge (Hrsg.), Margarethenhöhe bei Essen erbaut von Professor Georg Metzendorf, Darmstadt 1913, S. 104.

gabe der Mietwohnungen zwar »angemessen berücksichtigt« werden, aber die Siedlung sollte letztlich vor allem Essenern zukünftig als Wohnstandort dienen – und sie konnte auch keine Arbeitersiedlung werden. Schon die Lage weitab von Werk und Zechen ließ dies nicht zu, denn die Wohnungen, in denen die Fabrikarbeiter wohnten, mußten vom Werk aus in der Regel zu Fuß zu erreichen sein. Danach war beispielsweise die Dauer der Mittagspause bemessen. Tägliche Fahrten zum Arbeitsplatz mit der Straßenbahn war für Arbeiter zudem zu kostspielig, zumal dann, wenn auch Kinder im Arbeiterhaushalt die Straßenbahn für Schulfahrten nutzen mußten und damit weitere Fahrtkosten entstanden. Die dezentrale Lage gibt auch Grund zur Annahme, daß der Anteil an Frauenarbeit gering war – ein weiteres Indiz dafür, daß Arbeiterhaushalte sich diesen Wohnstandort nicht leisten konnten. Dafür jedoch bedurfte man in der Stadt mittlerweile vermehrt mittelständischer Wohnungen in attraktiver Lage.

Zum einen machte es die Tertiärisierung der Stadt Essen erforderlich, auf kommunaler Ebene neue Wohnungsangebote präsentieren zu können, zum anderen hatte sich auch bei Krupp selbst aufgrund neuer Produktionsmethoden und Kommunikationsprozesse sowie der Ausweitung des Managements das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten (»Beamten«) und somit die Nachfrage auf dem Wohnungssektor verändert. Im Jahr 1885 hatte die Gußstahlfabrik (bei einer Belegschaft von knapp 10 000 Beschäftigten) 1320 »Beamte«, im Jahr 1910 waren es (bei einer Belegschaft von ca. 25 000 Beschäftigten) bereits 4039. Statt Arbeiterwohnungen brauchte auch die Firma nun zunehmend Wohnungen für Angestellte.¹³ Auch die Stärkung des Anteils der bürgerlichen Bevölkerung in der Sozialstruktur der Stadt als Mittel, das Image der Arbeiter- und Industriestadt abzubauen, war Motiv für die Förderung mittelständischen Wohnungsbaus.

Entsprechend sieht dann im Jahr 1913 die »Belegungsliste« der ersten 359 Wohnungen der Margarethenhöhe aus: Etwas weniger als die Hälfte der Hauptmieter (174 Haushaltsvorstände) sind »Kruppianer« (Arbeiter, Beamte, Pensionäre), der Rest (188 Haushaltsvorstände) sind neben Lehrern (13), selbständigen Gewerbetreibenden (7) und »Sonstigen« (39) Beschäftigte bei der Stadt (55), der Post (24), der Eisenbahn (20; man erinnere sich, Zweigert hatte die Direktion nach Essen geholt!), dem Kohlensyndikat (8), der Polizei (11), dem Gericht (11).¹⁴

4. Die Siedlung – eine Gartenstadt?

Die Ansichten darüber, wie die Gartenstadt zu definieren sei, gehen aufgrund der Verschiedenheit der damit verfolgten Reformvorstellungen, die ihr innewohnen können,

¹³ Vgl. F. Bajohr (s. A 4), S. 61, 63.

¹⁴ Vgl. H. G. Kösters (s. A 1), S. 110.

weit auseinander. Das zeigt die Diskussion innerhalb der 1902 gegründeten Deutschen Gartenstadtgesellschaft, die in den folgenden Jahren durch Positionen aus Reformerkreisen sowohl des fortschrittlichen wie des konservativen Lagers bestimmt wurde.¹⁵ Die Margarethenhöhe ist jedenfalls für Essen ein neuer Siedlungs-Typus, der als weitgehend eigenständiger, hygienisch und ästhetisch neuen Standards folgender Wohnbezirk in distanzierter Abhängigkeit vom Stadtkern ein Gegenkonzept zur verdichteten, die historische Stadt eher verbarrikadierenden Industriestadt des 19. Jahrhunderts darstellt. In dieser Konzeption kam er den Interessen für eine Neuorientierung der Entwicklung der Stadt nach der Jahrhundertwende sehr entgegen. Unter der Bezeichnung Gartenstadt ließ sich dieser neue Typus gut subsumieren: Die Bezeichnung als Gartenstadt ist ebenso gefällig wie ihr Design.

Doch die Siedlung Margarethenhöhe in Essen ist keine Gartenstadt im ursprünglichen Sinne, im Sinne des englischen Konzepts von Ebenezer Howard. In der »Denkschrift über den Ausbau des Stiftungsgeländes« von 1909 heißt es denn auch: »Man hat in Verbindung mit dem Willen der Stiftung wohl schon an eine richtige Gartenstadt, nach englischem Muster etwa, gedacht. Davon kann aber in genauer Anwendung des Begriffes nach der Beschaffenheit des Baulandes, vor allem seiner Umgebung und nach den vorliegenden Bedürfnissen keine Rede sein. Nicht um eine besondere Stadtsiedlung mit wirtschaftlicher Selbständigkeit und eigenem Betrieb von Industrie und Landwirtschaft wie bei den Gartenstädten, kann es sich handeln, sondern um die Angliederung eines in der baulichen Ausführung künstlerisch eigenartigen Stadtteils von Essen an die Hauptstadt. Eines Stadtteils freilich, der hinsichtlich der Schönheiten und Annehmlichkeiten der Lage, hinsichtlich der Gesundheit und Wohlfelheit des Wohnens die denkbar größten Vorteile bietet.«¹⁶ Peter Hall nennt die Margarethenhöhe einen »garden suburb«, eine Garten-Vorstadt, ebenso die Autoren der Beiträge im Bournville Works Magazine und in der englischen Fachzeitschrift »Town Planning Review«.¹⁷ Der Titel einer Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Margarethe-Krupp-Stiftung lautet »Gartenstadt Margarethenhöhe«. Der Autor spricht ihr

in dieser Schrift jedoch diese Funktion weitgehend ab und charakterisiert sie eindeutig als Satellitenstadt, benutzt allerdings in der Beschreibung neben Begriffen, wie »Schlafstadt« oder »Wohnstadt« immer wieder den Begriff der »Gartenstadt«.¹⁸ Im Jubiläumsband zum 75jährigen Bestehen der Stiftung wird dann richtigerweise von einer Garten-Vorstadt gesprochen und geschrieben.¹⁹ Auf einer Plakette, die heute die Besucher über die historische Bedeutung der Siedlung informiert, wird sie erneut als »Gartenstadt Margarethenhöhe« bezeichnet.

Und im allgemeinen Verständnis gilt die Siedlung auch als eine der ersten Gartenstädte in Deutschland. Sie besitzt zum Zeitpunkt ihrer Entstehung zweifelsohne Merkmale des gängigen Vorbildes:

- Sie ist eine in sich geschlossen geplante und gebaute Siedlung, deren Zielzahl zunächst auf 5000 Einwohner konzipiert war, die durch die Erweiterung nach dem Kriege auf etwa 8000–9000 Bewohner gestiegen ist.
- Die Siedlung ist, wie aus der Erstbelegung zu ersehen ist, eine mittelständische Siedlung mit vornehmlich Ein- und Zweifamilienhausbebauung und den entsprechenden Gärten. Erst in den zwanziger Jahren wurde kompakter gebaut. Ein opulenter Grüngürtel umgibt die Margarethenhöhe und trennt sie so von der näherrückenden Stadt – oder schirmt sie von ihr ab. Doch bietet sie keine gewerblichen Arbeitsplätze, Selbstversorgung als Siedlungs-Teilkonzept ist nicht vorgesehen und sie ist auch kulturell nicht selbstständig – alles Kriterien, die das Gartenstadtkonzept nach Howard an sich zum Ziele hatte.
- Die Bewohner können in der Siedlung kein Wohneigentum bilden, alle Erträge aus Pacht und Miete gehen an die Stiftung, die dieser Erträge wiederum in den Ausbau der Siedlung investiert bzw. investieren muß. Die Mieten sind für mittelständige Einkommen moderat.
- Die Siedlung ist mit Infrastruktur-Einrichtungen ausgestattet, die der Versorgung der Wohnbevölkerung dienen (Kaufhaus, Läden, Restaurant, Apotheke, Schulen, Spiel- und Sportplätze, anfangs eine Polizeistation). Besonders gestaltet ist der seitlich zur Haupterschließungsachse zwischen Torhaus und Kirche angeordnete, zentrale Marktplatz, an dem Kaufhaus und Hotel sowie einige Ladenlokale liegen. Die Architektur der Kaufhaus-Fassade, der »Krupp'schen Konsumanstalten«, ist großstädtisch, im Stil der neuen großen Kaufhäuser der City, der Bau dominiert deutlich die Platzanlage. Die Atmosphäre des tiefer gelegenen Platzes hingegen mit den seitlichen, der Hangschräge folgenden Wohnhauszeilen und dem am Fußpunkt gelegenen Hotel- und Restaurantbau in einem an süddeutsche Formensprache erinnernden Baustil verbreitet zusammen mit dem Brunnen eine eher kleinstädtische

¹⁵ K. Hartmann, Deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976. Wie sich die Kontroverse zwischen dem fortschrittlichen und dem konservativen Lager durch alle gesellschaftlichen und damit auch urbanistischen Reformansätze zieht, zeigt in einer kurzen Skizze H. Böhme, Stadtgestaltungslehre versus Stadtplanungswissenschaft. Zu den Anfängen der wissenschaftlich begründeten Stadtentwurfslehre, in: Die alte Stadt 16 (1989), S. 141–163, darin zur Gartenstadt S. 155–157.

¹⁶ G. Metzendorf (s. A 10), o. S. (eigene Zählung S. 3 und 5).

¹⁷ P. Hall, Cities of Tomorrow, Oxford 1988, S. 115. Hall beschreibt die Gestaltung der Margarethenhöhe als einen außergewöhnlich malerischen Entwurf, der sogar die Vorstellungskraft der »Urheber« gartenstädtischen Designs, der Architekten Unwin und Parker in England, übertroffen habe. Allerdings hält er die aus seiner Sicht mittelalterlich anmutende, an die deutsche vorindustrielle Kleinstadt erinnernde Siedlung auch für eine reine Krupp-Kolonie. E. G. Culpin, A German »Bournville«, in: Bournville Works Magazine, Sept. 1911, S. 265–267; Bericht in: Garden Cities and Town Planning Review Nr. 5, New Series Vol. I, 1911.

¹⁸ G. Steinhauer, Gartenstadt Margarethenhöhe. 50 Jahre Margarethe-Krupp-Stiftung, Essen 1956.

¹⁹ H. G. Kösters (s. A 1).

Atmosphäre.²⁰ Der Marktplatz der Siedlung Margarethenhöhe hat jedoch durch den Kaufhausbau einen deutlich großstädtischen Akzent erhalten. Die Warenhausfassade betont auf diese Weise die Verbindung mit der Stadt und vermittelt ein Element bürgerlicher Stadtkultur im sonst kleinstädtischen Ambiente.

- Die Architektur und Gestalt der Siedlung wurde über 25 Jahre von dem Architekten Georg Metzendorf aus Darmstadt bestimmt. Er war ein Vertreter der neuen Stadtbaukunst, des »künstlerischen Städtebaus«, ²¹ hatte sich 1908 durch den Entwurf eines Arbeiterwohnhauses auf der Landesausstellung in Darmstadt ins Gespräch gebracht und war seit der Gründung des Deutschen Werkbundes 1907 dessen Mitglied. Metzendorf wurde 1909 vom Stiftungsvorstand unter Vertrag genommen: Man hatte über Referenzen die geeignete Person gesucht und wohl auch gefunden.²² Wohnungsreformerische, handwerkliche, wirtschaftliche und ästhetische Ziele bestimmten die städtebauliche Gestaltung der Siedlung und die Gestaltung der einzelnen Gebäude bis ins Detail. Die über zweieinhalb Jahrzehnte in einer Hand liegende Verantwortung für die Konzeption und Gestaltung der Margarethenhöhe begründet gewiß auch trotz Veränderungen im städtebaulichen Kon-

²⁰ Die Platzgestaltung, vor allem die des Hotel- und Restaurantbaus ist Riemerschmids Entwurf für die Ladenzeile am Marktplatz in Hellerau bei Dresden durchaus ähnlich. Hellerau ist die erste Gartenstadt, die fast zur gleichen Zeit durch die Deutsche Gartenstadtgesellschaft gebaut wird (Planungsbeginn 1906, Baubeginn Juni 1909).

²¹ Metzendorf fühlt sich allerdings offenbar genötigt, seinen allzu künstlerischen Plan, die besonders »malerisch« geratene Gestaltung des ersten Bauabschnitts, im Vorwort zur ersten Dokumentation der Siedlung im Jahr 1913 gegen kritische Stimmen zu verteidigen, denn er schreibt: »Als ich vor 4 Jahren beauftragt wurde, auf diesem stark zerklüfteten Terrain eine Siedlung zu bauen, ging ich bei der Festlegung der Straßenzüge hauptsächlich von dem Gedanken aus, die Führungen der Linien dem Gelände anzupassen. Es war demnach ganz natürlich, daß die Straßen in ihrem Verlauf den Höhenkurven folgten. Eine solche Anordnung der Straßenzüge war notwendig, da große Erdbewegungen vermieden werden mußten, um die Straßenbaukosten niedrig zu halten. Zudem schaffte sie architektonisch interessante Straßenbilder. In dem Bebauungsplan, den ich jetzt nach vierjähriger Arbeit erneut aufgestellt habe, sind mancherlei Änderungen vorgenommen worden, die eine straffe Führung der Straßenlinien ergeben. Die gerade Straße ist dabei mehr berücksichtigt, da dies jetzt auch möglich ist, weil nunmehr die Bebauung auf der Höhe und dementsprechend auf weniger bewegtem Gelände einsetzt« (Sperrungen im Orig.), *G. Metzendorf* (s. A 12); ähnlich mit als »zu viel des absichtsvollen Malerischen« wurde später auch der erste Bauabschnitt der Gartenstadt Hellerau kritisiert, in: Zentralblatt der Bauverwaltung 1919, S. 175, zitiert nach *W. Nerdinger / Richard Riemerschmid*, Vom Jugendstil zum Werkbund, München 1982, S. 404.

²² Nach Meinung des Vorstandes konnte nur »eine hervorragende Kraft in Frage kommen, die das Wesen des modernen Städtebaus völlig beherrscht« (Sitzungsprotokoll vom Juli 1907 HA Krupp, WA IX v 328). Der Architekt der Krupp-Werke, Robert Schmohl, empfahl in einem Schreiben an Oberbürgermeister Holle vom 28. April 1908, sich an die renommierten Architekten und Planer, die Professoren Henrici (Aachen), Pützer und Heinrich Metzendorf (Darmstadt) sowie Fischer (Stuttgart) und Hocheder (München) zu wenden und durch sie geeignete Kandidaten vorschlagen zu lassen. Bereits auf der Vorstandssitzung vom 24. Juli 1908 erfolgt die Wahl aus den nun vorliegenden Vorschlägen. In die engere Wahl gekommen waren Bruno Paut (Taut), empfohlen durch Theodor Fischer, Richard Seiffert, empfohlen durch das Krupp'sche Bauamt und Georg Metzendorf von seinem Bruder Heinrich Metzendorf (HA Krupp, WA IX v 328).

zept der einzelnen Bauabschnitte, ihre Einheitlichkeit, die Tatsache, daß sie geschlossen wirkt. Die Siedlung signalisiert dadurch eine Eigenständigkeit und Formensprache, die gerade in der Zeit ihrer Entstehung so sehr erwartet worden war als Gegenstück zur – wie es hieß – beliebig addierbaren, auf geistlosem rasterförmigem Plan organisierten, spekulativen Mietskasernenstadt der Epoche der Industrialisierung im allgemeinen und zu den Industrievierteln des Essener Nordens im besonderen.

5. Die Rolle der Margarethenhöhe im Kontext der Stadtplanung

Wenn man von der Professionalisierung der kommunalen Bürokratie spricht, die Zweigert in Essen eingeleitet hat, dann ist auch die Berufung Robert Schmidts als Stadtbaudirektor nach Essen im Jahre 1901 nochmals genauer zu betrachten. Zweigert war sich offenbar bewußt darüber, daß er für den Umbau der Stadt die Kompetenz der Bauverwaltung stärken müsse. In Schmidt, der in Hannover Ingenieurwesen studiert und vor dem Ruf nach Essen bei der Wasserbauinspektion in Düsseldorf und Ruhrort gearbeitet hatte, sah er wohl den geeigneten Fachmann. Kaum ist Schmidt in Essen, fällt er wegen seiner Neuerungen in der Planung auf. Er verwirft beispielsweise den bestehenden Erschließungsplan eines neuen Stadtteiles nach dem üblichen Straßennetz im Rastersystem und konzipiert ein Wohngebiet (unter Aufhebung des bestehenden Bebauungsplans) mit Innenpark, der es den Bewohnern ermöglichen soll, durch eine Grünfläche den neu angelegten Bahnhof (Essen-West) oder das nördlich des Gleiskörpers gelegene Arbeiterquartier (Kruppsiedlung Cronenberg) zu erreichen. Die bisher übliche viergeschossige Blockrandbebauung behält Schmidt weitgehend bei, weitet aber die Blöcke durch die Anlage kleiner Plätze auf, setzt an manchen Stellen die Baulinie zurück, gibt den Straßen wechselnde Orientierungen und vermeidet damit die übliche Geradlinigkeit, säumt Straßen und Plätze mit Bäumen und läßt keine Bebauung in den Höfen zu.

Aufgrund einer Kritik der Essener Bauordnung von 1895, die er 1903 veröffentlicht, erarbeitet er neue Vorschläge, die 1907 zum Erlaß einer neuen Bauordnung führen.²³ Diese novellierte Bauordnung teilt den Stadtbereich in sieben unterschiedliche Baugebiete mit unterschiedlicher Dichte und Gestaltung der Bebauung. Im Gegensatz zur vorangehenden Bauordnung erlaubt sie eine größere Ausnutzung der innerstädtischen Grundstücke – die Entwicklung einer City ist somit auch instrumentell vorbereitet –, eine weitere Verdichtung in den Außenbereichen hingegen soll verhindert werden. Zudem sieht die neue Bauordnung eine Trennung von Wohn- und Fabrikvier-

²³ *R. Schmidt*, Die Essener Bauordnung vom 25. Februar 1895 und ihre Nachträge. Kritik und Abänderungsvorschläge, Essen 1903; *R. Schmidt*, Die neue Bauordnung der Stadt Essen, in: Essener Volkszeitung 40 (v. 13. u. 14. Mai 1907).

teln, also eine Funktionstrennung, vor. Schließlich wird eine Hierarchisierung der Straßen nach ihrer jeweiligen Funktion eingeführt. Diese neuartige Bauordnung orientiert sich deutlich an den aktuellen Gesetzentwürfen jener Jahre, wie die um das Frankfurter Umlegungsgesetz oder um die Münchner Staffellbauordnung, die Theodor Fischer im Juli 1900 dem Münchner Magistrat vorgelegt hatte.

Schmidt war wohl ein heftiger Kritiker und unbequemer Neuerer, offensichtlich hat dies die Stadtverordnetenversammlung aber nicht davon abgehalten, ihn 1906 zum Beigeordneten, d. h. zum Ratsbeamten auf Zeit zu wählen. Dies geschah übrigens in der gleichen Sitzung im Sommer 1906 in der vom Willen Margarethe Krupps berichtet wird, eine Stiftung für Essen einzurichten.

Schmidt ist dann auch in den Vorstandssitzungen der Stiftung anwesend, als Beigeordneter und Planungsdezernent. Die erste Sitzung des Stiftungs-Vorstandes findet im Juli 1907 statt. Auf dieser Sitzung legt Schmidt einen ersten Bebauungsplan für die neue Siedlung auf der Höhe vor. Entsprechend heißt es in Punkt 5 der Tagesordnung: »Beigeordneter Schmidt erläutert sodann im allgemeinen den Bebauungsplan für das oben näher bezeichnete Gelände.« Der Plan enthält erste Angaben über die geplante Art der Bebauung, die Ausstattung der Wohnungen, die Form der Erschließung des Geländes durch eine Brücke und deren Gestaltung.²⁴ Dieser Plan kommt auf der nächsten Sitzung im Juli 1908, also ein Jahr später, nochmals zur Sprache. Metzendorf, der zum 1. Januar 1909 seine Tätigkeit in Essen aufgenommen hatte, und Schmidt präsentieren dem Vorstand schließlich den endgültigen Bebauungsplan für die Siedlung im Juli 1909. Der Plan trägt neben der Unterschrift Metzendorfs auch die des Baudezernenten. Wenngleich später die Zusammenarbeit zwischen Metzendorf und Schmidt wohl distanziert war, ist deutlich, daß Schmidt an der Vorbereitung zur Realisierung der Siedlung teilhatte und ihre Konzeption seinen gesamtstädtischen Vorstellungen für die Entwicklung der modernen Großstadt Essen entsprochen haben muß.

Für die Industrie-Großstadt Essen, die es einem Modernisierungsprozeß zu unterziehen galt, war die Garten(vor)stadt Margarethenhöhe nun der ideale Typ der neuen Wohnstadt an der Peripherie, umgeben von einem Grüngürtel und zugeordnet einem Stadtkern, der sich verstärkt zur City entwickelt. Es ist die Siedlung für die mittelständische Angestelltenfamilie. Den Arbeiter verweist man hingegen in die Stadt des 19. Jahrhunderts zu Zeche und Stahlwerk. Es ist das Stadtmodell des neuen Jahrhun-

derts,²⁵ in dem die Siedlung im Grünen, die Garten-, Gartenvor- oder Satellitenstadt in der Folge raumfunktionaler Trennung Standort bürgerlichen, mittelständischen Wohnens wird und damit auch die sozialräumliche Segregation der Stadt stärker fest schreibt. Um es mit den eigenen Worten Schmidts zu sagen. »Essen ... läßt einen neuen Städtetyp entstehen. Wie jedes Zeitalter seinen Städtetyp schuf, scheint es hier zu geschehen, daß zwei bisher diametral entgegenstehende Stadttypen, die Industriestadt und die Wohnstadt zur Industrie- und Wohnstadt vereinigt werden.

Das Werk ist begonnen. Es muß mit dem Rüstzeuge der Verwaltung, der Technik und Volkswirtschaft, mit Hilfe gemeinnützig gesinnter Privater, getragen von den Sympathien einer für diese großzügige Frage verständnisvollen Bürgerschaft fortgesetzt werden, in dem die Stadt in die Landschaft, die Landschaft in die Stadt hineingewebt wird und eine bodenständige Siedelung voll Gesundheit und Schönheit entsteht, ohne Mietskaserne, der einwandfreie Organismus der modernen Großstadtsiedlung.«²⁶

²⁵ Diesem Stadtmodell gibt Schmidt in seiner »Schematischen Darstellung einer werdenden Großstadt« Ausdruck, in: R. Schmidt, Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen 1912, S. 84. Er beschreibt es wie folgt: »Die Industrie wurde im Norden, wo sie ihre Existenzbedingungen hat und mit Bahn- und Wasseranschluß weiter findet, begünstigt. Die Wohnviertel im Südwesten, Süden und Südosten, in die reizvolle wellige Landschaft hineingeschoben, nicht um sie zu zerstören (wie man es der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts vorwirft, d. V.), sondern um durch Erhaltung und Ergänzung des frischen Grüns, die Landschaft in die Stadt zu locken«, aus: R. Schmidt, Ein modernes Stadtgebilde – Die Industrie(-) und Wohnstadt, in: Essens Entwicklung 1812–1912. Herausgegeben aus Anlaß der hundertjährigen Jubelfeier der Firma Krupp vom Verkehrsverein für den Stadt- und Landkreis Essen, e. V., Essen 1912, S. 36.

²⁶ Ebda., S. 42.

²⁴ Protokoll der ersten Vorstandssitzung der »Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungswesen« im Juli 1907, s. HA Krupp, WA IX v 328.

Uta Hohn

Der Einfluß von Luftschutz, Bombenkrieg und Städtezerstörung auf Städtebau und Stadtplanung im »Dritten Reich«

1. Stadtsanierungen (326) – 2. Neugestaltungsplanungen (330) – 3. Luftschutzmaßnahmen (333) – 4. Wiederaufbauplanungen (338) – 5. Kontinuitäten in den städtebaulichen Leitideen der 50er Jahre (350)

1. Stadtsanierungen

Die baulichen, sozialen und hygienischen Probleme der Großstadt des 19. Jahrhunderts, die als »Steinwüste« empfunden und kritisiert wurde, lösten in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – vor allem aber nach dem Ersten Weltkrieg – zwei unterschiedliche Gegenbewegungen aus: Stadterweiterung und Altstadtsanierung. Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 dominierten als zentrifugale Entwicklungsprozesse die Stadterweiterungen, während die Stadtplanung vor dem baulichen Verfall und den sozialen Problemen jener Altstadtquartiere, die nicht von der Citybildung erfaßt worden waren, die Augen verschloß.¹ Zusätzlich motiviert durch die einseitige Bevorzugung der Stadterweiterung mit der Errichtung zentrenferner Neubausiedlungen formierte sich jedoch bald die zweite Gegenbewegung in Gestalt der Altstadtvereine, die – getragen von Geschäftsleuten und kulturbewußtem Mittelstand – erste Konzepte einer weitgehend auf Erhaltung ausgerichteten Altstadtsanierung entwickelte.² Nach der Machtergreifung 1933 fand der Sanierungsgedanke dann anfangs auch die Unterstützung und Förderung der Nationalsozialisten, die in dieser ein geeignetes Mittel erkannt hatten, um ein ganzes Konglomerat von Zielen – darunter den Luftschutz – zu erreichen:

1. Sanierung als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme vor allem für das Handwerk;
2. Erschließung eines mittelständischen Wählerpotentials;
3. Austausch »ungesunder« Bevölkerung in den Altstädten durch »gesunden« Mittelstand, wobei die »ungesunden« Bevölkerungselemente – dazu zählten Erwerbslose, Kurzarbeiter, Prostituierte, aber auch politische Gegner wie Kommunisten – in vorstädtische Kleinsiedlungen umgesiedelt werden sollten;

¹ Vgl. hierzu P. Schöller, Die deutschen Städte, Wiesbaden 1967, S. 57–71 (Erdkundliches Wissen, H. 17) sowie J. Petsch, Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich. Herleitung, Bestandsaufnahme, Entwicklung, Nachfolge, München / Wien 1976, S. 159–165.

² U. v. Petz, Stadtsanierung im Dritten Reich, Dortmund 1987, S. 28f. (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 45).

4. Pflege des mittelalterlichen Stadtbildes als wichtiges Identifikationsobjekt mit dem Deutschtum;³

5. und schließlich: Luftschutzmaßnahmen baulicher Art im Zuge der allgemeinen Auflockerung und Auskernung von Innenhöfen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Bevölkerungszahl und -dichte durch Umsiedlung.⁴

Somit waren Sanierungsmaßnahmen wie die Freilegung verbauter Blockinnenhöfe durch Abriß von Hinterhäusern und Schuppen, die Verbreiterung schmaler Altstadtgassen, Straßendurchbrüche, die Schaffung einer guten Zugänglichkeit zu allen Baugrundstücken, eine Neubebauung nach dem Grundsatz »Licht, Luft, Sonne für jede Wohnung« sowie zusätzliche Auflockerungen durch die Anlage von Gärten und anderen Freiflächen zugleich extrem wichtige Aufgabenfelder im Hinblick auf einen zukünftigen Luftkrieg – auch wenn sie nur in wenigen Einzelfällen damit begründet wurden.

Die NS-Altstadtsanierungen begannen in den Jahren 1933 bis 1936, wobei man vielerorts auf bereits vor 1933 erarbeitete, aber wegen der damals andersgelagerten Prioritäten nicht umgesetzte Konzepte zurückgreifen konnte. In Frankfurt, der »Stadt des deutschen Handwerks«, standen am Beginn der Altstadtsanierung 1936 zunächst die Auskernung überbauter Höfe und die Instandsetzung ausgewählter, für das Stadtbild wichtiger Gebäudegruppen.⁵ 1937/38 kam es dann zum flächenhaften Abriß von Teilen der Altstadt, zu Straßenverbreiterungen und einer Neubebauung, die eine Handwerkeridylle nachahmte. Als bedeutsam für die Berücksichtigung von Luftschutzforderungen im Rahmen dieser Sanierung erwies sich in Frankfurt der Umstand, daß der für die Altstadtsanierung verantwortliche Magistratsbaurat Theodor Derlam zugleich Leiter des behelfsmäßigen Luftschutzbaus war. In Verknüpfung beider Funktionen sorgte er dafür, daß die im Fall eines Angriffs Sicherheit versprechenden gotischen Keller durch Brandmauerdurchbrüche miteinander verbunden und darüber hinaus über 80 Straßentunnels in ein Netz unterirdischer Rettungswege eingebunden wurden. Dieses Fluchtwegesystem hat dann vor allem bei den schweren Märzangriffen 1944 Tausenden das Leben gerettet.⁶

³ Diese »Stadtbildpflege« hatte jedoch nicht den umfassenden denkmalpflegerischen Anspruch, der heute bei Altstadtsanierungen – zumindest auf dem Papier – üblich ist. So kritisiert z. B. Petsch das Verhalten der Denkmalpflege im Rahmen der Altstadtsanierungen, da diese sich lediglich um den Erhalt einzelner Baukunstwerke gekümmert habe, was dann im Krieg, als man die Zerstörungen auch als vorweggenommenen Sanierungsabriß begriff, dazu geführt habe, »daß zahlreiche historische Gebäude bei den »Aufräumarbeiten« abgerissen wurden, obgleich sie gar nicht zerstört waren.« (J. Petsch [s. A 1], S. 193.)

⁴ U. v. Petz (s. A 2), S. 31f.

⁵ Bereits 1939 wird Frankfurt in nationalsozialistischen Lehrbüchern zum Städtebau als Vorbild für eine gelungene »Innenstadtgesundung« vorgestellt; vgl. hierzu W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Bd. 2, Braunschweig / Wiesbaden 1988, S. 489f.

⁶ Ebda., S. 469f. Zu den Zerstörungen in Frankfurt siehe U. Hohn, Die Zerstörung deutscher Städte

In Kassel bildete die Anlage des ca. 300 m langen »Freiheits Durchbruchs« die bedeutendste Einzelmaßnahme der Altstadtanierung. Schon in den 20er Jahren geplant, ermöglichte die durch drei Baublocke zwischen Martinsplatz und Altmarkt parallel zur Marktgasse geschlagene Schneise den Erhalt der Fachwerkhäuser entlang der Marktgasse und diente zugleich als Entlastungsstraße der Lösung der Verkehrsprobleme.⁷ In dem für Kassel schwersten Angriff des Krieges in der Nacht vom 22./23. Oktober 1943 diente u. a. dieser Freiheits Durchbruch den Altstadtbewohnern als Fluchtweg. Der Angriff, der annähernd 10000 Todesopfer forderte, hätte jedoch noch wesentlich mehr Menschen das Leben gekostet, wenn es nicht auch in Kassel zusätzlich etwa 9000 Mauerdurchbrüche ermöglicht hätten, von jedem Haus eines Häuserblocks unterirdisch jede Ecke desselben zu erreichen.⁸ Schadensbegrenzend wirkte sich ferner aus, daß im Zuge der Altstadtanierung, bei deren Beginn ca. 34000 Menschen in 7500 Wohnungen gelebt hatten, etwa 1500 Personen als Folge der Auflockerungsmaßnahmen an den Stadtrand umgesiedelt worden waren.⁹

Als mit dem Vierjahresplan 1936 die Orientierung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung eingeleitet wurde und mit dem Erlaß zur Neugestaltung deutscher Städte 1937, dem Beschluß zum Bau der dezentralisierten Industriestädte Salzgitter (»Stadt der Hermann-Göring-Werke«) und Wolfsburg (»Stadt des KdF-Wagens«) und ab 1938 durch den Westwallbau riesige Kontingente der Bauwirtschaft gebunden waren, liefen die Altstadtanierungen allmählich aus. Petz sieht in der sukzessiven Abkehr von den Sanierungen nach 1936 die Bestätigung, »daß die Sanierungspolitik für Dezentralisierung und Luftschutz nicht effizient und wirksam genug eingeschätzt wurde, um ihr Überleben aufgrund dieser Kriterien zu rechtfertigen.«¹⁰

War damit bis zum Beginn des Bombenkrieges der verbesserte Luftschutz eher ein Nebenprodukt der Stadtsanierung, änderte sich spätestens 1943 die Gewichtung vollkommen. So wurden jetzt allein aus Luftschutzgründen sogenannte Brandgassendurchbrüche in die Altbausubstanz geschlagen, die nur noch als zusätzlichen Effekt Auflockerungen im Sinne der Sanierungskonzepte der Vorkriegszeit mit sich brachten. Die schweren Zerstörungen und hohen Menschenverluste nach dem Angriff auf Kassel am 22. Oktober 1943 veranlaßten z. B. die Behörden in Trier, den Gedanken einer Auflockerung des Stadtkerns auf der Grundlage bereits älterer städtebaulicher Konzeptionen zu realisieren. In Erwartung von Luftangriffen legte man auf einer Ratsitzung am 14. Dezember 1943 den Verlauf der Brandgassen fest. Anfang Januar be-

im Zweiten Weltkrieg. Regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt, Dortmund 1991, S. 99f.

⁷ U. v. Petz (s. A 2), S. 122. Die notwendigen Abbrucharbeiten zur Schaffung des Durchbruchs begannen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme 1933, die Eröffnung fand 1936 statt (ebda., S. 129).

⁸ U. Hohn (s. A 6), S. 30 und zur Zerstörung Kassels S. 97f.

⁹ U. v. Petz (s. A 2), S. 123 und W. Dettmar, Die Zerstörung Kassels im Oktober 1943, Fulda 1983, S. 124.

¹⁰ U. v. Petz (s. A 2), S. 175.

gannen die Bauarbeiten, in deren Verlauf 175 Gebäude abgebrochen wurden, deren Besitzer man zuvor enteignet hatte.¹¹ Daß die Brandgassen als Fluchtwege für die Bevölkerung richtig platziert waren, beweist ein Blick auf den Zerstörungsplan des historischen Stadtkerns von Trier, denn sie liegen genau im Zentrum der Totalschadensgebiete.¹²

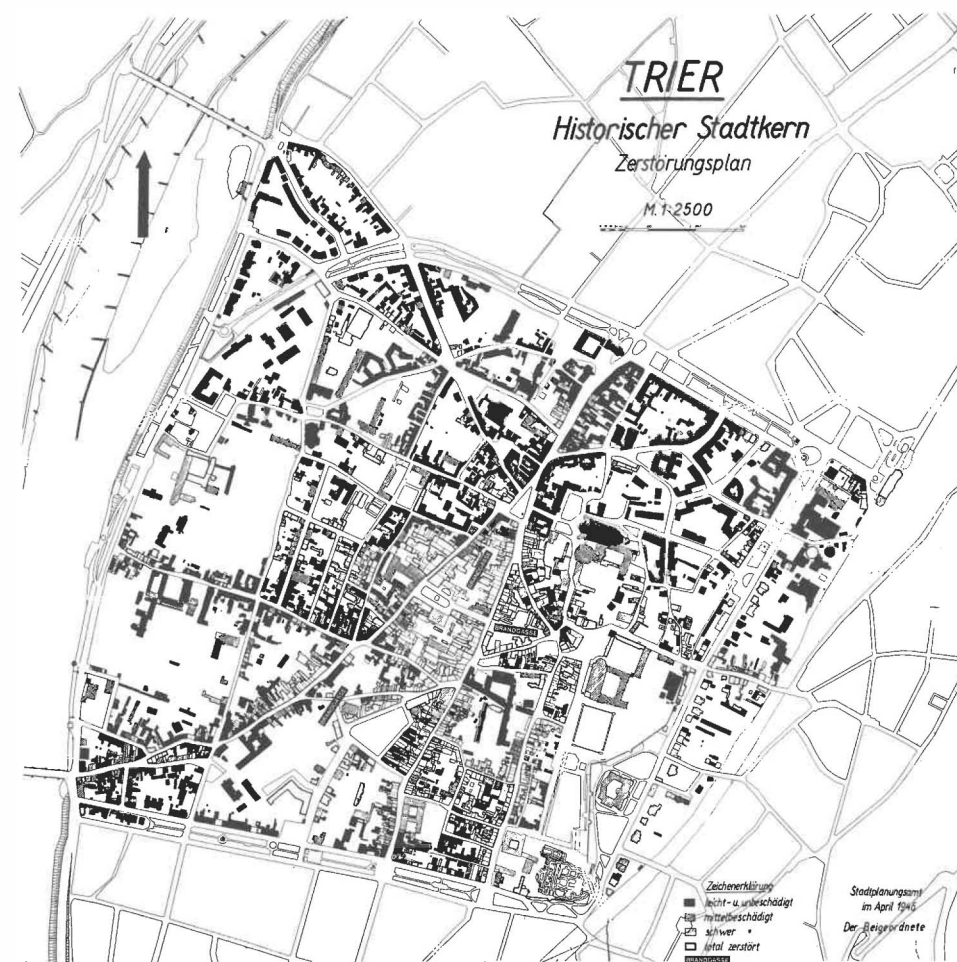


Abb. 1: »Brandgassendurchbrüche in Trier 1944«, Quelle: 2000 Jahre Stadtentwicklung Trier (s. A 33), S. 129.

¹¹ E. Knur, Die Brandgassenaktion in der Stadt Trier, in: Neues Trierisches Jahrbuch 2 (1962), S. 71f.

¹² Vgl. hierzu Abb. 1 und zur Zerstörung Triers U. Hohn (s. A 6), S. 109.

Wie in Trier veranlaßten die bei Großangriffen gesammelten Erfahrungen auch das Luftgaukommando XIV in Wiesbaden Anfang 1944 dazu, die Schaffung von Brandgassendurchbrüchen anzuordnen, die der Bevölkerung Fluchtwege aus den dicht bebauten Innenstädten eröffnen sollten. Die daraufhin z. B. in Würzburg geschaffenen drei Durchbrüche zum Main wurden bei dem schweren Angriff in der Nacht des 16. März 1945 für Tausende zu Rettungswegen.¹³

Doch gibt es auch skeptische Stimmen zur Wirkung solcher Brandgassen. Brunswig zog aus seinen Erfahrungen als Hauptmann der Feuerschutzpolizei in Hamburg den Schluß, daß eine Schneise von mindestens 100 m Breite – möglichst mit Bäumen als »Funken- und Hitzefängern« an den Rändern – erforderlich wäre, um in einem Flächenbrandgebiet ein Überspringen des Feuers von einer Straßenseite auf die andere zu vermeiden. Daher sei das Vorhaben, in Altona 1942 eine Brandgasse anzulegen, zurecht aufgegeben worden.¹⁴ Da bei einem Bombenangriff in Stadtgebieten mit einer Bebauungsdichte von über 20% Flächenbrände und Feuerstürme wahrscheinlich und in solchen mit einer mehr als 30%igen Überbauung ziemlich sicher zu erwarten seien, könne neben der Schaffung von Brandabschnitten durch den Bau von Brandmauern nur eine extreme Auflockerung der Stadt den Bewohnern einen nennenswerten Schutz vor Luftangriffen bieten.¹⁵

Resümierend läßt sich feststellen, daß bauliche Auflockerung und Herabsetzung von Bevölkerungszahl und -dichte in den 30er Jahren primär dem Ziel einer Verbesserung der städtebaulichen, hygienischen und sozialen Zustände in den hochverdichteten, stark sanierungsbedürftigen Innenstädten dienten und ein verbesserter Luftschutz eher ein sehr willkommenes Nebenprodukt darstellte. Die Luftkriegserfahrungen führten dann aber zu einer völligen Umkehr der Prioritäten.

2. Neugestaltungsplanungen

Es war letztlich der Luftkrieg, der die Zentren zahlreicher deutscher Städte vor tiefgreifenden Umgestaltungen im Geiste eines nationalsozialistischen Städtebaus bewahrte. Den eigentlichen Beginn dieser neuen Phase absolutistisch anmutender Stadtgestaltung, die den totalitären Machtanspruch von Partei und Staat des Nationalsozialismus im Grund- und Aufriß zumindest aller Gauhauptstädte zum Ausdruck bringen sollte, markiert trotz Vorläufer-Planungen seit 1933 das am 4. Oktober 1937 er-

¹³ H. Dunkhase, Würzburg, 16. März 1945, 21.25 Uhr bis 21.42 Uhr. Hintergründe, Verlauf und Folgen des Luftangriffs der No. 5 Bomber Group, in: Mainfränkisches Jahrbuch 32 (1980), S. 3.

¹⁴ H. Brunswig, Flächenbrände und Feuerstürme, in: Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (VFDB)-Zeitschrift: Forschung und Technik im Brandschutz 1 (1952), S. 11; zur Zerstörung Hamburgs vgl. U. Hohn (s. A 6), S. 65f.

¹⁵ Das am 27./28. 7. 1943 flächenhaft zerstörte Gründerzeitviertel Hammerbrook in Hamburg – 98% aller Gebäude waren dort nach dem Angriff total zerstört – besaß z. B. eine Bebauungsdichte von 43,8%. (H. Brunswig, Brandschutz und Luftschutz, in: Brandschutz 11 [1957], S. 99.)

lassene Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte.¹⁶ Die hieraus resultierenden Pläne sahen als Elemente der Machtdemonstration Aufmarschachsen und Foren mit zugehöriger monumentaler, überdimensionierter Herrschafts- und Repräsentationsarchitektur vor. Hitler wünschte »in allen Gauhauptstädten die Errichtung eines Gauforums, an dem in der Hauptsache die Parteibauten, eine Gauhalle, ein Kundgebungsplatz, ein Glockenturm, aber auch die Behörde des Reichsstatthalters einen Sitz hat... Neben diesem Gauforum wird fast überall ein neues Theater, ein Hotel, die verschiedensten Verwaltungsbauten des Staates (Polizeipräsidium usw.) und oft eine neue Geschäftsstraße mit Verwaltungsgebäuden der Wirtschaft und Läden für die Zukunft vorgesehen.«¹⁷ Um diese Planungen zu beschleunigen und ihre Durchsetzung zu erleichtern, erlaubte das Neugestaltungsgesetz die Einrichtung von Sonderbaubehörden neben den städtischen Planungsämtern, die Anwendung eines erweiterten Enteignungsgesetzes sowie den Erlaß von Veränderungssperren und Bauverboten in dem zuvor für die Neugestaltung festgelegten Stadtgebiet.¹⁸ Die Finanzierung der Umgestaltung mußten die Städte in der Regel aus dem städtischen Haushalt bestreiten.¹⁹

Bis Ende 1939 hatten neben Berlin, für das bereits am 30. Januar 1937 Speer zum »Generalinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt« bestellt worden war, die Gauhauptstädte Augsburg, Bayreuth, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Graz, Hamburg, Köln, Linz, München, Münster, Nürnberg, Salzburg, Stettin, Weimar und Würzburg den Status einer Neugestaltungsstadt erhalten.²⁰ Nach dem erfolgreichen Westfeldzug und dem Waffenstillstand mit Frankreich am 25. 6. 1940 erhöhte sich die Zahl der Neugestaltungsstädte auf knapp 30, wobei das Gesetz mit Danzig, Wuppertal, Bremen und Memel erstmals auf Städte Anwendung fand, die keine Gauhauptstädte waren.²¹ Für die unmittelbare Zukunft zeichnete sich sogar eine generelle Ausweitung auf alle Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ab.²² Angesichts einer ausbrechenden Planungseuphorie und vielerorts völlig übereilt begonnener Abrißarbeiten sah sich Speer jedoch Ende August 1941 zu der Klarstellung veranlaßt, daß die Erklärung zur Neugestaltungsstadt keineswegs bedeute, mit der Umgestaltung nach Kriegsende sofort beginnen zu müssen. Sie stelle, so interpretierte es Speer, »in der

¹⁶ Reichsgesetzblatt 1937 I, S. 1054f.

¹⁷ Schreiben Speers an den Reichsschatzmeister der NSDAP, Schwarz, vom 19. 2. 1941; als Dokument abgedruckt in J. Dülffer / J. Thies / J. Henke, Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln / Wien 1978, S. 66.

¹⁸ Ebda., S. 66.

¹⁹ Schreiben Speers an den Chef der Reichskanzlei Lammers vom 28. 8. 1941; als Dokument abgedruckt in ebda., S. 63.

²⁰ J. Lafrenz, Planung der Neugestaltung von Hamburg 1933–1945, in: H. Heimeberg (Hrsg.), Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jh., Köln / Wien 1987, S. 387.

²¹ Schreiben Speers an den Reichsschatzmeister der NSDAP, Schwarz, vom 19. 2. 1941; als Dokument abgedruckt in J. Dülffer / J. Thies / J. Henke (s. A 17), S. 64f.

²² J. Thies, Nationalsozialistische Städteplanung: »Die Führerstädte«, in: Die alte Stadt 5 (1978), S. 29.

Hauptsache eine verwaltungsrechtliche Maßnahme dar, die Enteignungen für ganz bestimmte bauliche Absichten erleichtern und darüber hinaus durch eine Grundstückspolitik auf weite Sicht die Durchführung von städtebaulichen Absichten in später Zukunft ermöglichen soll.²³ Zu den Neugestaltungsplanungen unterhalb der Ebene der sogenannten »Führerstädte« Berlin, München, Hamburg, Linz und Nürnberg, deren Umbau er nicht in Frage stellte, äußerte sich Speer wie folgt: »Dabei sind die geplanten städtebaulichen Maßnahmen zum Teil recht unvernünftig. Achsen und andere großräumige Lösungen mit sehr tiefgehenden Eingriffen in das Bestehende werden auf Stellen übertragen, die sich dazu in keiner Weise eignen. Im Zuge solcher Maßnahmen sollen dann Wohnungen in großem Umfang abgerissen werden, was die bestehende Wohnungsknappheit nur vergrößern würde; Flächen, auf denen heute wertvolle Industrieunternehmen stehen, sollen in Grünanlagen umgewandelt werden. Manche Stadt glaubt, 10 v.H. ihres Wohnungsbestandes abreißen zu können...«²⁴ Angesichts der gebotenen Prioritätensetzung auf kriegsentscheidende Aufgaben wie Rüstungs- und Luftschutzbau schlug Speer schließlich im August 1941 vor, die Neugestaltungsplanungen mit Ausnahme ganz weniger, von Hitler zu bestimmender Städte in den übrigen Städten einzustellen und die Planer für kriegswichtige Aufgaben heranzuziehen. Dabei sprach er bemerkenswerterweise schon jetzt – weit vor dem Beginn des eigentlichen Luftkriegs gegen die deutschen Städte im Frühjahr 1942 – von der Aufgabe des Wiederaufbaus der »von Fliegerschäden erheblich betroffenen Städte«.²⁵

Besonders makaber wirkt im Rückblick das Vorhaben, alle deutschen Großstädte – dies waren auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik im Jahr 1939 immerhin 53 Städte – im nationalsozialistischen Geist umzugestalten, angesichts der Tatsache, daß auch die Briten intensiv eine »Umgestaltung«, allerdings in ihrem Sinne, planten: der am 14. Februar 1942 vom britischen Kriegskabinett offiziell beschlossenen neuen Strategie des »area bombing«, bei dem eine möglichst große Zahl von Bombern in einer möglichst kurzen Zeitspanne einen konzentrierten Flächenangriff fliegt, lag das von Churchills Sonderberater Lord Cherwell erarbeitete »Dehousing«-Gutachten zugrunde, welches besagte, daß es innerhalb von 15 Monaten bei vollem Einsatz der Bomber-Kapazitäten möglich sei, die Einwohner der 58 größten deutschen Städte und damit rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung obdachlos werden zu lassen.²⁶ Die Zentren der Großstädte besaßen demnach keine Chance, ihr ursprüngliches Gesicht zu bewahren, sondern waren von zwei Seiten mit völlig verschiedenen Motiven in ihrer Substanz bedroht.

²³ Schreiben Speers an den Chef der Reichskanzlei Lammers vom 28. 8. 1941; als Dokument abgedruckt in J. Dülffer / J. Thies / J. Henke (s. A 17), S. 61.

²⁴ Ebda., S. 59f.

²⁵ Ebda., S. 60f.

²⁶ U. Hohn (s. A 6), S. 10f.

3. Luftschutzmaßnahmen

Der Tatsache, daß vielzählige technische Schwierigkeiten insbesondere bei der Navigation sowie moralisch-politische Bedenken den strategischen Luftkrieg gegen die deutschen Städte nur langsam in Gang kommen ließen und damit weder Angriffsintensität noch -wirkung bis zum Frühjahr 1942 mit den folgenden Luftkriegsphasen vergleichbar waren,²⁷ verdanken zahlreiche Menschen ihr Leben, denn die Maßnahmen des Luftschutzes waren bis Anfang 1942 unzureichend. Die behelfsmäßigen Schutzräume in den Häusern²⁸ boten keine wirkliche Sicherheit, so daß die Zahl der Menschenverluste zu Anfang des Luftkrieges fast doppelt so groß war wie die der zerstörten Häuser. Von Oktober 1940 bis Februar 1942 kostete der Luftkrieg gegen das Deutsche Reich im Monatsdurchschnitt 219 Menschen das Leben bei einer monatlichen Totalzerstörung von durchschnittlich 120 Wohngebäuden, was einer Rate von 1,8 Toten pro Wohngebäudetotalschaden entspricht. Der Verbesserung der Luftschutzmaßnahmen war es dann zu verdanken, daß in der Zeit von Juli 1944 bis Januar 1945, als mit durchschnittlich 13 536 Luftkriegstoten im Monat die bei weitem höchsten absoluten Verluste zu verzeichnen waren, je Wohngebäudetotalschaden nur noch ein Verhältnis von 1 zu 0,5 auftrat.²⁹

Entscheidend für diese Reduzierung war der forcierte Bunkerbau auf der Grundlage des am 10. Oktober 1940 erlassenen »Führer-Sofortprogramms« für den Bau bomben- und splittersicherer Luftschutzräume, das in der Zeit bis Kriegsende zum Bau von über 3000 Bunkern für die Zivilbevölkerung führte. Für die Umsetzung waren in Berlin Speer als Generalinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt und im übrigen Reichsgebiet die Organisation Todt zuständig. 81 Städte wurden durch das Sofortprogramm erfaßt, wobei es sich um die Städte handelte, die als besonders luftkriegsgefährdet eingestuft worden waren. Zu diesen zählten im Norden des Deutschen Reiches die Küstenstädte Kiel, Lübeck, Stade, Hamburg, Bremen mit Wesermünde (= Bremerhaven), Wilhelmshaven, Emden, Rostock, Stettin und Königsberg sowie die Binnenstädte Hannover, Braunschweig und Osnabrück. Die meisten Städte lagen aber im Westen des Reiches, und dort vor allem auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Es waren mit Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn,

²⁷ Zu den Phasen des Luftkrieges ebda., S. 7–23.

²⁸ Zu deren Einrichtung waren die Hausbesitzer nach der am 17. 8. 1939 erlassenen 9. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz vom 26. 5. 1935 verpflichtet. (E. Hampe, Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1963, S. 287); als 2. Ausführungsbestimmung zum Paragraphen 1 der 9. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz erging dann am 12. 3. 1940 die Anordnung über die Schaffung von Durchgangsmöglichkeiten in den Kellergeschossen unmittelbar benachbarter Gebäude, also von Brandmauerdurchbrüchen (C. Hahn, Brandmauerdurchbrüche. Bewährung und Vorschläge zur Verbesserung, in: Baulicher Luftschutz 6 (1942), S. 150).

²⁹ Vgl. hierzu Abb. 2 sowie H. Sperling, Die deutschen Luftkriegsverluste im Zweiten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Statistik 14 (1962), S. 140f.

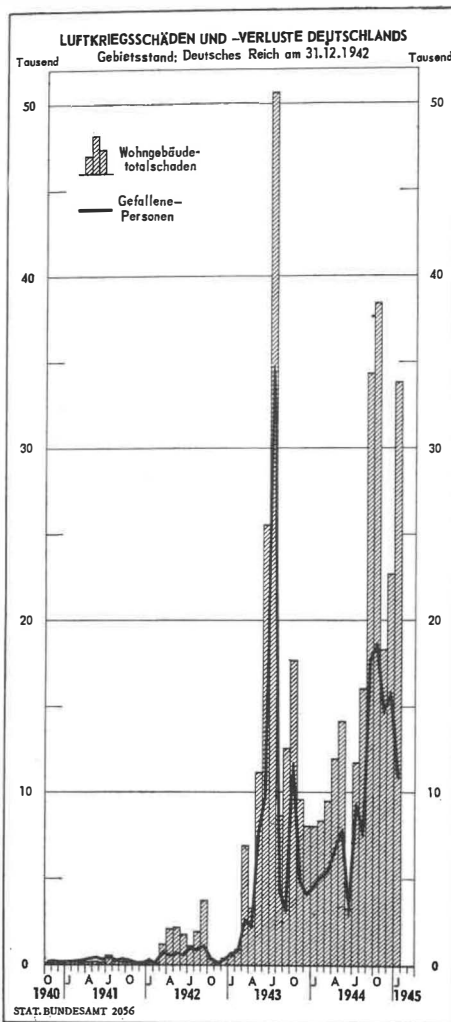


Abb. 2: »Wohngebäudetotalschäden und Personenverluste im Deutschen Reich 1940–1945«; Quelle: H. Sperling (s. A 29), S. 140.

kerungsverluste bei den Februarangriffen 1945 (mehr als 35 000 Tote) erklären sich zum Teil auch dadurch, daß in Dresden auf Grund der vermeintlich geringen Gefährdung keine öffentlichen Luftschutzräume gebaut worden waren. Demgegenüber besaß das unter das Sofortprogramm fallende Hannover 44 öffentliche Bunker, ob-

³⁰ E. Hampe (s. A 28), S. 291 f.; vgl. die Lage der genannten Städte mit den regionalen Schwerpunkten der städtischen Wohnungstotalzerstörungen; in: U. Hohn (s. A 6), S. 320.

Bottrop, Buer, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gladbeck, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Hattingen, Herdecke, Kettwig, Köln, Krefeld, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr, Münster, Neuß, Oberhausen, Opladen, Recklinghausen, Rheinhausen, Rheydt, Siegen, Soest, Walsum b. Duisburg, Wanne-Eickel, Wetter, Wülfrath und Wuppertal immerhin 36 der 81 Städte. Einen Schwerpunkt im Rhein-Main- bzw. Rhein-Neckar-Raum bildeten Frankfurt, Offenbach und Schweinfurt sowie Ludwigshafen und Mannheim. Im Westen des Deutschen Reichs gehörten noch Trier, Koblenz, Oberwesel und Neunkirchen, in Hessen Kassel, im Süden Stuttgart, Nürnberg, Fürth, Stein b. Fürth und München zu dieser Städtegruppe. In Mitteldeutschland lag der Schwerpunkt im Raum Halle/Leipzig mit Bitterfeld, Dessau, Halle, Leipzig, Leuna und Merseburg. Hinzu kamen Brandenburg, Jena, Magdeburg und Wittenberg. Ein weiteres Zentrum bildete Breslau zusammen mit Brocken, Burgweide und Klottendorf. Von den österreichischen Städten fielen Linz und Wien unter das Sofortprogramm.³⁰

Dagegen fehlt z. B. Dresden auf dieser Liste, und die extrem hohen Bevölkerungsverluste bei den Februarangriffen 1945 (mehr als 35 000 Tote) erklären sich zum Teil auch dadurch, daß in Dresden auf Grund der vermeintlich geringen Gefährdung keine öffentlichen Luftschutzräume gebaut worden waren. Demgegenüber besaß das unter das Sofortprogramm fallende Hannover 44 öffentliche Bunker, ob-

gleich die Bevölkerungszahl 1939 um etwa 25% unter der Dresdens lag. Da hier in Erwartung von Luftangriffen umfangreiche Evakuierungen vorgenommen wurden, zählte Hannover nach dem schweren Angriff am 25. März 1945 unter noch 200 000 Einwohnern von ehemals 471 000 (1939) »nur« 482 Tote.³¹

Technische Einzelheiten zum Bunkerbau erarbeitete der Reichsbauausschuß und legte sie im November 1940 in Form einer »Anweisung für den Bau bombensicherer Luftschutzräume« vor. Dabei wurde die in Bad Wildungen³² gemachte Erfahrung zugrunde gelegt, daß bei gleichem Schutzgrad und gleicher Materialmenge durch den Bau von Hochbunkern Schutzraum für die sechsfache Personenzahl im Vergleich zu Tiefbunkern geschaffen werden konnte. Die Hochbunker hatten auch ästhetischen Ansprüchen zu genügen und sich harmonisch ins Stadtbild einzupassen. In Trier entstand z. B. der Hochbunker am Augustinerhof 1941–1943 in pseudo-mittelalterlicher Gestalt,³³ und in Lübeck erweckt der an der Obertrave in eine Häuserzeile integrierte Hochbunker auf den ersten Blick den Eindruck eines mittelalterlichen Klosterhofes.

Handelte es sich hier um konkrete Maßnahmen des baulichen Luftschutzes, so hatte in stadträumlicher Hinsicht der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe bereits 1938 Richtlinien für den baulichen Luftschutz im Städtebau erlassen, welche in der nach ersten Luftkriegserfahrungen³⁴ teilweise geänderten und ergänzten Fassung vom 5. September 1942 folgende Grundforderungen enthielten:

- weiträumige Gestaltung von Städten und Siedlungen,
- Trennung stark luftkriegsgefährdeter Anlagen und Betriebe von der Wohnbebauung,
- Auflockerung der Bebauung.³⁵

Über diese drei Punkte hinaus regte z. B. Kabel³⁶ schon im Mai 1940 an, der Entsch-

³¹ E. Hampe (s. A 28), S. 178.

³² Bad Wildungen war im Winter 1939/40 zum Experimentierfeld für den Bunkerbau geworden, weil zunächst die Absicht bestand, das Hauptquartier der Luftwaffe für die Westoffensive 1940 hierher zu verlegen. Bad Wildungen wurde so die erste deutsche Stadt mit für alle Bewohner ausreichendem Bombenschutz. Dabei testete man sowohl ein- und mehrgeschossige Luftschutzgebäude als auch Terrassenbunker und Luftschutztürme unterschiedlicher Gestalt (ebda., S. 290 u. 292). Gesonderte »Bestimmungen für den Bau von Luftschutz-Bunkern« erließ der Reichsbauausschuß dann in Form von 6 Heften im Juli 1941 (ebda., S. 293).

³³ *Zweitausend Jahre Stadtentwicklung Trier*, Ausstellungskatalog, Trier 1984, S. 123 u. 126.

³⁴ Bis zum 1. September 1942 waren 25 deutsche Städte von jeweils mehr als 100 Bombern angegriffen worden. Neben den besonders bekannt gewordenen Brandbombenangriffen auf Lübeck am 28./29. März 1942 und Rostock Ende April 1942 sowie dem ersten 1000-Bomber-Angriff auf Köln am 30./31. Mai 1942 traf es u. a. Essen, Bremen, Wilhelmshaven, Emden, Duisburg, Hamburg, Saarbrücken, Düsseldorf, Osnabrück, Mainz und Kassel (U. Hohn [s. A 6], S. 13).

³⁵ W. Durth, Der programmierte Aufbau. Speers »Arbeitsstab zum Wiederaufbau bombenzerstörter Städte«, in: *Stadtbauwelt* (1984), S. 383 sowie W. Durth, *Verschwiegene Geschichte. Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960*, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 36.

dung über die Verteilung der Industrie- und Siedlungsstandorte grundsätzlich nicht nur volkswirtschaftliche, volksgesundheitliche und allgemeine wehrpolitische Gesichtspunkte zugrunde zu legen, sondern auch die Frage der Luftgefährdung eines Standorts zu erörtern. Günstigstenfalls würde dann das unauffällige Einfügen einer Siedlung in die Landschaft eine natürliche Tarnung gewährleisten, so daß auf künstliche Tarnung verzichtet werden könne. Ein weitverzweigtes, zusammenhängendes Freifächensystem sollte jede Siedlung durchziehen und sie dadurch in kleinere Brandabschnitte unterteilen. In bereits stark überbauten Stadtgebieten waren breite Straßen, Plätze, Baulücken und größere Gärten zu einem durchlaufenden Brandschutzstreifen zu verbinden, Neubausiedlungen als selbständige Ortsteile mit ausreichendem Abstand zur bestehenden Stadt zu errichten. Ziel des Städtebaus müsse es sein »menschenwürdige, freundliche Arbeitsstätten und gesunde Wohnstätten als Heim der Familie in erreichbarer Nähe der Arbeitsstätten, aber in möglichst gesicherter Entfernung von angriffswürdigen Zielen«³⁷ bereitzustellen. Differenziert nach den durch die Verordnung über die Regelung der Bebauung vom Reichsarbeitsminister am 15. 2. 1936 festgelegten städtischen Baugebieten stellte Kabel im Hinblick auf die Erfordernisse des Luftschutzes folgende konkrete Forderungen auf:

- Gewerbegebiete: Eine Verteilung kleinflächiger Gewerbegebiete über das Stadtgebiet ist einer Ballung vorzuziehen. Die Gewerbegebiete sind möglichst durch mindestens 500 m breite, unbebaute Schutzstreifen von benachbarten Baugebieten zu trennen. Sind größere Gewerbegebiete nicht zu vermeiden, müssen sie durch Brandschutzstreifen in sich gegliedert werden. Als Bebauung kommen nur Flachbauten in weiträumiger, offener Bauweise in Betracht.
- Geschäftsgebiete: Sie sind in ihrer Ausdehnung möglichst zu beschränken. Grund- und Geschoßflächenzahl müssen begrenzt, verbaute Baublöcke entkernt, Gebäudeabstände vergrößert, Blockinnenhöfe geöffnet werden. Innerstädtische Grünflächen und Wallanlagen sind von weiterer Bebauung freizuhalten.
- Wohngebiete: Grund- und Geschoßflächenzahl sind zu beschränken. Die offene Bauweise in Form zweigeschossiger Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser möglichst mit Vorgarten muß unbedingt vorherrschen. »Der aus der Straßenbreite (Abstand der beiderseitigen Baufluchtlinien) und den angrenzenden Gebäudehöhen gebildete Straßenquerschnitt muß so beschaffen sein, daß die Straßen nicht durch Bau-trümmer gesperrt werden können und für alle Fälle wenigstens eine Fahrbahn-

³⁶ A. E. Kabel, Forderungen des baulichen Luftschutzes bei der Planung, Bebauung und Entwicklung des Großstadtraumes, in: Baulicher Luftschutz 10 (1940), S. 19–22. Der Beitrag erschien als Beilage »Baulicher Luftschutz« zur Zeitschrift »Gasschutz und Luftschutz«. Es handelt sich um ein Mitteilungsblatt amtlicher Nachrichten unter besonderer Mitwirkung der dem Chef des zivilen Luftschutzwesens im Reichsluftfahrtministerium unterstellten Baugruppe.

³⁷ Ebda., S. 20.

breite benutzbar bleibt. Die Straßenbreite soll deshalb mindestens die Summe der angrenzenden Gebäudehöhen zuzüglich einer Fahrbahnbreite betragen.«³⁸

Auch den stadtplanerischen Betrachtungen des Luftkriegs durch Heinrich Dörr 1941, der seine Erkenntnisse wegen des – noch – fehlenden »Anschauungsmaterials« in Deutschland aus der Analyse der Luftangriffe gegen Madrid, England und chinesische Großstädte gewann, liegt der Gedanke einer gegliederten und aufgelockerten Stadt zugrunde. Diese baut jedoch auf einem völkisch-politischen Gliederungsprinzip in Form einer Zellenstruktur auf, zu dessen Umsetzung nach Meinung Dörrs nur der Nationalsozialismus mit seiner organischen Denkweise in der Lage sei. Er lobt in diesem Zusammenhang zwar ausdrücklich die englischen Gartenstädte, spricht aber der englischen Demokratie die Fähigkeit ab, »die Bevölkerungsmasse in Gliedgemeinschaften zu zerlegen und in deren Zusammenspiel die Gesamtgemeinschaft der Großgemeinde zu formen, deren räumliche Gestalt einen in viele Tochterstädte und Siedlungseinheiten aufgegliederten und somit aufgelockerten Großstadtkörper ergibt.«³⁹ Neben der Verfolgung des Leitbildes eigenständiger, aufgelockerter Siedlungseinheiten glaubte Dörr an die gemeinschaftsbildende Wirkung der einzelnen Zellen – ein Gedanke, der unter anderen ideologischen Vorzeichen auch dem Nachbarschaftsgedanken zugrunde liegt. Zudem deutet sich in seiner Forderung nach einer Verknüpfung der Wohngebiete und der Innenstadt mit der freien Landschaft als weiteres Leitbild jenes der Stadtlandschaft an. Die gegliederte, aufgelockerte Stadt als Stadtlandschaft erfüllte also in idealer Weise – und dies wurde bereits vor Beginn des Luftkriegs gegen die deutschen Städte erkannt – die Forderungen des passiven Luftschutzes durch die Auflösung des bislang geschlossenen städtischen Angriffsziels und die Möglichkeit der schnellen Hinausführung der Bevölkerung auf kürzestem Weg ins Umland.⁴⁰

Der Luftkrieg selbst bestätigte dann vor allem ab 1943 auf schreckliche Weise die Richtigkeit der für den baulichen Luftschutz im Städtebau aufgestellten Forderungen. Konstanty Gutschow, der Architekt für die Neugestaltung der Hansestadt Hamburg und seit dem 21. 5. 1941 zugleich Leiter des Amtes für kriegswichtigen Einsatz, zog nach den Gomorrha-Angriffen vom 24./25. Juli bis 2./3. August 1943, deren Ziel erstmals die völlige Zerstörung einer Millionenstadt war, folgende Bilanz: »In den dicht bebauten Stadtteilen wie Hammerbrook ist bei der Dichte des abgeworfenen Bombenteppichs eine Brandbekämpfung nahezu hoffnungslos. Entscheidend ist hier, um die Menschen zu retten, das Vorhandensein von Freiflächen, nach denen man auf kürzestem Wege mit umgehängten nassen Woldecken zu kommen versucht. Das Hinein-

³⁸ Ebda., S. 22.

³⁹ H. Dörr, Bomben brechen die »Haufen«-Stadt. Stadtplanerische Betrachtung des Luftkrieges, in: Raumforschung und Raumordnung (1941), S. 271.

⁴⁰ Ebda., S. 272 f.

sprengen von breiten Brandschneisen in solche Bebauungsviertel halte ich für notwendig.«⁴¹ Und der Stadtbaurat von Hannover, Karl Elkart, schrieb bereits 1941: »Der Luftkrieg gibt gegenwärtig dem Städtebau sehr ernste Lehren, deren Auswirkungen wir zur Zeit noch nicht voll zu übersehen vermögen. Eines jedoch ist sicher: Die Erfahrungen aus dem Luftkrieg werden zu einer starken Auflockerung und Ausweitung führen... Die künftigen Stadterweiterungen werden von der bestehenden Bebauung abgesetzt und als eigene Stadtteile gestaltet werden müssen. Gewaltige Veränderungen, völlig neue Lehren des Städtebaus werden entstehen.«⁴²

4. Wiederaufbauplanungen – Die Zerstörung als Modernisierungschance

Die Verschärfung des Luftkriegs und die Zunahme der Zerstörungen bewirkten eine Abkehr von den Neugestaltungsplanungen für die Zentrumsbereiche und eine Hinwendung zur umfassenden, komplexen Stadt- und Stadtentwicklungsplanung unter Einschluß des Umlandes. Während sich der Maßstab der Planungen verkleinerte, erweiterte sich das Blickfeld der Planer. Fragen der inneren Differenzierung von Städten gewannen stärkere Beachtung, und das Leitbild der gegliederten, aufgelockerten Stadt als Stadtlandschaft setzte sich zunehmend durch. War der von Siegfried Passarge in seinem Buch »Stadtlandschaften der Erde« 1930 eingeführte Begriff von diesem noch rein deskriptiv und morphographisch verwandt worden,⁴³ fand er mit seiner Verbreitung über die Kulturgeographie hinaus Ende der 30er Jahre normative Verwendung als Leitbild nationalsozialistischer Stadtentwicklungsplanungen im Sinne einer Verschmelzung von Stadt und Natur unter Berücksichtigung topographischer Gegebenheiten.⁴⁴ Bereits 1940 konzipierte Bernhard Reichow, der in den 50er Jahren Architekt der Sennestadt bei Bielefeld werden sollte, für den Stettiner Raum eine Stadtlandschaft entlang der Oder und arbeitete zugleich als Berater Gutschows an

⁴¹ W. Durth / N. Gutschow (s. A 5), S. 606f. Hamburg verlor durch die Gomorrha-Angriffe auf einen Schlag 263 000 Wohnungen. Konnten bis Juli 1941 von 3000 und bis Mitte 1942 von 6500 zerstörten Wohnungen jeweils 40% wiederhergestellt werden, war daran nun nicht mehr zu denken. (Ebda., S. 603 u. 605.)

⁴² Zitiert in ebda., S. 710 nach K. Elkart, Die städtebauliche Gestaltung von Hannover, in: Hannover. Bild, Entwicklungsgang und Bedeutung der niedersächsischen Hauptstadt, Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft zu Hannover für 1940/41, zum 700jährigen Jubiläum der Stadt Hannover, Hannover 1942, S. 433f.

⁴³ S. Passarge (Hrsg.): Die Stadtlandschaften der Erde. Hamburg 1930. Das Buch ist der morphogenetischen Phase der Stadtgeographie zuzuordnen.

⁴⁴ W. Durth, Die Stadtlandschaft – Zum Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt, in: W. Durth / N. Gutschow (Hrsg.), Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover, 2.–4. Februar 1990, Schutz und Erhaltung von Bauten der fünfziger Jahre, Bonn 1990, S. 25 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 41).

der Umwandlung Hamburgs in eine Stadtlandschaft.⁴⁵ Diese sollte grundsätzlich im Sinne eines organischen Städtebaus in Siedlungszellen gegliedert sein – eine Gliederung, der das nationalsozialistische Ortsgruppenkonzept zugrunde lag.⁴⁶

Löste zunächst 1940/41 die Erwartung eines baldigen Sieges und Kriegsendes einen Planungs- und Modernisierungsschub aus, wirkten die Zerstörungen ab 1943 fraprierenderweise keineswegs entmutigend, sondern verstärkt in die gleiche Richtung. Wie schon die Forderung nach Auflockerung und Herabsetzung der Bevölkerungsdichten im Rahmen der Stadtsanierungen der 30er Jahre entsprach das neue städtebauliche Leitbild zugleich voll und ganz den vom Luftschutz gestellten Ansprüchen an den Aufbau einer Stadt. Ein ganzes Konglomerat von Interessen und Bestrebungen, wozu vor allem der verbesserte Luftschutz, aber auch die Umstrukturierung und bauliche Erneuerung der verhaßten liberal-kapitalistischen Großstadt des 19. Jahrhunderts sowie die Umsetzung der volksbiologischen und politischen Ideologie des Nationalsozialismus gehörten, mündeten ein in ein gemeinsames Ideal von der zukünftigen Stadt.

Dabei erkannte man im Wiederaufbau die Chance zu einer radikalen Stadterneuerung – die Zerstörungen empfanden viele Planer als ersehnte Katastrophe, denn der Luftkrieg versprach ihnen eine Realisierung ihrer beruflichen Träume. Dies geht z. B. deutlich aus der Denkschrift »Grundlagen für den Raumordnungsplan in Bremen« hervor, die der Leiter der dortigen Bauverwaltung, Wilhelm Wortmann, am 15. 12. 1943 verfaßte. Dort heißt es: »Der Gedanke eines reich gegliederten, landschaftsverbundenen Stadtraumes wird von den Forderungen des Luftschutzes nachdrücklich unterstützt. Die im vorigen Jahr (1942; d. V.) erneut herausgegebenen Richtlinien des Reichsministers der Luftfahrt und des Reichsarbeitsministers über »Luftschutz im Städtebau« verlangen eine weitgehende Auflockerung – nicht Auflösung – der Städte im ganzen und in ihren Teilen. Der Krieg und besonders der Luftkrieg versetzt der Großstadt von gestern und heute den Todesstoß und schlägt eine mächtige Bresche für den Kampf um ihre umfassende Gesundung und wahre Neugestaltung.«⁴⁷ Noch drastischer äußerte sich Gutschow am 27. 3. 1944 in einer Zusammenfassung von Gedanken zur Erarbeitung des Hamburger Generalbebauungsplanes: »Dem allergrößten Teil der baulichen Zerstörungen weinen wir keine Träne nach. Das Bild der Trümmer rührt uns nicht in der Seele, vielmehr läßt es nur um so deutlicher und lebendiger

⁴⁵ W. Durth, Von der Großstadt zur Stadtlandschaft, in: H.-R. Müller-Raemisch (Hrsg.), Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung 1945–1985, Frankfurt a. M. 1990, S. 52; zur ideologischen Belastung des Begriffs »städtebauliches Leitbild« vgl. W. Durth (s. A 35, 1987), S. 28–34.

⁴⁶ So bat Johannes Göderitz, der nach dem Krieg als Wiederaufbauplaner in Braunschweig tätig war und vor allem durch sein zusammen mit Roland Rainer und Hubert Hoffmann verfaßtes Buch »Die gegliederte und aufgelockerte Stadt« in der Nachkriegszeit bekannt wurde, in seiner Funktion als Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung Konstanty Gutschow, das Konzept »Ortsgruppe als Siedlungszelle« in einem Artikel für das geplante Handbuch der Akademie vorzustellen (ebda., S. 52).

⁴⁷ Als Dokument auszugsweise abgedruckt in W. Durth / N. Gutschow (s. A 5), S. 371f.

das Bild des zukünftigen Hamburgs, des neuen Hamburg, vor unseren Augen entstehen.«⁴⁸ Und in der Potsdamer Tageszeitung war am 20. 5. 1944 zu lesen: »Von 1860 bis 1933 befand sich Deutschland im Zustande einer vollkommenen baulichen Anarchie. In diesen 73 Jahren ist kaum ein Gebäude entstanden, das aus anderen Gründen, als der Kuriosität wegen wert wäre, der Nachwelt auch nur in Gestalt einer Photographie überliefert zu werden... Zum ersten Male seit dem Barock bietet sich hier die Gelegenheit und Notwendigkeit zu baulichen Planungen größten Stils, ergibt sich die seit dem 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr dagewesene Möglichkeit, das Gesicht der deutschen Städte in neue, künstlerisch einheitliche Form zu fassen... Denn so viel Schönes und Unersetzliches durch den Luftterror auch zerstört sein mag, der größte Teil hat Baulichkeiten getroffen, die vom künstlerisch-architektonischen Standpunkt gesehen keinen Verlust bedeuten.«⁴⁹

Wie makaber ein solcher Artikel auf einen städtebaulichen Laien gewirkt haben mag, der, falls er überhaupt noch eine Wohnung besaß, in ständiger Angst lebte, nicht nur diese, sondern sogar sein Leben in einem der kommenden Bombenangriffe zu verlieren, kann man sich unschwer vorstellen. Zugleich ist dies ein Beispiel für den wiederholten Wandel des architektonischen Zeitgeschmacks. Wurden damals Gründerzeit-, Jugendstil- und Bauten der Moderne (Bauhaus) abgelehnt, erfreuen sie sich heute großer Wertschätzung und stehen sogar zum Teil unter Denkmalschutz. Ein vergleichbarer Bewertungswandel fand inzwischen im Hinblick auf die Bauten der 50er Jahre statt, und auch hinsichtlich der städtebaulichen Leitbilder hat es bis heute zahlreiche Paradigmenwechsel gegeben. Die Ausschließlichkeit, die man einem solchen Leitbild in der jeweiligen Epoche zubilligt, macht es für Müller-Raemisch zum Mythos, der definiert ist als »nicht beweisbare aber für die Sinninterpretation und Lebensorientierung mit Wahrheitsanspruch versehene Aussage«.⁵⁰

Doch wie sahen nun Leitbilder bzw. Mythen der Wiederaufbauplanungen aus, die noch während des Krieges entstanden? 1943 hatte sich das Leitbild der Stadtlandschaft in den Planungen vieler Städte weitgehend durchgesetzt. Dabei wurde das Konzept der »Ortsgruppe als Siedlungszelle« – in der Terminologie der Nachkriegszeit

⁴⁸ Konstanty Gutschow am 27. 3. 1944 in einer Zusammenfassung von Gedanken im Hinblick auf die Erarbeitung des Generalbebauungsplanes 1944; als Dokument abgedruckt in ebda., S. 674.

⁴⁹ H. G. v. Studnitz, Die Stadt der Zukunft. Gedanken und Anregungen, in: Potsdamer Tageszeitung, 20. 5. 1944; Abtsteinach, Archiv für Städtebau, Niels Gutschow, Kennzeichen: 216240, Stichwort: Wiederaufbau.

⁵⁰ Von H.-R. Müller-Raemisch (s. A 45), S. 12 zitiert aus dem Soziologischen Wörterbuch von Günter Hartfiel. Aus der Einsicht in die Unvollkommenheit und Reduziertheit der zeitgebundenen planerischen Modelle fordert Albers: »Eine kritischere Haltung gegenüber dem jeweiligen Zeitgeist und seinen modischen Übertreibungen; mehr Bescheidenheit hinsichtlich dessen, was an Rationalität und Ordnung erreicht werden kann – nicht aber eine Resignation gegenüber dem Ziel, die Stadt als einen den Bedürfnissen des Menschen und der Gesellschaft angemessenen Lebensraum weiter zu entwickeln und zu gestalten.« (G. Albers, Vorwort, in: Ebda., S. 10.)

wird von Nachbarschaften die Rede sein – mit den volksbiologischen und machtpolitischen Idealen des Nationalsozialismus vom Aufbau einer Volksgemeinschaft und deren Kontrolle verknüpft, gleichzeitig aber auch von vornherein mit dem verminderten Flächenbrandrisiko im Luftkrieg argumentiert.⁵¹ Die Vorteile des Zellenkonzepts für den Wiederaufbau der Großstädte auch im Hinblick auf einen verbesserten Luftschutz erläuterte Gutschow 1944 in einem Vortrag »Großstadt und Luftkrieg« wie folgt: »Nun ist die Großstadt in ihrer Existenz angeschlagen, angebombt. Die erste Forderung des Luftkrieges an den Städtebau heißt: Aufgliederung des Stadtkörpers der Großstadt in ein Gesamtgefüge selbständiger und doch zusammenhängender Siedlungsgebilde... Die Aufgliederung der Stadtmasse in Siedlungszellen mit Eigenleben macht die Großstadt nicht nur unvergleichlich viel »lufthärter«, sondern gibt ihr erst im nationalsozialistischen Reich Daseinsberechtigung, da sie die Voraussetzungen für das Werden eines örtlich bodengebundenen Gemeinschaftsgefühls schafft.«⁵²

Neben diesen auf den Stadtraum als Ganzes bezogenen Planungen zwangen die Zerstörungen gleichzeitig dazu, sich mit dem Gedanken der Sparsamkeit im Bauen auseinanderzusetzen. Da absehbar war, daß im Wiederaufbau ein extremer Wohnungsmangel zu überwinden sein würde, lag die Idee einer Industrialisierung des Bauens nicht fern. Hatte bereits der »Erlaß des Führers zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege« vom 15. November 1940 in Erwartung eines Wohnungs- und Arbeitskräftemangels nach Kriegsende eine Abkehr von der individuellen, handwerklichen Bauweise und eine Hinwendung zu einer Rationalisierung, Typisierung und Normierung im Bauen eingeleitet,⁵³ beherrschten diese Gedanken im

⁵¹ Vgl. vor allem E. Pahl-Weber, »Die Ortsgruppe als Siedlungszelle«, in: H. Frank (Hrsg.), Faschistische Architekturen, Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945, Hamburg 1985, S. 282–298 (Stadt, Planung, Geschichte; 3). In den wohl im Winter 1944/45 verfaßten und als Vermächtnis von Karl Elkart zu wertenden »Erläuterungen zu dem Neugestaltungsplan der Gauhauptstadt Hannover« heißt es: »Die neue Baufläche kann nicht in zusammenhängender Form angeordnet werden, sondern, um die Stadt möglichst »lufthart« zu machen und auch den sonstigen neueren Ansichten und Forderungen zu entsprechen, in einzelnen Teilflächen (zwischen vorzusehenden Grün- und Freiflächen), die verkehrsmäßig gut zur Innenstadt gelagert sind, (...)« (als Dokument abgedruckt in W. Durth / N. Gutschow [s. A 5], S. 788).

⁵² K. Gutschow, Großstadt und Luftkrieg, in: Nachrichten für unsere Kameraden im Felde, 22/1944, S. 6; zitiert aus D. Schubert, ... Ein neues Hamburg entsteht, in: H. Frank (s. A 51), S. 313.

⁵³ E. Forndran, Die Stadt- und Industrie Gründungen Wolfsburg und Salzgitter. Entscheidungsprozesse im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Frankfurt a. M. / New York 1984, S. 77. Der Text des Erlasses ist abgedruckt als Dokument Nr. 83 in A. Teut, Architektur im Dritten Reich 1933–1945, Berlin / Frankfurt a. M. 1967, S. 262–267 (Bauwelt Fundamente 19). Im März 1941 schreibt der Geschäftsführer des für die Umsetzung des Erlasses verantwortlichen Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau: »Wir wollen die Produktion von Wohnungen steigern und sie auf eine noch nie dagewesene Höhe bringen... In die Sprache des Technikers übersetzt heißt das, wir müssen rationalisieren, wir müssen typisieren, wir müssen mechanisieren, wir müssen dazu übergehen, am laufenden Band zu produzieren, wir müssen zur Serienherstellung kommen.« (Dokument Nr. 85 in ebda., S. 267); vgl. auch T. Harlander / G. Fehl, Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945, Hamburg 1986.

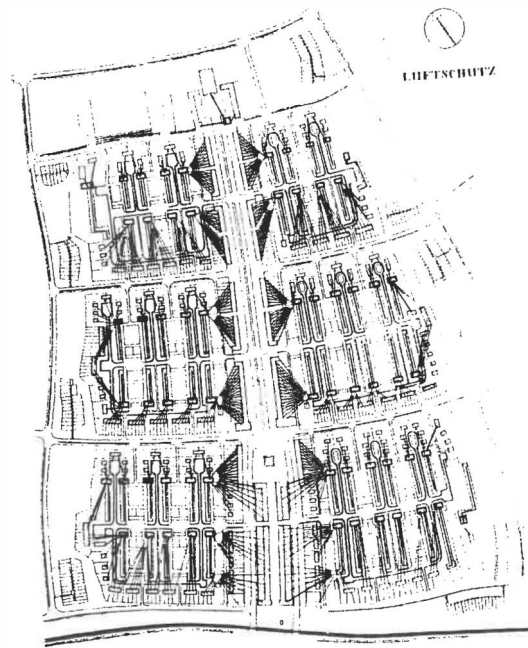


Abb. 3: Luftschutzplanungen für die Ortsgruppe als Siedlungszelle, Quelle: W. Durth / N. Gutschow (s. A 5), Bd. 1, 1988, S. 180. In dem von K. Gutschow erarbeiteten und von F. Heuer umgesetzten Konzept der »Ortsgruppe als Siedlungszelle« spielte der Luftschutzgedanke eine wichtige Rolle: Die gebündelten Linien zeigen die Einzugsbereiche der Bunker in den sechs, die Ortsgruppe aufbauenden Zellen. Innerhalb der Zellen sollte die Mischung von Geschosswohnungsbauten, Reihen-, Einfamilienhäusern und Siedlerstellen einer dem Ideal der Volksgemeinschaft entsprechenden Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen dienen. Die Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf lagen an einer »Kaufstraße«, die als zentrale Achse der Ortsgruppe auf die Gemeinschaftseinrichtungen zulief.

Zuge der Steigerung des Bombenkrieges und der damit rapide wachsenden zukünftigen Bauaufgaben immer stärker das Denken der Planer. Mit der Konzeption einer Industrialisierung des Wohnungsbaus verband sich dabei konsequenterweise die Großbaustelle mit entsprechendem Flächenausweisungsbedarf. So schrieb Speer am 18. Dezember 1943 in einem Rundschreiben an die Gauleiter: »Die Zahl der jährlich zu errichtenden Wohnungen wird, wenn sie industriell mit derselben Konsequenz und Neuartigkeit wie jetzt in der Rüstungsindustrie hergestellt werden, außerordentlich hoch sein, so daß es notwendig ist, in der Planung vorausschauend nicht zu kleine Flä-

chen auszuweisen.«⁵⁴ Und Gutschow äußerte in einem Rundschreiben an die Berater des Wiederaufbaustabs, in welchem er diese mit dem Hinweis auf einen Wohnungsfehlbestand von mindestens 3,5 Millionen Wohnungen aufforderte, ihm »grundsätzliche Richtlinien für den Wohnungsbau nach dem Kriege und Haustypen mit Konstruktionsweisen« zu übermitteln, am 20. April 1944 die Bitte, »...alle Möglichkeiten der Rationalisierung zur Produktion solcher Wohnungen, angefangen von der Großbaustelle bis zur äußersten Normung von Teilen auszuschöpfen, um diese Wohnungen (einfach, geräumig, mit einem Garten verbunden; d. V.) in Massen zu erstellen, hierauf die Kräfte zu konzentrieren, statt sich in Halbheiten zu verzetteln. Friderizianische Sparsamkeit in jeder Beziehung, auch in der architektonischen Haltung, sehe ich dabei als ein Merkmal des Bauens der Jahre nach dem Kriege an.«⁵⁵

Die Gründung des »Wiederaufbaustab für die zerstörten Städte« genannten, von Speer kurz vor Weihnachten 1943 organisierten und von Rudolf Wolters geleiteten Arbeitskreises von etwa 18 Architekten ohne verwaltungsmäßige Kompetenz ging zurück auf den Erlass Hitlers über die Vorbereitung des Wiederaufbaus bombengeschädigter Städte vom 11. Oktober 1943.⁵⁶ Bereits Ende März 1943 hatte Speer in einer Konferenz mit Hitler nicht nur die Vereinbarungen zu diesem Wiederaufbauerlaß ge-

⁵⁴ A. Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1980, S. 327f.; zitiert nach W. Durth (s. A 35), S. 380. Im Vorwort der von Ernst Neufert im Auftrag Speers verfaßten und von diesem 1942 herausgegebenen »Bauentwurfslehre« hatte Speer bereits zuvor das Ziel formuliert, »im Bauwesen eine weitgehende Vereinheitlichung zu schaffen zur Einsparung technischer Kräfte und zum Aufbau einer rationellen Reihenfertigung« (zitiert aus W. Durth, *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970*, 2., durchgesehene Aufl., Braunschweig / Wiesbaden 1987, S. 152. Diese Bauentwurfslehre, die bereits 1944 die 11. Auflage erreichte, wurde später für die Architekten der Nachkriegszeit zum Grundlagenwerk. Die 12. Auflage erschien 1950, 124.–138 Tausend. Kritische Architekten wie Hugo Häring sahen in diesem Buch einen Grund für die sich verbreitende »Rasteritis« im neuen Bauen nach dem Krieg. (W. Durth, *Entwicklungslinien in Architektur und Städtebau. Ein Rückblick als Skizze*, in: *Ideen, Orte, Entwürfe. Architektur und Städtebau in der Bundesrepublik Deutschland. Katalog zur Ausstellung*, Berlin 1990, S. 23 u. 41.)

⁵⁵ Zitiert nach W. Durth (s. A 54, 1987), S. 222; auch W. Durth (s. A 35), S. 385. Während sich vor allem die Architekten Neufert, Rimpl und Hetzelt im Wiederaufbaustab für eine Typisierung der Nachkriegsbauten einsetzten, gab es aber auch andere Stimmen. So plädierte z. B. Stephan für eine Abwandlung der Haustypen nach landschaftlichen Gegebenheiten und Schulte-Frohlinde sprach sich gegen eine überzogene Rationalisierung aus. (W. Durth [s. A 56, 1987], S. 223f.) Die von Gutschow erbetenen Richtlinien wurden dann im Umfang von knapp 70 Seiten im Juni 1944 von diesem im Namen des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion verschickt. (Vgl. W. Durth [s. A 35], S. 384f.)

⁵⁶ R. Hillebrecht, *Neuaufbau der Städte*, in: *Handbuch moderner Architektur*, Berlin 1957, S. 449 sowie W. Durth (s. A 54, 1987), S. 211. Hillebrecht spricht von etwa 15 Architekten. In dem vorläufigen Geschäftsverteilungsplan vom Juli 1944, in welchem Wolters Gutschow als seinen Vertreter bestimmt, werden als »Engerer Arbeitsstab« folgende Architekten mit den ihnen zugewiesenen Aufgabenfeldern genannt: Berlitz (Organisationsfragen), Gutschow (Richtwerte), Stephan (Planung Wohnbaugebiete), Schelkes (Grünflächenplanung), Niemeyer (Raumordnung und Eisenbahnanlagen), Tamm (Sonderaufgaben) und Tischer (tiefbautechnische, bauwirtschaftliche und Durchführungsmaßnahmen). (Ebda., S. 212.)

troffen, sondern auch für einige schwer zerstörte Städte die Erlaubnis Hitlers erhalten, bereits jetzt mit Wiederaufbauplanungen zu beginnen, während für die übrigen Städte ein Runderlaß des Reichsministeriums des Innern am 6. April 1943 die Einstellung aller Planungen und den Einsatz des den Planungsämtern verbliebenen Personals für kriegswichtige Aufgaben anordnete. Hitlers in dem Gespräch mit Speer geäußerten Vorstellungen vom Wiederaufbau richteten sich vor allem auf die »Wiederherstellung der alten Stadtkerne bei historischen Städten, gegebenenfalls – soweit möglich – unter Verbreiterung der Straßen«.⁵⁷ Nach einem rapiden Anstieg der Wohngebäudetotalschäden seit Mai 1943 auf über 50 000 total zerstörte Wohngebäude im Juli 1943⁵⁸ – dies war zugleich das Monatsmaximum im Luftkrieg gegen Deutschland – bewirkte bei Speer vor allem der Beginn des »Battle of Berlin« in der Nacht des 18. November 1943 ein tiefgreifendes Umdenken in Richtung auf einen auf das Notwendigste beschränkten Wiederaufbau.⁵⁹ In seiner am 30. November 1943 vor Planungsfachleuten und Parteifunktionären gehaltenen Rede zu den Wiederaufbauplanungen der deutschen Städte wird deutlich, daß Straßenplanung für Speer die Grundlage eines Wiederaufbauplans bildete, und zugleich scheint es von seinen Äußerungen nicht mehr weit bis zur Formulierung des Gedankens von der »autogerechten Stadt« und den Konzepten der Ring- und Tangentialstraßen der 50er Jahre: »Die Wiederaufbaupläne sollen zunächst nicht darin bestehen, das Stadtzentrum in irgendwelchen hochkünstlerischen Ideen neu entstehen zu lassen, sondern der Wiederaufbauplan ist zunächst ein städtebaulicher Grundplan, d. h., er legt fest, was im einzelnen an Straßenzügen durch die zerstörten Stadtviertel durchgezogen werden soll... Es soll hier also in der Hauptsache dem sonst unumgänglich zur Tatsache gewordenen Zustand eines Erstickens der Städte durch die Verkehrsnot entgegengetreten werden... Wir müssen in irgendeiner Form, soweit es geht, uns an die vorhandenen Straßenzüge halten und versuchen, diese Straßenzüge zu verbreitern.«⁶⁰

⁵⁷ Hitler in der Konferenz mit Speer am 29. 3. 1943; zitiert in W. A. Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt a. M. 1969, S. 243; W. Durth (s. A 54, 1987), S. 204 sowie W. Durth / N. Gutschow (s. A 5), S. 819.

⁵⁸ Vgl. Abb. 2. In dieser Zahl spiegeln sich die extremen Verluste durch die Angriffe auf Hamburg vom 25. bis 30. Juli wider.

⁵⁹ Die zwischen dem 18. November 1943 und 24. März 1944 vorgetragenen 16 Großangriffe gegen Berlin waren das Ergebnis eines Versprechens, das Harris am 3. November 1943 Churchill gegeben hatte: »We can wreck Berlin from end to end if the USAAF will come in on it. It will cost us between 400–500 aircraft. It will cost Germany the war.« (C. Webster / N. Frankland, The Strategic Air Offensive Against Germany 1939–1945, Vol. II, London 1961, S. 190). Bereits nach den Novemberangriffen zählte Berlin 400 000 Obdachlose, deren Zahl sich bis zum 24. März 1944 auf etwa 1,5 Millionen erhöhte. Waren zu Beginn des »Battle of Berlin« 1,5 qkm der bebauten Stadtfläche zerstört, waren es bei dessen Ende 9,5 qkm. (U. Hohn [s. A 6], S. 18f.)

⁶⁰ Zitiert nach W. Durth (s. A 54, 1987), S. 206. Noch deutlicher wird der Gedanke der »autogerechten Stadt« von Strölin im Juli 1944 formuliert: »Durch die Zerstörung des Kerns von vielen Großstädten ist die Möglichkeit zu großzügigen Verkehrslösungen geschaffen, die auch einem weiteren starken Anwachsen des Kraftfahrzeugverkehrs Rechnung zu tragen vermögen.« (K. Strölin, Pro-

Wie groß ist doch der Unterschied dieser Gedanken zu den Neugestaltungsplanungen Ende der 30er / Anfang der 40er Jahre – nicht mehr die Stadt- und Verwaltungszentren haben Priorität, sondern im Wiederaufbau geht es für Speer nun zunächst um die Reparatur zerstörter Häuser, die Neuanlage von Wohnsiedlungen und den vorübergehenden Bau von Behelfsunterkünften.⁶¹

Nach Gutschows acht Monate später, im Juli 1944, vor der Fachgruppe Wirtschaftswissenschaft der Hansischen Universität vorgetragenen Vorstellungen zum Nachkriegsstädtebau zeichnete sich die zukünftige Großstadt u.a. aus durch eine Verwaltungsdezentralisierung, da z. B. nicht mehr jede Gauhauptstadt alle Behördenspitzen beherbergen müsse, eine nur citygebundenen Bürofunktionen vorbehaltene City und eine stark gemäßigte Form der Funktionstrennung – Gedanken, die aus heutiger Sicht geradezu modern anmuten. Da aus Luftschutzgründen und aus Gründen einer flächenmäßig großzügigeren Gestaltung der Arbeitsplätze Arbeitsraum in der City verloren gehen werde, schlug Gutschow den Bau von Nebencities vor – ein Konzept, das in Hamburg mit dem Bau der Bürostadt City Nord inzwischen aufgegriffen wurde –, und um eine möglichst große Nähe zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zu erreichen, strebte er die Errichtung von Gewerbehöfen innerhalb der Wohngebiete und von Gewerbegebieten in deren Nachbarschaft an.⁶² Modern klingt auch die von Studnitz im Mai 1944 geäußerte Meinung, der Citybildung durch die Rückführung von Wohnbevölkerung in die Stadtkerne entgegenzuwirken: »Der Gedanke, daß der Stadtkern keine Wohngegend sei, ist für die Stadt der Zukunft ebenso überholt wie die Vorstellung, daß die äußeren Stadtteile für die Errichtung von Büros und Geschäftshäusern ungeeignet sind... Der Stadtkern muß so gestaltet werden, daß er als Wohngegend wieder anziehend wird. Nachdem gerade die Stadtkerne vom Bombenterror am schwersten getroffen wurden, ist dies ohne weiteres möglich.«⁶³

Sollten im Städtebau die Auflockerung der Innenstädte, die offene Bauweise der Neubausiedlungen, die Verbreiterung der Straßen und die Trennung luftangriffsgefährdeter Anlagen von der Wohnbebauung durch Grüngürtel das Schadenspotential

bleme des Wohnungswesens, des Städtebaus und der Raumordnung im Hinblick auf den Wiederaufbau und die Planung neuer Stadtanlagen in der künftigen Friedenszeit, Stuttgart-S, Juli 1944, S. 14; Abtsteinach, Archiv für Städtebau, Niels Gutschow, Kennzeichen: 216241, Stichwort: Wiederaufbau.)

⁶¹ W. Durth (s. A 35), S. 380.

⁶² Wie werden unsere Städte? Hamburger Fremdenblatt, 5. 7. 1944; Abtsteinach, Archiv für Städtebau, Niels Gutschow, Kennzeichen: 216240, Stichwort: Wiederaufbau.

⁶³ H. G. v. Studnitz (s. A 49); außerdem wandte sich Studnitz gegen eine soziale Differenzierung der Wohnviertel, gegen soziale Segregation, denn: »Es wäre mit dem Geist des nationalsozialistischen Volksstaates nicht vereinbar, wenn auch unsere neuen Städte wiederum in bessere und schlechtere Stadtgegenden, in Viertel der Reichen und der Proletarier und in solche des Mittelstandes geschieden wären.« In gleicher Weise hatte sich bereits im Dezember 1940 Gutschow in seinem Beitrag »Die Ortsgruppe als Siedlungszelle«, S. 2 geäußert. (Manuskript im Staatsarchiv Hamburg, Bestand Gutschow A 42; ausgewertet von E. Pahl-Weber [s. A 51], S. 283.)

einer Bombardierung mindern, waren zugleich Fragen des konkreten baulichen Luftschutzes im Wiederaufbau von Interesse. Ein weiterer Krieg galt als durchaus wahrscheinlich.⁶⁴ Bereits 1941 beschäftigte sich Ernst Neufert in einer von Speer als Generalbauinspektor Berlins herausgegebenen Studie »Bombensicherer Luftschutz im Wohnungsbau« unter Bezug auf den Erlaß Hitlers zur Vorbereitung des Wohnungsbaus nach dem Kriege von 1940 mit der Verankerung von Luftschutzmaßnahmen in Bebauungsplänen. Er entwickelte u.a. fünfgeschossige, mit Luftschutztürmen ausgestattete Mietshausbänder. Jede Wohnung besaß darin einen als Bunker konzipierten Raum, wobei je Geschloß die benachbarten Bunkerräume zweier Wohnungen im Luftschutzturm lagen, der selbst der architektonischen Akzentuierung des Mietshausbandes diene.⁶⁵

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums zur Hebung der baulichen Feuersicherheit ordnete am 20. 8. 1943 die möglichst weitgehende Verwendung nichtbrennbarer Baustoffe und die Aussteifung der Gebäude zur Verminderung der Einsturzgefahr, den Einbau von Massivdecken und -treppen sowie von Brandwänden an. So sollten Gebäude von mehr als 40 m Länge in Abständen von höchstens 30 m durch Brandmauern unterteilt werden. Harder forderte in seinem Kommentar zu dieser Verordnung u. a. die Verwendung von Stahlbeton, den Einbau elastischen Fensterglases, die Vergrößerung der Mauermassen zur Erhöhung der Standsicherheit, die feuerbeständige Ummantelung im Stahlgerippebau, die tiefere Verlegung der unterirdischen Versorgungsleitungen unter besonderen Schutzschichten sowie allgemein eine Verringerung der Bebauungsdichten.⁶⁶ In der Bauausführung versprach die Verwendung des Eisen- und Eisenbetonskelettbbaus den Vorteil, daß auch bei starken Explosionen in-

⁶⁴ »Auf keinen Fall dürfen die neuen Städte in der Voraussetzung gebaut werden, daß der Luftterror sich niemals wiederholen wird... So fragt es sich, inwieweit das ziegel- oder schiefergedeckte Schrägdach, das auf hohem Dachstuhl ruht, im Zeitalter der Brandbomben zweckmäßig ist. Ist ihm nicht das flache, von einer starken Zement- oder Ziegeldecke gebildete Dach vorzuziehen? Kein Hausneubau wird an dem Problem eines starken brand- und einsturz sicheren Luftschutzkellers vorbeigehen können. Ebenso werden öffentliche Plätze so verteilt und angelegt sein müssen, daß sie in Kriegszeiten die Anlage von Bunkern oder Flaktürmen gestatten. Auch die Luftschutzero-fahrungen anderer Länder sollten unserem Städte neubau zugute kommen. So haben sich beispielsweise in London mit Sandsäcken abgedeckte oder aus Eisen zement konstruierte Beobachtungsbunker auf den Hausdächern bewährt, aus denen »fire watchers« die Dachflächen auf den Einschlag von Bomben beobachten. In Deutschland sind mit Löschteichen gute Erfahrungen gemacht worden. Sie können schon in Friedenszeiten in Form schöner Brunnen oder Wasserspiele oder auch als Schwimmbecken angelegt werden.« (H. G. v. Studnitz [s. A 49].)

⁶⁵ E. Neufert, Bombensicherer Luftschutz im Wohnungsbau. Hrsg. v. Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt, Architekt Albert Speer, Berlin 1941, S. 102; zitiert nach W. Durth (s. A 54, 1987), S. 153. »Die Ausnutzung der Geschloßbunker in Friedenszeiten ist weitgehend gewährleistet, und zwar als gelegentlich benutzte Gästekammer, als Vorratsraum und Abstellraum. Deshalb kann im Wohnhausgrundriß der im Führerprogramm geforderte besondere Abstellraum fort-fallen...« (Ebda, S. 80, zitiert nach W. Durth [s. A 35], S. 384.)

⁶⁶ H. Harder, Gedanken über den Wiederaufbau bombengeschädigter Gebiete, in: Bauwelt 34 (1943), S. 221 f.

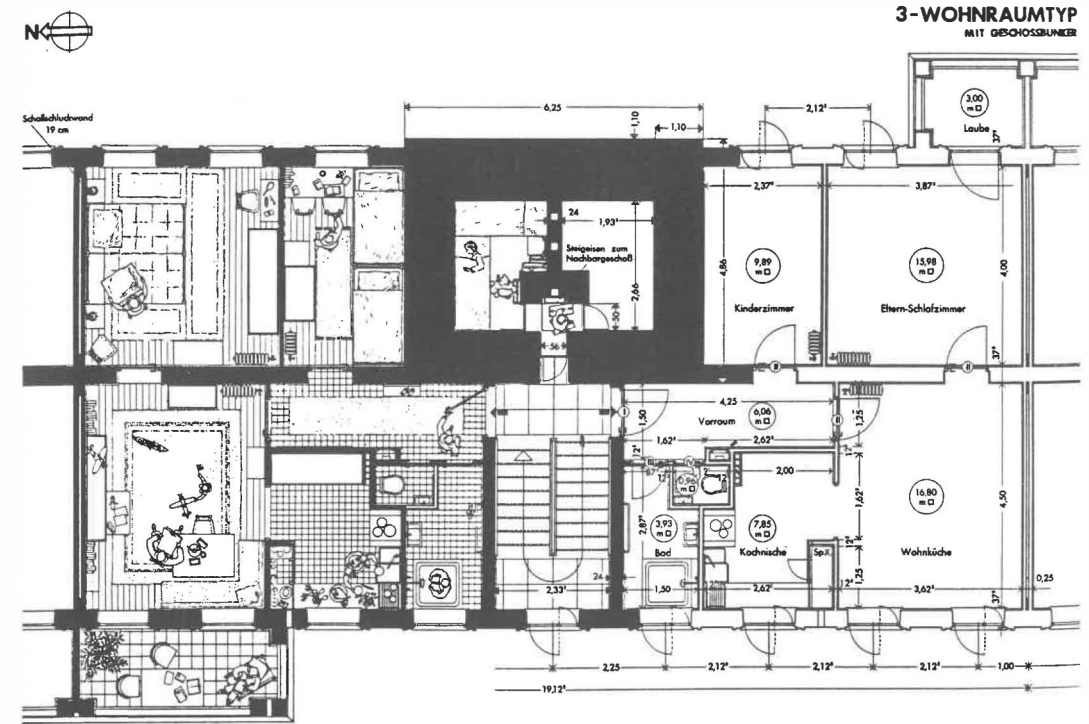


Abb. 4: Bombensicherer Wohnungsbau nach den Plänen von Ernst Neufert, Quelle: W. Durth (s. A 54, 1987), S. 154.

folge Sprengbombenabwurf lediglich Fenster und Ausfachungen des Gebäudes herausgedrückt würden, das Skelett aber stehenbliebe.

Die Reichsstelle für Raumordnung beschäftigte sich im Februar 1944 unter luftschutzmäßigem, volksbiologischem und bauwirtschaftlichem Gesichtspunkt mit dem Problem der Auflockerung von Wohngebieten durch Herabsetzung der Wohnungszahl pro Hektar (Wohndichte) sowie mit der Frage, ob dem Flachbau oder dem Hochbau der Vorzug im Wiederaufbau zu geben sei. Sie kam zu dem Ergebnis, daß der zwei- bis dreigeschossige Flachbau unter jedem der drei genannten Aspekte dem vielgeschossigen Wohnungsbau vorzuziehen sei und zugleich gute städtebauliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffne. In der Untersuchung heißt es: »Die Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, daß hohe Gebäude beim Einsturz große zusammenhängende Schuttmassen verursachen, die sich um so nachteiliger auswirken, als sie auf kleinen Freiraum (Straßen, Höfe usw.) fallen und Menschen und Gut hoffnungslos unter sich begraben. Wenn auch in Zukunft die Bauweise für Hochbauten wesentlich stabiler und widerstandsfähiger gegen Einsturz und Brand sein wird, so ist andererseits ge-

weiß, daß die Stärke und der Wirkungsgrad der Angriffswaffen mindestens in gleichem Maße, wenn nicht noch schneller und stärker wachsen werden... Fast könnte man die bekannten, von Le Corbusier in vorbildlicher Weise durchdachten Wohnhäuser, in großen Freiflächen stehend, als das Ideal der zukünftigen Bauweise ansehen, soweit der Luftschutz in Betracht kommt. Wahrscheinlich dürfte jedoch die Errichtung hoher, freistehender Baukörper auch luftschutzmäßig nicht unbedenklich sein. Es wächst bei ihnen die Gefahr, daß Brandbomben und Kanister seitlich durch die Fenster in die Gebäude gelangen. Ferner ist bei ihnen auch die Bergung von Menschen und Hausrat weitaus schwieriger als aus Flachbauten... Die bisherigen Erfahrungen dürften auch bezüglich der luftschutzmäßigen Sicherheit dem Flachbau den Vorrang geben. Durchweg ist der Verlust an Menschen und Wohnungen bei gleicher Angriffsstärke in Flachbaugebieten wesentlich geringer gewesen als in Hochbaugebieten... Die im niedriger und offen bebauten Teil weit mehr verpuffende Wirkung des Luftdrucks (der Sprengbomben; d. V.) erzeugte hier weitaus geringere Zerstörung.« Und zur Kostenfrage heißt es: »Wenn das Hochhaus, das vielgeschossige Mehrfamilienhaus bautechnisch so gebaut wird, wie es der Luftschutz für die Zukunft erfordert (mit entsprechenden Mauer-, Decken- und Dachkonstruktionen, ausreichenden Treppenhäusern, Aufzügen und Luftschutzbunkern für zahlreiche Bewohner), und wenn man die gleichen Kostenbeträge hierfür auch für den Flachbau zur Verfügung stellt, dann kann dieser luftschutzmäßig so vorzüglich und stabil unter Vermeidung von Holzkonstruktion gebaut werden, daß er, wenn man die Gesamtsicherheitsgrade gegeneinander abwägt, dem Hochhaus auf alle Fälle »turmhoch« überlegen ist.«⁶⁷

Im Zuge der Verschärfung des Luftkrieges wurde der Krieg ab 1944 demnach mehr und mehr zum »Vater des zukünftigen Städtebaus«. So schreibt Hillebrecht, der zusammen mit Gutschow im Dezember 1943 sowie 1944 im Januar und Februar 24 schwer zerstörte Städte bereiste, um sich einen Eindruck vom Ausmaß der Zerstörungen zu verschaffen, im Ergebnisbericht über diese Reise: »Der Wiederaufbau deutscher Städte wird unmittelbar durch den Luftkrieg ausgelöst, und damit erhält die Neugestaltung deutscher Städte, deren Ursprungsgedanke 1937 ja noch ein – mindestens nach außen hin – weitgehend ideeller war, plötzlich einen höchst realen Hintergrund. Es ist natürlich, daß heute, wo wir noch mitten im Kriegsgeschehen stehen und der Luftkrieg vor allem in der Heimat einen jeden unmittelbar angeht, daß heute das ganze Thema Wiederaufbau und Neugestaltung unter dem großen Schatten Luftkrieg und Luftkriegserfahrungen steht. Hinzu kommt, daß eines der einschneidendsten, die Struktur wandelnden Städtebaugesetze der letzten Jahre (1938/1942, Richtlinien für den baulichen Luftschutz im Städtebau, hrsg. v. Reichsarbeitsminister im Ein-

⁶⁷ Reichsstelle für Raumordnung: Betrifft: Vorbereitung des Wiederaufbaus zerstörter Städte. 24. 2. 1944, S. 1f.; Abtsteinach, Archiv für Städtebau, Niels Gutschow; Kennzeichen: 216241, Stichwort: Wiederaufbau.

vernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe; d. V.) ausgerechnet vom Reichsluftfahrtministerium erlassen wurde: Kurzum: das heute so häufig zitierte Wort vom Krieg als Vater aller Dinge wird häufig und gern für den Städtebau der Zukunft in Anwendung gebracht.«⁶⁸

Bis zu welchen Extremen die unmittelbar erfahrenen Schrecken des Luftkrieges die Aufbauplanungen bestimmen konnten, sei abschließend an einem Aufsatz mit dem Titel »Der Wehrgedanke als Grundlage der Stadtgestaltung und Stadtplanung« verdeutlicht, den der Architekt Gerhard Graubner im Dezember 1943 verfaßte und der zugleich die Grundlage seines Vortrags vor der Ratsherrenversammlung in Hannover am 3. März 1944 bildete. Alles beherrschender Leitgedanke war nur noch der zukünftige Schutz einer Stadt vor Luftangriffen. Graubner rechnete fest mit einem weiteren Krieg und forderte daher, alle übrigen städtischen Problemfelder dem seit dem 18. Jahrhundert in den Hintergrund getretenen Wehrgedanken unterzuordnen. Die Städte sollten erneut – wie im Mittelalter – zu Zufluchtsstätten der Bevölkerung werden und mithin keine Orte sein, aus denen die Menschen im Kriegsfall evakuiert werden müssen. Der Gedanke des Luftschutzbunkers sei für die Gesamtstadt weiterzuentwickeln, die als ganzes die Sicherheit eines Bunkers bieten solle. Maßgebliche Bestimmungselemente des Stadtbilds einer Wehrstadt sollten die Wehrbauten sein, turmartige Hochbunker im Stadtzentrum, in den einzelnen, durch Grünflächen voneinander abgesetzten Wohn- und Industriegebieten und entlang der Hauptverkehrsachsen. Stadträumlich gliederte sich die Wehrstadt Graubners in den Stadtkern, einen diesen umschließenden Grüngürtel aus Schrebergartenkolonien und einen darauf folgenden Kranz von Trabantenstädten, deren Wohngebiete sich durch aufgelockerte Bauweise in Form von Ein- und Zweifamilienhäusern, Reihen- und Stockwerkhäusern auszeichneten. Im Hinblick auf die topographische Lage der Wehrstadt empfahl er die Anlage in hügeligem oder bergigem Gelände, da dies den Bau eines unterirdischen Verkehrssystems und unterirdischer Luftschutzbauten ermögliche.⁶⁹ Für Hannover selbst ging Graubner sogar so weit zu fordern, die Stadt nicht mehr an alter Stelle wiederaufzubauen, sondern sie in das Gebiet von Bentherr, Gehrden, Berg und Deister zu verlegen.⁷⁰

Auch wenn solch extreme, einzig und allein vom Luftschutzgedanken geprägte Stadtplanungen bereits im Krieg Einzelmeinungen widerspiegeln – an Stadtverlagerungen war schon angesichts des hohen Werts der vorhandenen unterirdischen Ver-

⁶⁸ R. Hillebrecht: Betrifft: Luftkrieg und Städtebau. Bericht über eine Rundreise durch luftkriegsbedroffene Städte im Januar/Februar 1944; Staatsarchiv Hamburg; zitiert nach W. Durth (s. A 35), S. 382f.; als Dokument abgedruckt in W. Durth / N. Gutschow (s. A 5), Bd. 1, S. 94–109.

⁶⁹ G. Graubner, Der Wehrgedanke als Grundlage der Stadtgestaltung und Stadtplanung. Dezember 1943; als Dokument abgedruckt in W. Durth / N. Gutschow (s. A 5), S. 771–775.

⁷⁰ D. Tasch, Hannover im Bombenkrieg 1943–1945, Hannover 1983, S. 16ff. (Sonderdruck der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung).

sorgungsleitungen nicht zu denken –, haben die Luftkriegserfahrungen die Architekten und Stadtplaner doch sehr stark in ihrem Denken geprägt und auch nach Kriegsende – häufig unausgesprochen – Einfluß auf den Städtebau der Nachkriegszeit genommen. Diese These unterstreichen die Aussagen Hillebrechts, der den Wiederaufbau Hannovers nachhaltig beeinflusst hat: »Wenn man die Luftangriffe miterlebt hat, wie ich sie im Zentrum Hamburgs erlebt habe und zudem von den eigenen Verwandten geschildert bekam, wie die gerungen haben, rauszukommen aus der Stadt, um auf Grünflächen zu gelangen, wo sie dem Feuersturm entgingen – so hat dies für mich eine ganz entscheidende Rolle gespielt bei der Frage der Profilierung von Straßen. Denn kein Mensch weiß, was kommt. Als verantwortlicher Planer mußte man damit rechnen, daß irgendwann wieder Krieg kommt... Wer diesen Krieg miterlebt hatte, mußte daran denken, unserer Bevölkerung Fluchtwege zu geben... Wenn man miterlebt hat, wie Tausende von Menschen auf den Straßen verbrannt und zusammengekrümmt wie kleine Pakete gelegen haben, dann konnte dieses Erlebnis mitbestimmend sein für die Dimensionierung von Schneisen – von Schneisen, die man sich schon aus ökonomischen Gründen nur als Straßen- und nicht als Grünschneisen erlauben konnte. Sie merken, daß solche Planungen aus sehr unterschiedlichen Motiven erfolgten, wobei man heute im Rückblick sagen kann, daß die Kriegsangst vielleicht ein albernes Motiv war. Bei diesem Luftschutzmotiv aber muß ich bekennen, daß das unter uns ›top secret‹ war; keiner hat darüber geredet. Nur vertraulich haben wir darüber gesprochen, denn wir haben uns gesagt, das ist ein Thema, das wir nicht in die Öffentlichkeit bringen und auch nicht im Rat sagen können. Aber für uns persönlich war dies ein höchst wichtiges Thema. Man wird heute ganz anders darüber denken, doch wenn ich Erklärungen über Planungsansätze geben soll, gehört das mit dazu.«⁷¹

5. Kontinuitäten in den städtebaulichen Leitideen der 50er Jahre

Bildeten die Zerstörungen der deutschen Städte durch den Luftkrieg auch die folgenreichste Zäsur in der Geschichte des deutschen Städtewesens, gab es doch gerade in der Stadtplanung keine »Stunde Null«.⁷² Das städtebauliche Leitbild der Nachkriegszeit, die gegliederte und aufgelockerte Stadt, war keineswegs eine Neukonzeption, sondern hatte ihre Wurzeln in der Gartenstadtbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts sowie in den Trabantenkonzepten der frühen 20er Jahre⁷³ und entsprach im

⁷¹ Zitiert aus W. Durth, *Wieder-Aufbau oder Neubeginn? Fragen an die Nachkriegszeit*, in: *Stadtbaulicht* (1981), S. 371.

⁷² Vgl. W. Durth (s. A 35, 1987).

⁷³ W. Durth (s. A 44), S. 29 f. Siehe zur Trabantenstadtplanung z. B. den Vorschlag von Ernst May für die Stadterweiterung Breslaus von 1922 oder seine Planungen für die Römerstadt bei Frankfurt. Für den »Feuerwehrmann« Brunswig stellte in den 50er Jahren die in aufgelockerter Zeilenbau-

»Dritten Reich« sowohl den Idealen nationalsozialistischer Stadtplanung als auch den Forderungen der Luftschutzexperten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Arbeit an dem 1957 erschienenen und von Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann verfaßten Lehrbuch »Die gegliederte und aufgelockerte Stadt« bereits während des Krieges abgeschlossen und ab 1943 die Drucklegung vorbereitet wurde.⁷⁴ Die Bombardierungen ebneten also im Wortsinn den Weg für die städtebauliche Umsetzung des Leitbildes, die insbesondere in den Innenstädten der Bundesrepublik angesichts der komplizierten Bodenbesitzverhältnisse ohne die Zerstörungen kaum möglich gewesen wäre, denn diese erleichterten nun mancherorts – den politischen Willen vorausgesetzt – die Realisierung von Umlageverfahren.

In den genannten Hauptstrang städtebaulicher Kontinuität in Form der gegliederten und aufgelockerten Stadt sind zahlreiche weitere Kontinuitätsfäden stadtplanerischer Leitvorstellungen verwoben, die von den 50er Jahren ins »Dritte Reich« und darüber hinaus zurückreichen. Als exemplarisch darf hier das städtebauliche Organismuskonzept gelten, das Reichow zwar 1948 in seinem Buch »Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft« darstellte, welches aber bereits 1940 seinen Arbeiten in Stettin und Hamburg zugrunde lag.⁷⁵ In der Nachkriegszeit basierte der zelluläre Aufbau einer Stadt natürlich nicht mehr auf der Parteilgliederung der NSDAP, sondern zur Grundeinheit wurde nun der Schulbezirk, und statt von Zellen sprach man von Nachbarschaften. In diesem Zusammenhang bemerkte Gutschow bereits in einem am 23. 9. 1946 an Rudolf Wolters geschriebenen Brief mit unverkennbarem Zynismus: »Mein Hobby, die Siedlungszelle, habe ich übrigens mit Entzücken in den Londoner Wiederaufbauplänen von Abercrombie wiedergefunden. Dort sind sie neighbourhood units genannt. Sie sind der Leitgedanke der ganzen Planung... In Hamburg werden diese Gebilde jetzt, nachdem sie durch mein Malheur als Siedlungszellen diffamiert sind, Siedlungsknollen genannt. Ich hoffe, daß Sie diesen mir so am Herzen liegenden städtebaulichen Gestaltungsgedanken nicht ernsthaft

weise errichtete Hamburger Wohnsiedlung »Hohnerkamp« ein Musterbeispiel für die Lösung soziologischer, hygienischer und brandtechnischer Probleme im Städtebau dar. (H. Brunswig [s. A 15], S. 100.)

⁷⁴ J. Göderitz / R. Rainer / H. Hoffmann, *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt*, Tübingen 1957; W. Durth (s. A 45), S. 52. Zu den personellen Kontinuitäten im Städtebau der Bundesrepublik W. Durth (s. A 54, 1987). Zugleich schreibt Durth aber auch: »Und viele Architekten, die aus dem Krieg heimgekehrt waren oder neu von den Hochschulen kamen, wußten nicht um die Vorgeschichte mancher Planung, die ihnen nun als Zeichen eines tiefgreifenden Neubeginns erschien, mit Hoffnung und Tatkraft aufgeladen, frei von der Last der Vergangenheit.« Und weiter: »Zwischen den älteren Architekten, die unbefragt ihre alten Vorgaben auf die neuen Verhältnisse anzuwenden versuchten, und den jungen, für die das Leben neu anfang im Taumel frischer Erwartung, standen einzelne immer noch zutiefst nachdenkliche Zweifler, die auf andere Kontinuitäten hofften.« (W. Durth [s. A 54, 1990], S. 15 f.)

⁷⁵ H. B. Reichow, *Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft*, Braunschweig / Berlin / Hamburg 1948; W. Durth (s. A 45), S. 52.

als Infiltration des Totalitätsanspruchs der Partei an den Städtebau diagnostizieren.«⁷⁶ Ging es im »Dritten Reich« um eine Ausdifferenzierung, ein Hineinreichen staatlicher Macht und Kontrolle bis in jede Stadtzelle hinein, kehrte sich nun die Blickrichtung um, indem von der Familie als Keimzelle des Staates und von der Nachbarschaft als kleinster politischer Einheit im Aufbau einer Demokratie gesprochen wurde. Das Vertrauen in die gemeinschaftsbildende Wirkung der Nachbarschaften blieb dabei erhalten.⁷⁷

Die bereits in den Richtlinien für den baulichen Luftschutz im Städtebau 1938 bzw. 1942 geforderte weiträumige Gestaltung der Städte und Siedlungen bei aufgelockerter Bauweise wurde nach 1945 vielerorts realisiert, wie ein Blick auf die Zersiedlungsercheinungen im Umkreis westdeutscher Städte belegt, und auch die Eigenheimideologie der Nationalsozialisten mit dem Ideal von einem »Haus mit Garten« lebte, herausgelöst aus dem volksbiologisch-rassistischen Begründungszusammenhang, fort. Nach Auffassung Schöllers haben dabei die Erfahrungen des Luftkriegs den Wunsch vieler Menschen nach einem Wohnen im Grünen und damit die zentrifugalen Bevölkerungsverlagerungen in Form einer Stadtflucht verstärkt. »Denn auch nach 1950 kann die ›Aussiedlung ins Grüne‹ nicht nur als Folge der Eigenheim-Propagandierung und der steigenden Motorisierung gesehen werden. Sie war – zumindest tiefenpsychologisch – noch ein Teil echter Innenstadt-Flucht.«⁷⁸

Wurden in der Bundesrepublik nach 1945 die bereits während des Krieges für den Wiederaufbau der zerstörten Städte erarbeiteten Leitbilder aufgenommen und fortgeführt, weisen auf seiten der DDR viele der ab 1951 in den Aufbaustädten und in den »Neuen Städten« wie Eisenhüttenstadt vorgenommenen Innenstadtgestaltungen bemerkenswerte Parallelen mit den für die nationalsozialistischen Neugestaltungsstädte nach 1937 erarbeiteten Planungen auf. Während solcherlei machtpolitische Demonstrationsprojekte dem frisch importierten demokratischen Geist der Bundesrepublik diametral entgegengesetzt waren, eigneten sie sich im neuen, mit totalitärem Machtanspruch auftretenden und dem Vorbild der stalinzeitlichen Sowjetunion nacheifern den ostdeutschen »Arbeiter- und Bauernstaat« zur Veranschaulichung der Partei- und Staatsmacht im Stadtbild – nur hieß die Partei jetzt nicht mehr NSDAP, sondern SED. Wie in den nationalsozialistischen Neugestaltungsplanungen finden sich auch hier – allerdings in verkleinerten Dimensionen – die Aufmarschachse, das jetzt als »Zentraler Platz« bezeichnete Forum sowie monumentale Partei- und Staatsbauten wieder. Wenn sich Stadtplanung und Städtebau der DDR dabei am Vorbild der stalinzeitlichen sozialistischen Stadt orientierten, bedeutete dies zugleich, auf dem »rechten« Auge blind zu sein oder es bewußt geschlossen zu halten, denn für das Stadtbild

⁷⁶ Zitiert aus W. Durth (s. A 54, 1987), S. 257 f.

⁷⁷ W. Durth (s. A 45), S. 54 f.

⁷⁸ P. Schöller (s. A 1), S. 69.

spielte es keine nennenswerte Rolle, ob es im faschistischen oder sozialistischen Sinne umgestaltet wurde. Hätte man nicht die Parallelen zu den nationalsozialistischen Neugestaltungsplanungen erkennen müssen? Oder erkannte man – und verdrängte?

Und eine zweite Kontinuität wird sichtbar: Anstelle des Eigenheimideals, das vor allem die nationalsozialistischen Wohnungsbauvorstellungen der Vorkriegsphase geprägt hatte und in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit eine dominierende Rolle spielte, sind in der DDR die nach dem Erlaß Hitlers zum »Wohnungsbau nach dem Kriege« vom 15. November 1940 immer deutlicher werdenden Tendenzen einer Rationalisierung, Typisierung, Normierung und letztlich Industrialisierung des Bauens bereits ab 1950 gedanklich aufgegriffen, weitergeführt und schließlich ab 1955 in großem Maßstab umgesetzt worden.⁷⁹

Als dritten Kontinuitätsstrang könnte man die gezielte Rückführung von Wohnbevölkerung in die Innenstädte der DDR und die bewußte Mischung der unterschiedlichen sozialen Schichten in den Wohnvierteln anführen, die z. B. Studnitz bereits 1944 gefordert hatte.⁸⁰ Beispiele für die Schaffung von Wohnraum in zentraler Lage sind nicht nur in den Magistralenensembles der frühen 50er Jahre (Karl-Marx-Allee in Berlin, Altmarkt in Dresden, Lange Straße in Rostock) mit ihrer Integration von Geschäften im Erdgeschoß und Wohnen in den Obergeschossen zu finden, sondern setzen sich über die 60er und 70er Jahre (Leipziger Straße und Fischerinsel in Berlin) bis in die letzten Jahre des zweiten deutschen Staates fort (Hafenviertel in Rostock).⁸¹ Es bleibt mithin festzuhalten, daß die städtebaulichen Entwicklungslinien in beiden deutschen Staaten der Nachkriegszeit neben manchen nach 1945 neu eingewobenen Leitideen zugleich Kontinuitätsfäden aufweisen, die zum Teil bis ins Ende des 19. Jahrhunderts, aber eben auch – und gerade – ins »Dritte Reich« zurückreichen. Für den Städtebau gab es bei den Leitideen weder in der späteren Bundesrepublik, noch in der späteren DDR eine »Stunde Null«. Ebenso wenig aber ist es möglich, eine Brücke von der Zeit vor 1933 ins Jahr 1945 zu schlagen, da die nationalsozialistischen Architekten und Stadtplaner eben nicht mit allen städtebaulichen Ideen gebrochen, sondern viele aufgenommen und weiterentwickelt haben. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten besteht jedoch im Hinblick auf die direkten personellen Kontinuitäten, die für die Bundesrepublik aus der Zeit vor 1945 eindrucksvoll nachgewiesen worden sind,⁸² während sich hinsichtlich der führenden Architektenschaft der DDR gerade in den frühen 50er Jahren eher Verbindungslinien in die Sowjetunion Stalins aufzeigen lassen.

⁷⁹ Vgl. z. B. A. Hohn, Rostock – Hansestadt im sozialistischen Aufwind, in: K. v. Beyme u. a. (Hrsg.), Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 117 ff.

⁸⁰ H. G. v. Studnitz (s. A 49).

⁸¹ Vgl. z. B. A. Hohn, Wie weiter nach der Wende? Stadtplanung in der ehemaligen DDR zwischen Kontinuitäten und Kontrasten, in: Geographische Rundschau 42 (1990), S. 604 ff.

⁸² W. Durth (s. A 54, 1987).

Otto Borst

Stadtgeschichte für die Handtasche

Zu einer neu gegründeten Reihe »Historische Stadtführer«

In einer Volksbefragung des Kantons Basel Stadt ist jüngst die Vorlage einer neuen und umfassenden Stadtgeschichte Basels, es ging um mehr als eine Million, verworfen worden. Der Vorgang ist von überregionaler Bedeutung. Er hat gewiß etwas mit dem Zwang zum Sparen zu tun, der sich mehr und mehr auf die Gelder und die Personalstellen für die »Kultur« richtet. Die sozialen Ausgaben konkurrieren mit den kulturellen und beginnen diese zu dominieren. Aber das große Basler Nein hat auch etwas mit Geschichtsverdrossenheit zu tun, zumindest mit ihrer methodisch-didaktischen Seite. Was nützen uns mehrbändige Wälzer von Stadtgeschichte mit zwei- oder dreitausend Seiten? Wer liest das noch, wer kann es noch lesen? Ist alexandrinsche Materialanhäufung der Sinn von Stadtgeschichte? Wie sehen sie aus, die »Lernziele« von Stadtgeschichte? Was sind die spezifischen, charakteristischen Aufgaben von Kommunalgeschichte?

Der in Sigmaringendorf sitzende Regio Verlag Glock und Lutz hat diese grundsätzlichen Bedenken und Entscheidungen sozusagen unterlaufen. Er hat mit einer Reihe Historischer Stadtführer begonnen, die sich – ohne weiter über die oben angerissenen Fragen zu grübeln – an ein Publikum richtet, »das zur Geschichte einer Stadt mehr wissen möchte, als in den üblichen Guides geboten wird«. Zum Konzept schreibt uns der Verlag: »Die Konzeption der Bände ist stets gleich: Einem knappen Überblick zur jeweiligen Stadtgeschichte, der jedoch nichts Wesentliches ausläßt, folgt dann ein Führerteil, der die historischen Gebäude, Institutionen, Denkmäler und Plätze mit ihrem historischen Hintergrund vorstellt. Zusammen mit den zahlreichen, teils farbigen Abbildungen und dem stets beigegebenen Stadtplan bietet so jeder Band Stadtgeschichte

nicht nur zum Er-lesen, sondern auch zum »Er-laufen« (der Rezensent fügt an: müßte wohl »Er-gehen« heißen). Mit Fug und Recht können die Bände als »Stadtchronik und -führer im Taschenformat« bezeichnet werden.«

Der erste, 1989 erschienene (wie alle folgenden 10,2 × 17,4 cm) und von Karl Mors bestrittene Band galt Hechingen. Er ist, im Gegensatz zum folgenden Band auf Mattpapier gedruckt, was der Lesbarkeit trotz Verwendung vieler Schwarz-Weiß-Abbildungen sehr zugute kommt. Sympathisch, daß in der geologisch-geographischen Vorstellung der »Landschaft um Hechingen« das Ehrenmal für die Opfer des Ölschieferabbaus nicht vergessen wird; nicht alle Frühgeschichtler denken an derlei Zeitgeschichte. Der 60 Seiten starke stadtgeschichtliche Teil ist bestens untergliedert, kommt indes manchmal gar nicht vom Fleck. Das kleine Kapitel über »Bruderschaften« (S. 31) mischt Allgemeines mit Spezifischem, so sehr, daß eigentlich beide nicht auf ihre Rechnung kommen, der »Generalist« nicht und der auch an Details Interessierte nicht. Es geht ja, auf so knappem Raum, um das, wie der Verlag sagt, Wesentliche, wir ergänzen: um das Typische und jeweils Charakteristische der einzelnen Stadt. Ob Kapitel wie »Das Leben in der jüdischen Gemeinde«, »Verordnungen« oder »Feuerlöschwesen« unter diesem Betracht viel bringen, mag bezweifelt werden. Andererseits muß bei diesen wohlfeilen Taschenformatführern auch immer an völlig Fremde gedacht werden, die diese Stadt kennen lernen wollen. Da scheint es geboten, nicht selbstverständlich, wie geschehen (S. 108), von der Prinzessin Hortense Eugénie Napoleone auszugehen, sondern schlicht und knapp zu erläutern, wer damit gemeint ist.

Der im gleichen Jahr 1989 erschienene zweite

Band »Sigmaringen« ist der seitenstärkste aller vorliegenden; 200 Seiten Umfang waren angekündigt, 239 sind's geworden. Vielleicht lag's nicht zuletzt daran, daß der von einer besonderen lokalen Expertin Maren Kuhn-Refus herausgegebene Band 5 weiteren Mitarbeitern Raum geben konnte oder mußte. Auf fast 80 Seiten, der überarbeiteten Form eines Aufsatzes, bietet Maren Kuhn-Refus die Geschichte Sigmaringens, wobei etwa die verwaltungsgeschichtliche Partie hätte konzentrierter ausfallen und zeitgeschichtliche Kapitel, etwa der Sigmaringer Aufenthalt der Vichy-Regierung nachdrücklicher hätten vorgestellt werden können. Der kunstgeschichtliche Teil stößt an die Grenzen dessen, was in einem in Kürze gefaßten Stadtführer erwartet werden mag. Der Gasthof Traube, ein einziges Beispiel (S. 120–122), mag dem Einheimischen eine vertraute und wohl auch interessante Sache sein, der Fremde fängt mit der Besitzgeschichte des Hauses wenig an. Daß auch die eingemeindeten Vororte bzw. Stadtteile ausführlich zu Wort kommen, kann lobenswert sein. Aber auch hier muß es ein Ende haben. Wer fängt schon mit der Beschreibung von St. Fidelis von 1964 (eine der Pfarrkirchen aus der Unzahl »moderner« Kirchenbauten) – wohlgemerkt als fremder Reisender – etwas an?

Heidelberg hat da eine qualitativ andere Gabe, das »klassische Heidelberg« eben, ein dünnes Bändchen mit 157 Seiten, von Meinold Lurz mit einem lesbaren Plan (was man im Band Sigmaringen und seiner als Karte fungierenden Rückenklappe gewiß nicht sagen kann) und einem erschöpfenden Überblick über die Stadtgeschichte. Ihm gelingt beispielsweise bei aller Knappheit ein kleines, aber farbiges Bildchen der Heidelberger Romantik oder der besonderen nationalen Geistigkeit der Heidelberger Universität vor und nach 1933. Im Blick auf das – die ganze Stadt- und Universitätsgeschichte bis heute dominierende – Schloß wäre die Beigabe eines knappen Plans angemessen gewesen. Da und dort stoßen die Bildwiedergaben an die Grenzen dessen, was zu leisten war. Ob ein Unkundiger mit der (S. 112) Wiedergabe des Windsheimer Riemenschneider-Altars viel anfangen vermag, darf bezweifelt werden, ganz zu

schweigen davon, daß niemand erfährt, wie der überhaupt nach Heidelberg kam.

Mit dem 1991 erschienenen Band Jena aus der Feder von Ruth F. Kallies greift die Reihe in die neuen Bundesländer hinüber. Die Darstellung der Stadtgeschichte hat viel Mühe, das Wesentliche zu Wort zu bringen. Für den Dreißigjährigen Krieg (S. 36f.) verfällt die Autorin plötzlich auf die Wiedergabe einer »Zeittafel«: wir wären weiter gekommen, wenn sie uns knapp gesagt hätte, was diese dreißigjährige Kriegszeit für Jena gebracht hat und nicht. Das geistige Jena, die Eigenart und Wirksamkeit der aufklärerisch-humanistischen Gelehrtenrepublik um 1800, erscheint so gut wie gar nicht, allein Schillers Wirksamkeit hätte wenigstens noch in zwei, drei Sätzen angedeutet werden können; die minutiöse Beschreibung der »Schiller-Gedenkstätte« (S. 147–149) macht freilich ein bißchen wieder wett davon. Wie sehr Vf. Mühe mit einer informativen, aber auf das Wesentliche abgehobene stadtgeschichtlichen Darstellung hat, verrät allein die alles und nichts sagende Überschrift »Jahrhundert der Veränderungen« (S. 60). Warum ist das »moderne« Jena, warum sind diese schrecklich-monumentalen Hochhausilos, betontgewordene Geschenke der SED-Zeit, nicht zu Wort gekommen? Da hätte sogar ein Bild nichts geschadet (Bilder sind auf den Seiten 86, 100, 140 und 157 völlig mißraten, niemand kann Sinnvolles aus diesen patzig-schwarzen Flecken herauslesen).

Der von Heinrich Kühne geschriebene Band Wittenberg geht im Blick auf das Bildmaterial sehr viel vorsichtiger vor, hier wird auch mehr mit Farbbildern gearbeitet (die übrigens in allen bis jetzt vorliegenden Bänden vorbildlich gelungen sind). Warum die »Lutherstadt Wittenberg«, wie das offiziell heißt, freilich auf dem Umschlag mit einem farbigen Steindruck des Jahres 1853 bedacht wird, bleibt rätselhaft; dies Pickelhaubenidyll könnte auch jeder mitteldeutschen Stadt gegolten haben. Das Spezifische der Lutherstadt, und das heißt doch auf weite Strecken der Universitätsstadt, kommt in der Miniatur aus der Wittenberger Matrikel von 1644 (S. 129) sehr viel deutlicher zum Ausdruck. Der stadtgeschichtliche Part hat etliche Unebenhei-

ten nicht ganz vermeiden können; das Kapitel etwa über den – Wittenberg nicht schicksalhaft bestimmenden – Siebenjährigen Krieg in der Stadt ist entschieden zu lang geraten und hätte sicherlich im ausholenden Kapitel »Wittenberg unter den Preußen« (S. 41–51) untergebracht werden können. Dafür hat der Band eine Karte mitbekommen, die, ad hoc angelegt, schlechterdings vorbildlich ist.

Die Reihe wird fortgesetzt. Aus Österreich stehen Feldkirch und Bregenz auf dem Programm, für die alten Bundesländer Konstanz und Stuttgart. Vor allem aber die neuen Bundesländer sollen mit Städten ihres Gebiets vorgestellt werden,

Die Autoren

GERHARD FEHL, 1934; Dr.-Ing., Master of Civic Design (Liverpool), Städtebauer, seit 1971 Professor für Planungstheorie im Fachbereich Architektur der RWTH Aachen. Forschungsschwerpunkt: Geschichte und Theorie der Stadtplanung seit dem 19. Jahrhundert; hierzu zahlreiche Veröffentlichungen.

SUSANNE HAUSER; Nach Studium der Linguistik, Geschichte und Germanistik 1983–1988 wiss. Mitarbeiterin der Arbeitsstelle für Semiotik, TU Berlin, Fachbereich Kommunikations- und Geschichtswissenschaften. Promotion 1989 (Der Blick auf die Stadt). Lehrbeauftragte an der Universität Innsbruck zum Thema Stadtkultur. Forschungsschwerpunkte: Zeichen- und Diskurstheorie, Umweltgeschichte.

Leipzig, Halberstadt, Freiberg/Sachsen, Schwerin, Magdeburg, Gera u. a. Die Bände Erfurt und Gotha sind bereits erschienen. Keine Frage, daß diese Reihe auf gelungene Weise eine Lücke füllt. Das sind Stadtgeschichten sozusagen zum Anfassen und mit einer deutlich erzieherischen Note. Es geht hier nicht (mehr) um Stoffhuberei, sondern um das »tragbare« Stück eines jeweiligen und spezifischen Stadt-Originals. Daß hier, im Blick auf ideologisch unabhängige Stadtgeschichte, bei den Städten der neuen Bundesländer Pilotarbeit ersten Ranges zu leisten ist, braucht nicht weiter betont zu werden.

UTA HOHN, 1960; Studium der Fächer Geographie und Geschichte an der Universität Bochum; wiss. Mitarbeiterin 1986–1987 in Bochum, 1987–1990 in Duisburg. Dort seit 1990 wiss. Assistentin im Fach Geographie; Promotion über die »Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg; 1993 einjähriges Forschungsstipendium der Japan Foundation über Stadtplanung in Japan unter Berücksichtigung von Stadterneuerungs- und Stadterhaltungsmaßnahmen.

URSULA VON PETZ, Dr.-Ing., Akademische Oberärztin am Institut für Raumplanung, Universität Dortmund. Promotion mit einer Arbeit zur »Stadtsanierung im Dritten Reich«. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Planungsgeschichte, Stadterneuerung, Stadtentwicklung. Redaktion der Dortmunder Beiträge zur Raumplanung.

Neue Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Angermünde; Brandenburg, ca. 11 400 Einwohner.

Die Stadt Angermünde liegt in der südöstlichen Uckermark im Land Brandenburg. Sie ist gebettet in die seenreiche Grundmoränenlandschaft der uckermärkischen Platte. Diese reizvolle Landschaft ist im Westen und Norden der Stadt von großen zusammenhängenden Laub- und Mischwaldgebieten sowie im Süden und Osten von offenen, hügeligen Feldflächen und Niederungen geprägt.

Als Jahr der Verleihung der Stadtrechte an Angermünde wird 1233 angenommen. Ab 1313 wurde die Stadt bis ins 19. Jahrhundert hinein Neu-Angermünde genannt. Angermünde gehörte außerdem seit 1340 dem Verband der Hanse an. Um 1600 lebten 1460 Einwohner in der Stadt. Nach dem 30jährigen Krieg, in dem die Gebäude der Stadt stark verwüstet wurden und die Einwohnerzahl bis auf ca. 100 sank, ging der Aufbau nur langsam voran. Erst zum Ende des 17. Jahrhunderts, mit der Zuwanderung hugenottischer Familien ab 1687 und Errichtung einer Garnison mit ca. 300 Soldaten mit Anhang 1694, kam wieder wirtschaftliche Bewegung in die Stadt. 1817 wurde Angermünde Kreisstadt und damit Mittelpunkt des Landkreises. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts ließen sich neue Betriebe in der Stadt nieder, außerdem wurden Verwaltungs-, Kirchen und Versorgungseinrichtungen erbaut. Da die Stadt 1945 kampflos den sowjetischen Truppen übergeben wurde, konnte sie vor der völligen Zerstörung bewahrt werden. Die historische Altstadt Angermündes ist weitgehend erhalten; auf einem mittelalterlichen Stadtgrundriß hat sich schließlich eine Bebauung aus dem 18. und 19. Jahrhundert durchgesetzt.

Der Altstadt wird hohe Bedeutung, auch für die wirtschaftliche Zukunft Angermündes beigemessen. Es gibt nur wenige, so weitgehend erhaltene historische Stadtkerne im Land Brandenburg, so daß – eine Sanierung vorausgesetzt – davon eine starke Anziehungskraft für den Fremdenverkehr und langfristig möglicherweise auch auf die Wohnstandortwahl im Einzugsbereich Groß-Berlin ausgehen wird. Denn die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Gemeindegebiet soll für die Zukunft Angermündes von großer Bedeutung sein.

Die Stadt Angermünde hat in den letzten 40 Jahren eine Fehlentwicklung über sich ergehen lassen müssen, an deren Schäden sie noch lange laborieren wird. Wohn-, Gewerbe- und Industrie Flächen sind wahllos zerstreut. Ein Entwicklungskonzept lag nicht vor. Der Flächennutzungsplan wurde in der komplizierten Zeit der Wende innerhalb eines Jahres erstellt. Diese vorbereitende Bauleitplanung legt, bezogen auf den Planungszeitraum von 15 Jahren, folgende Hauptziele der Stadtentwicklung vor:

Erhalt der vorhandenen städtebaulichen Grundfigur und der engen räumlichen Verzahnung von Stadtkörper und offener Landschaft; Sanierung der Altstadt und ihre Weiterentwicklung zu einem regionalen Versorgungskern; Neubau von 500 bis 1000 Wohnungen; Erschließung neuer Gewerbegebiete und die Schaffung neuer Arbeitsplätze; Erneuerung und Ausbau der technischen Infrastruktur; Wiederherstellung der Landschaft im Zuge der Neustrukturierung der Landwirtschaft und eine stärkere Verflechtung der östlichen Altstadt und der westlichen Neubaugebiete.

Gotha; Kreisstadt in Thüringen, ca. 57 000 Einwohner.

Bereits 775 wurde Gotha bei einer Schenkung Karls des Großen an das Kloster Hersfeld urkundlich erwähnt. An der wichtigen West-Ost-Straße von Frankfurt/Main nach Leipzig entstand vor 1180 eine Kaufmannssiedlung mit Markt. An diese anschließend wurde um 1200 die Stadt mit Hauptmarkt und der 1530 abgebrochenen Marienkirche planmäßig in regelmäßiger Grundrißdisposition angelegt.

Der vor allem im 15. und 16. Jahrhundert erungene Wohlstand der Stadt ruhte auf dem Handel mit Getreide, Produkten der Waldwirtschaft und besonders mit Waid. Von 1640 bis 1825 war Gotha Haupt- und Residenzstadt des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg, von 1826 bis 1918 des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha.

Die Stadt liegt nördlich des Thüringer Waldes und wird als ein Verkehrsknotenpunkt ›Tor zum Thüringer Wald‹ genannt. Zu den herausragenden städtebaulich-architektonischen Ensembles gehört der Hauptmarkt. Ein langer, rechteckiger zum Schloßberg ansteigender Platz mit einer geschlossenen Bürgerhausbebauung vorwiegend des 16. und 17. Jahrhunderts. Auf ihm steht frei das dreigeschossige Rathaus – ein Renaissancebau von 1567 bis 1574 errichtet. Westlich des Marktes befindet sich das ehemalige Augustinerkloster mit einem Kreuzgang von 1366 und einer im 13. Jahrhundert begonnenen Kirche.

Das Schloß Friedenstein bildet die Stadtkrone, angelegt nach der Schleifung der mittelalterlichen Burganlage unter Herzog Ernst I. in den Jahren 1643 bis 1657. Es ist der erste Schloßbarockbau in Deutschland, der zugleich richtungsweisend für alle Thüringer Schloßanlagen wurde.

Die wertvolle historische Altstadt erlebte zwei tiefe Eingriffe, im Zweiten Weltkrieg kam es zu Zerstörungen und in den 1980er Jahren zu einem Flächenabriß des westlichen Altstadtviertels. Hier wurde bei der Neubebauung der historische Stadtgrundriß beseitigt. Für die verbliebenen Teile der Altstadt wurde die Ausweisung als Flächendenkmal beantragt. Die Sanierung die-

ses Stadtgebietes mit Hilfe des Sonderförderprogrammes – Städtebaulicher Denkmalschutz – stellt eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre dar.

Hansestadt Rostock; Mecklenburg-Vorpommern, ca. 244 000 Einwohner.

Seit 1218 Stadtrecht, wichtiges Glied der Hanse. Die 1419 gegründete Universität ist die älteste in Nordeuropa.

Der Stadtkern befindet sich westlich der schiffbaren Unteren Warnow auf dem Hochufer in 12 km Entfernung von der Ostseeküste.

Obwohl der Zweite Weltkrieg etwa 50 Prozent der Altstadt in Schutt und Asche legte, blieben Teile bewahrt, die von internationaler Bedeutung sind. Rostock hat seinen Ursprung in einer deutschen Siedlung, die im 12. Jh. während der Erschließung slawischen Territoriums entstand.

Fürst Heinrich Borwin I. bestätigt der Stadt Rostock den Gebrauch des lübschen Stadtrechts. Hiermit war zunächst die Altstadt um St. Petri gemeint. Relativ schnell entstanden zwei weitere Teilstädte, die Mittelstadt um St. Marien und Neuen Markt und die Neustadt um die im Krieg zerstörte St. Jacobi.

1265 wurden die drei Städte vereinigt und dann gemeinsam ummauert.

1323 erwarb die aufstrebende Stadt am Zufluß der Warnow in die Ostsee den Fischerort Warnemünde und sicherte sich so den offenen Zugang zum Meer.

Zu den wertvollen denkmalgeschützten Ensembles und Bauwerken gehören: der Neue Markt mit spätgotischem und barockem Rathaus und mit der stattlichen Marienkirche, 1260 ursprünglich als Hallenkirche begonnen, seit 1290 zur Backsteinbasilika umgebaut, imposant das Westwerk mit 86 m hohem Turmabschluß von 1796. Die im Kern spätromanische Nikolaikirche entstand als eine der ältesten gotischen Hallen im Ostseeraum nach westfälischem Vorbild mit Turm. Die Altstadt prägen weiterhin die Heiligkreuzkirche des ehemaligen Zisterzienserklosters (14. Jh.), die Michaelis-

kirche, eine einschiffige Bettelordenskirche, (1480–1488) von Bernd Wartenberg, sowie das städtebauliche Ensemble am Universitätsplatz.

Zugunsten neuer Architektur in Plattenbauweise wurde die Erhaltung der historischen Bausubstanz stark vernachlässigt. Desolate Bauzustände und viele Funktionsmängel kennzeichnen die historische Stadt, obwohl einige auserwählte Bereiche rekonstruiert und instandgesetzt werden konnten.

Die 1990 eingeleitete Phase der Sicherung und Sanierung wird einen langen Zeitraum umfassen.

Ilmenau; Kreisstadt in Thüringen, ca. 30 000 Einwohner.

Über die Anfänge der Siedlung Ilmenau ist wenig bekannt. In nennenswertem Umfang wird sie schon im 13. Jahrhundert existiert haben. Die Lage an einer Handelsstraße, die von Erfurt nach Nürnberg führte, begünstigte die Entwicklung von Ilmenau. Im 14. Jahrhundert wird Ilmenau mehrfach urkundlich erwähnt, im Jahre 1341 erstmals als Stadt.

Die frühesten bekannten Herren waren die Grafen von Henneberg. Bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert wechselten die Herren über Ilmenau durch Veräußerung und Verpfändung der Stadt mehrfach. Doch schließlich kam Ilmenau wieder in die Herrschaft der Henneberger zurück. Nach deren Aussterben fiel Ilmenau an das Haus Sachsen und wurde bei der Erbteilung 1660/61 dem Herzogtum Sachsen-Weimar zugesprochen, wo es bis 1918 verblieb.

Bereits im 12. Jahrhundert wurde in Ilmenau Bergbau betrieben, gefördert wurde vor allem Silber und Kupfer.

1776 kam J. W. Goethe im Auftrage der herzoglichen weimarischen Regierung zum ersten Mal nach Ilmenau, um das verwahrloste und verworrene Finanz- und Steuerwesen des Amtes Ilmenau zu prüfen. Weit größer und mühevoller waren jedoch Goethes Bemühungen um die Wiederbelebung der Ilmenauer Bergwerke, die seit 1739 brach lagen. Goethe besuchte insgesamt 28mal die Stadt, sein bergmännisches Amt

führte ihn nach Ilmenau, seine Liebe zur schönen thüringischen Landschaft ließ ihn an zahlreichen Plätzen in und um Ilmenau verweilen. Am nahegelegenen Kickelhahn (861 m) entstand 1780 »Wanderers Nachtlied«.

Die erste Glashütte in Ilmenau entstand 1675. Im 18. Jahrhundert begann man in Ilmenau mit der Porzellanherstellung. Glas- und Porzellanherstellung sind heute ein nicht unbedeutender Wirtschaftszweig der Stadt.

Nach 1830 entwickelte sich in Ilmenau durch die Errichtung von Kaltwasserheilstätten der Kur- und Badebetrieb, durch die beginnende Industrialisierung und den Brand der Badeanstalten 1920 kam der Kurbetrieb zu Beginn unseres Jahrhunderts jedoch schließlich zum Erliegen.

1952 wurde Ilmenau durch die Einteilung der ehemaligen DDR in Bezirke Kreisstadt im Bezirk Suhl, in der 1953 die »Hochschule für Elektrotechnik« gegründet wurde. 1963 erhielt sie den Status einer »Technischen Hochschule«, an der heute mehrere tausend Studenten immatrikuliert sind.

Viele Touristen besuchen jährlich die Stadt, die durch ihre Lage ein beliebter Ausgangspunkt für Wanderungen und Fahrten ins Rennsteiggebiet ist, auch die Kulturstädte Erfurt und Weimar sind von Ilmenau aus bequem zu erreichen. Der Besucher der Stadt kann heute noch den Spuren Goethes folgen und die Natur auf dem »Goethewanderweg« erleben.

Mit Beginn der politischen Umwandlung im Lande befindet sich die Stadt in einer Phase umfassender Sanierungsmaßnahmen, die unter städtebaulich/denkmalpflegerischen Aspekten vorrangig den historischen Stadtkern umfassen. Die Stadterneuerung dient der Verbesserung der gesamten Infrastruktur, ebnet den Weg für ein Erstarben des Handels in der Innenstadt und ein Wiederbeleben des Tourismus, verlegt die Industrie aus der Innenstadt an den Stadtrand und bezieht das Leben der Technischen Universität in die kommunalen Bereiche ein.

Ludwigslust, Kreisstadt in Mecklenburg-Vorpommern, ca. 13 000 Einwohner.

Ludwigslust hat seinen Siedlungsursprung in dem Ort Klenow, der erstmals 1399 erwähnt wird und 1616 an Mecklenburger Herzoge fällt.

Die Stadtentwicklungsgeschichte beginnt im Jahr 1756. Unter Leitung des Baumeisters Johann Joachim Busch wird die Stadtanlage mit Schloß, Kirche und Schloßstraße geplant und begonnen.

Die Stadt Ludwigslust hat außer dem unbedeutenden Ort Klenow keinen entwicklungshistorischen Bezug. Sie ist eine auf dem Reißbrett entworfene und in die Landschaft gestellte Stadt. Darin liegt auch der unverwechselbare, besondere städtebauliche Wert. Sichtachsen, gestaltete Straßen und Freiräume stehen in direktem Bezug zu Schloß und Kirche und lassen spätbarocke Bau- und Gestaltungskunst deutlich erkennen.

Der Baumeister Johann Georg Barca übernimmt ab 1809 die Stadtentwicklung und errichtet stadtbildprägende klassizistische Bauten. Der Schloßpark – mit 120 ha größter Park Mecklenburgs und wichtiger Anziehungspunkt für viele Besucher – wurde 1860 durch Peter Josef Lenné gestaltet. Von 1764 bis 1837 ist Ludwigslust Residenz der Mecklenburger Herzöge. 1876 erhält Ludwigslust Stadtrecht.

Heute ist Ludwigslust als Stadtdenkmal mit internationaler Bedeutung in das Sonderprogramm des Bundes, städtebaulicher Denkmalschutz, aufgenommen und hat ein Sanierungsgebiet Altstadt von etwa 56 ha.

Ludwigslust liegt als bedeutender Eisenbahnknotenpunkt an den Strecken Hamburg – Berlin, Leipzig – Magdeburg – Schwerin – Rostock und ist an das Bundesstraßennetz von Nord nach Süd und Ost nach West direkt angebunden. Autobahnanschluß besteht zur A 24 – 12 km nördlich von Ludwigslust.

In der Stadt befindet sich das über die Landesgrenzen hinaus bekannte evangelische Krankenhaus Stift Bethlehem. Als Unterzentrum mit teilweise mittelzentralen Funktionen ist die Stadt Ludwigslust im südwestmecklenburgischen

Raum bedeutendes Siedlungszentrum und Zentrum für die Wirtschaft, Verwaltung und Kultur.

Die Stadterneuerung und denkmalpflegerische Sanierung sind kommunalpolitische Daueraufgaben und sollen dazu beitragen, die Unverwechselbarkeit der Stadtanlage und des Stadtbildes zu erhalten.

Nagold; Große Kreisstadt, Kreis Calw, Baden-Württemberg, ca. 22 000 Einwohner.

Nagold ist seit mehr als tausend Jahren kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt des oberen Nagoldtales. Siedlungsursprünge reichen bis in die Urnenfelder- und Hallstattzeit (12.–6. Jh. v. Chr.) zurück. Erstmals erwähnt ist Nagold (»villa nagaltuna«) in einer Schenkungsurkunde zugunsten des Klosters St. Gallen vom 3. Mai 786 n. Chr. Die Stadtgründung erfolgte zu Beginn des 13. Jh. durch Pfalzgraf Rudolf I. von Tübingen. Bis 1938 war Nagold Amts- und (seit 1806) Oberamtsstadt.

Das Stadtbild wird beherrscht durch die Ruine der frühmittelalterlichen Fliehburg »Hohennagold« auf dem Schloßberg (531 m). Als ältestes Zeugnis der Christianisierung des oberen Nagoldtales stellt die Remigiuskirche, teilweise unter Verwendung römischer Grundmauern erbaut, das baugeschichtlich wertvollste Gebäude Nagolds dar.

Mit der 1977 wieder aufgenommenen Stadtsanierung gelang es, überwiegend durch Modernisierungsmaßnahmen mit Fachwerkreilegungen und Fassadenerneuerungen, aber auch durch Flächensanierung, das historische Stadtbild mit seinem eigentümlich ellipsenförmigen Grundriß wieder stärker herauszuarbeiten und die Lebenskraft der Altstadt zu erhalten.

Olten; Stadt im Kanton Solothurn, ca. 18 200 Einwohner.

Olten war schon in urgeschichtlichen Zeiten ein bevorzugtes Siedlungsgebiet. Urkundlich wird es erstmals im Jahre 1201 genannt. Um 1500

zählte das Städtchen rund 500 Einwohner und noch um 1800 waren es rund 1000 Ansässige. Diese unbedeutende Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Stadt Solothurn ängstlich darauf bedacht war, neben sich keinen verkehrsgünstigeren Konkurrenten aufkommen zu lassen. Der eigentliche Aufstieg Olten kam erst mit dem Bau der Eisenbahn um ca. 1850. Heute ist Olten die größte Stadt im Kanton Solothurn und nimmt dank seiner gesunden Durchmischung von Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen eine wichtige wirtschaftliche Stellung im schweizerischen Mittelland ein.

Die Stadt, von vier Hügeln und Wald umsäumt, ist räumlich klar begrenzt. Die auf einem markanten Felskopf liegende Altstadt wird vor allem durch den alten Stadtturm (1461) und die Holzbrücke (1295/1803) charakterisiert. Die öffentlichen Gassen und Plätze sind weitgehend saniert und die Altstadt erfreut sich einer belebten Fußgängerzone. Neben etlichen privaten Sanierungsbauvorhaben wird zur Zeit die städtische Bibliothek neu gestaltet.

Bereits im Mittelalter war Olten mit seinem Aareübergang ein wichtiger Standort der Nord-Süd-Verkehrsrouten. Mit der Ansiedlung der Schweizerischen Bundesbahnen erlangte Olten als Knotenpunkt einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Neben der damit verbundenen Zentrumsentwicklung und der starken Ansiedlung von Industrie und Gewerbe folgten auch die ersten Wohnquartiere nach dem Vorbild der englischen Gartenstadt. Die heute ausgedehnten und intakten Reiheneinfamilienhaus-Quartiere prägen das Stadtbild von Olten mit und bieten gleichsam Vorbilder für die heute propagierte verdichtete Bauweise.

Ein Ausflug auf das südlich gelegene Säli-Schloßli – ein Wahrzeichen Olten – bietet einen eindrucksvollen Ausblick auf die Stadt und ihre Region.

Stuttgart-Bad Cannstatt, Baden-Württemberg, ca. 56 000 Einwohner.

Das im klimatisch günstigen Neckartal gelegene Bad Cannstatt geht in seiner Siedlungsgeschichte in die Jungsteinzeit zurück. Um 90

n. Chr. errichteten die Römer oberhalb der Neckarfurt ein Kastell, welches 150 n. Chr. nach Welzheim verlegt wurde.

709 wurde Cannstatt erstmals urkundlich erwähnt. Der unter der Herrschaft der Staufer ummauerte Ort, einst Sitz eines königlichen Gerichts, wurde im 13. Jahrhundert württembergisch. 1330 wurden dem Ort die Stadtrechte verliehen.

Stadtmauer und Türme der mittelalterlichen Stadt wurden im 19. Jahrhundert fast vollständig abgebrochen.

Als wichtige Gebäude der historischen Altstadt sind noch heute die ev. Stadtkirche (1460/1471), das Rathaus (1490) und das »Klösterle« (1463) erhalten.

Im 19. Jahrhundert, unter König Wilhelm I., entwickelte sich Cannstatt zur Badestadt. Wichtigste Bauten dieser Zeit sind der Kursaal (1825/1842), der maurische Garten (heute Tierpark Wilhelma) mit Wilhelmatheater (1837/1840) und das Schloß Rosenstein (1824/1829).

Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde Cannstatt ein wichtiger Industriestandort. 1890 wurde hier die Daimler Motorengesellschaft gegründet.

Nach vorbereitenden Untersuchungen aus dem Jahr 1973 ist die gesamte Altstadt seit 1976 als Sanierungsgebiet ausgewiesen, in welchem heute die Sanierungsziele weitestgehend erreicht sind.

Sulz am Neckar; Landkreis Rottweil, Baden-Württemberg, ca. 11 500 Einwohner.

Archäologische Funde zeugen von einer Besiedlung bereits in ur- und frühgeschichtlicher Zeit. Erstmals Standort eines Römerkastells mit angrenzender Zivilsiedlung (vicus) am Schnittpunkt wichtiger Römerstraßen.

Erste urkundliche Erwähnung 790 als »villa publica sulza« (der Name hängt wohl mit den Salzvorkommen zusammen), Verleihung der Stadtrechte 1284.

Die Kernstadt Sulz, zu der im Zuge der Gemeindereform neue Stadtteile hinzukamen, war ursprünglich Stammsitz der Grafen von Sulz, an deren Stelle Mitte des 13. Jahrhunderts die Her-

ren von Geroldseck traten. Seit 1473 gehört sie zu Württemberg. Im Mittelalter war in Sulz die einzige Saline Württembergs, die die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung bildete.

Nach einem verheerenden Stadtbrand am 15. 7. 1794, dem bis auf die Evangelische Stadtkirche und vier Gebäuden die gesamte Innenstadt zum Opfer fiel, wurde von der Württembergischen Rentkammer der Hofwerksmeister Johann Christian Adam Etzel mit der Planung für den Wiederaufbau beauftragt.

Der besondere Grundriß, der die Stadt prägt, ist das Ergebnis dieser durchdachten Planung, der es wohl letztlich auch zu verdanken ist, daß großflächige Sanierungen nicht erforderlich sind. In Randbereichen erfolgt seit Jahren eine stetige Verbesserung durch Maßnahmen im Rahmen des Wohnumfeldprogramms.

Das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg hat im Rahmen der Listenerfassung der Kulturdenkmale im Hinblick auf eine Vielzahl denkmalgeschützter Gebäude vorgeschlagen, die Innenstadt von Sulz als geschützte Gesamtanlage auszuweisen.

Besondere Sehenswürdigkeiten/Baudenkmäler: Stadtkirche, Burgruine Albeck, Wehrkirche in Bergfelden, Wasserschloß in Glatt, ehemalige Klosteranlagen Kirchberg und Bernstein.

Walldürn, Baden-Württemberg, ca. 11 000 Einwohner.

Die erste urkundliche Erwähnung der Stadt war im Jahre 795. Walldürn ist seit über 650 Jahren ein weithin bekannter Wallfahrtsort mit jährlich bis zu 130 000 Pilgern.

Zentraler Mittelpunkt von Walldürn bilden die barocke Wallfahrtskirche (1728), das Rathaus (1448) im kunstvoll gotischen Fachwerkstil und das ehemalige »Alte Schloß«, das jetzt einen Teil der Stadtverwaltung beherbergt.

Um den alten Stadtkern zu bewahren, »baut« die Stadt auf die Sanierung. So wurde u. a. das Heimatmuseum erweitert, außerdem das »Kleinbürgerhaus« renoviert. Als weiteres wurden im Bereich »Mollenhof«, Miltenberger Torplatz, Areal Riesen verschiedene private Sanierungs- und Freiraumgestaltungsmaßnahmen durchge-

führt. 1983 wurde eine Altenwohnanlage unter Federführung der Arbeiterwohlfahrt angelegt.

Wittstock, Kreisstadt in Brandenburg, ca. 14 000 Einwohner.

Die 948 erstmals erwähnte Stadt erhält 1248 Stadtrecht und ist von 1271–1548 Sitz der Bischöfe von Havelberg. Durch sie und die günstige Lage am Schnittpunkt wichtiger hansischer Handelsstraßen entwickelte sich die Stadt rasch.

Bekannt wurde Wittstock durch die Schlacht am Scharfenberg (4. 10. 1636), die bei Schiller und vor allem Grimmelshausen als das wohl blutigste Gemetzel des Dreißigjährigen Krieges eingeschätzt wird. Zwar zerstörte ein Stadtbrand im Jahre 1716 fast Dreiviertel der Stadt, doch erstand sie bald wieder. Es gibt heute noch einen größeren Teil Häuser aus der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Wittstock ist eine alte Tuchmacherstadt; um 1800 gab es noch über 270 selbständige Tuchmachermeister. Um die Wende zum 20. Jahrhundert prägen Handwerker und Ackerbürger die Stadt. Sie galt als bedeutende Schulstadt der Prignitz (Gymnasium, Lyzeum, Ackerbauschule).

Sowohl die Seen um Pla u als auch die Müritz und die mecklenburgisch-brandenburgische Seenplatte sind von Wittstock aus gut und schnell erreichbar. Die wasser- und waldreiche Umgebung ist zum Wandern hervorragend geeignet; durch ein zunehmend günstigeres Freizeitangebot (u. m. Segelfliegen, Skeet, Trap-Schießanlage, Museum, Reitsport und sich entwickelnde Hotelkapazitäten gewinnt die Region an Attraktivität.

1952 wurde Wittstock Kreisstadt. Zu dieser Zeit wuchs die Einwohnerzahl von Wittstock von knapp 10 000 auf über 14 000. Zu den Sehenswürdigkeiten zählen die 2,5 km lange, vollständig erhaltene Stadtmauer, die St.-Marienkirche, das Gröpertor und das Rathaus sowie Einzelgebäude in der Stadt (mehr als 100 denkmalgeschützte Häuser). Die gesamte Altstadt ist ein Flächendenkmal. Die Innenstadt ist als Sanierungsgebiet festgelegt; eine Sanierungsschrift wird für 1992 vorbereitet.

Besprechungen

EBERHARD ISENMANN, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft (UTB Große Reihe, Bd. 1483), Stuttgart: Ulmer 1988, 442 S., DM 68,-.*

Wie nur wenige andere Arbeitsgebiete der Spätmittelalterforschung hat die Stadtgeschichte in den letzten Jahren weiteres Terrain erschlossen, sich neuen Fragestellungen geöffnet. Monographisch auf eine Stadt oder auch vergleichend auf deren mehrere bezogen, sind zahlreiche und wesentliche Arbeiten vorgelegt worden, in manchen Problemfeldern, wie etwa zu innerstädtischen Unruhen, bereits Synthesen langjähriger Forschungsarbeit gelungen. Dem bibliographisch Informierten erschließt sich ein reiches Feld an Vorarbeiten. Im selben Maße, in dem dieses wächst, verliert es an Übersichtlichkeit für den Interessierten, der sich über grundlegende thematische Einzelaspekte eines großen Themenspektrums, über ältere wie neuere Fragen und Ergebnisse schnell und präzise kundig machen will.

Mittlerweile hat sich das hier zu besprechende Buch von Isenmann zu einem in diesem Sinne (nicht nur in Mittelalter-Proseminaren) unentbehrlichen Standardwerk entwickelt, das nach seinen »Vorläufern«, dem 1954 erstmals erschienenen Werk von Hans Planitz über die deutsche Stadt im Mittelalter und dem zuerst 1972 veröffentlichten Buch von Edith Ennen über die europäische Stadt des Mittelalters den heutigen Forschungsstand bietet. Isenmann schränkt sein Thema zurecht regional auf den deutschen Bereich und zugleich chronologisch auf das späte Mittelalter ein. Das angestrebte breite Spektrum der thematischen Aspekte wie auch die Detail-

fülle in deren Darstellung (und in beidem die Fortschritte gegenüber Planitz und Ennen) wären anders kaum zu erreichen gewesen. Nicht zuletzt hat die Stadtgeschichtsforschung zunehmend das Spätmittelalter als eine in vieler Hinsicht von den früheren Zeitstufen deutlich unterscheidbare Epoche verstanden und behandelt. Isenmann bietet hier eine willkommene Ergänzung zu Hartmut Boockmanns 1986 erschienenem instruktivem Bildband über die Stadt des späten Mittelalters wie auch zu der jetzt gerade herausgekommenen hilfreichen Einführung in die Grundprobleme der deutschen Geschichte im Spätmittelalter von Ernst Schubert, der der Stadtgeschichte ein eigenes Kapitel widmet.

Die Schlagworte des Untertitels spiegeln sich differenzierter in der inhaltlichen Gliederung wieder. In neun Kapiteln untersucht Isenmann seinen Gegenstand (und tut dies im Bewußtsein der idealtypischen Konstruktion): Stadt und Stadtbewohner – Stadt und Recht – Reichsstädte, Freie Städte, Territorialstädte – Stadtrecht – Stadt und Kirche – Stadt und Umland – Sozialstruktur – Sozialformen – Wirtschaftsformen. Jedes Kapitel ist in zahlreiche Rubriken untergliedert, die nach dem numerischen System gezählt sind – eine bei monographischen Darstellungen bisweilen kritisierte, hier aber sehr nützliche Verfahrensweise, da sie der Übersichtlichkeit dient und eine schnellere Orientierung erlaubt. Dasselbe gilt für den zweispaltigen Satzspiegel, der ebenfalls dem raschen Zugriff auf die gebotenen Informationen entgegenkommt sowie die getrennt für jedes Kapitel aufgeführte, überdies auf Wesentliches und Neues beschränkten Literaturangaben. Die referierten Sachverhalte werden jeweils als Entwicklungstendenzen skizziert und an konkreten Fallbeispielen exemplifiziert.

Es ist kein leichtes Unterfangen, einen derart komplexen Gegenstand wie die spätmittelalterliche Stadt (und ihre Erforschung) in handhabbare Sektionen zu unterteilen. Dabei ist es unvermeidlich, daß sich manche einander verwandten Gegenstände an unterschiedlicher Stelle finden oder wieder aufgenommen werden, Sozialtopographie und Sozialstruktur etwa oder städtisches (Kapitel Stadtrecht) und kaufmännisches Schriftwesen (Kapitel Wirtschaftsformen). Die Stellung der Juden verlangt demgegenüber eine Behandlung sowohl im Rahmen des Stadtrechts als auch der Wirtschaft.

Eher traditionelle Ansätze wie die Rechts- und Verfassungsgeschichte stehen so neben neueren wie der Frage nach den Sozialformen. Hieraus könnten sich künftig der geschlechtergeschichtliche oder besondere Formen des gesellschaftsgeschichtlichen Zugangs verselbständigen. Ähnliches mag für die Wanderungs- oder Migrationsforschung und quantitative Ansätze gelten. Schließlich könnten bildungsgeschichtliche Aspekte, künftig etwa auch die Frage nach einer vormodernen Öffentlichkeit aufnehmen, die dann mit einer Einordnung unter die Ratspolitik nicht mehr zureichend erfaßt wäre. Schließlich wird zumindest auf solchen Gebieten wie generell auf demjenigen der Sozialgeschichte nach der Notwendigkeit einer Zäsur um 1500 (mit der Reformation) zu fragen sein. Sie ist allerdings bisher weitgehend üblich (wenn auch gerade Isenmann in seinen eigenen Arbeiten oft darüber hinausgreift und auch hier dieses Problem in seiner Einleitung thematisiert) und gibt daher den Rahmen für das in einem derartigen Handbuch zu Berichtende vor. Isenmanns sorgfältig strukturierende Auflistung der Gegenstände und Forschungsgebiete referiert so nicht nur den bisherigen Stand, sondern regt zugleich zur Suche nach künftig neu Hinzukommendem an.

Damit der Interessierte sich in der Fülle des Gebotenen trotzdem nicht verirren kann, geben neben der ohnehin klaren Inhaltsgliederung das Orts- und vor allem das äußerst differenzierte Sachregister Orientierung, das zudem den Weg durch die eben angerissenen Interferenzen zwischen verschiedenen Kapiteln weist.

Stuttgart

Martin Kintzinger

GABRIELE GEIBIG, *Der Nürnberger Dichter Max Dauthendey (1867–1918). Sein Nachlaß als Spiegel von Leben und Werk (Schriften des Stadtarchivs Würzburg 9, hrsg. von Ulrich Wagner), Würzburg: Ferdinand Schöningh 1992, 79 Abb. in SW und Farbe, 147 S., DM 34,-.*

Archivare in städtischen Diensten kommen in der Regel immer noch aus der alten – und zweifellos verdienten – territorial- und landesgeschichtlichen Schule. Was im »Land« und im Territorium, neuerdings auch in der »Region« von Bedeutung war und ist, die politische Eigenständigkeit nämlich, die verschiedenen Konstituenten des Raums, wird nun auch bei der »Stadt« gesucht. Das ergibt eine historische Stadtforschung, die sich an administrativen und verfassungsrechtlichen, an wirtschaftlichen und allenfalls an sozialen Kategorien organisiert. Die kultur- und geistesgeschichtlichen, die kunst- und literaturgeschichtlichen Komponenten einer Stadtgeschichte kommen dabei weniger oder gar nicht zu Wort, obwohl immer wieder betont wird, in der »Kulturgeschichte« zeige die jeweilige Stadt ihr originärstes, ja ihr eigentliches Gesicht.

In Würzburg ist das erfreulicherweise anders. In der Stadt, die Walther von der Vogelweide im Lusatengärtlein eine Ecke des Innehaltens und Nachdenkens gewidmet hat, ist 1867 Max Dauthendey geboren, der Würzburg seinen Nachlaß hinterlassen hat. Jetzt, anlässlich seines 125. Geburtstags, sollen Teile dieses Nachlasses der Öffentlichkeit im Rahmen einer Ausstellung vorgestellt und in dem hier anzuzeigenden Begleitheft erläutert werden. Es ist kein Katalog daraus geworden, sondern die kompetente Bemühung, Dauthendey's dichterischem und künstlerischem Werk den richtigen personalgeschichtlichen Boden zu geben.

Die Herausgeberin Gabriele Geibig schickt eine 60seitige Biographie voraus, die sie knapp gefaßt und doch gut belegt hat, wenn ich recht sehe, ein bestens informierendes Vorwort für jede weitere – etliche Bände sind heute noch oder wieder im Buchhandel zu haben – Werkausgabe. Der Biographie ist eine Bibliographie der

eigenen Werke und der Sekundärliteratur angefügt (S. 73–83). Letztlich profitiert die Würzburger Literaturgeschichte am meisten davon, wenn genauestens über den »Nachlaß Max Dauthendey im Stadtarchiv Würzburg« referiert wird (siehe besonders den Abschnitt »Gegenüberstellung von Nachlaß und Biographie«). Das drittletzte Kapitel »Edition« meint einen – nicht immer als »Zutat« klar erkennbaren – Kommentar »zur Edition« von »Cookpassagier um die Erde« und »Eine Plastische Bühne« nach dem Vorbild asiatischer Theaterhäuser«, zweier maschinengeschriebener Manuskripte aus dem Nachlaß Dauthendey's, recht gute Beispiele für das ruhelose Reiseleben des Dichters und seine unerläßliche Absicht, derlei Eindrücke zu einem durch Götter- und Menschenfurcht ungetrübten »Weltfestlichkeitsgefühl« zu erhöhen. Der sehr verdienstvolle Band wird abgeschlossen durch den Druck von sechs Briefen von und an Dauthendey, worunter Alfred Kubin, Hugo von Hofmannsthal und Richard Dehmel, eine nicht unnützliche »Zeittafel« (von Leben und Werk) und eine von Marlene Lauter besorgte Aufstellung von 19 durch die Städtische Galerie Würzburg erworbenen Aquarellen: der gleichermaßen imponierende Maler Dauthendey kann neben dem Prosaiker, Lyriker und Dramatiker nicht vergessen werden.

Esslingen

Otto Borst

HELMUT SCHULENBURG / GÜNTER W. ZWANZIG, *Potsdam, Allersberg: Helmut Schulenburg, 125 z. T. ganzseit. Fotografien, 114 S., DM 49,80.*

Zwei Männer haben sich zusammengefunden, um ihrer Liebe zu Potsdam ein Zeichen zu setzen, das in semantischer Konsequenz zu einem Denkmal für die Stadt selbst wird. Beide leben heute in Mittelfranken, das geschichtlich seit Jahrhunderten mit der Mark Brandenburg, mit dem Haus Hohenzollern und mit dessen Residenz in Potsdam verbunden ist. Der eine ist Fabrikant in Allersberg, südlich von Nürnberg, der andere wohnt in Weißenburg, dem fränkischen

schen Rothenburg, dessen Oberbürgermeister er gewesen ist. Aufgewachsen ist Günter Zwanzig jedoch in Potsdam. Die historischen Beziehungen zwischen Franken und Preußen sind für die Autoren nur zufällige Hintergründe. Entscheidend war zweifellos die bis heute lebendig gebliebene Verehrung für einen Ort, der mehr gewesen ist als ein »preussisches Versailles«. Potsdam besteht nicht allein aus einem Schloß mit Park und lokalen Dienstleistungsgebäuden. Potsdam war eine Stadt, in der eine eigene bürgerliche Kultur gedieh, ungeachtet oder gerade wegen ihrer jeweiligen Regenten. Der Genius loci hat dort einen anderen Charakter als der im benachbarten Berlin, das seinerzeit erste Residenz gewesen ist. Diesem Genius loci nachzuspüren, haben sich die Autoren auf den Weg gemacht, der eine mit der Kamera, der andere als Berichterstatter subjektiver Erinnerungen.

Die Zahl der Bildbände über Potsdam ist Legion. Es gibt sie in den unterschiedlichsten Qualitäten. Maßstäbe setzte Max Baur, der von 1934 bis 1953 Meisterwerke der Fotografie mit Potsdamer Motiven geschaffen hat. Ihn zu übertreffen, dürfte schwerfallen. Schulenburg wird auch kaum die Zeit und die Möglichkeiten gehabt haben, mit einem großformatigen Fotoapparat ausgewählte Objekte über Jahre hinweg gleichsam zu belauern, zu welcher Tageszeit, in welchem Monat und von welchem Standpunkt aus sich die wirksamste Perspektive ergibt. Seine Bilder entstanden innerhalb eines einzigen Jahres. Terminus post quem non mußte die Tausendjahrfeier der Stadt 1993 sein. Aber ungeachtet der Konkurrenz und des Zeitdrucks sind Bilder entstanden, die selbst den Potsdam-Kenner erstaunen lassen. Da für Schulenburg alles neu und damit fremd sein muß, visiert er anders als seine durch traditionelle Sehweisen gebundenen Kollegen. So ist zum Beispiel die Terrasse des Schlosses Sanssouci sicherlich millionenfach fotografiert worden, doch meines Wissens noch nie so, wie Schulenburg es auf der Seite 99 getan hat. Er rückt das Nebensächliche ins Blickfeld und die Hauptsache an den Rand. Durch diese Verkehrung des Üblichen gewinnt die Hauptsache an optischem Gewicht. Oder der Haupteingang zum Park Sanssouci: Das Halbrondell ist

aus der menschlichen Augenhöhe nur unvollkommen zu erfassen; eine Vogelschau wäre übersichtlicher, aber auch unnatürlicher. Schulenburg benutzt das kurvierte Steingeländer einer kurzen Gartentreppe, um mit seiner Rundung das Rondell zu ergänzen und somit im Bild auch für Fremde anschaulich zu machen. Subjektiv bietet der Fotograf zahlreiche Bilder, die man intelligent nennen möchte, weil sie Zusammenhänge deutlich werden lassen, die, allzu deutlich geboten, Langeweile erzeugen müßten.

Der Textautor geht ähnlich vor. Seine Liebe zu Potsdam ist wesentlich durch die Schule gegründet worden. Sein Viktoria-Gymnasium, heute Helmholtz-Oberschule, muß eine Bildungsanstalt mit hoher Prägekraft gewesen sein. Nicht allein, weil bedeutende Persönlichkeiten aus ihm hervorgingen, sondern weil es instand war, der einstigen Pflanzstätte des preußischen Heeres eine andere Richtung zu weisen. Aus der Garnisonstadt erwuchs eine Stadt der Wissenschaft. Diese Trendwende wurde bereits erkennbar, als König Friedrich Wilhelm III. am 17. September 1824 das Zivilkasino in Potsdam einweihte. Das Gesellschaftslokal war nicht allein dem in Potsdam dominierenden Offizierskorps vorbehalten, sondern sollte auch Zivilpersonen zugänglich sein. Später kamen meteorologische und astronomische Institute hinzu, deren Wissenschaftler die bürgerliche Seite verstärkten. Der bisherige Höhepunkt ist die Erhebung der Pädagogischen Hochschule zur Universität am 15. Juli 1991. An dieser Entwicklung hat die Ausbildung im Viktoria-Gymnasium einen hohen Anteil. Günter Zwanzig weiß dies und würdigt die Schule, aus der er selbst hervorgegangen ist, voll Dankbarkeit. So subjektiv die Darstellung seiner geistigen Heimat ist, so deutlich wahrt sie den Überblick und bietet eine Fülle von Fakten. Davon profitiert der Leser. Er wird sozusagen an die Hand genommen und von einem kundigen Potsdamer zu den Bedeutungsträgern einer Stadt geführt, die nur noch partiell so existiert, wie Zwanzig sie kennt. Das aber ist der eigentliche Wert dieses Buches. Nicht die akademisch abstrakte Präsentation einer ehemaligen Residenz ist hier gedruckt worden, sondern der Bericht von dem Wesen eines Ortes,

den man zwar besuchen, aber ohne solche Intimkenntnisse nicht tiefgründend begreifen kann.

Konstein

Friedrich Mielke

BERND-ULRICH HERGEMÖLLER (Hrsg.), *Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, Warendorf: Fahlbusch 1990, 370 S.*

Die Aufsatzsammlung von neun Autoren zu Prostituierten, Henkern, Spielleuten, Hebammen, Narren, Aussätzigen, Juden, Hexen und Sodomitern mit einer Einleitung zum theoretischen und methodischen Ansatz des Herausgebers, ist aus der engagierten Diskussion in Seminaren und Kolloquien an der Universität Münster entstanden. Und – dies sei positiv hervorgehoben – sie beansprucht »Gegenwartsrelevanz« (S. 50). Denn mit einem geschärften Blick für Analysemöglichkeiten »wird die Rekonstruktion der vergangenen Ereignisse und Strukturen auch nachhaltige Impulse verleihen können für eine vernünftige Sicht aktueller Randgruppenprobleme« (S. 51), womit der Herausgeber für dieses Mal eine Antwort gefunden hat auf die immer wiederkehrende Frage nach der Legitimation von Geschichtswissenschaft.

In seiner Einführung in die Randgruppenproblematik macht Hergemöller den meisten der bislang entwickelten Kategorisierungsversuchen zum Vorwurf, an den gesetzten Kriterien viel zu unterschiedliche Gruppen in eine gemeinsame Kategorie einzuordnen (z. B. bei LeGoff, Kriminelle, Prostituierte und Häretiker, oder bei Irsigler/Lasotta, Hebammen und Werwölfe). Noch deutlicher lehnt er Definitionsversuche wie bei Karstedt oder Graus ab, denen die Vorstellung zugrunde liegt, daß »die Disqualifizierungsprozesse in erster Linie durch die randgruppenspezifischen Werte, Normen und Verhaltensformen bedingt seien« (S. 13), »als seien die Täter die Opfer« (S. 13).

Hergemöller selbst unterscheidet zwischen Unehrliehen, körperlich Andersartigen, ethnisch-religiösen Gruppen und Dämonisierten. Nicht die Nicht-Erfüllung wirtschaftlicher und

sozialer Normen marginalisiert danach einen Menschen, sondern die Beeinträchtigung seines Rechts und seiner Ehre. Beide Begriffe – Recht und Ehre – bleiben allerdings ungeklärt. Niemand dränge sich freiwillig an den Rand, sondern die Gesellschaft selbst schaffe Randgruppen, an denen die Grenzen des Erlaubten, des Akzeptierten, für alle sichtbar gemacht werden. Drei Möglichkeiten gibt er zur »Produktion mittelalterlicher Randgruppen« (S. 30) an.

1. Die Nutzung des Tabus: Die Tabuträger, wie z. B. der mittelalterliche Henker werden aufgrund ihrer Möglichkeiten, bestimmte Grenzen zu überschreiten, marginalisiert.

2. Wie in der Krise des 14./15. Jhs., in der Disfunktionalität und Disperspektivität durch die Schaffung neuer Ordnungen bewältigt werden (in Anlehnung an den Krisenbegriff von F. Seibt), kann ein Wandel der Perspektive die Ursache werden für die Produktion von Randgruppen.

3. In die von der Sozialwissenschaft übernommenen Etikettierungstheorie (labeling approach) wird die größte Hoffnung gesetzt, »die Existenz von Randgruppen ... als das Produkt gesellschaftlicher Zuweisungen zu dechiffrieren« (S. 42), also eben nicht »die Ursachen für Marginalisierungsprozesse bei den Betroffenen selbst zu suchen« (ebda.).

Diesem ambitionierten Ansatz steht jedoch das Problem gegenüber, daß zur Einlösung dieser Methode die gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die zur Ausgrenzung, zum »labeling«, führen, auch benannt werden müssen. Eine Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten, den Möglichkeiten und Grenzen der Mentalitätsforschung, erfolgt jedoch nicht. Vielleicht wäre das auch zu viel verlangt, einige deutlichere Hinweise hätte man aber wohl erwarten dürfen.

Die einzelnen Beiträge bemühen sich redlich um eine Umsetzung der mit Hergemöller entwickelten Zugänge zur Randgruppenproblematik. Mit Ausnahme der Narren an fürstlichen Höfen werden dabei vorwiegend städtische Randgruppen in den Blick genommen. Neue Forschungsergebnisse werden dabei kaum erzielt, wohl aber wird gemäß den Vorgaben die Blickrichtung verändert. Die an sich umfangreichen Literaturanga-

ben beschränken sich auf überwiegend deutsche und englische Literatur. Sowohl die französische als auch die italienische Stadtgeschichtsforschung, die gerade für diesen Bereich in den letzten Jahren einiges interessante Material aufgearbeitet hat, blieben unberücksichtigt.

Am wenigsten in der Randgruppenforschung verankert dürfte die von Hergemöller untersuchte Gruppe der Sodomiten sein, die nicht in die Gruppe der Ketzer eingeordnet werden, sondern als Marginalisierte aufgrund sexueller Andersartigkeit behandelt werden. Hergemöller erbringt dabei den quellengestützten Nachweis eines homosexuellen Selbstverständnisses mit einer positiven Bewertung dieser Eigendarstellung als Reaktion auf gesellschaftliche Diskreditierung. In den theoretischen Vorüberlegungen blieb die Frage nach den Bedingungen zur Entwicklung von randgruppenspezifischem Selbstverständnis allerdings ohne Belang.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse fehlt. Sie hätte wohl u. a. eine immer stärker werdende Reglementierung von Randgruppen sowie die Verfeinerung der juristischen Prozeß- und Strafverfahren genannt. Der Anspruch, Hand- und Studienbuch zu sein, ist sicherlich zu hoch gegriffen. Eine Anregung zur weiteren Beschäftigung mit Randgruppen – sowohl in der theoretischen Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichen Kriterien als auch im Aufspüren historischer Entwicklungen – ist es allemal.

Oldenburg

Gudrun Gleba

ROLF KIESSLING, *Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert (Städteforschung, Reihe A: Darstellungen Bd. 69, Köln / Wien: Böhlau 1989, 73 Abb., LXII u. 828 S., DM 108,-.*

Eine in der Stadtgeschichtsforschung seit langem behandelte und bis in die Gegenwart ungebrochen aktuelle Fragestellung wird hier erstmals im systematischen Vergleich auf ausgewählte Städte eines historischen Raumes ange-

wandt. Durch zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen hat Kießling in den letzten Jahren zum heutigen Kenntnisstand wesentlich beigetragen, über einen längeren Zeitraum dann die Bearbeitung der vorliegenden, 1984/85 in Augsburg angenommenen Habilitationsschrift durchgeführt. Ein schon in der Quellenerfassung derart aufwendiges Projekt mit solcher Akribie auszuführen und eine so umfangreiche, dabei aber stets konzentrierte Darstellung vorzulegen, ist – zumal für einen Autor, der sich (was nicht übersehen werden sollte) nicht »hauptamtlich« damit beschäftigen kann – eine gewaltige und beachtliche Leistung.

Dem systematisch-vergleichenden Ansatz der Publikationsreihe entsprechend, wird zunächst (Teil A) der gewählte Zugang methodisch reflektiert, sodann (Teil B) die Gruppe der vier ausgewählten Städte Ostschwabens: Nördlingen, Memmingen, Lauingen, Mindelheim als Fallstudien vorgestellt und schließlich (Teil C) eine vergleichende Auswertung vorgenommen. Sie soll zu einer »Erstellung von Grundmustern des Verhältnisses von Stadt und Land« (S. 8) beitragen, Einsichten in Formen der Beziehungen (Stadt-Land, Stadt-Stadt) und der Politik auf den Gebieten der Wirtschaft und Herrschaftsbildung (Umlandpolitik) und schließlich der möglichen Abstufungen zentralörtlicher Funktion im Verhältnis vermitteln. Die Blickrichtung geht dabei von der Stadt auf das Land – und möchte zugleich zu einer bislang ebenfalls fehlenden Untersuchung der gegenläufigen Richtung anregen.

Bis Mitte des 14. Jahrhunderts hatte sich das Städtenetz im historischen Raum Ostschwaben ausgebildet; die Unterschiedlichkeit der hier vorgestellten Städte innerhalb dieses Raumes wird schon anhand der politischen Geographie deutlich; Nördlingen als Reichsstadt inmitten der Grafschaft Oettingen, Memmingen als Reichsstadt inmitten anderer geistlicher und weltlicher Herrschaften gelegen, Lauingen als Territorialstadt mit räumlich gut eingrenzbarem Bezugsfeld, schließlich Mindelheim als Kleinstadt und Mittelpunkt eines Kleinterritoriums (S. 12f.).

In der Darstellung der Fallstudien wird jeweils auf die Rubriken Stadt und Herrschaft, Bürger und Landbesitz, Markt und Gewerbe zu-

rückgegriffen. Spezifische Entwicklungstendenzen der vier Städte auf diesen Gebieten werden analysiert und führen zu dem Ergebnis, daß in Nördlingen wohl die wirtschaftliche, nicht aber die politische Umlandpolitik durchzusetzen war, während in Memmingen beide Stränge gleichermaßen erfolgreich vorangetrieben werden konnten. Dennoch trat die Stadt gegenüber dem florierenden Augsburg zurück und konnte nurmehr eine regionale Zentralität behaupten. Noch stärker schlug diese Zentralitätsverschiebung bei Lauingen durch, trotz eines politisch wie wirtschaftlich starken und insgesamt nicht erfolglosen Bemühens um Festigung der Selbständigkeit. Anders wiederum in Mindelheim. Wirtschaftlich konnte es von intensivierten Beziehungen zu Augsburg profitieren, politisch blieb seine Umlandpolitik im ganzen erfolglos. Es wurde zunehmend in das umgebende Territorium integriert, erhielt für dieses allerdings die Funktion eines zentralen Ortes.

Kießling führt seine Untersuchung bis in die Reformationszeit fort, die zunächst die genannte Zentralitätsverschiebung begünstigte, dann zu einer Beendigung der bisherigen Dynamik und Verhärtung der zuvor offenen Struktur führte. Somit bleibt das Spätmittelalter der entscheidende Zeitraum für die Ausbildung der geschilderten Entwicklungen im Verhältnis der Städte zum Umland und gegeneinander.

Nur über die sorgfältige Aufarbeitung der Fallstudien ist ein systematischer Vergleich, wie ihn Kießling hier bietet, zu erreichen. Seine Aussagekraft reicht weit über den betrachteten historischen Raum hinaus, zeigt grundsätzliche Aspekte des Stadt-Umland-Verhältnisses auf und leistet insofern einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der Stadt im Geflecht von Politik und Wirtschaft, von eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und übergreifenden Entwicklungstendenzen während des Spätmittelalters. Zu wünschen bleibt nun, daß weitere Studien andere historische Räume mit einer solchen Fragestellung (und Solidität) aufarbeiten möchten, so daß ein Vergleich zumindest zwischen den wesentlichen Räumen des Alten Reiches möglich wird.

Stuttgart

Martin Kintzinger

GERHARD DETER, *Handwerksgerichtsbarkeit zwischen Absolutismus und Liberalismus. Zur Geschichte der genossenschaftlichen Jurisdiktion in Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert* (Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft 26), Berlin: Duncker & Humblot 1987, 173 S., DM 64,-.

In seiner nicht immer leicht lesbaren Arbeit geht der Verfasser der Frage nach, wie sich die Möglichkeiten der Handwerker zur Regelung ihrer Rechtsstreitigkeiten zwischen 1731 und 1869 veränderten. Insbesondere für die geistlichen Staaten kann er zeigen, daß die sog. Reichshandwerksordnung von 1731 nicht angewandt wurde. Gegen die jahrhundertealte Tradition zünftlerischer Gerichtsbarkeit konnte sich der Absolutismus nur teilweise durchsetzen. Erst die Einführung des *code civil* in den Rheinbundstaaten schuf hier Wandel. Hier gelingt eine Darlegung und einleuchtende Bewertung der französischen Reformen und ihrer Defizite, aber auch eine Klärung ihrer Bedeutung für den Aufbau eines staatlichen Gewaltmonopols, das eine Zunftgerichtsbarkeit nicht zuließ. Daher blieben die Handwerker mißtrauisch, als ihnen der Staat in der Krise von 1848 Konzessionen anbot, die eine Rückkehr in Richtung Innungsgerichtsbarkeit bedeutet hätten. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam man hier zu Regelungen, die unser heutiges Arbeitsrecht bestimmen. Der Verfasser hat sich für seine einen langen Zeitraum umfassenden Untersuchungen gründlich in der gedruckten und ungedruckten Quelle umgesehen, insbesondere im ersten Teil kann er den großen Abstand zwischen absolutistischem Wollen und altständischer korporativer Realität mit treffenden Beispielen belegen. Alles in allem in einem eine nach Fragestellung und Ergebnis sehr beachtenswerten Arbeit.

Esslingen

Rainer Jooß

PIERGIACOMO BUCCIARELLI, *Fritz Höger. maestro anseatico (1877–1949)*, Venezia: Arsenale Editrice 1991, Abb., 200 S.

Fritz Höger ist vor allem durch sein Chile-Haus in Hamburg in die Architektur- und Bauschicht eingegangen. In unzähligen Publikationen der zwanziger Jahre wurde das Chilehaus mit der einem Schiffsrumpf nachempfundenen Spitze und dem geschwungenen Baukörper dargestellt, sogar auf einer Briefmarke der Bundespost ist es wiederzufinden und immer noch ist das Gebäude eines der prägendsten Wahrzeichen hamburgischer Baukultur. Bemerkenswert, daß es bisher über diesen Baumeister bis auf veraltete, aus persönlicher Sicht geschriebene Darstellungen weder eine Biographie noch einen Katalog und ein Werkverzeichnis gab. Zwischen Etiketten Högers als »Backsteinfürst« und »niederdeutscher Konservativer« sowie seiner Architektur als »vertikaler Gotik« und »expressionistischer Moderne« entzweiten sich die baugeschichtlichen Einschätzungen seines Wirkens. Fast kaum noch erstaunlich, daß nach dem Buch des Italieners Marco de Michelis über Heinrich Tessenow, nun auch die erste Biographie über Fritz Höger von dem Italiener Piergiacomo Bucciarelli vorgelegt wird.

Höger hatte Zimmermann gelernt, sich auch als Maurer ausgebildet und zunächst im Bausein seines Vaters als Baumeister gearbeitet. Höger wurzelte sehr eng in den niederdeutschen Bautraditionen und versuchte, durch Beeinflussung von dem Direktor der Hamburger Kunsthalle Alfred Lichtwark, von Hermann Muthesius und Paul Schultze-Naumburg die niederdeutschen Bauweisen auch für neue Bauaufgaben zu reaktivieren. Vor allem durch seine Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Publizisten Paul Bröcker gelangte er zunächst in Hamburg zu größerer Bekanntheit. 1910 veröffentlichte Bröcker zusammen mit Höger »Die Architektur des Hamburgischen Geschäftshauses« anläßlich der Planung der großen neuen Durchbruchstraße, der späteren Mönckebergstraße, in der eine »Gesundung der Ausdruckskultur, international und heimatlich zugleich,

heimatlich und doch nicht spießbürgerlich – international und doch nicht vaterlandslos« gefordert wurde. Fritz Schumacher stand Högers Entwürfen von Giebelhäusern an der neuen »Weltstadtstraße« durchaus kritisch gegenüber. Dennoch prägten beide die Mönckebergstraße, jeder auf seine Weise: Schumacher städtebaulich mit dem leicht gekrümmten Straßenzug und Höger mit seinen Büro- und Kontorhausbauten.

Mit dem Klöpperhaus und dem Rappolthaus an der Mönckebergstraße wurde Höger in Hamburg bekannt, mit dem Chilehaus weit über die Grenzen Hamburgs hinaus. Bucciarelli dokumentiert wie die Bug-Spitze dieses Gebäudes mit dem Unternehmungsgeist Hamburger Kaufleute und der Dynamik und dem neuen Zeitgeist der zwanziger Jahre gleichgesetzt wurden. Zahlreiche Aufträge für Höger in Norddeutschland waren die Folge. In dem Buch werden nicht nur die gebauten Siedlungen, Wohnhäuser, Geschäftshäuser, Museen und andere Bauten präsentiert, sondern auch Entwürfe, wie Högers Projekt für ein Messehaus in Hamburg mit dem für den Entwurf bezeichnenden Titel »Germanik«.

Schon vor der Machtübernahme der Nazis am 1. 9. 1932 trat Höger in die NSDAP ein, weil er meinte, daß diese Partei seiner niederdeutschen Baugesinnung zum Durchbruch verhelfen würde. Höger gehörte zunächst zu den Hamburger Aktivisten im »Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure« und begrüßte in einem Aufruf an die Architektenschaft mit Gottfried Feder, dem Vorsitzenden des KDAI, die Machtergreifung. Er publizierte über »Kunst und Volkstum« und über den »Wahnsinn marokkanischer Bauten in niederdeutscher Landschaft« und wurde 1934 mit einer Berufung an die Norddeutsche Kunsthochschule nach Bremen »belohnt«. In neuen Aufträgen schlug sich seine Unterstützung des Nationalsozialismus allerdings nicht nieder, eher im Gegenteil. Erstaunlicherweise war Höger einer der wenigen Architekten die 1945 »Probleme« mit der Entnazifizierung hatten. »Solange ich aber Mitglied der NSDAP war, bin ich in Wirklichkeit stets Gegner geblieben«, schrieb er in seinem Wiederaufnahmeantrag an den Bund Deutscher Architekten 1947.

Bucciarellis Buch bietet eine hervorragende Präsentation von Högers Bauschaffen und seinen Projekten, seinem Werdegang und seinen Schriften. Die Dominanz der stil- und architekturgeschichtlichen Betrachtung des Buches ließe sich durch eine breitere Einordnung in das Hamburger Bau- und Planungsgeschehen noch relativieren. Man wünscht dem Buch möglichst schnell eine deutsche Übersetzung (mit einem zusätzlichen Personenregister), damit die Arbeit dieser bedeutenden Architektur-Persönlichkeit gewürdigt wird und auch in die aktuelle Planungsdiskussion nachwirken kann.

Hamburg

Dirk Schubert

WOLFGANG VOIGT, *Das Bremer Haus. Wohnungsreform und Städtebau in Bremen 1880–1940 (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs)*, Hamburg 1992, Abb., 190 S.

Die lange Zeit weit verbreitete Ablehnung des gründerzeitlichen Wohnungsbaus durch Planer und Architekten hat sich mittlerweile zum Gegenteil verkehrt. Die Wohnungen der Gründerzeitbauten erweisen sich an neue Wohnbedürfnisse anpaßbar, die Überbelegung der Wohnungen gehört der Vergangenheit an und das städtebauliche Umfeld macht diese Wohnungsbestände auch für Nutzer attraktiver, als die später entstandenen Quartiere. Die Ablehnung des gründerzeitlichen Wohnungsbaus machte sich in der Regel an »der Mietskaserne« fest, einem Bautypus der in der Industrialisierungsphase entstand und aus unzureichenden Bauordnungen und dem Interesse der Haus- und Grundeigentümer nach maximaler Grundstücksausnutzung erwuchs.

Neuere Untersuchungen haben nun ergeben, daß es »die« Mietskaserne nie gegeben hat. Unzulässigerweise wurde der Berliner Bautypus mit mehreren Hinterhöfen als Synonym für »die« Mietskaserne verallgemeinert und damit der Blick auf andere Formen des Massenwohnungsbaus des 19. Jahrhunderts verengt. Die

»Schlitzbauten« und »Terrassen« in Hamburg, die »Bassena-Wohnungen« in Wien und das »Dreifensterhaus« im Rheinland sind nur einige Beispiele die durchaus eine Vielfalt von lokalen Wohnungsbautypen der Gründerzeit belegen.

Das »Bremer Haus«, dem diese Studie, die überarbeitete Fassung einer Dissertation gilt, ist dabei schon Ende des vorigen Jahrhunderts zu einem Mythos geworden. In Bremen baute man anders als in den anderen entstehenden Großstädten Deutschlands. Mit dem Mittel der Bauordnung war die Ausbreitung des Vielparteien-Mietwohnhauses hier schon 1849 verhindert worden. An seine Stelle trat ein kleinerer Bautypus, eine Reihenhaushausform mit bis zu drei Stockwerken hohen Gebäuden, die meist nur von ein oder zwei Haushalten bewohnt wurden. Die Mehrzahl der Haushalte wohnte dabei zur Miete, viele in einem Einfamilienhaus, das ihnen aber nicht gehörte. Bremen bescherte es ein einzigartiges Stadtbild mit einer Wohnform, die unabhängig von ideologischer Verklärung als »Heimat« wahrgenommen und akzeptiert wurde.

Voigt untersucht die Voraussetzungen dieser Sonderstellung unter deutschen Großstädten, die in der Besonderheit der lokalen Ökonomie wurzeln, die Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital suchte. Trotz dieser Bebauungsform gab es aber auch in Bremen Mißstände im Wohnungswesen, Überbelegung und Wohnungsnöte. Die Bremer Sozialdemokraten lehnten das Bremer Haus ab, weil an der These von Friedrich Engels festgehalten wurde, daß Haus- und Grundbesitz in Arbeiterhand das Klassenbewußtsein untergraben würden. Die Bremer Diskussion um die Vor- und Nachteile dieser Bauweise, die unterschiedlichen architektonischen Varianten und schließlich die Rezeption, Vereinnahmung und Verklärung des Bremer Hauses von Wohnungs- und Bodenreformern in Deutschland werden von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet. Das Ende des Bremer Hauses wurde durch die Nationalsozialisten eingeleitet, die nicht entsprechend ihrer ideologischen Prämissen Kleinhaus und Siedlung förderten sondern Normierung, Typisierung und Geschoßwohnungsbau durchsetzten, eine Linie, die dann in der Nachkriegszeit mit

neuen Großwohnsiedlungen konsequent fortgesetzt werden sollte.

Voigt bettet seine Studie über Mythos und Realität des Bremer Hauses in die Entwicklung der wohnungspolitischen Diskussion in Deutschland ein, ein Kontext, der bei der Analyse die Trennung von allgemeinen Tendenzen und lokalen Besonderheiten ermöglicht. Kurzbiographien der wichtigsten Architekten und ein Personen- und Ortsregister machen das Buch zu einer lesenswerten Studie dieses Sonderfalls in der deutschen Wohnungsbaugeschichte.

Hamburg

Dirk Schubert

N. A. MILJUTIN, *Sozgorod. Die Planung der Neuen Stadt 1930, aus dem Englischen von Kyra Stromberg*, Basel / Berlin: Birkhäuser 1991, 125 Abb., 168 S., DM 78,-.

Unter den vielen in letzter Zeit wiederveröffentlichten Werken gibt es jetzt auch das aus dem Jahr 1930 stammende und über einen langen Zeitraum nicht zugängliche Buch »SOZGOROD. Die Planung der Neuen Stadt« von dem sowjetischen Städtebautheoretiker Miljutin. Über dieses insgeheim als ein »Markstein in der Geschichte der Stadtplanung« geltende Lehrbuch ist vor allem in England intensiv geforscht worden; entsprechend umfangreich ist auch die einleitende Einführung zu dem fast einem Reprint nahe kommenden Neuabdruck. Veröffentlicht wird Sozgorod erstmals Ende 1930 während einer Phase der städtebaulichen Neuorientierung in der UdSSR; mit dem Beginn des ersten Fünfjahresplanes im Jahre 1928 ergibt sich in der inzwischen politisch weitgehend gefestigten Sowjetunion für Stadtplaner und Städtebau-theoretiker erstmals die Möglichkeit, über die Entwicklung neuer Städte theoretisch und vor allem auch praktisch zu arbeiten. Trotz aller ideologischen Gegensätze steht dabei für den gedanklichen Austausch das Tor zum Westen weit offen; so gehen im Jahr 1930 bekanntlich mit der »Gruppe May« die bedeutendsten Stadtplaner

des Neuen Bauens in die Sowjetunion, um dort beim Neubau ganzer Städte mitzuwirken.

Der ohne formale akademische Qualifikation als Vorsitzender eines Forschungskomitees für den Bau neuer Städte wirkende Miljutin erarbeitet vor dem Hintergrund seiner langjährigen Erfahrungen in der ökonomisch orientierten Planung öffentlicher Verwaltung mit dem vorliegenden Lehrbuch ein theoretisches Konzept zur Planung aus; in diesem führt er den Leser durch 14 Kapitel von den Problemen allgemeinsten Art hin zu den spezifischen Besonderheiten seines Plans der neuen Stadt, eingebettet in eine Analyse der ökonomischen Randbedingungen des Bauens und der Finanzierung. Sein ureigenster planerischer Beitrag ist dabei der lineare Plan für Industriesiedlungen; vor dem Hintergrund anderer, ähnlich gelagerter Ausarbeitungen vereint er in seinem Schema deren wesentliche Kennzeichen und formt daraus ein eigenständiges Konzept. Miljutin nimmt in seinen Prinzipien der Planung die durchaus schon existenten geistigen Strömungen der funktionalen wie auch der gegliederten Stadt auf oder sogar vorweg, geht aber in der Neuorganisation des Lebens mit der Kollektivierung der täglichen Dienstleistungen entscheidende Schritte weiter; das Einküchenhaus und die Auflösung der Familie als wirtschaftlicher Faktor erscheinen in diesem Konzept als mögliche zukünftige Lebensform. In den weiteren Kapiteln werden sowohl die ökonomischen Aspekte, wie auch die architektonische Seite der Konzeption der neuen Stadt näher ausgearbeitet: Sozgorod – das heißt nichts anderes als »sozialistische Stadt« und ist eine erste systematische Entwicklung der industriell geprägten Bandstadt mit deutlicher Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholen.

Auch und gerade heute während der laufenden Abwicklung der Sowjetunion ist Sozgorod ein unter Städtebauthoretischem Aspekt für Stadtplaner bedeutsames Werk einer zeitlich vergangenen, aber inhaltlich nicht untergegangenen Phase des Planens und Bauens. Die vorliegende Überarbeitung von Sozgorod leistet einerseits eine umfangreiche, erklärende Einführung in die Thematik und gibt uns andererseits das Werk in seinem Charakter als avantgardisti-

sches Buch zurück. Insofern ist diese Ausgabe natürlich lesenswert für jederman, der in der heutigen Planungseuphorie über den Tellerrand hinausschauen möchte.

Kassel

Ronald Kunze

ILSE IRON / THOMAS SIEVERTS, *Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1991, Abb., 296 S.*

In dem Buch mit dem irreführenden Titel »Neue Städte«, werden dreizehn Großsiedlungen aus vier Ländern als »Experimentierfelder der Moderne« der Nachkriegszeit untersucht. Wie schon in den Siedlungen der zwanziger Jahre verkörpern sich auch in den Neubausiedlungen der Nachkriegszeit die Hoffnungen, Ideen und Ziele der Planer am reinsten. Die untersuchten Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland sind: Karlsruhe-Waldstadt, Mainz-Lerchenberg, Heidelberg-Emmertgrund, Mannheim-Vogelstang, Frankfurt-Nordweststadt, aus Schweden: Vällingby, Tensta/Rinkeby, Järfälvet, Lövgärdet, aus Finnland: Tapiola, Kivenlahti und aus Polen Nowa Huta, Nowe Tyche. Bei diesen Beispielen handelt es sich in kaum einem Fall um wirkliche Neue Städte, sondern immer »nur« um Großsiedlungen, Stadtrandsiedlungen, Entlastungsstädte oder Trabantsiedlungen an der Peripherie vorhandener Städte. Die New Towns in England, wie Milton Keynes und Stevenage, Ergebnis einer konsequenten Politik der Gründung neuer Städte, werden nicht untersucht und auch die wenigen Neugründungen in der BRD, wie die Sennestadt, Marl und Wulfen werden nicht erwähnt. Die Ansprüche der Planer »neue Städte« bauen zu wollen und die Relativierung dieser ambitionierten Vorstellungen, sowie schließlich eine Realisierung »nur« in der Form von Großsiedlungen müßte begrifflich klarer gefaßt werden. Auch die Autoren selbst benutzen im Buch eher andere Begriffe und sprechen von »neuen Stadtteilen« (z. B. 177ff.).

Mit der Arbeit wird das Ziel verfolgt, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen

»Großsiedlungen« und »Neuen Städte« ein wenig aus der tagespolitischen Diskussion herauszulösen und in einen sowohl räumlich wie zeitlich übergeordneten Zusammenhang zu stellen« (S. 7). Die Auswahl der Beispiele scheint etwas beliebig, sie folgt einer zeitlichen Periodisierung der Siedlungen in drei Generationen. Der Schwerpunkt des Buches liegt dabei auf der Planungs- und Entstehungsgeschichte der Siedlungen, die mit ihren Problemen und Lösungsansätzen bis zur Gegenwart verfolgt werden. Letzterer Aspekt wird allerdings nicht systematisch untersucht. So wird auf die Literatur zum Thema »Probleme und Nachbesserungen in Großsiedlungen« überhaupt nicht Bezug genommen, obwohl einige der im Buch untersuchten Siedlungen aus Deutschland auch z. B. im Rahmen der Querschnittsuntersuchungen über »Städtebauliche Lösungen für die Nachbesserung von Großsiedlungen der 50er bis 70er Jahre« analysiert wurden.

Methodisch wurde dabei nicht nur auf Schrift- und Planungsmaterial Bezug genommen, sondern durch persönliche Gespräche mit den Planern und Beteiligten sollte ein möglichst authentisches Bild gezeichnet werden. Letzteres macht vor allem den eigentlichen Wert des Buches aus, die Politiker und Planer kommen selbst zu Wort, sie formulieren ihre (damaligen) Ziele und Ansprüche und was daraus bei der Umsetzung und Realisierung geworden ist. In Verbindung mit den Skizzen, Plänen und Bildern wird eine Rekonstruktion der damaligen Leitbilder möglich, die nicht von ihrem Entstehungshintergrund zu trennen sind. Das bei den Planern damals unangefochtene Leitbild »Urbanität durch Dichte« wurde aber von den Mietern und Nutzern schon zur Planungs- und Entstehungszeit in Frage gestellt. Die Mieter, Laien, Presse und Medien artikulierten in fast jeder Großsiedlung Kritik an »Schlafstädten« mit ihrer Monotonie, Betonburgen, fehlender Infrastruktur, schlechter Verkehrsanbindung und zu wenig Arbeitsplätzen. Die Sicht der Planer und ihrer weltbeglückenden Leitbilder stellt sich in der Realität der Nutzer häufig ganz anders dar. Nicht zuletzt die Mieter waren es, die die Planungsfehler erfuhren und in einem schwierigen

Prozeß mit langwierigen Beteiligungs- und Nachbesserungsverfahren korrigieren halfen.

Ein Querschnittsvergleich der untersuchten neuen Stadtteile, der wesentlichen Entwicklungsmerkmale, wie Einbindung in die Regionalstruktur, Organisation, Planung, Durchführung, Verwaltung und der Zukunftsperspektiven, sowie der Bedeutung von Persönlichkeiten und persönlichen Konstellationen runden das Buch ab. Für die 1984 abgeschlossene Forschung war es wahrscheinlich kaum vorstellbar, daß bei der »neuen Wohnungsnot« 1992 auch in Deutschland zur Entlastung der Städte in Abkehr von den Großsiedlungen wieder über »echte« New Towns diskutiert wird.

Hamburg

Dirk Schubert

RUDOLF SCHILLING / OTTO SCHERER, *Die Erneuerung von Großsiedlungen. Beispiele und Empfehlungen (Schriftenreihe Wohnungswesen, Bd. 50, hrsg. vom Bundesamt für Wohnungswesen), Bern: 1991, Abb., 156 S., SFR 48,-.*

Die Erneuerung von Großsiedlungen beherrschte noch vor kurzer Zeit die deutsche wohnpolitische Diskussion. Inzwischen steht die neue Wohnungsnot in der Bundesrepublik mal wieder im Mittelpunkt der fachlichen Kontroverse; die Altbau- und Neubauerneuerung rücken in den Hintergrund, bleiben dabei aber trotzdem brandaktuell. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Erneuerung der aus den fünfziger bis siebziger Jahren stammenden Großsiedlungen in der Schweiz. Auch hier entstehen aufgrund des hohen Wohnungsbedarfes im Rahmen des Massenwohnungsbaues große Neubauviertel oder überproportionale Einzelbauten, geprägt durch die Addition gleich konzipierter und gleich strukturierter Wohnungstypen.

Der ebenso wie bei uns auch in der Schweiz nur schwer abschätzbare Umfang dieser Wohnungsbestände beträgt ungefähr 500 000 bis 700 000 Wohneinheiten und damit rund ein Sechstel des gesamten Wohnungsbestandes. Aufgrund vernachlässigter Instandhaltung und teil-

weise schlechter Bauausführung ist hierbei ein Erneuerungsbedarf entstanden, der über die reine Instandsetzung hinausgehend auf eine qualitative Verbesserung der Wohnsituation abzielt.

In der vorliegenden Untersuchung werden die Ziele der qualitativen Verbesserung unter den Aspekten der beteiligten Akteure, der Kosten, der Finanzierung, der künftigen Miethöhe und der generellen Bewertung der Maßnahme näher spezifiziert. Gestützt wird diese Betrachtung auf eine breite Analyse bereits durchgeführter oder noch in Ausführung befindlicher bzw. erst noch geplanter Maßnahmen; hierbei werden entlang eines Untersuchungsrahmens 12 schweizer Beispiele näher entfaltet und mit ähnlich gelagerten Fällen aus der Bundesrepublik und aus Frankreich verglichen.

Von besonderer Bedeutung erscheint mir die Beteiligung der Mieter an diesen Erneuerungsvorgängen; ähnlich wie bei uns gibt es auch hier kein generelles Konzept, sondern die Beteiligung findet wie zufällig je nach Situation und Problemlage unterschiedlich statt. Sofern man der Untersuchung glauben darf, verläuft diese Beteiligung grundsätzlich auf einem höheren Niveau als bei uns ab; über die selbstverständliche Information hinausgehend ist die intensive Beteiligung über Befragungen, Versammlungen und dialoghafte Aushandlungen eher die Regel: »Die Mitbestimmung war sowohl Mittel wie Ziel« (S. 77). Ähnlich wie in Österreich scheint der wichtige Aspekt der Demokratisierung des zentralen Lebensbereiches Wohnens in der Schweiz entwickelter zu sein als bei uns; in einigen Fällen gelingt es den teilweise als Mietervereinigung zusammengeschlossenen Betroffenen sogar, korrigierend in das Verfahren einzugreifen und beispielsweise erfolgreich die nachträgliche Anbringung von Balkonen durchzusetzen.

Interessant ist auch die Finanzierung der teilweise enormen Kosten; die Beteiligung der öffentlichen Hand liegt zwischen 0 und 100%, aber auch die Unternehmen tragen ihren Anteil zu der Maßnahme bei, meist aus dem gut gefüllten und nicht wie bei uns leergeräumten Instandhaltungstopf. Dennoch müssen auch die Mieter ganz erheblich an der qualitativen Verbesserung mittragen; die Mieterhöhungen betragen trotz

teilweise humaner Überwälzungen doch meist 20 bis 100% der Ausgangsmiete. Mit diesem Querblick soll nur ein kleiner Einblick in die Analyse der schweizer Erneuerung gegeben werden; sicherlich lohnt es sich, die Beispiele näher zu betrachten und mit unserer Situation genauer zu vergleichen, um daraus Schlüsse für die nach wie vor notwendige Neubauerneuerung zu ziehen und adäquate Konzepte für neue und damit andere Verfahren zu entwickeln.

Kassel

Ronald Kunze

BAUKULTUR UND STADTGESTALTUNG, hrsg. von Volker Roscher i. A. des Bundes Deutscher Architekten Hamburg, mit Beiträgen von Hermann Hipp und Mirjana Markovic, Hamburg: Knut Reim 1992, 44 S., DM 16,80.

Die bundesdeutschen Städte entwickeln sich seit kurzem wieder lebhaft. Es besteht verstärkte Nachfrage nach unterschiedlichster und konkurrierender Nutzung städtischer Fläche. Hamburg hat eine hohe Standortqualität vorzuweisen, besonders seit dem bevorstehenden EG- und dem sich ausweitenden Ostmarkt. Umwelt, Architektur und Stadtgestaltung sind – auch von Investoren anerkannt – von hohem Standard. Dieses weisen nicht nur Umfragen aus, sondern gerade auch die Nachfrage nach dem Standort Hamburg.

Das neuerliche Stadtwachstum weist allerdings Dimensionen auf, die lange nicht gekannt wurden und denen bisher nur wenig schlüssige Konzepte zur Seite gestellt werden konnten. Dringender Handlungsbedarf ist also gefordert, will man Wachstum und Erhaltung der bestehenden harten und weichen Standortqualitäten sozial gerecht werden. Der BDA Hamburg hat jetzt eine Schriftenreihe mit Heft 7 wieder aufgenommen, die er bereits 1947/48 zur Verfügung gestellt hat, um die Diskussion über die Stadtentwicklung zu beflügeln, dabei kommt es ihm nicht darauf an, daß die Autoren eine etwaige BDA Meinung teilen.

Mirjana Markovic argumentiert darin, daß

der benannten, neuen Stadtentwicklungssituation nur mit einem neuen Handlungsansatz begegnet werden kann, welchen sie als neue Planungs- und Baukultur beschreibt. Diese besteht darin, alle gesellschaftlichen Akteure, die an der Stadtentwicklung interessiert sind, an einen Tisch zu bringen, auf diese Weise zu einem sozialen Ausgleich zu gelangen und so die Bedingungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung sowie qualifizierte fachliche Leistungen in Architektur und Städtebau zu schaffen.

Baukultur, so weist Hipp historisch nach, ist weder Baustil noch Bauform und schon gar keine »Harmonie des baulichen Prozesses«. Gerade die großen und berühmten Bauwerke und Planungen Hamburgs sind in zum Teil scharfen Auseinandersetzungsprozessen hamburgischer Gesellschaftsmitglieder entstanden und haben so ihre Ausformung und Qualität erhalten. So z. B. das Chilehaus, dessen Staffelgeschosse nur durch Intervention des damaligen Baupflegebüros zustande kamen und dessen berühmte Spitze erst durch nachträgliche Korrektur des Bebauungsplanes ermöglicht wurde. Hamburgs Rathaus gehört wohl zu den besten Zeugnissen des Historismus und entstand doch erst nach 50 Jahren Auseinandersetzung und Planung. Auch der Plan der berühmten Siedlung Dulsberg ist ein Kompromiß.

Die Qualität der Stadt kam wesentlich, so Hipp, durch drei Dinge zustande, die die Baukultur ausmachen: 1. die technische Energie der Bewohner, 2. den ständigen Diskurs und Kompromiß und 3. die Konvention. Ein wichtiger Aktivposten der Baukultur in Hamburg ist die Öffentlichkeit. In diesem Sinne seien scharfe Positionen für lebendige Bedürfnisse der Menschen und Auseinandersetzung der konkurrierenden Interessen immer noch vonnöten, um zu knirschenden Kompromissen zu gelangen, die allerdings zu dem geführt haben und führen, was Hamburgs gebaute und geplante Qualität ausmacht.

Hamburgs Baukultur ist eine kulturelle Methode, die es gilt immer wieder ins Bewußtsein zu rufen und gerade in Situationen starken Entwicklungsdrucks beharrlich anzuwenden. Damit könnte sie und die Stadt eine zukunftswei-

sende Funktion übernehmen. Das vorgelegte Büchlein hat sicher seinen Anteil daran.

Hamburg

Hildegard Kösters

HORST WEIGELT / ULRICH LANGNER, 40 Jahre Deutsche Bundesbahn, Darmstadt: Hestra-Verlag 1989, 696 S., DM 42,—.

Am 7. September 1949 wurde die Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet der amerikanischen und britischen Zone in Deutsche Bundesbahn umbenannt. Im Oktober desselben Jahres fand auch die Vereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen mit der neuen Bundesbahn statt. Das gesamte deutsche Eisenbahnwesen unterstand damit dem neuen Bundesminister für Verkehr. So wenig es im Bereich der staatlichen Neuorganisation wirklich eine »Stunde Null« gab, so wenig signalisierte auch die Umbenennung der alten Reichsbahn im Gründungsjahr der Republik den Anfang einer völlig neuen Verkehrspolitik. Zu groß waren die Probleme der Wiederinstandsetzung der zerstörten Anlagen, Lokomotiven, Waggons etc., und zu groß war auch der Druck, möglichst rasch möglichst große Transportkapazitäten nicht zuletzt zur Bewältigung der enormen Bevölkerungsbewegungen der Nachkriegszeit bereitzustellen. Vor allem in der direkten Nachkriegszeit war der Transport von Vertriebenen, Evakuierten und Kriegsgefangenen ein kaum zu bewältigendes Problem. Die Viehwaggons, die wenige Monate zuvor noch Juden nach Auschwitz gebracht hatten, dienten nun als Transportmittel auch für die Millionen von Flüchtlingen oder für die ausgebombte und hungernde Bevölkerung der Städte auf der Suche nach Nahrung, Arbeit und Unterkunft in den ländlichen Gebieten.

Die Dokumentation von Weigelt und Langer belegt die enorme Bedeutung der Bahn für die Nachkriegszeit mit reichem Quellen- und Bildmaterial. Für den Historiker interessant ist vor allem die frühe, von Horst Weigelt bearbeitete Phase des Wiederaufbaus der Bahn. Dieser Teil der Veröffentlichung enthält auch mehr wirt-

schafts- und sozialgeschichtlich relevante Informationen, als der sehr stark technikgeschichtlich orientierte Abschnitt über die neueste Entwicklung von Ulrich Langer (1972–1989). Im wesentlichen stellt der Band eine (meist gut gelungene) Montage zeitgeschichtlicher Dokumente mit kurzem einleitendem Kommentar der Autoren dar. Dabei konnte man nicht viel falsch machen, allerdings fehlt auch eine systematische Auswertung des mosaikartig zusammengesetzten Bildes. Am ehesten kommt der Leser noch auf seine Kosten, was die Tragweite der politischen Entscheidungen für die Straße und den Individualverkehr zu Beginn der Bundesrepublik anbetrifft, die von weitsichtigen Verkehrsplanern wie Prof. Rittershausen bereits zu Beginn der 1950er Jahre in einer Schärfe gesehen wurden, die seinen Beitrag (Bundesbahn im Wettbewerb, 1950) auch noch heute zu einem äußerst aktuellen Dokument macht. Eine Fundgrube ist dieses Buch auch in vieler Hinsicht für alle, die im Rahmen der Stadtgeschichte an der Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs (inklusive des der neuen Großregion Europa) interessiert sind; denn auch dem Historiker schadet es ja nichts, wenn er die technischen und wirtschaftli-

chen Fakten und Probleme der Infrastruktur etwas genauer kennenlernt.

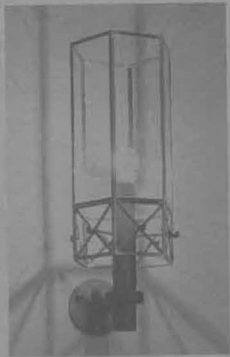
Gänzlich fehlt in diesem Buch dagegen die Sozialgeschichte des Personals der Bundesbahn. Ihrer wird zwar in mehreren Lobeshymnen an »den unbekannten Eisenbahner« gedacht. Aber kein einziger von ihnen kommt in einem Interview oder sonstigen Quellen zu Wort. Nichts erfährt man über ihre Arbeitsbedingungen, nichts über ihre Unzufriedenheit, Streiks und schon gar nichts über die Ursachen des gegenwärtigen Personalmangels. Es fehlt weitgehend auch die Geschichte der Eisenbahn aus der Sicht der Reisenden. Kulturhistoriker haben sich in letzter Zeit ja viel mit dem Thema des Reisens in früheren Zeiten beschäftigt. Eine grundlegende Kulturgeschichte der modernen Verkehrsmittel steht m. W. aber noch aus. Das wäre durchaus ein Forschungsstipendium wert gewesen, das die Bundesbahn zum Jubiläum ihres 40jährigen Bestehens hätte ausschreiben können. So bleibt der Band zwar eine Fundgrube, die wirkliche Geschichte der Bundesbahn steht aber weiterhin aus.

Stuttgart

Andreas Gestrich

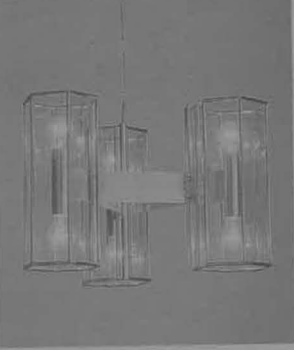
Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt eine Mitteilung des Herausgebers bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.





**Würzburger
Lampenmanufaktur
Rothkegel**



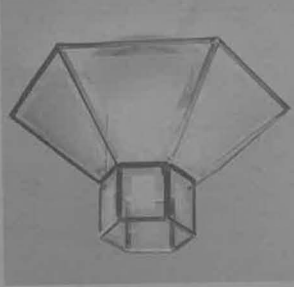
Innen- und Außenleuchten für
Denkmalpflege und neues Bauen

Wandleuchten – Deckenleuchten
Pendelleuchten – Wandaußenleuchten
Standaußenleuchten – Kronleuchter

„Würzburger Bleilampen“
„Mattierte Leuchten“
„Leuchten aus weißem,
opakem Überfangglas“

Bitte fordern Sie unseren Katalog an.

8700 Würzburg, Friedenstraße 59
Tel. (09 31) 722 20, Fax (09 31) 88 54 83



Kohlhammer Kunst- und Reiseführer

mehr wissen – mehr erleben

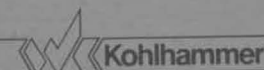
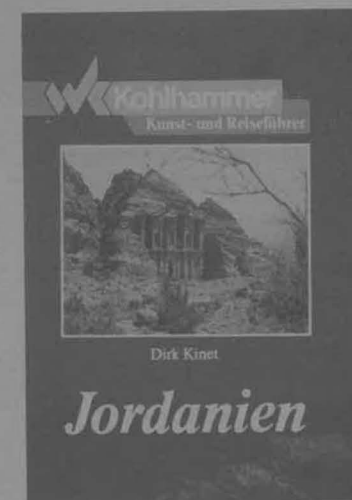
Dirk Kinet

Jordanien

1992. 250 Seiten und 20 Seiten Bildteil,
46 Karten, Pläne und Abbildungen
Fester Einband / Fadenheftung DM 79,-
ISBN 3-17-010807-7

Dieser Reiseführer ist ein zuverlässiger Wegbegleiter im Königreich der Haschemiten. Ein detaillierter landeskundlicher und kulturhistorischer Überblick sowie ausführliche praktische Reisehinweise ergänzen die Beschreibung der Sehenswürdigkeiten und machen das Buch zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für jeden Jordanien-Reisenden.

Weitere Bände: Ägypten • Israel u. a. m.
Fordern Sie unseren Gesamtprospekt „Kunst- und Reiseführer“ zur Information an.



Verlag Postfach 80 04 30
W. Kohlhammer 7000 Stuttgart 80